

22.

**Bundesparteitag
Hamburg 1973**

18.-20. Nov. 1973

CDU



Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

**22. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Hamburg, 18.–20. November 1973

Sonntag,

18. November 1973

Beginn 11 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Beschlußfassung über die Verfahrensordnung
5. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
6. Wahl der Mandatsprüfungskommission
7. Wahl der Stimmzählkommission
8. Grußworte
9. Bericht des Generalsekretärs
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Dr. Karl Carstens
11. Bericht des Bundesschatzmeisters
Walther Leisler Kiep
12. Bericht der Mandatsprüfungskommission
13. Soziales Baubodenrecht
14. Vermögenspolitische Leitsätze
15. Reform des Unternehmensrechts
16. Reform der beruflichen Bildung
17. Bericht, Diskussion und Beschlußfassung über die Grundsatzarbeit der Partei S. 428
18. Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1972
19. Verschiedenes
20. Schlußrede des Parteivorsitzenden
Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl

Sonntag, 18. November 1973

Gedenkstunde zum Volkstrauertag

Beginn: 11.00 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste von nah und fern! Liebe Delegierte und Gastdelegierte! Liebe Freunde! Dieser Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union fällt an seinem Eröffnungstag mit dem Volkstrauertag in der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Wir halten es - hier stehen wir in einer großen Tradition unserer Partei - aus diesem Grunde für angemessen, zu Beginn des eigentlichen Parteitages in einer Gedenkstunde unserer Toten zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich
von ihren Plätzen)

Wir gedenken der Toten beider Kriege, der Toten, die im Felde oder in der Heimat fielen. Wir gedenken der Opfer der Unmenschlichkeit und der Diktatur. Wir gedenken der Toten des Nahostkrieges und des Leides, das über ihre Familien kam.

Wir wollen zu Beginn dieser Gedenkstunde auch aller Parteifreunde gedenken, die seit dem letzten Bundesparteitag für immer von uns gegangen sind.

Stellvertretend für viele, die von uns schieden, nenne ich hier namentlich: Frau Sibille Hartmann, gestorben am 23. September 1973, Mitbegründerin der Christlich Demokratischen Union im Rheinland, langjährige Vorsitzende der Frauenvereinigung des Landesverbandes Rheinland, Stadtverordnete in Köln von 1919 bis 1933, von 1945 bis 1967.

Wir denken an Mathias Neschen, gestorben am 1. Oktober 1973, Mitbegründer der CDU in Essen, von 1945 bis 1966 Kreisgeschäftsführer der CDU, Stadtverordneter in Essen und Mitglied des Landesvorstandes der CDU des Rheinlandes.

Wir denken an Dr. Berthold Martin, gestorben am 12. November 1973, 1946 Mitbegründer der CDU in Gießen, von 1954 bis 1957 Mitglied des Hessischen Landtages, seit 1957 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Wir wollen dieser unserer toten Freunde in Dankbarkeit gedenken, und wir wollen ihnen allen ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen!

(Die Anwesenden nehmen
ihre Plätze wieder ein)

Meine Damen und Herren, wir haben Herrn Prof. Dr. Helmut Thielicke gebeten, in dieser Gedenkstunde zu uns zu sprechen. Ich danke ihm sehr herzlich dafür, daß er diesem unserem Wunsch sofort nachkam. Ich bitte ihn nunmehr, das Wort zu nehmen, und danke ihm von mir aus schon jetzt sehr herzlich für seine Ausführungen.

(Beifall)

Prof. Thielicke: Verehrte Zuhörer! Immer wenn ein schwerer Fliegerangriff gewesen war, ging ich wie viele andere los, um die zerstörten Viertel aufzusuchen und nach den Freunden zu sehen. Dann roch man den Brandgeruch der Vernichtung, sah die Menschen, die einen weinend, die anderen in dumpfer Ergebenheit vor ihren rauchenden Trümmern stehen, und dachte an die vielen, die in unterirdischen Verliesen ihre letzten Stunden durchgekämpft hatten. Immer, wenn ich diese frischverwundete Erde sah, überfiel mich eine beklemmende Vision. Ich glaubte zu sehen, wie all die Erde und all der Schutt nach wenigen Jahre mit Gras bewachsen oder neu überbaut sein würden und wie dies alles also dann einmal historisch sein würde; die Natur würde ihr versöhnendes Grün und den Teppich des Vergessens darüber breiten, und niemand - auch wir nicht, die wir dabei waren - könnte rückschauend ermesen, was an Leid und Angst gelitten worden ist, was einst um die Gräber in der Wüste, in den Steppen Rußlands, über dem Meeresgrund, auf dem sie ruhten, geschehen ist.

Was tun wir eigentlich jetzt in dieser Stunde, wenn wir der toten Brüder und Schwestern gedenken? Helfen wir nicht vielleicht - das ist meine Frage - in einer unwahren Idealisierung, eben den Samen jenes Grasses der Vergessenheit oder auch der Idealisierung auf ihre Gräber zu werfen?

Früher war ein Volkstrauertag ja von versöhnender Eindeutigkeit. Man feierte seine gefallenen Helden und schloß Lebende und Tote zu einer Gemeinschaft zusammen, die keine Infragestellung kannte. Doch wieviel Unvereinbares und Auseinanderstrebendes ist jetzt in unserer Trauer beieinander! Da sind die Millionen Toten auf den Schlachtfeldern, "gefallen für Führer und Reich", wie es damals hieß. Doch wofür waren sie wirklich gefallen? Da sind aber auch die Millionen Juden, die den Pogromen zum Opfer fielen und in den Gasöfen umkamen. Da sind die Ungezählten, die in den besetzten Ländern als Untergrundkämpfer fielen. Und nicht zuletzt sind da die Männer des 20. Juli, die einsam, auf verlorenem Posten das andere Deutschland signalisierten und einen grausamen Tod erlitten.

Nun frage ich mich: kann es eine Trauer geben, die alles dies miteinander umschließt, und kann es Worte geben, die das zusammenzufassen vermöchten? Auch die Haltung derer, die da starben, war ja extrem verschieden. Die einen starben in verzweifelterm oder auch heroischem Nihilismus; sie gingen einfach in das Dunkle. Andere starben in einem Glauben, der den Sinn alles dessen natürlich auch nicht begriff, aber der dem vertraute, der ihn wußte und der sie durch das Dunkel hindurchleitete.

In den Briefen aus Stalingrad schrieben zwei Soldaten Abschiedsbriefe an ihre Väter, die hohe Offiziere waren. Hier zeigt sich, wie kein Sterben dem anderen gleicht. Der eine schreibt in verzweifelterm Spott seinem "Durchhalte"-Vater: "Es gibt keinen Sieg, Herr General, es gibt nur noch Fahnen und Männer, die fallen, und am Ende wird es weder Männer noch Fahnen geben." Der andere Abschiedsbrief schließt mit den Worten: "Du kannst Dich darauf verlassen, Vater, daß alles anständig zu Ende gehen wird. Ist ein bißchen früh mit 30 Jahren, ich weiß, keine Sentiments, Händedruck für Lydia und Helene, Kuß für Mama, vorsichtig sein, alter Herr, Herzfehler bedenken! Kuß für Gerda! Hand an den Helm, Vater! Oberleutnant meldet sich bei Dir ab."

Wofür sind sie also gestorben? Inmitten aller Ideologien, die ihnen den abgründigen "Führer" zum Ziel ihres Sterbens verklären wollten, suchten sie doch am Ende lebendige und geliebte Menschen, die sie bedroht wänten und denen sie sich zum Opfer bringen wollten. "Mir kann man nicht einreden", so heißt es noch einmal in einem Gefallenenbrief, "daß die Kameraden mit dem Worte 'Deutschland' oder 'Heil Hitler' auf den Lippen starben. Gestorben wird, das läßt sich nicht leugnen; aber ihr letztes Wort gilt der Mutter oder dem Menschen, den man am meisten liebt."

Noch einmal also: Wessen Trauer vermöchte dieses alles zu umfassen? Es sperrt sich doch gegen jede schlüssige Formel.

Unsere Unfähigkeit zu trauern hat viele und zum Teil auch diffamierende Gründe. Aber diese Unfähigkeit zu trauern, gründet doch auch in der Ohnmacht, aus diesem Diffusen einen Kranz zu winden, der auf jedes dieser Gräber paßte. Diese Ohnmacht versinnbildlicht sich etwa in unserer Hilflosigkeit, ein Denkmal der Trauer zu gestalten. Der tödlich getroffene Reiter auf sprengendem Pferd paßt nicht, einfach deshalb nicht, weil wir gegen ein Pathos sehr empfindlich sind, das auch nur Spurenelemente von Verklärung enthält.

Im Dom zu Ratzeburg hier in der Nähe gibt es das einzige Kriegerdenkmal, das mir jedenfalls glaubwürdig zu sein scheint. Es ist das Fragment einer Christusfigur mit abgebrochenen Armen. Es sind nicht einmal mehr Hände da, die segnen können. Aber ein schmerzbelegtes Antlitz zeigt die Züge unergründlichen Wissens, und dieser Blick umfaßt das Leiden, das wir nicht mehr erassen können. Hier weiß einer um uns nicht deshalb, weil er die Weltvernunft in irgendeinem Himmel wäre, sondern weil er mitleidet. In diesem Bilde kann unsere Trauer das versammeln, was Verstand oder Phantasie nicht mehr begreifen können.

Doch keine Ohnmacht unseres Verstehens darf uns daran hindern, den Fragen standzuhalten, die diese schmerzliche Vergangenheit unserer jüngsten Geschichte uns stellt. Wir würden diesen Tag jetzt und diese Stunde sozusagen im Dunst der Feierlichkeit vergehen lassen, wenn wir uns dieser scharfen Befragung nicht stellten. Es sind vor allem drei Themen des Nachdenkens, die ich gestellt zu sehen glaube. Einmal geht es darum, daß jeder Gedenk- und Trauertag, daß jede Erinnerung für uns zugleich eine kritische Funktion haben muß und daß er uns zu Revisionen aufruft. Das, worum es dabei geht, ist in einem Modeslogan zusammengefaßt, den ein Mensch von Geschmack nicht mehr gerne in den Mund nimmt, weil er allzu abgegriffen ist; aber ich will ihn doch einmal hier nennen. Er

heißt: Bewältigung der Vergangenheit. Diese an sich richtige Aufgabe hat sich bei uns mit einem selbstzerstörerischen Irrtum verbunden, nämlich mit einer totalen Lossagung von der Vergangenheit, mit der Flucht in die Geschichtslosigkeit. Der vielbeklagte Kommunikationsverlust besteht auch im Abschied von den Vorfahren und von den Traditionen. Die punktuelle Existenz im Augenblick des Jetzt läßt aber leicht aus dem Gleichgewicht geraten und verstößt besonders eine Jugend, die nicht nur keine Geschichte kennt, sondern die auch kaum Geschichte erlebt, in eine beklagenswerte Labilität.

Der vom 1000jährigen Reich ausgelöste und immer noch nachwirkende neurotische Schock läßt uns Bilderstürmer sein, z.B. auch Kriegerdenkmäler abtragen, nur weil wir uns nicht mehr in ihnen repräsentiert sehen. Und so nehmen wir Abschied von Tradition und ahnen weithin nicht, wie wir uns damit selbst preisgeben. Wenn die richtige These, daß wir keine passiven Konsumenten, keine bloßen Passagiere der Tradition sein dürften, wenn diese richtige These bis ins äußerste Extrem vorgetrieben wird - und ins Extrem vorzutreiben ist ja unsere nationale Krankheit -, dann vergessen wir dabei, daß Überlieferungen stets auch noch den Sinn gehabt haben, uns herauszufordern, "challenges" im Sinne von Toynbee zu sein und in Annahme und Verwerfung zu unserer eigenen Identität zu finden. Wir finden die Identität nicht ohne Tradition, sondern nur mit Tradition. Wir finden sie nur in der Begegnung mit einer Geschichte, die man aushält und der man sich stellt. Statt uns selbst in der Begegnung mit der Vergangenheit zu finden, treten wir heute weithin die Flucht in die Zukunft an, treiben Futurologien noch und noch und erfüllen das Futurum mit utopischen Bildern, die uns im Gegensatz zu der sich ereignenden, konkreten Geschichte nicht zur Selbstfindung, sondern zur Selbstverfehlung führen.

Die toten Brüder, deren wir heute gedenken, erheben die Forderung, uns der Vergangenheit zu stellen, in der sie lebten und litten. Die Toten und die Lebendigen, die Vergangenen und die Gegenwärtigen agieren ja in derselben Arena. Wer geschichtslos wird, vegetiert im Niemandslande.

Ich nenne noch eine zweite Frage, die uns an diesem Tage zu kritischer Selbstprüfung nötigt. Die Gefallenen und Ermordeten des Zweiten Weltkrieges starben als Gläubige und als Nihilisten, sie waren fromm oder atheistisch, sie lebten im Gehäuse ihrer Ideologien oder im Leerraum der Indifferenz. Der Pluralismus, der unsere Gesellschaft bestimmt, gilt auch von den Totenfeldern. Das Kreuz von Golgatha wäre kein Symbol, in dem sich diese Heerscharen gemeinsam wiedererkennen könnten, sosehr der Gekreuzigte sie seinerseits kennt und von sich sagt, daß er für diese alle gestorben sei, für Christen und Heiden, Gläubige und Glaubenslose gleichermaßen.

Wir müssen uns diese Vielfalt der Lebens- und Sterbenshaltungen klarmachen und sie respektieren und dürfen sie nicht christlich vereinnahmen wollen. Und doch frage ich mich, was dies millionenfache Sterben in Tempeln, Niemandslanden und ideologischen Kraftfeldern für uns Christen bedeute, inwiefern es also das berühmte hohe "C" angehe, ob hier nicht ein Schlüssel läge, nicht um das unbegreifliche Rätsel der Geschichte aufzulichten, aber vielleicht um das Unbegreifliche in einen tieferen Zusammenhang zu rücken.

In seiner großen "Kulturgeschichte der Neuzeit" sagt Egon Friedell einmal, angesichts der schauerlichen Vernichtungsorgien der Geschichte sei man fast versucht, an das traurige Wort Goethes zu denken: Die Menschen sind nur dazu da, einander zu quälen und zu mordern. So war es von jeher, so ist es, und so wird es allezeit sein.

Und dennoch, so fährt Friedell fort, besitzt der nachchristliche Mensch einen ungeheuren Vorsprung vor dem antiken: das schlechte Gewissen. Die Menschen haben sich zwar nicht geändert, sie leben den Sinn, denken auf ihren Vorteil, lieben sich selber, gebrauchen Gewalt, Betrug und Unrecht; aber, so meint Friedell, sie tun es nicht mehr unbefangen und gutgläubig, sondern sie tun es bleich und ängstlich; sie haben nicht mehr die gute Laune des Raubtieres. Das sei vielleicht, so meint er, der einzige bisherige Erfolg des Christentums auf dem Gebiet der Politik.

In der Tat! Dem Raubtier die gute Laune genommen zu haben und unsere tigerartige Anlage, von der Adalbert Stifter ja zu reden wußte, vor dem schlechten Gewissen scheuen zu lassen, das könnte der entscheidende christliche Beitrag zu einer Humanisierung der Politik sein.

Wer die radikalen Forderungen der Bergpredigt in sich aufgenommen hat, der erkennt darin ja eine Infragestellung unserer Weltordnungen, eine tiefgehende Krise, die übrigens auch für Bismarcks Selbstverständnis als Politiker eine immense Rolle gespielt hat. Da taucht etwa das Verbot des Schwörens auf. Und der Grund dieses Verbotes ist doch die entlarvende Feststellung, daß in unserer Welt so etwas wie Wahrheit und Aufrichtigkeit eben nicht selbstverständlich sei, wenn es dieser gesteigerten Form beschwörender Versicherung bedürfe.

Da wird weiter die Liebe gegen das Echo der Geschichte gesetzt, wird sie gegen das "Auge um Auge, Zahn um Zahn" aufgerufen, weil Liebe ja einen schöpferischen Neubeginn setzt, während das Echo-Gesetz nur Eskalationen der Zerstörung erzeugt.

Man kann, wie wiederum Bismarck gesagt hat, mit der Bergpredigt natürlich nicht die Welt regieren. Man kann mit Hilfe ihrer Radikalen keine Verfassungsbestimmungen konzipieren. Und dennoch wird allen geschichtlich Handelnden hier ein Spiegel vorgehalten, von dem kreative Impulse ausgehen. Indem die Ordnungen unserer Welt, die des Rechtes, des Staates, der Gesellschaft, überhaupt als vorläufig, als bloße Notordnungen einer nicht heilen Welt, einer grundsätzlich nicht heilen Welt, charakterisiert werden, ist uns die Möglichkeit genommen, sie zu verabsolutieren und ideologisch zu verklären.

Auf diesem Boden kann es keinen totalen Staat mehr geben und wird man jede ideologische Überhöhung von Systemen und Strukturen abbauen. Wie sollte das in seiner Fragwürdigkeit Entlarvte denn auch Gegenstand solcher Verklärungen sein können? Nicht nur die gute Laune des Raubtieres, auch die Glorifizierung seiner Gewohnheiten hört hier auf.

Und, nicht wahr, wir sehen ja heute, was das bedeutet. In dem Maße, wie die Bergpredigt, wie das Wissen um die große Infragestellung unserem Blickfeld entschwindet - schon bei Hitler war das ja sehr betont so - , beginnt die Bestie aufs neue zu erwachen, beginnt eine Reanimalisierung, die uns erschrecken läßt, und dies wahr-

lich nicht nur in den Kriegen und in der Politik unserer Zeit, sondern auch auf dem Bildschirm in Form des Terrors, der Brutalität, des Losgelassenseins jeder Art; ich brauche das hier nicht näher zu schildern.

Wie vielen der Gefallenen und Ermordeten hat der Gedanke einen Trost bedeutet, daß sich eine andere und bessere Welt aus dem Qualm der Untergänge erheben würde! Ich frage mich manchmal, was sie sagen würden, wenn sie das sehen müßten, was sich unter uns tut. Die Menschen haben sich - im Sinne Goethes - in der Tat nicht geändert. Aber sie drohen zunehmend das zu verlieren, was ihre bedenkliche Identität zu mildern wußte: das schlechte Gewissen. Die gute Laune des Raubtieres feiert Urständ.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch eine letzte Frage in dieser Stunde ansprechen. Früher sprachen die Menschen an solchen Trauertagen von ihren gefallenen Helden. Dieses Wort ist ja seltsam überfällig geworden und verbraucht. Schon im Ersten Weltkrieg hat sich Walter Flex dagegen gesträubt. Wie ist es, frage ich mich, zu dieser Demontage eines Begriffs gekommen, der durch Jahrtausende hindurch immerhin die Macht eines Leitbildes ausgeübt hat?

Eben diese Leitbilder sind es, denen wir kritisch gegenüberstehen. Wir fürchten, unter ihrer Herrschaft zu bloßen Kopien und Klischees zu werden. Der Held der Schlachten steht unter besonderem Ideologieverdacht, weil er die, denen wir das Prädikat "Helden des Alltags" zubilligen, in den Schatten verweisen könnte. Schon Nietzsche deutet in seiner "Kritik an der monumentalen Historie" an, wie der Blick auf die erhabenen Gebirgsriesen all das, was in den Tälern und in den Hütten geschieht, vergessen lassen kann. Bert Brecht läßt seine Mutter Courage gar sagen - und gerade weil sie so etwas wie eine Heldin des Alltags ist, geht uns das unter die Haut -: Weh dem Volk, das Helden braucht.

Ich glaube zu wissen, vor welchem Hintergrund dieses zunächst schockierende Wort gesehen werden muß. Es will auf seine Weise gleichfalls jene monumentale Historie entlarven, die hinter der großen Dramatik der Geschichte Kampf und Not der Kleinen, der im Schatten Stehenden verschwinden läßt.

Und doch frage ich mich, ob dieses Wort so stehenbleiben darf. Könnte es nicht sein, daß wir hier wieder einmal - aus lauter Angst vor falschem heroischem Pathos und ideologischer Heldenverklärung, also aus unserer Vergangenheitsneurose heraus - das Große und Monumentale abwehren, daß wir uns in den DIN-Formaten des Nivellierten, daß wir uns im kollektiven Durchschnitt, in allem also, was uns auf billige Art bestätigt, heute am wohlsten zu fühlen beginnen?

Im "Zarathustra" heißt es einmal: Einst dachten sie, Helden zu werden. Lüstlinge sind sie jetzt, ein Gram und Grauen ist ihnen der Held.

Muß uns das nicht an einem Tage wie diesem geradezu als eigene kollektive Autobiographie erscheinen, als die Innengeschichte unseres Volkes, seit der Vorhang über dem Grauen von Terror, Tyrannei und Untergang gefallen ist und nun die Wohlstandsgesellschaft in Massenszenen über die Bühne flaniert, als ob nichts geschehen, als ob nichts gelitten worden wäre? Ein Gram und Grauen ist uns der Held. Warum, warum?

Wenn es so ist, werden wir uns auch den anderen Zuruf Nietzsches gefallen lassen: Bei meiner Liebe und Hoffnung beschwöre ich dich, wirf den Helden in deiner Seele nicht weg, halte heilig deine höchste Hoffnung.

Hier spricht jemand kritisch vom Helden, aber er spricht immerhin von ihm. Er bekennt sogar, daß er selber nicht heroisch sei, doch hört er nicht auf zu verehren.

Meine Frage ist, ob nicht - fern aller Heldenverklärung - ein neuer Respekt unter uns und auch in unserer jungen Generation vor denen entstehen sollte, die nicht nur im Feuer der Schlachten, sondern auch unter dem Galgen der Henker und in den Kellern der Folterknechte und heute in der terriblen Isolation, die einen Soltschenizyn umgibt, oder den psychiatrischen Kerkern für bekennende Intellektuelle standgehalten haben.

Wir gedenken zwar heute auch der Millionen Opfer in aller Welt, die wie Schafe zur Schlachtbank geführt wurden, der verhungerten und verstümmelten Kinder vor allem, der Preisgegebenen in den Rassenkämpfen, im Streit der Ideologien und wildegewordenen Nationalismen damals und heute, aber wir sollten über all diesen Geopferten gerade derer nicht vergessen, die nicht nur geopfert wurden, sondern die sich geopfert haben, willentlich. In diesem Sinne gilt unser respektvolles Gedenken den Männern des 20. Juli, die die Flagge des anderen Deutschland zeigten und für die Ehre unseres Volkes - ich gebrauche diesen altmodischen Begriff hier ganz bewußt - ihren Blutzoll entrichteten.

Ich frage mich aber zugleich, ob wir das alles noch verstehen können, wir, denen das Wort "Volk" fast ebenso fremd geworden ist wie das Wort "Vaterland". Haben wir nicht beides längst gegen die fast ausschließlich gebrauchte Vokabel "Gesellschaft" ausgetauscht, die zum Refrain aller Reden und Leitartikel, zum verbalen Kleingeld des Alltags geworden ist? In Wirklichkeit verhält sich dieses synthetische Gebilde der Abstraktion zu jenen Worten "Volk" und "Vaterland" wie ein Betonriese zu einem aus Naturstein gebauten Haus. In einer verarmten und ausgebluteten Sprache, die mehr und mehr zum bloßen Mittel technischer Verständigung degeneriert, wirken Worte wie "Held" und "Vaterland" in der Tat wie Meteore von einem anderen Gestirn.

Wieder erhebt sich das Problem unserer Geschichtslosigkeit. Wir verstehen unsere eigene Geschichte nicht mehr, wenn wir nur ihre Schrecken beschwören und zu sehen bereit sind und nicht mehr ihre Größe. Die genannte Sprachbarriere gegenüber unserer Vergangenheit ist dafür nur ein Symptom.

Ist dieser Abschied von der Geschichte vielleicht der Grund dafür, daß wir uns selbst nicht mehr verstehen? Denn das tun wir doch nicht, das tut besonders die nachwachsende Generation nicht. Es ist ja nicht von ungefähr, daß sie unter einer Krankheit leidet, die sie selbst als Identitätskrise bezeichnet, und daß die Kernfrage eines jungen Menschen - und ich habe sehr viel Verbindung mit jungen Menschen - heute immer ist: Wer bin ich, wie finde ich mich selbst, wie komme ich zu meiner Identität?

Ich frage also: Was ist das Vermächtnis unserer Toten, die uns aus der Tiefe unserer Geschichte anrufen? Ich wage es kaum, mit eigenen Worten zu sagen, und will ein Glied dieses grauen Heeres

selbst sprechen lassen: Antoine de Saint-Exupéry hat einmal im letzten Kriegsjahr vor seinem Tode geschrieben:

Was wird aus uns in dieser Epoche eines allgemeinen Funktionärstums werden, der Epoche des Robotermenschen, des Termitenmenschen, des Menschen, der hin und her pendelt zwischen Fließbandarbeit und Skatspielen? Ach, Herr General,

- so heißt es weiter in diesem Brief -

es gibt nur ein Problem, ein einziges in der Welt: Wie kann man den Menschen eine geistige Bedeutung, eine geistige Unruhe wiedergeben, etwas auf sie herniedertauen lassen, was einem Gregorianischen Choral gleicht? Sehen Sie, man kann nicht mehr leben von Eisschränken, von Politik, von Bilanzen, Kreuzworträtseln ohne Liebe, man kann es nicht mehr.

Wenn irgendwo, dann sehe ich in diesen Worten das Vermächtnis, nach dem wir fragten.

Und so möchte ich schließen mit einem sehr stillen Vers, in dem das innigste Gedenken an die toten Freunde und die guten Kameraden eingeschlossen ist. Wir wollen von diesem Vers nicht nur die toten Soldaten, sondern auch die ermordeten Männer, Frauen und Kinder umschlossen sehen. Diese alles umfangenden Worte sind das Vermächtnis eines jungen Offiziers, der auch zu denen versammelt wurde, für die er jene Worte betend sprach:

Alle, die gefallen in Meer und Land,
sind gefallen in Deine Hand,
alle, die kämpfen auf weitem Feld,
sind auf Deine Gnade gestellt,
alle, die weinen in dunkler Nacht,
sind von Deiner Güte bewacht.
Gib uns Augen, daß wir es sehen,
wie Deine Hände mit uns gehen.
Gib uns Herzen, die Deine Gnad'
gläubig ergreifen früh und spat.
Gib uns das Leben durch Deinen Sohn,
uns und den Toten vor Deinem Thron.

1. Plenarsitzung

Beginn: 11.53 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste von nah und fern, vor allem liebe Freunde aus den ausländischen Delegationen, die hierher gekommen sind! Ich darf diesen Parteitag eröffnen und Sie alle sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße die Gäste aus dem Ausland, aus unseren Schwester- und Bruderparteien. Ich begrüße die Repräsentanten wichtiger Organisationen aus der Bundesrepublik. Ich begrüße die Vertreter und Repräsentanten von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ganz besonders herzlich begrüße ich die vollzählig erschienenen Delegierten der Landesverbände der CDU Deutschlands und alle Gastdelegierten in diesem Saal.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, um es gleich vorab zu sagen: Wir beginnen hier einen Parteitag der Diskussion, der uns allen ein hohes Maß an Disziplin abverlangt. Wer in diesem Staat führen will, muß auch bei einer solchen Gelegenheit selbstverständlich beweisen, daß er fähig ist, einen solchen Parteitag in den Formen zu gestalten, die er jedem zwingend abverlangt.

(Beifall)

Bevor ich zur eigentlichen Eröffnung komme, darf ich Ihnen namens des Bundesvorstands den Vorschlag für das Tagungspräsidium unterbreiten. Auf Vorschlag unserer Hamburger Freunde und insbesondere des Vorsitzenden des Landesverbands Hamburg, Dietrich Rollmann, schlägt der Bundesvorstand als Parteitagspräsidenten den Bürgermeisterkandidaten der CDU für die Hamburger Landtagswahl unseren Freund Erik Blumenfeld vor.

(Beifall)

Weiter werden vorgeschlagen: Frau Ursula Benedix,

(Beifall)

Rolf Bremer,

(Beifall)

Siegfried Duebel,

(Beifall)

Wilfried Hasselmann,

(Beifall)

Peter Lorenz,

(Beifall)

Gerhard Mahler,

(Beifall)

Adolf Müller (Remscheid),

(Beifall)

Bernd Neumann,

(Beifall)

Dietrich Rollmann,

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit,

(Beifall)

Friedrich Vogel,

(Beifall)

Walter Wallmann,

(Beifall)

Rita

und Frau Waschbüsch.

(Beifall)

Das sind die Vorschläge des BundesparteiVorstands für das Tagungspräsidium dieses Parteitages. Ich frage den Parteitag: Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie fragen, ob Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, und Sie bitten, mit der Stimmkarte abzustimmen. Wer dem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit hat der Parteitag, soweit ich es erkennen kann, diesen Vorschlag einstimmig übernommen. Ich darf die Damen und Herren bitten, hier ihres Amtes zu walten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit dieser Eröffnung beginnen wir einen Bundesparteitag, der in der deutschen Öffentlichkeit ungewöhnlich viele Erwartungen, Hoffnungen, aber auch Befürchtungen wachgerufen hat. Es ist ein Parteitag der CDU, der hier in Hamburg beweisen muß und beweisen wird, daß diese CDU Deutschlands die große Alternative und Antwort zur Regierungskoalition in Bonn ist.

(Beifall)

Meine Freunde, bei allem notwendigen Ringen um den besten Weg, bei aller Diskussion wollen wir diese Feststellung hier in Hamburg keinen Augenblick vergessen!

(Beifall)

Unser Land, unsere Mitbürger, unsere Wähler und Freunde erwarten von uns klare und überzeugende Aussagen. Aber, meine Damen und Herren, sie erwarten vor allem, daß wir uns nicht nur mit uns selbst, sondern mit der Lage dieses Landes und seinen Fragen beschäftigen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir alle erleben, daß knapp ein Jahr nach der Bundestagswahl, an der Wende zum neuen Jahr, immer mehr Mitbürger in diesem Land voller Sorge in die Zukunft blicken. Die Euphorie des Wahlkampfes, die Euphorie der großen Versprechungen ist im Wind zerstoßen. Wir müssen in diesem Land mit Inflationsraten leben wie nie zuvor. Wir müssen erleben, daß wir uns mitten in einer Energiekrise befinden, über deren Ausmaß und Ernst die Bundesregierung die Bürger in unserem Land nur sehr beiläufig und keineswegs überzeugend vollständig informiert.

(Beifall)

Wir müssen feststellen, daß die Hoffnungen auf die neue Ostpolitik immer mehr enttäuscht werden.

(Beifall)

Wir hören, wie viele Jahre zurück, aus Ost-Berlin Haßtyrannen gegen unsere Bundesrepublik. Wir beobachten Schauprozesse gegen Fluchthelfer, und statt mehr Menschlichkeit in Deutschland müssen Rentner mehr zahlen, wenn sie zueinander kommen wollen.

(Pfui! - Rufe)

Wir erleben, daß Zweifel an der Bündnistreue unserer Bundesrepublik bei unseren Freunden aufkommen, und wir erleben, daß andere Freunde, wie im Nahostkonflikt, sich im Stich gelassen fühlen.

(Beifall)

Dies ist die traurige Bilanz dieser Regierung. Und ich füge hinzu: Wir, die CDU, haben auch als Opposition keine Freude an dieser Entwicklung; denn dies ist unser aller Land, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Um so erstaunlicher, so finde ich, waren die selbstgerechten Äußerungen, die wir dieser Tage vom Parteitag der FDP in Wiesbaden vernahmen.

(Beifall)

Sicherlich - dies sei klar gesagt - es ist die Sache einer jeden Partei, selbst ihren Weg zu bestimmen; das gilt natürlich auch für die FDP. Wir, die Union, gehen davon aus, daß die Landschaft der politischen Parteien im wesentlichen auch in Zukunft SPD, FDP und CDU/CSU als die entscheidenden Faktoren der Bundesrepublik gesehen wird. Aber - auch das sei gesagt - wir gehen auch davon aus, daß dieses System auf die Dauer nur funktionieren kann, wenn alle Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, prinzipiell untereinander koalitionsfähig sind.

Meine Freunde, dies sei ganz klar gesagt: Wir machen vernünftige Angebote, aber wir laufen niemandem nach. Und es gibt kein Liebeswerben der CDU/CSU.

(Bravo! - Rufe
und anhaltender lebhafter Beifall)

Es ist ausschließlich Sache der FDP selbst, sich durch Parteitage-erklärungen wie in Wiesbaden auf lange Zeit ins Beiboot der Sozialdemokraten zu setzen. Aber: Es wirkt schon beinahe komisch, wenn etwa Herr Mischnik den Jusos den Kampf erklärt.

(Heiterkeit und Beifall)

Denn, meine Freunde, die FDP sitzt doch nicht in einer Koalition mit den Jusos, sondern sitzt in einer Koalition mit der SPD. Die SPD ist ihr Partner. Sie soll sich also mit den Sozialdemokraten auseinandersetzen und nicht mit den Jusos.

Dieser Partner SPD - und nicht die Jusos - hat doch gerade auf seinem Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen die Verstaatlichung der Banken als ein Mittel der Ordnungspolitik der Bundesrepublik gefordert. Und es war der Bundesparteitag der SPD, der das Verbot des Maklerberufes verlangt hat. Es sind Kultusminister der SPD, die beispielsweise in Hessen, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen über die Geschichtskundenrichtlinien entscheidende und irreparable Veränderungen im Selbstverständnis unseres Landes vornehmen wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das imperative Mandat wird nicht irgendwo in der Welt oder in Europa, sondern mitten in unserem Lande und außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung dieses Landes in München, in Frankfurt, in Hannover und in der Stadt, in der die FDP tagte, nämlich in Wiesbaden, befohlen und befolgt. Dies alles passiert in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter der Führung Willy Brandts. Ich finde, gerade für Liberale sind das wahrlich genug Themen, nachdenklich zu werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Wähler in unserem Lande denken offenkundig nach; denn wer die demoskopischen Daten der letzten Monate bis zum heutigen Tag verfolgt, kann es spüren. Ich will hinzufügen: Es ist für uns eine schöne und gute Sache, wenn wir demoskopische Daten wie seit Jahren nicht mehr vorzeigen können. Aber, meine Freunde, dies ist kein Ersatz für Politik.

(Beifall)

Wenn wir heute feststellen im Zustrom an neuen Mitgliedern, vor allem aber im Gespräch mit der heranwachsenden jungen Generation, daß sich da für uns als christliche Demokraten neue Chancen auf-tun, dann werden wir diese Chance nur gewinnen, wenn wir unsere Überzeugungen offensiv und kämpferisch vertreten.

Denn unser Land und unsere Mitbürger erwarten die klare Alternative der Christlich Demokratischen Union.

Dieser Parteitag in Hamburg wird ein Parteitag der Diskussion sein. Wir wollen den Streit der Meinungen offen und fair austragen. Dies wollen und müssen wir, weil wir Volkspartei sind und bleiben wollen. Eine Volkspartei, meine Damen und Herren, kann verschiedene Meinungen und Interessen nur an sich binden und in ein Handeln zum Wohl des Ganzen integrieren, wenn sie sich zum obersten Gebot macht, nicht Macht und Einfluß von Gruppen, sondern allein und ausschließlich die Kraft der Argumente zu wägen.

(Beifall)

Ich fordere uns alle auf, gerade auf diesem Parteitag exemplarisch aus dieser Grundüberzeugung heraus zu handeln. Jeder Delegierte, der hier spricht, wer hier zuhört und entscheidet, soll und muß dies tun als freies Mitglied einer freien Partei, allein dem Gewissen und dem Gemeinwohl verpflichtet.

(Beifall)

Überlassen wir es den Sozialdemokraten, sich als Partei des Interesses zu verstehen, auch wenn sie behaupten, dies sei ein Interesse der Vielen. Wir sind die Partei der Verantwortung für das Ganze. Das war unser Weg in 25 Jahren, und das muß er bleiben.

(Beifall)

Wir wollen nicht Gegensätze aufreißen. Wir wollen unser Volk nicht in den unversöhnlichen Haß eines neuen Klassenkampfes treiben.

(Zustimmung)

Wir wollen Menschlichkeit, wir wollen Freiheit, und wir wollen Frieden überall in dieser Welt, auf unserem Kontinent und doch auch zuerst in den Grenzen dieses unseres Landes.

(Beifall)

Meine Freunde, der Friede, zu dem wir beitragen können und müssen, fängt nicht im Nahen oder Fernen Osten an. Er beginnt auch nicht an der Elbe oder an Oder und Neiße. Dieser Friede muß zu allererst hier innerhalb unserer Bundesrepublik geleistet und bewahrt werden.

(Beifall)

Laßt uns, meine Freunde, auf diesem Parteitag ein Beispiel setzen, wie Konflikte hart in der Sache, freimütig im Wort, voller Respekt für die Überzeugungen des anderen und fruchtbar für unsere Partei und unsere Politik ausgetragen werden können. Der Widerstreit der Meinungen kann und darf die Einheit der Union nicht unterminieren; er muß sie festigen.

(Beifall)

Es gibt - und dies sei mit aller Deutlichkeit und nach allen Seiten gesagt - keine Triumphe, die auf Kosten der Partei erlungen werden, es sei denn die Triumphe unserer Gegner.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen aber nicht allein einen Parteitag der Diskussion veranstalten. Wir wollen vor allem einen Parteitag der Entscheidung, einen Parteitag der Entscheidung über unseren Standort, über unsere Fähigkeit, Führung zu beanspruchen und Führung zu tragen.

(Zustimmung)

Wir stehen in Bonn zur Zeit nicht in der Verantwortung der Regierung. Meine Freunde, das heißt aber nicht, daß es uns gestattet wäre, unsere Theorien und Programme verantwortungslos zu diskutieren und zu verabschieden. Nicht die Fallgesetze der öffentlichen Meinung, sondern die Gebote des Gewissens, der Moral und des Glaubens an eine freiheitliche Zukunft unseres Volkes müssen unsere Beschlüsse bestimmen. Nichts davon kann durch Emotionen ersetzt werden, denn Erfolge dieser Art zerstioben über Nacht.

(Beifall)

Was wir brauchen, sind Erfolge, die uns und alle, denen wir verpflichtet sind, über Jahre hindurch tragen, Erfolge, die nicht Halbzeitergebnisse eines ehrgeizigen Tabellenerweiterungen sind, sondern die Bestand haben als Fundament einer friedlichen, freien und gerechten Zukunft unseres Landes. Wir alle haben auch gegenüber der Geschichte und der Tradition dieser unserer Partei zu bestehen, dem Gesetz des Anfangs, in dem die christlich-sozialen, die liberalen und die konservativen Ströme eingebunden sind. Wir müssen auf diesem Wege kämpfen, mutig und entschlossen, denn wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz.

(Beifall)

Aus der Verantwortung des Vorsitzenden dieser Partei fordere ich alle auf, die nach mir an dieses Pult treten, ihre Worte und ihre Handlungen an diesem Maßstab zu messen. Wir reden und diskutieren hier nicht aus Gefälligkeit für diese oder jene Organisation und schon gar nicht um das Linsengericht vordergründiger Zustimmung. Wir entscheiden nicht - auch das sei klar gesagt - über die Möglichkeit zukünftiger Koalitionen. Es geht hier in Hamburg überhaupt nicht um Taktik, um Anpassung oder um Überholmanöver.

(Beifall)

Meine Freunde, es geht hier und heute um die Zukunft dieser Union und um unseren Beitrag für die Zukunft unseres Landes. Wir sind hier, um Entscheidungen zu treffen, die keinem anderen Maßstab genügen müssen als jenem, das Beste zum Wohle unseres Landes, seiner Freiheit, seinem Fortschritt und seinem Frieden zu tun. Lassen wir uns um Himmels willen nicht von den Rauchschwaden des Zeitgeistes umnebeln. Es gibt Notwendigkeiten, die stärker sind als jede Mode. Dies haben wir zu erkennen und auch beim Namen zu nennen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich sage dies als einer, der sich immer gegen eine statische und für eine dynamische Politik der Union ausgesprochen hat. Ich sage dies, weil wir wissen, daß wir den herausfordernden Anspruch der DDR, Vollstrecker des Geistes der deutschen Nation zu sein, nur mit unserem Modellstaat "Bundesrepublik Deutschland" begegnen können,

einem Staat, der nach den Grundsätzen unserer Verfassung dem einzelnen ein Höchstmaß an Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit eröffnen kann. Wir waren und wir sind für Reformen. Niemand von uns, auch hier in Hamburg, sollte denen, die in der Sache anderer Meinung sind, Mangel an reformatorischem Eifer vorwerfen dürfen. Dazu - dies sage ich klar und deutlich - eignet sich keines der Themen, über die hier in Hamburg entschieden wird.

(Beifall)

Was wir zur Zeit in unserem Lande erleben, meine Freunde, ist eine schon fast gespenstisch anmutende Konsequenz, mit der die Fundamente von Stabilität und Ordnung, von staatsbürgerlichen Tugenden und Überzeugungen und damit die Fundamente eines politisch und geistig beherrschten Fortschritts in den Strudel künstlich erzeugter Fragwürdigkeit gezogen werden. Was sich forsch und oft genug anmaßend "Zeitgeist" nennt, ist oft genug nichts anderes als die Lust am Erzeugen eines Schwindelgefühls, dessen Gestaltlosigkeit von manchen mit Freiheit verwechselt wird.

(Beifall)

Ich sage: Dies kann nicht unser Spiel sein; dies i s t nicht unser Spiel. Die Christlich Demokratische Union, für die wir stehen, ist nicht dazu berufen, ideologischen Irrungen und Wirrungen den Schein der Rechtfertigung zu verleihen. Ich erkenne für uns die Aufgabe, dafür Beiträge zu leisten, diese Bundesrepublik nicht zum geistigen und moralischen Niemandsland werden zu lassen. Wir werden nicht zulassen, daß ein Klima der inneren Neutralität zwischen Freiheit und Unfreiheit erzeugt wird, dem dann die äußere Neutralität folgen wird wie die Wirkung der Ursache.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben auch hier in Hamburg Pflöcke einzuschlagen, Strukturen zu schaffen, die für jedermann und für jedermanns Recht und Chance verlässliche Garanten sind. Wir wollen nicht Auflösung, sondern Mobilität. Wir wollen nicht Zerstörung, sondern Erneuerung. Wir wollen nicht trügerische Ruhe durch Gleichmacherei, sondern Frieden durch Freiheit.

(Beifall)

Als christliche Demokraten wissen wir, daß Politik in stets unvollkommener Wirklichkeit für eine letzte Wahrheit gestaltet sein muß. Das unterscheidet uns prinzipiell und grundsätzlich von den Sozialdemokraten, die ideologische Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nehmen und die reine Lehre allein gepachtet haben. Dieser Unterschied, der unsere Auffassung von Staat, Gesellschaft, Politik und Freiheit entscheidend beeinflusst, darf nicht verwischt werden. Wir müssen uns zu ihm bekennen und unsere Position, die Position der Freiheit, klar und deutlich machen. Wenn nach der Diskussion der Themen dieses Parteitags, des Bau- und Bodenrechts, der beruflichen Bildung, der Vermögensbildung und der Mitbestimmung, nicht deutlich wäre, was CDU und SPD unterscheidet, wenn wir alle, wenn unsere Anhänger und Kritiker nach diesen drei Tagen nicht mehr darüber wissen, dann, meine Freunde, wäre diese Zeit vergeudet gewesen.

(Beifall)

Nun glaube niemand von uns, es sei möglich, sich im Zuge der Verwirrung, die von Teilen der SPD teils fahrlässig, teils bewußt gestiftet wird, durch anpasserische Tarnung an die Macht schmuggeln zu können.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sind eine Partei, die keinen latenten Radikalismus zu übertünchen hat. Wir stehen nicht in heimlichem Widerspruch zum Lebensgesetz dieser Bundesrepublik. Wir geben uns weder mit doppelten noch mit halben Wahrheiten in diesem Zusammenhang ab. Frei und offen wollen wir hier beraten und entscheiden, was wir für richtig und notwendig halten, ohne etwas zu beschönigen, zu verschweigen oder zu vertuschen. Bloße Anpassung ist uns genauso fern wie die Ratifikation einer Ideologie, die zu unseren Grundsätzen im Widerspruch steht.

Diese unsere Union geht ihren eigenen Weg, weil wir glauben, daß dies der bessere Weg ist, der Weg, der zu mehr Freiheit, zu mehr Frieden und zu mehr Gerechtigkeit führt.

Meine Damen und Herren, der 22. Bundesparteitag der CDU Deutschlands ist eröffnet.

(Starker, sich immer wieder
erneuernder Beifall)

Erik Blumenfeld (Parteitagspräsident): Meine Damen und Herren! - Der Parteitag, lieber Herr Kohl, hat Ihnen für Ihre große politische Rede großen und berechtigten Beifall gependet. Wir danken Ihnen für diese Eröffnung.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig darf ich im Namen des Parteitagspräsidiums Ihnen allen den Dank der Mitglieder des Tagungspräsidiums für die Wahl aussprechen, und wir hoffen, daß das in uns gesetzte Vertrauen bei der Leitung unseres Parteitages gerechtfertigt wird.

Es obliegt mir als Parteitagspräsident, ein herzliches Begrüßungswort an alle Gäste unseres Parteitages zu richten. Zunächst begrüße ich als Vertreter des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg den Präses der Arbeits- und Sozialbehörde, Herrn Senator Ernst Weiß.

(Beifall)

An der Spitze der Gäste unseres Parteitages darf ich dann den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes begrüßen, unseren langjährigen Freund Ernst Benda.

(Beifall)

Sodann begrüße ich sehr herzlich die zahlreich erschienenen prominenten Vertreter aus befreundeten europäischen und südamerikanischen Parteien und Organisationen. Mit diesem Gruß darf ich ein ebenso herzliches Wort des Dankes für ihr Erscheinen zu unserer Tagung verbinden.

(Beifall)

Ich darf in diesen Gruß einschließen die Herren Botschafter und Repräsentanten der diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik und der konsularischen in Hamburg, die ebenfalls Gäste dieses Parteitages sind.

(Beifall)

An der Teilnahme so zahlreicher Gäste aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik läßt sich die Bedeutung dieser Tagung ablesen, die ihr allseits zugemessen wird. Ich bitte daher um Verständnis, wenn ich auf eine namentliche Begrüßung verzichte; wir freuen uns über die Anwesenheit von Vertretern der Evangelischen und der Katholischen Kirche sowie des Zentralrates der Juden in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße die Herren Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes,

(Beifall)

der Deutschen Angestelltengewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes,

(Beifall)

des Christlichen Gewerkschaftsbundes

(Beifall)

sowie alle Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen.

(Beifall)

Mit gleicher, aufrichtiger Freude begrüßen wir die führenden Repräsentanten der Arbeitgeberorganisationen,

(Beifall)

des Deutschen Bauernverbandes,

(Beifall)

der kommunalen Spitzenverbände,

(Beifall)

des Deutschen Industrie- und Handelstages und den Präses der Handelskammer Hamburg,

(Beifall)

die führenden Repräsentanten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

(Beifall)

und die Vertreter der Union der leitenden Angestellten.

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der Bundeswehr

(lebhafter Beifall)

und den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, unseren alten Freund Stingl.

(Beifall)

Unser Gruß gilt ebenso den Organisationen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Kriegsgeschädigten und der Kriegshinterbliebenenverbände.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dem großen Interesse der deutschen Öffentlichkeit an diesem Parteitag entspricht auch die Zahl der hier anwesenden Vertreter der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, an ihrer Spitze die Herren Intendanten. Wir begrüßen sie und alle Vertreter der in- und ausländischen Presse von Funk und Fernsehen auf das allerherzlichste.

(Beifall)

Verlauben Sie mir auch, daß ich die Vertreter aller Organisationen aus dem kulturellen, dem sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich unserer Gesellschaft insgesamt sehr herzlich auf unserem Parteitag willkommen heiße.

(Beifall)

Ich möchte jedoch nicht versäumen, zum Schluß meiner Begrüßungsliste ein ganz herliches Wort des Dankes auch an alle unseren langjährigen Parteifreunde zu richten, die oft ihre ganze Kraft, meine verehrten Freunde, in den Dienst unserer Partei gestellt haben, die vielen Parteifreunde, die an entscheidenden Stellen in unserer Partei und im Staat Verantwortung getragen haben und durch ihre Teilnahme an diesem Parteitag ihr unvermindertes Interesse und ihre beständige Treue zu unserer Partei aufs neue beweisen. Für alle diese stellvertretend darf ich hier unsere beiden Ehrenvorsitzenden, Prof. Ludwig Erhard und Dr. Kurt Georg Kiesinger, nennen.

(Anhaltender lebhafter
Beifall)

Last not least begrüße ich unsere Freunde von der Christlich Sozialen Union in Bayern.

(Beifall)

Ihr Vorsitzender, Franz Josef Strauß, wird am Dienstag zu uns auf diesen Parteitag kommen. Hier wird nachher ein Grußwort der stellvertretende Vorsitzende, unser Kollege Dollinger, sprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, die große Rede unseres Parteivorsitzenden hat klargemacht, daß noch nie eine deutsche Regierung nach dem Kriege so ratlos war wie die jetzige. Noch nie spürte Europa den kalten Griff der Krise so schmerzhaft, und nie

bedurfte unser Land so dringend einer tatkräftigen Führung. Unsere Partei muß bereit sein, jederzeit volle Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, illusionslos, realistisch, mutig. Die großen Erfolge unserer Partei waren stets der Lohn für die Bereitschaft, dem Bürger die Wahrheit zu sagen, Entscheidungen zu treffen und Risiken zu tragen.

Heute, da der freie Teil Deutschlands vielerorts von Erpressung bedroht ist, erkennen wir den Rang der Herausforderung. Die Union muß und wird auf ihrem Parteitag eine Antwort auf die großen Fragen der nationalen wie der internationalen Politik geben. Wenn wir uns in Hamburg als Partei der Verantwortung präsentieren, und wenn das mehr sein soll als eine Verheißung, so gehört Einigkeit in den Grundsätzen und Zielvorstellungen zu den Tugenden. Jeder Deutsche, meine Freunde, muß künftig wieder genau wissen, was gemeint ist, wenn er den Namen Christlich Demokratische Union hört. Jeder Deutsche muß eine feste Vorstellung davon besitzen, wie sich die Partei in aktuellen Fällen von grundsätzlichem Belang entscheiden wird, in der Regierung wie in der Opposition. Wir müssen Gewißheit verbreiten und die Ungewißheit den anderen überlassen.

(Beifall)

Wir haben eine neue Führung in Partei und Fraktion. Wir haben in Hamburg also die Chance, unsere Fähigkeit zur Solidarität und Loyalität unter Beweis zu stellen. Immer mehr Bürger in Deutschland blicken auf uns. Sie erwarten nicht, wie Helmut Kohl schon sagte, daß wir anpassen, sondern sie erwarten, daß wir sagen, wie unser Land besser regiert werden kann.

(Beifall)

Die internationalen, die nationalen, die wirtschaftlichen und sozialen Fragen hängen zusammen. Sie bilden ein Ganzes.

Ich wünsche unserem Parteitag Stärke, Einigkeit und Selbstbewußtsein, vor allem jedoch überzeugende Antworten auf die Frage unserer Bürger, warum CDU und nicht mehr SPD oder FDP.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 3 - Beschlußfassung über die Tagesordnung - auf. Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die Tagesordnung ist den Delegierten mit der Einladung zum Bundesparteitag zugegangen und ihnen außerdem noch einmal mit den Tagungsunterlagen im Tagungsbüro überreicht worden.

Wer der vorgeschlagenen Tagesordnung des 22. Bundesparteitages seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen mit der roten Stimmkarte. - Danke schön! Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen!

Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Ich darf Ihnen zum Ablauf folgendes mitteilen. Wir werden, wenn es die Zeit zuläßt, den Tagesordnungspunkt 11 - Bericht des Bundesschatzmeisters - noch heute vormittag abwickeln. Heute nachmittag beginnt die Tagung um 15 Uhr mit dem Bericht des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Professor Carstens. Daran schließt sich der Bericht des Herrn Generalsekretärs Prof. Biedenkopf an. Weiter schlägt das

Tagungspräsidium dem Parteitag vor, daran unmittelbar anschließend eine Generaldebatte über wichtige aktuelle politische Fragen abzuhalten,

(Beifall)

die aber - das wird das Tagungspräsidium noch festlegen - zeitlich begrenzt werden wird, damit wir mit dem Tagesordnungspunkt 13 - Soziales Baubodenrecht - noch heute am späten Nachmittag beginnen und, wie vorgesehen, bis in den späten Abend oder in die Nacht diskutieren können.

Am Montag, dem 19. November: Fortsetzung, soweit notwendig, der Debatte und Verabschiedung des Tagesordnungspunktes "Soziales Baubodenrecht" sowie Beginn des Tagesordnungspunktes 14: Vermögenspolitische Leitsätze; Beratungsbeginn am Montag, also morgen, um 9.30 Uhr pünktlich. Das Beratungsende ist für 12.30 Uhr vorgesehen. Unmittelbar nach Beginn der Nachmittags-sitzung am Montag, dem 19. November, 14 Uhr pünktlich, wird Tagesordnungspunkt 15 - Reform des Unternehmensrechts - aufgerufen; Beratungsende abends, eventuell nachts. Gegebenenfalls werden die Beratungen dazu am Dienstag, 20. November 1973, um 9.30 Uhr fortgesetzt.

Im übrigen ist für Dienstag Tagesordnungspunkt 17 vorgesehen: Bericht, Diskussion und Beschlußfassung über die Grundsatzarbeit der Partei. Wir werden zu diesem Punkt gleich um 9.30 Uhr kommen, sofern, wie ich eben schon erwähnte, die Beratungen vom Vortage nicht noch weitergehen.

Der Tagesordnungspunkt 17 wird im Laufe des Vormittags beendet sein. Es folgen die Regularien - Tagesordnungspunkte 18 und 19 -, und am Schluß wird als Punkt 20 die Rede unseres Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl stehen.

Ich komme zu Punkt 4 unserer Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Verfahrensordnung.

Der Bundesvorstand hat Ihnen entsprechend der Übung bei den letzten Parteitag eine Verfahrensordnung zur Ergänzung der Geschäftsordnung vorgeschlagen; Sie finden den Entwurf in Ihren Tagungsmappen. Ich darf Sie fragen, ob sich gegen die vorgeschlagene Verfahrensordnung Widerspruch erhebt. - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß diese Verfahrensordnung angenommen worden ist.

Ich möchte mir noch den Hinweis darauf erlauben, daß Initiativanträge aus der Mitte des Plenums mit Unterschriften von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten versehen sein und beim Sekretariat des Tagungspräsidiums so rechtzeitig abgegeben werden müssen, daß erstens die Unterschriften geprüft werden können und zweitens die Anträge zugeordnet, nummeriert, verfielfältigt, verteilt und gegebenenfalls auch in der Antragskommission beraten werden können. Ich gebe diesen Hinweis schon jetzt, damit sich eventuelle Antragsteller darauf einrichten können.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 5 auf:

Bestätigung der Antragskommission,

die vom Bundesvorstand eingesetzt worden ist. Die Fülle der auf diesem Parteitag anstehenden Themen und der dazu eingegangenen Anträge hat den Bundesvorstand bewogen, abweichend von der bisherigen Übung schon eine Antragskommission einzusetzen. Ich glaube, daß sich diese Maßnahme des Bundesvorstandes als hilfreich erwiesen hat, was Sie daraus ersehen mögen, daß es möglich geworden ist, Empfehlungen der Antragskommission zur Behandlung der vielen Anträge Ihnen allen bereits in Broschürenform zuzusenden.

Ich darf fragen, ob hierzu noch das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Wird die eingesetzte Antragskommission vom Parteitag bestätigt? - Widerspruch erhebt sich nicht; damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Ihnen liegt der Vorschlag des Bundesvorstandes vor. Werden andere Vorschläge gemacht? - Wer die Mandatsprüfungskommission bestätigen will, gebe das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Mandatsprüfungskommission ist einstimmig gewählt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Wahl der Stimmzählkommission.

Entsprechend der Verfahrensordnung wird die Auszählung der Stimmen bei schriftlichen Abstimmungen von einer Kommission vorgenommen, die der Parteitag wählt. Der Vorschlag des Bundesvorstandes befindet sich in Ihren Tagungsunterlagen. Wer damit einverstanden ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Danke, damit ist auch die Stimmzählkommission vom Parteitag bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich kann jetzt, zum Tagesordnungspunkt 8:

Grußworte

überleiten. Ich darf zuerst dem Vertreter der gastgebenden Stadt, dem Senator der Freien und Hansestadt Hamburg, Weiß, das Wort geben. Bitte!

(Beifall)

Weiß, Senator der Freien und Hansestadt Hamburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg möchte ich allen Delegierten des 22. Bundesparteitages der CDU in Hamburg herzliche Grüße entbieten und möchte Ihnen bei Ihrer Arbeit in dieser Stadt einen guten Erfolg wünschen.

Bundesparteitage der großen demokratischen Parteien unseres Landes haben weit über die Problematik und des Alltags und des Augenblicks hinaus eine grundsätzliche Bedeutung. Ihrer Tagesordnung ist zu entnehmen, daß die großen demokratischen Parteien unseres Landes trotz unterschiedlicher politischer Standorte und Auffassungen in einer übereinstimmenden Situation stehen: bis tief in

ihre Gliederungen hinein erfolgt nämlich der Meinungsstreit über die brennenden politischen und sozialen Probleme, für die es in dieser Zeit neue Antworten geben muß. Die gewachsene selbstbewußte Mündigkeit des bundesdeutschen Bürgers in allen Schichten drängt nach demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung. Sicher weichen in den großen Fragen unserer Zeit die Standpunkte weit voneinander ab. Diese Kontroversen aber heizen den Meinungsbildungsprozeß auch im positiven Sinne an.

Aber all diese Vorgänge führen schließlich wieder zu dem Ausgangspunkt, daß die große Aufgabe der parlamentarischen Demokratie darin besteht, daß alle Postulate der Verfassung - sprich: des Grundgesetzes - nicht Papier bleiben, sondern Wirklichkeit werden müssen. Die Wirklichkeit, die alle politischen Mandatsträger in großer Verantwortung wollen müssen, ist, dem Frieden in der Welt zu dienen und die Welt - in Europa und darüber hinaus - auf den Weg größerer sozialer Gerechtigkeit zu bringen.

Auf diesem Wege wird es viele Bewährungsproben geben. Ich meine, daß die großen Auswirkungen der schrecklichen Vorgänge der jüngsten Vergangenheit, aber auch der Zeit davor - von Vietnam bis Nahost -, nicht Dinge sein dürfen, angesichts derer wir uns in diesem Lande gegenseitig beschuldigen.

Hamburg ist als Wirtschaftsmetropole, als Begegnungsstätte mit weltbürgerlichem Zuschnitt und als Stadt der Arbeit bekannt. Hamburg - auch die Stadt mit dem größten Hafen der Bundesrepublik Deutschland - sieht seine Aufgabe darin, dem Geist der guten Zusammenarbeit aller Völker in der Wirtschaft und im Handel und im Geist des Friedens als Brückenpfeiler auch zwischen den großen Weltmächten zu dienen.

In dieser Stadt ist die Demokratie lebendig. In dieser Stadt befinden wir uns gerade gegenwärtig in einer neuen politischen Auseinandersetzung über den künftigen Kurs und die künftige Zusammensetzung der Landesregierung im sogenannten Vorwahlkampf. Solange die großen demokratischen Parteien ihre Auseinandersetzungen zwar in schonungsloser Härte und Offenheit, aber dennoch in grundsätzlicher Fairneß zueinander führen, ist unsere demokratische Ordnung intakt. Trotz der großen Unruhe in unserer Zeit und der tiefgreifenden Diskussionen um die aktuellen Probleme unseres Zusammenlebens bleibt - und das macht die gegenwärtige Situation wohl am meisten deutlich - eine gemeinsame Verpflichtung, nämlich die, sich gemeinsam den Lebensinteressen der Bürger unseres Landes, ihrer Sicherheit und ihrem Fortschritt verpflichtet zu fühlen.

In der Hamburgischen Verfassung heißt es:

Jedermann hat die sittliche Pflicht,
für das Wohl des Ganzen zu wirken.

Mögen die Ergebnisse Ihrer Arbeit in dieser Stadt dem Wohl des Ganzen dienen, das wünsche ich Ihnen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Ich erteile jetzt mit besonderer Freude das Wort dem Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, unserem Freund Dietrich Rollmann.

Dietrich Rollmann, Hamburg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hamburger CDU grüßt den 22. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union und heißt Sie alle in unserer Stadt herzlich willkommen. Wir danken dem Präsidium und dem Bundesvorstand der CDU, daß sie sich für Hamburg als Ort des 22. Bundesparteitages entschieden haben, und wir danken Ihnen allen, daß Sie nach Hamburg gekommen sind.

Dieser Parteitag ist mehr als jeder andere ein Parteitag der Arbeit. Hamburg aber ist nicht nur eine Stadt der Arbeit, sondern auch eine Stadt des Frohsinns und des Humors, der Kunst und der Kultur, der Gastlichkeit und der guten Küche. Mögen Sie in den kommenden Tagen auch Stunden finden, diesem Hamburg zu bezeugen. Lassen Sie sich in diesen Tagen, wenn es hier im Congress Centrum vielleicht auch einmal zu heiß werden sollte, an der Alster und an der Elbe eine frische Brise um die Nase wehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte in dieser Stunde an den ersten Bundesparteitag der CDU erinnern, der je in Hamburg stattfand, an den 4. Bundesparteitag 1953 im Curio-Haus. Ich war damals, gleich vielen von Ihnen, dabei, allerdings nicht als Delegierter, sondern als Mann am Vervielfältigungsapparat irgendwo im Keller. Dieser Parteitag wird mir immer unvergeßlich bleiben. Damals kehrte Bundeskanzler Adenauer mit Professor Hallstein von seiner ersten Amerika-Reise, die uns nach den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit das Vertrauen und die Freundschaft mit den USA brachte, nach Deutschland direkt zum Bundesparteitag nach Hamburg zurück. Tausende der gewiß nüchternen Hamburger haben damals stundenlang am Flughafen in Fuhlsbüttel und auf den Zufahrtsstraßen auf den Bundeskanzler gewartet und ihm begeistert für den Erfolg seiner ersten Amerika-Reise gedankt.

Ludwig Erhard sprach damals auf diesem Parteitag mit der ihm eigenen Klarheit und Deutlichkeit über die Gefahren der sogenannten Marktwirtschaft von links, und Kurt Georg Kiesinger war es, der damals das Hamburger Programm der CDU maßgeblich gestaltet und verkündet hat, mit dem wir dann in den Wahlkampf der Bundestagswahl 1953 gegangen sind.

1957 fand ein weiterer Bundesparteitag in Hamburg statt. Ich freue mich, daß der Präsident dieser beiden Bundesparteitage, unser alter Freund Hugo Scharnberg, unter uns weilt.

Beiden Bundesparteitagen in Hamburg folgten damals bei den darauffolgenden Bundestagswahlen Wahlsiege der CDU/CSU mit der absoluten Mehrheit der Sitze im Deutschen Bundestag. Aus diesem Grunde meine ich, daß Sie gut daran getan haben, nach manchen Wahlniederlagen wieder nach Hamburg zu kommen,

(Beifall)

denn ich glaube an den Genius loci dieser Stadt, und ich vertraue darauf, daß auf diesen Bundesparteitag in Hamburg wieder ein Wahlsieg der CDU bei der nächsten Bundestagswahl folgen wird.

(Beifall)

Dafür, meine Damen und Herren, lassen Sie uns in diesen Tagen arbeiten und kämpfen.

Gleich vielen anderen Großstädten haben wir Christlichen Demokraten es in Hamburg niemals leicht gehabt. Die Machtstellung der SPD ist in dieser Stadt traditionell stark. In den vergangenen Jahren aber haben die Sozialdemokraten in Hamburg ihre Macht mehr und mehr mißbraucht. Sie haben über unsere Stadt ein feingewirktes Netz von Abhängigkeiten geworfen. Wo immer ein Bürger an eine Masche dieses Netzes stößt, immer ist es die SPD, die dahintersteht und die alles gängelt, mag diese Masche nun heißen Senat oder Behörde, Hamburger DBG oder Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft oder Coop, Alte Volksfürsorge oder gar der Großhamburgische Bestattungsverein, Hamburgische Elektrizitäts- und Gaswerke oder die Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft, immer ist es die SPD, auf die jeder Bürger dieser Stadt unaufhörlich stößt.

Die Sozialdemokraten sprechen so gerne, so oft und so anklagend von der unkontrollierten Macht von Konzernen, Trusts und Monopolen. Der größte Konzern, der größte Trust, das größte Monopol in Hamburg und in allen anderen deutschen Großstädten ist die Sozialdemokratische Partei selbst.

(Zustimmung)

Sie übt mehr sichtbare und unsichtbare Macht über jeden einzelnen Bürger aus als das größte Privatunternehmen. Diese Macht ist unkontrolliert. Paritätische Mitbestimmung, kollektivistische Vermögensbildung und Sozialisierung der Banken nach den Plänen der SPD sollen diese Macht noch ausdehnen und verstärken. Das, meine Damen und Herren, ist unhamburgisch, und das widerspricht den freiheitlichen und liberalen Traditionen dieser Stadt.

(Beifall)

In dieser Situation versteht sich die Hamburger CDU mehr denn je als die Partei des einzelnen, als die Partei der Freiheit. Wir sind als CDU hier und heute dazu aufgerufen, die Rechte und die Freiheiten des einzelnen Bürgers in dieser Zeit übermächtiger gesellschaftlicher Zwänge, in dieser Zeit des anbrandenden Sozialismus zu wahren und zu verteidigen.

Wir haben im Frühjahr in Hamburg Bürgerschaftswahlen. Die Hamburger CDU geht guten Mutes in diesen Wahlkampf. Wir sind uns der Bedeutung dieser Wahl für Hamburg und für Deutschland wohl bewußt. Mit unserem Bürgermeisterkandidaten Erik Blumenfeld wollen wir einen Wahlerfolg erringen, der der absoluten Vorherrschaft der SPD in dieser Stadt ein Ende bereitet. Meine Damen und Herren, ich habe ein Präsent an unseren Parteivorsitzenden Helmut Kohl mitgebracht. Ich möchte es ihm mit einem alten Schifferwort von der Küste überreichen:

Gottes sind
Wogen und Wind,
Segel aber und Steuer,
daß Ihr den Hafen gewinnt,
sind Euer.

Ich möchte Herrn Dr. Kohl ein kräftiges Steuerrad überreichen, damit er unser CDU-Schiff alle Zeit immer richtig durch die Untiefen und Klippen dieser Zeit hindurchsteuern möge.

(Lebhafter Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Lieber Herr Rollmann, Ihnen wie auch natürlich Herrn Senator Weiß für seine Begrüßungsworte, aber vor allen Dingen Ihnen für Ihre Begrüßung und Ihre zukunftsweisenden Ausführungen einen sehr herzlichen Dank. Nachdem wir nunmehr das Steuer hier vor uns haben, kann nichts mehr schiefgehen.

Meine Damen und Herren, ich sagte vorhin bei den Begrüßungsworten, daß unter uns Freunde befreundeter Parteien auch aus dem fernen Südamerika sind. Ich habe hier mit ganz besonderer Freude den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Partei Chiles, Dr. Patricio Alwyn, zu begrüßen und darf ihn bitten, jetzt gleich das Wort zu ergreifen und ein Grußwort an uns zu richten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hier fand gestern eine Demonstration linksgerichteter junger Kreise und Menschen statt, die gegen unsere Freunde aus Chile gerichtet war.

Ich möchte daran erinnern, daß die christlichen Demokraten in Chile von der herrschenden Militärjunta genauso suspendiert sind und damit derzeit nicht an irgendeiner Verantwortung in Chile teilhaben wie alle übrigen Parteien, die in Chile verboten worden sind. Es ist uns deswegen eine besondere Genugtuung, hier einem hervorragenden Repräsentanten christlich-demokratischen Gedankengutes und der Christlich Demokratischen Partei in Chile das Wort geben zu können, damit er zur deutschen Öffentlichkeit spricht.

Dr. Patricio Alwyn (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Partei! Als Lateinamerikaner und Chilene danke ich für die Ehre, einige Worte an den Kongreß einer Partei richten zu dürfen, die sich an den Werten des christlichen Humanismus, der Gerechtigkeit und der Demokratie orientiert, die ihr Land wieder aufgebaut und entscheidend an der historischen Aufgabe mitgewirkt hat, dem jahrtausendealten Europa einen Weg in die Zukunft zu öffnen. Das ist ein außergewöhnliches Werk, das in der Welt Bewunderung genießt und das ewige Streben des Menschen nach Fortschritt, Leistung, Freiheit und Solidarität verdeutlicht.

Wir, die wir an die Ideale des christlichen Humanismus glauben, wissen, daß es im Leben der Völker keinen Stillstand und kein vollendetes Werk geben kann. Jeder Tag erneuert den ständigen Kampf des Menschen gegen den nie ermüdenden Egoismus, gegen die Unterdrückung und gegen intellektuelle Verschleierungstaktiken und fordert das Suchen nach neuen Wegen, die uns den Rechten des Menschen, der Demokratie und der Solidarität näherbringen sollen.

(Beifall)

Es gibt uns neue Kraft, zu sehen, daß die politische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland lebendig geblieben ist, und zwar ein Vierteljahrhundert nachdem Konrad Adenauer, dieser großartige Vertreter des christlichen Humanismus, mit dem Wiederaufbau Ihres Landes begann.

Sie werden auf Ihrem Parteitag Fragen der Mitbestimmung, der Berufsausbildung und anderer sozialer Reformen, die das Leben gerechter und humaner machen sollen, diskutieren. Sie haben dieses

Bestreben mit den Christdemokraten in Chile und Lateinamerika gemein, wo die Armut das Gewissen noch mehr belastet und die imperative Forderung nach Gerechtigkeit stellt.

Wir Christdemokraten in Chile haben hart gekämpft, um das wirtschaftliche Leben demokratischer und gerechter zu gestalten. In den letzten Jahren sahen wir uns starken Parteien gegenüber, die sich zwar einen demokratischen Anschein gaben und erweckten, aber nicht verbergen konnten, daß sie geistige Erben Stalins und Ulbrichts sind,

(Beifall)

traurige Mystifikatoren auf der Suche nach Lehren und überholten Formeln, die in der Welt schon immer Unterdrückung und primitive Gewalt bedeutet haben.

(Beifall)

Nachdem wir in Chile die schmerzliche Erfahrung gemacht haben, daß unsere mehr als hundert Jahre alte Demokratie, die wir mit all unserer Kraft verteidigt haben, zerstört wurde, glauben wir mehr denn je an die Macht der Völker, allen Herausforderungen der Leideschaft zum Trotz ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Wir sind überzeugt, daß nur die Gerechtigkeit und die soziale Solidarität solide Fundamente des Friedens sind und daß sich der menschliche Geist nur in einer Atmosphäre der Freiheit entwickeln und entfalten kann.

Unseren Prinzipien getreu haben wir gegen die totalitäre Aggression in unserem Lande gekämpft, und wir werden auch in Zukunft nicht in unserem historischen Bemühen nachlassen, in Chile wieder demokratische Verhältnisse herzustellen.

(Anhaltender Beifall)

In ihrem Land, das im Verlauf der Jahrhunderte Zerstörung und Schmerz kennengelernt hat, versteht man wohl besser als anderswo den Aufruf Solschenizyns und Sacharows gegen Unterdrückung und Brutalität.

(Beifall)

Glauben Sie uns, daß wir uns diesen Aufruf zu eigen gemacht haben.

Wir wünschen Ihnen für Ihren Parteitag viel Erfolg. Wir sind sicher, daß die CDU auf Grund ihrer reichen Erfahrung weiterhin eine entscheidende Kraft in Ihrem Lande bleiben und weiterhin eine bedeutende Rolle in der starken und progressiven christ-demokratischen Bewegung in dieser Welt spielen wird.

(Anhaltender Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, Herr Dr. Alwyn, ganz besonders für Ihre Worte, die Sie an uns gerichtet haben, und für die Hoffnung, die Sie - mit und zusammen - ausgesprochen haben, bezüglich der Wiedererrichtung demokratischer Verhältnisse in Ihrem Lande. Sie werden uns, die Christlichen Demokraten Deutschlands, an Ihrer Seite finden, und ich bitte Sie,

das in Ihr Land zu Ihren Freunden mit zurückzunehmen als unsere Verpflichtung Ihnen gegenüber.

(Beifall)

Nunmehr, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich für die befreundeten und mit uns in der Europäischen Union Christlicher Demokraten zusammenarbeitenden christlich-demokratischen Parteien den früheren Präsidenten der EG-Kommission und derzeitigen italienischen Kultusminister, Herrn Franco Maria Malfatti, bitten, an uns ein Grußwort zu richten.

Herr Malfatti!

(Beifall)

Franco Maria Malfatti (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen die brüderlichen Grüße der italienischen Christdemokraten überbringen und auch herzliche Grußworte von dem Generalsekretär der italienischen Christdemokraten, Herrn Fanfani, sagen.

(Beifall)

Wir stehen im Augenblick in einer diffizilen und heiklen Periode sowohl in unseren nationalen Angelegenheiten als auch auf internationaler und europäischer Ebene. Wir erleben im Augenblick sicherlich einen historischen Zeitraum, und wir haben gegenwärtig die besten Chancen, nun endlich einen Schritt, einen Sprung nach vorn auf dem Wege der europäischen Einigung zu machen.

(Beifall)

Wir haben jetzt endlich die Möglichkeiten, unsere Strukturen zu verändern, um eine neue Gesellschaft zu modellieren, die mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit für den einzelnen mit sich bringen wird. Wir haben die einmalige Chance, ein neues Muster der Gesellschaft zu schaffen. Ich glaube, in der Vergangenheit gab es niemals so gute Möglichkeiten wie jetzt, um endlich diesem Ziel nahezukommen. Das materielle Wachstum in allen unseren Ländern, gestattet es uns, eine neue Phase zu beginnen. Wir haben endlich Möglichkeiten, den armen Ländern in der dritten Welt unter die Arme zu greifen. In unseren eigenen Ländern haben wir die Möglichkeit, jedem Mitbürger bessere Lebensqualität zu verschaffen.

Obwohl es so viele günstige Aspekte gibt, muß man aber wohl doch zugeben, daß wir im Augenblick eine Periode der Unsicherheit und Unruhe erleben, die viele Risiken in sich birgt. Sogar die nationale und die internationale Identität stehen auf dem Spiel. Sie laufen Gefahr, eventuell zu verschwinden. Wir haben das bei den letzten Ereignissen im Nahen Osten nur allzu deutlich spüren müssen.

Es eröffnet sich somit die Chance zu großen Erfolgen. Gleichzeitig besteht aber auch die Möglichkeit, daß all unser Unterfangen zum Scheitern verurteilt ist. Deshalb sollten wir die Chance nutzen, um uns das Erbe von Adenauer, de Gasperi und Schuman zunutze zu machen, um zu einer besseren, freieren Gesellschaft zu gelangen.

Ich meine, daß ein vereintes Europa doch in der Lage sein müßte, über das Stadium des Gemeinsamen Marktes hinauszukommen und endlich eine solidarische Gemeinschaft zu werden.

(Beifall)

Ich meine, Europa sollte sich nicht einen zu engen Rahmen setzen. Es sollte sich nicht nur auf Handelsgeschäfte einlassen. Wir streben doch alle danach, das Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen, d.h. die politische Identität, die politische Einheit zu erreichen.

(Zustimmung)

Nur so wird es uns möglich sein, auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle zu spielen und uns für den Frieden und die Solidarität zu verwenden. Die europäische Demokratie wäre damit in der Lage, den Mitbürgern mehr Mitspracherechte zu geben, insbesondere wenn wir daran denken, daß wir ein direktes Wahlrecht für das Europäische Parlament haben werden. Wir hoffen deshalb, daß sich die nächste europäische Gipfelkonferenz nicht nur darauf beschränken wird, einen neuen Zeitplan setzen zu wollen. Ich glaube, die Ereignisse haben uns in dieser Hinsicht längst überholt. Wir hoffen, daß die nächste Gipfelkonferenz es uns gestatten wird, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur politischen Einheit Europas zu tun.

(Beifall)

Unsere politischen Kräfte in den jeweiligen Ländern arbeiten kontinuierlich daran, unsere Ideale endlich in die Praxis umzusetzen. Sie, die Christdemokraten, spielen eine wesentliche Rolle in Ihrem Lande. Das gleiche gilt für die Christdemokraten bei uns in Italien. Sie und wir, die europäischen Christdemokraten - ich habe das Vergnügen, hier den neugewählten Präsidenten, Herrn von Hassel, begrüßen zu können -

(Beifall)

stellen doch ein neues Element für die Demokratie Europas dar, denn wir können jetzt die Rolle der initiativgebenden Avantgarde auf dem Wege zur europäischen Einheit spielen. Ich wünsche Ihnen für Ihren Parteitag viel Erfolg.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, Herr Minister Malfatti, für Ihre Worte und Ihre Wünsche. Wir hoffen mit Ihnen auf eine immer enger werdende und von Vertrauen getragene Zusammenarbeit im Rahmen der Union Europäischer Christdemokraten im Blick auf die Einigung Europas. In diesem Zusammenhang möchte ich den Parteitag doch noch einmal darauf aufmerksam machen, daß vor wenigen Wochen ein neuer Präsident der Union Europäischer Christdemokraten gewählt worden ist, unser Freund Kai-Uwe von Hassel. Ihn möchte ich hier besonders herzlich begrüßen.

(Beifall)

Mit dem Dank an Herrn Malfatti möchte ich den herzlichen Dank an die beiden ebenso befähigten wie attraktiven Dolmetscherinnen

verbinden, die die Ausführungen von Herrn Malfatti und Herr Alwyn für uns gedolmetscht haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich begrüße nunmehr den Vorsitzenden der konservativen Partei im norwegischen Storting, Herrn Kare Willoch. Herr Willoch wird im Namen der befreundeten konservativen Parteien in Europa ein Grußwort an uns richten. Bitte schön, Herr Willoch!

Kare Willoch (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Es freut mich wirklich sehr, daß mir der ehrenvolle Auftrag erteilt worden ist, Ihnen von den konservativen Parteien Großbritanniens, Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens herzliche Grüße überbringen zu dürfen. Unsere Parteien haben, wie Sie wissen, mit den christlich-demokratischen Parteien sehr viele gemeinsame Grundlagen und verfolgen daher mit großem Interesse die Arbeit der CDU. Zwei von diesen konservativen Parteien arbeiten schon heute mit der CDU im Europäischen Parlament zusammen. Die drei anderen sind nicht in dieser glücklichen Lage; ich möchte sagen: sie sind leider noch nicht in dieser glücklichen Lage.

(Beifall)

Aber alle gemeinsam legen wir großes Gewicht auf eine enge und intensive Zusammenarbeit in Europa. Wir glauben, daß diese europäische Zusammenarbeit nicht nur eine Sache der Regierungen ist, sondern auch durch gute, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Parteien, die sich auf gleiche Grundlagen berufen, noch stärker aufgebaut werden kann. Wir dürfen uns auch hier nicht von den zusammenarbeitenden sozialistischen Parteien übertreffen lassen.

(Beifall)

Die so sehr kraftvolle, lebensfähige und echte demokratische Republik, die hier im Westen aufgebaut worden ist, im Gegensatz zu dem von Zwang und Unmenschlichkeit geprägten Staat weiter östlich, der die Bezeichnung "demokratisch" sehr mißbraucht,

(Beifall)

bedeutet ungeheuer viel für das Gleichgewicht und die Entwicklung in ganz Europa. Die Bundesrepublik besitzt einen der Schlüssel zur Entspannung zwischen Ost und West. Dabei dürfen aber die Ideale der Freiheit nicht geopfert

(Beifall)

und die Widerstandskraft der wahren Demokratien nicht geschwächt werden. Es ist daher von weltweitem Interesse, daß der Wille der CDU in außenpolitischen Fragen so stark von dieser Haltung geprägt ist. Das deutsche Beispiel auf dem innenpolitischen Gebiet spielt aber auch für andere eine besondere Rolle. Hier geht es darum, das Gleichgewicht zwischen den sozialen Gruppen und das Gleichgewicht zwischen Staat und Bürger zu sichern, was ja eine sehr wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung ist. Fragen, die auf der Tagesordnung dieses Kongresses stehen, sind

gerade in diesem Zusammenhang sehr bedeutend. Selbst wenn diese Themen die Bundesrepublik betreffen, können sie fruchtbar und wichtig auch für die Debatten in anderen Ländern sein. Ich denke hier u. a. an soziales Bau- und Bodenrecht, vermögenspolitische Leitsätze und die Mitbestimmung.

Kurz gesagt, nicht nur wir, die wir das Glück haben, dabei sein zu dürfen, sondern Parteifreunde in vielen Ländern, warten auf die Ergebnisse der Besprechungen dieser Tage und wünschen der CDU weiterhin Glück und Erfolg in den politischen Besprechungen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld (Parteitagpräsident):

Auch Ihnen, lieber Herr Willoch, einen sehr herzlichen Dank des Parteitages. Uns verbinden seit vielen Jahren vertrauensvolle Beratungen und Freundschaften. Ich möchte Ihren Worten nur noch eines hinzufügen dürfen: Die Zusammenarbeit zwischen den konservativen Parteien Europas und den Christdemokraten kann und muß enger werden. Dann werden wir gemeinsam auch das politische Europa bauen können.

(Beifall)

Bevor ich jetzt unseren Freund, den stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union, Herrn Dollinger, bitte, das traditionelle Grußwort der CSU zu uns zu sprechen, möchte ich - auch schon wegen der geographischen und nachbarlichen Nähe zu Bayern - dem Parteitag noch besonders vorstellen und hier begrüßen die Delegation aus unserem Nachbarland Österreich unter der Führung des Landeshauptmannes der Steiermark, Dr. Niederl von der ÖVP.

(Beifall)

Darf ich nunmehr Herrn Dollinger bitten, sein Grußwort zu sprechen.

Dr. Dollinger (mit Beifall begrüßt):

Sehr verehrter Herr Bundesvorsitzender, sehr verehrter Herr Fraktionsvorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren und, ich glaube, ich darf mir erlauben zu sagen, liebe Parteifreunde!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin gern der Aufforderung meines Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, der leider heute verhindert ist, heute hierher zu kommen, nachgekommen, um Sie herzlich zu grüßen in seinem Namen und für die Christlich Soziale Union in Bayern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Sinn eines Parteitages ist es, immer wieder aus der Diskussion der Mitglieder und aus der politischen Problematik heraus neue Zielpunkte zu setzen und Entscheidungen zu treffen. In dieser Beziehung ist, meine ich, auch dieser 22. Bundesparteitag der CDU eine wichtige Entscheidung zur Stärkung der Partei nach innen und nach außen.

Meine Damen und Herren, eine Partei braucht eine klare Zielsetzung, und eine Partei, die in der Opposition ist, muß ein Kontrastprogramm zu den herrschenden Regierungsparteien entwickeln.

(Beifall)

Deshalb hoffe ich, daß auch dieser Parteitag zu Ergebnissen führt, an denen sich unsere Gegner die Zähne werden ausbeißen können.

(Beifall)

Wir haben vor wenigen Wochen in Münschen auf unserem Parteitag ähnliche Hauptprobleme zur Diskussion und Entscheidung gehabt wie Sie hier in Hamburg: Bodenrecht, Vermögensbildung, berufliche Bildung, Mitbestimmung - entscheidend wichtige Fragen für eine Partei, die von dem festen Willen beseelt ist, 1976 in Deutschland wieder die Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall)

Dabei sollten wir allerdings auch daran denken, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, der jetzigen Koalition durch unsere Entschlüsse aus der eigenen Verlegenheit zu helfen.

(Beifall)

Bei solchen Problemen ist es klar, daß Widerstreit der Meinungen vorhanden ist. Wir wissen ja alle, wie bei den erwähnten Punkten auch viele Spekulationen dahin vorhanden sind, daß nun zwischen CDU und CSU eine besondere Problematik auftauchen könnte. Meine Damen und Herren, ich denke, daß alle, die darauf hoffen, am Ende dieses Parteitages enttäuscht sein werden.

(Beifall)

Wir wissen um die Bedeutung der paritätischen Mitbestimmung. Wir wollen eine klare Partnerschaftsordnung im Sinne eines ordnungspolitischen Ausgleichs zwischen Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit, zwischen Eigentumsgarantie und Unternehmensautonomie, zwischen Betriebsverfassung und Mitbestimmung, und wir wollen nicht den unabhängigen Arbeiter als Objekt, sondern wollen den gesellschaftlich gleichberechtigten Bürger, ganz gleich, wo er steht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Parteitag der FDP in Wiesbaden hat uns, glaube ich, klargemacht, daß CDU/CSU bei diesen Auseinandersetzungen, die vorhanden sind, im Grunde genommen auf sich allein gestellt sind. Daraus sollten wir die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das Liebeswerben, das zum Teil vorhanden ist oder das man uns zum Teil andichtet, hat keinen Sinn, wenn keine Gegenliebe vorhanden ist. Bei uns in Bayern sagt man, man solle sich nicht unnötigerweise einen Korb holen. Ich meine, aus diesem Grunde sollten wir uns hier entsprechend einstellen. Bei den jetzigen Auseinandersetzungen müssen wir sehen, daß auch die Frage der Sozialen Marktwirtschaft zur Debatte steht, die einst unter Adenauer von Ludwig Erhard durchgesetzt worden ist. Wir dürfen es nicht zulassen, daß diese Marktwirtschaft heute in Frage gestellt und zerstört wird.

Wir können es auch nicht hinnehmen, daß die FDP den Versuch macht, sich heute zum Hüter der Marktwirtschaft in einer Entwicklung aufzuspielen, wo wir Tag für Tag feststellen, wie an dieser Marktwirtschaft geknabbert wird.

Deshalb, meine Damen und Herren, meine ich, daß wir zu den Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine klare Antwort zu geben haben und daß wir die Alternative zur jetzigen Politik darstellen müssen. Die soziale Marktwirtschaft zu stärken und zu sichern, ist eine Aufgabe, wenn wir den Menschen in Freiheit und in Bindung ein menschenwürdiges Dasein in der Berufswelt, in der Arbeitswelt, und wo immer er sonst zu stehen hat, geben wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben im nächsten Jahr eine Reihe von Wahlen. Die ersten sind in Hamburg - ich wünsche alles Gute -, und wir in Bayern sind ebenfalls dran. Ich hoffe, daß wir uns dann gegenseitig kräftig unterstützen werden.

(Beifall)

Wenn der Vorsitzende der SPD, Herr Brandt, vor wenigen Tagen laut Pressemitteilungen gesagt hat, wenn die SPD die Wahlen in Bayern nicht gewinnen würde, dann wäre das auch keine Katastrophe, so spricht das bereits für sich.

(Beifall)

Wir werden alles dazu beitragen, daß auch in den anderen Bundesländern die SPD die Antwort bekommt, die sie auf Grund ihrer Politik verdient.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihrem Parteitag - Parteitage sind ja souverän - gute Entscheidungen. Es wird dann dahin kommen, daß die souveränen Entscheidungen Ihres Parteitages und jene des CSU-Parteitag an einer Koordinierungsstelle landen, nämlich dort, wo sie in die Praxis umgesetzt werden müssen. Das geschieht sicher zum Teil in den Landesparlamenten; das geschieht aber mit Gewißheit in der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU. Herr Fraktionsvorsitzender, ich glaube, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage: wir wollen nicht supermodern sein. Warum? Unsere Ehe, die Fraktionsgemeinschaft, existiert seit 24 Jahren. Die Silberhochzeit sollten wir alle gemeinsam mit großer Freude begehen.

(Beifall)

Bei dieser Silberhochzeit wollen wir nicht nur an die Vergangenheit, sondern auch an die Zukunft denken, und zwar, wie es Ehepaare in diesem Alter tun, in besonderem Maße auch an die Kinder und Kindeskinde, d.h. an unsere Jugend.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich wünsche dem Parteitag klare Aussagen für eine klare Politik. Die CSU ist bereit, gemeinsam den Weg zu gehen. Wir wissen, daß die Regierung Brandt/Scheel von einem guten Erbe der Vergangenheit schon ein Großteil in Frage

gestellt hat. Unsere Aufgabe muß es sein, weiteren Entwicklungen dieser Art zu wehren, zum Wohle unseres ganzen Volkes.

Ihrem Parteitag viel Erfolg!

(Lebhafter Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Auch Ihnen, lieber Herr Dollinger, einen sehr herzlichen und ganz besonderen Dank! Wir wissen, daß Sie unseren Parteitag mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten. Wir wissen aber auch, daß wir uns in den entscheidenden Augenblicken immer auf die CSU verlassen können. Deswegen bin ich sicher, daß wir auch gemeinsam Silberhochzeit werden feiern können, und zwar ungebrochen und miteinander vereint.

Meine Damen und Herren, das bringt uns an das Ende unserer Vormittagssitzung. Ich hatte zu Beginn darauf aufmerksam gemacht, daß wir, wenn die Zeit ausreichen würde, den Punkt 11 der Tagesordnung noch heute vormittag abhandeln würden. Angesichts der Tatsache, daß wir nunmehr den gesetzten Zeitrahmen schon gesprengt haben, bitte ich Sie, davon Kenntnis zu nehmen - ich sage das im Einvernehmen mit Herrn Leisler Kiep -, daß der Nachmittag wie vorgesehen verlaufen wird. Herr Leisler Kiep wird seinen Bericht erstatten, nachdem der Generalsekretär seinen Bericht gegeben hat.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis 15.00 Uhr und gebe gleichzeitig bekannt, daß die Mandatsprüfungskommission unmittelbar nach Beginn der Mittagspause im Büro der Organisationsleitung hinter der Bühne zusammentreten möge.

Die Sitzung ist bis 15.00 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.46 Uhr
bis 15.05 Uhr)

Sonntag, 18. November 1973

2. Plenarsitzung

Beginn: 15.08 Uhr

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit den Beratungen des Parteitages fortfahren können. Ich habe hier jetzt eine große Schiffsglocke, womit dem Steuerrad ein weiteres Hamburger oder norddeutsches Symbol hinzugefügt wird.

Zu Beginn unserer 2. Plenarsitzung rufe ich Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wir haben die große Freude und die große Ehre, daß jetzt Prof. Karl Carstens über die Arbeit der Bundestagsfraktion zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Wir sind Ihnen, lieber Herr Prof. Carstens, sehr dankbar dafür, daß Sie sich in einer schwierigen Situation unserer Fraktion in Bonn zur Verfügung gestellt und die Leitung dieser Fraktion übernommen haben.

Ich darf Ihnen das Wort geben.

(Erneuter Beifall)

Prof. Dr. Karl Carstens, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es entspricht einem guten alten Brauch, daß der Vorsitzende Ihrer Bundestagsfraktion dem Parteitag Bericht erstattet. Ich habe versucht, mich dieser Verpflichtung dadurch zu entledigen, daß ich darum gebeten habe, Ihnen einen schriftlichen Bericht vorlegen zu können. Diesen Bericht haben Sie in Gestalt einer ziemlich dicken blauen Drucksache vor sich liegen, und ich darf vielleicht, was die Details unserer Arbeit betrifft, darauf verweisen.

(Zustimmung)

Ich möchte aber gern in Ergänzung dieses Berichts zwei Bemerkungen machen dürfen. Die Bundestagsfraktion hat mir vor genau 6 Monaten das Amt ihres Vorsitzenden übertragen. Ich habe dieses Amt aus der Hand eines Mannes übernommen, der die Fraktion vorher 10 Jahre lang geführt hatte und der für die Union Großes geleistet hat.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte Ihnen, lieber Herr Kollege und Freund Dr. Barzel, dafür auch an dieser Stelle sehr herzlich danken.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, die zweite Bemerkung: Die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU befindet sich zur Zeit, so möchte ich sagen, in einem politischen Aufwind. Wir haben zu wichtigen und schwierigen Fragen in der letzten Zeit einstimmige Beschlüsse gefaßt und haben damit nicht nur ein hohes Maß an Geschlossenheit dokumentiert, sondern es ist uns auch gelungen, dadurch auf die politische Entwicklung Einfluß zu nehmen. Ich sage das mit besonderer Freude, weil diese Feststellung natürlich die einschließt, daß zwischen den beiden Teilen der Fraktion, zwischen CDU und CSU, in wichtigen Fragen ebenfalls volle Übereinstimmung besteht, denn sonst hätte es keine einstimmigen Beschlüsse geben können.

(Beifall)

Aber ich möchte an dieser Stelle auch sagen, wie wichtig es für den Erfolg der Arbeit der Fraktion ist, daß wir eng mit den von CDU und CSU regierten Ländern zusammenarbeiten. Ihnen möchte ich an dieser Stelle ebenfalls für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit herzlich danken.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich möchte die Gelegenheit dieses Berichtes auch dazu benutzen, um einige mehr grundsätzliche Ausführungen zur politischen Lage zu machen. Ich möchte mit der außenpolitischen Lage beginnen.

Der Konflikt, dessen Ende hoffentlich hinter uns liegt und der die Welt an den Rand eines großen Konfliktes zwischen den Supermächten gebracht hat, hat uns meiner Meinung nach eine Reihe von Lehren erteilt oder, richtiger gesagt, hat uns Lehren wieder in die Erinnerung gerufen, die uns die letzten beiden Jahrzehnte schon des öfteren erteilt hatten.

Die erste dieser Lehren ist, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr als viele andere Länder von der internationalen Lage und von der Erhaltung und Bewahrung des Friedens auf der Welt abhängt.

Die zweite Lehre, meine Damen und Herren, ist die, daß die Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor der wichtigste Garant für den Frieden auf der Welt sind.

(Beifall)

Die amerikanische Regierung hat durch eine Reihe meisterhafter politischer und diplomatischer Schritte zu der Beendigung des Konflikts im Nahen Osten beigetragen und, wie wir hoffen können, die Grundlage für eine dauerhafte Lösung der dort seit Jahrzehnten schwelenden Schwierigkeiten gelegt. Ich bedaure es unter diesen Umständen außerordentlich, daß die Regierung dieses Landes, die Bundesregierung, in der Öffentlichkeit nicht ein einziges anerkennendes Wort über diese Leistung gesprochen hat.

(Beifall)

Statt dessen hat sie die Vereinigten Staaten öffentlich scharf wegen der Verschiffung von Kriegsmaterial von deutschem Boden aus nach Israel gerügt und kritisiert. Ich will jetzt gar nicht untersuchen, ob da alles ganz korrekt zugegangen ist. Das weiß ich nicht. Ich bin aber der Meinung, wenn hier etwas zu beanstan-

den war, hätte dies Gegenstand eines vertraulichen Gesprächs mit unserem Verbündeten sein sollen.

(Beifall)

Man hätte die großen Leistungen für den Frieden öffentlich anerkennen sollen.

Meine Damen und Herren, was jetzt geschehen ist, kann doch zu nichts anderem führen, als daß in Amerika die Kräfte gestärkt werden, die auf einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland dringen. Denn wie soll man es der amerikanischen Bevölkerung klarmachen, daß sie zwar 300 000 Mann ihrer Truppen ständig in der Bundesrepublik Deutschland stationiert halten muß, um die Sicherheit unseres Landes zu garantieren, daß sie aber nicht in der Lage sein soll, in einer Krisenzeit über diese Truppen zu verfügen?

Die dritte wichtige Lehre, die ich aus dem Nahostkonflikt ziehen möchte, lautet, daß auf die Vereinigten Staaten Verlaß ist und daß die Vereinigten Staaten helfen, aber nur dem, der sich selbst hilft. Ich glaube, es ist gut und notwendig, daran zu erinnern, daß die wichtigste Last der Verteidigung unseres eigenen Landes bei uns selbst liegt.

(Beifall)

Ich meine, dies ist die Stunde, auch der Bundeswehr für die hervorragende Weise zu danken, in der sie diese Aufgabe löst,

(Beifall)

und sie zu ermutigen, auf diesem Wege fortzufahren.

Die vierte traurige Lehre, die wir aus diesem Konflikt ziehen müssen, ist die, daß die Entspannungspolitik den Frieden leider nicht sicherer gemacht hat, wie uns das so oft verkündet worden ist.

(Zustimmung)

Die Entspannungspolitik hat leider auch nicht die Erleichterungen für die Menschen gebracht, wovon so oft die Rede war. Die Rückführung der Deutschen aus Polen hat einen absoluten Tiefstand seit Abschluß des Warschauer Vertrages erreicht. Uns allen steht deutlich die Entscheidung der DDR vor einigen Tagen vor Augen, die Umtauschgebühr zur verdoppeln und damit die Möglichkeiten des Besuches von Westdeutschen und Westberlinern in Ost-Berlin und in der DDR außerordentlich zu erschweren. Überhaupt muß man sagen, daß die Entwicklung, die durch diese Entspannungspolitik eingeleitet worden ist, für Berlin in vieler Hinsicht enttäuschend verläuft. Im Viermächteabkommen hieß es, daß die bestehenden Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland nicht nur erhalten, sondern weiterentwickelt werden sollten. Damals hat man uns diese Tatsache, daß sie nämlich weiterentwickelt werden könnten, als einen großen Erfolg der westlichen Seite bezeichnet. Jetzt beim ersten Versuch, sie weiterzuentwickeln, nämlich eine zusätzliche Bundesbehörde nach Berlin zu legen, stößt man auf den schroffen und scharfen Protest der Sowjetunion und der DDR. Aber das ist nur eine von vielen Tatsachen, die hier zu erwähnen sind.

Die Warschauer-Pakt-Staaten betreiben die Politik der Trennung Berlins von der Bundesrepublik Deutschland systematisch fort. Lassen Sie mich dies mit einigen Tatsachen in Ihre Erinnerung zurückrufen. Sie fordern die Trennung der Berliner und der west-deutschen Ausstellungsstände auf internationalen Messen und Ausstellungen. Sie fordern, daß Berlin dabei seine eigene Flagge zeigt. Die DDR protestiert gegen die Besuche des Bundespräsidenten in West-Berlin, obwohl diese nach dem Viermächteabkommen eindeutig zulässig sind. Sie protestiert gegen Besuche der Bundestagspräsidentin, von Bundesministern, gegen die Tagung der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages und gegen die Tagung des Innenausschusses des Bundestages. Die Warschauer-Pakt-Staaten boykottieren kulturelle und sportliche Veranstaltungen in West-Berlin, wenn Bund und Berlin gemeinsam als Träger dieser Veranstaltungen auftreten.

Die Sowjetunion verhindert die Mitwirkung des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bei der Ausgestaltung des geplanten Besuchs des Berliner Regierenden Bürgermeisters, und die Sowjetunion verlangt schließlich, daß bei sowjetischen Besuchen und Ausstellungen in West-Berlin die Bundesflagge nicht gezeigt werden darf.

Dies ist nur eine kleine Auswahl von Ereignissen aus der letzten Zeit. Aber sie zeigt doch mit erschreckender Deutlichkeit, wie schwerwiegend die Vernachlässigung der Interessen gerade Westberlins bei der Aushandlung der Ostverträge in den letzten drei Jahren gewesen ist.

(Beifall)

Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, daß in dem sogenannten Bahr-Papier von Anfang 1970, in dem die Bundesregierung sämtliche sowjetischen Forderungen erfüllte, das Wort "Berlin" nicht vorkommt und daß im Grundvertrag, bei dem die Bundesregierung nunmehr sämtliche Forderungen der DDR erfüllte, für Berlin eine ganz unzulängliche Regelung getroffen wurde.

Meine lieben Freunde, es bereitet mir wenig Freude, festzustellen, daß dies Dinge sind, die wir seit Jahren vorausgesagt haben. Aber es bereitet mir noch weniger Freude, festzustellen, daß diejenigen Männer, die die Verantwortung für diese Politik tragen, so tun, als ob nichts geschehen wäre, und die Entspannungspolitik weiterhin als einen großen und uneingeschränkten Erfolg verkaufen

(lebhafter Beifall)

und nicht einsehen wollen, daß es zu einem großen Teil ihre Fehler sind, die sich jetzt Tag für Tag in der Entwicklung auswirken.

Ich möchte ganz klar sagen, von wem ich spreche. Ich spreche von dem Bundeskanzler, Herrn Brandt; ich spreche von Herrn Bahr; ich spreche von Herrn Wehner; aber ich spreche auch von Herrn Scheel, dem Bundesminister des Auswärtigen.

(Lebhafter Beifall)

Denn er kann nicht so tun, als wenn die Außenpolitik der letzten Jahre ohne seine entscheidende Mitverantwortung geführt worden wäre.

Nun, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich will ja garnicht behaupten, daß wir ein Rezept für alle Schwierigkeiten und alle internationalen Probleme hätten. Aber das eine kann ich Ihnen sagen: Diese entscheidenden Verhandlungen der letzten drei Jahre hätten wir besser geführt, wenn die Verantwortung in unserer Hand gelegen hätte.

(Beifall)

Wir werden eine bessere Ostpolitik führen, wenn wir die Regierung wieder übernehmen werden.

(Beifall)

Ich möchte dazu eines ganz klar sagen. Auch wir von der CDU - ich schließe die CSU hier ausdrücklich mit ein - stehen zu dem Grundsatz, den wir so oft vertreten haben: Auch wir sind für Entspannungspolitik; auch wir setzen uns für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen uns und den osteuropäischen Staaten ein; auch wir begrüßen persönliche Kontakte, die in diesem Bereich stattfinden. Aber, ich meine, wenn man Entspannungspolitik betreibt, muß man sich an die essentiellen Voraussetzungen jeder vernünftigen Entspannungspolitik erinnern. Diese lauten:

1. Die Entspannungspolitik muß in sich ausgewogen sein. Leistungen und Gegenleistungen müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

2. Die Entspannungspolitik und die Ostpolitik müssen den den betroffenen Menschen dienen. Mit ihnen müssen menschliche Erleichterungen verbunden sein. Es erfüllt mich mit großer Sorge, vor einigen Tagen gelesen zu haben, daß Herbert Wehner, der mächtige Mann der SPD, kaum daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Genf begonnen hatte, schon erklärte, die Forderung nach größerer Freizügigkeit dürfe man nicht zur Vorbedingung für einen Erfolg dieser Konferenz machen.

(Pfui-Rufe)

Liebe Freunde, das heißt die gemeinsame Verhandlungsposition des Westens abbauen, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben.

(Beifall)

3. Berlin muß in die Entspannungspolitik einbezogen werden.

(Beifall)

4. Das Ziel der deutschen Einheit darf ungeachtet der Entspannungspolitik nicht preisgegeben werden.

(Beifall)

Ich bin immer noch beschämt darüber, wenn ich daran denke, wie vor einem Jahr anlässlich der Unterzeichnung des Grundvertrages das Problem der deutschen Einheit behandelt wurde, indem nämlich ein Brief irgendwo zugestellt und nicht bei den Verhandlungen, um die es sich damals handelte, übergeben wurde. Ich bin sehr beunruhigt darüber, daß die Bemühungen, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag abzu-

schaffen, immer noch nicht eingeschlafen sind. Wir von der CDU werden jedenfalls mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck diesen Bemühungen entgegenwirken.

(Beifall)

5. und letztens. Zur Entspannungspolitik gehört die Beachtung der Regel, daß die westlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaften den Vorrang vor der Entspannungspolitik haben müssen.

(Beifall)

Hier, meine Damen und Herren, berühre ich nun einen ganz kritischen Punkt. Denn wir wissen seit einiger Zeit, daß einer der wichtigen und maßgebenden Architekten der Ostpolitik mit dieser klar das Ziel verfolgt hat, die Bundesrepublik Deutschland aus ihren westlichen Bindungen herauszulösen und sie in eine neutrale zentraleuropäische Zone zu überführen. Diese Dinge sind durch Dokumente einwandfrei erwiesen. Es nützt überhaupt nichts, wenn die Regierung so tut, als ob das alles nicht existierte, und mit vagen Erklärungen diese Tendenzen zu dementieren versucht.

Natürlich, meine Damen und Herren, im Augenblick spricht kein Mensch, der noch seinen Verstand hat, von der Neutralisierung Deutschlands. Dieser Moment wäre dafür in der Tat äußerst schlecht gewählt. Aber wir haben doch die Erfahrungen mit den zurückliegenden Krisen. Nach sechs Monaten ist alles vergessen; dann fangen die alten Tendenzen wieder an.

Deswegen ist es so wichtig, daß wir auch bei der Gelgenheit des heutigen Parteitages ganz klar die Feststellung treffen: Die wesentlichen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Europäischen Gemeinschaften und im atlantischen Bündnis haben die Priorität.

(Beifall)

Damit komme ich zu dem zentralen Thema der auswärtigen Politik aller bisherigen von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen, nämlich der europäischen Einigung. Trotz aller Mühen, trotz aller Hindernisse, die uns auf diesem Weg entgegenstehen, bleibt die westeuropäische Integration das wichtige Ziel unserer auswärtigen Politik. Wir, die CDU und die CSU, werden unentwegt dafür kämpfen.

(Beifall)

Wir fordern eine engere politische Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der auswärtigen Politik. Gerade in den letzten zwei Wochen haben wir einen Versuch der europäischen Außenminister erlebt, in der Nahostkrise einen solchen gemeinsamen außenpolitischen Schritt zu tun. Aber ich muß leider sagen, daß dieser Schritt doch sehr enttäuschend war.

(Beifall)

Es war ein matter Schein; die europäische Stimme wurde nicht wirklich in eine der Waagschalen gelegt. Es war ein schwacher Beitrag zum Frieden und zur Wiederherstellung des Friedens.

Zu meiner großen Überraschung bezeichnete der Bundeskanzler vorige Woche im Bundestag bei unserer Debatte selbst diese Resolution von Brüssel als unvollkommen und unbefriedigend. Allerdings muß man sich dann fragen, warum der deutsche Außenminister ihr zugestimmt hat. Man wird leider den Eindruck nicht los, daß die Außenpolitik dieser Regierung zum Teil darin besteht, an dem jeweiligen Ort, an dem sie sich befindet, dem jeweiligen Adressaten gegenüber gerade das zu sagen, was der gerade hören möchte.

(Bravo-Rufe und anhaltender Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, das ist so ungefähr die schlechteste Außenpolitik, die man überhaupt machen kann.

Was die europäische Einigung anlangt, so möchte ich hier gerne noch einen weiteren Gedanken aussprechen. Wir sollten uns bemühen, einen Schritt voranzutun auf dem Wege zur direkten Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

Denn es ist doch eine unserer großen Schwierigkeiten, daß die Bevölkerung unseres Landes und auch der anderen Länder weit entfernt von dem Geschehen lebt, das sich in Brüssel abspielt, und gar keinen inneren Kontakt zu den politischen Kräften hat, die dort das Schicksal unseres Volkes und der anderen europäischen Völker zu einem wesentlichen Teil mitgestalten.

Ich bin der Meinung, daß, wenn es nicht möglich ist, alle neun EG-Staaten zu einem gemeinsamen Schritt in der direkten Wahl der europäischen Parlamentarier zu veranlassen - das wird wahrscheinlich nicht möglich sein -, dann die Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern, die dazu bereit sind, vorangehen sollte, daß wir hier den ersten Schritt tun sollten.

(Beifall)

Ich habe die Hoffnung, daß dann andere folgen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige weitere Bemerkungen zur innenpolitischen Lage machen. Die innere Lage in unserem Lande ist nach meinem Eindruck mehr als durch alles andere dadurch gekennzeichnet, daß bestimmte Gruppen systematisch und zielbewußt die Verbreitung kommunistischer, neomarxistischer, antifreiheitlicher und antirechtswaaltlicher Doktrinen und Theorien betreiben. Vor wenigen Wochen wurde darüber gestritten, ob ein Mitglied und Funktionär der Deutschen Kommunistischen Partei Richter in Nordrhein-Westfalen werden sollte. Ich möchte Sie daran erinnern: Der sozialdemokratische Ministerpräsident dieses Landes war dafür, der sozialdemokratische Justizminister dieses Landes war dafür, und der Bundeskanzler hat nicht einen Finger gerührt, um diese Entwicklung zu verhindern. Wir wissen, daß in Hessen bereits eine ganze Reihe von Mitgliedern und Funktionären der DKP in den Staatsdienst berufen worden sind.

Es gibt zwar eine klare Bestimmung des Grundgesetzes - jedenfalls eine nach meiner Auffassung vollkommen klare Bestimmung -, die verlangt, daß jemand, der in diesem Lande Beamter oder Richter werden will, uneingeschränkt und rückhaltlos zu den Grundsätzen unseres

freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates stehen muß. Ich weiß nicht, wie ein Mitglied und Funktionär der DKP, deren Ziel doch die Beseitigung dieses freiheitlichen Rechtsstaates ist, diese Voraussetzung erfüllen kann.

Wir haben auch einen klaren Beschluß der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers aus dem vorigen Jahr, der diese Grundsätze noch einmal bestätigt. Aber in der Praxis wird dieser Beschluß weitgehend nicht angewandt. Die SPD distanziert sich öffentlich und offen auf ihren Parteitag von ihm, und ich muß sagen, die FDP hat auf ihrem soeben beendeten Parteitag in Wiesbaden zu diesem Beschluß und zu der Frage der Übernahme von Kommunisten in den öffentlichen Dienst eine zumindest sehr zweideutige und zwielichtige Haltung eingenommen.

(Beifall)

Wir erleben an den Schulen und Hochschulen unseres Landes die umfassenden Versuche, das Bewußtsein der Schüler und Studenten im Sinne einer neomarxistischen Ideologie und im Sinne des Klassenkampfes umzufunktionieren. Für diese Entwicklung sind nicht irgendwelche extreme Juros verantwortlich, meine lieben Freunde, sondern die Verantwortung dafür tragen die sozialdemokratischen Kultusminister: in Hessen, Herr von Friedeburg, in Niedersachsen, Herr von Oertzen, und in Nordrhein-Westfalen, Herr Girgensohn.

(Beifall)

Es wird gesagt, man müßte die Kinder, die Schüler dazu erziehen, daß sie in der Lage sind, die Verhältnisse in unserem Lande kritisch zu beurteilen. Nun gut, damit bin ich voll und ganz einverstanden. Ich bin sehr dafür, daß man das kritische Denken in einem jungen Menschen schult. Aber hier geht es doch in Wirklichkeit um etwas ganz anderes: Die Schulung zum kritischen Denken besteht doch darin, daß alle angeblichen Nachteile unserer rechtsstaatlichen, freiheitlichen Ordnung zusammengezählt werden und dem alle angeblichen Vorteile des kommunistischen Systems gegenübergestellt werden. Dies hat doch mit einer Ausbildung zum kritischen Denken nichts zu tun.

(Beifall)

Dann wird gesagt, daß Konflikt die Grundform des menschlichen Lebens sei, daß man nur durch Konflikte die Probleme in der Familie, in der Gesellschaft, im Staat lösen könnte. Meine Damen und Herren, es kommt mir so vor, als wenn man den Menschen als ein Lebewesen definiert, welches an Krankheiten leidet. Natürlich leidet der Mensch an Krankheiten; an schweren Krankheiten an häßlichen Krankheiten. Aber jeder Mensch, der von den Krankheiten spricht, hat doch dabei das Ziel im Auge, daß der Mensch von diesen Krankheiten gesunden sollte. Und so bin ich der Meinung, daß, wenn von Konflikten gesprochen wird - Konflikten in der Familie, in der Gesellschaft, im Staat -, dabei das Ziel im Auge behalten bleiben muß, daß diese Konflikte irgendwie überwunden werden, daß aus Gegensätzen auch eine Harmonie entstehen kann, daß man statt Klassenkampf eben Partnerschaft suchen und gewinnen kann.

(Beifall)

Aber hören wir uns die Stimmen der berufenen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei an. Herr Eppler, einer ihrer ideologischen Wortführer, sagte nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 10. Oktober 1973 wörtlich folgendes:

Wenn wir das Konzept Lebensqualität ernsthaft durchsetzen wollen, müssen wir die Möglichkeit von Auseinandersetzungen mit Klassenkampfcharakter einkalkulieren.

Meine Damen und Herren, das muß man sich einmal klarmachen. Hier werden in den Dienst eines sicherlich erstrebenswerten Zieles, der Verbesserung der Lebensqualität, von der allerdings vielleicht viele nicht genau wissen, was das ist

(Heiterkeit und Beifall)

- nun, so ist es ja manchmal mit den politischen Begriffen; trotzdem stellt sich jeder darunter etwas Gutes, etwas Erstrebenswertes vor -, Auseinandersetzungen mit Klassenkampfcharakter gestellt. Das scheint mir eine Pervertierung aller politischen Philosophien zu sein.

Schließlich erleben wir an den deutschen Universitäten das Vordringen linksradikaler Gruppen. Vor wenigen Wochen hat in Venedig ein Kongreß getagt, an dem Professoren aus Westeuropa, aus den USA und Japan teilnahmen. Sie haben am Schluß in einer Entschliebung zum Ausdruck gebracht, daß an vielen der Universitäten, von denen sie kämen, Lehrer nach politischen Gesichtspunkten ernannt würden, daß Studenten mit Hilfe von Verfahren ausgewählt und unterrichtet würden, die mit der eigentlichen Aufgabe, nämlich der Vermittlung geistiger Disziplin und dem Streben nach Wahrheit, nichts zu tun hätten. Die Methoden kritischer Wissenschaft seien, so heißt es, durch ebenso lautes wie geistig wertloses ideologisches Sektierertum ersetzt worden. Jede Nation, in der dies geschehe, sei dabei, moralisch und geistig zu verarmen. Dann folgen diese beiden Sätze:

Wir sind besonders besorgt und erschrocken über die Zustände in Deutschland und Dänemark, wo die gesetzgebenden Körperschaften Vorschriften für die Leitung und Verwaltung der Universitäten erlassen oder gebilligt haben, die - wenn sie lange genug in Kraft sind - diese Länder nach unserer Meinung zu geistiger Erthauptung verurteilen.

Kaum waren diese Berichte erschienen, wurde in der deutschen Linkspresse gesagt, es handle sich um eine große Übertreibung. In Wirklichkeit sei das bei uns alles ganz anders. Einen Terror an deutscher Universitäten gäbe es nicht. Wenige Tage danach ereignete sich in Bremen jedoch der Ihnen allen wohlbekannte Vorgang: Eine Kundgebung des RCDS, auf der unser Freund Langguth sprechen sollte, wurde durch physischen Terror linker Gruppen der bremischen Studentenschaft unmöglich gemacht und gesprengt. Die Lage ist auch deswegen so ernst, weil ein großer Teil der Massenmedien dieser Tendenzen nicht nur nicht entgegentritt, sondern sie indirekt oder sogar direkt fördert.

In dieser Lage hat die CDU - so sehe ich es - eine doppelte Aufgabe. Sie hat die Aufgabe, die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung zu verteidigen. Des weiteren hat sie die Aufgabe, die Reformen einzuleiten, die nach unserer Auffassung nötig sind. Zur Verteidigung der Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung - lassen Sie mich dies sagen, auch wenn es vielleicht schon zum Überdruß gesagt worden ist - gehört, daß wir uns darauf besinnen, warum wir diese freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Staatsform vor 25 Jahren in unserem Lande eingeführt haben und daß die Gründe, weswegen wir sie damals eingeführt haben, heute noch genauso gültig sind wie damals.

(Beifall)

Diese unsere freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie sichert dem einzelnen ein höheres Maß an Entscheidungsfreiheit als jede andere Staatsform. Sie setzt die freiheitlich-schöpferischen Kräfte im Menschen frei und ermöglicht dadurch Leistungen auf wirtschaftlichem und auf wissenschaftlichem Gebiet, wie sie von keiner anderen Staatsform und keinem anderen Gesellschaftssystem erreicht werden. Diese unsere Staatsform hat darüber hinaus die Fähigkeit, sich selbst zu reformieren, sich zu innovieren, wie es heute mit dem schönen Fremdwort heißt. Sie hat die Fähigkeit, die Kräfte zu ihrer Reform aus sich heraus zu entwickeln. Das ist die einzigartige, in keinem anderen System anzutreffende Voraussetzung.

Schließlich verhindert sie die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht und von politischer Macht. Sie sichert damit die Voraussetzungen für all die anderen Dinge, die ich genannt habe.

Zur Verteidigung der Grundlagen der freiheitlichen Ordnung gehört als Gegenstück die Reform. Dieser Parteitag wird sich mit den Reformen im einzelnen beschäftigen. Ich will darauf jetzt nicht eingehen. Ich will nur daran erinnern, daß es ungeachtet mancher Auseinandersetzungen zwischen uns über einige wichtige Fragen der vor uns liegenden Projekte doch, wie mir scheint, eine völlige Übereinstimmung über die Grundsätze gibt, nach denen wir an diese Reformen herangehen. Wir sind für die freie Entscheidung des Bürgers in den wichtigen Fragen seines Lebens und gegen die Bevormundung des Bürgers durch den Staat oder durch kollektive Organisation. Wir treten für gleiche Chancen in der Bildungspolitik im Rahmen einer freien Wissenschaft und gegen die Ideologisierung des Unterrichts ein.

(Beifall)

Wir sind für Partnerschaft und gegen Klassenkampf für individuelles und gegen kollektives Eigentum. Wir treten für soziale Marktwirtschaft ein. Das bedeutet in unseren Augen und nach unserer Vorstellung: sowohl Wettbewerb als auch soziale Gerechtigkeit.

Das sind die großen gemeinsamen Grundlagen, auf denen wir und mit uns unsere Schwesterpartei in Bayern stehen. Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, dies ist nach meiner Einschätzung die stärkste positive politische Kraft, die es in unserem Lande zur Zeit überhaupt gibt!

(Lebhafter Beifall)

Angesichts der politischen Auseinandersetzung, in der wir uns mit der Bundesregierung, mit der Regierungskoalition, tagtäglich befinden, ist es, so meine ich, gut, ein paar elementare Grundsätze in die Erinnerung zurückzurufen, nach denen sich Regierung und Opposition in gleicher Weise verhalten sollten. Wir fordern Wahrheithaftigkeit und Ernsthaftigkeit der politischen Aussagen. Wir wenden uns gegen die systematische Irreführung der deutschen Öffentlichkeit in wichtigen politischen Fragen, wie sie mit den Namen Bahr, Ehmke und Wienand verbunden sind.

(Lebhafter Beifall)

Wir wenden uns auch dagegen, daß außenpolitische Konflikte und innere Schwierigkeiten ständig verharmlost und bagatellisiert werden, so wie das die Herren Scheel und Friderichs zu betreiben pflegen.

(Beifall)

Wir wenden uns gegen die Überheblichkeit, mit der die Regierung und die Regierungskoalition darüber befinden möchten, was deutschen Interessen dient. Wenn die CDU/CSU-Fraktion an dieser oder jener Maßnahme der Bundesregierung Kritik übt, wird ihr geantwortet, sie schade damit deutschen Interessen. Meine Damen und Herren, das Urteil darüber, wer deutschen Interessen schadet oder nützt, können wir getrost der deutschen Bevölkerung, dem deutschen Bürger, dem deutschen Wähler überlassen.

(Lebhafter Beifall)

An oberster Stelle muß trotz der Schwere und der Schärfe der politischen Auseinandersetzung aber das Gemeinwohl stehen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich vor einigen Tagen entschlossen, dem Energiesicherungsgesetz einstimmig die Zustimmung zu geben, weil wir der Meinung waren, daß die Lage ein solches oder ähnliches Gesetz erforderlich mache. Wir haben allerdings die Forderung gestellt, und zu unserer Freude auch durchgesetzt, daß das Gesetz auf ein Jahr zu befristen sei. Wir sind der Meinung, wenn man dem Parlament schon zumutet, unter Zurückstellung aller verfassungsmäßigen Garantien und ohne daß der Bundesrat die Gelegenheit gehabt hat, sich zu dem Gesetzentwurf zu äußern, innerhalb von zwei Tagen ein wichtiges Gesetz zu verabschieden, so sollte dieses Gesetz generell und grundsätzlich zeitlich befristet sein, damit die Regierung während der Laufzeit dieses Notgesetzes - so will ich es einmal nennen - auf dem ordnungsmäßig dafür vorgeschriebenen Weg jenes Gesetz nachschieben kann, welches dann womöglich längere Zeit gelten muß. Wir sind zufrieden, daß es gelungen ist, diese unsere Forderung durchzusetzen.

In der Lage, in der wir uns befinden, bietet die Regierung - das möchte ich vielleicht zum Schluß noch sagen dürfen - ein Bild trostloser Uneinheitlichkeit, Unentschlossenheit, Führungslosigkeit und Schwäche. Herr Wehner schießt aus Moskau und aus Leningrad gegen Herrn Brandt, die SPD- und FDP-Fraktion attackieren den Postminister wegen seiner Gebührenpläne - nebenbeigesagt, in diesem Punkte sicherlich mit Recht. Aber ein typisches Beispiel für die Desorganisation, in der sich diese Regierung befindet, ist doch die Tatsache, daß, kaum daß ein verantwortlicher Minister ein Projekt öffentlich verkündet hat, die beiden ihn tragenden Parteien erklären, so ginge das nicht. Die SPD-Fraktion schließlich greift die Pläne des Finanzministers auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugsteuer

an. Im Bereich des Fluglotsenbummelstreiks bewegen wir uns seit fünfeinhalb Monaten im Kreise herum. Die Regierung erweist sich als völlig unfähig, diesem Problem näherzukommen.

(Beifall)

Und der Bundeskanzler schweigt beharrlich zu all dem.

Dies ist die große Chance der CDU/CSU. Die Union ist die einzige Partei, die in der gegenwärtigen Lage geschlossen für die freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung eintritt. Die SPD ist, wie wir wissen, gespalten. "Die Grotewohls sind unter uns", hat ein prominentes Berliner SPD-Mitglied gesagt.

(Beifall)

Herr Roth verbündet sich in Ost-Berlin mit Breschnew und verbündet sich mit Breschnew, Gierek und Honecker und erwähnt dann auch noch Willy Brandt in diesem Zusammenhang.

Das imperative Mandat wird, wie wir heute morgen gehört haben, in zahlreichen Gemeinden des Landes, in denen die SPD regiert, praktisch gehandhabt. Herr Vogel, der Bundesminister für Wohnungsbau, hat am 1. Oktober - ich zitiere ihn jetzt wörtlich - von einer Gruppe in der SPD gesprochen, die ganz offen einer staatszerstörenden Konfliktstrategie, dem verschärften Klassenkampf und der Zusammenarbeit mit den Kommunisten das Wort rede. Aus all diesen Auseinandersetzungen hält sich der Bundeskanzler heraus, weil er den Konflikt scheut, insbesondere den Konflikt mit dem linken Flügel seiner Partei; aber er versagt damit in der entscheidenden Führungsaufgabe, die ihm in dieser Lage gestellt ist.

(Beifall)

Die FDP ist entschlossen, auf diesem Wege Seite an Seite mit der SPD zusammen weiterzugehen. Sie sagt zwar, sie habe keine Koalition mit den Jusos. Nun gut, das mag ja sein; aber mit den Herren Eppler, von Oertzen, Girgensohn und von Friedeburg ist sie liiert, und das sind diejenigen Männer in der SPD, die den Klassenkampf propagieren.

(Beifall)

Hier fragt man sich doch wirklich: wie ist es möglich, daß sich eine liberale Partei mit diesen Kräften verbindet, statt ihnen mit aller Kraft entgegenzutreten.

In dieser Lage hat die Opposition - das ist meine feste Überzeugung - eine einzigartige Chance. Sie bietet Alternativen auf dem Gebiete der Außenpolitik, sie bietet Alternativen auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit den radikalen, anti-rechtsstaatlichen, anti-freiheitlichen Gruppen. Wir werden auf diesem Parteitags große, wichtige Beschlüsse zu den gesellschaftspolitischen Fragen fassen. Nur eines ist Voraussetzung, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde: daß wir diese Auseinandersetzung, in der wir stehen, erfolgreich bestehen, und das ist, daß wir, die CDU, und ich rechne hier die CSU mit dazu, geschlossen zusammenstehen.

(Beifall)

Wir erscheinen nur dann als die starke, überzeugende Kraft, die starke, überzeugende Alternative zur Regierung und zur Regierungskoalition, wenn wir alle mit derselben Zunge sprechen. Deswegen möchte ich diese Gelegenheit, zu der ich zu Beginn des Parteitags spreche, dazu benutzen, zu sagen: wir werden die Fragen, die zwischen uns offen sind, hier durch Abstimmungen klären müssen. Ich möchte einen sehr leidenschaftlichen Appell an Sie alle richten, daß, wenn die Klärungen erfolgt und die Abstimmungen vorüber sind, wir alle gemeinsam für die Entscheidungen eintreten, die wir getroffen haben.

(Beifall)

Ich habe mit einer Darstellung der Folgen begonnen, die sich aus dem Nahost-Konflikt ergeben haben. Ich möchte schließen mit einer Betrachtung der Folgen, die sich aus diesem Konflikt wahrscheinlich noch für uns in Zukunft ergeben werden. Es hat den Anschein, als wenn uns schwierige Zeiten bevorständen. Energie - Heizöl und Benzin - wird knapp werden. Das bedeutet nicht nur Unbequemlichkeiten für jeden von uns, sondern es birgt auch die Gefahr der Einschränkung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit, unserer wirtschaftlichen Produktion in sich. Unser Volk hat diese Erfahrungen seit 25 Jahren nicht mehr machen müssen. Die Entwicklung wird uns alle vor eine Bewährungsprobe stellen. In dieser Lage möchte ich einen dreifachen Appell aussprechen. Ich möchte an die Bundesregierung dieses Landes appellieren, der Bevölkerung endlich klaren Wein einzuschänken und mit der Beschönigung und Verharmlosung einer ernststen Situation aufzuhören.

(Beifall)

Ich möchte an uns alle appellieren zur Hilfsbereitschaft gegenüber den Alten, den Kranken und den Schwachen, weil es diejenigen in jeder Bevölkerung sind, die unter derartigen Einschränkungen immer am meisten zu leiden haben.

(Beifall)

Ich möchte an unser Volk appellieren, an all seine Bürger, in der Krise zusammenzustehen,

(Beifall)

den falschen Propheten, die den Klassenkampf propagieren, zu entsagen und das zu tun, was verständige und tapfere Menschen zu allen Zeiten getan haben, wenn die Lage ernst wurde, nämlich gemeinsam nach einer Lösung zu suchen. Wenn wir danach handeln, werden wir auch die vor uns liegende Krise meistern, und wir haben vielleicht sogar die Chance, aus dieser Krise stärker hervorzugehen, als wir in sie hineingegangen sind.

(Starker, anhaltender, sich immer wieder erneuernder Beifall mit Bravo-Rufen)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, lieber Herr Carstens, für diese Rede. Ich glaube, jeder Delegierte hat hier eben einen sehr persönlichen Eindruck davon bekommen, mit welcher Eleganz und Härte zugleich unser Fraktionsvorsitzen-

der im Deutschen Bundestag die Klinge zu führen weiß. Haben Sie vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt hat das Wort der Generalsekretär unserer Partei, unser Freund Professor Biedenkopf.

(Beifall)

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Liebe Freunde! Ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht des Generalsekretärs vorzutragen. Die Arbeit der vergangenen Monate war vor allem von drei Themen beherrscht: der Parteiarbeit, dem Parteitag und der Vorbereitung auf die politischen Aufgaben nach Hamburg. Ich habe meinem Bericht diese Dreiteilung zugrunde gelegt.

In der Parteiarbeit galt die erste Priorität der Bundesgeschäftsstelle selbst und ihrer Organisation. Der Bericht der Bundesgeschäftsstelle, der Ihnen vorliegt, gibt Auskunft über die bisher ergriffenen Maßnahmen. Ich kann auf diesen Bericht verweisen, nicht ohne ein Wort des herzlichen Dankes an unseren Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke und unsere Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus zu richten.

(Beifall)

Ohne ihrer aller Hilfe wäre es mir nicht möglich gewesen, mich so schnell in den neuen und vielfältigen Aufgaben zurechtzufinden, die nach meiner Wahl im Juni auf mich gewartet haben.

Inzwischen haben wir, glaube ich, alle Tritt gefaßt. Zusammen mit Dorothee Wilms, die inzwischen zu uns gestoßen ist,

(Beifall)

werden wir ein gutes Team sein. Dorothee Wilms möchte ich besonders dafür danken, daß sie bereit war, eine schöne und interessante Aufgabe gegen die Arbeit in der Partei einzutauschen.

(Beifall)

Sie hat es mir gleichzeitig möglich gemacht, liebe Freunde, mein Versprechen einzulösen, das ich dem Parteitag im Juni gegeben habe, eine Frau als stellvertretende Bundesgeschäftsführerin zu gewinnen.

(Erneuter Beifall)

Mit dem Stellenwert der politischen Arbeit berühren wir zugleich ein allgemeines Problem der Parteiorganisation. Wir haben in den vergangenen Monaten eine Reihe guter Mitarbeiter für die Bundesgeschäftsstelle gewonnen. Mit weiteren stehen wir in Verhandlungen. Es hat sich gezeigt, daß gerade die jüngeren Mitarbeiter die Frage ihrer zukünftigen beruflichen Entwicklung beantwortet haben wollen. Wer sich bei einer politischen Partei bewirbt, sucht in der Regel mehr als einen Arbeitsplatz; er möchte mitgestalten und in der Politik etwas werden. Diesem Wunsch muß die Partei entsprechen können, wenn sie die Mitarbeiter gewinnen will, die sie braucht, um erfolgreich zu sein. Wir sind deshalb entschlossen, auch längerfristige Personalpolitik zu entwickeln.

Nach meiner Wahl habe ich es als einen wichtigen Teil meiner Aufgaben angesehen, nicht nur von Bonn aus, sondern auch aus dem Lande her Generalsekretär der CDU zu sein. Die CDU ist eine föderative Volkspartei, föderativ in geographischer und in gruppenorientierter Hinsicht. Sie bietet damit vielfältige Chancen zur Mitwirkung bei der politischen Willensbildung in der Partei. Sie bietet allen Bürgern die Möglichkeit, sich nicht nur mit der großen Partei, sondern in ihr auch mit einem Ortsverband, einem Kreisverband, einem Landesverband oder einer Vereinigung zu identifizieren und dort unter Gleichen mitzuarbeiten. Die Bereitschaft, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, ist besonders groß. Wir alle haben diese Bereitschaft in den letzten Monaten gespürt. Die Masse der Anträge zum Bundesparteitag ist ein beredter Ausdruck des Engagements unserer Mitglieder und der Freunde unserer Partei. Dieses Engagement ist unsere große Chance für die Zukunft.

Meine Reisen in die Landesverbände und zu den Landesgeschäftsstellen, meine Besuche bei den Vereinigungen sollen den offenen, durch Pluralität gekennzeichneten Charakter unserer Partei unterstreichen und ihm gleichzeitig Rechnung tragen. Das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ist der Platz, von dem aus die Partei geführt wird. Aber es muß zugleich Drehscheibe und Knotenpunkt der innerparteilichen Diskussion werden und damit die integrierende Kraft entfalten, ohne die eine große Volkspartei nicht lebensfähig ist.

(Beifall)

Soweit wir in den letzten Wochen nicht mit dem Hamburger Parteitag beschäftigt waren, stand die Vorbereitung der kommenden Kommunal- und Landtagswahlen im Vordergrund unserer Arbeit. Nach dem Statut unserer Partei ist der Generalsekretär für die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl verantwortlich. Für mich hat diese Aufgabe am 12. Juni 1973 begonnen.

(Beifall)

Auch die Kommunal- und Landtagswahlen sehe ich im Zusammenhang mit der großen Aufgabe, 1976 wieder die führende politische Kraft in unserem Lande zu werden.

(Erneuter Beifall)

Nur wenn der breite Strom der politischen Kraft und Erneuerung unserer Partei von den Gemeinden und Städten ausgeht und sich in den Ländern verstärkt, werden wir 1976 erfolgreich sein können.

(Beifall)

Das heißt nicht, liebe Freunde, daß die Bundespolitik Thema der Kommunalwahlen und der Landtagswahlen allein sein soll. Im Gegenteil, gerade in der Aufmerksamkeit für das Detail und im Respekt vor den Problemen der Bürger in den Gemeinden und Ländern liegt unsere große Chance gegenüber einem politischen Gegner, der jeden politischen Vorgang im Lande als ideologisches Vehikel mißbraucht und selbst den natürlichsten nachbarschaftlichen Dienst für den Nächsten als Rechtfertigung sozialistischer Heilslehren beansprucht.

(Beifall. Prof. Dr. Carstens: sehr gut!)

Bei aller Begeisterung für die Aktivierung unserer kommunalpolitischen Arbeit dürfen wir uns allerdings nicht darüber täuschen, daß solche Aktivitäten auch in der Partei selbst auf eingefahrene Besitzstände und damit auch Widerstände stoßen werden. Manche CDU-Rathausfraktion, die sich in jahrelanger Praxis auf die gesicherte Position des Tabellenzweiten eingerichtet hat und in einer Art unausgesprochener Großen Koalition mit der Mehrheitsfraktion existiert, würde ein aktives kommunalpolitisches Engagement unserer Mitglieder und unserer Vereinigungen als überflüssige Störung eines beschaulichen Gleichgewichts empfinden.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Wir werden im kommunalpolitischen Bereich nur erfolgreich sein, wenn wir, bei aller Hochachtung vor den Leistungen der Vergangenheit, nicht davor zurückschrecken, solche Besitzstände zu stören, die in Wirklichkeit die dauerhafte Herrschaft der SPD in den Rathäusern sichern.

(Beifall)

Eine Reihe von Organisationsfragen unserer Partei wartet noch immer auf Erledigung. So sind bis auf den Punkt Verankerung der Ehrenvorsitzenden in unserem Statut noch alle Fragen offen, die in der Organisationskommission besprochen worden sind.

(Beifall)

Das bitte ich aber nicht als einen Ausdruck der Prioritäten innerhalb unserer Partei anzusehen!

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Der nächste Bundesparteitag - und schon vor ihm der Bundesaus-schuß - werden sich daher mit organisatorischen Fragen der Parteiarbeit befassen. Ich nenne nur die Themen: Mitgliedschaft von Ausländern in der CDU, Geschäftsordnung der Partei, Aufbau eines zentralen Informationswesens,

(teilweise Beifall)

Fortentwicklung der Parteistruktur im allgemeinen.

Besondere Beachtung habe ich in den ersten Monaten meiner Tätigkeit als Generalsekretär der Pressearbeit geschenkt. Mein Ziel war es, die Beziehungen der Bundesgeschäftsstelle zur Presse auszubauen und dabei vor allem auch auf den Abbau der Vorurteile hinzuwirken, die gegenüber dem Konrad-Adenauer-Haus im besonderen und unserer Parteiarbeit im allgemeinen bestehen. Zahlreiche Hintergrundgespräche, Redaktionsbesuche, aber auch Einzelgespräche haben mich, liebe Freunde, davon überzeugt, daß es durchaus möglich ist, die Widerstände zu überwinden, auf die die CDU in der verfaßten öffentlichen Meinung vielerorts stößt.

(Vereinzelt Beifall)

Sie haben mich aber auch davon überzeugt, daß der Bereich der uns wohlgesonnenen Presse weit größer ist, als wir selbst es oft annehmen.

Manches von dem, was wir in der Presse als unfreundlich empfinden, beruht nicht auf Überzeugung, sondern auf der Neigung, dem allgemeinen Trend zu folgen. Auch die Vertreter der öffentlichen Meinung lassen sich nicht nur von dem hohen Maß an Rationalität leiten, das sie gern für sich in Anspruch nehmen. Wir sollten deshalb bei allem Respekt vor der Presse und ihrer Macht nicht vergessen: Die verfaßte Meinung ist auch auf uns angewiesen. Die CDU als große, bedeutende und älteste Volkspartei in unserem Lande

(vereinzelt Beifall)

hat durchaus Grund, mehr Selbstbewußtsein im Umgang mit der Vierten Gewalt zu zeigen, als sie es oft tut.

(Beifall)

Nicht alle Vertreter der öffentlichen Meinung, liebe Freunde, die den Ruf der Unfehlbarkeit genießen, sind wirklich unfehlbar.

(Erneuter Beifall)

Man kann das Gegenteil beweisen.

Im Zusammenhang mit der kommunalpolitischen Arbeit hat uns schließlich ein Thema beschäftigt, das insbesondere mit der letzten Bundestagswahl an Aktualität gewonnen hat, das Thema der sogenannten Bürgerinitiativen. Dabei müssen wir zwei Arten von Initiativen unterscheiden: das offene Engagement von Bürgern, die uns nahestehen und die für die CDU eintreten wollen, und die Versuche von Bürgern, lokale oder regionale Mißstände durch Bürgerinitiativen aufzudecken und abzustellen, weil die Behörden und Verwaltungen auf normale Mittel der Abhilfe nicht reagieren.

Die Partei sollte die Bereitschaft der Bürger zum Engagement in beiden Bereichen nutzen. Dabei übersehe ich nicht, daß die organisierte oder spontane Initiative, die unter Umgehung der parlamentarischen Institutionen den Anspruch erhebt, auf bürokratische Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen, auch zu einer Gefährdung der demokratischen Entscheidungs- und Kontrollprozesse führen kann. Gerade deshalb jedoch darf man solche Entwicklungen nicht sich selbst überlassen. Aufgabe einer Volkspartei muß es sein, Initiativen dieser Art aufzufangen und damit in Bahnen zu lenken, die den Vorstellungen von einer demokratisch kontrollierten Regierung auf allen Ebenen unseres Landes entsprechen.

Wir machen damit - und das ist mir wichtig - zugleich deutlich, daß wir von unseren Mitgliedern und Freunden nicht nur die passive Unterstützung der Parteilarbeit durch Mitgliedschaft, Beiträge und Spenden, sondern auch den aktiven Einsatz für die Ziele und Ideale, für die unsere Partei steht, erwarten.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Mitglieder wollen nicht nur in Karteien verwaltet, sie wollen von der Partei in Pflicht genommen werden.

(Beifall)

Die Bereitschaft der Bürger zur Übernahme von Verantwortung, zur Mitgestaltung ihrer Umwelt, zum Einsatz für den Nächsten, zur Solidarität für die Gemeinschaft ist weit größer, als wir glauben.

Lassen Sie uns den Mut haben, diese Bereitschaft herauszufordern. Die Zahl derer, die diese Herausforderung annehmen werden, wird ein besserer Beweis für die Lebensfähigkeit unserer Demokratie sein als alle Reden, die wir zu diesem Thema halten können.

(Beifall)

Im Mittelpunkt unserer Arbeit in den letzten Wochen stand naturgemäß die Vorbereitung des Hamburger Parteitages. Lassen Sie mich dazu zunächst ein persönliches Wort sagen. Wir haben uns in den letzten Wochen bei der Diskussion der Hamburger Themen nicht immer sanft angefaßt und haben manchmal das Maß überschritten, das auch in harten Auseinandersetzungen eingehalten werden sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Die einen haben die Redlichkeit, die anderen den Verstand ihrer Diskussionsgegner bezweifelt.

(Heiterkeit, Beifall und Hört-hört-Rufe)

Soweit ich beteiligt war,

(erneute Heiterkeit)

habe ich Hans Katzer - stellvertretend für alle Betroffenen - mein Bedauern ausgesprochen.

(Beifall)

Ich möchte das hier in aller Form wiederholen.

(Erneuter Beifall)

Mir liegt daran, daß im Wortgetümmel nicht die persönliche Hochachtung verlorengeht, die ich gerade für Hans Katzer empfinde.

(Erneuter Beifall)

Der Parteitag, liebe Freunde, sollte allen Beteiligten den guten Willen attestieren, der sie in der Leidenschaft der Diskussion getrieben hat. Er würde damit zugleich der Aufforderung unseres Vorsitzenden folgen und einen Strich unter den persönlichen Teil der Debatte ziehen, die uns, ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten, in der Sache ein großes Stück weitergebracht hat.

(Beifall)

Der Hamburger Parteitag wurde vom alten Bundesvorstand beschlossen. Die Auswahl der Themen stand fest, als die neue Führung im Juni gewählt wurde. Für uns stellte sich damit die Aufgabe, vorgegebene Themen, die zum größten Teil schon in ausführlichen Kommissionsberichten behandelt waren, zu übernehmen und zu einem Ganzen zu verbinden. Andere wichtige Fragen - wie die Strukturveränderungen, die sich aus dem veränderten Verhalten der Entwicklungsländer gegenüber Europa ergeben, wie die Auswirkungen von Verknappungserscheinungen auf unsere Wirtschaftsordnung und auf die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft, wie die Gastarbeiterfrage, die immer mehr als ein innenpolitisches Problem erkennbar wird - konnten

in den Arbeitsplan des Parteitagcs nicht mehr aufgenommen werden, obwohl ich meine, daß gerade dies Themen sind, über die unsere Partei bald diskutieren muß und die auf politische Entscheidungen warten.

(Beifall)

Man hat uns in den letzten Wochen wegen der Themenwahl für den Hamburger Parteitag oft den Vorwurf gemacht, wir diskutierten die falschen Themen zur falschen Zeit.

Gute Freunde haben uns den Rat gegeben, uns nicht über einen Gegenstand zu entzweien, dem in den Augen der Öffentlichkeit nur geringe Bedeutung zukomme und den wir zur Zeit gesetzgeberisch ohnehin nicht gestalten können.

(Beifall)

Ich bin der Auffassung, daß wir in Hamburg nicht über die falschen Themen diskutieren.

(Beifall)

Die Fragen, die uns der Zwischenbericht der Grundsatzkommission stellt: soziale Dienste, die Arbeitswelt, der Sinn der Freizeit, das Verhältnis zum Staat, sind alles Themen, die unsere politische Zukunft auf das unmittelbarste beeinflussen werden. Aber auch die vier großen Einzelthemen, die wir uns vorgenommen haben, sind von entscheidender Bedeutung. Bei allen handelt es sich um Reformkonzepte großer Tragweite. Es sind zugleich Fragen, die auch die sogenannte Regierung der inneren Reformen für sich beansprucht hat, die sie längst hätte erledigen müssen, wenn es um ihren Koalitionskonsensus so gut bestellt wäre, und die jetzt nach vierjähriger Amtszeit immer noch unerledigt sind. Vieles, liebe Freunde, spricht nach diesen Erfahrungen dafür, daß die insgesamt sieben Jahre SPD-FDP-Koalition, die wir ihr allenfalls zubilligen, als die sieben mageren Jahre in die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen werden.

(Lebhafter Beifall)

Die Themen eines Parteitages sind so gut wie das, was der Parteitag aus ihnen macht. Wir werden die Themen des Parteitages nutzen, um sie zu Bausteinen unserer politischen Strategie zu formen. Die Kommissionen im Bereich Bodenrecht, Vermögensbildung und berufliche Bildung haben dafür hervorragende Arbeit geleistet. Ich möchte an dieser Stelle auch den Vorsitzenden der Kommissionen und den Mitgliedern den besonderen Dank für diese Arbeit aussprechen.

(Beifall)

Meine Freunde, alle Themen stehen im Zusammenhang mit der Zeitenwende, die sich in unseren Tagen so eindrucksvoll vollzieht und die das Ergebnis eines langjährigen innenpolitischen Strukturwandels und einer neuen Entwicklung in der Weltpolitik ist. Die Gesellschaft der Bundesrepublik hat sich zu einer selbstbewußten pluralistischen offenen Arbeitnehmergeinschaft entwickelt. Was zur Zeit der Gründervorstellungen der CDU, zur Zeit des Ahlener Programms und der Düsseldorfer Leitsätze von 1949 niemand für möglich gehalten hat, ist eingetreten: eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der sich der Traum des Vierten Standes von der

Emanzipation und Selbständigkeit praktisch verwirklicht hat, in der die Hoffnung auf die demokratische Herrschaft Wahrheit geworden ist. Zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes besitzt die überwiegende, die überwältigende Mehrheit unseres Volkes die politischen, wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Voraussetzungen für Freiheit, Vielfalt und Selbständigkeit.

(Beifall)

Dies ist nicht nur das Verdienst dieser Partei und nur dieser Partei, es ist vor allem auch das Verdienst Ludwig Erhards.

(Starker Beifall)

Die tatsächliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, meine Freunde, ist damit in vielfältiger Weise der Entwicklung unseres politischen Denkens, unserer politischen Institutionen und den Strukturen unserer Gesellschaft vorausgeeilt. Unser politisches Ziel wird es sein, die Realität unserer Politik mit der Realität dieser Entwicklung in Einklang zu bringen. Unsere Aufgabe ist es, die Wirtschaftsverfassung und die Wirtschaftsordnung unseres Landes der neuen Lage anzupassen. Berufsbildung, Vermögensbildung und Unternehmensrecht sind drei Bereiche, die der rechtlichen Gestaltung dieser Entwicklung dienen und sie damit gleichzeitig weiter vorantreiben. Dabei gilt es - und das ist entscheidend -, stets zwischen den großen Alternativen zu entscheiden, die unsere politischen Auseinandersetzungen beherrschen, ob wir den selbständigen Bürger in verantworteter Freiheit oder den verwalteten Menschen wollen, ob wir die Kenntnisse der modernen Wissenschaft nutzen, um die Zahl der Alternativen für den Bürger zu vergrößern oder um seine Verwaltung und Beherrschung zu perfektionieren, ob wir die Chance für Freiheit, Wohlfahrt und Wohlstand des Volkes für den Bürger nutzbar machen oder für diejenigen, die ihn verwalten und ihm damit seine Freiheit nehmen wollen.

(Beifall)

Die Themen unseres Parteitages sind sämtlich Antworten auf die erste, auf die freiheitliche Alternative. Dies gilt nicht nur für das Unternehmensrecht, zu dem ich morgen aus Anlaß der Begründung der Vorlage des Bundesvorstandes sprechen werde, dies gilt ebenso für die Vermögensbildung, für die berufliche Bildung und das Bodenrecht. Die Vermögensbildung hat die Union als politische Aufgabe gestaltet, sie hat mit dem 312-DM-Gesetz den Gewerkschaften das Angebot gemacht, über Tarifverträge in die Vermögensbildung einzutreten. Die Gewerkschaften haben dieses Angebot nach langem Zögern angenommen. Heute existieren fast 15 Millionen Verträge mit einer jährlichen Sparsumme von fast 8 Milliarden DM. Würde eine SPD-Regierung, die Regierung einer sogenannten Arbeitnehmerpartei, durch ihre Inflationspolitik nicht einen wichtigen Teil dieser Vermögen wieder in Frage stellen, so könnten wir heute eine wahrlich eindrucksvolle Veränderung in der Einstellung der Bevölkerung zur Vermögensbildung registrieren.

(Beifall)

Mit den Vorlagen für diesen Parteitag macht die Union den beiden Wirtschaftspartnern erneut das Angebot, die gesellschaftliche Entwicklung durch Betriebsvereinbarungen oder tarifvertragliche Ab-

machungen voranzutreiben. Sozialisten pflegen solche Entwicklungen durch Gesetz zu befehlen. Wir sind der Meinung, daß die Menschen selbst das Recht haben müssen, gesellschaftspolitische Entwicklungen in Gang zu setzen und zu gestalten. Das Maß der Alternativen in einer Gesellschaft ist das Maß ihrer Freiheit.

(Beifall)

Die Vermehrung der Wahlmöglichkeiten bleibt aber wirkungslos, wenn die Menschen sie nicht nutzen können. Also muß ihre Ausbildung entsprechend gestaltet werden. Mit der Vorlage zur Bildungspolitik nimmt die CDU diese Aufgabe in Angriff.

Sie bedeutet zugleich eine Neuregelung im Bereich der bildungspolitischen Präferenzen. Wir haben in den letzten Jahren zu viel über theoretische und zu wenig über praktische Ausbildung nachgedacht.

Diese Entwicklung hat zu einer überproportionalen Ausdehnung der Aufwendungen für den universitären Bereich und zu einer sträflichen Vernachlässigung der beruflichen Bildung in den öffentlichen Haushalten geführt.

(Beifall)

Damit sind gerade auch von denjenigen, die das Wort von der Chancengleichheit der Arbeiterkinder ständig im Mund führen, Entwicklungen gefördert und vorangetrieben worden, die die Bildungskluft zwischen einer privilegierten, durch falsch verstandene Autonomie vor jeder Leistungskontrolle geschützten Minderheit und der breiten Mehrheit der jungen Menschen ständig vergrößern, die ihre Bildung von der beruflichen Ausbildung erwarten müssen.

(Beifall)

Heute setzt sich die Erkenntnis durch, daß in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft auch ein besseres und chancengerechtes Bildungssystem kein Volk von leitenden Angestellten produzieren kann. Das Bedürfnis nach Bildung ist nicht nur ein Problem der beruflichen Bildung, sondern auch der allgemeinen Entfaltung des Menschen.

(Beifall)

Neben den drei Kommissionen für die Themen unseres Parteitag, meine Freunde, hat der alte Bundesvorstand weitere Kommissionen gebildet. Sie befassen sich mit den Themen Sozialdienste, Jugend, Frauen, mit Problemen der Steuerpolitik und der Familienpolitik sowie mit dem Thema Medienpolitik. Mit den Themen dieser Kommissionen sind zugleich die Aufgaben angesprochen, die nach dem Parteitag auf uns warten. Lassen Sie mich deshalb zum Schluß noch einiges zu diesen Aufgaben sagen.

Erste Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle und des Generalsekretärs wird es nach dem Parteitag sein, die Ergebnisse unserer Beratungen der breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Die Bewältigung dieser Aufgabe ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein Problem unserer politischen Sprache.

(Beifall)

In vielen Gesprächen in Landes- und Kreisverbänden bin ich immer wieder auf die Frage gestoßen, ob es nicht möglich sei, unsere Politik so darzustellen, daß unsere politischen Aussagen auch ohne umfangreiche Kommentare verständlich sind.

(Beifall)

Nicht nur die Berichte unserer Kommissionen, sondern auch die Anträge der Gliederungen unserer Partei zu diesem Parteitag zeigen, wie schwierig es ist, politische Aussagen zu komplizierten Sachverhalten so klar und eindeutig zu machen, daß sie sich gewissermaßen selbst erklären. Der politische Erfolg unserer Partei wird entscheidend davon abhängen, ob es uns gelingt, eine Sprache zu finden und zu praktizieren, die unsere Sprache ist.

(Beifall)

Sprache, liebe Freunde, ist nicht nur ein Mittel der Kommunikation. Wie die Auseinandersetzung mit der Linken zeigt, ist Sprache auch ein wichtiges Mittel der Strategie. Was sich heute in unserem Land vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache. Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert,

(Beifall)

die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. Die moderne Revolution besetzt sie mit Inhalten, die es uns unmöglich machen, eine freie Gesellschaft zu beschreiben, und es damit auch unmöglich machen, in ihr zu leben.

Die neuen Begriffe verlieren die Fähigkeit, Lebenssachverhalte als Sachverhalte menschlicher Solidarität zu beschreiben. Die hessischen Rahmenrichtlinien in der Gesellschaftskunde sind ein hervorragendes Beispiel dafür, daß man "mütterliche Liebe" in "klassenkämpferische Konflikte" umdeuten kann.

(Beifall)

Wenn wir dieser Sprache folgen, dann verlieren wir die Fähigkeit, unsere Solidarität auszudrücken, und damit die Möglichkeit, unsere Probleme solidarisch zu lösen. Was dies angesichts neuer Konflikte bedeuten kann, kann nur derjenige ermessen, der sich daran erinnert, wie sehr wir vor 25 Jahren auf Solidarität angewiesen waren, als wir dieses Land wiederaufbauten.

(Beifall)

Deshalb, meine Freunde, ist die Auseinandersetzung mit der politischen Sprache von so großer Bedeutung. Wir erleben heute eine Revolution, die sich nicht der Besetzung der Produktionsmittel, sondern der Besetzung der Begriffe bedient. Sie besetzt Begriffe und damit die Information in der freien Gesellschaft, indem sie die Medien besetzt, die Stätten also, in denen das wichtigste Produkt einer Freiheit hergestellt wird: die politische Information.

Wir müssen wieder den Mut haben, auch in der Politik deutsch zu sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Wer unklar spricht, hat entweder nichts zu sagen oder etwas zu verheimlichen.

(Beifall)

Unsere Argumente sind gut; sie vertragen eine klare Sprache.

(Beifall)

Wer klar spricht, braucht keine Räte, die mitbestimmen, was er wirklich sagen will.

(Beifall)

Konrad Adenauer hatte die einfache Sprache.

(Beifall)

Die Verwalter der politischen Sprache haben sich über ihn mokiert. In Wirklichkeit waren sie verzweifelt, weil Adenauer sie nicht als Übersetzer brauchte.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Die politische Sprache, liebe Freunde, gibt auch Auskunft über ihr Verhältnis zur Umwelt. Ich möchte hier stellvertretend für alle anderen Fragen, die in diesen Zusammenhang gehören, unser Verhältnis zur Jugend ansprechen. Vor einigen Tagen hat der Generalsekretär der CDU als Mitglied der rechtswissenschaftlichen Abteilung der Ruhruniversität in Bochum gesprochen. Im größten Hörsaal der Universität haben wir über Chile und Fragen der Rechtmäßigkeit politischer Revolutionen diskutiert. Diese Diskussion war ein beglückendes Erlebnis. Die jungen Menschen hören uns wieder zu. Die Zeiten sind vorbei, in denen man glaubte, der CDU nicht zuhören zu müssen, weil man annahm, sie habe nichts zu sagen. Heute ist die Chancengleichheit der Argumente wieder gegeben. Damit haben wir die Jugend noch nicht als Mitglieder oder Freunde gewonnen, aber als Diskussionspartner.

(Beifall)

Diese Entwicklung berechtigt uns zum Optimismus; denn unter sonst gleichen Bedingungen sind unsere Argumente allemal die besseren.

(Beifall)

Für die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu den jungen Menschen ist es entscheidend, welche Chancen wir ihnen einräumen und welche Aufgaben wir für sie haben. So wichtig der Beitrag zur Theoriediskussion ist, so bedeutsam sind die Initiativen, die im grundsätzlichen geleistet werden. Das breite Engagement der Jugend für unsere politischen Ziele wird entscheidend davon abhängen, welche Aufgaben wir der Jugend stellen und welchen Raum wir ihr für eigene Aufgabenstellung und Aufgabenbewältigung einräumen.

Junge Menschen wollen nicht nur diskutieren, sie wollen auch handeln. Sie wollen ihr Leben nicht nur theoretisch, sie wollen es auch praktisch gestalten, und sie wollen etwas tun, was durch die Älteren nicht schon besetzt, verordnet, geregelt und damit erledigt ist.

Weite Bereiche in unserer Gesellschaft bieten sich für solche Initiativen an: Die Kommunalpolitik, der Dienst am Nächsten, die Arbeit in der Schule, sinnvolle Gestaltung der Freizeit sind nur einige davon; Aufgaben allemal, in denen sich junge Menschen in unserer Partei bewähren können und, indem sie sich bewähren, dazu beitragen, daß CDU nicht nur für Honoratioren, nicht nur für Zugang zu politischen Ämtern, nicht nur für die Bildung von Mehrheiten im Bund, sondern daß CDU auch als Symbol für aktive, in verantworteter Freiheit handelnde Bürger steht.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Noch eine Aufgabe will ich erwähnen, die mir von besonderer Bedeutung erscheint: die Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft unter neuen Bedingungen. Wenn die Entwicklungen, die sich in der jüngsten Energiekrise abzeichnen, Realität werden, so wird sich unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung zum erstenmal nicht im Überfluß, sondern im Zustand des Mangels bewähren müssen. Zum erstenmal wird sich zeigen, ob wir in unserem Lande unter wirtschaftlicher Freiheit mehr verstehen als das Recht, in Daunenbetten frei zu sein.

(Beifall)

Wohlstand ist eine wichtige Voraussetzung für Freiheit, aber Freiheit muß auch dann möglich sein, wenn der Wohlstand gefährdet ist.

(Beifall)

Nur dann hat eine freie Ordnung einen Sinn. So sind wir aufgerufen, gerade jetzt das große Erbe unserer Partei, das Wissen um die Möglichkeit einer freien Gesellschaft, zu verteidigen, indem wir es ständig neu gestalten.

Unsere Freiheit ist nicht aus Wohlstand geboren. Sie hat ihre Wurzel in dem Wissen, in dem Schmerz und in der Erfahrung der Unfreiheit. Sie bezieht ihre Kraft aus unserem gemeinsamen Glauben an den Menschen und aus unserer christlichen Geschichte. Diese Kraft ist unüberwindlich. Sie wird uns zum Siege führen.

(Lang anhaltender starker Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, verehrter und lieber Herr Generalsekretär, für diesen Bericht, der in seinem Format und in seiner Substanz weit über den landläufigen Bericht eines Generalsekretärs hinausgegangen ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir danken unserem Generalsekretär bei dieser Gelegenheit auch für den Mut, für die Kraft und die Kreativität, mit der er in der letzten Zeit, in den letz-

ten wenigen Monaten seiner Amtszeit seit Sommer, das Amt des Generalsekretärs in unserer Partei wahrgenommen hat. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir nun zum Bericht des Bundesschatzmeisters kommen, möchte ich erst einmal die Landes- und Bezirksgeschäftsführer von Nordbaden, Südbaden, Württemberg-Hohenzollern, Westfalen, Hessen, Rheinland, Schleswig-Holstein, Berlin, Hamburg und der Exil-CDU darum bitten, sofort das Tagungsbüro aufzusuchen.

Weiterhin möchte ich dann in unserer Mitte sehr herzlich willkommen heißen Herrn Staatssekretär a.D.Dr. Sonnemann, den Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, einen alten Freund von uns.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben im Anschluß an den Bericht des Bundesschatzmeisters, der jetzt gleich folgt, eine Generaldebatte vorgesehen über die Berichte von Karl Carstens und Kurt Biedenkopf. Ich möchte jetzt schon darum bitten, daß dem Präsidium Wortmeldungen heraufgereicht werden.

Meine Damen und Herren, ich darf dem Bundesschatzmeister, Herrn Kiep, das Wort für seinen Bericht geben.

Walter Leisler Kiep (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Satzung unserer Partei zwingt mich dazu, Ihnen an dieser Stelle einen Bericht über das Geschäftsjahr 1972 zu geben. Dieser Bericht schließt sich unmittelbar an denjenigen an, den ich Ihnen auf unserem letzten Parteitag in Bonn gegeben habe. Er bezieht sich auf die Entwicklung und Situation der Finanzen unserer Partei im Jahre 1972.

Dieses Berichtsjahr, das Jahr 1972, stand im Zeichen der Finanzierung unseres Bundestagswahlkampfes. Die letzten abwicklungstechnischen Arbeiten wurden im Sommer und Herbst dieses Jahres beendet. Ich kann Ihnen heute berichten, daß die Finanzierung dieser Bundestagswahl abgeschlossen ist.

(Beifall)

Die für die Zwischenfinanzierung aufgenommenen Kredite konnten wir vereinbarungsgemäß bis zum 30. September dieses Jahres abwickeln.

(Beifall)

Dieses erfreuliche Ergebnis, meine Damen und Herren, war nur möglich durch eine sehr enge und ungewöhnlich vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen der Partei und durch die tatkräftige Mithilfe nicht nur unserer Mitglieder, sondern weiter Kreise der Bevölkerung. Ich möchte dafür hier an dieser Stelle, sicherlich auch in Ihrer aller Namen, herzlichen Dank sagen.

(Beifall)

Zu diesem Erfolg gehört auch, daß es trotz des Wahlkampfes und der damit verbundenen besonderen Aufgaben gelungen ist, die frü-

her übernommenen Schulden erheblich, nämlich nunmehr um mehr als die Hälfte, zu reduzieren.

(Beifall)

Meine Freunde, die finanziellen Aufgaben, die jetzt vor uns liegen, sind um nichts geringer als die Aufgaben des Jahres 1972. Wenn unser Generalsekretär Kurt Biedenkopf vorhin davon sprach, daß er sich vom ersten Tag der Übernahme seines Amtes an auf die Bundestagswahl 1976 vorbereitete und auf die Erreichung des gesetzten Zieles hingearbeitet habe, so gilt das in gleicher Weise auch für die Finanzierung der Bundespartei. Neben der notwendigen endgültigen Konsolidierung ist die Vorbereitung dieser großen politischen Auseinandersetzung vorrangige Aufgabe. Die Vorbereitungen dürfen nicht erst im Wahljahr beginnen; sie müssen schon heute anfangen. Wir werden auch diese Aufgabe lösen können, wenn wir in dem gleichen Geist, der uns bei der Lösung der Aufgaben des Jahres 1972 beseelt hat, auch jetzt wieder gemeinsam vorgehen. Zusammen mit dem Generalsekretär werde ich mir erlauben, der Partei schon in aller Kürze Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie wir die Finanzierung unserer Bemühungen auf allen Ebenen der Partei auf eine breitere und eine sichere Grundlage für die Zukunft stellen können.

(Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Herr Bundesschatzmeister, haben Sie vielen Dank für diesen Bericht und für Ihren unermüdlischen Einsatz für die Finanzierung der Christlich Demokratischen Union gestern, heute und morgen.

(Beifall)

Wir treten nunmehr in die Generaldebatte ein. Als erster Redner hat unser Freund Dr. Gerhard Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Vorsitzender, Helmut Kohl, hat heute morgen in seiner Eröffnungsansprache hervorgehoben, daß neben den großen gesellschaftspolitischen Programmdebatten von vielen unserer Freunde und einer weiteren Öffentlichkeit mit Interesse Aussagen dieses Parteitages zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation erwartet werden, insbesondere angesichts der großen Sorgen, der neuen Schwierigkeiten und der Spannungen dieser Tage und Wochen. Dies ist es, wie ich meine, in der Tat, was viele unserer Freunde, aber auch viele politisch Andersdenkende heute von dem Parteitag einer großen Partei erwarten müssen.

(Zustimmung)

Nachdem die Freien Demokraten dies vor wenigen Tagen in einer Schau der Selbstgefälligkeit versäumt haben, sollten wir diesen Fehler nicht wiederholen. Deshalb haben die Mitglieder des Präsidiums und andere Delegierte Ihnen einen Antrag zu den aktuellen Fragen der Konjunkturpolitik und zur Energiekrise vorgelegt, den ich hier begründen möchte. Die Frage der wirtschaftlichen Stabilität - wirtschaftliche Stabilität ist die Voraussetzung für Reform und sozialen Fortschritt - ist seit 1969 auf Grund der steigenden Inflationsraten ein Schlüsselthema in der Auseinandersetzung über die Lage in unserem Lande geworden. Wir haben diese

Frage im vergangenen Jahr in das Zentrum der Wahlauseinandersetzung gerückt und damals mit unseren Forderungen und unserer Kritik nicht den erwarteten Erfolg gefunden. Einer unserer Freunde hat vor einem Jahr kurz nach der Wahl gesagt: Wir haben nicht recht erhalten, aber wir werden voraussichtlich recht bekommen. Diese Feststellung kann man heute unterschreiben, denn das Jahr 1973 hat eine zunehmende Verschärfung und Verschlechterung der Lage gebracht. Immer mehr Menschen aus immer mehr Berufen spüren jetzt im eigenen Lebensbereich die Härten einer anhaltenden Inflation. Es bedurfte der wachsenden Unruhe in den Betrieben, es bedurfte erster wilder Streiks, bis eine zunächst zu selbstgefällige Bundesregierung endlich handelte und ein Programm vorlegte.

Aber auch nach der Vorlage dieses Programms blieb das Verhalten der Bundesregierung widerspruchsvoll. Auf der einen Seite wurde Preisdämpfung das erklärte Ziel, d.h. die Zurückhaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Forderungen. Auf der anderen Seite hat sich die Bundesregierung in den letzten Monaten als der größte Freistreiber erwiesen, den es in unserem Lande überhaupt gibt.

(Beifall)

In keinem Bereich der Wirtschaft waren im vergangenen Jahr so starke, massive Preiserhöhungen zu verzeichnen wie im Bereich des Staates. Die vollkommen unsinnige, von uns abgelehnte Erhöhung der Mineralölsteuer mit einem Volumen von 1,6 Millionen DM und die vor wenigen Wochen unter dem Vorzeichen erheblicher Inflationsraten gefaßten Beschlüsse des Kabinetts, die Postgebühren um 3,5 Milliarden DM zu erhöhen, sind die herausragenden Ergebnisse dieses Fehlverhaltens. Man muß sich, wenn man diese die Postgebühren betreffenden Beschlüsse bewertet, in der Tat fragen, wo Herr Ehmke eigentlich gefährlicher für die deutsche Politik ist: im Bundeskanzleramt oder im Postministerium.

(Beifall)

Der verspätet eingeleitete und deswegen um so härtere Restriktionskurs hat bis jetzt leider keine Tendenzwende gebracht. Bundesfinanzminister Schmidt irrte, als er den saisonbedingten geringfügigen Rückgang des Indexes auf 6,5 % im Spätsommer bereits als einen Erfolg pries. Was für eine erstaunliche Umkehrung der Perspektive: Meine Freunde, als wir 1966 unter Ludwig Erhard nach einer langen Periode der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwunges für kurze Zeit Preiserhöhungsraten von 3 bis 3 1/2 % hatten, war dies in der Sprache der SPD ein Skandal. Dieselbe Partei will heute den Wählern erklären, daß eine Steigerung der Rate für die Lebenshaltungskosten von 6 1/2 % ein Erfolg sei. Dies ist eine Veränderung der Maßstäbe, die nicht nur wir ganz entschieden ablehnen und bekämpfen müssen.

(Beifall)

Dieses Jahr ist von dem Versuch der Sozialdemokraten bestimmt gewesen, von der eigenen Verantwortung abzulenken, sichtbar etwa in der sogenannten Gelben-Punkt-Aktion. 1966 war für die SPD und auch die überwiegende öffentliche Meinung die Verantwortung für Schwierigkeiten klar. Die Verantwortung lag bei der Bundesregierung. Heute halten die Sozialdemokraten alle für ver-

antwortlich, allen voran die Unternehmer, nur nicht die Bundesregierung. Auch hier gibt es eine Umkehrung der Werte und Begriffe, der wir widersprechen müssen.

(Beifall)

Man kann den Sozialdemokraten nur raten, ihre mißglückte Gelbepunkt-Aktion einzustellen oder sie, wenn sie weitergeführt wird, in ein Schwerpunktprogramm gegen die Preispolitik der eigenen Regierung umzuwandeln, anstelle weiterhin Einzelhändler, Handwerker, Mittelständler, Unternehmer für diese Entwicklung haftbar machen zu wollen.

Was ist notwendig? Die Tatsachen müssen auf den Tisch. Die Lage ist im Herbst kritisch und gefährlich geworden. Wir spüren seit Wochen, daß die Inflation nicht Arbeitslosigkeit verhindert, wie Helmut Schmidt vor der Bundestagswahl sagte. Die Inflation bringt uns Arbeitslosigkeit! Schon Ende Oktober, vor dem Einsetzen der Energiekrise, hatten wir erhebliche regionale und sektorale Einbrüche in die Beschäftigung zu verzeichnen - und dies bei zunächst anhaltender Hochkonjunktur in anderen Bereichen der Wirtschaft. Die Arbeitslosenzahlen in manchen Teilen der Bundesrepublik - so auch in bestimmten Gebieten der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen - lagen Ende Oktober um über 2 % höher als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1966. Die Herren Scheel und Friderichs machen es sich zu leicht, wenn sie auf dem Wiesbadener Parteitag davon sprechen, es handle sich um den Zusammenbruch von sogenannten Konjunkturrittern und Konjunkturlöwen.

Nein, neben leichtfertig aufgebauten Firmen, die hiervon betroffen sind, geht es heute um die Existenz von Tausenden solider mittelständischer Unternehmer, die die Doppelwirkung von Restriktion plus Inflation in ihrem Lebenskreis kaum noch ertragen.

(Beifall)

Insofern sind die Aussichten für den Winter ernst. Sie werden nun ohne Zweifel in dramatischer Weise verschärft durch die Energiekrise dieser Wochen. Seit etwa 10 Tagen, meine Freunde, zeichnet sich eine veränderte konjunkturpolitische Lage ab, in wichtigen Elementen erkennbar, in anderen erst in Umrissen sehbar. Zu der Verbindung von Inflation und verspätet eingeleiteter Restriktionspolitik kommt als drittes die Energiekrise. Insofern müssen wir heute befürchten, daß wir wohl vor dem schwersten Winter stehen, den wir seit über 20 Jahren gehabt haben.

Notwendig ist in dieser Situation - und dafür spricht sich unser Antrag aus - erstens eine ehrliche Bestandsaufnahme, eine offene Darlegung der Tatsachen. Ich glaube, daß die hier von meinen Vorrednern gesprochenen kritischen Worte an die Adresse der Bundesregierung berechtigt und zu unterstreichen sind. Eine Regierung, die ständig vom mündigen Bürger spricht, muß diesem mündigen Bürger auch die Wahrheit sagen, insbesondere in einer derart kritischen Lage.

(Beifall)

Aber der große Wahlredner Helmut Schmidt schweigt seit Wochen. Von ihm sind neue Äußerungen und Beurteilungen nicht zu hören. Wer zum Zeitpunkt der Regierungsbildung um die verantwortlichen Kompeten-

zen für die Konjunkturpolitik stritt, muß sie jetzt auch in einer so schwierigen Situation wahrnehmen; er kann nicht auf Tauchstation gehen. Der Bundesminister für Wirtschaft redet, aber zu der Energiefrage bisher zum Teil in einer durchaus etwas irreführenden Weise. Er macht bei manchen Aussagen im Fernsehen sicher eine gute Figur, aber, meine Damen und Herren, bisher nicht viel mehr.

(Beifall)

Hier geht es zum zweiten um die Zusammenarbeit im Bundesstaat. Es ist ganz klar, daß vor allem in diesen Bereichen der regionalen Wirtschaftspolitik und auch der Energiepolitik nur durch Kooperation von Bund und Ländern die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden können. Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten sollten die Opposition im Bundestag und die Mehrheit im Bundesrat nicht länger als ein lästiges Übel ansehen, sondern als den demokratischen Partner und Kontrahenten, der sein Mandat genauso von den Wählern hat wie Bonner Koalitionsparteien und dessen Mitwirkung ganz unentbehrlich in dieser Zeit ist.

(Beifall)

Ich sage das aus einem konkreten Grund. Wir haben schon Anfang dieses Jahres im Bundesrat mit sehr großer Mehrheit - auch mit den Stimmen sozialdemokratisch regierter Länder - Ergänzungen zum Stabilitätsgesetz beschlossen, vor allem für die notwendige regionale Verfeinerung. Wir erwarten, daß sie nun endlich von der Bundestagsmehrheit aufgenommen werden und daß über diese Vorschläge abgestimmt wird.

Drittens nämlich ist nach meiner Überzeugung in dieser Lage eine regionale Differenzierung ganz unvermeidlich und, so problematisch und schwierig dies ist, im Rahmen des Möglichen auch eine sektorale Differenzierung.

Wir sind seit Jahren für Stabilität eingetreten. Wir haben den Vorrang der Inflationsbekämpfung betont. Dieses Ziel gilt weiterhin. Insofern werden wir auch in diesen Tagen nicht leichtfertig die Schrittmacher für ein allgemeines Durchstarten sein, weil es in der Tat im schweren Zielkonflikt zu astronomischen Inflationsziffern führen könnte. Aber genausowenig können wir übersehen, daß es in den besonders betroffenen Regionen und Bereichen jetzt um die Existenz von Tausenden von Betrieben und um die Arbeitsplätze von zehntausend und vielleicht in Kürze von hunderttausenden Menschen geht.

(Beifall)

Deswegen ist nach unserer Überzeugung regionale und sektorale Differenzierung notwendig, sektorale Differenzierung naturgemäß mit marktwirtschaftlichen Mitteln und nicht etwa als ein Pseudonym für Investitionslenkung.

Viertens, meine Freunde, ist nach unserer Überzeugung eine Kurskorrektur im Verhalten des Staates notwendig. Die Möglichkeiten zu Entlastungen bei Verbrauchsteuern müssen da geprüft werden, wo die Preise erheblich angestiegen sind und wo die zum Teil erhöhten Verbrauchsteuern nun den Verbraucher besonders drücken. Dazu gehört ohne Zweifel, daß die Bundesregierung unnötige und falsche Beschlüsse für Gebührenerhöhungen - wie etwa bei der Post - rückgängig

macht und künftige Entscheidungen im Bereich der administrativen Preise sorgfältiger und gewissenhafter vorbereitet.

(Beifall)

Der fünfte Punkt, den ich hier hervorheben möchte, ist eine grundlegende Überarbeitung des Energieprogramms der Bundesregierung. Dies wird keine schnellen Wirkungen haben, und es ist keine leichte Aufgabe; aber die gegenwärtige Krise macht doch klar, daß wir versuchen müssen, eine zu starke und zu einseitige Abhängigkeit vom Öl schrittweise zu reduzieren. Deswegen müssen wir die Beschleunigung moderner technologischer Entwicklungen fordern, u. a. auf dem Gebiet der Kernenergie, und wir müssen zu einer Neubestimmung der Möglichkeiten der Kohle im Rahmen der deutschen Energiewirtschaft gelangen.

(Beifall)

Die Kohle kann durch die eingetretene strukturelle Verteuerung der Energie, die in kurzer Zeit ja kaum korrigierbar ist, auch in einer marktwirtschaftlichen Ordnung unter anderen Kostenbedingungen eine verstärkte Rolle übernehmen. Hier müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich glaube, daß wir uns heute auf eine solche Aussage über die Grundsätze und die Schwerpunkte beschränken müssen, und daß es notwendig ist, in der Fraktion, im Parteivorstand, in den Ausschüssen die Konkretisierung vorzunehmen. Ich meine aber auch, daß eine solche grundsätzliche Aussage unverzichtbar ist, wenn sich der Parteitag den aktuellen Problemen stellen will. Die Hauptverantwortung trägt die Mehrheit in Bonn, trägt die Bundesregierung; aber wir müssen in dieser Schicksalsfrage unseres Landes bestrebt sein, mit aller Kraft unseren Beitrag zu leisten.

(Beifall)

Dietrich Rollmann, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, lieber Herr Dr. Stoltenberg!

Das Wort hat jetzt Peter Lorenz, Landesverband Berlin, zur Begründung des Antrages Nr. 74, der jetzt verteilt wird.

Peter Lorenz: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, meine Wortmeldung gilt der Begründung eines Entschließungsantrages meiner Berliner Freunde und der Delegierten der Exil-CDU mit Unterstützung anderer Delegierter aus anderen Landesverbänden, weil wir glauben, daß die deutsche Öffentlichkeit zu diesem Zeitpunkt vom Bundesparteitag der CDU auch eine Aussage zur aktuellen innerdeutschen Situation erwartet.

(Beifall)

Wir leben, liebe Freunde, in diesen Tagen in besonderer Weise, was die Regierenden in der DDR unter Entspannung verstehen. Was

wir seit langem befürchtet haben, ist eingetroffen. Kaum hat die SED ihre politische Ernte in den Scheuern eingebracht, kaum ist sie gleichberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen und allgemein anerkannt, schon tut sie alles, um teils in höchst einseitiger Auslegung der geschlossenen Verträge, teils auch unter Verletzung der Vereinbarungen möglichst viel von dem wieder zurückzunehmen, was sie widerwillig im Viermächteabkommen über Berlin und in den anderen Ostverträgen zugestanden hat. Durch drastische Erhöhung dieser Zwangsumtauschquoten verteuert die DDR die Einreise nach Ost-Berlin und Mitteldeutschland in einer Weise, die es den Rentnern und den Angehörigen der ärmeren Schichten unseres Volkes praktisch verwehrt, von den Besuchsmöglichkeiten im anderen Teil unseres Landes in dem vertraglich vereinbarten Umfang Gebrauch zu machen. Die SED behindert damit die ohnehin nicht im gewünschten Maße möglichen Kontakte der Menschen im geteilten Deutschland in unerträglicher Weise und betreibt gegen den Geist der Verträge ihre Politik der Abgrenzung.

In Schauprozessen verurteilt sie Fluchthelfer zu unmenschlich hohen Strafen und behauptet dann noch, die Bundesregierung habe die Pflicht, deutsche Staatsbürger in ihrem Recht zu behindern, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu gehen. Liebe Freunde, die Verhältnisse in der DDR, der Mangel an Freiheit dort, die Diktatur der Einheitspartei, das Fehlen von Freizügigkeit im Gegensatz zur Charta der Vereinten Nationen, das sind die wahren Gründe, die unsere Landsleute drüben zur Flucht bewegen.

(Beifall)

Einer Regierung, die sich seit Jahren die Freiheit politisch verurteilter gegen harte D-Mark abkaufen läßt, steht es sehr schlecht an, von Menschenhandel zu reden.

(Erneuter Beifall)

Wir müssen befürchten, daß die Schauprozesse die Rückkehr zu Behinderungen auf den Zufahrtswegen von und nach Berlin vorbereiten sollen.

Schließlich bestreitet die Regierung der DDR unter Assistenz aller Ostblockstaaten die Bindungen des freien Berlin an den Bund, obwohl sie im Viermächteabkommen ausdrücklich vereinbart sind, und sie versucht nach wie vor, West-Berlin zu einer besonderen politischen und auch zu einer besonderen gesellschaftlichen Einheit zu machen. Wir, die CDU und CSU, haben zur rechten Zeit auf diese Gefahren hingewiesen. Wir haben gewarnt und wir haben verlangt, daß in gründlichen Verhandlungen klare Absprachen getroffen und nicht Formelkompromisse vereinbart werden, die jeder nach seinem Belieben auslegen kann. Es macht uns aber keine Freude, leider recht gehabt zu haben.

Wir haben aber auch gar keine Veranlassung, meine Freunde, diese Politik der DDR gegen die Entspannung nun schamhaft zu verschweigen oder, wie es Herr Bahr und mancher andere in Bonn gern sähe, herunterzuspielen und unter den Teppich zu kehren.

(Vereinzelter Beifall)

Das sollte der Testfall für den Entspannungswillen der Sowjetunion in Europa sein. Hier geht es um die Menschen in unserem geteilten Land, es geht um die Lebensfähigkeit Berlins und um

die Einhaltung abgeschlossener Verträge. Da werden wir laut und deutlich unsere Meinung sagen.

(Beifall und vereinzelte Bravo-Rufe)

Wir verlangen, daß die Bundesregierung, daß die deutsche Politik unseren Rechten aus den Verträgen Geltung verschaffen. Wir verlangen die versprochenen Erleichterungen sowie die vereinbarten menschlichen und technischen Kontakte. Wir verstehen Entspannung nicht so, daß sich die DDR alle Rechte und Vorteile einschließlich der Milliardenkredite aus dem innerdeutschen Handel nutzbar macht und ihre Verpflichtungen und unsere Lebensinteressen ignoriert. Wir wollen, liebe Freunde - das drücken wir in unserem Resolutionsentwurf aus -, die Freiheit und die Freizügigkeit der Menschen in Deutschland, nicht Trennung und Abgrenzung.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Lorenz für die Begründung des Antrags, der auf Umdruck F 74 verteilt worden ist.

Meine sehr verehrten Parteifreunde, uns liegt inzwischen eine solche Anzahl von Wortmeldungen vor, daß sich das Präsidium gezwungen sieht, die Redezeit ab sofort auf fünf Minuten zu begrenzen.

Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Heinrich Wörner aus Württemberg-Hohenzollern zur Geschäftsordnung. Wünscht Herr Wörner noch das Wort zur Geschäftsordnung?

(Heinrich Wörner: Ja!)

- Dann darf ich ihn bitten, seine Wortmeldung in drei Minuten zu begründen.

Heinrich Wörner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle hier Antrag auf Schluß dieser Generaldebatte und Abstimmung über die vorgelegten Anträge hierzu.

Begründung: Ich habe Sorge, daß uns, je länger diese Generaldebatte noch dauert - so sehr ich es natürlich bedauere, daß sie dann nicht weitergeführt werden kann -, um so mehr die Zeit für die in der Tagesordnung vorgesehenen Sachprobleme davonläuft.

(Vereinzelter Beifall)

Meines Erachtens wäre es noch bedauerlicher, wenn wir am Dienstagabend nach Hause führen, ohne diese Tagesordnung zu Ende gebracht zu haben.

Sollte dieser mein Antrag abgelehnt werden, würde ich das Präsidium bitten, seine zeitlichen Vorstellungen zur Tagesordnung noch einmal näher zu präzisieren.

(Vereinzelter Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wörner, für die Begründung Ihres Geschäftsordnungsantrages! Ich möchte dem Parteitag vorschlagen - und das ist durchaus im Sinne des Antrags von Herrn Wörner -, daß wir die Aussprache auf Punkt 18.00

Uhr begrenzen, um damit einer Reihe von Delegierten, die zu diesem aktuellen Thema etwas zu sagen haben, noch die Gelegenheit zu einer kurzen Meinungsäußerung zu geben.

(Vereinzelter Beifall)

Ich hoffe, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Ich hoffe vor allen Dingen, daß Herr Wörner seinen Antrag zugunsten des Vorschlags des Präsidiums zurückzieht. Sind Sie bereit, meinem Vorschlag zu folgen? - Wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir bis 18.00 Uhr diskutieren, dann darf ich Sie um das Handzeichen bitten. - Danke schön! Das ist die überwältigende Mehrheit der Delegierten.

Ich rufe jetzt als ersten Redner Herrn Kollegen Wissmann auf. Nach ihm werde ich Herrn Walther Leisler Kiep bitten, das Wort zu ergreifen. Herr Wissmann, bitte, fünf Minuten!

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist in den letzten Tagen und Wochen sehr viel über das Verhältnis zwischen der Jungen Union und der CDU/CSU spekuliert worden. Hierzu möchte ich nur ein Wort sagen. Die Junge Union wird in der Zukunft - und sie wird dies auch morgen tun - ihre sachlichen Konzepte mit Härte, kämpferisch, aber auch sachlich und fair, in die Diskussion der Partei einbringen. Sie tut das in jedem Fall ohne personalpolitische Hintergedanken.

(Beifall)

Ein Zweites. Die Junge Union will keine Konfrontation um der Konfrontation willen. Aber wir alle, liebe Parteifreunde, müssen erkennen, daß gerade auch für die junge Generation nur die Partei attraktiv ist, die bereit ist, ihre Konflikte offen auszutragen, statt sie unter den Teppich zu kehren.

(Beifall)

Deswegen sollten wir auch in der morgigen Diskussion deutlich machen, daß wir uns in diesem Sinne als eine für Diskussionen offene Partei begreifen.

Prof. Carstens hat gezeigt, wo die entscheidenden Kontroversen zwischen der CDU/CSU-Fraktion und der Bundesregierung liegen. Es ist aber notwendig - dies ist eine Forderung der Jungen Union an uns alle, an die Politik der CDU -, daß wir in der Zukunft mehr noch als in der Vergangenheit nicht nur deutlich machen, wo die Alternativen zur Regierung liegen, wogegen wir sind, sondern wo unsere eigene, christlich-demokratische Zukunftsperspektive ist.

(Beifall)

Dies zu sagen, ist gerade im Zusammenhang mit der Grundsatzdiskussion in der Partei erforderlich. Denn wir schöpfen unser christlich-demokratisches Gedankengut nicht aus der Antithese zum Sozialismus und Marxismus, sondern unsere Wertvorstellungen sind originär christlich-demokratisch und offensiv in der Auseinandersetzung zu vertreten.

(Erneuter Beifall)

Wir sollten uns deswegen weniger auf die Schwächen und Fehler der Bundesregierung als auf die Aussagekraft unserer eigenen gesellschaftspolitischen Konzepte verlassen.

Deswegen meinen wir, daß es in der Arbeit der Fraktion wie auch in der Arbeit der Partei in Zukunft darauf ankommen wird, sowohl in der Außen- als auch in der Deutschlandpolitik mit einer eigenen außen- und deutschlandpolitischen Plattform deutlich zu machen, wo die Perspektive der Union liegt, und nicht nur zu sagen, worin die Kontroverse mit der Regierung über Neutralismus und andere Erscheinungen besteht.

Zweitens - zur Gesellschaftspolitik - meinen wir, daß es nicht genügt, die Beratungen etwa mit den vier Punkten der Diskussion dieses Parteitages abzuschließen. Die grundsätzliche gesellschaftspolitische Diskussion muß in der Partei auch in Zukunft geführt werden, beispielsweise an konkreten Fragen wie Vermenschlichung der Arbeitswelt, Freizeitprobleme usw., und sie sollte auch geführt werden in der Auseinandersetzung mit der ganz, ganz wichtigen Frage der sozialen Randgruppen in unserer Gesellschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte weiter eines zur Gesellschaftspolitik sagen, was auch an das Vorhin von Herrn Professor Biedenkopf Gesagte anschließt. Wir sollten sehen, daß unsere Attraktivität in der jungen Generation, von der Professor Biedenkopf sprach, entscheidend davon abhängt, mit welcher Konsequenz wir bereit sind, unsere eigenen christlich-demokratischen Grundsätze auch gegen die Opportunität in die gesellschaftspolitische Wirklichkeit umzusetzen.

(Beifall)

Das heißt, daß wir "soziale Bindung" nicht nur als Formel erwähnen, sondern sie auch konkretisieren sollten, wenn es um die Gestaltung des Bodenrechts geht. Das heißt, daß wir "soziale Partnerschaft" nicht nur sagen, sondern auch konkretisieren sollten, wenn es um die Durchsetzung einer glasklaren gleichberechtigten paritätischen Mitbestimmung geht.

(Teilweise Beifall)

Professor Biedenkopf hat mit Recht von der klaren Sprache gesprochen und hat sehr deutlich gemacht, was er damit meint. Aber klare Sprache heißt auch klare Sprache von Vorstandsvorlagen beispielsweise zur Mitbestimmung

(teilweise Beifall)

und heißt, daß Hintertüren in diesem Bereich nicht in Vorstandsvorlagen einfließen sollten.

Ein letztes Wort zur Gesellschaftspolitik.

(Teilweise Widerspruch)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium:

Ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Matthias Wissmann:

Ja, ich bin gerade dabei, Herr Präsident. - Ein letzter Punkt zur Gesellschaftspolitik: Bestimmend für unser Verhältnis zur jungen Generation, von dem gesprochen wurde, wird die Fähigkeit der Union sein, auch nach außen deutlich zu machen, daß sie für unsere Grundprinzipien, für die Grundprinzipien unserer Ordnung, dadurch eintritt, daß sie die Fehlentwicklungen und Mißstände der Sozialen Marktwirtschaft durch konkrete Reformen zu beseitigen bereit ist. Ich meine, daß wir deutlich machen müssen: Wir wollen in der Gesellschaftspolitik weder alles beim alten lassen noch das Spiel der Systemüberwinder spielen.

Robert Kennedy hat - damit möchte ich schließen - ein Wort gesagt, das für die Offenheit und Reformbereitschaft der Union prägend sein könnte. Er sagte nämlich, wir sollten bei der Prüfung von Reformvorschlägen weniger "Warum eigentlich?" als "Warum eigentlich nicht?" fragen. Ich meine, dies wäre ein gutes Prinzip für die Reformdiskussion in unserer Partei.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Wissmann und gebe Herrn Kiep das Wort. Gleichzeitig mache ich noch einmal darauf aufmerksam, daß ein Redner, wenn ich einmal läute, noch eine Minute Sprechzeit hat. - Bitte!

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Opposition hat nicht nur eine Reihe von innenpolitischen Fehlern dieser Regierung zu kritisieren; sie muß auch die Außenpolitik kritisch begleiten. Der Fraktionsvorsitzende Karl Carstens hat dies in seinen Ausführungen in aller Eindringlichkeit getan.

Die Fehler der Bundesregierung, die Carstens und Kohl hier kritisiert haben, haben nämlich bei den Bürgern in unserem Lande nicht nur zu Enttäuschung, sondern auch zu einer großen Ratlosigkeit geführt. Die Aufgabe der Opposition besteht nun insbesondere darin, daß sie mit ihren eigenen politischen Aussagen die Ratlosigkeit der Bürger beendet und ihnen wieder eine klare Zielrichtung aufzeigt.

Das Hin und Her der Regierungsparteien in der Nahostkrise hat gezeigt, daß das Konzept der Regierung von Willy Brandt und Egon Bahr keinen Kompaß für die Bewältigung der aktuellen Weltprobleme darstellt. Ölfurcht und Opportunismus, wie wir sie in diesen Tagen erlebt haben, sind schlechte Ratgeber für die Wahrung und Durchsetzung der deutschen Interessen.

Die Außenpolitik unseres Landes muß aber auch frei sein von jedem Zwielficht. Wir können nicht, wie uns die Sozialdemokraten dies empfehlen, zwischen Neutralität der Sache und Neutralität des Herzens unterscheiden.

(Teilweise Beifall)

Was also, meine Freunde, will die Opposition der Bevölkerung anbieten? Ich meine, wir sollten das Angebot Henry Kissingers aufnehmen und sollten unseren Entwurf für eine zukünftige Gestaltung der atlantischen Partnerschaft vorlegen. Wir sollten den Sozialisten und den abenteuerlichen Spekulanten in unserem Lande und in Europa, die es jetzt für richtig halten, den Auszug der Amerikaner aus Europa zu fordern, eine Absage erteilen. Für uns muß das Bündnis mit den USA so wie früher auch heute und in Zukunft das zweite Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sein.

(Beifall)

Und wir sollten draußen klarer machen, meine Freunde, daß wir mit den Vereinigten Staaten nicht nur durch Sicherheitsinteressen verbunden sind, sondern daß es darüber hinaus eine gemeinsame Grundlage unserer freiheitlichen Ordnungen gibt, die uns schicksalhaft zusammengeführt hat und die auch in Zukunft unser Verhältnis bestimmen wird.

(Beifall)

Wir sollten, meine ich, in dieser Stunde dieser Solidaritätsbekundung vielleicht auch ein Wort der Freundschaft mit Amerika hinzufügen,

(teilweise Beifall)

einem Amerika, das nach der Bewältigung einer gewaltigen Krise im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg sich in einer neuerlichen offenen Auseinandersetzung um innenpolitische Probleme befindet. Wir sollten unsere Solidarität mit diesem Amerika bezeugen, und wir sollten all denen eine Absage erteilen, die glauben, man solle sich von diesem Amerika heute möglichst behutsam, aber doch schnell lösen und eine Sicherheitsbasis für unser Land mit anderen suchen und finden. Eine solche Politik kann nicht die Politik der Union sein!

(Teilweise Beifall)

Atlantische Partnerschaft - vor 10 Jahren von Kennedy verkündet, dessen Todestag sich in diesen Tagen zum zehntenmal jährt - ist noch nicht Wirklichkeit geworden. Sie zu verwirklichen, ist die Aufgabe Europas in dieser Stunde, aus der Erkenntnis heraus, daß die Existenz der europäischen Völker auf Sicht nur zusammen mit den Vereinigten Staaten gesichert werden kann.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen erkennen, daß die sicherheitspolitischen Interessen Europas zusammengefaßt werden müssen. Wir brauchen eine deutsche Initiative zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft und von daher einen neuen Impuls in Richtung auf die politische Einigung Europas.

(Teilweise Beifall)

Von der Fähigkeit, dies zu erlangen, von der Fähigkeit, dies durchzusetzen, hängt auch der Erfolg oder Mißerfolg aller künftigen Entspannungspolitik ab. Die Grundmaxime unserer Partei

muß sein: Ohne Entspannung ist Sicherheit nicht möglich, ohne Sicherheit aber wird Entspannung gefährlich.

(Teilweise Beifall)

Die Christlich Demokratische Union, meine Freunde, ist seit ihrer Gründung die Europapartei in der Bundesrepublik Deutschland. Die Europaidee muß sich erst recht in einer Krisenzeit bewähren. Für uns ist diese Gemeinschaft mehr als nur eine Schönwettergemeinschaft. Sie muß sich auch angesichts der krisenhaften Entwicklung im wirtschaftlichen, im energiepolitischen und im währungspolitischen Bereich bewähren.

Wir fordern deshalb die Regierung auf, mit dem gleichen Engagement wie frühere deutsche Regierungen unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger die Europapolitik voranzutreiben und nicht zu warten, bis sich ein Europa aus der Sicht der Sozialisten ermöglichen läßt, das dann eben das sozialistische Europa der Epplers, der Mitterands und der Wilsons sein wird.

(Teilweise Beifall)

Wer den freiheitlichen und sozialen Grundgedanken der westlichen Demokratien in der Weltpolitik unserer Tage vertreten will, der kann dies nur über die Zusammenfassung aller politischen Kräfte des westlichen Europa erreichen.

Wir werden, meine Freunde - damit möchte ich schließen -, unsere Ziele nicht nur deshalb erreichen können, weil die Regierung auf allen entscheidenden Gebieten in der Außenpolitik gerade in diesen Wochen und Monaten zu versagen scheint. Wir werden den Erfolg nur dann erreichen können, wenn wir diesem Versagen eine überzeugende Alternative der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den Bereichen der Außen-, der Europa-, der Entwicklungs- und der Deutschlandpolitik entgegenstellen können.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kiep. Jetzt Herr Jahn (Braunschweig), nach ihm Herr Josten.

Dr. Hans Edgard Jahn, Braunschweig: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will mich bemühen, wie im Europäischen Parlament mit fünf Minuten zurechtzukommen, auch um unseren Freunden bei der 4-Punkte-Debatte nicht zu viel Zeit wegzunehmen.

Es ist gut, daß sich die Partei, vor allem der Vorstand, entschlossen hat, an die Aussagen unseres Parteivorsitzenden und an die Aussagen, die die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes gemacht haben, besonders auch der Fraktionsvorsitzende, eine kurze Generaldebatte anzuschließen, die sich auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik konzentriert, sich aber auch, wie es eben der Kollege Kiep gemacht hat, auf die Europapolitik ausweitet.

Viele Freunde waren in den letzten Monaten besorgt, ob sich diese Partei auch auf diesem Parteitag ins Detail verlieren würde. Die Presseberichterstattung lief in zunehmendem Maße, wie Sie es bis heute erkennen können, in dieser Richtung. Es sah über weite

Strecken der innerparteilichen Diskussion so aus, als hinge die Welt von heute und morgen nur von einigen sehr wichtigen gesellschaftspolitischen Problemen ab. Es ist niemand unter uns, der keine Klärung des sozialen Baubodenrechts, der Vermögenspolitik, der beruflichen Bildung und der Mitbestimmung hier und heute und damit für die Zukunft wünscht. Hier muß entschieden werden, und dann muß entschieden sein, liebe Freunde, im Gegensatz zu der Auffassung unseres Freundes Wissmann, denn es darf nicht wieder so sein wie nach anderen Parteitag, daß am Tage nach dem Parteitag jemand sagt, nun binden wir den Helm fester, und das Gerangel geht von vorne los. Wir müssen Landtagswahlen gewinnen, und da müssen wir nach diesem Parteitag geschlossen sein.

(Beifall)

Ich möchte hier ein Wort zur Europapolitik sagen, wie es Kernstück unserer Außenpolitik ist. Unser Freund Kiep hat recht, und alle Europäer im Europäischen Parlament und im Europarat werden ihn darin unterstützen, würde diese Europapolitik scheitern, brauchten wir uns über West- über Ostpolitik, über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht mehr zu unterhalten. Diese Europapolitik, der Weg über die Wirtschafts- und Währungsunion zur politischen Union, ist in den letzten Wochen - ich darf Ihnen das sagen - tief, sehr tief erschüttert worden. Der Nahostkrieg und die weltweite Krise bewiesen, daß dieses Europa einer plötzlich hereinbrechenden Krise nicht gewachsen ist. Als die Waffen im Nahen Osten aufeinanderprallten und die USA eingriffen, um den Frieden wiederherzustellen und die sowjetische Hegemonie in diesem Gebiet zu verhindern, handelten die europäischen Nationen so, als gäbe es kein Bündnis mehr. Engstirniger Nationalismus, kleinkarierter Egoismus und Konkurrenzstreben machten deutlich, daß einige europäische Staaten und ihre Regierungen meinten, man könne sich neutral verhalten. Die Regierung Brandt ist hiervon nicht auszunehmen, im Gegenteil, sie tat noch ein übriges, sie forderte unsere amerikanischen Freunde geradezu gegen uns heraus. Eine Erklärung des amerikanischen Präsidentenberaters und heutigen Außenministers Kissinger vom Frühjahr 1973 zur Europapolitik hat diese Regierung bis heute nicht beantwortet. Eine Antwort auf das Angebot der Erneuerung, der Vertiefung, der Neukonzipierung der atlantischen Partnerschaft erhielten die USA nicht nur nicht von der Bundesregierung, sondern auch nicht von den übrigen Nationalstaaten. Was aber die neun Außenminister der EG auf der Konferenz in Kopenhagen als Antwort an die USA beschlossen haben, ist ein Katalog von Allgemeinheiten und, um mit Kissinger zu sprechen, europäischer Platitüden und Phrasen. Es war die Einigung auf den geringsten Nenner, wie auch am 6. November in der Nahostkrise der geringste Nenner gesucht wurde.

Liebe Freunde, so kann Europa nicht vorankommen. Da helfen auch die mit schauspielerischem - ich betone das - Dilletantismus vorgetragenen und gesammelten Worte des Herrn Bundeskanzlers in der letzten Woche in Straßburg nicht weiter.

(Beifall)

Wir brauchen nicht Rhetorik und Bekenntnis, wir brauchen eine praktische Politik, eine Politik des Pragmatismus, die uns im Frühjahr 1974 in die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion führt. Wir brauchen eine Politik, die es uns ermöglicht, als

Europäische Gemeinschaft auch in Krisenzeiten mit einer Stimme zu sprechen, wie wir es auf der KSZE getan haben.

Ich komme zum Schluß. Wir als Christdemokraten wünschen eine dynamische Westpolitik. Wir meinen auch, daß die SPD ihr eigenes Soll in der Ostpolitik weit überzogen hat, zum Nachteil der deutschen Einheit, zum Nachteil des ganzen Volkes.

Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wir, die wir dieses Europa von Konrad Adenauer, Kurt Georg Kiesinger und Ludwig Erhard von der Basis aus geschaffen und während unserer Regierungszeit zu blühendem Leben gebracht haben, sollten dem ganzen Volk deutlich machen, daß die Europäische Gemeinschaft wirklich eine Gemeinschaft von heute 255 Millionen Menschen ist, auf die unsere Jugend bauen kann. Dies muß die Priorität unserer gesamten Außenpolitik sein.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Jahn. Ich rufe jetzt den Kollegen Josten auf. Nach ihm werde ich den Kollegen Kühnle aufrufen.

Zwischenzeitlich möchte ich bitten, daß die Gänge freigemacht werden und die Menschentrauben vor den Ausgängen verschwinden. Gespräche können außerhalb des Plenarsaales geführt werden.

(Beifall)

Johann-Peter Josten: Herr Präsident! Meinen Damen und Herren! Liebe Freunde! Professor Carstens hat bei seinen Ausführungen auf den schriftlichen Rechenschaftsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hingewiesen. Auf Seite 148 heißt es dazu: Fragen zur Fragestunde im Bundestag insgesamt gestellt 3803, von der CDU/CSU-Fraktion 2404. Nun, die SPD/FDP-Regierung verspricht mehr Demokratie. Hier ein Wort dazu, wie das in der Praxis aussieht. Die Koalitionsmehrheit von SPD und FDP sorgte für eine Änderung der Zeiten für die Fragestunden. Seit Jahren hatten wir in Sitzungswochen an drei Tagen je eine Fragestunde. Jetzt haben wir nur noch an zwei Tagen zwar anderthalb Stunden, das bedeutet aber in der Praxis nur an zwei Tagen die Möglichkeit, dringende mündliche Anfragen zu stellen oder etwa zu einer aktuellen Stunde zu kommen.

Ein weiteres Beispiel: 28 Gesetzentwürfe, wie aus dem Bericht hervorgeht, wurden aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion im ersten Jahr unserer jetzigen Legislaturperiode eingebracht. Bisher wurden zwei davon angenommen. Lassen Sie mich auf zwei Entwürfe hinweisen, die besonders interessant sind und auf die viele im Lande warten. Es betrifft die Soldaten und die ehemaligen Kriegsgefangenen. Es sind die Drucksachen 7/636 und 7/637. Professor Biedenkopf sagte vorhin mit Recht, man solle auch in der Politik deutsch sprechen. Das ist in diesem Falle offenbar notwendig. Beispielsweise betrifft die Drucksache 7/637 die Benachteiligung ehemaliger Soldaten bei der Rentenberechnung. Solange die SPD keine Verantwortung in der Regierung trug, versprach sie den Heimkehrern und ehemaligen Soldaten die Beseitigung von Benachteiligungen. Seitdem die SPD und die FDP an der Regierung sind, ist davon nichts mehr zu hören. Früher, wenn wir auf den großen Verbandstagen, z.B. beim Verband der Heimkehrer, von seiten der CDU

versprochen, soweit wie möglich für die Realisierung dieser Versprechen einzutreten, wurden wir oft ausgepiffen, weil wir angeblich nicht genug leisten wollten. Jetzt schweigen die Kollegen von der SPD und von der FDP. Ich glaube, meine Damen und Herren, die Änderung, die gerade im Rahmen der Rentenberechnung für die ehemaligen Soldaten und Heimkehrer zur Diskussion steht, wurde von allen demokratischen Parteien immer wieder versprochen. Ich weiß noch, daß Fritz Erler 1955 sagte, die Sozialdemokraten würden als erstes dafür sorgen, daß diese Ungerechtigkeit beseitigt werde, weil diejenigen, die damals im Kriege draußen waren, bei der Rentenberechnung bleibende Nachteile gegenüber denjenigen hätten, die in der Heimat geblieben waren. Wir, die CDU, wollen das beseitigen. Ich kann nur sagen, die SPD und die FDP sollen sich das überlegen, denn wir sind der Meinung, nichts ist geregelt, was nicht gerecht geregelt ist.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagspräsident: Danke schön, Herr Josten, vor allen Dingen dafür, daß Sie das Ganze in dreieinhalb Minuten geschafft haben.

Jetzt spricht Herr Kuehnle, nach ihm Herr Dr. Stavenhagen.

Ich bitte jetzt zum letztenmal, die Aufgänge zu räumen und die Gespräche außerhalb des Plenarsaales zu führen; das gilt auch für die prominenten Mitglieder dieses Parteitage.

(Beifall)

Kuehnle: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Professor Carstens hat erklärt, daß die Entspannungspolitik der derzeitigen Bundesregierung schwere Defekte aufzuweisen hat. Wir müssen besonders darauf hinweisen, daß diese Bundesregierung - Herr Carstens mußte sich hier verständlicherweise zurückhalten - eine Mitschuld an der Krise im Nahen Osten hat, einer Krise, die den Lebensnerv der Westeuropäer getroffen hat. Diese Mitschuld ist dadurch begründet, daß die Sozialdemokraten und leider auch FDP-Leute die kommunistische Strategie, Taktik und Doktrin nicht erkennen und damit falsch einschätzen und dadurch auch falsche Entschlüsse fassen. Sie erkennen vor allem nicht den weltweiten Zusammenhang zwischen dieser Strategie und Taktik.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Entlastung, die der Ostblock irgendwo erfährt, nicht dem inneren Aufbau und der inneren Entwicklung nützt, sondern daß die Kommunisten unter Verstärkung ihrer eigenen und der Rüstung ihrer stellvertretenden Kriegsführer und Helfershelfer ihre Machtstellung in der Welt erweitern.

Somit ist nach Abschluß der Ostverträge eine nur scheinbare Entspannung eingetreten. Der kommunistische Osten hat sie benutzt, um Europa in der militärischen Flanke, aber vor allem hinsichtlich der Energiequellen zu bedrohen. An die Stelle wirklicher Entspannung ist eine lebensgefährliche Bedrohung nicht nur von Frieden und Freiheit, sondern auch unserer wirtschaftlichen Existenz getreten.

Es ist deshalb erforderlich, unser Volk, aber auch unsere Partei auf diese Vorgänge und Zusammenhänge hinzuweisen. Vor allem muß

auf die verschiedenen Wortinhalte, Wortdeutungen im Sprachgebrauch der Demokraten einerseits und der Kommunisten andererseits hingewiesen werden. So fordert die Sowjetunion jetzt die Israelis z.B. auf, die eroberten Gebiete freizugeben. Sie selbst denkt aber nicht daran, die von ihr im zweiten Weltkrieg eroberten Gebiete zu räumen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kommunisten verstehen unter Frieden, Freiheit, Demokratie, Koexistenz und Entspannung etwas anderes als wir. Hier liegt eine besondere Aufgabe und eine Verantwortung auf uns; denn die politische Bildung ist in erster Linie Aufgabe der Bundesländer; und da haben wir immer noch die Mehrheit. Schließlich muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Tätigkeit der kommunistischen Partei besonders deshalb gefährlich ist, weil sie in unserem Land als fünfte Kolonne der Sowjetunion agiert und in dem Zusammenhang und im Zusammenspiel dieser Kräfte unsere freiheitliche Existenz und unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat besonders bedroht sind.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagspräsident: Ich danke auch Ihnen dafür, daß Sie Ihre Ausführungen innerhalb der gesetzten Zeit vorgetragen haben.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Stavenhagen und nach ihm Herr Kroll-Schlüter.

Dr. Lutz Stavenhagen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Thema "Humanisierung der Arbeitswelt" in Zukunft bei der Arbeit dieser Partei einen höheren Stellenwert einzuräumen. Ich glaube, daß diese Partei bei ihrem Verhältnis zum Individuum und zur Gesellschaft besonders dazu aufgerufen ist, sich mit diesem Thema mehr als in der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ich meine, Humanisierung der Arbeitswelt ist mehr als die Beseitigung des Fließbandes; sie ist ein langfristiges, neues Verständnis für die Beziehungen von Mensch und Technik im Unternehmen. Es geht hier nicht um einige Lohnpfennige oder einige Pausenminuten, sondern um viel grundsätzlichere Dinge, mit denen sich gerade die Union auseinandersetzen sollte, bevor andere dieses Thema für sich belegen und nachher behaupten, wir rennten wieder hinterher.

(Beifall)

Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, diesem Thema in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Machen wir gleich am Anfang der Diskussion deutlich, daß die Probleme der Arbeitswelt nicht spezifisch marktwirtschaftlich sind, sondern Probleme jeder hoch-industrialisierten Gesellschaft sind! Räumen wir also gleich zu Anfang dieses Mißverständnis aus! Die herzliche Bitte an Sie: Fangen wir mit der Diskussion an! Räumen wir dem Thema "Humanisierung der Arbeitswelt" nach diesem Parteitag vorrangige Priorität ein!

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagspräsident: Vielen Dank! Das war exemplarisch in der Kürze und in der Gerafftheit.

Jetzt darf ich Herrn Kroll-Schlüter bitten. Nach ihm spricht Dr. Wagner, Hessen.

Hermann Kroll-Schlüter: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz etwas zu dem sagen, was Herr Professor Biedenkopf zum Verhältnis zur jungen Generation gesagt hat. Es ist wichtig, daß wir dieses Verhältnis neu gestalten und die junge Generation vor allem praktische Aufgaben sucht. Aber sie sucht auch klare Grundsätze. Sie sucht klare Orientierungspunkte für die Bewältigung ihres eigenen Lebens und für die Gestaltung dieser Gesellschaft.

Es gibt an der Basis eine Entwicklung der Motivation zu mehr Freiheit, Selbständigkeit, Mitverantwortung, Völkerverständigung. Man ist gegen totale Abkapselung und will diesen Staat mitgestalten. Man sagt ja zu dieser Gesellschaft und ja zu diesem Staat. Es ist ein Unterschied, ob ich etwas über das Verhalten der jungen Generation oder über ihre Repräsentanten in Gestalt von Jugendverbandsfunktionären sage.

Ich glaube, das Bild der jungen Generation in der Öffentlichkeit entspricht nicht dem, was die junge Generation will, entspricht nicht ihren Zielen. Wir sollten beachten, daß es geradezu eine Sehnsucht nach Geborgenheit gibt und diejenigen, die darauf ein klares E'no geben, haben die Chance der nächsten Generation.

Es ist so, daß die CDU auf diese Tendenz und diese Entwicklung zunächst und vor allem mit prinzipieller Standfestigkeit und grundsätzlichen Aussagen antworten muß. Ich glaube, wir kommen erst dann zu klaren Aussagen, wenn wir auch ein klares Grundsatzprogramm haben. Darum möchte ich vor allem bitten. Wir sollten von daher das Gespräch mit der jungen Generation suchen, der schweigenden Mehrheit ein Forum der Artikulation bieten und mutig, nicht kriecherisch, sondern in klarer Haltung auf die Jugendverbände zugehen.

Der SPD darf nicht weiter erlaubt sein, daß sich die gleichen Leute, die in Hessen, Frankfurt und München seit 20 Jahren Macht ausüben, ständig in der kritischen Distanz zu unserem Staat gefallen. Das muß entweder zur Resignation oder zur Radikalität führen. Wir haben entgegen vielen Aussagen eine echte Chance bei der jungen Generation. Wir sollten sie durch mehr Grundsätzlichkeit und prinzipiellen Schwung nutzen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagpräsident: Dank schön.

Ich gebe das Wort jetzt Herrn Schröder (Lüneburg) und danach Herrn Erhard (Bad Schwalbach).

Horst Schröder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade vorgestern sind einige Kollegen der Bundestagsfraktion, zu denen ich selber gehörte, von einer außerordentlich interessanten Reise in die Sowjetunion zurückgekehrt. Sie können sich vorstellen, daß wir noch unter den frischen Eindrücken der dort geführten sehr bemerkenswerten Gespräche stehen.

Ich möchte nicht versäumen, diesem Parteitag einen sehr unmittelbaren Eindruck davon kurz wiederzugeben, weil nämlich das, was wir in diesen Tagen in Moskau an Gesprächen geführt haben, in gera-

dezu eindrucksvoller und demonstrativer Weise unterstreicht, was der Vorsitzende unserer Bundestagsfraktion, Herr Prof. Carstens, hier heute zur Deutschland- und zur Ostpolitik ausgeführt hat.

Meine Damen und Herren, ich will sehr wohl vorwegschicken, daß diese Gespräche zwar in einer sehr angenehmen Atmosphäre stattgefunden haben, daß auch sichtbar geworden ist, daß die Sowjetunion daran interessiert ist, mit der Bundesrepublik Deutschland in intensivere wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zu treten, daß aber - und das ist der Punkt, warum ich mich zu Wort gemeldet habe und diese Ausführungen mache - in den entscheidenden politischen Fragen, in den entscheidenden politischen Interessen der deutschen Nation die Sowjets unverändert eine knallharte, eine ganz klare Position beziehen, die der zukünftigen Deutschland- und Ostpolitik unsererseits nur einen äußerst geringen Spielraum läßt.

Lassen Sie mich das nur an zwei Beispielen verdeutlichen. In bezug auf Berlin haben uns die sowjetischen Gesprächspartner ganz unzweideutig zum Ausdruck gebracht: Ihr müßt euch damit abfinden, daß diese Stadt nicht zur Bundesrepublik Deutschland gehört. Und sie haben mit sehr charmantem Lächeln hinzugefügt: Je eher ihr euch damit abfindet, desto besser für euch und desto besser die Chancen für ein normalisiertes Zusammenleben.

Lassen Sie mich ein zweites Beispiel erwähnen. Es ist unmißverständlich und unzweideutig davon gesprochen worden, daß es in Deutschland nicht nur zwei Staaten gibt, sondern aus sowjetischer Sicht sogar auch zwei deutsche Völker und zwei Nationen.

Wenn ich diese Gespräche und Beispiele, die ich fortsetzen könnte, zusammenfassen darf, dann darf ich das in drei Punkten. Zum einen ist sichtbar geworden, daß die Sowjets nicht bereit sind - das unterstreicht das, was Prof. Carstens in sehr viel eindrucksvolleren Worten schon dargelegt hat -, ein Entgegenkommen in wirtschaftlichen oder technisch - wissenschaftlichen Fragen etwa mit Konzessionen in den elementaren politischen Anliegen unseres Volkes, unseres Staates und unserer Nation zu beantworten.

Eine zweite Erkenntnis läßt sich aus diesen Gesprächen mitnehmen: daß politische Vorleistungen, so wie es die Strategie Egon Bahns gewesen ist und offensichtlich immer noch ist, in keiner Weise honoriert werden. Eine dritte lassen Sie mich an den Abschluß stellen. Es ist sehr deutlich geworden - das haben uns sowjetische Gesprächspartner sogar wörtlich zum Ausdruck gebracht -, daß Leisetreterei und permanentes Nachgeben keineswegs honoriert werden, sondern daß sehr wohl eine klare Position und eine klare Haltung in der Vertretung nationaler Interessen verstanden wird und daß nur eine Politik der Würde und des klaren Einstehens unserer nationalen Belange letztlich auch von diesem entscheidenden politischen Kontrahenten verstanden wird.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe diese wenigen Bemerkungen aus unmittelbaren und persönlichen Eindrücken und Gesprächen wiedergegeben, um damit zum Ausdruck zu bringen, wie richtig die Linie ist, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Fragen der Deutschland- und der Ostpolitik betrieben hat, wie richtig die Analyse gewesen ist, die Prof. Carstens heute nachmittag

gegeben hat, und wie notwendig es ist, daß wir uns eben nicht irgendwelchen vermeintlichen Zeitströmungen in dieser Frage beugen, sondern einen klaren Kurs nationaler Würde in der Wahrung unserer Interessen auch in Zukunft wahrnehmen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schröder, für Ihren bemerkenswerten Debattenbeitrag.

Als letzten Redner in der Diskussion rufe ich jetzt Herrn Erhard (Bad Schwalbach) auf. Ich darf jedoch nochmals bitten, daß Gespräche außerhalb des Auditoriums geführt werden. Ich bitte die Ordner, in den Saal zu kommen und diese Anweisungen nunmehr durchzuführen und dafür zu sorgen, daß wir endlich ein etwas disziplinierteres Auditorium haben.

(Beifall)

Benno Erhard: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Präsidium hat uns den Antrag F 73 vorgelegt. Herr Ministerpräsident Stoltenberg hat ihn begründet.

Ich begrüße diesen Vorschlag, ich meine aber, er hat noch eine deutliche Auslassung, über die wir reden sollten. Wir haben der Regierung im Bundestag im Eilverfahren in wenigen Tagen das Energiesicherungsgesetz gegeben. Auf Grund dieses Gesetzes hat die Regierung Vollmachten, wie sie überhaupt nur in engsten und stärksten Notfällen vorstellbar sind. Sie hat unbegrenzte Machtbefugnisse.

Wenn auf bestimmten Sektoren, wie zur Zeit beim Heizöl schon deutlich erkennbar, eine Mangellage eintritt, dann sind die Funktionen des Marktes außer Kraft gesetzt. Wenn das so ist und der Markt dann nur noch als Preisregulierung einigermaßen funktionieren soll, führt das notwendigerweise dazu, daß der Schwächste und Ärmste gegebenenfalls überhaupt nicht mehr in den Besitz der nicht mehr ausreichend vorhandenen Ware kommen kann, also des Öles.

In solchen Fällen hat die Regierung auf Grund dieses Gesetzes Möglichkeiten zum Handeln. Wenn sie diese Möglichkeiten dauernd ausschließt, dann wirken sie auch nicht in der Ankündigung. Deshalb sollten wir dafür sorgen und sagen, daß diese Regierung mit ihren Rechten davon auch Gebrauch machen muß und soll, sobald das notwendig erscheint. Sie soll nicht ausklammern, was es an Möglichkeiten gibt. Das heißt ganz konkret: Eventuell müßten bei einem ohnehin über die Zollbestimmungen zumindest genau kontrollierbaren Absatz notfalls Preisregulierungen und Zuteilungen eintreten. Wenn die Regierung von diesen Dingen nicht spricht, dann wird sie sie auch schwerlich einführen. Wenn sie es nicht tut, sollten wir es wenigstens tun, damit die Regierung weiß, was gegebenenfalls zu tun ist, und alleine schon die Ankündigung den regulierenden Faktor auslöst.

Ich meine, wir sollten nicht tatenlos zusehen, wenn jetzt schon Rentner wegen der Beheizung ihrer Wohnungen in schwierige Lagen kommen. Ich meine, an diesem Punkt muß es aufhören, das allgemeine Geschehen nur zu beobachten. Wir müssen meines Erachtens sagen, wo hier auch von der Regierung soziale Gerechtigkeit geübt werden muß.

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Erhard. Es liegt zwar kein formeller Änderungsantrag vor, aber ich glaube, es ist richtig, daß Herr Dr. Stoltenberg als Begründer der Vorlage mit wenigen Sätzen dazu Stellung nimmt.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Erhard! Ich teile und verstehe Ihren Wunsch. Ich glaube, daß diese Frage, auf die auch Herr Carstens hingewiesen hat, was unter dem Vorzeichen der Energiekrise für die sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen besonders geschehen muß, sofort in die Beratungen der Fraktion und des Bundesvorstandes hineingehört.

Nur wirft dies natürlich einige Grundsatzfragen auf, wie weit wir jetzt und in welchen Punkten konkret die Anwendung des Energiesicherungsgesetzes über das Sonntagsfahrverbot hinaus fordern, das wahrscheinlich nicht der einzige Punkt bleiben wird. Hier sage ich als Antragsteller zu unserer Formulierung: Hierzu eine materielle Aussage zu machen, zur Anwendung des Energiesicherungsgesetzes, müßte der Parteitag eine gründlicher vorbereitete und breiter diskutierte Vorlage haben, als das unter den Bedingungen des heutigen Tages möglich war.

(Beifall)

Deshalb haben wir die Vorlage in diesem Punkte allgemein gehalten, um den Parteitag auch nicht zu überfordern.

Aber ich empfehle, daß wir diese Frage mit besonderem Nachdruck der Fraktion und den Gremien der Partei zur Prüfung der notwendigen Detailinitiativen überweisen; Beratungen, die ohnehin in der kommenden Woche stattfinden müssen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium:

Danke schön, Herr Dr. Stoltenberg.

Meine verehrten Damen und Herren und liebe Parteifreunde, wir sind damit pünktlich am Ende unserer Aussprache zu den aktuellen Berichten unseres Bundesvorsitzenden, Helmut Kohl, sowie Karl Carstens und Kurt Biedenkopfs.

Es liegen zwei Anträge vor, die verteilt worden sind, auf Umdruck F 73 und 74. Sie haben die notwendige Anzahl von Unterschriften der Delegierten. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich kann deshalb jetzt zur Abstimmung über diese beiden vorliegenden Anträge schreiten. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag des Präsidiums und weiterer 20 Delegierter auf Umdruck F 73, begründet von Dr. Stoltenberg, ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag F 74. Hand diesem Antrag seine Stimme geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich danke den Antragstellern und dem Parteitag dafür, daß es möglich war, die Beratung in der vorgesehenen Zeit abzuwickeln.

Die Leitung der Verhandlungen übernimmt jetzt Herr Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen nunmehr zu dem Tagesordnungspunkt 12:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Das Wort hat der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission, Herr Prosch.

Eduard Prosch: Nach dem Statut können die Landesverbände insgesamt 642 voll stimmberechtigte Delegierte entsenden. Hinzu kommen die beiden voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden, so daß 644 voll stimmberechtigte Delegierte Mitglieder dieses Parteitages sein können. Die Exil-CDU kann 50 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden. Die Landesverbände sind ihren finanziellen Verpflichtungen gemäß § 22 Abs. 2 des Statuts nachgekommen.

Nach dem Stand von 17.00 Uhr waren 634 voll stimmberechtigte Delegierte anwesend und im Besitz ihrer Stimmunterlagen. Von den Delegierten der Exil-CDU sind 49 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Soziales Baubodenrecht

Hier liegen die Anträge A 1 - 1073 der Landesverbände und Kreisverbände vor. Darüber hinaus liegt Ihnen der Vorschlag des Bundesvorstandes und zusätzlich die Empfehlung der Antragskommission vor.

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, daß wir die Vorlage des Bundesvorstandes zur Diskussionsgrundlage machen und uns methodisch an die Empfehlung der Antragskommission halten. Zu der Empfehlung der Antragskommission hat jetzt der Kollege Orgaß das Wort.

Gerhard Orgaß: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Vorlage zum Baubodenrecht wendet sich der Parteitag dem ersten umfangreichen programmatischen Thema zu. Wir stellen fest, daß wir hierzu "viel im Keller haben". Die Kommission "Bodenrecht", die von Vorstand schon zuvor gebildet wurde, hat vor einer Unzahl von Anträgen gestanden. Insgesamt sind es über 1100 Anträge gewesen. Damit hat das Bodenrecht zweifellos den Vogel abgeschossen. Gebe Gott, daß die Verhandlungen dieses Parteitages wirklich zu solchen Lösungen führen, die es uns ermöglichen, den Vogel abzuschießen.

(Zuruf: Welchen?)

Den roten.

(Beifall)

Wir haben in der Unterkommission "Bodenrecht" vor der schier unlöslichen Aufgabe gestanden, innerhalb äußerst kurzer Zeit eine Fülle von zum Teil langen Anträgen zu sichten und zu werten. Uns stand wegen der Antragsannahmefrist nur eine ganz begrenzte Zeit, ein Tag, zur Verfügung. Wir haben an diesem Tag in der vergangenen Woche von 15.30 Uhr bis 4.30 Uhr morgens getagt. Wir haben uns bemüht, die Fülle der Anträge so wichtig zu nehmen, wie die Anträge es samt und sonders verdienen. Wir mußten bei der Aufbereitung der Anträge für diesen Parteitag zu einem Verfahren greifen, das es uns ermöglicht, politische Entscheidungen zu treffen, die sichtbar sind und uns in der politischen Ausdrucksweise weiterhelfen. Wir haben deshalb alle Anträge in die Punkte, nach der die Vorlage des Bundesvorstands gegliedert ist, unterteilt, d. h. in 33 Abschnitte. So ist es zu erklären, daß mancher Delegierte den Antrag seines Kreis- oder Landesverbandes in einer verstümmelten Form wiederfindet bzw. daß er vier oder fünf Anträge findet, obwohl nur ein Antrag gestellt wurde.

Ein weiteres Problem stellte sich dadurch, daß in der Partei einerseits auf der Grundlage der Vorlage der Bodenrechtskommission, der sogenannten Göb-Kommission, andererseits aber auf der Grundlage der neuen Vorlage des Bundesvorstandes diskutiert wurde. Beide Vorlagen sind weithin identisch, aber eben doch nicht ganz. Daraus hat sich eine Menge von Anträgen ergeben, die einen sehr ähnlichen Wortlaut haben. In diesen Anträgen wird darauf abgezielt, die alte Vorlage wiederherzustellen, die Vorlage des Bundesvorstandes zu beschließen oder auch eine gänzlich neue Fassung zu beschließen. In den Empfehlungen der Antragskommission haben wir uns bemüht, dies einzeln aufzuweisen. Aus technischen Gründen war es bei der Vorbereitung nicht möglich, im Anschluß an jeden Antrag gleich die Empfehlung der Antragskommission auszudrucken, auch wenn dies für die Delegierten am übersichtlichsten und einfachsten gewesen wäre. Es ist aber durchaus möglich, die Stellungnahme der Antragskommission zu jedem einzelnen Antrag zu finden.

Wir empfehlen Ihnen, nach der Behandlung des allgemeinen Teils die Frage des Abgabenerrechtes zur Entscheidung zu stellen, weil diese der eigentlich strittige Punkt ist und weil die Entscheidung in Sachen Abgaberecht Konsequenzen für die weitere Behandlung dieses Thema hat. Wir bitten Sie, diesem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

Wir wollen weiterhin versuchen, möglichst eine Zusammenfassung zu erreichen, damit die Debatte heute politisch bleiben kann und nicht in Fachdiskussionen zerfließt und zerfasert, die zwar notwendig sind, aber nicht auf dem Parteitag in allen Einzelheiten ausge tragen werden sollten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, daß sich die Antragskommission nur dann zu Wort meldet, wenn von einem Delegierten zu einem konkreten Antrag Stellung genommen wird. Wir möchten Sie um der Übersichtlichkeit willen herzlich darum bitten, dann, wenn Sie hier Stellung nehmen, deutlich zu erklären, zu welchem Antrag Sie sprechen. Damit könnten Sie uns die Arbeit entscheidend erleichtern. Wir haben in der Antragskommission versucht, die Anträge, soweit es ging, zusammenzufassen, ohne eine eigene Meinung ins Spiel zu bringen. Durch die Annahme einer sinngemäßen Formulierung der Antragskommission wäre in manchen Fällen eine ganze Reihe von Anträgen als erledigt zu betrachten. Sie werden vielleicht auch mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen haben, daß die Antragskommission der Ablehnung einiger Anträge empfiehlt.

Diese Ablehnung bedeutet nicht immer, daß man mit der Sache nicht einverstanden war, sondern zum Teil erfolgte sie aus formalen Gründen, weil hier zwar sehr wertvolle Erkenntnisse gebracht wurden, die für die weitere gesetzestechnische Arbeit eine wahre Fundgrube sein können, diese Erkenntnisse aber für die politische Willenserklärung eines Parteitages zu umfangreich dargestellt sind, jedenfalls nach Auffassung der Antragskommission.

Wir möchten Ihnen ferner sagen, daß wir uns im Grunde genommen bemühen wollen, die Diskussion auf die politischen Schwerpunkte zu legen, auf die etwa vier Punkte, die in diesem Zusammenhang zur Entscheidung durch den Parteitag anstehen. Das betrifft erstens die Ziffer 10.1 bei der Frage der Abgabenregelung. Hier wird darüber zu befinden sein, ob der Vorschlag der Göb-Kommission, der ein in sich geschlossenes abgabenrechtliches System im Zusammenhang mit Planungsmaßnahmen für geboten hält und dabei als einen der Punkte die Grundwertsteuer mit hineingebracht hat, angenommen werden soll, während der Bundesvorstand diesen Punkt nicht in seine Vorlage aufgenommen hat. In einer ganzen Reihe von Anträgen ist gefordert, dies wieder aufzunehmen, von anderen ist gefordert, der Vorstandsvorlage zu folgen. Das wird sicherlich ein politischer Streitpunkt sein, der hier auszutragen wäre.

Eine zweite Auseinandersetzung wird sich auf die Ziffer 10.2 beziehen, also auf die Frage des Planungswertausgleiches bzw. der Infrastrukturabgabe.

Der dritte Punkt wird die Frage des Wegfalls der Besteuerung der realisierten Gewinne und die Befristung betreffen.

Ich glaube, es wäre möglich, zu einer Beschränkung auf diese Kernpunkte zu kommen und bei vielen Anträgen, die sehr wohl ihre Berechtigung hätten, dann die Sache dem Gesetzgebungsverfahren mit zu überlassen.

Bernd Neumann, Parteitagspräsidium: Vielen Dank, Herr Orgaß!

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den eigentlichen Punkten kommen, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es für eine geordnete Diskussionsleitung entscheidend ist, daß die Sprecher unter Angabe der Antragsnummer auf der Wortmitteilung mitteilen, zu welchen Anträgen sie sprechen werden und daß diese Anträge selbstverständlich rechtzeitig hier eingereicht werden.

Ich darf dann die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 1 aufrufen. Es geht hier um zwei Dinge, noch bevor wir zur eigentlichen Ziffer 1 kommen. Der Kollege Orgaß hat bereits darauf hingewiesen, daß die Antragskommission empfiehlt, den Abschnitt Abgaberecht Ziffer 10 nach dem Abschnitt Soziales Eigentum - Ziffern 1 bis 4 - zu beraten. Wer bereit ist, den Empfehlungen der Antragskommission in diesem Punkte zu folgen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Dankeschön. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ich darf weiter die Allgemeinen Anträge aufrufen, die Sie auf der Seite 1 finden. Ich brauche jetzt nicht im einzelnen das vorzulesen, was Sie vor sich liegen haben und ohnehin kennen, so daß ich frage:

Wird das Wort gewünscht zu den Vorschlägen der Antragskommission betreffend die Allgemeinen Anträge? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer auch hier bereit ist, den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Dankeschön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ich darf dann die Ziffer 1 aufrufen. Hierzu haben Sie die Vorschläge der Antragskommission vorliegen von der Seite 1 bis zur Seite 3 unten. Auch hier kann ich mir ersparen, das im einzelnen vorzulesen, weil Sie die Sache rechtzeitig zugeschickt bekommen haben. Wird hierzu das Wort gewünscht? -

Herr Janning, Westfalen, zum Thema Notwendigkeit der Reform, zum Antrag A 12 und A 39.

Heinz Janning: Meine Damen und Herren, ich bitte um Verzeihung, ich bin erkältet. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich ein bißchen leiser sprechen dürfte. Ich hoffe, daß ich dann trotzdem zu verstehen bin.

Zur Sache selbst! Es geht um die Anträge A 12 und A 39 in Ihrer dicken Broschüre. Da der Antrag A 39 von der Jungen Union weitgehend identisch ist mit dem Antrag des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, können Sie sich auf den Antrag A 12 auf den Seiten 6 und 7 dieser dicken Broschüre konzentrieren. Bitte, halten Sie nun dem die Problemanalyse der Antragskommission gegenüber. Es ist ein Kompromißvorschlag auf den Seiten 1 bis 3 der kleinen Broschüre.

Der Landesverband der CDU Westfalen-Lippe und der Deutschlandtag der Jungen Union haben zur Frage Notwendigkeit und Ansatzpunkte einer Bodenrechtsreform gesagt, wir müssen die Problemanalyse der Göb-Kommission beibehalten und in ihrem letzten Teil verfeinern, um die Faktoren, die im geltenden Boden- und Steuerrecht in Betracht kommen und die es zu ändern gilt, herauszuarbeiten. Dies ist der Hintergrund.

Meine Bitte ist folgende. Lehnen Sie die Kompromißformulierung der Antragskommission ab. Wenn Sie aufmerksam diese Analyse durchsehen, werden Sie merken, daß durch diese Formulierung infolge der Umstellung sachlich falsche Bezüge hergestellt werden; auch ist sie unsystematisch aufgebaut. Bitte, nehmen Sie stattdessen den Antrag A 12 an. Dieser übernimmt, wie gesagt, im ersten Teil die alte Kommissionsanalyse der Göb-Kommission, und im letzten Teil wird die Frage der Faktoren im Boden- und Steuerrecht noch einmal ausführlicher dargelegt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Parteitagspräsidium: Ich darf dazu Herrn Dr. Waffenschmidt für die Antragskommission das Wort geben.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Antragskommission darum bitten, den eben ge-

stellten Antrag in dieser Form abzulehnen. Wir sind der Auffassung, daß das, was in dem Antrag Nr.12 im wesentlichen zum Ausdruck gebracht werden soll, in den sieben Teilabschnitten aufgenommen worden ist, die wir Ihnen für die Ziffer 1 vorlegen. Dort sind nämlich alle die Faktoren aufgenommen, die eine Zuspitzung auf dem Bodenmarkt herbeigeführt haben, nämlich die Mängel in der Raumordnung und im Städtebau, die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen den Verdichtungsräumen und den ländlichen Gebieten, die Ausflüsse der inflationären Finanz- und Wirtschaftspolitik, die gerade im Augenblick ihre Auswirkungen auf den Bodenmarkt zeigt, ferner weitere Probleme, die sich in mehreren Anträgen zu der Ziffer 1 niedergeschlagen haben. Im übrigen darf ich darauf verweisen, daß nach der Ziffer 1, so wie das jetzt die Antragskommission vorschlägt, als Ziffer 2 dasjenige kommen soll, was in der Vorlage des Bundesvorstandes als Ziffer 1 aufgenommen worden war. Hier soll gerade die Einengung der Gestaltungsfreiheit und die Möglichkeit einer breiten Eigentumsstreuung als Zielprojektion unserer ganzen Bodenrechtspolitik angesprochen werden.

Ich möchte also zusammengefaßt noch einmal sagen, die Antragskommission empfiehlt diese Beschreibung der Analyse und möchte im übrigen darauf verweisen, daß die Einzelprobleme, wie sie sich im Abgabenrechtlichen darstellen, in den einzelnen Bereichen angesprochen werden, die wir gleich in den 15 Ziffern zu behandeln haben. Hier sollte nur eine Beschreibung der Situation stattfinden. Wir glauben, daß gerade die Fragen der Raumordnung, die Zielvorstellungen eines humanen Städtebaus, die nur schwierig verwirklicht werden können, in ausreichender Weise von dem Kompromißvorschlag der Antragskommission aufgenommen sind.

Bernd Neumann, Parteitagspräsidium: Herr Schmöle!

Hans-Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Jungen Union und des Landesverbandes Westfalen-Lippe zu folgen. Zur Begründung möchte ich noch folgendes sagen: Der für die Antragskommission sprechende Kollege Orgaß hat darauf hingewiesen, daß die Antragskommission naturgemäß nur wenig Zeit zur Sichtung der Anträge gehabt habe. Uns scheint, daß man gerade deswegen, weil wenig Zeit zur Verfügung gestanden hat, in der Antragskommission versucht hat, eine nach bestimmter Systematik aufgebaute Analyse entsprechend zu verändern und Unsystematisches hier einzufügen.

(Beifall)

Ich bitte Sie deshalb darum, daß die nach langen Überlegungen zustande gekommene Situationsanalyse, warum eine Änderung, eine Reform des Bodenrechts überhaupt notwendig ist, beibehalten und um die Punkte ergänzt wird, die der Landesverband Westfalen-Lippe und die Junge Union vorschlagen, weil sie systemgerecht sind und weil sie deutlich machen, warum eine entsprechende Änderung des Bodenrechts dringend notwendig ist. Ich glaube, daß die Antragskommission versucht hat - dazu ist sie natürlich berechtigt -, die verschiedenen Anliegen, die man mit einer Reform des

Bodenrechts erfüllen will, zusammenzufassen, meine aber, daß das die Systematik entscheidend verändert und die Grundprobleme, um die es geht, etwas verwässert hat.

Deshalb bitte ich Sie, den Anträgen von Westfalen-Lippe und der Jungen Union zuzustimmen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu dem Punkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich muß dafür Sorge tragen, daß das Verfahren zügig weitergeht. Im Grunde liegen zwei Anträge vor, erstens der Antrag der Antragskommission, wie Sie ihn auf den Seiten 1 bis 3 finden, über den ich zuerst abstimmen lasse. Wird er abgelehnt, wird der Antrag Nr. A 12 von Westfalen-Lippe zur Abstimmung gestellt.

Wer bereit ist, den Empfehlungen der Antragskommission zur Ziffer 1 zu folgen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Das erstere war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Ich rufe dann die Ziffer 2 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Jung aus Hessen vor.

F.J. Jung: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag Nr. A 86 - Antrag des Bundesvorstandes der Jungen Union - sprechen, weil ich meine, daß dies eine zentrale Frage ist, die wir noch mit in unser Programm einbeziehen sollten. Es handelt sich um den Problembereich der Kommunalisierung. Wir sollten in einer derartigen Konzeption eindeutig, nachdrücklich und auch argumentativ darstellen, daß wir eben keine Kommunalisierung wollen, sondern daß es unser Anliegen ist, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums auszubauen und hier unsere Gegenposition zu sozialistischen Ideen aufzubauen. Wir sollten also noch dezidiert Gegenargumente in dieses Programm mit einbeziehen, und wir sollten auch konkret auf die Frage der Aufspaltung des Verfügungseigentums und des Nutzungseigentums eingehen. Das sind Fragen, die sich uns in der aktuellen Situation stellen. Die CDU sollte in ihrem Programm dazu Stellung nehmen und diese Aufspaltung eindeutig als sozialistisches Gedankengut, das nicht in unsere Gesellschaftsordnung, in diesen Gesamtkomplex paßt, ablehnen. Wir sind auch nicht der Meinung - das sollten wir ebenfalls sagen -, daß z. B. das bewährte Institut des Erbbaurechts abgeschafft werden sollte. Wir sind allerdings nicht gegen Fortentwicklungen beim Eigentum als solchem.

Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag Nr. A 86 der Jungen Union in die Vorstandsvorlage mit einzubeziehen, damit wir eine vollkommen klare Aussage haben, worin wir uns in essentiellen Dingen von den Vorstellungen der Jungsozialisten und auch von den Vorstellungen der SPD-Kommission unterscheiden, die ja die Aufspaltung von Verfügungseigentum und Nutzungseigentum will.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Zu Ziffer 2 hat Herr Janning das Wort.

Heinz Janning: Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners anschließen und möchte Sie bitten, den Antrag Nr. A 48 auf Seite 20 der Broschüre aufzuschlagen. Dort finden Sie einen identischen

Wortlaut. Nicht umsonst haben wir versucht, eine möglichst breite Basis für eine überzeugende, sprich, offensive Begründung der Absage an die Kommunalisierung und damit auch an die Aufspaltung des Eigentums zu finden.

Ich darf Sie bitten, auch wenn die Zeit ein wenig fortgeschritten ist, sich die Mühe zu machen, diesen Antrag zu lesen. Dann werden Sie diesen Gedankenschritt erkennen, daß man gesagt hat: Erstens löst die Kommunalisierung bestimmte Probleme nicht. Zweitens: Man kann bestimmte Probleme vielleicht lösen; aber zur Lösung der Probleme der Nutzung, Steuern und Grundrenten ist die Kommunalisierung nicht erforderlich, sondern diese Probleme kann man auch unter Beibehaltung des Privateigentums und unter Beibehaltung des Marktes lösen. Schließlich finden Sie in dem Antrag das Argument der Machtkonzentration und die Klarstellung, daß eine Aufspaltung, wie sie die SPD vorsieht, in der Sache eine Variante der Kommunalisierung ist. Das ist der Inhalt.

Die Antragskommission hat freundlicherweise zwei Elemente aus unseren beiden übereinstimmenden Anträgen aufgenommen. Nur fehlen, da sie isoliert aufgenommen worden sind, wiederum die Bezüge.

Ich bitte Sie, den beiden Anträgen in "Reinform", in "Reinkultur" zuzustimmen. Darin finden Sie eine offensive Begründung für diese Absage. Deshalb, wie gesagt, meine Bitte um Annahme.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Kloetsch, Rheinland.

Harald Kloetsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich bitten, nicht den vielleicht bequemeren Weg zu gehen und die beiden Anträge nicht in die Abstimmung über die Vorlage des Bundesvorstandes einzubeziehen, wenn wir über wesentliche Programmpunkte sprechen, wie wir es gerade tun. Der Antrag Nr. A 12 ist natürlich - hier gebe ich Herrn Dr. Waffenschmidt recht - irgendwie auch in der Vorlage des Bundesvorstandes enthalten. Aber die Schwierigkeit besteht doch darin, klarzumachen, warum wir gerade dieses Soziale Baubodenrecht fordern und eine für unsere Partei so wesentliche Reform wollen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir das nicht in unseren Formulierungen deutlich machen, sondern uns auf sparsame, Überschriftsartige Formulierungen beschränken, laufen wir Gefahr, daß man uns nicht versteht und daß man nicht mehr weiß, warum wir das fordern.

Deswegen, meine Damen und Herren, meine herzliche Bitte - ich kann diese Bitte nur noch einmal wiederholen -, wenn es um solche Ergänzungen geht, die im Prinzip nur deutlich machen, warum die Union ein solches und kein anderes Bodenrecht fordert, diesen ergänzenden Vorschlägen zuzustimmen. Die Diskussion für unsere Mitglieder draußen wird tatsächlich sehr viel einfacher, wenn sie wissen: dort ist die Begründung, und die können wir nachlesen.

Aus diesem Grunde möchte ich auch für den Antrag Nr. A 86, für den ich mich gemeldet hatte, sprechen. Auch darin wird noch einmal klar, in welcher entscheidenden Frage wir uns bei dem Problem des Bodenrechts in unseren Innenstädten, dort, wo das Problem am brennendsten ist, von sozialdemokratischen und anderen Vorstellungen unterscheiden. Das ist der wesentliche Punkt, den wir auch

denjenigen Freunden klarmachen müssen, die in der Mitte oder mehr rechts stehen.

Ich darf Sie daher noch einmal herzlich bitten, zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, auf die einzelnen Diskussionsreden zu achten, die Anträge anzunehmen und sich nicht auf den vielleicht einfacheren Weg zu begeben - in anderen Fragen reagiere ich, das gebe ich zu, ebenfalls wie ein normaler Delegierter -, dem Vorschlag des Bundesvorstandes zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Dr. Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat, wie ich meine, nicht nur unwichtige, sondern wesentliche Elemente des Antrags Nr. A 86 aufgenommen, war allerdings der Meinung, daß die volle Übernahme des Antrags Nr. A 86 das gesamte Papier viel zu lang gestalten würde. Ich will nur auf einen Punkt verweisen, der ein sehr wichtiges Element aus diesem Antrag ist. In der Begründung ist soeben mit Recht gesagt worden: Wir müssen deutlicher erklären, warum wir z.B. gegen die Kommunalisierung sind.

Es heißt z.B. jetzt durch Übernahme aus dem Antrag A 86:
Eine Kommunalisierung führt zu einer Machtkonzentration bei den Gemeinden, die demokratisch kaum noch zu kontrollieren ist, da demokratische Kontrolle weitgehende Machtverteilung voraussetzt.

Wir von der Antragskommission sind also der Meinung, daß wir die wichtigen und wertvollen Elemente dieses Antrages mit eingebaut haben. Wir möchten Sie um einer notwendigen Straffung der Gesamtvorlage willen bitten, auch diesem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung. Es ist einmal der Antrag der Antragskommission zu Ziffer 2 zur Abstimmung zu stellen, und dann geht es um die Anträge, den letzten Absatz der Ziffer 2 gemäß Antrag A 86 bzw. Antrag A 48 zu ersetzen, die hier von den Herren Jung und Janning vorgelegt worden sind.

Ich lasse über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer bereit ist, diesem Antrag zu folgen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe! - Meine Damen und Herren, es ist hier vorn nicht klar ersichtlich, welches die Mehrheit war.

(Widerspruch und Zurufe: Das letzte!)

Ich schlage vor, daß wir die Abstimmung zunächst wiederholen. Vielleicht ergibt sich dann ein klareres Bild.

Ich lasse noch einmal über den Antrag der Antragskommission zu Ziffer 2 abstimmen. Wer für diese Empfehlung ist, zeige die Stimmkarte. - Danke. Gegenprobe! -

(Zurufe: Mehrheit!)

Meine Damen und Herren, es ist hier oben wieder nicht ersichtlich, welches die Mehrheit ist.

(Einzelne Zurufe)

Wir machen folgenden Vorschlag. Wir versuchen es noch einmal mit Aufstehen. Wenn es dann noch nicht ersichtlich ist, müßten wir leider zu den Stimmkarten greifen.

Ich darf die Abstimmung nochmals wiederholen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission stimmt, den bitte ich, sich zu erheben und die Stimmkarte zu zeigen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe! - Meine Damen und Herren, das Präsidium ist der Meinung, daß das erste die Mehrheit war.

(Zustimmung und Widerspruch - Zurufe:
Schriftlich abstimmen!)

- Gut, um nicht gleich zu Anfang Unstimmigkeiten zu haben, schlägt Ihnen das Präsidium vor, daß wir auszählen.

(Teilweise Zustimmung)

Ich bitte Sie deshalb, die farbigen Kontrollkarten mit Ja, Nein oder Enthaltung zur Hand zu nehmen. Es geht also jetzt um das Ja oder Nein zum Vorschlag der Antragskommission. Verwenden Sie bitte die Karte 01. Die Stimmzähler mögen sich bereithalten.

Ich eröffne den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, um das Verfahren zügig zu gestalten, schlägt Ihnen das Präsidium vor, während der Auszählung weiter zu verhandeln. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

- Danke schön, dann kommen wir zu Ziffer 2 nachher zurück.

Ich rufe Ziffer 3 auf, zu der die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 5 oben vorliegt. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Lindner, Landesverband Hessen, vor. Bitte!

Dr. Georg Lindner: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der CDU-Landesverband Hessen ist der Überzeugung, daß die Ziffer 3 des Papiers in der Form des Antrags A 89 des Bundesvorstandes auf keinen Fall angenommen werden kann. Die Gründe dafür darf ich Ihnen wie folgt erläutern.

Meine Damen und Herren, es ist anerkannt, daß sich das Eigentumsrecht als Repräsentation des Privatinteresses mit der Sozialbindung als der Repräsentation des öffentlichen Interesses in einem permanenten Spannungsverhältnis befindet. Wo die Grenze ist, die das Eigentumsrecht aufgrund der Sozialbindung beschneidet, muß im Einzelfall festgestellt werden.

Der Antrag A 89, Ziffer 3 also, enthält aber im ersten Absatz eine, wie ich finde, verfassungsrechtliche Ungeheuerlichkeit, weil dort festgestellt wird:

Im Konfliktfall muß das Wohl der Allgemeinheit den Vorrang vor den Interessen des einzelnen haben.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir den ersten Absatz mit dieser Formulierung annehmen, bedeutet das, daß kein Verfassungsgericht und kein Verwaltungsgericht mehr klären kann, ob irgendeine Maßnahme der öffentlichen Hand noch durch die Sozialbindung gedeckt ist oder ob sie öffentliche Willkür darstellt. Das kann niemals so sein, und das hat der Verfassungsgeber mit Artikel 14 in diesem Sinne auch nicht gewollt.

Aus diesem Grunde schlägt Ihnen der CDU-Landesverband Hessen eine wohlabgewogene Formulierung vor, indem er unter anderem sagt:

Das Individualrecht ...

- als Eigentumsrecht -

hat ... seine Grenzen, wo seine Ausübung übergeordneten öffentlichen Interessen widersprechen würde.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Begriff "übergeordnetes öffentliches Interesse" kommt die Interessenabwägung zum Ausdruck, nach der die Sozialbindung das volle Eigentumsrecht nur dann und nur insoweit einschränken kann, als das öffentliche Interesse überwiegt. Wir finden deshalb, daß die These, im Konfliktfall müsse immer das öffentliche Wohl vorgehen, in dieser Form keinesfalls bestehen bleiben kann.

Wir sind auch der Auffassung, daß in diesem ersten Absatz nicht von der Individualfunktion, sondern konkret von dem Eigentumsrecht, von dem Individualrecht des Eigentums gesprochen werden sollte. Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen dringend, den ersten Absatz der Vorlage A 89 des Bundesvorstandes abzulehnen und statt dessen den Antrag A 91 des Landesverbandes Hessen anzunehmen, in dem es heißt:

Das Individualrecht des Bodeneigentums hat mithin dort seine Grenzen, wo seine Ausübung übergeordneten öffentlichen Interessen widersprechen würde.

Nur so sind wir verfassungskonform, nur so werden wir speziell Artikel 14 des Grundgesetzes gerecht.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Janning aus Westfalen das Wort.

Heinz Janning: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie inständig bitten, auch die hier begründeten Anträge einmal zu lesen, bevor Sie entscheiden. Ich trage diese Bitte nicht ohne Grund vor.

Ich bitte Sie, folgende Anträge zu lesen: A 94 auf Seite 34 und - im Wortlaut fast identisch - A 117 auf Seite 40. Wir haben, um die Problemstellung klar aufzuzeigen, deswegen eine

Alternativformulierung vorgelegt, weil es in der Tat den verfassungsrechtlichen Grundkenntnissen widerspricht, wenn man im Zusammenhang mit der Sozialbindung, also mit der Inhalts- und Schrankenbestimmung, generell dem öffentlichen Interesse den Vorrang einräumt.

Gemäß der Rechtsprechung etwa des Bundesverfassungsgerichtes ist diese Vorrangstellung erst im Falle der Enteignung akut, d.h. man kann bei der Inhalts- und Schrankenbestimmung, sprich: Sozialbindung, in keiner Weise sagen, daß das öffentliche Interesse generell den Vorrang haben soll. Um dieses klarzustellen - das dürfte weder der Bundesvorstand noch die Kommission damals anders gemeint haben -, haben wir eine Formulierung gewählt, die sich sehr eng an die Ursprungsformulierung hält, die aber diese eben geschilderte Klippe überwindet. Ich möchte Sie aber nochmals bitten, lesen Sie wenigstens diese Dinge durch, bevor Sie sie ablehnen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich fragen, ob alle Delegierten ihre Stimmkarte 01 zur Ziffer 2 abgegeben haben.

(Zurufe: Nein!)

- Das ist noch nicht der Fall. - Inzwischen ist dies der Fall; der Wahlgang wird damit abgeschlossen. Ich bitte auszuzählen. Als nächster Redner hat Herr Daniels, Rheinland, das Wort.

Dr. Hans Daniels: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag des Bundesvorstandes enthält u.a. die Formulierung, daß der Bauboden nicht unbegrenzt verfügbar sei. Ich möchte hier den Antrag des Kreisverbandes Bonn A 208 begründen, dessen wesentlicher Inhalt darin besteht, diesen Halbsatz zu streichen. Dieser Halbsatz ist zwar theoretisch insofern richtig, als man nicht mehr als die gesamte Erdoberfläche bebauen kann, er hat aber für die praktische Ordnung des Baubodenrechts keinerlei Relevanz, im Gegenteil, er ist hier außerordentlich mißverständlich.

Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Vermehrung des Baubodens ist die ausreichende Erschließung von Bauland. Es sind im Vergleich zu dem bereits erschlossenen Bauboden relativ unbegrenzte Flächen für weiteren Bauboden zur Verfügung. Es kommt nur darauf an, ob die politische Entscheidung in der rechten Weise getroffen wird, diesen Bauboden zu erschließen.

Wir glauben deshalb, daß man diesen Satz streichen sollte und werden hinterher, wenn es um die Rahmenbedingungen des Baubodenrechts geht, unter Ziffer 208 einen konkreten Vorschlag machen, wie man die hier vorhandenen wirkliche Lage besser darstellen kann.

(Vereinzelter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Dr. Riede das Wort.

Dr. Paula Riede, Antragskommission: Die Antragskommission ist der Meinung, daß der Antrag A 94 zu differenziert ist. Ähnliches gilt

für den eben vorgetragenen Antrag. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß es in diesem Zusammenhang genügt zu sagen, daß im Konfliktfall das Wohl der Allgemeinheit Vorrang vor den Interessen des einzelnen haben muß.

(Zurufe)

Die Antragskommission war der Meinung, daß die Begründung einer eventuellen Gesetzesvorlage vorzubehalten sei und daß dies in diesem Programmpapier zu differenziert sein würde.

(Zuruf: Das ist doch kein Argument!)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Antragskommission: Darf ich für die Antragskommission ergänzend hinzufügen: Wir machen hier keine Gesetze und keine juristische Abgrenzung. Dies ist die Erklärung einer politischen Intention und als solche haltbar.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schmöle das Wort.

Hans Werner Schmöle: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte etwas ganz Grundsätzliches sagen. Der Bereich der Bodenordnung ist das komplizierteste und am wenigsten zu überschauende Gebiet. Wenn es das Ziel ist, daß wir uns hier mit einigen wenigen Leitsätzen begnügen sollen, hätten sich diejenigen, die jahrelang und in den Kommissionen mit ungeheurem Arbeitseinsatz versucht haben, bestimmte Dinge zu formulieren, ihre Arbeit ersparen können.

(Beifall)

Dann hätten wir ganz einfach sagen können, wir sind erstens dafür, daß ungerechtfertigte Planungsgewinne abgeschöpft werden sollen. Wir brauchten dann auch heute nicht mehr darüber zu diskutieren, wie die Probleme des Planungswertausgleichs und der Strukturabgabe gelöst werden sollen. Ich glaube, dieses Verfahren, das die Antragskommission hier laufend praktiziert, kann einfach nicht mitgemacht werden.

(Beifall)

Wir haben hier die Versuche vieler Kommissionen, vieler, auch derjenigen, die über lange Monate ihren Sachverstand eingebracht haben und versucht haben, zu einer sachgerechten Lösung zu kommen. Ich meine, es geht nicht, daß man das jetzt dadurch abschmettert, daß man sagt, wir wollen hier keine Gesetzesarbeit machen. Es ist ja gar nicht so, daß wir mit einer solchen Formulierung schon die Gesetzestexte vorbereitet hätten. Es kann nicht angehen, daß wir nicht genau formulieren und nicht genau sagen, worum es uns bei einer künftigen Gesetzesinitiative im Bundestag gehen muß.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 3. Ich stelle als erstes den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung, Seite 5 erster Absatz.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Einen Moment bitte, ich möchte nur den Satz zu Ende führen. Ich würde dann die Anträge A 98 bzw. A 91 und A 94 von Westfalen zur Abstimmung stellen. Wir müssen uns dann noch darüber einigen, in welcher Reihenfolge das geschieht.

Es ist der Wunsch geäußert worden, zur Geschäftsordnung zu sprechen. - Bitte!

Dr. Wolfram Kessler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Verwaltungsvorlage - so kann man es übersetzen -, d. h. die Vorlage der Antragskommission in der Abstimmung immer den Vorrang hat, kommen wir dazu, daß es in der Praxis nicht möglich ist, Änderungsanträge zu stellen. Ich meine, der Antrag A 91 von den hessischen Freunden und der Antrag des Kollegen Daniels, die ja im Grunde der Antragskommission entsprechen wollen, müßten zuerst zur Abstimmung gestellt werden.

(Beifall)

Ich meine, es ist für das weitere Abstimmungsverfahren eine wichtige Frage. Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium möchte Ihnen dazu folgendes sagen: Die Antragskommission ist dazu eingesetzt, daß sie die vielen Anträge zusammenfaßt und nach Möglichkeit auch noch eine einheitliche Linie gewährleistet. Deswegen ist es auf anderen Parteitagen und so auch heute üblich gewesen, und vorhin wurde es Ihnen vorgeschlagen, als erstes über den Antrag der Antragskommission abstimmen zu lassen. Wer dem nicht zustimmt, hat dann immer die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen und kann dann seine Anträge durchsetzen. Ich glaube, wir sollten weiterhin so verfahren, denn ansonsten ist nicht gewährleistet, daß wir überhaupt bei den vielen Anträgen ohne die Hilfe der Antragskommission durchkommen. Ich möchte Sie bitten, weiterhin so zu verfahren.

(Beifall)

Da aber hier der Antrag gestellt worden ist, lasse ich darüber abstimmen, ob wir weiterhin so verfahren wollen, daß wir erst über die Vorlage der Antragskommission abstimmen und dann über die weiteren Vorschläge. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission zu Ziffer 3 abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das war die Mehrheit; der Antrag der Antragskommission ist abgelehnt.

(Beifall)

Dann liegen folgende drei Alternativvorschläge vor:

Antrag A 91 des Landesverbandes Hessen, Antrag A 98 des Kreisverbandes Bonn und Antrag A 94 des Landesverbandes Westfalen-Lippe.

(Zuruf: Antrag A 117 der Jungen Union!)

- Was Antrag A 117 der Jungen Union betrifft, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß er mit Antrag A 94 identisch sei. Sie werden also damit einverstanden sein, daß wir über Antrag A 94 abstimmen. Ich habe mir sagen lassen, daß der Antrag A 94 die weitestgehenden Änderungen enthält und die Anträge A 91 und A 98 nur geringfügig von der Vorstandsvorlage abweichen. - Zum Verfahren hat Herr Zeitel das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Ich würde dafür plädieren, Antrag A 94 zusammen mit Antrag A 117 anzunehmen, weil er dann der ausgefeilteste ist.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, daß wir erst über Antrag A 94 abstimmen, weil dieser von der Vorlage des Vorstandes am stärksten abweicht? - Dazu Herr Daniels.

Dr. Hans Daniels: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können über diesen Antrag zuerst abstimmen. Der Antrag A 98 hat sich dadurch aber nicht erledigt, weil er einen anderen Punkt betrifft. Man kann ihn durchaus zusammen mit dem Antrag von Hessen annehmen.

Bernd Neumann: Tagungspräsidium: Damit wir Klarheit haben, bitte ich noch einmal einen Vertreter der Antragskommission, dazu Stellung zu nehmen. Es ist gesagt worden, auf Antrag A 98 könne man nicht verzichten. Herr Professor Zeitel, wollen Sie dazu noch einmal etwas sagen?

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Wenn ich es richtig sehe, beinhaltet der Antrag A 98 erneut eine Komplizierung, die in die Anträge A 94 und 117 eingefügt werden muß. Es muß eine Extraformulierung vorgelegt werden. Ich würde meinen, daß mit den Anträgen A 94 und 117 den wesentlichen Anliegen entsprochen ist.

Bernd Neumann: Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag A 94 des Landesverbandes Westfalen-Lippe. Er ist identisch mit dem Antrag A 117 der Jungen Union und mit seiner Zielsetzung. Wer für den Antrag A 94 von Westfalen-Lippe ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu zeigen. - Danke. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Das erste war die Mehrheit; Antrag A 94 von Westfalen-Lippe ist angenommen.

(Beifall)

Damit ist Ziffer 3 abgehandelt.

Ich darf Ihnen abschließend das Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2 mitteilen. Zur Abstimmung stand der Antrag der Antragskommission.

Dazu wurden 493 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 271, mit Nein 219 Delegierte gestimmt; 3 Enthaltungen. Damit ist Ziffer 2, wie sie von der Antragskommission vorgeschlagen wurde, angenommen.

Ich darf die Leitung des Präsidiums nun Herrn Bremer übergeben.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 4 des Abschnitts A - Soziales Eigentum - auf. Dazu finden Sie auf Seite 5 der Empfehlungen der Antragskommission die Einzelheiten. - Das Wort hat Herr Hasinger.

Albrecht Hasinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß die Bundesvorstandsvorlage in diesem Punkt zu stark von vorhandenen Rechtssystemen und zu wenig von der konkreten Situation der Menschen ausgeht. Diese Situation sieht so aus, daß heute die meisten Menschen auf die Gestaltung der Wohnungen - und darum geht es hier - überhaupt keinen Einfluß ausüben können, weil sie froh sein müssen, wenn sie überhaupt eine Wohnung erhalten. Die Wohnungen werden von anderen geplant, auch von Leuten, die niemals bereit wären, dort selber einzuziehen. Das Ergebnis sind oft genug Wohnsilos, seelenlose Betonwüsten, in denen auch noch das letzte Stück Natur verasphaltiert ist. Von vermeintlich fortschrittlichen Planern und Architekten wird jede Lebensäußerung der Bewohner vorausgeahnt und entsprechend berücksichtigt. Aber je perfekter dies gehandhabt wird, um so weniger wohl fühlen sich die Menschen.

Wenn wir gegen diese Verhältnisse etwas tun wollen, müssen wir die Menschen, vor allem einkommensschwache und junge Familien, in eine Position versetzen, in der sie nicht alles hinnehmen müssen, sondern Einfluß ausüben können. Wir müssen den Erwerb von Wohnungseigentum so fördern, daß die Familien nicht ein halbes oder ganzes Leben als Mieter zubringen müssen. Das ist ein entscheidender Schritt nicht nur zur Vermögensbildung, sondern auch zur Humanisierung des Städtebaus.

In dem Antrag A 120 - das ist Bundesvorstandsvorlage Ziffer 4 - findet sich dazu nur der schwächliche Satz: "Die CDU wird dazu demnächst weitere Vorschläge vorlegen." Meine Damen und Herren, das kann so nicht stehen bleiben. Nach meiner Meinung ist es auch nicht damit getan, daß dieser Satz einfach gestrichen wird. Ich möchte Ihnen dringend vorschlagen, hier konkreter zu werden. Wir verfügen in den vorliegenden Anträgen auch über konkreteres Material. Ich schlage Ihnen vor, hier die letzte Ziffer des Vermögensbildungspapiers einzufügen. In dieser Ziffer ist von der Förderung des Wohnungseigentums die Rede. Diese Ziffer klappt beim Vermögensbildungspapier ohnehin etwas nach.

Das Bodenpapier bekäme durch eine solche Umstellung einen positiven Sinn, nämlich durch zwei Aussagen: 1. Wir sind gegen Kommunalisierung; denn wir wollen nicht weniger, sondern mehr Eigentümer. 2. Wir sind deshalb dafür, daß jeder, der es wünscht, Eigentum an Grund und Boden erhält, und zwar in Ballungsgebieten, wo es nicht anders möglich ist, in Form einer Eigentumswohnung.

Ich möchte Sie herzlich bitten, dieser nur auf den ersten Blick formal erscheinenden Anregung zuzustimmen, die ich hiermit auch an die Antragskommission gebe. Wenn wir so beschließen, bekommen wir ein Papier, das die Menschen draußen verstehen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Können Sie das noch einmal konkretisieren? Hier ist es akustisch nicht ganz angekommen.

Albrecht Hasinger: Ich schlage vor, in dem Papier "Bodenrecht" des Bundesvorstands den letzten Satz der Ziffer 4 zu ersetzen durch die letzte Ziffer - das ist, glaube ich, Ziffer 7 - des Vermögensbildungspapiers, denn das Vermögensbildungspapier befaßt sich ganz durchgehend, von Anfang an, mit dem Produktivvermögen. Diese Ziffer 7 ist dort, wie man fast meinen möchte, versehentlich hingeraten und gehört dem Sachzusammenhang nach in das Papier, das wir gerade beraten.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Professor Zeitel für die Antragskommission.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Die Antragskommission befindet sich in einer etwas schwierigen Situation, weil zu diesem Punkt kein Antrag vorliegt. Ich halte das Anliegen als solches für unterstützungswürdig. Ob wir ohne vorliegenden Antrag zustimmen können, ist eine Verfahrensfrage, die wir im Zweifel formal entscheiden müssen. Sonst müssen wir formal ablehnen, denn es liegt kein Antrag vor. Die Antragskommission konnte das nicht beraten. Das Anliegen als solches ist aber zu unterstützen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Becker.

Dr. Curt Becker: Ich möchte dazu sagen, Herr Hasinger, daß ich Wert darauf lege, daß die Wohnungsfrage im Vermögensbildungspapier behandelt wird. Wir wollen die Vermögensbildung nicht nur aus der Perspektive des Produktionsvermögens sehen, sondern wollen auch das Wohnungsbauvermögen besonders betrachten. Die Frage des Wohnungsbaus gehört also systematisch mit in das Vermögensbildungspapier. Ich sage damit nichts zu Ihrem Antrag. Ich möchte aber bitten, daß man die Frage des Wohnungsbaus aus systematischen Gründen im Vermögensbildungspapier beläßt, wie es auch in dem Papier der Antragskommission steht.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundesvorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, das, was Herr Hasinger angeregt hat, ist vernünftig. Ich glaube auch, daß es kein formales Problem gibt. Das Vermögensbildungspapier liegt als Antrag vor. Lassen wir doch den Satz, wie ihn der letzte Diskussionsredner wünschte, im Vermögensbildungspapier und nehmen ihn noch zusätzlich im Sinne von Herrn Hasinger hier auf!

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es ist die Anregung gegeben worden, daß wir unter Überspringen einiger verfahrensrechtlicher Hürden - so möchte ich einmal sagen - so verfahren, wie der Bundesvorsitzende soeben vorgeschlagen hat, d.h. daß wir aus dem Vermögensbildungsvorschlag diesen Satz mit übernehmen. Zur Abstimmung würde dann die Empfehlung der Antragskommission "Eigentumsstreuung", Ziffer 4, mit diesem Zusatz aus dem Vermögensbildungspapier stehen.

(Zuruf: Vorlesen!)

- Meine Damen und Herren, Sie finden den Antrag, um den es hier geht, nämlich C 561 auf der Seite 501 der Zusammenstellung der Anträge. Ich darf bitten, mich daraus zu entlassen, die ganze Ziffer vorzulesen, weil das ein längerer Teil ist. Sie können das dort bitte selbst nachlesen.

Ich darf dann noch einmal zur Abstimmung stellen die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 5 der Empfehlungen der Antragskommission, nunmehr ergänzt durch den Antrag C 561 auf Seite 501. Der letzte Satz unter A 120 wäre zu streichen. Ich darf nunmehr bitten, wer diesem so ergänzten Antrag die Zustimmung gibt, das

Handzeichen zu geben. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen?
- Das erste war die große und überwältigende Mehrheit.

Wir kommen dann in Verfolg der geänderten Verfahrensordnung zur Ziffer 10, dem abgabenrechtlichen Teil. Sie finden die entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 16 der Empfehlungen der Antragskommission. Wir haben zunächst über die Anträge A 761 bis A 777 zu befinden. Die Empfehlung der Antragskommission lautet, daß mit Ausnahme der Anträge A 765, 771 und 776 diese Anträge als erledigt angesehen werden können, weil sie in den nachfolgenden Ziffern Eingang gefunden haben.

Zu diesem Teil liegen keine Wortmeldungen vor.

(Zuruf: Doch!)

- Herr Dr. Prassler, bitte!

Dr. Helmut Prassler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Zur Ziffer 10.1 liegt von Baden-Württemberg gemäß unserem Landesparteitagsbeschluß insgesamt der Antrag A 779 vor. Er bezieht sich in Einzelheiten auf das Verfahren einer zeitnahen Einheitsbewertung und auf das Verfahren zur Aktualisierung der Grundsteuer. Die Vorlage des Bundesvorstandes ist von der ursprünglich konzipierten Grundwertsteuer zur aktualisierten Grundsteuer geändert und reduziert worden.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ich darf Sie kurz unterbrechen. Wir sind doch jetzt bei der Ziffer 10. Wir sind noch nicht bei Ziffer 10.1. Sie sprechen jetzt zu Ziffer 10.1, wenn ich Sie richtig verstehe. Bei dieser Ziffer sind wir noch nicht.

Dr. Helmut Prassler: Weil keine Wortmeldung vorlag, nahm ich an, sprechen zu dürfen. Ich warte, bis der Punkt aufgerufen wird.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, noch einmal: Wir behandeln jetzt die vor den Einzelziffern auf Seite 16 der Empfehlungen der Antragskommission aufgeführten Anträge A 761 bis 777. Nur diese Anträge stehen jetzt zur Diskussion.

(Zuruf)

- Herr Schmöle hat nicht zum Ausdruck gebracht, wozu er sprechen will.

(Zuruf: Dazu auch nicht!)

- Dazu auch nicht.

Dann liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zuruf: Doch!)

- Darf ich bitten, in Zukunft ein bißchen schneller zu verfahren, damit wir nicht so aufgehalten werden.

(Beifall)

Heinrich Sturke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich befinde mich auch in einer gewissen Schwierigkeit,

weil es hier heißt: durch andere Formulierungen abgedeckt. Ich möchte aber trotzdem grundsätzliche Bedenken anmelden.

Eine Einbeziehung, meine sehr verehrten Damen und Herren, realisierten Planungsgewinns in die staatliche Abgabepolitik ist absolut zu bejahen. Es ist nicht vertretbar, wie es in dem Antrag A 768 ausgedrückt ist, daß Leistungen der öffentlichen Hand nur einigen wenigen Grundstückseigentümern zugute kommen. So weit, so gut.

Wozu, meine Damen und Herren, wozu wird aber eine Vorwegbesteuerung noch nicht realisierten Gewinnes führen? Zur Mobilität des Grund und Bodens, wie es angestrebt wird, keineswegs, so meine ich. Der sogenannte kleine Mann, der Privatmann, der unter Umständen mit der ganzen Familie für ein weiteres Baugrundstück für Kinder oder Familienmitglieder gespart hat, wird nicht mehr kaufen können oder, wenn er gekauft hat, das Grundstück wieder veräußern müssen. Große Wohnungsunternehmen dagegen, gemeinnützige Gesellschaften z.B., werden die steuerliche Vorwegbelastung mit in die Bauvorfinanzierung einbeziehen und aufnehmen und später auf die Mieter oder Eigenheimerwerber abwälzen.

Das Ziel der CDU sollte jedoch sein, Eigentum für den einzelnen zu schaffen unter dem Motto: Eigentum für jedermann. Das jedoch, meine Damen und Herren, wird mit der Vorwegbesteuerung, die wir in dem Antrag A 768 - vielleicht wird man in anderen Passagen noch darauf zurückkommen - angesprochen haben, nicht erreicht. Besteuerung nicht realisierten Gewinns bitte ich deshalb abzulehnen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Sturke. Das war praktisch schon ein Beitrag zu Ziffer 10.2. Sie sind natürlich nicht gehindert, den Antrag noch einmal zu stellen, wenn diese Ziffer behandelt wird.

Herr Professor Zeitel, bitte!

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir jetzt genau zu den Punkten sprechen, weil es ein wenig schwierig wird.

Aufgerufen waren allgemeine Anträge, die nicht unter einzelnen Punkten zu subsumieren waren. Jetzt ist bereits über einen nachfolgenden Punkt gesprochen worden, zu dem wir sicherlich eine Debatte in diesem Plenum führen müssen.

Um noch einmal die Grundproblematik deutlich zu machen: Unter Ziffer 10.1 steht zunächst nur die Grundsteuer zur Debatte, noch nicht die Frage des Planwertausgleiches oder der Infrastrukturausgaben. Aufgerufen sind bisher nur allgemeine Anträge, über die abgestimmt werden muß. Erst dann kommt die Ziffer 10.1 mit der Frage der Aktualisierung der Grundsteuer.

Um das auch noch einmal zu verdeutlichen: Die Vorlage, die Ihnen vorliegt, geht davon aus - um den Gesamtzusammenhang klarzustellen -, daß die Grundsteuer mit steuerlichen Konsequenzen aktualisiert wird. In der kontroversen Frage -Infrastruktur- und Planwertausgleich - wird in der Vorlage dann der Planwertausgleich empfohlen. Darüber muß nach der Grundsteuer dann debattiert werden.

Dann kommt der dritte Punkt, nämlich die Frage der Behandlung der realisierten Gewinne, zu dem ich bitte, nur zu sprechen unter dem Punkt der Einkommensteuer. Mit der Ziffer 10.1 ist nur die Grundsteuer aufgerufen; danach die Grundwertsteuer. Dann erst kommen der Planwertausgleich und die Infrastrukturausgaben.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Gaddum das Wort.

J.W.Gaddum: Ich muß dieser Meinung insofern widersprechen, als es durchaus auch Vorstellungen gibt - unter anderem im Landesverband Rheinland-Pfalz -, die Grundsteuer als solche und nicht in Verknüpfung mit dem Planungswertausgleich einzubeziehen. Wenn wir jetzt vorab hinsichtlich der Grundsteuer entscheiden, haben wir ein Votum abgegeben, das uns später keinen Entscheidungsspielraum mehr läßt. Wir müßten also entweder jetzt die Diskussion ausweiten oder diesen Punkt zurückstellen, bis über das Nachfolgende entschieden ist.

(Zustimmung)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Ich schlage vor, wie folgt zu verfahren. Wir sollten zuerst über Ziffer 10 abstimmen, dann über die Ziffern 10.1 und 10.2 debattieren und abstimmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Wir stimmen dann über Ziffer 10 - hierzu gehören die Anträge A 761 bis A 777 - ab. Wer zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke schön! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu Ziffer 10.1 - Grundsteuer - und Ziffer 10.2 - Planungswertausgleich. Hierzu liegt noch ein weiterer Antrag vor. Es ist der Antrag A 1081, der jetzt gerade verteilt wird. Die Antragskommission schlägt Annahme dieses Antrags vor. Zu Ziffer 10.2 liegen des weiteren die Anträge A 1077 und A 1080 vor, die ebenfalls noch verteilt werden.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Vielzahl von Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte darum, daß sich die Redner an die Redezeitbegrenzung von fünf Minuten halten. Sonst würde die Diskussion zu sehr ausgedehnt werden. Zunächst hat Herr Dr. Prassler das Wort.

Dr. Helmut Prassler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme noch einmal auf die Begründung der Ziffer 10.1 - Grundsteuer - der Vorlage des Bundesvorstandes zurück. Die Antragskommission hat Annahme empfohlen. Diese Ziffer 10.1 beinhaltet eine Rückführung von der ursprünglich geplanten Grundwertsteuer zur aktualisierten Grundsteuer. Allerdings fehlen Aussagen darüber, wie eine solche Aktualisierung der Grundsteuer aussehen soll. Deshalb enthält Antrag A 779 des Landesverbandes Baden-Württemberg detailliertere Formulierungen, wie Bewertungsrecht und Steuerrecht als politische Aussage gestaltet werden sollen, um dem angestrebten Ziel näherzukommen. Das

Gesetzgebungsverfahren in dem komplizierten steuerrechtlichen und bewertungsrechtlichen Teil wird damit noch nicht unnötig präjudiziert. Es geht hier lediglich um eine klare politische Aussage der CDU. Mehr zu sagen, ist nicht Aufgabe eines Bundesparteitages. Baden-Württemberg möchte deshalb nicht der Empfehlung der Antragskommission folgen, den Antrag A 779 abzulehnen. Wir bitten darum, den Inhalt dieses Antrages in die Formulierung von Ziffer 10.1 - Grundsteuer - einzubeziehen. Den Begriff "einbeziehen" wollen wir dabei jetzt nicht näher definieren. Wir bitten einfach darum, Antrag A 779 nicht abzulehnen, sondern ihn einzubeziehen.

Die Antragskommission hat auch die Erledigung vieler anderer Anträge durch Einbeziehung empfohlen. So sollte auch im Falle des Antrages A 779 verfahren werden. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrages A 779 mit der Empfehlung, ihn in die Vorlage des Bundesvorstandes einzubeziehen.

Zur Frage des Planungswertausgleiches möchte ich nachher das Wort nehmen, weil ich der Meinung bin, daß die Wortmeldungen zur Grundsteuer zuerst erledigt werden sollten.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Kulenkampff.

Hans-Ludwig Kulenkampff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Frage der Grundsteuer entsteht das Problem, ob wir es bei einer einfachen Grundsteuer, wie sie jetzt vom Bundesvorstand und auch von der Antragskommission vorgeschlagen wird, belassen sollten oder ob wir eine geänderte Grundsteuer einführen sollten, die eine besondere Besteuerung von Gewinnen darstellt. Ich meine, wir sollten es bei der jetzigen Form belassen.

Es gibt drei verschiedene Arten der Wertsteigerung. Der erste, uns am meisten interessierende Fall ist der des echten Planungsgewinns. Ich meine hier Wertsteigerungen, die dadurch entstehen, daß einzelne Grundstücke durch Planung eine günstigere Ausnutzung bekommen. Die Wertsteigerung kommt dadurch zustande, daß Art und Maß - oder wenigstens einer der beiden Faktoren - innerhalb des Bebauungsplanes geändert werden. Ein typischer Fall hierfür ist, daß ein landwirtschaftliches Grundstück Bauland wird.

Es gibt aber auch zahlreiche andere Fälle. Diesen Fall werden wir nachher beim Planungswertausgleich, bei der Abschöpfung des Planungsgewinnes behandeln.

Weitere Erhöhungen des Wertes, die ständig auftreten, sind die sogenannten Inflationsgewinne. Die Grundstücke werden teurer, weil die Inflation fortschreitet. Dies sind keine Gewinne. Im Grunde genommen ändert sich nur der Maßstab, nicht aber der Wert des Grundstücks. Derartige Gewinne dürften keinesfalls erfaßt werden.

Die dritte Gruppe ist sehr komplex. Die Fälle dieser Gruppe sind sehr selten, kommen aber doch vor: Änderung des Wertes eines

Grundstückes dadurch, daß außerhalb des Grundstücks etwas geschieht. Denken Sie z.B. an die Verlegung einer Straßenbahnhaltestelle, die Schaffung eines neuen Nahverkehrsmittels oder den Bau eines interessanten Hauses in der Nähe.

Es gibt - umgekehrt betrachtet - aber viel häufiger die Fälle, in denen durch solche Änderungen Planungsschäden entstehen. Derartige Planungsschäden sind nach ständiger Rechtsprechung von Reichsgerichts- und Bundesgerichtshof nie entschädigt worden. Ich meine, daß auch diese Art der Wertsteigerung durch Abschöpfung nicht irgendwie erfaßt werden sollte. Sonst ließe sich die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nicht aufrechterhalten. Die Gemeinden würden dann ein Vielfaches von dem, was dort hinfließt, als Planungsschaden wieder auszukehren haben. Bei einer Grundwertsteuer würden alle diese drei Änderungen gleichmäßig erfaßt werden - oder man müßte noch und noch Ausnahmen vorsehen. Dies ist der erste Grund, weshalb ich für die einfache Grundsteuer bin.

Die einfache Grundsteuer aktualisiert, d.h. von Zeit zu Zeit den wahren Werten angepaßt, würde bedeuten, daß mit der Wertsteigerung, also mit der Inflationsveränderung, zwar der Wert und auch die Grundsteuer steigt, daß aber die Relation zwischen beiden gleich bleibt. Damit würden alle Grundstücke durch die Grundsteuer so besteuert werden, wie sie tatsächlichen Wert haben. Diese Lösung scheint also richtig.

Ich möchte nochmals betonen, was schon vorhin gesagt worden ist. Bei der Grundwertsteuer entsteht folgende Schwierigkeit. Die Grundstücke gewinnen an Wert spätestens durch die Planung, können aber erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt, nämlich erst durch die Erschließung, genutzt werden. In der Zwischenzeit müßte eine erhöhte Grundwertsteuer gezahlt werden auf ein geplantes, aber noch nicht erschlossenes Grundstück. Per Erfolg wäre, daß der betreffende Eigentümer gezwungen würde, das Grundstück zu verkaufen.

Es gibt dafür nur zwei potentielle Käufer; das eine sind die großen Baugesellschaften, das andere sind wohlhabende Grundstücksspekulanten. Andere können es sich nicht erlauben, solche Grundstücke zu kaufen.

Deswegen halte ich eine Grundwertsteuer, wie sie uns ursprünglich im Göb-Papier vorgeschlagen wurde und wie sie jetzt wiederum einige Anträge erwähnen, für falsch. Ich bitte, sie abzulehnen und es bei dem Antrag der Kommission zu belassen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Erpenbeck.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte sehr nachdrücklich den Antrag 779 von Baden-Württemberg mit der hier von Herrn Dr. Frassler gegebenen Erläuterung unterstützen. Wenn wir von einer aktualisierten Grundsteuer sprechen, müssen wir schon um der Klarheit und Wahrheit willen auch sagen, was damit echt gemeint ist. Was wir damit meinen, ist in dem Antrag 779 von Baden-Württemberg sehr deutlich gesagt.

Allerdings werden Fachleute entgegenen, daß darin Forderungen enthalten sind, die nur sehr schwer realisierbar seien. Insofern

würde ich mich der Bitte anschließen, die Herr Dr. Prassler bereits geäußert hat, daß die Antragskommission den Antrag 779 in die endgültige Formulierung mit einbezieht.

Die Antragskommission hatte uns zu Ziffer 10.1 in dem schmalen Heft auf Seite 16 eine Formulierung vorgelegt, zu der ich, wenn sie stehenbleiben sollte, sagen muß, daß die Formulierung bei der Grund-, Vermögen- und Erbschaftssteuer, die Einheitswerte nach dem Sachwertverfahren zu ermitteln und zeitnah festzusetzen, wiederum sehr unklar und interpretierbar ist. Dann muß zumindest darauf hingewiesen werden, daß die Bodenwerte, die Grundstücks- werte und die Gebäude getrennt zu bewerten sind;

(Beifall)

sonst kommen wir zu Ergebnissen, die eigentlich niemand hier will.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Herr Minister Gaddum und dann Herrn Janning, bitte.

Gaddum: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Wir müssen, glaube ich, diese Probleme zusammensehen, sowohl den Planwertausgleich als auch die Alternativvorstellungen, die etwa das Bodenrecht bzw. das Grundsteuersystem betreffen. Es ist nach der bisherigen Diskussion unstrittig, daß es zulässig und notwendig ist, auch abgabenrechtliche Instrumente für das einzusetzen, was bei der Novellierung des Bodenrechts gewollt ist. Aber wir müssen uns sehr deutlich fragen, ob die Verfahren, die vorgeschlagen sind, geeignet sind, diesem Zweck zu dienen.

Meine Damen und Herren, der Landesverband Rheinland-Pfalz hat Ihnen Anträge vorgelegt, die darauf hinauslaufen, an Stelle des Planwertausgleichs die Grundsteuer durch variable Hebesätze so anpassungsfähig zu machen, daß sie das, was bodenpolitisch gewollt ist, erreichen kann. Damit decken sich unsere Auffassungen im großen und ganzen mit dem, was soeben auch von Baden-Württemberg vorgeschlagen worden ist.

Lassen Sie mich zum Planwertausgleich - denn das muß man jetzt hier tun - in einigen Punkten ganz erhebliche Bedenken geltend machen, die, wie ich meine, auch deshalb hier vorgebracht werden müssen, weil er in der Diskussion, soviel ich das weiß, jetzt von allen politischen Parteien mehr oder weniger mit vertreten wird.

Der Planwertausgleich setzt die zu bekämpfenden Preissteigerungen beim Ermittlungsverfahren praktisch voraus; sonst hätte er nichts abzuschöpfen. Der Planwertausgleich wirkt also im Ergebnis keinesfalls senkend, sondern steigernd auf die Entwicklung der Bodenpreise.

(Beifall)

Zum zweiten ist folgendes zu sagen. Solange auf dem Bodenmarkt kein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besteht - wenn dies bestünde, bräuchten wir uns mit diesem Thema nicht zu beschäftigen -, muß die Überwälzung auf den Käufer und Bauherrn bei jeder Einmalabgabe unterstellt werden. Nur eine Abgabe,

die in einer Höhe bleibt, daß sie als laufende Abgabe empfunden wird, birgt nicht die Gefahr, in dieser Weise abgewälzt zu werden und damit das ganze Preisniveau nach oben zu verschieben.

Drittens. Der Planwertausgleich kann erst erhoben werden - so auch der Vorschlag der Antragskommission - nach der Bebauung. Damit werden die jahrelangen, vorher eingetretenen Wertsteigerungen des Grundstücks nach diesem Verfahren überhaupt nicht erfaßt, sondern es wird erst der Zeitpunkt der Bebauung erfaßt. Dies ist nach meinem Dafürhalten nicht der Zeitpunkt, auf den es uns ankommen kann. Denn wir wollen ja zu einem guten Teil doch auch denjenigen erreichen, der die Grundstücke nur vorübergehend, und zwar unbebaut, zu spekulativen Zwecken in der Hand hat. An diesem geht das Instrument des Planwertausgleichs glatt vorbei.

Viertens. Der Planwertausgleich verstößt nach meinem Dafürhalten schon deshalb gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil er darauf abstellt, daß er nur in einem Bebauungsgebiet angewandt werden kann. Wir animieren mit einer solchen Abgabe geradezu dazu, außerhalb der Bebauungsgebiete zu bauen. Wer die praktischen Schwierigkeiten draußen kennt, d.h. die Schwierigkeiten, dauernd das Bauen im Außenbereich zu verhindern, der kann eigentlich keine Abgabe befürworten, die daran anknüpft, daß ein Bebauungsplan da ist und daß man dem ausweichen kann, wenn man außerhalb des Bebauungsgebietes baut. Lassen Sie mich schließlich - das ist ein ganz gravierender Punkt - verwaltungspraktische Bedenken geltend machen. Auch die Antragskommission hat keinen konkreten Weg vorgeschlagen, und sieht keine Möglichkeit, wie dieser Planwertausgleich tatsächlich errechnet werden soll. Es ist zwar verbal umschrieben, was er eigentlich darstellen soll, nicht aber gesagt, wie auseinandergerechnet werden soll, was den Gemeinden als von ihnen verursachter Wertzuwachs zusteht. Und wie soll auseinandergerechnet werden vom allgemeinen Wertzuwachs etwa im Zusammenhang mit einer allgemeinen Kaufkraftsteigerung? Soll auseinandergerechnet werden von einer inflationären Entwicklung? Dieses Auseinanderrechnen funktioniert nicht. Wir haben eine ähnliche Regelung, wie sie hier vorgeschlagen wird, bereits in einem vorhandenen Gesetz, nämlich im Städtebauförderungsgesetz. Die Wertermittlung im Städtebauförderungsgesetz funktioniert nicht. In der Praxis wirkt sich das so aus, daß sich die Wertermittlung an den tatsächlichen Verkehrswerten orientiert und dann nach einem komplizierten Verfahren zurückgerechnet wird, um dem Gesetz zu entsprechen. Dies kann nicht der Sinn sein. Wir meinen, daß es über eine Grundsteuer nach variablen Hebesätzen möglich ist, die Abgabe so zu erheben, daß die Gemeinden ihr Geld bekommen, auf der anderen Seite aber ungünstige Auswirkungen auf dem Bodenmarkt vermieden werden.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Janning. - Dann Herr Becker, Herr Becker, bitte!

Dr. Franz Becker: Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir jetzt am Kernpunkt der ganzen Bodenrechtsdiskussion stehen. Es ist vorweg schon gesagt worden, die erste Grundentscheidung scheint hier gefallen zu sein, daß niemand mehr für eine spezielle Erfassung der leistungslosen Gewinne insgesamt eintritt, sprich Bodenwertzuwachssteuer, Grundwertsteuer.

Wenn dem so ist, dann ist die zweite Frage die der Grundsteuer. Ich möchte, auch wenn das formal nicht möglich ist, bitten, der Anregung von Professor Zeitel zu folgen und sich jetzt zunächst auf die Grundsteuer zu konzentrieren. Dazu habe ich mich zu Wort gemeldet.

Ich möchte das aufgreifen, was Herr Dr. Prassler und Herr Erpenbeck gesagt haben, und möchte dazu zusammenfassend folgendes ausführen. Wenn dieser Antrag - er ist noch nicht ausformuliert - zur redaktionellen Überarbeitung überwiesen wird, dann sind der Antrag Nr. A 787 und der Antrag Nr. A 834 der Jungen Union inhaltlich übernommen, bis auf die Trennung der Bewertung von Boden und Gebäuden. Wenn Sie das übernehmen, würde es sich erübrigen, daß wir die Anträge Nr. A 787 und Nr. A 834 der Jungen Union stellen. Diese Anträge würden wir dann zurückziehen.

Zum Planungswertausgleich - das möchte ich jetzt schon ankündigen - werde ich gleich noch Stellung nehmen. Ich halte von dem, was Herr Minister Gaddum soeben gesagt hat, nur das letzte Argument für bedenkenswert. Aber jetzt sollten wir zunächst über die Grundsteuer sprechen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Janning! Jetzt hat Herr Dr. Becker das Wort.

Dr. Curt Becker: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat den Antrag Nr. A 817 des Kreisverbandes Mönchengladbach ebenfalls abgelehnt. Ich möchte bitten, daß man ihn im Rahmen dieser Diskussion wieder aufnimmt. Er geht in die Richtung des Antrages Nr. A 779 von Baden-Württemberg und auch in die Richtung der Ausführungen, die Herr Minister Gaddum soeben gemacht hat. Wir haben in dem Antrag Nr. A 817 gesagt: "Die Grundsteuermeßzahlen können für Bauland höher festgelegt werden als für bebaute Grundstücke." Außerdem haben wir die Wertzuwachssteuer abgelehnt.

Ich bin Berichterstatter im Parlament für die Grundsteuer gewesen. Wir haben die Grundsteuer in der Form verabschiedet, daß unbebaute Böden mit etwa den siebenfachen Lasten belastet worden sind, während das Wohnungseigentum in dieser neuen Gesetzgebung geschont worden ist. Ich glaube, wir kommen mit einer vernünftigen Angleichung der Grundsteuer wesentlich weiter, als wenn wir einen Planungswertausgleich und ähnliches machen.

Ich möchte im Rahmen von Ziffer 10.1 bitten, den Antrag A 817 des Kreisverbandes Mönchengladbach nicht abzulehnen, sondern jetzt in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Zum Planungswertausgleich möchte ich, da Herr Minister Gaddum das Wort nun einmal genannt hat, sagen, daß ich davon gar nichts halte. Die Antragskommission hat sich diese Dinge zu leicht gemacht. Man kommt damit in die Nähe von sozialistischen Vorstellungen

Ich meine, daß dieser Parteitag in dieser Frage nicht hinter der SPD herlaufen, sondern eine vernünftige Lösung im Interesse der Eigentümer finden sollte.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön!

Meine Damen und Herren, eine Reihe von Parteifreunden beklagen sich darüber, daß sie der Diskussion nicht folgen können, weil man sich zu laut unterhält. Ich bitte Sie sehr, die Unterhaltung draußen zu führen.

Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Schmöle. Ihm folgt Herr Kloetsch, wenn ich richtig sehe.

Hans Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen uns zunächst einmal darüber klarwerden, ob wir über das Problem, ob wir einen Planungswertausgleich wollen oder nicht, jetzt diskutieren oder ob wir zuerst die Anträge unter Ziffer 10.1. erledigen. Offenbar ist die Antragskommission der Meinung, daß die Frage des Planungswertausgleiches gleich mitdiskutiert werden sollte. Wenn das der Fall ist, möchte ich einige grundsätzliche Ausführungen dazu machen.

Mein Vorredner, Herr Becker, hat gerade gesagt, daß wir uns mit einem Planungswertausgleich in die Nähe sozialistischer Vorstellungen begäben. Ich möchte sehr herzlich darum bitten, solche emotionalen Erwägungen nicht in eine Sachdebatte wie der heutigen einzuführen, weil das der Sache insgesamt nicht dienlich ist.

(Beifall)

Meine Freunde, in der komplexen Diskussion über das Bodenrecht ist in der Tat oft damit operiert worden, daß man gesagt hat: Der Vorschlag, Wertzuwächse von einzelnen abzuschöpfen, ist schon auf Grund anderer ideologischer Vorstellungen gemacht worden. Ich bin allerdings der Meinung, daß sich für uns die Kernfrage stellt, ob wir es weiterhin zulassen wollen, daß unverdiente Wertsteigerungen, die einzelne zu verzeichnen haben, bei ihnen verbleiben sollen. Diese Wertsteigerungen werden im Grunde von der Allgemeinheit finanziert. Es hilft auch nichts, darüber zu reden, daß eine etwa aktualisierte Grundsteuer, bei der die Steuermaßzahlen nach verschiedenen Möglichkeiten festgelegt werden, im Grunde keine andere Steuer als die vorgeschlagene Grundwertsteuer sei. Insofern müßten wir uns generell noch einmal über die Konzeption, die wir anstreben wollen, unterhalten. Wenn auf die Grundwertsteuer verzichtet wird, muß dieser Parteitag auf Grund sachlicher Notwendigkeiten eine Entscheidung in der Richtung treffen, das Wertsprünge, die durch öffentliche Planungen eintreten und die im Grunde genommen der Allgemeinheit zu verdanken sind, auch der Allgemeinheit zugute kommen müssen. Ich denke, daß der Parteitag eine Entscheidung über diese politisch brisante Frage treffen muß. Wir werden uns in unserer Diskussion auf diesen Punkt konzentrieren müssen.

Ich vermag mir nicht vorzustellen, daß der Parteitag angesichts der Entwicklung, die in den letzten Monaten zu verzeichnen war, heute noch bereit ist, eine Entscheidung zu fällen, die lautet: Wir lassen im Grunde alles beim alten und differenzieren nur ein wenig bei den Hebesätzen der Grundsteuer, indem wir sie etwas zeitnäher festsetzen. Die Kernfrage, die wir beantworten müssen, besteht darin, ob wir uns dazu durchringen wollen, daß die Wertsprünge, die wenige auf Grund der öffentlichen Planung erzielen, abgeschöpft werden und der Allgemeinheit zugute kommen sollen. Ich

denke, wir werden nach dem Gerechtigkeitsprinzip, das wir auch auf anderen Gebieten vertreten, zu keiner anderen Entscheidung kommen können.

Ich möchte deshalb dafür plädieren, daß wir uns jetzt darauf konzentrieren, über die Frage zu diskutieren, ob wir einen Planungswertausgleich, eine aktualisierte und differenzierte Grundsteuer oder etwa einen Infrastrukturkostenbeitrag als Sachlösung unseres Parteitages bevorzugen wollen.

(Vereinzelter Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich.

Ich darf einige verfahrensleitende Bemerkungen machen. Mir liegen im Moment noch 15 Wortmeldungen vor. Der wesentliche Teil dieser Wortmeldungen bezieht sich offensichtlich auf Ziffer 10.2. - Planungswertausgleich. Es besteht nach dem Eindruck, den wir bisher gewonnen haben, ein enger Zusammenhang zwischen den Ziffern 10.1. und 10.2., was die beabsichtigte Stimmabgabe betrifft. Deshalb sollten wir die Diskussion über die Ziffern 10.1. und 10.2. weiterhin verbunden führen. Ich darf aber im Hinblick auf die Vielzahl der Wortmeldungen darum bitten, daß sich die Disziplin, die bisher dankenswerterweise bei der Einhaltung der 5-Minuten-Grenze geübt worden ist, in der Richtung weiterentwickelt, daß man sich vielleicht noch etwas kürzer faßt.

Das Wort hat nunmehr Herr Kloetsch. Anschließend folgt Herr Dr. Michels.

Harald Kloetsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Gaddum hat vorhin in seinem Beitrag die differenzierte Grundsteuer propagiert. Das würde bedeuten, daß die Bodenwertzuwachssteuer unter anderem Namen auf kaltem Wege wieder eingeführt würde. Darüber müssen wir uns hier unterhalten. Alle Experten waren im Prinzip froh darüber, daß dieses Thema eigentlich erledigt war, zumal jeder weiß, welche schlechten Erfahrungen man mit einer solchen Steuer im Laufe der Geschichte unseres Staates und in anderen Ländern gemacht hat. Ich glaube, man sollte hier ganz klar sagen: Dies ist nichts anderes als eine Bodenwertzuwachssteuer mit anderem Namen.

Jetzt zur Argumentation im einzelnen. Hier wurde gesagt, man müsse den Planungswertausgleich ablehnen, weil er zu einem Effekt der Überwälzung auf den Käufer führe. Darüber müssen wir hier streiten. Ich bestreite das, weil das eine Frage der Gestaltung ist.

Aber wenn man die differenzierte Grundsteuer nimmt, tritt genau dieser Effekt ein, daß derjenige, der nachher das Grundstück nutzt, also der Letztverbraucher, all das, was planungsbedingt ist, zu tragen hat. Man kann also nicht mit dem gleichen Argument das eine ablehnen und das andere wollen. Das ist - darauf muß man aufmerksam machen - unlogisch.

Ein weiteres: Die Frage - hier stimme ich Herrn Minister Gaddum zu -, wie man planungsbedingte Steigerungen abschöpft, ohne dabei den Markt zu beeinflussen, ist die eigentlich grundlegende Frage,

wenn sich dieser Parteitag darauf verständigt hat, daß leistungslose Gewinne abgeschafft werden sollen. Ich glaube, das ist die entscheidende und zentrale Frage, wie hier niemand im Raum bestreiten wird. Nur um das Wie ringen wir.

Und nun, da wir ja zum Planungswertausgleich gleichzeitig sprechen sollen, zu der Konstruktion - und hier liegen Anträge sowohl Westfalens als auch der Jungen Union vor -, wie man mit dem Planungswertausgleich zwar abschöpft, aber dies dort tut, wo die Wertsteigerung eigentlich entsteht, nämlich bei dem, der abgibt, der also sonst den leistungslosen Gewinn einsteckt. Der soll es abgeben; jede andere Form ist falsch.

Deswegen ist hier die Konstruktion gewählt worden, daß bei einem Bebauungsplanverfahren der Planungswertausgleich im Augenblick der Umwidmung festgestellt wird. Das heißt, jeder weiß nicht nur, was dieses Grundstück kostet, sondern auch, wie hoch es belastet sein wird. Also auch der Käufer weiß, wenn er es kauft, wie teuer das Grundstück neben dem Preis sein wird. Nur dann kann der Markt dies preislich berücksichtigen.

Jede andere Form - sei es die Infrastrukturabgabe, sei es ein Planungswertausgleich, der später im Verfahren festgestellt wird, sei es eine differenzierte Grundsteuer -, die diesen Weg nicht geht, geht den Weg in die Spekulation, weil keiner, der kauft, weiß, was später auf ihn zukommen wird. Und genau das führt dann wieder zur Spekulation und zu den ungerechtfertigten Gewinnen am Boden, die in irgendeiner Weise - über Bauerwartungsland oder auf andere Weise - vorweggenommen werden können.

Nur das eben erläuterte saubere Verfahren sichert einerseits, daß der Markt den Planungswertausgleich berücksichtigen kann, und andererseits, daß die Fälligkeit erst mit der Bebauung entsteht, womit eine Besteuerung des realisierten Gewinns und - entsprechend der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs - nicht eine Besteuerung nicht realisierter Gewinne eintritt.

Ich glaube, es ist eine sehr schwierige Frage, die wir hier abhandeln müssen. Aber die entscheidende politische Frage, die hier im Raum bleibt, betrifft zwei Dinge: Die differenzierte Grundsteuer ist eine Bodenwertzuwachssteuer mit anderem Namen, und zum anderen soll sich dieser Parteitag klar für die Abschöpfung leistungsloser Gewinne entscheiden.

Ein drittes: Wenn Herr Minister Gaddum sagt, die Beschränkung auf Bebauungspläne sei schlecht, weil dann der Run auf den Außenbereich erfolge, dann darf ich doch nur sagen, meines Wissens ist die Rechtsprechung des OVG Koblenz ähnlich restriktiv wie die Rechtsprechung anderer Oberverwaltungsgerichte und des Bundesverwaltungsgerichts. Da sollte man tatsächlich keine Angst haben. Im Außenbereich wird heute weitgehend nicht mehr gebaut.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Franz Michel: Herr Vorsitzender! Meine Freunde! Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion um die Bodenpolitik im Augenblick in die Gefahr gerät, auf ein falsches Gleis zu geraten. Wir erkennen hier das Bemühen, die Knappheit an Boden mit administrativen, technokratischen und defensiven Maßnahmen aller möglichen Besteuerungen in den Griff zu bekommen.

Dieses Beginnen wird niemals gelingen. Jede Abgabe, die wir dem Boden auferlegen, wird letztlich auf den Käufer überwälzt werden und wird zur Bodenpreissteigerung beitragen, sie wird aber nicht das erreichen, was wir wollen, nämlich Eigentumsbildung.

(Beifall)

Was hier fehlt, ist die klare, marktwirtschaftliche und freiheitliche Antwort, nämlich so viel Baulandproduktion, daß dieser gesamte Spuk der Wertsteigerung, daß der ganze Spuk der Inflationsgewinne usw. verschwindet und wir uns über diese Planwertabgaben und dergleichen gar keine Gedanken mehr zu machen brauchen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen hier offensiv werden und dürfen uns nicht damit, daß wir Variationen zu diesem Thema, die andere Parteien schon abgehandelt haben, neu kreieren, die in die Defensive drängen lassen.

Insofern müssen wir uns über eines im klaren sein: Was für Wertsteigerungen haben wir eigentlich bei Umplanungen, bei Umwidmungen? Die Wertsteigerung, die die öffentliche Hand - nämlich durch Erschließungen - liefert, muß ja nach dem geltenden Bundesbaugesetz der Anlieger zum Teil mit 100, zum Teil mit 90 % bezahlen. Dazu gehören Kanal, Straße, Beleuchtung, Entsorgung, Versorgung usw. Das steht im Bundesbaugesetz und wird so gehandhabt. Das kostet die öffentliche Hand im Prinzip nichts.

Das zweite: Darüber hinaus wird ja nach dem geltenden Bundesbaugesetz bei der Umlegung ein Abzug von bis zu 30 % vorgenommen. Das ist, wenn Sie so wollen, eine bis zu 30%ige naturale Planwertabgabe - nach dem heute geltenden Gesetz! In der Wertumlegung wird das sogar in Wertvergleichen ausgedrückt. Was wollen wir mehr?

Es fehlt also, um es zusammenzufassen, die offensive Bodenpolitik mit Mobilisierung beim Baulandangebot, mit Ausweisung von Bauländereien. Dann verschwindet dieses ganze Gespenst. Insofern möchte ich davor warnen, hier Experimente zu machen. Ich empfehle, in die Richtung dessen zu gehen, was von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vorgeschlagen wurde, in Richtung einer Aktualisierung der Bewertung. Dann ist auch der Gerechtigkeit Genüge getan.

(Teilweise Beifall)

Horst Langes: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann an das anschließen, was mein Vorredner hier gerade vorgebracht hat. Ich bin auch der Meinung, daß wir gerade den Vorschlag von Rheinland-Pfalz und die entsprechende Vorlage aus Baden-Württemberg als einen Versuch sehen müssen, eine stärkere Mobilisierung zu erreichen. Ich möchte diese Frage der Mobilität hier auch gar nicht auf dem ideologischen Hintergrund diskutieren, ob dies, was im Planwertausgleich gemeint ist, stärker zum Sozialismus führt. Ich halte diese Diskussion auch für falsch.

Ich halte es für richtig, daß wir abwägen, welches System eine stärkere Mobilität bringt, welches System sich auch verwaltungs-

technisch besser organisieren läßt, welches System also gerechter ist. Dies muß unsere Fragestellung sein.

Nur dies ist auch mit dem Antrag von Rheinland-Pfalz und, wenn ich es richtig sehe, mit dem baden-württembergischen Antrag gemeint: daß wir sagen, dieses System mit der variablen Grundsteuer ist eben eines, das sich besser anpassen läßt und das zweifellos eben auch denjenigen, der ein Grundstück hat, das jetzt als Bauland ausgewiesen wird, dazu bringen wird, dieses Grundstück möglichst rasch als Bauland anzubieten. Denn es ist ja für ihn, wenn er eine höhere Grundsteuer zu zahlen hat, auf lange Sicht uninteressant, dieses Grundstück weiter als Ackerland zu bebauen.

Diese Mobilität, meine Damen und Herren, erreichen Sie nicht durch den Planwertausgleich. Dies ist der falsche Weg!

(Teilweise Beifall)

Deshalb meine ich auch, daß es nicht richtig ist, wenn gesagt wird, es sei einfach nur wieder die neue Grundwertsteuer, die wir einführen, und die schaffe nichts Neues. Wir haben doch die Möglichkeit, mit einem unterschiedlichen System der Meßzahlen eine elastische Anpassung vorzunehmen, eine elastische Anpassung, die auch den Möglichkeiten, die im Bauland in einer großen Stadt, an einer großen Stadt oder in einer kleinen Stadt liegen, besser gerecht wird als jeder Planwertausgleich, der erst im nachhinein - im besonderen natürlich den späteren Bauherrn - trifft.

Meine Damen und Herren, deshalb meine ich - nochmals anschließend an das, was mein Herr Vorredner gesagt hat -, die Vorschläge von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zeigen einen marktwirtschaftlich richtigen Weg auf. Sie lassen sich verwirklichen, und sie bilden ein Instrument, das gerade für uns als CDU gegenüber jeder Versuchung, die Übermacht von kommunalen oder sonstigen starken Herrschaften über Boden und Bauland zu fördern, der richtige Weg ist.

(Teilweise Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Gerisch. Danach kommt Herr Schmöle.

Herbert Gerisch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich meine, es kommt darauf an, daß wir bei einem neuen Bodenrecht den Preis- und Marktmechanismus, der bisher ein entscheidendes Kriterium unserer politischen Haltung gewesen ist, auch hierbei nicht außer Kraft setzen. Ich möchte mich deshalb gegen eine Grundwertsteuer aussprechen, wie sie hier schon einmal angesprochen worden ist, und unterstütze den Antrag von Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, bei der Grundwertsteuer handelt es sich doch im Grunde genommen um Gesetzesvorschläge, wie wir sie in früheren Zeiten schon einmal gehabt haben und wie sie sich bisher überhaupt nicht bewährt haben. Das trifft z.B. für das Reichsgesetz zu, das 1910 geschaffen worden ist und 1944 wieder sang- und klanglos beseitigt wurde. Es trifft gleichermaßen für die Baulandsteuer C zu, die ebenfalls wieder sang- und klanglos untergegangen ist. Beide Steuern konnten die primäre Aufgabe, nämlich mehr Bauland zu preisgünstigen Bedingungen bereitzustellen, nicht erfüllen. Deshalb sind sie wieder beseitigt worden.

Meine Damen und Herren, ich meine, eine solche Steuer ist auch aus anderen Gründen abzulehnen:

1. Die Versteuerung nicht realisierter Gewinne verstößt gegen das Grundprinzip des Einkommensteuergesetzes, wonach Wertsteigerungen am ruhenden Vermögen nicht besteuert werden. Eigentümer von Schmuck, Gold, Briefmarken, Gemälden, Wertpapieren usw. würden weit besser gestellt sein als Grundeigentümer, obwohl die Wertsteigerungen dort teilweise weit höher liegen. Ich meine, daß bei uns der Grund und Boden bisher immer noch ein wichtiges Instrument zur Vermögensbildung in breiten Schichten unseres Volkes war. Auch aus dem Grunde sollten wir hier nicht zu anderen Maßnahmen kommen.

2. Die Versteuerung nicht realisierter Gewinne ist ungerecht, weil sie wirtschaftlich Schwache zur Veräußerung zwingen kann.

3. Die korrekte Erfassung von Wertzuwächsen ist problematisch und mit kaum zu bewältigendem Verwaltungsaufwand verbunden.

4. Zusätzliche Steuern führen eben nicht zu günstigen Bodenpreisen, im Gegenteil, sie führen zu einer Verteuerung der Mieten, die nicht in unserem Sinne sein kann.

Ein letztes: Neue Steuern schaffen auch nicht mehr Bauland, sie führen allenfalls zu einer Umverteilung, und auch das kann nicht prinzipiell in unserem Sinne sein.

Meine Damen und Herren, ich glaube, beim Planungswertausgleich müssen wir die Dinge ähnlich sehen. Das Problem des Ausgleichs von Planungsvorteilen wäre ungerecht und nicht vertretbar gelöst, wenn die Gemeinden die Kosten der Infrastruktur tragen und die Grundstückseigentümer die Nutznießer auf Kosten der Allgemeinheit wären. Da müßten wir sicher zu anderen Maßnahmen kommen.

Die vorgeschlagenen Regelungen hinsichtlich des Planungswertausgleichs sind meines Erachtens aber auch noch aus anderen Gründen, als sie in der Bundesvorlage genannt sind, nicht zu realisieren, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ein über die vorgenannten Maßnahmen hinausgehender Planungswertausgleich führt zwangsläufig zu höheren Grundstückspreisen und damit mit zu einer Verteuerung der Mieten, ähnlich wie im ersten Falle.

2. Hier ist auch schon gesagt worden, die exakte Erfassung eines Planungswertausgleichs ist nach Ansicht nahezu aller Fachleute faktisch unmöglich und mit einem gewaltigen Verwaltungsaufwand verbunden.

3. Die Frage der Überwälzung vom Verkäufer auf den Käufer ist kaum zu lösen und erfordert in jedem Falle den Einsatz harter dirigistischer Mittel.

4. Ein Planungswertausgleich schafft ebenfalls nicht automatisch mehr Bauboden. Ich glaube, darin werden Sie mit mir übereinstimmen. Ein Planungswertausgleich ist ungerecht, da er nur Vorteile abschöpfen will, die durch öffentliche Tätigkeit beim Grundbesitz entstehen. Wir sind uns aber doch darüber im klaren, daß auch in anderen Bereichen Planungsvorteile oder Vorteile der öffentlichen Hand entstehen, ohne daß derartige Gewinne abgeschöpft werden.

Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Anträge von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz annehmen, dann tun wir etwas, was im Sinne der CDU-Politik ist und gleichzeitig eine fortschrittliche Regelung beinhaltet.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Gerisch.

Meine Damen und Herren, ich habe immer noch 15 Wortmeldungen vorliegen und möchte Ihnen daher jetzt im Interesse der weiteren Abwicklung der Tagesordnung empfehlen, daß wir die Rednerliste schließen. Darf ich fragen, ob das Ihre Zustimmung findet. Ich darf um das Handzeichen bitten, wer dafür ist, die Rednerliste jetzt zu schließen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die klare Mehrheit.

Als nächster hat Herr Schmöle das Wort und anschließend Herr Kolb.

Hans Werner Schmöle: Meine lieben Parteifreunde! Weil hier einige klare Worte zur Lösung des Problems eines Planungswertausgleichs gebraucht worden sind, will ich von der anderen Seite auch ein paar klare Worte draufsetzen. Wer von uns kennt nicht die Fälle, in denen durch Höherzonung, Umzonung eines Baugebietes - nehmen wir an, von Bauerwartungsland zu Bauland - ein Preissprung vorgekommen ist. Das Bauerwartungsland war vorher 5 DM wert, es ist jetzt 30, 40, 50 DM wert, je nach der Lage des Gebietes. In diesen Bereichen will eine Gemeinde Grundstücke erwerben, weil sie aufgrund des aufgestellten Bebauungsplans dort bestimmte öffentliche Einrichtungen erstellen muß. Sie muß zur Durchführung ihrer Planung entsprechend den neuen Verkehrswert bezahlen. Sie muß ihre Planungsleistungen teurer bezahlen, als sie das zu einem früheren Zeitpunkt, als sie noch nicht geplant hatte, hätte tun müssen. Die Gewinne nimmt im Grunde derjenige für sich in Anspruch - und kann sie mit erheblichen steuerlichen Vorteilen in Anspruch nehmen -, der keinen einzigen Handschlag dafür getan hat, daß ihm diese Gewinne zugeschlagen worden sind. Darin, meine Damen und Herren, steckt die Frage, die wir heute entscheiden müssen.

Man kann die Bodenwertdiskussion und diese Bodenwertkonzeption nicht damit vom Tisch wischen, daß man sagt, im Grunde sei die Inflation schuld oder im Grunde könne man auch bei höheren Kosten nicht mehr Bauland ausweisen, das alles werde sich nur in einer Verteuerung auswirken, weil man das Problem nur mit einem Bündel von Maßnahmen lösen kann.

Auch die Frage des Planungswertausgleiches ist in diesem Bündel nur eine Maßnahme. Wenn man über das Papier des Bundesvorstandes spricht, muß man eben die verschiedensten Maßnahmen überlegen und diskutieren. Es ist eine unzulässige Zusammendrängung auf einen Punkt, wenn man plötzlich das gesamte Bündel von Maßnahmen nicht mehr sieht und sagt: Wenn man einen Planungswertausgleich einführt und damit etwas von den Grundstückseigentümern wegnimmt, wird alles nur noch teurer, das bedeutet, daß wir die Mieten noch höher werden lassen und daß das Eigentum für den einzelnen, der ein Grundstück erwerben oder ein Eigenheim errichten will, zwangsläufig teurer werden muß.

Meine Freunde, worum es geht, ist doch dies, nämlich die Tatsache, daß die Entwicklung der Grundstückspreise auf Grund verschiedener

Maßnahmen auch wegen der Inflation, auch wegen der mangelnden Ausweisung von Bauland, aber insbesondere deshalb, weil auch bei Ausweisung von Bauland die Investitionen, die die Gemeinden vorzunehmen haben, nicht wieder in die Kassen zurückfließen, aufwärts gerichtet ist, weil infolge der Maßnahmen eine Verknappung auf dem Baulandmarkt entsteht. Auf Grund dessen muß ein Bündel von Maßnahmen gefunden werden, um eine Änderung zu erreichen.

Ein letztes will ich zum Planungswertausgleich und zu der politischen Entscheidung sagen, vor der wir stehen. Wenn wir uns hier nicht dazu bekennen, daß wir Wertsprünge, die absolut unverdient und von dem einzelnen nicht bewirkt und durch keinerlei Einsatz von ihm eingetreten sind, für die Allgemeinheit abschöpfen wollen, sondern es vielmehr bei der alten Regelung belassen sollen, daß die Allgemeinheit im Grunde die Lasten trägt und nur wenige einzelne die Vorteile davon haben, meine ich, wäre das die falsche politische Entscheidung. Das mag zwar einigen weh tun, es trifft aber z.B. niemals die Bevölkerung in der Landwirtschaft, die man hier so oft als Entlastungszeugen nennt, es trifft vielmehr gerade die Baulöwen, die sich in Erwartung künftiger Gewinne rechtzeitig in den Besitz von Bauumland, von Bauerwartungsland gesetzt haben und damit Preispolitik machen können, wodurch gerade schon vorher Mieten in die Höhe getrieben werden, was wir einfach nicht haben wollen. Ich bitte Sie, das zu bedenken.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Kolb. Es folgt Frau Glaser.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen bei der Diskussion des Bodenrechts doch irgendwie auf dem Teppich bleiben, damit wir draußen noch verstanden werden. Zwei Situationen zeichnen sich ab: Die Gemeinden waren in der Vergangenheit nicht in der Lage, genügend Bauland bereitzustellen, um damit ein größeres Angebot zur Verfügung zu stellen und einen Preisdruck zu erzeugen. Wenn wir das erreichen wollen, kommen wir zum anderen in die Situation, daß sich die Gemeinden nicht stabilitätsgerecht verhalten, weil sie größere Aufwendungen für ihre Maßnahmen draußen machen werden.

Das bedeutet - das ist jetzt der Vorschlag von Baden-Württemberg -, daß wir, wenn wir das erreichen wollen, eine Infrastrukturabgabe für Aufwendungen brauchen, die die Gemeinden nachher treiben müssen, um eventuell neues Bauland zu erschließen. Wenn hier aber von Herrn Schmöle erklärt wird, es gebe leistungslose Gewinne, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir in einen Grenzbereich. Es gibt in diesem Staat sehr häufig leistungslose Gewinne. Ich erinnere nur an die Hochschulausbildung, wonach jemand auf Kosten des Staates eine sehr teure Ausbildung bekommt und auf Grund dessen später ein sehr hohes Einkommen erzielen kann. Das geht nicht an. Deswegen sage ich: Wir müssen dafür sorgen, daß in diesem Staat wieder einmal mehr Bauland zur Verfügung gestellt wird. Dann werden diejenigen, die Eigentum erwerben können, in der Lage sein, draußen solches Eigentum kostengünstig zu kaufen.

Ich bitte Sie deshalb, für den Antrag von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu stimmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Jetzt bitte Frau Glaser. Anschließend spricht Herr Daniels.

Gundula Glaser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß das ein schwieriges Thema ist, um das es hier geht. Man merkt es auch an der Konzentration im Plenum. Mir selber fällt es ebenfalls sehr schwer. Aber ich habe versucht, in das Thema hineinzukommen.

Mir scheint, man muß noch einmal versuchen, etwas ganz einfach und klar zu sagen. Der Wertzuwachs, den ein Grundstück erfährt, ergibt sich ja nicht daraus, daß die Gemeinden investieren, sondern dadurch, daß die Gemeinden ihre Planungsentscheidungen treffen. Was die Investitionen betrifft, so können wir ja später eine Regelung treffen, und das soll, wie ich gesehen habe, ja auch dadurch geregelt werden, daß die Beträge voll und nicht, wie es bis heute der Fall ist, nur zu 70 bis 90 % umgelegt werden. Eine Wertbesteuerung treibt die Preise in die Höhe. Das haben schon mehrere Vorredner festgestellt. Mir erscheint das so wichtig, daß man es nicht oft genug sagen kann.

Der zweite Nachteil ist, daß eine Wertzuwachsbesteuerung die Mobilität vermindert, statt sie zu erhöhen, was wir doch wollen;

(Beifall)

denn die Erhöhung der Mobilität ist eine Möglichkeit, den Bodenbaumarkt zu entlasten.

Mein Vorredner hat das Beispiel der Akademikersteuer gebracht. Sie haben zum Teil gelacht. Ich finde das nicht richtig; denn das ist ein Argument. Wenn Sie für die Wertzuwachsbesteuerung sind, müßten Sie um so mehr für die Akademikersteuer sein; denn da investiert der Staat wirklich.

Im übrigen bedenken Sie bitte eines: Dadurch, daß, wie der Landesverband Baden-Württemberg beantragt, eine kontinuierliche, also dauernde Anpassung des Einheitswerts eines Grundstücks ermöglicht werden soll, haben wir ja ein dauerndes, aber homöopathisches Anwachsen der Grundsteuer. Auf diesem Weg scheint mir die Erreichung des Ziels eher möglich zu sein als durch den Planungswertausgleich.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Landesverbands Baden-Württemberg zuzustimmen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Daniels. Anschließend kommt Herr Teufel.

Dr. Hans Daniels: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach meinem Eindruck ist eine Mehrheit der Delegierten mit Herrn Schmöle der Meinung, daß planungsbedingte Wertsteigerungen, die ja nicht das Verdienst des einzelnen sind, der Allgemeinheit zumindest zum überwiegenden Teil zugute kommen sollten.

Ich meine aber, daß der Antrag von Rheinland-Pfalz genau auch dieses Problem löst, und zwar in einer Weise, die eine Reihe von Problemen des Planungswertausgleichs nicht aufkommen läßt. In dem Antrag von Rheinland-Pfalz heißt es - damit geht er über den von Baden-Württemberg weit hinaus -: Bei der Grundsteuer ist der planungsbedingt steigende Bodenwert durch differenzierte Meßzahlen zu erfassen. Hier wird also der steigende Bodenwert erfaßt, aber nicht dadurch, daß er einmalig abgeschöpft wird, sondern dadurch, daß er laufend, und zwar wesentlich höher, als es heute bei der Grundsteuer der Fall ist, besteuert wird. Auch mit diesem Verfahren kann man das politische Ziel, planungsbedingte Wertsteigerungen zugunsten der Allgemeinheit abzuschöpfen, erhalten. Ich meine, wir sollten diesen Weg gehen.

Ein Delegierter hat hier eben vorgetragen, es handle sich dann wieder um eine Bodenwertzuwachssteuer durch die Hintertür. Er sieht da also durchaus, daß der Antrag von Rheinland-Pfalz das Problem der planungsbedingten Wertsteigerungen in den Griff bekommen will. Trotzdem hat er, glaube ich, unrecht, wenn er das für eine Bodenwertzuwachssteuer durch die Hintertür hält; denn es gibt zwei Unterschiede zur Bodenwertzuwachssteuer. Auch diese Steuer schöpft ja die Substanz des Bodenwertzuwachses ab und besteuert nicht nur laufend den Bodenwertzuwachs nach der Ertragsfähigkeit, wie es der Antrag von Rheinland-Pfalz vorsieht. Zum zweiten beschränkt sich die Bodenwertzuwachssteuer nicht auf planungsbedingte Wertsteigerungen, sondern ergreift alle Wertsteigerungen. Und hier stellt sich das sehr komplizierte Problem der Berechnung, das bei planungsbedingten Wertsteigerungen noch relativ einfach zu lösen ist.

Ich glaube deshalb, daß wir dem politischen Ziel, planungsbedingte Wertsteigerungen überwiegend der Allgemeinheit zuzuführen, mit dem Antrag von Rheinland-Pfalz entsprechen, und bitte deshalb, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Teufel, anschließend Herr Erpenbeck. - Ich darf an die Redner die Bitte richten, Wiederholungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Es ist ja jetzt schon eine Menge gesagt worden. Ich glaube, die Aufnahmebereitschaft würde sich wesentlich vergrößern, wenn man sich jetzt auf neue Gesichtspunkte beschränkt.

Erwin Teufel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel der Bodenrechtsvorlage ist, möglichst viele Bürger in den Besitz von Grund und Boden kommen zu lassen. Das Ziel ist: billigeres Bauland in der Hand möglichst vieler Bürger. Es fragt sich: Bringt uns der Planungswertausgleich diesem Ziel näher. Wir haben diese Frage eingehend untersucht und sind zu der Überzeugung gekommen: Er dient diesem Ziel nicht.

(Beifall)

Dafür gibt es folgende Gründe:

1. Der Planungswertausgleich wird mit der Bebauung fällig. Die eigentliche Wertsteigerung, Herr Schmöle, liegt sehr viel früher,

nämlich um Jahre vor dem Zeitpunkt der Bebauung. Wann tritt die eigentliche Wertsteigerung ein? Dann, wenn von einem landwirtschaftlichen Grundstück zum erstenmal bekannt wird, daß es in irgendeiner Weise überplant wird. Der Eigentümer, der zum Zeitpunkt des eigentlichen Wertsprunges das Grundstück hat, hat Jahre Zeit, diesen Wertzuwachs zu realisieren, weil vom Zeitpunkt des Wertsprunges bis zum Zeitpunkt der Bebauung, wie jeder Kommunalpolitiker weiß, eine Frist von wenigstens drei bis fünf Jahren liegt.

2. Der Planungswertausgleich trifft also den Falschen, den Letzten, den, der bauen will, oder indirekt den Mieter. Das halte ich für unsozial.

(Beifall)

Von vornherein bezahlt der Letzte zum Zeitpunkt der Bebauung den Planungswertausgleich. Und wenn es der gleiche ist, bei dem die Wertsteigerung eingetreten ist, und er verkauft erst danach, dann kann er den Planungswertausgleich weitergeben. Gerade in Verdichtungsgebieten, wo die hohen Baulandpreise sind, kann er ihn weitergeben, weil wir einen Verkäufermarkt haben.

Drittens. Es kann uns, meine Damen und Herren, nicht gleichgültig sein, wer letztlich den Planungswertausgleich bezahlt. Wir haben den Planungswertausgleich errechnet an Hand von amtlichen Grundstückswerten im Lande Baden-Württemberg. Wir sind auf Zahlen gekommen in Mittelstädten von mehreren 10 000 DM für ein 5 ar großes Grundstück. Wir sind im Bereich der Stadt Stuttgart und des Verdichtungsgebietes auf Planungswertausgleichsbeträge von weit über 100 000 DM für ein 5 ar großes Grundstück gekommen. Meine Damen und Herren, deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, die Frage zu beantworten: Wer zahlt letztlich den Planungswertausgleich, und diert er dem Ziel, billigeres Bauland in der Hand möglichst vieler Bürger zu haben? Ich meine: Im Gegenteil!

Viertens. Der Planungswertausgleich wird ungeheuerere Bewertungsprobleme aufwerfen, für die die Fachleute fehlen. Dieses Problem wird durch die Pauschalierung in der neuen Vorlage des Bundesvorstandes zwar gemildert, dafür erfaßt aber der neue Vorschlag alle Wertsteigerungen und nicht mehr nur die planungsbedingten Wertsteigerungen. Damit handelt es sich eigentlich um keinen Planungswertausgleich mehr, sondern wir kommen in bedenklich Nähe zu einer Bodenwertzuwachssteuer.

(Beifall)

Fünftens. Der Planungswertausgleich beschränkt sich nur auf Wertsteigerungen für Grundstücke, die in Baugebieten liegen, läßt aber alle Wertsteigerungen von Grundstücken außerhalb von Baugebieten oder in der unmittelbaren Nachbarschaft von Baugebieten völlig unberücksichtigt.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Darf ich bitten, zum Schluß zu kommen.

Erwin Teufel: Ich komme zum Schluß.

Sechstens. Der Planungswertausgleich kommt den Gemeinden in völlig unterschiedlicher Weise zugute. In Landgemeinden ist er so nied-

rig, daß er nicht einmal die Kosten für die Erschließungsaufwendungen deckt, während er in größeren Städten und in Verdichtungsräumen Zehntausende von Mark beträgt.

Ich darf zusammenfassen und sagen: Der Planungswertausgleich führt also nicht zu einer Verbilligung von Bauland, sondern zu einer Verteuerung von Bauland gerade in Verbindungsgebieten. All den Befürwortern des Planungswertausgleichs möchte ich sagen: Die Wunderwaffe zur Lösung der Bodenprobleme gibt es nicht, sondern es gibt nur als Lösung ein Bündel von Maßnahmen - nicht das Nichtstun, wie Herr Schmöle gesagt hat, alles beim alten lassen -, wie sie ganz präzise vorgeschlagen sind in den Anträgen von Baden-Württemberg und von Rheinland-Pfalz und die sich sachlich decken mit vieler anderen. Für deren Annahme und für die Ablehnung des Planungswertausgleiches in der Bundesvorstandsvorlage möchte ich plädieren.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Erpenbeck; anschließend Herr Erhard.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Staatssekretär Teufel sehr dankbar, daß er den Nebel des Fachchinesisch, das in der letzten Stunde in der Diskussion benutzt worden ist, so ein wenig aufgelichtet hat und Ihnen einige politische Bemerkungen nahelegte, die die Entscheidung - darauf kommt es an -, ob wir einen Planungswertausgleich in CDU-Vorschläge aufnehmen oder ob wir an dessen Stelle ein besseres Instrument einsetzen, sicherlich leichter machen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen - das ist deutlich geworden - eine aktualisierte Grundsteuer. Wir wollen dazu einen Vorteilsausgleich, der durch Planungen und Infrastrukturkosten für viele entsteht. Wir wollen aber nicht unterschiedslos eine Belastung der Bürger in sogenannten beplanten Gebieten und damit ein Ungleichgewicht herstellen bezüglich jener, die nicht in beplanten Gebieten wohnen.

Meine Damen und Herren, ich kann auf Einzelheiten verzichten, nachdem Herr Staatssekretär Teufel sie weitestgehend genannt hat. Aber lassen Sie mich noch auf einen besonderen Gesichtspunkt hinweisen. Ein allgemeiner Planungswertausgleich kann weder seiner Berechtigung noch seiner Höhe nach kontrolliert werden. Mir scheint, daß das eine ganz gefährliche Angelegenheit ist bei Berücksichtigung der tatsächlichen politischen Landschaft, in der wir stehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Zweites, das noch nicht gesagt worden ist: Ein allgemeiner Planungswertausgleich würde eine rein dirigistische Maßnahme darstellen, während wir uns in den Zielen zum sozialen Baubodenrecht zu marktwirtschaftlichen Lösungen bekannt haben. Wir würden mit der Einführung eines allgemeinen Planungswertausgleichs dieses unser soeben postulierte Ziel nicht nur in Gefahr bringen, sondern dem geradezu widersprechen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand ist bei uns im Saale, der Wert- und Nutzungssteigerungen, die realisiert sind bzw. vor der Realisierung stehen, nur einigen wenigen zufließen lassen wollte und diejenigen, die die Kosten dafür übernehmen, leer ausgehen lassen wollte. Wenn wir den von uns formulierten Zielen eines sozialen Bodenrechts entsprechen wollen, dann können wir das heute und hier am besten, indem wir in Kombination mit den schon genannten Anträgen den Antrag 1077 von Baden-Württemberg übernehmen, weil damit auch abgedeckt sind die Vorschläge des Landesverbandes Hessen, die Vorschläge des Bezirksverbandes Osnabrück/Emsland, die Vorschläge der Mittelstandvereinigung und noch einer ganzen Reihe anderer Antragsteller, z. B. sehr, sehr vieler Kreisverbände.

Wenn wir das Bedenken, meine Damen und Herren, dann glaube ich, wäre es richtig, jetzt zu einer Entscheidung zu kommen, den Planungswertausgleich abzulehnen und an die Stelle dessen eine Vorteilsregelung in Form eines Infrastrukturkostenbeitrages zu setzen. Ich bitte Sie herzlich, dem zu folgen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, darf ich die Redner, die jetzt noch folgen, bitten - das ist eine Anregung von einigen Parteifreunden -, die Antragsnummer, sofern sie sich auf eine bestimmte Nummer beziehen, mit zu nennen.

Das Wort hat Herr Erhard.

Benno Erhard: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben die Formulierung des Antrages des Landesverbandes Baden Württemberg gelesen. Wir haben auch die Änderungsvorschläge der Antragskommission zu Ziffer 10.1 vor uns liegen. Es werden hier die Grundsteuer, die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer in einem Atemzug genannt, als wären diese in etwa gleich.

Der Unterschied zwischen diesen drei genannten Steuern ist auf jeden Fall darin festzuhalten, daß die Grundsteuer und auch die Vermögensteuer jeweils nach aktualisierten Einheitswerten zu erheben sind. Das ist eine gleichmäßige Besteuerung für einen längeren Zeitraum, jeweils zum Stichtag.

Die Erbschaftsteuer, der ja die Schenkungsteuer gleichgeordnet ist und die hier fehlt, wird aber nicht als gleichmäßige Steuer von einem sich verändernden Wert erhoben, sondern ausschließlich von dem Wert, der im Zeitpunkt des Erbfall es und genauso im Zeitpunkt der Schenkung vorhanden ist.

Das ist eine Steuer, die nach dem Prinzip einer Fotoaufnahme von einem Wert erhoben wird. Diese Steuer wird nach unserem geltenden Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuerrecht immer auf der Grundlage des zuletzt festgestellten Einheitswertes berechnet. Wenn wir die Erbschaftssteuer in der Vorlage nicht streichen, kann das überhaupt nur bedeuten, daß diese Steuer auf den Erbfall oder auf den Schenkungsfall zu aktualisieren ist. Damit ist eine Vorausschau nicht möglich; man weiß nicht, welche Steuer zu erheben ist und welche Steuererklärung von dem Erbschaftssteuerpflichtigen abzugeben ist, weil dann auf den Sterbefall im voraus eine neue Bewertung vorgenommen werden muß. Ich bin der festen Überzeugung, daß weder die Antragskommission noch die Antragsteller aus dem Lande Baden-Württemberg das wollen.

Ich meine deshalb, man müßte die Erbschaftssteuer hier ersatzlos streichen. Sie folgt ohnehin der Aktualisierung. Sie soll aber nicht erneut auf den Zeitpunkt X, den niemand vorher kennt, aktualisiert werden. Ich meine, daß die Antragskommission von sich aus beantragen sollte, die Erbschaftssteuer hier zu streichen. Was mich angeht, so beantrage ich jedenfalls, das Wort "Erbschaftssteuer" ersatzlos zu streichen.

Im übrigen kann von mir aus alles so laufen, wie es hier steht.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte hier noch einmal alle die Anträge unterstützen, die den Planungswertausgleich, also die Planungswertabgabe beinhalten. Es handelt sich hier um einen Punkt, bei dem wir im Hinblick auf unser Gesamtkonzept glaubwürdig bleiben müssen. Es geht doch hier um die Fälle - der Kollege Schmöle hat schon darauf hingewiesen -, in denen aus Ackerland Bauland z.B. für Universitätsgebäude oder die Stadtplanung wird. Die Wertsteigerung beträgt dann vielfach 100 %. Diese Fälle sind nicht durch aktualisierte Grundsteuer und auch nicht durch Infrastrukturabgabe zu erfassen. Wir müssen sie mit dem Planungswertausgleich erfassen, wenn wir einigermaßen glaubwürdig bleiben wollen.

(Beifall)

Im Konzept des Bundesvorstandes und im Konzept der Antragskommission ist doch eindeutig vorgesehen, daß wir die Grundwertsteuer bzw. die Bodenwertzuwachssteuer ablehnen, weil dies eine dauernde Belastung des Eigentümers bedeutete. Eine solche Belastung können wir nicht bejahen, weil wir das Eigentum für viele Bürger attraktiv halten wollen. Meine Damen und Herren wir dürfen jetzt aber nicht noch einen Schritt weitergehen und uns überhaupt nur mit der Grundsteuer befassen. Wir dürfen nicht sagen: Die erlangten Gewinne versteuern wir nachher noch über die Einkommensteuer. Wir müssen vielmehr die Fälle erfassen, die bisher immer wieder zu Bodenspekulation geführt haben. Es geht hier um diejenigen, die auf diesem Gebiet im Großen arbeiten, d.h. es geht nicht um den kleinen Mann.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier deshalb noch einmal für das Konzept des Bundesvorstandes und das Konzept der Antragskommission werben. Darin sind die Grundsteuer mit aktualisierten Einheitswerten, der Planungswertausgleich für die Wertsprünge und die Versteuerung der realisierten Gewinne über die Einkommensteuer vorgesehen. Wenn wir dazu kämen, auch die Wertsprünge über die Grundsteuer erfassen zu wollen, ergäben sich möglicherweise Grundsteuerwerte, die wir der breiten Masse der Eigentümer doch gar nicht zumuten dürfen. Eigentum zu erhalten, wäre dann doch unattraktiv geworden.

Unter diesem Gesichtspunkt noch einmal ein deutliches Plädoyer für den Planungswertausgleich und die Planungswertabgabe, um die leistungslosen Sprünge im Wertzuwachs zu erfassen. Dies ist das einzige - wenn auch sicherlich noch mit manchen Unbekannten versehene - verfügbare Mittel, um diese Spekulationsgewinne zu erfassen. Ich plädiere für diese Lösung, weil die CDU gerade in dieser

Frage glaubwürdig bleiben muß und sich auch auf einer Linie mit ihrer Schwesterpartei, der CSU, bewegen sollte, die eben dies auf ihrem Parteitag beschlossen hat.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Nunmehr hat Herr Minister Gaddum das Wort.

J.W. Gaddum: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Waffenschmidt für das Beispiel, das er gerade angeführt hat, sehr dankbar. Für den berühmten Acker, der Bauland für Universitätsgebäude wird, brauchen wir den Planungswertausgleich als Instrument gerade nicht, da dieses Gelände normalerweise nicht von der Hochschule, sondern von dem Staat bebaut wird. Der Bauer verkauft dieses Gelände, und es entsteht ein Veräußerungsgewinn. Dieser wird versteuert. Dafür brauchen Sie nicht den Planungswertausgleich. Ich halte es für sehr wichtig zu sagen, daß wir selbstverständlich für die Versteuerung der realisierten Gewinne sind. Ich glaube, das gilt auch für Baden-Württemberg. Da wir für die Versteuerung der realisierten Gewinne sind: Erfassen Sie den Spekulanten an dieser Stelle! Er ist es ja, der kauft und wieder verkauft. Ihn erreichen Sie über die Versteuerung der realisierten Gewinne.

Lassen Sie mich noch etwas zu der Ermittlung sagen. Auch die Vorlage des Bundesvorstandes geht ja davon aus, daß der Planungswertausgleich auf dem Wege des Einheitswertvergleichs ermittelt werden soll. Es ist zwar für die Finanzverwaltung sehr schmeichelhaft, wenn man glaubt, sie könne das. Ich komme aus diesem Metier. Meine Damen und Herren, dies ist ein Ausweg, weil man selbst nicht weiß, wie man es machen soll. Ich kann Ihnen sagen: Die Finanzämter können dies auch nicht, und zwar aus folgendem Grund. Die Finanzämter erfassen die Werte, die zu den Einheitswerten führen, als die Summe der Verkehrswerte, die auf dem Markt sind. Wenn aber in diese Verkehrswerte der Planungswertausgleich schon einfließt, wird der Markt praktisch administrativ kaputtgemacht, und sie haben überhaupt keine Vergleichswerte. Das heißt dann: Sie erklären die Armut mit der pauvreté. Dies ist nach meinem Dafürhalten keine Antwort. Der Planungswertausgleich ist technisch das falsche Instrument. Ich wehre mich dagegen, daß Herr Schmöle die Frage darauf zuspitzt: Die einen sind die, die soziale Korrekturen wollen; die anderen sind die, die das nicht wollen. So stellt sich die Frage nicht. Die Frage lautet vielmehr, ob man das sachgerechte Instrument anwendet, ob man eine Uhr also mit dem Holzhammer repariert oder mit Sachverstand.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Prassler das Wort.

Dr. Helmut Prassler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht liegt doch ein Mißverständnis vor. Es wurde gesagt, die vorgeschlagene Grundsteuerlösung wäre ein nicht mehr vertretbares Minimalprogramm. Täuschen wir uns bitte alle nicht: Der heutige Zustand rührt letzten Endes daher, daß unbebauter Grund und Boden, sprich: Ackerland, das zu Bauland wird, über die Grundsteuer nicht ausreichend besteuert wird. In dem Moment, da eine rechtlich ein-

wandfreie, auf zeitnahe Bewertung - nach dem Umwidmungsbeschluß der Gemeinde - fußende Steuergrundlage gegeben ist, können wir davon ausgehen, daß ein anderes Verhalten im Hinblick auf Bauland und Bauerwartungsland eintreten wird, weil dieses Land dann nicht mehr ohne jede steuerliche Folge gehandhabt und behandelt werden kann. Dies ist das erste kardinale Argument, das für die Grundsteuerlösung spricht.

Ein Weiteres. Es wurde hier beklagt, daß eine Differenzierung der Grundsteuer in Richtung auf eine Bodenwertzuwachssteuer ginge und daß die Dauerbelastung gegen Eigentumsbildung oder Erhaltung des Eigentums spreche. Ich kann Ihnen mit außerordentlicher Ruhe und Gelassenheit sagen, daß ich dies nicht erwarte, und zwar deshalb, weil es im wesentlichen um den unbebauten Grund und Boden geht. In dem Moment, in dem ein Grundstück bebaut ist, muß nach dem Sachwertverfahren die getrennte Bewertung des Grundstückanteils und des Bauwertes des Gebäudes erfolgen. Von diesem Zeitpunkt an gibt es in aller Regel kaum mehr eine Wertsteigerung. Im Gegenteil, es ist sogar eher eine Wertminderung durch das zunehmende Alter des Gebäudes zu erwarten. Es geht hier in der Tat nur um den unbebauten Boden. Hier wollen wir mit der Aktualisierung die eine Seite des Problems lösen.

Es stellt sich nun die Frage der Ergänzung, die mit dem Planungswertausgleich oder der Infrastrukturabgabe zusammenhängt. Ich bitte Sie, hierzu Antrag A 1077 vorzunehmen. Der Vorschlag von Baden-Württemberg, wie er bisher unter Nr. 838 ausgedruckt ist, wird von uns zurückgezogen, weil er nicht in das System der Bundesvorstandsvorlage paßt; denn wir hatten ursprünglich ein Gesamtkonzept entwickelt, aus dem dieser Teil wie bei den anderen herausgeschnitten wurde. An Stelle des Antrages 838 legen wir Ihnen einen neuen Vorschlag vor, der von Baden-Württemberg hier einmütig vorgetragen werden kann, statt des Planungswertausgleiches die Ziffer 10.2. Infrastrukturkosten und Planungsvorteilsgleich zu nennen. Ich darf auf den Textteil verzichten und verweise auf den letzten Absatz: neben erhöhten und zeitnah bemessenen Grundsteuern und neben gemeindlichem Anteil an der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen - dies ist das zweite Anliegen - aus der Einkommensteuer den Gemeinden in Zukunft über ihre Zuweisung, die heute bei 14 % liegt, einen angemessenen Mehrzuweisungsanteil zukommen zu lassen und daneben die Erschließungsbeiträge auf Grund der Erfahrungen seit Bestehen des Bundesbaugesetzes zu verbessern, neue Erschließungstatbestände zeitgemäß zu erfassen - dies sind rechtlich einwandfreie Begriffe - und die dazu für das Baugebiet erforderlichen Infrastrukturaufwendungen (Grundausrüstung) angemessen zu berücksichtigen.

Mit diesem Vorschlag glauben wir den Bundesparteitag in keiner Weise zu überfordern, eine politische Zielsetzung vorzuschlagen, die durchaus beschlußfähig ist, ohne die Frage der zusätzlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten vorzeitig zu präjudizieren. Denn wir wissen, daß bisher alle an der Ausgestaltung dieser Frage gescheitert sind. Deshalb sollten wir über einen solchen politischen Beschluß nicht hinausgehen, aber alle Kräfte daransetzen, für die Durchsetzung unser Teil dazu beizutragen, insbesondere auf dem Weg über den Bundesrat bei den Einlassungen zur Novelle des Bundesbaugesetzes, wie sie von der sozialliberalen Koalition geplant ist. Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen: für den bisher vorgeschlagenen Planungswertausgleich, den ich auch nach den bisher

vorgetragenen Begründungen für die Ablehnung von mir aus in keiner Weise vorschlagen könnte, muß ich noch hinzufügen, daß selbst in der Bundesvorstandsvorlage dieser Planungswertausgleich in drei Richtungen aufgerechnet werden müßte, um nicht eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Wirkungen eintreten zu lassen, nämlich bei der Einkommensbesteuerung; bei der Veräußerungsgewinnbesteuerung soll er angerechnet werden, und er soll zweitens gegen die Erschließungskosten aufgerechnet werden, und er soll drittens bei den übrigen Tatbeständen aufgerechnet oder angerechnet werden. Mit diesem Hinweis auf die erklärte Undurchführbarkeit schon in der Vorstandsvorlage schlage wir Ihnen in 1077 ein nach meiner Meinung für die zukünftige Gesetzgebung und einen Parteitagsbeschluß praktikables Verfahren vor. Ich bitte deshalb, dem Antrag 1077 Ihre Stimme zu geben zur Ziffer 10.2. Ich bitte darüber hinaus, die Anträge 779 und 785 als Ergänzungsanträge in die Ziffer 10.1. einzubeziehen und dies einer Expertenkommission zur weiteren Ausgestaltung vorzubehalten.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, es sind noch acht Wortmeldungen, die ich vor mir liegen habe. Ich meine, daß ich in Ihrem Interesse handle, wenn ich nunmehr, da eine erhebliche Anzahl der folgenden Redner bereits einmal geredet hat, die Redezeit auf drei Minuten begrenze.

(Beifall)

- Schönen Dank.

Als nächster hat das Wort Herr Kulenkamff, dann Herr Dr. Lenz.

Herr Kulenkamff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Minuten ist ein hartes Wort. Ich bin der erste, für den das gilt.

Unser Vorschlag ist in dem Antrag A 840 abgedruckt. Ich bitte, daß Sie sich diesen Antrag einmal ansehen. Wir wollen nur den Planungsgewinn abschöpfen, der durch eine Änderung von Art und Maß der Nutzung eines Grundstückes entsteht, kein Inflations-scheingewinn und keine sonstige Wertänderung.

Über die Grundwertsteuer habe ich schon gesprochen. Die geht nicht.

Über die Grundsteuer, auch wenn sie aktualisiert wird, lachen die Spekulanten; die hat überhaupt keine Wirkung. Das sind Kleinigkeiten bei den großen Gewinnen, die hier drinstecken. Wenn wir die Spekulation und die Beeinflussung der Planer durch Grundstückseigentümer, insbesondere Baugesellschaften, beseitigen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als den Planungsgewinn abzuschöpfen. Darum unser Antrag.

Uns ist gesagt worden, dies sei sozialistisch. Meine Damen und Herren, das stimmt doch nicht. Im Gegenteil! Ich meine, es ist marktwirtschaftlich, und zwar aus einem ganz einfachen Grund:

Wenn ein Grundstück umgeplant wird, entstehen den Gemeinden erhebliche Planungsfolgekosten. Ich habe auf das Jahr 1970 für Bremer Verhältnisse ausgerechnet, wie hoch Planungsgewinn und Planungsfolgekosten sind, und zwar berechnet auf eine Satellitenstadt mit 50 000 Menschen. Beide sind identisch mit 240 Millionen Mark. Sie können davon ausgehen, daß der Planungsgewinn grundsätzlich etwa ebenso hoch ist wie die Planungsfolgekosten. Bei kleinen Gemeinden werden die Planungsfolgekosten höher sein als der Planungsgewinn.

Es ist nicht sozialistisch, etwas Derartiges abzuschöpfen. Diese Gewinne sind ja nicht dem anderen zugeflossen auf Grund irgendeiner Leistung, sondern sie sind genau das gleiche wie seinerzeit der Hypothekengewinn und der Kreditgewinn. Beide wurden hundertprozentig abgeschöpft. Warum soll man hier nicht das gleiche tun und Gewinne, die durch einen staatlichen Akt entstanden sind, wiederum dem Staat zuführen, in diesem Fall der Gemeinde?

Es ist die Frage Infrastrukturabgabe oder Planungsgewinnausgleich. Meine Damen und Herren, an sich ist beides das gleiche.

Rolf Bremer; Tagungspräsidium: Wollen Sie sich bitte kurz fassen.

Herr Kulenkamff: Der Planungsgewinn entsteht auf seiten des Eigentümers, die Infrastrukturkosten entstehen der Gemeinde. Ihre Höhe ist im Prinzip in etwa gleich. Sie können aber dann die Infrastrukturabgabe doch nur danach berechnen, was dem einzelnen an Gewinn zufließt.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Beifall)

Herr Kulenkamff: Ich darf noch einen oder zwei Sätze sagen. Bei der Infrastrukturabgabe würde, wenn es über den Gewinn hinausgeht, jemand mehr bezahlen müssen, als er gewonnen hat, und im anderen Fall würde er weniger abgeben. Das wäre ungerecht. Sie können es nur am Planungsgewinn messen.

Ich bitte Sie, sich wegen der Einzelheiten den Antrag 840 anzusehen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Sie wollen bitte zum Schluß kommen.

Herr Kulenkamff: In dem Antrag 840 ist geschrieben, warum und wie es gemacht werden soll. Ich meine, man müßte es konkret vortragen; denn ich habe hier an den Verhandlungen gesehen, daß keine einheitliche Meinung darüber besteht, was gemacht werden soll.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Sie wollen jetzt bitte zum Schluß kommen.

Meine Damen und Herren, ich wäre dankbar, wenn in Zukunft die Redezeit besser eingehalten würde.

Die nächste Wortmeldung ist für Herrn Dr. Lenz, dann kommt Herr Dr. Burghardt.

Dr. Carl-Otto Lenz: Meine Damen und Herren, mein Vorredner hat für den Planungswertausgleich gesprochen. Ich spreche dagegen.

(Beifall)

Wir haben Erschließungsbeiträge; das ist die erste Stufe. Wir haben den Infrastrukturbeitrag; das wäre die zweite Stufe, und wir sollen den Planungswertausgleich bekommen; das ist die dritte Stufe. Ich meine, wir sollten es zunächst einmal bei der zweiten Stufe belassen.

Ich meine, wir brauchten auf diesem Sektor nicht unbedingt die SPD links zu überholen oder mit ihr gleichzuziehen. Herr Vogel, der Minister für Wohnungswesen und Städtebau, hat neulich gesagt - ich zitiere wörtlich -: "Neuerdings haben sogar die Oppositionsparteien alle wesentlichen Punkte des Entwurfs in ihre Bodenrechtsbeschlüsse übernommen." Er ist der Auffassung, daß dieser Vorgang uns daran hindert, der SPD weiterhin vorzuwerfen, sie wolle die Sozialisierung und Kommunalisierung des Eigentums.

Meine Damen und Herren, wir sollten dem Antrag Baden-Württembergs zustimmen und den Planungswertausgleich ablehnen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Burggraf. Dann folgt Herr Janning.

Dr. Hans Burggraf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Initiativantrag 1080 und zum Antrag A 841 von Hessen. Ich darf Sie bitten, sich den Initiativantrag 1080 einmal vorzunehmen. Darin wird beantragt, statt des Planungswertausgleichs einen Infrastrukturbeitrag einzuführen. Weiterhin wird beantragt, zunächst über diese grundsätzliche Frage abzustimmen, d.h. über die Frage Planungswertausgleich, ja oder nein. Wenn, was ich nach der bisherigen Debatte erwarte, der Planungswertausgleich abgelehnt wird, kann entschieden werden, welcher Antrag dann folgt, d.h. dann wird irgend eine Form des Infrastrukturbeitrags angenommen werden müssen.

Der Planungswertausgleich, wie er in Ziffer 10.2. formuliert worden ist, entspricht leider - Herr Lenz hat es soeben schon ausgeführt - ziemlich genau den Vorstellungen, die vor uns schon die SPD konzipiert hatte. Auch den Begriff "Planungswertausgleich" hat die SPD vor uns verwendet. Nun könnte es natürlich sein, daß die SPD hier ausnahmsweise einmal eine sehr gute Idee gehabt hätte, so daß wir uns danach drängen müßten, sie zu übernehmen. Allerdings ist dem nicht so. Wie aus der Formulierung "für die betreffenden Grundstückseigentümer wertneutral sind" hervorgeht, ist beim Planungswertausgleich genauso wie bei der SPD im Prinzip eine hundertprozentige Abschöpfung der Wertsteigerung vorgesehen, so daß letztlich jede Initiative erlahmen muß.

Besonders bedenklich ist die Tatsache, daß von der Abschöpfung Inflationsscheingewinne erfaßt werden, daß der Planungswertaus-

gleich, wie in der Vorlage steht, durch Vergleich der Einheitswerte ermittelt werden soll. Das halte ich für besonders bedenklich.

Politisch bedenklich ist ein solcher Planungswertausgleich entsprechend den SPD-Vorschlägen auch, wenn man bedenkt, daß beinahe 40 % der Arbeitnehmer schon Haus- und Grundbesitzer sind, die bei Wahlen eher zu uns als zur SPD neigen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Dr. Burggraf. Wollen Sie bitte zum Schluß kommen.

Dr. Hans Burggraf: Im Gegensatz zu manchen anderen Rednern spreche ich zu einem Antrag. Das bitte ich zu bedenken, Herr Präsident.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Wir haben das so beschlossen, Herr Dr. Burggraf.

Dr. Hans Burggraf: Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren, und darf Sie bitten - hierzu stelle ich den Geschäftsordnungsantrag -, zunächst über die Frage bei Ziffer 10.2.: Planungswertausgleich, ja oder nein, abzustimmen und den Planungswertausgleich abzulehnen. Ich kann ebenso wie Herr Lenz sagen, daß der hessische Antrag 841 ganz im Sinne des baden-württembergischen Antrags ist, so daß wir keine Bedenken hätten, diesem Antrag zu folgen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu diesem Geschäftsordnungsantrag wäre zu sagen: Das Präsidium hat ohnehin vor, zunächst über Ziffer 10.2 - Planungswertausgleich - und erst dann über Ziffer 10.1. abstimmen zu lassen. Dieser Vorschlag wird Ihnen nachher gemacht werden.

Herr Janning, bitte! Dann folgt Herr Kloetsch.

Heinz Janning: Meine Damen und Herren, darf ich jetzt um Rücksichtnahme bitten; sonst kann ich mich nicht verständlich machen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ich bitte um Ruhe für Herrn Janning.

Heinz Janning: Zunächst ein Wort zur Klarstellung und zum Stand des Streitiges, damit endlich einmal wieder klar wird, worüber überhaupt diskutiert wird.

Erstens. Über die Bodenwertzuwachssteuer wird nicht mehr diskutiert; also alle Argumente dagegen sind jetzt überflüssig.

Zweitens. Es steht ein Antrag im Raum, nämlich der von Rheinland-Pfalz, der, wenn ich ihn richtig verstanden habe, alles über die aktualisierte Grundsteuer machen will. Ich kann nur sagen: Das ist fachlich ein einsamer Vorschlag. Das ist nicht möglich. Ich kann das aber jetzt nicht mehr begründen. Ernsthaft zu streiten, lohnt sich in der Tat nur noch über die Frage: aktualisierte

Grundsteuer generell plus speziellen Dispens in Bebauungsgebieten, eventuell auch noch im Außenbereich, sowie über die Frage: Infrastrukturkostenbeitrag oder Planungswertausgleich. Das sind die einzig relevanten Streitfragen, die hier noch im Raume stehen, und darauf sollten wir die Diskussion reduzieren.

Gegen den Planungswertausgleich sind hier etliche Argumente angeführt worden. Ich halte alle Argumente, soweit sie die Überwältzbarkeit, die Marktwirtschaft usw. betreffen, einfach nicht für stichhaltig, bis auf eines, und das ist die Frage der Praktikabilität, insbesondere die Bewertungsfrage. Hier - das muß man einräumen - liegt der Dreh- und Angelpunkt. Nur wer die letzten Entwicklungen, die die Bewertungsfachleute ermittelt haben, verfolgt hat, sieht, daß es, wenn auch noch nicht unbedingt in dieser Legislaturperiode, aber später, möglich sein dürfte, Qualitätsstufen zu entwickeln. Dann hätte man alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, von denen soeben Minister Gaddum sprach. Das heißt also, das Praktikabilitätsargument, das das schwerwiegendste ist, wird wahrscheinlich oder mit Sicherheit in Zukunft nicht mehr ziehen. Das zur Klarstellung.

Zur sachlichen Seite kann ich leider nichts mehr sagen. Zur politischen Gewichtung möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir in einer so komplexen Diskussion nicht weiterkommen, wenn einfach gesagt wird: Wir laufen hinter der SPD her. Ich darf Sie auf folgende Fakten hinweisen. Herr Kulenkamff sagte mir z.B. vorhin: 1963 ist der Planungswertausgleich von der CDU in Bremen vorgeschlagen worden; die SPD hat ihn später übernommen. Die CDU/CSU-Fraktion hat dem Städtebauförderungsgesetz zugestimmt. Auch dort ist die Wertlösung und nicht die Beitragslösung verankert; das muß einmal klar gesagt werden. Von daher gesehen verstehe ich nicht, daß Sie sogar der CSU vorwerfen, sie laufe hinter der SPD her; denn die CSU spricht sich ebenfalls für den Planungswertausgleich aus. Insofern verstehe ich diese Argumentation einfach nicht.

(Vereinzelter Beifall)

Noch ein Letztes. Gegen die Infrastrukturabgabe ist leider noch nichts gesagt worden. Diese Lösung ist auf den ersten Blick faszinierend einfach und gerecht, weil gesagt wird: Wir legen nur die entstandenen Kosten um.

Zur Frage der Gerechtigkeit: Was wird mit den Wertsteigerungen, die über die Kosten hinausgehen? Lesen Sie einmal die Gutachten von Bonczek, Gassner usw.! Ich darf an Sie appellieren, mir jetzt genau zuzuhören. Ich garantiere Ihnen, daß der Infrastrukturkostenbeitrag, soweit er Folgeeinrichtungen einbezieht, rechtlich nicht haltbar ist. Ich kann das leider aus Zeitmangel nicht mehr begründen. Denken Sie an die Probleme, die aus dem Einzugsbereich entstehen.

Ich ziehe folgendes Fazit. Ich möchte, wenn die Verwirrung jetzt total ist, dafür plädieren: Stimmen Sie einfach der Ziffer 10.1. und anschließend der Ziffer 10.2. der Kommissionsvorlage zu! Bei der Ziffer 10.2. können wir uns nachher über die Einzelheiten unterhalten. Alles andere würde - das ist mehrfach gesagt worden - auch meiner Meinung nach die Glaubwürdigkeit der CDU beeinträchtigen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kloetsch. Anschließend folgt Herr Dr. Czaja.

Harald Kloetsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den Rheinland-Pfälzern folgt, sind wir auf dem besten Wege, das Kernstück dieser Bodenrechtsreform aufzugeben. Dann brauchen wir uns in die öffentliche Diskussion eigentlich nicht mehr einzuschalten.

(Vereinzelter Beifall und Zischen)

Man muß doch einmal politisch sehen, daß der Bundesvorstand das eigentliche Schwergewicht seiner Reformpolitik im Bodenrecht erblickt hat und dies entsprechend formuliert hat. Ich glaube, wir wären gut beraten, hier dem Bundesvorstand zu folgen.

(Vereinzelter Beifall)

Überlegen wir uns doch einmal, was der rheinland-pfälzische Vorschlag bedeutet! Da hat jemand ein zweigeschossiges Wohnhaus, und durch eine Planung der Stadt wird es ihm ermöglicht, ein fünfgeschossiges Geschäftshaus an der Stelle zu errichten. Der Betreffende wird in Zukunft also mit der Grundsteuer für Geschäftsraumflächen - hier ist die Bemessungsgrundlage höher als bei dem anderen - für ein fünfgeschossiges Haus belastet, das er zur Zeit selbst gar nicht bauen kann und will.

Aber er muß Steuer dafür zahlen. So etwas nennt man Besteuerung nicht realisierter Gewinne.

Was kann dieser Mann jetzt tun? Er kann das Haus abreißen. Dann haben wir die Restwertproblematik. Jeder Steuerfachmann kann Ihnen sofort sagen, was das heißt. Damit ist diese Möglichkeit unpraktikabel.

Wenn er das Haus tatsächlich abreißt und ein neues baut, läuft er Gefahr, daß ihm diese Geschäftsfläche überhaupt nicht zur Verfügung stehen wird, weil das Gebiet Büromieten letztlich nicht mehr hergibt. Seine Planung kann im marktwirtschaftlichen System nicht wirtschaftlich sein, und er ist wieder der Verkaufte.

Oder er läßt alles beim Alten. Er zahlt die erhöhte Steuer, die nicht der Nutzung entspricht. Damit wird entweder, wenn jemand die Miete zahlen kann, diese Miete erhöht, oder er gibt auf langem Wege das Haus ab - ein bewährtes Verfahren, wie es die DDR einmal praktiziert hat. Das ist nichts anderes als eine Form der Bodenwertzuwachssteuer. Dann nennen wir es doch auch so!

Wenn hier zum Planungswertausgleich immer gesagt wird, er sei ungerecht, muß man doch folgendes festhalten. Planungswertausgleich begünstigt den, der veredelt. Das ist ein marktwirtschaftliches Prinzip. Die Gemeinden schaffen den Bauboden; also müssen sie auch einen Teil davon bekommen. Es ist ihre Investitionsmaßnahme, und das sollte man marktwirtschaftlich nicht bestreiten.

Die entscheidende Frage ist: Wie kann der Planungswertausgleich, der ja, wenigstens in einem gewissen Rahmen, leistungslose Gewinne abschöpfen soll - das ist die eigentliche Kernaussage dieser politischen Vorlage -, marktmäßig so berücksichtigt werden, daß es nicht zu Lasten des Endverbrauchers geht?

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Harald Kloetsch: Ich bin sofort fertig. - Hier bitte ich den Vorschlag in Antrag A 887 auf Seite 199 zu beachten. Hier ist ein Verfahren vorgeschlagen, das diese Marktsituation berücksichtigt.

Alle anderen Formen - Infrastrukturkostenbeitrag oder andere Formen der Grundsteuer - belasten den Letztabnehmer und damit den Mieter. Damit blieben wir beim alten System, daß immer den Letzten die Hunde beißen.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Herbert Czaja: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht zur Grundsteuer, sondern lediglich zum Planungswertausgleich sprechen. Der Herr Generalsekretär hat heute gesagt: Wir müssen wieder den Mut haben, auch in der Politik deutsch zu sprechen; wer unklar spricht, hat nichts zu sagen oder etwas zu verheimlichen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, unter diesem Gesichtspunkt die Anträge 1077 von Baden-Württemberg und 837 der Antragskommission durchzulesen. Sie werden sehen, daß der Antrag der Antragskommission von Fremdwörtern wimmelt und von unklaren Aussagen, und zwar deshalb, weil er eben, wie Herr Gaddum ausgeführt hat, in der Sache mit seinen Bestimmungen über Wertneutralitäten und Höherzonen nicht durchsetzbar und nicht durchführbar ist.

Aber ich möchte ein weiteres Argument für Antrag 1077 nennen. Meine Damen und Herren, ich bin sehr für eine Beseitigung der Privilegien bei den Steuern und für gerechte Besteuerung sowohl in der Grundsteuer mit einer zeitnahen Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit als auch bei der Versteuerung von Veräußerungsgewinnen. Aber geben Sie sich keiner Täuschung hin: Schon das wird in erheblichem Maße auf Mieter und Eigenheimer überwältzt werden.

(Teilweise Beifall)

Wenn man aber zusätzliche Sondersteuern schafft, dann sollen mir die, die das vertreten, einmal sagen, wieviel der Quadratmeter Bodenfläche und das Eigenheim, das auf diesem Boden gebaut werden soll, kosten werden bzw. wie hoch die Miete sein wird.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, weil wir das nicht wollen, weil wir kein uferloses Ansteigen der Mieten in den neuen Baugebieten wollen, weil wir keine uferlose Verhinderung der Eigentumbildung durch Wohnungsbau wollen, müssen wir Sondersteuern wie den Planungswertausgleich, der auch gar nicht durchführbar ist, ablehnen.

(Teilweise Beifall)

Geben Sie deshalb Ihre Zustimmung dem klaren Antrag A 1077 von Baden-Württemberg. Es handelt sich da - das ist bei dem klaren Text völlig ersichtlich - nicht um eine volle Deckung der Infrastrukturkosten. Nur das, was für den Mieter und im Hinblick auf

die Eigentumsbildung tragbar ist, steht zur Debatte; es geht um einen Beitrag unter Berücksichtigung der Folgekosten, aber nicht um die volle Deckung der Folgekosten.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ihre Redezeit, Herr Dr. Czaja, ist leider abgelaufen.

Dr. Herbert Czaja: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie also, Antrag 837 abzulehnen und dem klaren Antrag 1077 Ihre Stimme zu geben.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Wir kommen in etwa 5 Minuten zur Abstimmung. Ich bitte Sie, das den draußen Weilenden zu übermitteln. Als nächster Herr Orgaß!

Gerhard Orgaß: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Trotz des Engagements meines Vorredners bitte ich Sie, nicht ihm zu folgen, sondern der Vorlage des Bundesvorstands den Vorzug zu geben. Diese Bundesvorstandsvorlage geht auf eine sehr lange Beratung der Bodenrechtskommission zurück, in der wir sehr eingehend die Instrumentarien im Für und Wider untersucht haben. Wenn hier gesagt worden ist, der Planungswertausgleich könne gar nicht richtig funktionieren, dann möchte ich einmal fragen, wie denn der Infrastrukturbeitrag funktionieren soll.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt niemanden in Wissenschaft und Politik, der bisher erklärt hat, in welcher Form ein Infrastrukturbeitrag zugerechnet werden soll.

(Teilweise Beifall - Zurufe: Schleswig-Holstein!)

Und wenn man das noch im Zusammenhang mit der Absicht sagt, die differenzierten Steuermeßzahlen zu aktualisieren, dann muß man natürlich auch wissen, wie und wo das enden kann. Das kann einerseits sehr unkontrolliert dahin führen, daß es in weiten Bereichen für den kleinen Mann konfiskatorisch wird. Oder wenn man sagt, das könne man nicht wollen, nimmt man andererseits die Zahlen so niedrig an, daß das Ganze zur Farce wird. Und dann möchte ich wissen, wie wir noch bestehen sollen. Wir stehen doch in einer Konfrontation nicht in der Frage, ob Planungswertausgleich oder Detailregelung; wir stehen doch den Sozialdemokraten mit einer ganz anderen Alternative gegenüber. Es geht darum, ob wir das freie Eigentum an Grund und Boden in dieser unserer Gesellschaft noch halten können. Dann aber können wir nicht solche Lösungen vorschlagen, die letztlich auf ein "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" hinauslaufen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Herr Orgaß, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gerhard Orgaß: Und wenn wir feststellen müssen, daß dies nicht greift, dann werden diejenigen, die andere Lösungen wollen, nämlich Sozialisierung und Kommunalisierung, das möglicherweise eines Tages mit dem Stimmzettel erreichen.

Deswegen bitte ich Sie, sehr konsequent der Vorstandsvorlage Ihre Zustimmung zu geben.

Hans Werner Schmoele: Meine lieben Freunde, es steht die Frage "Infrastrukturkostenbeitrag oder Planungswertausgleich" zur Debatte. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Infrastrukturkostenbeitrag gerade für Grundstückseigentümer in ländlichen Gebieten erheblich teurer sein wird als der Planungswertausgleich. Der Infrastrukturkostenbeitrag soll Aufwendungen oder die Überwälzung von Aufwendungen umfassen, etwa bei Schulen, Krankenhäusern, Badeanstalten und bei vielem anderen mehr. Da bestehen ganz erhebliche rechtliche Bedenken. Etwa: Für welches Gebiet soll denn wer etwas bezahlen? Wenn einer in einem Gebiet etwas bezahlt, zahlt er für einen anderen mit, der dadurch vielleicht Vorteile mit in Anspruch nimmt, während er bei den Kosten nicht herangezogen werden soll.

Ich kann das nicht weiter ausführen, weil wir an die Zeit gebunden sind.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß sich diejenigen das Problem, glaube ich, noch nicht richtig überlegt haben, die hier das Argument bringen, der Infrastrukturkostenbeitrag sei - gerade in ländlichen Bereichen - finanziell günstiger und werde daher die einkommensschwachen Schichten nicht so treffen.

Der Planungswertausgleich ist von uns gerade deshalb überlegt worden, weil er in Ballungsgebieten ungemein große Wertsprünge abschöpfen soll. In ländlichen Gebieten sind die Wertsprünge eben nicht so hoch, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß. Insofern werden dadurch in ländlichen Gebieten auch die einzelnen nicht zu so hohen Kosten veranlagt. Gerade aus diesen Gerechtigkeitsabwägungen heraus meinen wir, daß der Planungswertausgleich dem Infrastrukturkostenbeitrag vorzuziehen ist.

Ein letztes Argument. Es wird hier von den Befürwortern einer aktualisierten differenzierten Grundsteuer gesagt, daß beim Planungswertausgleich gerade die Bewertungsproblematik die meisten Fragen aufwerfe. Ich möchte darauf hinweisen, daß dies auch noch bei einer aktualisierten differenzierten Grundsteuer ein Problem ist, denn jeder Finanzamtsvorsteher wird Ihnen sagen, daß er überhaupt noch nicht übersehen kann, wie er etwa alle drei Jahre neue Einheitswerte für alle Grundstücke festlegen soll. Man sollte also sehen, daß sich in diesem Bereich die Probleme zumindest insofern ähneln.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zu einer abschließenden Stellungnahme der Antragskommission hat jetzt Professor Zeitel das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Antragskommission: Meine Damen und Herren, es ist nicht ganz einfach, aus den wohlbegründeten Anträgen für die verschiedenen Verfahren ein einigermaßen objektives Resümee zu ziehen, das ich Ihnen, wie ich glaube, schuldig bin.

Lassen Sie mich zunächst sagen, daß etwa das Resümee, wir liefern der SPD nach, falsch wäre, denn es hat in dieser Debatte keinen Beitrag gegeben, und es gibt in unserer Vorlage keinen einzigen Vorschlag, der die Bodenwertzuwachssteuer oder eine Grundwertsteuer fordert. Wir haben in diesem Raume Einmütigkeit in dieser einen uns von der SPD differenzierenden Frage. Lassen Sie mich das vorwegschicken.

(Beifall)

Wir sollten in Bezug auf die anderen Fragen vielleicht noch einmal deutlich machen, welche Alternativen zur Debatte stehen. Ich möchte zunächst zur Verfahrenstechnik sprechen. Wir müssen bei der Verflochtenheit der Themen zunächst prinzipiell über die Annahme oder Ablehnung des Planungswertausgleichs abstimmen.

Das ist die weitestgehende Frage. Wir können sonst nicht über die Grundsteuer und über den Infrastrukturbeitrag abstimmen. Wird der Planungswertausgleich beschlossen, entfällt der Infrastrukturbeitrag, weil wir keine doppelte Belastung wollen. Wird der Planungswertausgleich abgelehnt, steht der Antrag zur Einführung einer Infrastrukturabgabe in Verbindung mit einer Aktualisierung der Grundsteuer. So viel zur Verfahrensweise. Zunächst also der Planungswertausgleich und dann die beiden anderen Komplexe.

Eine letzte Bemerkung zur Sachproblematik. Hier ist meines Erachtens eine der Kernfragen - hier muß man auch deutlich sehen, daß sie bei beiden nicht gelöst ist - die der Bemessungsweise des Planungswertausgleichs und der Infrastrukturausgaben. Für beide gilt, daß ihre Handhabung schwierig ist und keine wirklich befriedigende Lösungen auf dem Tisch liegen; ich füge hinzu, für den Planungswertausgleich wie auch für die Infrastrukturabgabe oder den erweiterten Erschließungsbeitrag. Alles andere wäre eine Irreführung.

Ebenso gilt für beide, daß mit der Möglichkeit der Überwälzung gerechnet werden muß und preislich etwas anderes herauskommt, als die Befürworter beider Institutionen wollen. Auch hier differieren beide Formen der Abgaben nicht voneinander.

Es bleibt also zunächst die Abwägung zwischen Infrastruktur und Planungswertausgleich im Hinblick auf die Breitenwirkung. Es muß deutlich gesehen werden, daß ein Infrastrukturbeitrag auch dort zum Zuge kommt, wo keine Planungsgewinne anfallen, namentlich in kleinen ländlichen Gemeinden, was bei der Planungswertausgleichsabgabe nicht der Fall ist. Das spricht im Zweifel für eine Planungswertabgabe.

Der letzte und, wie mir scheint, für Ihre Entscheidung wichtigste Punkt ist der: die aktualisierte Grundsteuer plus Infrastrukturabgabe greift politisch nicht in den Fällen besonders herausragender planungsbedingter Wertabgaben, daran führt kein Weg vorbei. Hier müssen Sie politisch springen oder nicht springen. Die Vorlage des Bundesvorstandes empfiehlt Ihnen den Sprung. Der Antrag Baden-Württemberg bleibt bei der bisherigen Grundkonzeption.

Ich bitte Sie, der Bundesvorlage hinsichtlich des Planungswertausgleichs zuzustimmen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Professor Zeitel.

Meine Damen und Herren, wir kommen zunächst zu der verfahrensrechtlichen Entscheidung, ob wir 10.2 vor 10.1, d.h. Planungswertausgleich vor der Grundsteuer zur Abstimmung bringen. Wer dafür ist, daß zunächst Ziffer 10.2 - Planungswertausgleich - abgestimmt wird, den bitte ich, seine Karte zu heben. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen. Wir stimmen dann also über Ziffer 10.2 ab, und zwar entsprechend der Empfehlung der Antragskommission. Herr Professor Zeitel hat herausgestellt, wir haben dabei zwischen Planungswertausgleich auf der einen Seite - so wird Ihnen hier empfohlen - und praktisch Infrastrukturbeitrag auf der anderen Seite zu entscheiden.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Antragskommission: Darf ich zur Klarstellung sagen, wir haben über die Bewertungsfragen noch nicht diskutiert. Ich würde es als unfair ansehen, wenn wir dem einen oder dem anderen, der zur Bewertungsfrage, wie sie der Vorstand vorschlägt, das Wort wünscht, das Wort abschneiden. Ich bitte daher, nur über das Prinzip der Planungswertausgleichsabgabe abzustimmen. Ich bitte um Ihr Verständnis, wir müssen für einige Delegierte, die sich viel mit dieser Frage beschäftigt haben, dann noch einmal zur Bewertungsproblematik das Wort freigeben. Ich glaube, wir würden sonst nicht fair diskutieren. Ich bin überrascht, welche Faszination eine so trockene Materie wie das Bodenrecht doch hat.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben also zunächst über die Frage nach dem Planungswertausgleich zu entscheiden, und zwar ganz allgemein. Das ist die Vorlage des Bundesvorstandes und die Empfehlung der Antragskommission auf der einen Seite. Auf der anderen Seite steht der Vorschlag eines Infrastrukturbeitrags.

(Widerspruch)

- Nur Planungswertausgleich, ja oder nein, also.

Ich bitte diejenigen, die sich für den Planungswertausgleich aussprechen, um ihr Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte!
- Danke schön. Das Präsidium ist sich nicht darüber im klaren, wo die Mehrheit war. Wir müssen leider auszählen. Ich bitte, dafür die Abstimmungskarte o2 zu benutzen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, den Saal nicht zu verlassen. Wir werden gleich mit Ziffer 10.3 fortfahren.

Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 10.3 auf: Einkommensteuer.
- Das Wort hat Herr Dr. Prassler, anschließend Herr Kloetsch.

Dr. Helmut Prassler: Meine Damen und Herren! In Ziffer 3 ist im Rahmen der weiteren Steuervorlage die Anrechnung des Planungswert-

ausgleichs vorgesehen. Für den Fall, daß er bei der durchzuführen- den Abstimmung beschlossen werden sollte, ist dieses Verfahren sicherlich richtig und notwendig. Für den Fall der Ablehnung haben wir als Alternative die Streichung des Satzes zu beantragen: Bei der Steuerleistung - gemeint ist die Veräußerungsgewinnbesteuerung - ist ein bereits erbrachter Planungswertausgleich anzurechnen. Dieser Satz müßte logischerweise gestrichen werden.

(Anhaltende Unruhe, verursacht durch die Einsammlung der Abstimmungskarten)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Ich wäre sehr dankbar, wenn im Saale mehr Ruhe herrscht. Ich habe den Eindruck, daß das Gesagte kaum aufgenommen werden kann, weil es zur Zeit so unruhig ist. Ich würde Sie bitten, sich ruhiger zu verhalten.

Dr. Helmut Prassler: Ich darf wiederholen: Für den Fall der Ablehnung des Planungswertausgleichs ist unser Ergänzungsantrag auf Streichung der Anrechnung des Planungswertausgleichs vorgesehen. Er ist logischerweise im Zusammenhang mit dieser Entscheidung zu sehen.

Darüber hinaus schlagen wir eine Ergänzung der Bundesvorstandsvorlage dahin vor, daß soziale Härten durch Freibeträge bei der Veräußerungsgewinnbesteuerung zu vermeiden sind und eine Billigkeitsregelung zur Alterssicherung vorzusehen ist. Dies erscheint uns als eine notwendige Ergänzung für die sozialen Wechselfälle, vor allem der älteren Mitbürger.

Ich bitte insofern, diesem Ergänzungsantrag nachher zuzustimmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kloetsch das Wort. Zum Verfahren darf ich sagen: Es ist wohl erkannt worden, Herr Dr. Prassler, daß dieser Zusammenhang besteht. Ich wollte nur die Diskussion schon gern einleiten.

Harald Kloetsch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie zunächst bitten, die Seite 211 des Antragsbandes aufzuschlagen, damit wir uns sehr schnell verständigen können, worüber wir reden. Es handelt sich um den Antrag A 941. Dabei ist nur eines streitig, nämlich in welcher Weise der realisierte Gewinn von der Einkommensteuer erfaßt werden soll.

Die Bundesvorstandsvorlage einerseits sieht vor, die bisherige Spekulationsfrist des § 23 EStG von zwei auf zehn Jahre auszudehnen, während der Vorschlag, der Ihnen hier als Antrag A 941 vorliegt - der übrigens gleichlautend ist mit zwei weiteren Anträgen von Kreisverbänden -, dahin geht, an dieser Stelle eine Regelung entsprechend § 34 EStG zu treffen, nämlich generell den halben Steuersatz zu nehmen.

Warum? Nun, wenn Sie die Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre ausdehnen, verhindern Sie im Prinzip die zu gewinnende Bodenmobilität, weil nämlich der Grundstückseigentümer geneigt ist, diese zehn Jahre abzuwarten, um dann steuerfrei den Veräußerungsgewinn zu machen. Das ist möglicherweise noch nicht so schlimm; denn schließlich hat er zehn Jahre lang nicht die Möglichkeit

der Verwertung. Aber wenn Sie dieses Instrumentarium des Steuerrechts - den Zeitraum von zehn Jahren - einmal mit der Notwendigkeit vergleichen, vom Baugebot einer Gemeinde Gebrauch zu machen, dann kommen Sie schon in große Schwierigkeiten. Der Unglückliche, den das Baugebot nach neun Jahren trifft, muß seinen realisierten Gewinn in irgendeiner Form versteuern. Derjenige aber, den es nach zehn Jahren und einem Monat trifft, also nur ein Jahr später, geht steuerfrei von dannen. Das ist nicht mit dem sonstigen planungsrechtlichen Instrumentarium abgestimmt.

Von daher darf ich Sie bitten, diese Frist zu streichen.

Warum aber schlagen wir hier vor, den halben Steuersatz zu nehmen? Nun, der Vorschlag hinsichtlich der zehn Jahre geht unbestreitbar davon aus, daß man mit dieser Steuer irgendwann degressiv werden muß. Denn diese Steuer wird von Werten erhoben, die nicht echte Wertsteigerungen, sondern teilweise natürlich auch Inflationsgewinne, also nur Scheingewinne sind. Um diese Härte zu vermeiden, geht die Bundesvorstandsvorlage davon aus, daß die Frist auf zehn Jahre ausgedehnt wird und danach Steuerfreiheit besteht.

Das System, das wir vorschlagen, ist die Übernahme des geltenden Steuerrechts für langfristige Vermögenswerte. Das betrifft §§ 17 und 34 des Einkommensteuergesetzes. Da wird von vornherein von dem halben Steuersatz ausgegangen, und dadurch werden die Scheingewinne steuerlich von vornherein entsprechend berücksichtigt. Dieses Instrument ist flexibler, es ist praktikabel, es entspricht dem geltenden Steuerrecht und gibt keine Zensuren, die ungerechtfertigt sind, wenn andere planungsrechtliche Instrumentarien eingreifen müssen.

In diesem Zusammenhang weise ich noch auf ein letztes hin. Ich muß den Baden-Württembergern in ihrem Antrag zustimmen, die Anrechnung zu streichen. Auch in dem Antrag des Bundesverbandes der Jungen Union steht das genau drin. Das ist die steuerrechtliche und steuersystematische Konsequenz des Planungswertausgleichs. Aber das Ergebnis der betreffenden Abstimmung haben wir ja noch nicht. Nur für diesen Fall - das sei gesagt - ist das wirklich konsequent.

Ich darf Sie daher bitten, dem Antrag, der inhaltlich die generelle Streichung der Spekulationsfrist, dafür aber die Einführung des halben Steuersatzes bedeutet, zuzustimmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Kulenkamff, danach Herr Dr. Becker. Ich darf auf die Redezeitbegrenzung hinweisen, die wir bitte einhalten wollen.

Herr Kulenkamff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bundes-KPV und der Landesverband Bremen haben beantragt, an den Antrag des Bundesvorstandes einen Satz anzuhängen, und zwar diesen: Durch die Inflation bedingte Gewinne bleiben außer Ansatz. Das ist der Antrag A 942 der KPV. Bremen hat einen gleichlautenden Antrag eingebracht. Wir bitten dem zuzustimmen. Wir möchten nicht, daß inflationsbedingte Scheingewinne zur Versteuerung Veranlassung geben.

Man stelle sich folgende beiden Fälle vor. Ein Bundesbeamter wird von einer Stadt in eine andere versetzt. Er verkauft sein Haus und

will ein gleichwertiges in einer anderen Stadt wiederkaufen. Den Planungsgewinn, den er nach acht Jahren bei den heutigen Steigerungen etwa auf 100 % des ursprünglichen Wertes ansetzen muß, also 50 % des Verkaufserlöses, müßte er versteuern. Mit anderen Worten: Er müßte das neue Haus teilweise wieder mit neuen Beleihungen kaufen.

Der andere Fall ist der Notverkauf. Da würde dieselbe unglückliche Situation entstehen, daß jemand, der aus Not verkaufen muß, dafür auch noch Einkommensteuer zu zahlen hat, obwohl sein Haus nicht wertvoller, sondern nur teurer geworden ist, nämlich durch die Inflation; es ist scheinbarer geworden.

Schließlich denke ich an den nicht sehr seltenen Fall der Verrentung eines Hauses von alten Leuten, die ihr Haus auf Rentenbasis verkaufen. Hier müßte ein Teil des Verkaufspreises als Einkommensteuer abgeführt werden. Die Rente würde unnütz gekürzt.

Es entspricht überhaupt nicht unseren Interessen, inflationsbedingte Scheingewinne einer Besteuerung zu unterwerfen.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag A 942 zuzustimmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Becker, anschließend Herr Minister Gaddum.

Dr. Curt Becker: Meine Damen und Herren! In dem Bericht der Antragskommission ist sonderbarerweise gesagt, daß der Antrag A 891 von Baden-Württemberg dann als erledigt anzusehen sei, wenn Antrag A 890 des Bundesvorstandes angenommen würde. Hier ist der Antragskommission ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Der Antrag von Baden-Württemberg hat die soziale Komponente, die der Antrag der Antragskommission nicht hat.

Ich halte es für sehr sonderbar, daß man Anträge einfach als erledigt bezeichnet, die einen erweiterten Inhalt haben, vor allem solche Anträge, die soziale Momente enthalten, während sich die Antragskommission anscheinend in der Eile über die sozialen Momente keine Vorstellungen gemacht hat.

(Beifall)

Ich komme in der Beziehung noch zu einem Antrag von Mönchengladbach - Sie sehen, ich habe immer einen Antrag zur Verfügung -, in dem ebenfalls vorgeschlagen wird, die soziale Komponente bei der Grundsteuer zu berücksichtigen. Das ist der Antrag A 923.

Ich bitte also, den Antrag A 923, den die Antragskommission ablehnen wollte, mit in die Abstimmung einzubeziehen, weil er in der Richtung des württembergischen Antrages liegt.

Ich möchte zum Ganzen noch kurz sagen: Die Verlängerung der Spekulationsfrist ist in der Bundestagsfraktion und auch mit den CDU-Länderfinanzministern schon am Tegernsee abgestimmt worden. Hier zielen also die Länder und die Bundestagsfraktion in dieselbe Richtung, so daß wir dann hinterher auch eine breite Basis im Bundestag und Bundesrat bezüglich der Gesetzgebung in dieser Richtung haben.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, inzwischen liegt das Ergebnis der Abstimmung vor. Ich unterbreche die derzeitige Beratung der Ziffer 10.4 zur Bekanntgabe des Ergebnisses. Abgegebene Stimmen 542. Mit Ja haben gestimmt 240, mit Nein 269. Enthalten haben sich 7. Ungültig sind 26.

(Beifall)

Damit ist der Vorschlag eines Planungswertausgleichs abgelehnt.

Wir kommen jetzt in Fortsetzung der unterbrochenen Beratung zum Antrag A 1077. Dieser Antrag ist Ihnen nachträglich zugeleitet worden.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Meine Damen und Herren! Wir haben damit den Planungswertausgleich abgelehnt. Damit stehen zur Abstimmung die aktualisierte Grundsteuer und der Infrastrukturbeitrag, die miteinander verbunden sind. Wir müßten jetzt den Antrag A 1077 Baden-Württembergs beraten, der einen erweiterten Erschließungsbeitrag vorsieht. Bei dem Abstimmungsergebnis zu 1 empfiehlt die Antragskommission, den Antrag anzunehmen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium ist der Meinung, daß dieser Antrag bereits ausreichend diskutiert und vor allen Dingen auch begründet worden ist, so daß nach Auffassung des Präsidiums darüber sofort abgestimmt werden kann.

Zur Abstimmung steht also der Antrag A 1077.

Herr Minister Gaddum!

J.W. Gaddum: Ich bin einverstanden, Herr Vorsitzender. Ich möchte nur darauf Wert legen, daß anschließend auch noch über den Antrag A 785 abgestimmt wird. Die beiden Anträge müssen im Ergebnis kombiniert werden, wenn sie angenommen werden.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Danke schön. Das ist beabsichtigt. Ich stelle also den Antrag A 1077 zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden dann über den Antrag A 1080, der ebenfalls nachträglich verteilt worden ist, abstimmen.

Dazu hat als Mitglied der Antragskommission Herr Professor Zeitel das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Der Antrag A 1080 sieht durch den letzten Absatz eine Ergänzung des Antrages A 1077 vor. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Der Antrag A 1080 steht zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu Ziffer 10.1. Meine Damen und Herren, zunächst stehen zur Abstimmung die Anträge 779 und 785. Das sind Anträge, die Ihnen bereits in der Zusammenstellung der Anträge bekanntgegeben worden sind.

Dazu hat das Wort Professor Zeitel.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Wenn ich recht sehe, konkurrieren beide Anträge. Mir scheint, daß das Anliegen, um das es geht, am besten formuliert ist in dem Antrag A 785 von Rheinland-Pfalz, der keine entsprechende Präzisierung vornimmt, sondern uns in der Ausgestaltung einen Spielraum läßt.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 785 anzunehmen und damit den anderen Antrag als erledigt zu betrachten.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich stelle den Antrag A 785 auf Seite 166 der Zusammenstellung der Anträge zur Abstimmung. Das ist der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz. Wer für diesen Antrag ist, der gebe sein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Ziffer 10.1 insgesamt mit der Ergänzung des Antrages A 785, wie wir ihn soeben beschlossen haben. Wer für die von den Vorstand vorgeschlagene Ziffer 10.1 mit der Ergänzung des Antrages A 785 ist, gebe sein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so angenommen.

Wir setzen dann unsere Beratungen zu Ziffer 10.3 fort. Wir hatten bereits einige Wortmeldungen erledigt.

Als weiterer Redner hat das Wort Herr Minister Gaddum.

J.W. Gaddum: Meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Antrag des Landes Rheinland-Pfalz vor, der ebenfalls darauf zielt, hier die Spekulationsfrist vollständig wegfällen zu lassen. Es ist richtig, was Herr Dr. Becker vorhin gesagt hat, daß wir in bisherigen Gesprächen davon ausgegangen sind, daß wir mit einer Verlängerung dieser Spekulationsfrist auf zehn Jahre zurechtkämen. Aber gerade auch unter Berücksichtigung der soeben getroffenen Entscheidung, daß wir nämlich den Planungswertausgleich nicht wollen, verrete ich jetzt nachträglich diesen Antrag von Rheinland-Pfalz, der ja schon einmal begründet worden ist, die Spekulationsfrist voll wegfällen zu lassen.

Das hat zudem den Vorteil, daß jedes Wegfallen einer Frist zugleich den Wegfall eines Motivs zum Zurückhalten beinhaltet. Denn jede Frist verführt dazu, Boden zurückzuhalten, bis diese Frist verstrichen ist. Deshalb plädieren wir nachdrücklich für einen Wegfall dieser Veräußerungsfrist.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Lechner.

Kurt Lechner: Meine Damen und Herren! Die Frage der Spekulationsfrist ist durch den Beschluß, den wir vorher bezüglich des Planungswertausgleichs gefaßt haben, unerwartet besonders aktuell geworden. Die Frage der Frist steht ja zwischen zwei Problemen: Einerseits der Abschöpfung realisierter Gewinne, die ja erwünscht ist, und andererseits der Verbesserung der Mobilität auf dem Baumarkt bzw. der Vermeidung von Mobilitätshemmungen.

Nun habe ich den Eindruck, daß mit der Zehnjahresfrist zwischen beiden Kriterien ein Kompromiß geschlossen werden soll und man deshalb auf die zehn Jahre verfallen ist. Tatsächlich wird aber nichts von dem einen und auch nichts von dem anderen erreicht, sondern keines von alledem. Eine Zehnjahresfrist würde es mit sich bringen, daß jeder, der die Versteuerung eines realisierten Gewinnes zu befürchten hat, die Frist verstreichen läßt. Dies wäre nicht gegeben - das sagte eben schon Minister Gaddum -, wenn keine Frist vorhanden ist. Mit anderen Worten heißt das: entweder eine kurze Frist oder gar keine Frist. Wenn keine Frist besteht, besteht auch kein Anlaß, ein Grundstück, das man eigentlich verkaufen will, nicht zu verkaufen, nur weil man den Ablauf einer Frist abwarten will. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß auch bei betrieblich genutzten Grundstücken im Falle einer Veräußerung oder einer Entnahme aus dem Betrieb ein Veräußerungsgewinn anfällt und zu versteuern ist - ebenfalls ohne Frist. Hier wurde des weiteren gesagt, daß derjenige, der ein Grundstück mit Eigenheim veräußern will, weil er woanders ein Eigenheim erwerben wolle, dies nicht tun werde oder könne, weil er Steuern zu zahlen habe. Dieses Argument scheint auf den ersten Augenblick zu stimmen. Ich weise jedoch darauf hin, daß für Ersatzbeschaffungen - das steht auch im Antrag - natürlich keine Steuer anfällt. Aus diesem Grunde möchte ich mich - gerade auch unter dem Eindruck des Ergebnisses der Abstimmung über den Planungswertausgleich - für eine Streichung der Zehnjahresfrist aussprechen.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Ich bitte um Ihr Einverständnis, die Rednerliste jetzt zu schließen.

(Beifall)

Jetzt hat Herr Dr. Burggraf das Wort.

Dr. Hans Burggraf: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche zum Problem der Spekulationsfrist. Ich hielte es für außerordentlich bedenklich, wenn wir die Spekulationsfrist völlig wegfallen ließen.

Wir hatten sowohl im Kreisverband Frankfurt als auch im Landesverband Hessen sogar beantragt, statt der Zehnjahresfrist eine Achtjahresfrist vorzusehen. Wir könnten sagen: Mit der Zehnjahresfrist können wir uns abfinden. Damit sind unsere Anträge im großen und ganzen gedeckt. Wenn man die Spekulationsfrist nun aber völlig wegfallen läßt, so führt das im Verlaufe der Jahre zu dem Ergebnis, daß der Inflationsgewinn, also ein Scheinzuwachs immer mehr versteuert wird und damit in Wirklichkeit eine Konfiskation eintritt. Von der Besteuerung eines tatsächlichen Wertzuwachses kann dann also keine Rede mehr sein. Meine Damen und Herren, bedenken Sie doch, daß die Geldentwertungsrate in diesem Jahr 8 % beträgt. Auch solche Raten müßten mit versteuert werden. Dieses Problem tritt natürlich auch schon bei der Zehnjahresfrist auf. Bedenken Sie aber einmal, was im Laufe von 30, 40 Jahren passiert. Sie versteuern dann praktisch nur noch den Inflationsgewinn. Das ist äußerst bedenklich und wahrscheinlich auch grundgesetzwidrig. Deshalb bitte ich Sie, dem Vorschlag des Bundesvorstandes - Zehnjahresfrist - zu folgen.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Dr. Becker das Wort.

Dr. Becker: Ich stimme meinem Vorredner und insofern auch dem Vorschlag des Bundesvorstandes zu. Herr Minister Gaddum, ich verstehe nicht ganz, warum Sie jetzt plötzlich unsere Vereinbarungen, die lange Monate gehalten haben, und auch die Vereinbarungen zwischen den Länderfinanzministern und den Spezialisten der Fraktion vom Tisch wischen. Ich weiß nicht, was das bedeuten soll. An sich hatten wir uns ja zuerst zu einer Spekulationsfrist von acht Jahren und später dann zu einer Spekulationsfrist von zehn Jahren durchgerungen. Wir wollen ja den alten, nicht spekulativen Besitz schützen. Wenn wir die Zehnjahresfrist wegfallen lassen, wird dieser Altbesitz - der Spekulant kann schließlich nicht länger als zehn Jahre warten; zehn Jahre sind eine sehr lange Zeit für Spekulanten - nicht geschützt. Ich glaube, daß wir es hier auch mit einem verfassungsrechtlichen Problem zu tun bekämen.

Ich bitte darum, dem Vorschlag des Bundesvorstands zu folgen. Ich bin für die Annahme des Antrags A 891, der die Zehnjahresfrist vorsieht und dazu noch die soziale Regelung einschließt. Diese soziale Regelung befürworte ich.

(Beifall)

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Abschließend hat der Sprecher der Antragskommission das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Meine Damen und Herren! Bezüglich einer Verschärfung der Erfassung realisierter Spekulationsgewinne im Rahmen der Einkommensteuer gibt es keine Differenzen. Differenzen gibt es hinsichtlich der Frist. Auf der einen Seite liegen Anträge vor, eine Zweijahresfrist oder gar keine Frist vorzusehen. Anderer-

seits liegen Anträge mit weit längeren Fristen vor. Sie haben nun zu entscheiden, ob Sie gar keine Frist wünschen oder aber nach der Vorlage des Bundesvorstands, die nach unserem Dafürhalten den Sachverhalt am besten trifft, eine Zehnjahresfrist wünschen. Ich plädiere für eine Ablehnung des rheinland-pfälzischen Vorschlages. Ich halte es nicht für gut, wenn über 30, 40 oder 50 unter den Bedingungen der Wertverhältnisse, wie sie sich heute ergeben, ein Spekulationsgewinn unbegrenzt erfaßt würde.

(Beifall)

Das wäre ein Rechnen mit Äpfeln und Birnen. Bei allem Willen zu einer Verschärfung der Erfassung der Spekulationsgewinne: Dies geht zu weit, auch aus steuertechnischen Gründen. Ich bitte Sie deshalb dringend, dem Vorschlag des Bundesvorstands eine Zehnjahresfrist vorzusehen, zuzustimmen. Wie gesagt, wir sprechen uns gegen eine gänzliche Aufhebung der Frist aus.

Die Fragen, die bezüglich der Inflationsbesteuerung angeschnitten worden sind, reichen weit in unser gesamtes Steuersystem hinein. Ich würde es auch hier bei der Vorlage des Bundesvorstands belassen. Wenn der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz angenommen würde, müßten zweifellos noch Sonderregelungen getroffen werden. Ich bitte Sie nochmals, Ziffer 10.3. mit der Zehnjahresfrist zuzustimmen. In Abs. 3 muß allerdings der Satz betreffend die Anrechnung des Planungswertausgleiches gestrichen werden, weil wir diesen Planungswertausgleich abgelehnt haben. Mit dieser Maßgabe bitte ich um Zustimmung zu Ziffer 10.3.

Rolf Bremer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir stimmen dann über Ziffer 10.3. ab, und zwar mit der Maßgabe, daß im dritten Absatz folgender Satz gestrichen wird:

Bei der Steuerleistung ist ein bereits erbrachter Planungswertausgleich anzurechnen.

Dieser Satz fällt auf Grund der vorher gefaßten Beschlüsse weg. Wer Ziffer 10.3. mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 10.4. auf. Es geht hier nur um einen einzigen Satz:

Die bestehende Grunderwerbsteuer hat sich als mobilitätshemmend erwiesen und ist zu beseitigen.

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen ab. Wer zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Herr Müller (Remscheid) wird jetzt die Leitung der Verhandlungen übernehmen.

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zur Geschäftslage. Wir haben von den über 1000 Anträgen zum Bodenrecht etwa ein Drittel erledigt, und

zwar in dreieinhalb Stunden. Wir haben also noch zwei Drittel der Anträge zu erledigen. Ich habe aber die Hoffnung, daß die noch zu behandelnden Anträge nicht allzuviel Sprengstoff enthalten, so daß wir schneller vorankommen als bisher.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, schlagen Sie jetzt bitte Seite 44 des Antragsbandes auf. Die Empfehlung der Antragskommission zu dem jetzt zu behandelnden Kapitel finden Sie auf Seite 5.

Ich rufe jetzt also Ziffer 5 auf. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer zustimmt, wird um das Kartenzeichen gebeten. Gegenprobe! Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 6 auf. Dazu gehören die Anträge A 150 bis A 183 und A 252. Auf Seite 6 des Bandes mit den Empfehlungen der Antragskommission finden Sie eine Neuformulierung der Ziffer 6. - Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen über den Formulierungsvorschlag der Antragskommission zu Ziffer 6 ab.

Wer der Empfehlung zustimmt, gebe das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf Rahmenbedingungen, und zwar zunächst den Antrag 184. Das ist der Antrag Hannover-Land. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. - Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission auf Ablehnung dieses Antrages. Wer der Empfehlung zustimmt, gebe das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Dann kommt die Ziffer 7. Dazu gehören die Anträge A 185 bis A 201. Ich habe dazu keine Wortmeldungen. Die Empfehlung der Antragskommission haben Sie vorliegen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, gebe das Kartenzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Dann kommt die Ziffer 7.1. Dazu gehören die Anträge A 202 bis A 225. Hier liegt eine Wortmeldung zum Antrag A 208 von Herrn Daniels, Landesverband Rheinland, vor. Bitte sehr, Herr Daniels.

Dr. Hans Daniels: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission ist der Auffassung, daß sich mit der Vorlage des Bundesvorstandes der Antrag Nr. 208 des Kreisverbandes Bonn erledigt habe. In der Vorlage des Bundesvorstandes ist aber zu dem Kernproblem der Bodenpolitik, nämlich zu dem Mangel an erschlossenem Bauland und dem damit verbundenen hohen Preisniveau, weil das Angebot an Bauland nicht der Nachfrage gerecht wird, nichts Wesentliches gesagt.

Hierzu macht der Kreisverband Bonn in seinem Antrag 208 Vorschläge, die nach meiner Auffassung der Vorlage des Bundesvorstandes nicht widersprechen, sondern sie in den entscheidenden Punkten ergänzen. Wir glauben, daß die marktwirtschaftliche Lösung des Problems, der großen Knappheit eines Gutes zu begegnen,

in der Mehrproduktion dieses Gutes, wenn ich es einmal so technisch ausdrücken darf, am ehesten gefunden werden kann und daß deshalb die zusätzliche Erschließung von Bauland eines der Kernprobleme einer Stabilisierung des Bodenpreisniveaus ist. Wir bitten Sie deshalb sehr herzlich, diesem Antrag des Kreisverbandes Bonn zusätzlich Ihre Stimme zu geben.

(Beifall)

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Darf ich die Antragskommission bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Dr. Burkhard Ritz: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission bleibt bei ihrem Vorschlag, diesen Antrag von Bonn abzulehnen, weil wir in der Tat der Meinung sind, daß die wesentlichen Elemente auch dieses Antrages eingearbeitet worden sind. Wir standen hier vor dem gleichen Problem, daß wir bei der langen Fassung in vielen Anträgen ein Papier erstellt hätten, das einfach nicht mehr überschaubar wäre und auch nicht mehr eine durchgehende Linie gehabt hätte.

Aus diesem Grunde würde ich jetzt bitten, doch dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die gesamte Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 7.1 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, gebe das Kartenzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich darf sehr herzlich bitten, die Gespräche aus dem Saal nach draußen zu verlegen; man kann sonst hier, insbesondere bei Abstimmungen, die Verhältnisse sehr schlecht übersehen.

Eine weitere Bitte des Präsidiums: Ich bitte Sie, die rote Karte sichtbar zu zeigen und die Stimmzettel hinter der roten Karte nach Möglichkeit abzureißen, weil ich sonst nicht sehen kann, ob ein Delegierter abstimmt oder jemand die weiße Karte hochhebt.

Ich rufe die Ziffer 7.2 auf. Dazu gehören die Anträge A 126 bis 251 und A 253 bis A 263. Dazu kommt ein Antrag A 1074, der verteilt worden ist. Hier liegt zunächst eine Wortmeldung von Rheinland-Pfalz vor. Herr Lechner, bitte! Danach folgt Herr Dr. Prassler.

Kurt Lechner: Meine Damen und Herren, ich bin zwar vom Landesverband Rheinland-Pfalz, möchte aber Ihre Aufmerksamkeit auf einen Antrag der Jungen Union lenken, auf den Antrag Nr. 261, und zwar nicht wegen einer querulatorischen Kleinigkeit, um hier ein Gesetzgebungsverfahren zu vervollständigen, sondern mit dem Ziel, einen politischen Beschluß dieses Parteitages darüber herbeizuführen, ob den Gemeinden und Kommunen die Planung zur Pflicht gemacht werden kann oder nicht.

In dem kleinen Heft mit den Empfehlungen der Antragskommission steht, der Antrag 261 habe sich erledigt. Das ist teilweise richtig, aber nicht in dieser zentralen und wichtigen Frage, ob die Gemeinden die übergemeindliche Entwicklungsplanung blockieren und vereiteln können, indem sie eben ganz einfach keine Bauplätze ausweisen, indem sie einfach nicht planen. Wir meinen, daß zu einer wirksamen übergemeindlichen und raumordnerischen Planung auch gehört, den Gemeinden die Planung zur Pflicht machen zu können. Ich weiß sehr wohl, daß die kommunale Selbstverwaltung - und dazu gehört auch die Planungshoheit der Gemeinden - ein Eckpfeiler unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist, weil eben auch die kommunale Selbstverwaltung ein Teil von Machtverteilung und Machtkontrolle im föderativen System ist. Deswegen wollen wir auch nicht etwa die Übernahme der Planung durch überörtliche Behörden oder Träger, sondern wir wollen lediglich, daß den Gemeinden die Planung zur Pflicht gemacht werden kann. Ich glaube, daß aus der Sicht der kommunalen Selbstverwaltung und der Planungshoheit der Gemeinden, die prinzipiell beibehalten werden soll - auch das steht ja drin - dagegen nichts eingewandt werden kann. Meine Bitte deshalb für das Verfahren, daß hier der politische Beschluß gefaßt wird, daß wir den Gemeinden die Planung zur Pflicht machen können. Ich glaube, daß man sich dann über die Formulierung verständigen kann, weil ja der Antrag von der Antragskommission teilweise übernommen worden ist.

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Zu Antrag 261 Herr Heinrich Sturke, bitte sehr!

Heinrich Sturke: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich klar gegen den Antrag der Jungen Union Nr. 261 aussprechen. Ich glaube, daß Sie, wenn Sie den Gemeinden die Planung zur Pflicht machen, sehr große strukturelle Probleme der Gemeinde noch nicht erfaßt haben. Es kann durchaus die Notwendigkeit einer Ansiedlung von weiterem Wohnraum vorhanden sein, aber die Gemeinde ist finanziell und in ihren öffentlichen Einrichtungen gar nicht in der Lage, diese Planung durchzuführen. Das ist mir zu allgemein. Ich ersehe aus dem Antrag der Jungen Union zwar den guten Willen, aber es scheint mir unmöglich, den Antrag in dieser Form anzunehmen. Wir leben hier am Stadtrand von Hamburg mit den Problemen, wie sie vielleicht genauso woanders eintreten können, wenn der Antrag der Jungen Union angenommen wird. Mir scheint, so geht das nicht. Dann würde zwar das Bedürfnis klar nachgewiesen werden können, aber damit sind die finanziellen Maßnahmen, die wir als Folgekosten am Rande einer Großstadt kaum noch tragen können, nicht abgedeckt. Dazu gehören begleitende Maßnahmen, die hier nicht angesprochen worden sind. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 7.2 liegen nicht vor. Ich darf die Antragskommission bitten.

Dr. Paula Riedel: Die Antragskommission ist der Meinung, daß der Antrag 1074 von Rheinland-Pfalz mit in die Vorlage eingebaut werden soll. Es würde dann lauten: durch ein wirksames Bundesraumordnungsprogramm, das von Bund und Ländern gemeinsam zu erstellen ist, einschließlich organisatorischer Vorkehrungen usw.

Hinsichtlich des Antrages 261 schließt sich die Antragskommission dem Vorredner an.

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können jetzt über die Empfehlung der Antragskommission mit der Ergänzung abstimmen lassen, die die Antragskommission vorgetragen hat, also in einer Umformulierung des Antrages 1074.

Mir scheint, daß, wenn wir der Antragskommission folgen, damit auch der Antrag der Jungen Union erledigt ist.

Wer der Empfehlung der Antragskommission, wie vorgetragen worden ist, folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr! Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich habe jetzt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung.

(Zuruf)

- Zum Antrag 208? - Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich zwar zur Geschäftsordnung, aber nicht mehr zum Antrag 208 das Wort erteilen kann, denn darüber ist bereits abgestimmt worden.

Herr Buchkremer, Rheinland!

Hermann Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Kommission hat diesen Antrag nicht richtig behandelt. Wir haben ihn als einen Änderungsantrag betrachtet und hatten erwartet, daß darüber vorher getrennt abgestimmt würde. Ich frage: Sind wir hier richtig vorgegangen?

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Herr Buchkremer, wir hatten uns darauf verständigt, daß wir zunächst über die Vorschläge der Antragskommission abstimmen. Dieses Verfahren habe ich durchgeführt. Dem Vorschlag der Antragskommission ist mit großer Mehrheit gefolgt worden. Damit ist der Antrag 208 erledigt.

Ich rufe jetzt die Ziffer 7.3. auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Prassler vor.

Dr. Helmut Prassler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Innerhalb des Abschnitts 7.3 - Finanzsystem - in der verbesserten und erweiterten Fassung der Kommissionsvorlage ist ein Teil der baden-württembergischen Parteitagbeschlüsse, nämlich: "Zusätzliche Aufgaben aus der Entwicklungsplanung sind im Finanzausgleich Bund/Länder-Gemeinden zu berücksichtigen", als "verbesserte Finanzausstattung der Gemeinden" aufgenommen worden. Dagegen sind die beiden weiteren Vorschläge Baden-Württembergs, die im Antragspaket die Nr. 982 haben, nicht hier, sondern im Rahmen der Ziffer 13 behandelt und zur Ablehnung empfohlen worden. Systemgemäß gehörten aber die Vorschläge Baden-Württembergs in die Finanzausstattung der Gemeinden hinein. Sie beziehen sich auf die Mobilisierung des sogenannten toten öffentlichen Wohnungsbaukapitals der früheren Wohnungsbaudarlehen. Die Vorschläge lauten in der Nr. 982 des gedruckten Antragspakets:

Durch vereinbarte Umschuldung älterer, öffentlicher Wohnungsbaumittel aus Kapitalmarktdarlehen ist das tote öffentliche Kapital zu mobilisieren.

Als Konsequenz daraus heißt es weiter:

Dadurch freiwerdende, öffentliche Mittel sollen sowohl zur verstärkten Eigentumsbildung und dem sozialen Wohnungsbau als auch mittels Zinszuschüssen zum Erwerb und zur Erschließung von Bauland verwendet werden, sofern Gemeinden und Träger sich verpflichten, das erschlossene Bauland zum Selbstkostenpreis für den Wohnungsbau weiterzugeben.

Wir halten dies für ein berechtigtes Anliegen zur verbesserten Finanzausstattung der Gemeinden und des besseren Eigentümererwerbs, und zwar von der Mobilisierung des Baubodens bis zum Wohnungsbau für private Eigentümer.

Wir bitten deshalb, den Antrag 982 unter der Ziffer 7.3. mit zur Abstimmung zu stellen und diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zunächst zur Stellungnahme der Antragskommission Frau Dr. Riede das Wort geben. Ich habe nämlich hier noch eine weitere Wortmeldung zum Antrag 982. Ich habe diesen Antrag aber noch nicht aufgerufen. Infolgedessen kann ich dazu nicht das Wort erteilen, sondern nur zu Ziffer 7.3. Aber ich bitte um Stellungnahme dazu.

Herr Dr. Prassler, ich hatte darum gebeten, daß die Antragskommission zu der Frage Stellung nimmt, ob wir den Antrag 982 hier einbeziehen können oder nicht. Dann müssen wir eine Vorentscheidung dazu treffen.

Dr. Helmut Prassler: Darf ich einen Vorschlag machen? Ich ziehe die Behandlung dieses Antrages jetzt gern bis zu seinem Aufruf zurück, bitte aber, wenn nach dem Aufruf positiv darüber entschieden würde, noch einmal zu überlegen, ob er sinngemäß in die Ziffer 7.3. oder anderswo zu übernehmen ist.

Adolf Müller (Remscheid); Tagungspräsidium: Das ist ein Vorschlag, mit dem wir einverstanden sein können, wenn es der Antragsteller ist.

Keine weiteren Wortmeldungen zu Ziffer 7.3.? - Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Die Neufassung ist auf der Seite 8 unten, 9 oben ausgedruckt. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 7.4. auf. Hier werden die Anträge A 291 bis A 324 und 386 aufgerufen und gemeinsam behandelt. Mir liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Antragskommission schlägt in ihrer Empfehlung vor, vor das Wort "Information" das Wort "frühzeitige" einzusetzen, im übrigen aber die Anträge so anzunehmen, wie ausgedrückt.

Ich lasse jetzt über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen.

(Zuruf)

- Ich bitte sehr um Entschuldigung. Hier hat eine Wortmeldung vorgelegen, die mir nicht bekannt war; insofern muß ich das, was ich gerade gesagt habe, berichtigen.

Herr Behnke, Oldenburg!

Georg Behnke: Vielen Dank, Herr Präsident! Ich hatte die Wortmeldung bereits vor einer halben Stunde abgegeben; vielleicht ist sie unter den Stapel geraten. Meine Damen und Herren, dieser Abschnitt steht unter der Überschrift: "Beteiligung des Bürgers." Ich meine, daß dies eine sehr wichtige Frage ist und daß diese Frage in der Vorlage des Bundesvorstandes nicht nur quantitativ, sondern vor allen Dingen auch qualitativ zur kurz kommt. Die Beteiligung des Bürgers ergibt sich nicht allein aus dem Demokratieverständnis der Union, sondern vor allen Dingen auch daraus, daß Stadtplanung und Stadtentwicklung zunächst für den Menschen gemacht werden müssen. Wir können feststellen, daß insbesondere in den Ballungszentren in der Vergangenheit vielfach Stadtentwicklung und Stadtplanung betrieben und die Interessen der Bürger, der Menschen, die in diesen Städten zu leben haben, nicht genügend berücksichtigt worden sind. Bei der Wahrung institutioneller Rechte muß die politische Struktur für spontane individuelle und nicht förmlich organisierte öffentliche Mitsprache und Mitwirkung offenbleiben.

Wir vom Landesverband Oldenburg haben deshalb - ich spreche jetzt zum Antrag A 295 - vorgeschlagen, im Programm der CDU festzulegen, daß die Bürger bereits vor dem Grundsatzbeschluß der Gemeinden über den Bebauungsplan auf geeignete Art und Weise zu informieren sind. Wir meinen weiterhin, daß die Gemeinden verpflichtet werden sollten, einen Bodennutzungsbericht in öffentlicher Sitzung zu verabschieden, um dem Bürger die Gelegenheit zu geben, einmal genau feststellen zu können, was in der öffentlichen Planung überhaupt vorgesehen ist.

Herr Dr. Kohl hat heute morgen in seiner Rede die Bedeutung der Kommunalpolitik, wie ich meine, zu Recht hervorgehoben. Wir müssen uns in der Tat darüber im klaren sein, daß Kommunalpolitik kein fünftes Rad am Wagen ist. Wir müssen uns klarmachen, daß wir die nächsten Bundestags- und Landtagswahlen nur dann gewinnen können, wenn wir in der Kommunalpolitik entscheidende Prioritäten setzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht hier weiterhin um die Frage, ob das Vertrauen der Bürger in die Kommunen und vor allen Dingen zu den Politikern, die Entscheidungen über öffentliche Planungen zu vertreten haben, gewährleistet ist. Ich meine, das Vertrauen zur Kommunalpolitik und damit zur Politik überhaupt ist nur dann ge-

währleistet, kann nur dann geweckt und entscheidend gefördert werden, wenn wir den Prinzipien Rechnung tragen, die im Antrag A 295 aufgeführt sind, daß nämlich der einzelne frühzeitig und rechtzeitig über solche Planungen informiert wird.

(Beifall)

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Dr. Ritz.

Dr. Burkhard Ritz: Meine Damen und Herren, ich sehe zwischen den Ausführungen des Vorredners aus Oldenburg und dem von der Antragskommission zusätzlich aufgenommenen Begriff "frühzeitig" keinen Widerspruch.

(Teilweise Beifall)

Wir haben zu diesem Punkt mehr als 30 Anträge, und alle laufen im Kern auf das gleiche hinaus, nämlich darauf, sicherzustellen, daß die Bürger frühzeitig an der Planung beteiligt werden. Wir waren und sind der Meinung, daß mit diesem Begriff der frühzeitigen Information dem Anliegen der hier gestellten Anträge Rechnung getragen ist.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 7.4. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Abschnitt D auf, Maßnahmen zur Fortentwicklung der Ordnung des Baubodens. Dazu gehören die Anträge A 325 bis A 328. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. - Wortmeldungen zu diesen Anträgen habe ich nicht vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer zustimmt, gebe bitte das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen und damit die Ablehnung der genannten Anträge beschlossen.

Ich komme zu Abschnitt 8, planungsrechtliche Maßnahmen. Hierzu gehören die Anträge A 329 Abs. 4 bis A 335. Die Antragskommission empfiehlt auch hier die Ablehnung der Anträge A 329, Abs. 4, und A 330 bis A 332. Die Anträge A 333 bis A 335 hält sie für durch die Formulierung in den Ziffern 8.1 bis 8.4 erledigt.

Wortmeldungen liegen dazu nicht vor, so daß ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen lassen kann. Wer ihr zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 8.1. auf. Dazu gehören die Anträge A 336 bis A 353. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wortmeldungen habe ich nicht. - Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlungen zu 8.1. abstimmen.

Wer ihr folgt, gebe das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlung ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 8.2., zu der die Anträge A 329 Abs. 1 bis 3 sowie A 354 bis A 384 gehören. Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Die Empfehlung der Antragskommission mit teilweiser Neufassung liegt Ihnen vor.

Wer der Empfehlung folgt, gebe bitte das Zeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 8.3. auf. Es geht um die Anträge A 385 bis A 409. Sie haben die Empfehlung der Antragskommission. Es gibt keine Wortmeldungen.

Ich lasse über die Empfehlung der Kommission abstimmen. Wer ihr folgt, der gebe das Zeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 8.4. auf. Dazu gehören die Anträge A 410 bis A 418. Ich habe keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission, die genannten Anträge anzunehmen, folgt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zu Abschnitt 9. Hierzu übergebe ich die Leitung Herrn Friedrich Vogel.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Abschnitt 9 auf Seite 11 der Empfehlungen der Antragskommission auf. Es geht zunächst um die Anträge A 419 bis A 427. Wir sind noch nicht bei den einzelnen Ziffern.

Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Können wir darüber abstimmen? - Ich bitte die, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen, um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9.1. auf. Dazu gehören die Anträge A 428 bis A 450. Die Empfehlung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Zu Antrag 429 hat Herr Dr. Lindner aus Hessen ums Wort gebeten.

Dr. Georg Lindner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der CDU-Landesverband Hessen schlägt Ihnen vor, den Antrag A 428 des Bundesvorstandes mit der einen Maßgabe anzunehmen, daß Satz 2 gestrichen wird und an dessen Stelle der Satz gemäß unserem erwähnten Antrag tritt. Wir halten die Formulierung im Antrag des Bundesvorstandes, wo es heißt:

Hierzu bedarf es oftmals besonderer Instrumente, die es ermöglichen, die städtebaulich notwendige Nutzung von Grundstücken zu erreichen.

für wesentlich zu eng. Unsere Formulierung lautet:

... die es ermöglichen, die städtebaulich erwünschte Nutzung von Grundstücken zu erreichen und eine dem öffentlichen Interesse widerstrebende Nutzung zu verhindern.

Das ist inhaltlich etwas viel Weitergehendes. Es dient auch der Ordnung des Bodens. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, den Satz 2 in Antrag 428 durch den in Antrag 429 formulierten Satz zu ersetzen.

(Teilweise Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Herr Dr. Waffenschmidt!

Dr. Horst Waffenschmidt: Meine Damen und Herren! Ich darf hier noch einmal auf den Formulierungsvorschlag der Antragskommission verweisen. Es handelt sich insofern um eine Änderung des ursprünglichen Textes, d. h. der Vorlage des Bundesvorstands, als wir Ihnen vorschlagen - schauen Sie dazu bitte auf Seite 12 der Empfehlungen -, wie folgt zu formulieren:

Bei Einführung des Baugebotes sind Möglichkeiten zur Abwendung des Gebotes vorzusehen (z.B. Veräußerung des Grundstücks an einen Bauwilligen; Einräumung des Erbbaurechts an einen Bauwilligen; Verlangen der Übernahme des Grundstücks durch die Gemeinde).

Das ist noch eine Verbesserung der Gesamtsituation.

Wir meinen, mit der jetzigen Vorlage der Antragskommission alle Anträge, die zu dieser Ziffer gestellt worden waren, aufgenommen zu haben. Ich darf sagen, wir haben nicht eine einzige der dazu vorhandenen Vorlagen zur Ablehnung empfohlen. Wir haben die Gedanken der einzelnen Vorlagen aufgenommen, um sie in der neuen Formulierung der Antragskommission zu verwenden.

Ich bitte Sie namens der Antragskommission, diesem Vorschlag zu folgen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit; der Vorschlag ist angenommen.

Ich rufe Ziffer 9.2. - Baugebot - mit den Anträgen A 451 bis A 496 auf. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer insoweit dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, gebe das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9.3. auf: Abbruchgebot. Dazu gehören die Anträge A 497 bis A 536. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmt, gebe das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Vorschlag ist angenommen.

Ich komme zu Ziffer 9.4., Modernisierungsgebot. Dazu liegen die Anträge A 537 bis A 580 vor, ferner der Antrag A 1075. Auch dazu empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ich gebe das Wort Herrn Gerisch, Landesverband Schleswig-Holstein.

Herbert Gerisch: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin an sich dafür, den Antrag A 540 aus Hessen anzunehmen, die letzten drei Sätze unter Ziffer 9.4. zu streichen, bin aber hilfsweise dafür, den Antrag Dr. Stoltenberg, Dr. Filbinger, Dr. Dregger, Köppler, Grundmann und 36 andere Delegierte zu befürworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befassen uns heute mit dem Thema Bodenrecht, und wir sind uns sicher darin einig, daß die Themen Modernisierung und Erhaltung im Grunde genommen doch schon Randgebiete dieses Themas darstellen. Dennoch ist es sicher richtig, daß diese Probleme im großen mit aufgenommen worden sind. Ich meine aber, es wäre völlig verfehlt, hier jetzt ausgerechnet zu diesem Thema ins Detail hinein Formulierungen vorzunehmen, während wir uns in anderen ganz wesentlichen Fragen, z.B. in Fragen des Steuerrechts oder des Infrastrukturbeitrages in allgemeinen Formulierungen bewegt haben. Ich glaube, das wäre kein guter Stil.

Zum anderen meine ich, daß auch die Formulierungen, wie sie der Bundesvorstand oder die Antragskommission vorgelegt haben, zu Bedenken Anlaß geben, weil es sich hier, wie gesagt, nicht um Bodenrechtsprobleme handelt, sondern eindeutig darum, Fragen des Mietrechts zu regeln. Ich meine, das sollten wir in einem solchen Grundsatzprogramm nicht tun.

Ich habe deshalb sachliche Bedenken, diese Formulierung hier so stehenzulassen, weil sie auch so nicht praktikierbar ist. Nach dem Antrag des Bundesvorstandes soll die Dauer des Wohnrechts der Abschreibungsdauer für die vorgenannten Investitionen entsprechen. Das aber geht so nicht. Nehmen Sie doch nur einmal das Beispiel, daß in einer alten Wohnung ein Bad eingebaut werden soll. Wollen Sie die Installationen dem Abschreibungsmodus zugrunde legen, oder wollen Sie, wenn auch noch Wände gezogen werden, die Abschreibungsdauer der Wände zugrunde legen? Im einen Fall hätten Sie eine Abschreibungsdauer von vielleicht 10 oder 20 Jahren und im anderen Fall vielleicht von 20 oder 50 oder 100 Jahren. Ich glaube, das ist nicht richtig.

Meine Damen und Herren, wir stimmen darin überein, daß auch diese Probleme lösbar sind, sie sollten aber nicht in diesem Grundsatzprogramm gelöst werden, sondern an anderer Stelle, z.B. im BGB, wo sie hingehören. Wir brauchen deshalb in der Sache nicht unterschiedlicher Meinung zu sein. Ich bitte deshalb, dem Antrag A 1075 Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächste hatte sich Frau Editha Limbach aus dem Landesverband Rheinland zu dem Antrag A 1075 gemeldet.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, in dieser Sache der Antragskommission zu folgen und diesen Antrag A 1075 abzulehnen. Die Argumentation meines Vorredners hat zwar eine gewisse Berechtigung, aber da wir schon etwas über die

Modernisierung sagen, haben wir das Prinzip ohnehin schon durchbrochen. Wenn wir aber schon etwas über die Modernisierung sagen, müssen wir auch etwas darüber sagen, wie der Mieter zu einer Modernisierung seiner Wohnung kommt, wenn der Vermieter dazu nicht in der Lage ist oder es nicht tun will.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte wegen des anderen Votums doch noch einmal diesen Antrag einer Reihe von Kollegen rein aus systematischen Gründen unterstützen. Wir haben hier Bodenrecht als Thema mit gewissen Aspekten, die in Grundsatzfragen der Stadtentwicklung und des Wohnungsbaus notwendig sind. Wenn wir die gesamte Vorlage durchsehen, so haben wir aber keine detaillierte Festlegung im Mietrecht. Wir wissen sehr genau, daß wir durch die jüngsten Initiativen und Äußerungen der Sozialdemokraten, etwa des Herrn Jahn, vor einer vollkommen neuen Diskussionsrunde in der Weitergestaltung des Mietrechts stehen, die es notwendig macht, daß unsere Partei und unsere Fraktion diese Fragen von Grund auf noch einmal erarbeiten.

Ich halte es nun auf Grund dieser erneuten Diskussion in Übereinstimmung mit den anderen Antragstellern für richtig, daß wir hier nicht eine punktuelle Festlegung in einem Bereich des Mietrechts im Baubodenrecht vornehmen, sondern die Frage des Mietrechts als eine Frage besonderer Priorität im Anschluß an diesen Parteitag in voller Breite in Partei und Fraktion zu diskutieren. Insofern bedeutet dieser Antrag ebenso wie der weitergehende Antrag Hessen nicht eine Präjudizierung dieser Frage, über die wir im Für und Wider sprechen müssen, sondern, wie ich glaube, eine systematische Korrektur, die ich dem Parteitag in Übereinstimmung mit den anderen Antragstellern dringend empfehle.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Stoltenberg. Als nächster hat Herr Landowsky aus Berlin das Wort.

Klaus Landowsky: Nun ist es sicher nicht einfach, Herr Stoltenberg, Ihnen hier zu widersprechen. Es bestehen sicherlich systematische Bedenken gegen die Einfügung dieses Satzes, andererseits wollen wir doch hier ganz klar die sozialpolitische Richtung angeben, wie der Mieter geschützt werden kann, wenn er eigene Aufwendungen für die Wohnung macht. Ich glaube, es ist der Antragskommission gelungen, die Tendenz aufzuzeigen, mit der die Partei arbeiten sollte. Nähmen wir diesen Passus heraus, wie es der Landesverband Hessen beantragt, wären wir in dieser Frage wertfrei, und die Fraktion hätte keine Richtlinie, die Diskussion in der Zukunft fortzuführen. Es ist deshalb erforderlich, daß die Zielrichtung erhalten bleibt. Da eine andere Formulierung nicht vorliegt, möchte ich den Parteitag auch zu später Stunde dringend bitten, die sozialpolitische Richtung beizubehalten und ganz klar zu sagen, daß quasi ein Sanierungszwang besteht, entweder durch den Vermieter oder aber, wenn der Mieter Aufwendungen macht, ihm dann daraus Vorteile zufließen, die eben darin bestehen, wie es hier steht. Ich bitte Sie, diesen Satz nicht zu streichen, sondern den Vorschlag der Antragskommission anzunehmen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Als nächster hat Herr Orgaß das Wort.

Gerhard Orgaß: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich muß mich eigentlich wundern, daß das einzige Engagement des Vorstandes darin liegt, nach langer Zeit mit einer Vorlage zu kommen, nach der ein Teil der eigenen Vorstandsvorlage ersatzlos gestrichen wird.

(Beifall)

Das scheint mir kein sehr kämpferischer Vorstand auf dem Sektor des Bodenrechts zu sein.

Nun hat Herr Stoltenberg zwar begründet, daß er aus rechtssystematischen Gründen bereit sei, dem schleswig-holsteinischen Antrag zu folgen; nämlich auf ersatzlose Streichung, und zwar mit der Begründung, das sei eben Mietrecht, und hier gehe es um Bodenrecht. Dazu, verehrter Herr Stoltenberg und verehrter Parteitag, möchte ich nur sagen, daß es hier eine Menge Dinge zu regeln gibt, die nachher in der Gesetzesausformung in sehr unterschiedlichen Gesetzen zu regeln sein werden. Es geht hier sowohl um die Novellierung des Bundesbaugesetzes wie beispielsweise auch um die Änderung einer Reihe von Steuergesetzen. Möglicherweise muß auch das Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden. Davon haben wir in der Antragskommission abgesehen, weil wir gesagt haben, das wollen wir dem Parlament und der Fraktion zur Entscheidung vorlegen, wenn es soweit ist. Hier geht es doch um die soziale Grundaussage, und da kann ich es mir nicht verkneifen und die Verwunderung zum Ausdruck bringen, daß man hier vielleicht eine späte Rechtfertigung dafür hat, daß das höchste Amt nicht für jedes Thema von vornherein den größten Sachverstand beinhalten. Ich bitte deshalb, den Vorstandsantrag abzulehnen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Köppler das Wort.

Heinrich Köppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nach dem, was Freund Orgaß hier gesagt hat, werden Sie verstehen, daß ich da noch einmal etwas zurechtrücken muß.

Erstens handelt es sich hier nicht um einen Antrag des Bundesvorstands, sondern um einen Antrag u. a. von einigen Bundesvorstandsmitgliedern. Wenn hier kämpferische Haltung und Engagement von Freund Orgaß vermißt worden ist, so verstehe ich ihn nicht ganz. In diesem Antrag dokumentiert sich genau das Gegenteil.

Aber nun zur Sache selbst. Ich bin mit den Vorrednern und Herrn Orgaß völlig darüber einig, daß über die soziale Grundaussage in einer solchen Frage unter uns kein Streit bestehen sollte. Das Problem ist nur, ob wir uns im Rahmen unserer Bodenrechtsvorlage in einer ganz konkreten Mietrechtsbestimmung festlegen angesichts der Notwendigkeit, die auch Gerhard Stoltenberg betont hat, diese und andere Mietrechtsprobleme im Zusammenhang und konfrontiert mit der Koalition erneut zu diskutieren.

Deshalb bitte ich Sie, dieser Korrektur zuzustimmen, weil wir sonst in einem einzigen Punkt eine Mietrechtsbestimmung mit Änderungs-

wirkung auf das BGB beschließen und genau wissen, daß eine ganze Reihe anderer Punkte mitdiskutiert und im Zusammenhang neu überdacht und entschieden werden müssen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schemken aus dem Landesverband Rheinland das Wort. Ihm folgen Herr Erpenbeck und Herr Schmöle.

Heinz Schemken: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich auch an dieser Stelle, daß wir gegen 22.30 Uhr von Herren, die es sicherlich schon im vorhinein gewußt haben, einen Antrag bekommen, der nunmehr das umstürzt, was wir in monatelanger Arbeit geschaffen haben.

Ich darf für den Kreisverband Düsseldorf-Mettmann sagen, daß das was hier als Änderung auch von der Antragskommission angenommen wurde, schon eine Modifizierung dessen ist, was vorher in viel schärferer Weise von der Kommission der Bundespartei formuliert wurde. Ich sehe einfach nicht ein, daß mit diesem lakonischen Antrag, der hier formuliert ist, von den Unterzeichnern Dr. Filbinger, Dr. Dregger, Köppler, Dr. Stoltenberg usw. darauf hingewiesen wird, daß es einfach darum geht, öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Genau das steht in dem ursprünglichen Konzept. Aber nicht in allen Bereichen ist es möglich, diese öffentlichen Mittel zu mobilisieren. Das wissen auch wir. Die Taschen sind nur einmal da. Wir möchten hier die Bereiche mobilisieren, die es zu mobilisieren gilt. Dort, wo der Althausbesitz nicht durch den Eigentümer finanziert und modernisiert werden kann, sollte der Mieter, soweit der Vermieter dazu nicht in der Lage ist, die Möglichkeit haben, das Erforderliche zu tun. Genau das sagt die modifizierte Fassung zu diesem Antrag, nicht mehr und nicht weniger.

Ich bitte deshalb, der ursprünglichen Fassung der Antragskommission zuzustimmen und den Antrag A 1075 abzulehnen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Schemken! Als nächster hat Herr Erpenbeck das Wort.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht notwendig, die Vorstandsmitglieder in Schutz zu nehmen. Auch sie haben das Recht, klüger zu werden.

(Beifall)

Ich möchte ein zweites sagen. Wenn Sie dem Vorschlag der Antragskommission folgen, folgen Sie damit nicht den Interessen der Mieter. Meine Damen und Herren, die Detailregelung, die in dem Vorschlag der Antragskommission enthalten ist, stellt eine Änderung der Bundesvorstandsvorlage dar. Das muß man hier sehr wohl bedenken. Insofern war der Angriff von Herrn Orgaß gar nicht gerechtfertigt. Die Antragskommission hat ja die Bundesvorstandsvorlage geändert. Wenn Sie die Vorlage der Antragskommission annehmen, folgen Sie damit nicht den Interessen der Mieter; denn für die Mieter müssen wir mehr sagen, als hier von der Antragskommission vorgeschlagen wird. Die soziale Komponente, die beim

Modernisierungsgebot unbedingt sichergestellt werden muß, ist ja in dem Antrag von Dr. Filbinger, Dr. Dregger usw. festgehalten und gibt eine sehr gute Richtschnur für diejenigen in unserer Partei, die das Mietrecht und die Interessen der Mieter in der Zukunft durch entsprechende vollständige Formulierungen sichern.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schmöle das Wort.

Hans Werner Schmöle: Liebe Freunde! Ich möchte für den Vorschlag der Antragskommission sprechen. Heute morgen hat der Bundesvorsitzende, Dr. Kohl, einen Vorschlag gemacht, wonach man dem eigentumspolitischen Bereich noch etwas aus dem Bereich des Bodenrechts zufügen sollte. Das ist dann auch so beschlossen worden. Ich vermag nicht einzusehen, warum man jetzt nicht etwas Ähnliches machen könnte. Vor allen Dingen müßten wir dann das gesamte Papier noch einmal daraufhin untersuchen, ob nicht einige Überlegungen darin schon enthalten sind, die eben nicht direkt aus dem Bereich des Bau- und Bodenrechts stammen.

Ich glaube, diese Aussage ist auch für die Entwicklung des Städtebaues überhaupt von besonderer Bedeutung. Denn wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, daß wir die städtebaulichen Probleme nicht nur dadurch lösen können, daß wir in Außenbereichen neues Bauland ausweisen müssen, sondern daß wir insbesondere alten vorhandenen Wohnraum so modernisieren müssen, daß er echt verwendungsfähig bleibt. Insofern hat das einen sehr konkreten und direkten Bezug zum Bodenrecht.

Darauf möchte ich aufmerksam machen und insofern für die Annahme des Antrags bitten.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Schmöle. Es kommen immer neue Wortmeldungen. Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Soenius. Darf ich davon ausgehen, daß weitere Wortmeldungen nicht erfolgen?

Heinz Soenius: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verantwortung für die Verlängerung liegt bei denjenigen, die hier ihr Engagement an einem Punkt entdeckt haben, wo es in der Diskussion der Vergangenheit doch bessere gegeben hätte.

(Beifall)

Das verstehe ich nicht ganz. Gut, wenn es nicht dringestanden hätte, dann hätte man darüber reden können, ob man es hineinschreibt. Aber es müßte immanent da hineingehören. Wenn es drinsteht, macht es einen Eindruck, der sich nicht verwischen läßt, auch wenn man gegen die Sache eingestellt ist und etwas anderes betuern mag.

Weshalb habe ich mich gemeldet? Mir ist verborgen geblieben, wie man hier behaupten kann, das würde nicht den Interessen der Mieter dienen, was da drinsteht.

(Beifall)

Ich will es einmal ganz vornehm so ausdrücken, daß ich das nicht begreife. Das mag an mir liegen. Wenn dort steht, daß der Mieter der zusätzliche Aufwendungen macht, ein längerfristiges Wohnrecht erhält, dann sagen Sie mir, worin er sich dabei gegenüber dem heutigen Rechtszustand verschlechtert!

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch etwas anmerken, damit die Diskussion noch etwas zurechtgerückt wird. Bei dem Mieter - ich habe einige Erfahrung darin, da ich dem Vorstand eines großen Mietervereins angehöre - steht die Frage der Sicherheit mehr im Vordergrund als die Frage der Mietpreisentwicklung, wenn sich diese in vernünftigen Bahnen bewegt. Die Frage der Sicherheit spielt auch in der gesamten Sozialpolitik eine immer mehr zunehmende Rolle. Unsicherheit durch solche Beiträge zu erzeugen kann nicht in unserem Interesse liegen. Deshalb darf ich Sie herzlich bitten, dem Antrag A 1075 nicht zuzustimmen, sondern der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission bekommt Herr Dr. Waffenschmidt das Wort.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß das, was Sie auf Seite 13 der Empfehlungen der Antragskommission als letzten Satz der Formulierung finden, bereits eine Kompromißformel ist. Der Satz heißt:

Es sind geeignete Ablösungsmöglichkeiten zu schaffen, die den Interessen des Mieters und Vermieters gerecht werden.

Wir haben die Kompromißformel zwischen den Anträgen, die in die Richtung wie der Antrag A 1075 gehen, und der ursprünglichen Vorlage des Bundesvorstands gesucht. Wir wollten erreichen, daß mit dieser Kompromißformel, die wir vorschlagen, sowohl der Mieter eine Möglichkeit bekommt, etwas in Richtung Modernisierung seiner Wohnung zu erreichen, wie auch der Vermieter ein Recht der Ablösung erhält, so daß er auch ein Dauerwohnrecht, das auf Grund dieser Investition des Mieters begründet wird, durch eigene Leistung wieder abwenden kann. Wir meinen also, daß dieser Kompromiß eine ausgewogene Lösung ist und beiden Teilen gerecht wird.

Zum Verfahren noch dies. Wenn hier gesagt wird, das gehöre ins Mietrecht und nicht ins Bundesbaugesetz oder woandershin, dann möchte ich darauf hinweisen, daß der Parteitag mit dieser Aussage eine politische Aussage macht, womit noch gar nicht feststeht, ob wir das im Mietrecht oder wo auch immer sagen sollten.

Aber ich meine, wir müßten eine Aussage machen, die sowohl die Interessen des Mieters wie auch die Interessen des Vermieters in dieser besonderen Lage berücksichtigt. Darum bitte ich Sie, der Vorlage der Antragskommission zuzustimmen und den Antrag A 1075 abzulehnen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung. Die Empfehlung der Antragskommission, die Ihnen gedruckt vorliegt, beinhaltet, wenn sie angenommen wird, die Ablehnung des Antrages A 1075. Ich darf diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, um das Handzeichen mit der Karte bitten. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Der Empfehlung der Antragskommission hat der Parteitag zugestimmt.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 9.5, Erhaltungsgebot, auf. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Handzeichen mit der Stimmkarte, wer dem zustimmen will. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 9.6, Vorkaufsrecht, auf. Ich weise darauf hin, daß wir zunächst über Ziffer 9.6 unter Ausschluß des letzten Absatzes diskutieren, weil sich zum letzten Absatz - Stichwort preislimitiertes Vorkaufsrecht - Folgerungen aus der Abstimmung über den Infrastrukturkostenbeitrag ergeben. Darf ich fragen, ob außer zu der Frage der Preislimitierung das Wort gewünscht wird? - Bitte, Herr Kollege Prassler!

Dr. Helmut Prassler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben vor sich einen neuen Antrag A 1078. Ich darf Sie bitten, ihn zur Hand zu nehmen. Mit dem Antrag A 1078 soll der ursprüngliche Antrag Baden-Württembergs A 612 ersetzt werden, und zwar deshalb, weil der ursprüngliche Antrag Baden-Württembergs wiederum aus einer Gesamtkonzeption des Landesparteitags stammt, der sich nicht integrieren läßt in die Bundesvorstandsvorlage. Wir haben deshalb in dem Antrag A 1078 eine neue Formulierung für die Ziffer 9,6, zum Vorkaufsrecht generell, gemacht; zunächst vorbehaltlich der Frage der Preislimitierung, die ich im Moment nicht begründe.

Dieser Vorschlag lautet, Abs. 1 zunächst, wie von der Antragskommission neu formuliert vorgeschlagen, zu lassen. Es liegt ein weiterer Ergänzungsantrag, um eine einzige Wortergänzung, von Kollegen Erpenbeck und Freunden vor, der nachher sicherlich noch begründet wird. Abs. 1 also wie die Vorstandsvorlage.

Zu den drei Bereichen sachlich, räumlich und zeitlich ab Ab. 2: Der Bereich sachlich sollte lediglich die zwei Worte "unbebaute Grundstücke" umfassen. Der Bereich räumlich sollte, wie in unserem Vorschlag formuliert, angenommen werden. Die bisherige Lösung scheint außerordentlich problematisch zu sein, weil sie sehr weitgehende Folgerungen haben könnte. Wenn man bei bebauten Grundstücken das Vorkaufsrecht immer dann geltend machen könnte, wenn etwa ein neugestalteter Bebauungsplan noch nicht realisiert werden könnte, entstünde automatisch das Vorkaufsrecht der Gemeinde an bebauten Grundstücken. Das scheint uns zu weitgehend zu sein. Dagegen ist für unbebaute Grundstücke das sogenannte sachliche Vorkaufsrecht absolut gerechtfertigt.

Der weitestgehende Bereich - deshalb der Vorschlag zur räumlichen Ausgestaltung - wird dadurch verbessert, daß die Einführung eines Satzungs-vorkaufsrechts wie es hier vorgeschlagen wird, ergänzt

wird um die Bestimmung: "das der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf". Es scheint uns zwingend notwendig zu sein, daß ein solches Satzungsverkaufsrecht von der höheren Verwaltungsbehörde geprüft werden muß. Sonst wäre die Frage zu lösen, welche Rechtsmittel etwa dem einzelnen Betroffenen bei der Inanspruchnahme des Verkaufsrechts durch die Gemeinde zustehen.

Ein letzter Halbsatz "für die nach dem Flächennutzungsplan eine bauliche Nutzung vorgesehen ist" scheint die weitestgehende Nutzungsmöglichkeit für ein frühzeitiges Satzungsverkaufsrecht zu vertretbaren, nämlich noch zu billigen Preisen für die Gemeinde zu bedeuten. Das ist unser Grundanliegen, das notwendigerweise zu den vorhin gemachten Ausführungen zu den übrigen Beitragselementen über die Erschließungskosten gehören sollte.

Beim zeitlichen Verkaufsrecht soll es bei der Vorstandsvorlage bleiben. Aber es soll ein Absatz hinzukommen: "Das allgemeine Verkaufsrecht kann gegenüber Erwerbern ausgeübt werden, die nachweislich keine Gewähr für die Durchführung des Bebauungsplanes bieten." Hierdurch soll gewährleistet werden, daß jedweder Erwerber, der nur spekulativ in einem Planungsgebiet kaufen will, notfalls auch den Nachweis erbringen muß, daß er selbst nutzen will, daß er bereit ist, sich den späteren Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu unterwerfen.

Ich bitte deshalb, der Ziffer 9.6 bezüglich dieses Hauptteils der Ausgestaltung des Verkaufsrechts ohne den letzten Teil der Preislimitierung in der Fassung des Antrags A 1078 zuzustimmen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Kollege Frassler.

Das Präsidium legt die Redezeit auf drei Minuten fest. Meine Damen und Herren, wir müssen versuchen, daß wir einigermaßen über die Zeit kommen. Als nächster hat das Wort Herr Erpenbeck.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Ziffer 9.6 Abs. 1 in der Fassung der Antragskommission. Wir alle wollen eine Verbesserung und eine Ausweitung des Verkaufsrechtes gegenüber der derzeitigen Rechts-situation. Wir können dieser Verbesserung und dieser Ausweitung aber nur dann zustimmen, wenn die Ausübung des Verkaufsrechtes an Voraussetzungen gebunden wird, damit die Ziele, die wir in unserer Vorlage beschlossen haben, tatsächlich damit auch erreicht werden können.

Einer Ausweitung des Verkaufsrechtes in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht ist nur dann zuzustimmen, wenn damit die Realisierung der Bauleitpläne, damit eine planungsgerechte Nutzung und in Verbindung damit eine Verhinderung der Fehlnutzungen der Grundstücke erreicht werden soll. Meine Damen und Herren, das Verkaufsrecht darf und kann nicht dazu dienen, ein gemeindliches Bodenmonopol zu ermöglichen.

(Beifall)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Meine Damen und Herren, damit dieses Ziel erreicht wird bzw. damit man dieses Ziel nicht in Frage stellt, ist es notwendig, in den Vorschlag der Antragskommission zu Abs. 1 ein einziges Wort einzufügen, nämlich das Wörtchen insoweit. Ich habe diesen Antrag dem Präsidium auch schriftlich vorgelegt. Ich bitte, da ich ihn nicht zur Hand habe, daß dieser Antrag vorgelesen wird, damit darüber abgestimmt werden kann.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Antrag A 1082 vor. Ich darf dazu sagen, daß die Antragskommission insoweit Annahme empfiehlt.

Darf ich fragen, ob weitere Wortmeldungen bei Ausschluß der Frage der Preislimitierung vorliegen? - Herr Kulenkampff.

Hans Ludwig Kulenkampff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß unser bisheriges Vorkaufsrecht ausreicht. Wir haben nach § 24 des Bundesbaugesetzes die Möglichkeit, Grundstücke zu erwerben durch Vorkaufsrecht, wenn sie für öffentliche Zwecke benötigt werden. Das ist der wichtigste Punkt, und da reicht das Gesetz aus.

Wir haben weiterhin die Möglichkeit, durch Satzung zu bestimmen, daß es für gewisse Gebiete, z.B. solche, für die ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll, für Sanierungsgebiete und Umlegungsgebiete, gleichfalls Vorkaufsrecht gemäß § 25 des Bundesbaugesetzes bestimmt werden kann.

Diese beiden Instrumente müssen ausreichen. Ich empfehle Ihnen, die weitergehenden Vorkaufsrechte abzulehnen, und zwar aus folgendem Grund. Jedes Vorkaufsrecht behindert die Mobilität des Grund und Bodens und treibt die Preise in die Höhe. Wenn ein Grundstück unter Vorkaufsrecht steht, wird der an einem Erwerb Interessierte bereit sein, mehr zu zahlen, als er sonst zahlen müßte, damit ihm kein anderer zuvorkommt. Die Notare sind sogar verpflichtet, den Erwerber entsprechend darauf hinzuweisen. Weiterhin wird ein Grundstück häufig nicht gekauft, wenn es unter Vorkaufsrecht steht. Man wird also versuchen, diesen Gebieten auszuweichen.

Schließlich noch folgendes Argument. Der Verkauf von unbebauten Grundstücken erfolgt in sehr vielen Fällen allein zu dem Zweck der Bebauung. Kommt ein Vorkaufsrecht dazwischen, wird die Gemeinde ankaufen und es kommt zu einem Gemeindemonopol an Grundstücken. Alle diese Gefahren dürfen nicht übersehen werden. Hier ist im Hinblick auf das Vorkaufsrecht die Einschränkung gemacht worden, es solle dann ausgeübt werden, wenn eine Mindestnutzung nicht vorhanden ist. Meine Damen und Herren, wir kennen in unserem Recht bisher keine Mindestnutzung. Wir kennen nur eine zulässige Nutzung, also eine Höchstnutzung. Wir müßten uns also noch ganz neue Bestimmungen über Mindestnutzung ausdenken. Diese sind aber außerordentlich gefährlich, weil wir damit wahrscheinlich den letzten Baum in unseren Großstädten abhacken werden.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Czaja zum Antrag A 1078 das Wort.

Dr. Herbert Czaja: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aus zwei Gründen für den Antrag A 1078 aus Baden-Württemberg aussprechen.

Das Vorkaufsrecht ist nötig, und zwar zur Durchsetzung der vorgesehenen Bebauung. Es ist völlig uneinsichtig, warum ein ehrlicher Käufer von 5 oder 10 Ar Eigenheimgelände, der im Sinne des Bebauungsplanes bauen will, von einer sozialistischen Gemeinde ganz einfach aus dem Kaufvertrag ausgebootet werden soll. Wir haben in den Grundsätzen klar beschlossen, daß dieses Baubodenrecht, das wir hier gestalten, der Erweiterung der Eigentumsstreuung durch Wohnungsbau dienen soll. Wir haben uns auch ganz klar gegen eine Kommunalisierung ausgesprochen. Ich sage noch einmal: Dort, wo es nötig ist, soll das Vorkaufsrecht auch weiter gehandhabt werden. Es soll aber nicht gegenüber dem ernsthaften Bewerber gehandhabt werden. Deshalb enthält der Antrag A 1078 die Formulierung:
Das allgemeine Vorkaufsrecht kann gegenüber Erwerbem ausgeübt werden, die nachweislich keine Gewähr für die Durchführung des Bebauungsplanes bieten.

Wenn wir nicht wollen, daß derjenige, der fähig ist, im Sinne des Bebauungsplanes zu bauen, von der Gemeinde ausgebootet wird, müssen wir diese Formulierung aufnehmen. Wir wollen der öffentlichen Hand dort, wo es unnötig ist, nicht übertriebene Macht geben. Mit Recht enthielt der Antrag der Jungen Union - ich war für diesen Antrag - den Satz: Die Demokratie lebt von der Machtverteilung. Es ist natürlich falsch, private Machtkonzentration, was den Boden angeht, zu dulden. Es ist aber auch nicht gut, unnötige Machtkonzentration bei der öffentlichen Hand gegenüber den ernsthaften Erwerbem von Eigenheimen zu dulden. Die Duldung führt zur Mißwirtschaft und zur Günstlingswirtschaft. Man braucht sich nur an den Fall Boljahn in Bremen zu erinnern, um zu wissen, was ich meine. Warum soll ein Käufer verdrängt werden, nur damit eine Gesellschaft oder ein anderer Käufer, der dem Gemeinderat oder irgendeiner Gemeindeverwaltung genehmer ist, zum Zuge kommt? Das Vorkaufsrecht soll nur dort, wo es zur Durchführung des Bebauungsplanes notwendig ist und der Käufer nicht die Gewähr bietet, im vollen Maße dem Bebauungsplan gerecht zu werden, ausgeübt werden. Bitte stimmen Sie daher dem Antrag A 1978 zu.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Soenius das Wort.

Heinz Soenius: Meine Damen und Herren, ich möchte mich ausdrücklich für ein weitgehendes Vorkaufsrecht aussprechen. Je weiter das Vorkaufsrecht geht, desto enger sind die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Enteignung begrenzt.

Herr Czaja, ein weitgehendes Vorkaufsrecht verhindert geradezu die Kommunalisierung. Jeder, der dagegen spricht, befürwortet im Grunde genommen das Gegenteil dessen, was er hier sagt.

Wir sollten schließlich nicht immer aus der Position des Mißtrauens gegenüber den Gemeinden argumentieren und uns dann wundern, daß wir in den großen Gemeinden keine Mehrheit haben. Das ist eine unmögliche Argumentation! Wir tun gerade so, als ob die Gemeinden nicht demokratisch kontrolliert würden.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Heute ist der frühere Parteivorsitzende Dr. Adenauer schon mehrfach zitiert worden. Lassen Sie mich ihn hier in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Köln in Erinnerung rufen. Wenn wir in Köln im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Großstädten mit unseren Grundstückspreisen auch heute noch gut liegen, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der damalige Oberbürgermeister Adenauer in den 20er Jahren eine ins Gewicht fallende Bodenvorratspolitik betrieben und Einkäufe für die Stadt getätigt hat. Folgen wir seinem Beispiel, wie wir das ja bei anderer Gelegenheit auch tun. Das kann nur zum Nutzen der Christlich Demokratischen Union sein.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Für die Antragskommission hat jetzt Herr Dr. Waffenschmidt das Wort.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine Freunde! Ausgangspunkt für die Abstimmung ist die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 14. Wir wollen dem Antrag von Herrn Erpenbeck Rechnung tragen und empfehlen Ihnen daher, im ersten Absatz in der fünften Zeile hinter dem Wort "ermöglicht" das Wort "insoweit" einzufügen.

Zu dem Antrag A 1078 möchte ich sagen, daß wir dem Absatz:

Das allgemeine Vorkaufsrecht kann gegenüber Erwerbem ausgeübt werden, die nachweislich keine Gewähr für die Durchführung des Bebauungsplanes bieten,

zustimmen. Wir wollen diese Formulierung vor dem letzten Absatz von Ziffer 9.6. einfügen. Im übrigen empfehlen wir Ablehnung des Antrages A 1078, insbesondere im Hinblick auf die Frage, daß das Vorkaufsrecht nach Meinung des Bundesvorstandes und der Antragskommission sich unter den Kautelen, die ja eingebaut sind, auch auf bebaute Grundstücke erstrecken muß. Denken Sie etwa an den Verkauf von Häusern, die dann aufgekauft werden, um dort meinetwegen in großem Stil Gastarbeiter zu beherbergen. Es muß eine Möglichkeit geben, auch hier einzugreifen.

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß von der Antragskommission im Hinblick auf die breite Eigentumsstreuung ein neuer Absatz formuliert worden ist, um also den Gedanken, die schon eingangs der Beratung unserer Vorlage betreffend Baubodenrecht deutlich gemacht worden sind, Rechnung zu tragen. Durch die dick gedruckte Passage auf Seite 14 wird eine ganze Reihe von Anträgen, die zum Vorkaufsrecht gestellt worden sind, erledigt.

Ich fasse zusammen: Ablehnung des Antrags A 1078 bis auf den Passus, den ich verlesen habe; Annahme des Antrags Erpenbeck; im übrigen Annahme von Ziffer 9.6. in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Empfehlung der Antragskommission ist Ihnen bekannt. Ich lasse

darüber abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.- Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 9.6, letzter Absatz, Fragen der Preislimitierung. Dazu möchte ich zunächst dem Mitglied der Antragskommission, Herrn Dr. Waffenschmidt, das Wort geben, weil es hier zwangsläufig neue Empfehlungen der Antragskommission geben muß.

Darf ich bitten, daß sich der nächste Redner, Herr Dr. Prassler, schon bereit hält. Ich wäre dankbar, wenn sich die übrigen Redner, die ich rechtzeitig bekanntgebe, ebenfalls bereit halten würden. Ich glaube, daß sich jeder besonderer Beliebtheit erfreuen wird, der seine Ausführungen möglichst kurz hält.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt: Nachdem der Planungswertausgleich abgelehnt worden ist, kann die Fassung, die hier als Vorstandsvorlage bzw. Empfehlung der Antragskommission vorliegt, so nicht bleiben. Wir empfehlen, jetzt als Leitantrag den Antrag 616 zu nehmen, der darauf abstellt, die Entschädigung bzw. den Preis - Entschädigungen werden wir gleich beim Enteignungsvorgang noch einmal aufnehmen - danach zu orientieren, was die Richtwerte der Kaufpreissammlung ergeben. Wir möchten also ein Verfahren übernehmen, das bei der Ausübung ähnlicher Vorgänge heute schon durchaus üblich ist. Sie wissen, daß sich auf dem Markt die Preise ergeben, daß sie in der Kaufpreissammlung bei den Gutachterausschüssen aufgenommen werden. Was sich hier als Richtwert ergibt, soll auch zur Grundlage der Entschädigung bei dem ausgeübten Vorkaufrecht gemacht werden. Wir müssen also nach der eben erfolgten Entscheidung des Parteitages hier insofern eine Änderung vornehmen und machen jetzt zum Ausgangspunkt der Empfehlung der Antragskommission den Antrag 616 in der Frage der Höhe der Entschädigung.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Waffenschmidt. Das Wort hat Herr Dr. Prassler, als nächster Herr Kulenkampff und danach Herr Dr. Lindner. Ich darf die beiden Herren bitten, sich schon bereit zu halten.

Dr. Helmut Prassler: Meine Damen und Herren! Die Frage einer Preisbegrenzung beim Vorkaufsrecht steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entscheidung über die Einführung einer irgendwie gearteten Wertabschöpfung bei der Wertentwicklung auf dem Grundstücksmarkt. Wenn eine derartige Wertabschöpfung nicht generell für alle in Frage kommen kann und praktikabel gestaltet werden kann, dann erhebt sich die nächste entscheidende Frage, ob für einen begrenzten Kreis von Eigentümern, denen gegenüber ein Vorkaufsrecht geltend gemacht werden kann, ob es nun ein allgemeines oder ein satzungsgemäß begründetes ist, eine derartige Preisbegrenzung gerechtfertigt ist und im Sinne der Gerechtigkeit gehandhabt werden soll. Zunächst allein schon aus diesem Grunde schlagen wir auf dem vorhin begründeten Antrag 1076 die ersatzlose Streichung dieses preisbegrenzenden Vorkaufsrechts vor und erhalten diesen Antrag insoweit aufrecht.

(Beifall)

Zur Begründung muß noch folgendes gesagt werden. Wir müssen uns fragen, ob wir als CDU und als Bundesparteitag ein Rechtsinstitut des Bürgerlichen Gesetzbuches, nämlich das Vorkaufsrecht, in zwei Teile spalten wollen, in ein allgemeines Vorkaufsrecht und in ein besonderes, der Gemeinde zustehendes, preisbegrenzendes Vorkaufsrecht. Dieses letztere wäre kein Vorkaufsrecht mehr, sondern dann müßte man es sinnvollerweise gemeindliches Ankaufsrecht mit besonderer Ausformulierung nennen, nicht preisbegrenzendes Vorkaufsrecht.

Ich glaube, es gibt noch genügend andere Kriterien zur Begründung, die ich aber jetzt wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr vortragen will. Ich bitte deshalb, auch auf der Streichung des neuen Vorschlages zu bestehen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Prassler. Ich habe sieben weitere Wortmeldungen vorliegen. Kann ich davon ausgehen, daß wir die Liste schließen können?

(Zustimmung)

Darf ich um das Handzeichen bitten, wer damit einverstanden ist. - Gegenprobe! - Es ist mit Mehrheit so beschlossen. Das Wort hat Herr Kulenkampff.

Hans Ludwig Kulenkampff: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin grundsätzlich gegen jedes preislimitierende Vorkaufsrecht, weil es falsch ist, daß hier eine Behörde mit einem niedrigeren Preis hineinspringt, als vereinbart ist. Normalerweise ist der Preis, der ausgehandelt ist, der Verkehrswert. Wenn jetzt ein niedrigerer Preis hineinkommt, heißt das, daß unter dem Verkehrswert abgegeben wird.

Die Regelung mit den Richtwerten halte ich für völlig falsch. Richtwerte entstehen über eine gewisse Schätzung auf Grund einer Reihe vorliegender Kaufverträge. Diese Richtwerte hinken regelmäßig ein bis zwei Jahre hinter den tatsächlichen Werten her. Die Richtwerte sind häufig auch deswegen manipuliert, weil die Behörde auf niedrigere Preise Wert legt und daher die hohen Preise einfach herausnimmt und sie nicht mit berücksichtigt. Ich habe schon mehrmals festgestellt, daß der Richtwert, der von der Katasterverwaltung ausgewählt ist, bei 50 % des Verkehrswertes liegt. Das ist eine stille Enteignung unserer Eigentümer. Ich hätte kein Verständnis dafür, wenn die CDU einem solchen Antrag zustimmen würde.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Kulenkampff. Nächster ist Herr Dr. Lindner zu Antrag 615, dann Herr Jung zu Antrag 658. Bitte, bereithalten! Dann Herr Schauerte.

Dr. Georg Lindner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen der Delegierten des CDU-Landesverbandes Hessen darf ich mitteilen, daß nach unserer Auffassung die Antragskommission nicht ganz gut beraten war, als sie den letzten Antrag stellte.

Ich meine, sie ging haargenau bis an die Grenze dessen, was das Verbot des limitierenden Vorkaufsrechts bedeutet. Wir sollten nun im Interesse der CDU den letzten Schritt gehen und das preislimitierende Vorkaufsrecht total streichen. Der CDU-Landesverband Hessen befindet sich insofern mit seinem Antrag 615 völlig d'accord mit dem baden-württembergischen Antrag 1076. Wir werden ihm zustimmen. Ein preislimitierendes Vorkaufsrecht ist nicht systemkonform, sondern systemfremd. Vorkaufsrecht bedeutet Eintritt in einen bestehenden Kaufvertrag. Der Verkäufer hat bestimmte Preis-erwartungen, er wird durch die plötzliche Ausübung des Vorkaufsrechts überrascht. Er ist beim Abschluß des Vertrages nicht sicher, ob er den vereinbarten Preis auch bekommt. Das stellt, soweit der Preis unter dem vereinbarten Preis liegt, eine Teilenteignung dar und paßt einfach nicht in ein soziales Baubodenrecht der CDU. Ich möchte deswegen an alle Delegierten appellieren, die Initiative von Baden-Württemberg zu akzeptieren, die auch vollkommen den Vorschlägen des Landesverbandes Hessen entspricht. Jede Preislimitierung im Vorkaufsrecht heißt, das Pferd am Schwanz aufzäumen und bedeutet eine falsche Lösung, die nicht in das System paßt.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Jung aus Hessen. - Ist Herr Jung nicht da? Dann als nächster Herr Schauerte. Ich darf bitten, daß sich Herr Dr. Michel aus Hessen bereithält, dann anschließend Herr Daniels aus Rheinland.

Hartmut Schauerte: Meine Damen und Herren, ich weiß, daß es schwer ist, etwas anderes durchzubekommen als das, was die Antragskommission vorgeschlagen hat. Aber ich meine, wir unterliegen gerade hier bei der Frage des limitierten Vorkaufsrechts der Gefahr, überzuinstrumentalisieren. Wir haben eine Fülle von Möglichkeiten und von gesetzgeberischen Möglichkeiten beschlossen, die hier im Bereich des Baugebots, des Abbruchgebots, des Modernisierungsgebots usw. den Gemeinden die Möglichkeit geben, erwünschte oder unerwünschte Bebauung zu erreichen. Wir haben darüber hinaus beschlossen oder werden noch beschließen, das Enteignungsverfahren zu beschleunigen, zu trennen, zu effektuieren. Das alles sind Möglichkeiten, die den bisherigen Mißständen, die wir alle zur Genüge kennen, gehörig zu Leibe rücken werden. Bevor man in einschneidender Weise eingreift, wie das mit dem limitierten Vorkaufsrecht geschieht, muß man, meine ich, wenn man verantwortungsvolle CDU-Politik betreibt, erst einmal die Wirkungen dieser Fülle von Maßnahmen abwarten.

Ich glaube, wenn wir sie festgestellt haben, werden wir an ein preislimitiertes Vorkaufsrecht nicht mehr denken; dann werden wir nicht mehr darüber diskutieren.

Wenn die Gemeinde aus öffentlichen Belangen ein Grundstück braucht, kann sie enteignen, und zwar zu dem üblichen Wert, verringert um die Planwertabgabe, oder wie immer wir das nun bezeichnen wollen. Wenn sie aber das Grundstück nicht für unmittelbare öffentliche Belange braucht, ist es für meine Begriffe unzulässig, in die Vertragsfreiheit einzelner so einschneidend einzugreifen. Das wäre Enteignung, ohne daß die übrigen rechtsstaatlichen Voraussetzungen für die Enteignung vorliegen. Das wäre eine Überinstrumentalisierung.

(Beifall)

Wir sollten klug sein und das als CDU nicht mitmachen.

Ein Letztes, meine Damen und Herren. Ich selbst gehöre nicht zu den glücklichen Besitzern von Grund und Boden. Das ist nicht ein Problem von wenigen Großen. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland 11,6 Millionen Eigenheimbesitzer, die einer solchen Regulierung unterliegen könnten. Es ist auch soziale Politik, wenn wir uns hier gegen ein solches limitiertes Vorkaufsrecht aussprechen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Als nächster Herr Dr. Michel, Hessen. Ich darf Herrn Dr. Burggraf bitten, sich ebenfalls schon bereitzumachen. Vorher erteile ich aber noch Herrn Daniels das Wort.

Dr. Franz Michel: Herr Vorsitzender, ich werde versuchen, es kurz zu machen. Als Praktiker muß ich sagen: Der Versuch, durch Preislimitierung etwa einen Preisdruck ausüben zu wollen, ist kläglich zum Scheitern verurteilt. Wie geht es los? Die notariellen Verträge werden nicht mehr den reellen Wert wiedergeben, sondern werden leicht gefälscht sein. Nächste Folge: Die Preissammlungen werden nicht mehr stimmen. Nächste Folge: Die sich daraus ergebenden Vorkaufsrechte werden auch nicht stimmen. Weitere Folge: Niemand wird mehr bereit sein, sein Grundstück zu verkaufen; man wird andere Wege suchen, Erbbaurechte oder dergleichen. Weitere Folge: Bei den gegebenen Mehrheiten wird man versuchen, die Preise so zu manipulieren, daß nachher die Grundstücke doch überwiegend in den Besitz der Gemeinden übergehen, was eine schleichende Kommunalisierung wäre.

Wenn wir hier einen Preisdruck ausüben wollen, so kann ich nur immer wieder sagen: Ceterum censeo, appellieren wir an die Marktwirtschaft, schaffen wir soviel Angebot an Bauland durch Baulandausweisung, daß alle diese Hirngespinnste von Preisdruck oder Preisreglementierung gegenstandslos werden! Das wäre eine zukunftsweisende Vision, die allerdings in diesem Papier, das instrumental ausgelegt ist, nur sehr schwach zum Ausdruck kommt.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Michel!

Herr Daniels!

(Dr. Hans Daniels: Ich verzichte!)

Dann darf ich Herrn Dr. Burggraf das Wort erteilen, gleichzeitig aber auch Herrn Erpenbeck bitten, sich schon bereitzuhalten.

Dr. Hans Burggraf: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte noch einmal kurz den politischen Gesichtspunkt hervorheben. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Lenz hat vorhin freundlicherweise aus dem SPD-Pressedienst

zitiert. Dort hat Herr Vogel darüber berichtet, daß die CDU wesentliche Vorschläge der SPD übernommen habe. Das ist natürlich insofern falsch, als wir ja hier erst beschließen, was etwa von der SPD übernommen wird und was nicht. Herr Vogel glaubte, annehmen zu können, daß wir in den Planungswertausgleich schon eingetreten seien. Er meinte, wir hätten die Enteignungsentschädigung, wie sie die SPD vorsieht, übernommen, und er meinte auch, die Opposition habe ebenfalls das bereits limitierte Vorkaufsrecht, wie es die SPD vorgesehen hat, übernommen.

Ich glaube, wir müssen aus den hier vorgetragenen sachlichen Gründen, die wirklich sehr gravierend sind, dieses preislimitierte Vorkaufsrecht ablehnen. Andererseits sind auch die politischen Gründe, nämlich daß wir uns genügend von der SPD distanzieren müssen und auch hier für die Erhaltung des Eigentums eintreten, sehr gravierend. Es dürfte mit Art. 14, aber auch mit Art. 3 - dem Gleichheitsgrundsatz - des Grundgesetzes kaum zu vereinbaren sein, der öffentlichen Hand einen Preisnachlaß gegenüber Privaten zu gewähren, wenn sie als Käufer auftritt. Dies könnte sogar zu einer Bodenhortung durch Gemeinden führen, ohne daß diese durch die normalerweise auftretenden Preissteigerungen bestraft würden.

Vor allem auch aus diesen verfassungsrechtlichen Gründen und aus den vorgetragenen politischen Gründen bitte ich Sie, den verschiedenen vorliegenden Streichungsanträgen zu folgen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Erpenbeck.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der beträchtlichen Ausweitung des Vorkaufsrechts, wie wir sie in den Absätzen 1 und 2 beschlossen haben, müssen natürlich die Bedingungen, zu denen ein Vorkaufsrecht ausgeübt wird, ganz besonders sorgfältig abgewogen werden; sonst könnten wir die Absätze 1 und 2 der beschlossenen Vorlage gar nicht tragen.

Wir müssen hier auch den Zusammenhang mit der Aktualisierung der Grundsteuer sehen, da ja die Werte für die Grundstücke viel zeitnäher festgesetzt und damit auch transparent, bekannt sind. Auch das übt bereits eine gewisse Preisregulierung aus. Wenn das auf die Richtwerte abgestellt werden sollte, würde man den speziellen Wert, den jedes Grundstück in sich trägt, nicht berücksichtigen, sondern zu allgemeinen Durchschnittswerten kommen und damit die allergrößten Ungerechtigkeiten auslösen,

(vereinzelter Beifall)

d. h. dem einen viel zuviel, dem anderen viel zuwenig zahlen. Ich meine, hier kann man keine Durchschnittsregelung gebrauchen. Wenn bei der Ausübung des Vorkaufsrechts tatsächlich überhöhte Forderungen gestellt werden, dann sollten - das wäre ehrlich und sauber -, wenn das Grundstück zur Realisierung der Bauleitplanung wirklich gebraucht wird, diese überhöhten Forderungen durch einen Enteignungsbeschluß abgewandt werden. Das wäre eine saubere Lösung, die sowohl marktwirtschaftlich als auch sozial ist.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Erpenbeck!

Ich darf mir eine Bemerkung dazu erlauben, daß es einem Gast gelungen ist, hier zu sprechen, obwohl nur Delegierte reden dürfen. Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin: Rederecht haben grundsätzlich nur Delegierte.

Wir kommen zur Abstimmung über den Vorschlag der Antragskommission, den Herr Dr. Waffenschmidt bereits vorgetragen hat. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke! Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Das zweite war die Mehrheit. Der Vorschlag der Antragskommission ist abgelehnt.

(Beifall)

Das bedeutet, daß der letzte Absatz in Ziffer 9.6. entfällt.

Ich rufe die Ziffer 9.7. auf. Dazu liegen Wortmeldungen nicht vor. Ich darf über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen lassen und bitte diejenigen um das Handzeichen, die ihm zustimmen. - Ich bitte um die Gegenprobe. Stimmenthaltungen? - So angenommen!

Ich rufe die Ziffer 9.8. auf. Dazu liegen mir drei Wortmeldungen vor. Wir können wohl davon ausgehen, daß damit die Rednerliste zu Ziffer 9.8. geschlossen werden kann. Zunächst spricht Herr Kessler, Solingen, zu dem Antrag 680. Ihm folgen Herr Kulenkampff und Herr Dr. Fuchs.

Dr. Wolfram Kessler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, in der zweiten Ausführungsalternative - Beschleunigung des Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens - die Worte "durch Verkürzung prozessualer Fristen" zu streichen.

Denn diejenigen, die die Verfahren wirklich verschleppen - das erweist die Praxis, und das können die hier anwesenden Regierungspräsidenten bestätigen -, sind die Enteignungsbehörden, die sie nicht zügig durchführen. Man braucht in Deutschland bei Entscheidungsverfahren keinerlei prozessuale Tricks anwenden. Dafür sorgt schon die Langsamkeit des behördlichen Verfahrensgangs. Ich möchte durch die Streichung dieser drei Worte erreichen, daß der Beschleunigungsaktzent nicht in die falsche Richtung geht, sondern daß deutlich gemacht wird, daß sich diejenigen zu beeilen haben, die bisher gebummelt haben. Das sind nicht die Bürger und ihre Anwälte, sondern die Behörden.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Danke! Das Wort hat Herr Kulenkampff.

Hans Ludwig Kulenkampff: Zum letzten Auftritt!

(Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer den Antrag 680 gelesen hat, muß annehmen, daß er von jemanden verfaßt worden ist, der noch nie ein Enteignungsverfahren mitgemacht hat. Wer das Enteignungsrecht kennt, weiß, daß es im Enteignungsverfahren nur eine prozessuale Frist gibt, und das ist die Einlassungsfrist von einem Monat. Diese muß man einem Eigentümer zubilligen. Das Verfahren dauert aber normalerweise ein bis drei Jahre. Das liegt nur daran, daß die Behörde zu langsam arbeitet, häufig weil sie nicht besetzt ist, häufig weil sie klüngelt. Die Worte "durch Verkürzung prozessualer Fristen" müssen also gestrichen werden. Gegebenenfalls bitte ich die Worte "durch bessere Besetzung von Enteignungsbehörden und Enteignungsgerichten" einzufügen.

Weiterhin ist im Antrag 680 von "Verbindung verschiedener Enteignungsverfahren die Rede. Meine Herren, das ist eine offene Tür: Enteignungsverfahren können auch heute schon jederzeit verbunden werden. Wir haben es ein paarmal gemacht; aber es hatte keinen Erfolg. Ich möchte dazu sagen: Ich habe Hunderte von Enteignungsverfahren durchgeführt. Es hatte deswegen keinen Erfolg, weil es bei solchen Verbindungen wie in einem Konvoi zugeht: das ganze Verfahren richtet sich nach dem langsamsten Schiff. Wenn ein Grundbuchauszug fehlt oder ein Eigentümer nicht feststeht oder ein Nebenberechtigter nicht geladen werden kann, kann keines der Grundstücke enteignet werden.

Es bleiben dann alle liegen. Es ist viel besser, man führt jedes Verfahren für sich durch. Es geht dann - das ist meine Erfahrung aus vielen Verfahren - wesentlich schneller, als wenn ein großer Haufen zusammen ist.

Wenn Sie schließlich das Enteignungsverfahren vom Entschädigungsverfahren trennen, müssen Sie auch erreichen, daß das Entschädigungsverfahren flott erledigt wird. Die Enteignungsbehörden sind staatliche Stellen. Sie haben ein Interesse daran, dem Staat zu dienen und die Grundstücke zu beschaffen. Sie sind meist nicht sehr daran interessiert, dem Eigentümer auch seine Entschädigung zukommen zu lassen. Ich habe es, wenn wir auf freiwilliger Basis getrennt haben, wiederholt erlebt, daß das Grundstück innerhalb von vier Wochen zur Verfügung stand, daß die Eigentümer aber auf die Entschädigung zwei oder drei Jahre warteten. Es ist nicht möglich, einfach zu sagen: wir trennen, Hauptsache, wir bekommen die Grundstücke, und die Eigentümer mögen sehen, wie sie ihren Teil bekommen. - Ich bitte daher, diesem Antrag zu entsprechen.

Vielleicht darf ich schnell noch einen Vergleichsvorschlag vorlegen. Es wäre eine Möglichkeit, zu schreiben: Beschleunigung des Verwaltungsgerichtsverfahrens - das war mein Antrag -, und dann zu sagen: durch Einführung kürzerer Fristen oder kurzer Fristen. Das heißt: nicht Fristen verkürzen, sondern Fristen einführen, an die die Behörde gebunden ist. Dies gilt für das Enteignungsverfahren und für das Entschädigungsverfahren.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Dieter Fuchs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf Antrag 712 richten, dessen Ablehnung von der Antragskommission empfohlen wird. Wir erklären uns notgedrungen mit dieser Ablehnung einverstanden, wenn man von einer Formulierung absieht. Es ist die im dritten Absatz:

Die Zahlung des unstreitigen Entschädigungsbetrages soll nach Erlaß des "Besitzanweisungsbeschlusses", soweit ein solcher erlassen wird, erfolgen.

Meine Damen und Herren, Sie werden es in der Praxis oft erleben, daß im Enteignungsverfahren eine vorzeitige Besitzanweisung erfolgt und daß es dann bis zum eigentlichen Enteignungsbeschuß noch eine ganze Weile Zeit hat. Der unstreitige Entschädigungsbetrag sollte denjenigen, die durch das Enteignungsverfahren betroffen werden, so rechtzeitig wie möglich zugeleitet werden, und da scheint mir, daß der Besitzanweisungsbeschuß das Datum setzt, zu dem man das unschwer tun kann.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir dabei folgen könnten, diesen Teil noch in die Vorlage des Bundesvorstandes - d.h. Ziffer 9.8., Antrag A 680 - einzufügen. Dort müßte es dann bei der vierten Maßnahme heißen:

Zahlung des unstreitigen Entschädigungsbetrages sofort nach Erlaß des Besitzanweisungsbeschlusses, soweit ein solcher ergeht, oder des Enteignungsbeschlusses.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank! - Für die Antragskommission Herr Dr. Waffenschmidt.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission sieht sich in der glücklichen Lage, empfehlen zu können, daß allen drei Anträgen, die hier gestellt worden sind, zugestimmt wird.

(Beifall)

Es geht also einmal um die Streichung bei der Abkürzung der prozessualen Fristen, vor allem aber um das letzte, daß nämlich bei Besitzanweisungsbeschuß eine Abschlagszahlung geleistet wird. Ich glaube, das dient dem Betroffenen. Und auch das dritte, eine Beschleunigung des Enteignung- wie des Entschädigungsverfahrens, wozu Herr Kulenkampf gesprochen hatte, unterstützen wir.

Alle drei Anträge sind im Sinne der gemeinsamen Prinzipien. Wir empfehlen Annahme.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank! Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört. Wer dem zustimmt, möge das Handzeichen geben. - Danke. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dem Vorschlag ist zugestimmt.

Ich rufe Ziffer 9.9. auf. Dazu liegen mir 4 Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, daß ich die Rednerliste damit schließen kann?

(Zustimmung)

- Danke. Für die Antragskommission Herr Dr. Waffenschmidt.

Dr. Horst Waffenschmidt: Meine Damen und Herren, nachdem der Planungswertausgleich durch Entscheidung des Parteitages nicht eingeführt wird, möchten wir Ihnen zu Beginn der Debatte über Ziffer 9.9. folgende Formulierung empfehlen. Das, was Sie als Vorschlag des Bundesvorstandes und der Antragskommission vorliegen haben, soll, gekürzt um den letzten Satz, erhalten bleiben. Unser Antrag würde dann lauten:

Eine preisregulierende Wirkung kann die Enteignung freilich nur dann erbringen, wenn bei der Entschädigung planungsbedingte Werterhöhungen nicht berücksichtigt werden.

Wegfallen würde der Satz:

Die Enteignungsentschädigung ist daher nach dem Wert zu bemessen, der auch der Erhebung des Planungswertausgleiches zugrunde liegt.

Wir hätten damit eine Berechnung der Enteignungsentschädigung, bei der wir sagen: nicht berücksichtigt werden darf allein das, was durch Planung der öffentlichen Hand an Wertsteigerung da ist. Ansonsten hätte die Wertberechnung nach den allgemeinen Gesichtspunkten zu erfolgen.

Ferdinand Erpenbeck: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem neuen Vorschlag der Antragskommission, der die Streichung des zweiten Satzes in Ziffer 9.9. vorsieht, kurz Stellung nehmen. Damit hätten wir die Regelung, die auch im Städtebauförderungsgesetz für die Sanierungs- und Entwicklungsgebiete vorgesehen ist, von der wir aber vorher durch Herrn Minister Gaddum gehört haben, sie sei nicht praktikierbar. Ich glaube, daß die Erfahrungen mit dem Städtebauförderungsgesetz noch nicht so sind, daß man darüber ein letztes Urteil sprechen könnte. Hier bleibt uns, falls man dem, was die Antragskommission vorgeschlagen hat, nicht folgen wollte, lediglich die Alternative der Streichung des ganzen Absatzes 9.9.

Man muß sich einmal vor Augen führen, daß es hier ja ein Geflecht, ein Zusammenwirken gibt: einmal ist da die Aktualisierung der Grundsteuern, also die zeitnahe Bewertung, dann die Ausübung des Vorkaufsrechts und damit die entsprechende Festsetzung der Werte und Entschädigungsleistungen bei Enteignungen und letztlich auch die Errechnung des Beitrages zur Erstellung der Infrastruktur. Nun muß das natürlich in ein System gebracht werden, damit man nicht mit der einen Regelung die andere aufhebt.

Unter diesem Aspekt muß ich mich für die Streichung der Ziffer 9.9. aussprechen, kann aber, da uns heute lediglich diese Alternative gegeben ist, ersatzweise den Antrag der Antragskommission unterstützen.

Dr. Helmut Prassler: Meine Damen und Herren! Der übrigbleibende Satz, bei dem die preisregulierende Wirkung in der Meinungsbildung offenbar die Überhand bekommt, scheint mir gerade jetzt überhaupt nicht mehr sinnvoll zu sein. Denn wie sollte durch die wenigen Fälle, in denen Enteignungen zum allgemeinen Wohl notwendig sind, noch eine preisregulierende Wirkung ausgeübt werden, wenn wir uns

sonst auf ganz andere Grundsätze verständigt haben? Es kommt nicht von ungefähr, daß der Vorstand selbst an anderer Stelle den Hinweis auf die preisregulierende Wirkung in seiner Vorlage gestrichen hat. Daher dürfte hier, ganz systemgerecht, davon auch nicht mehr die Rede sein.

Es ist aber viel eher die Frage, ob auch durch die bisherigen Beschlüsse über eine zeitnahe Bewertung, die Steuerwerte schon vor Inanspruchnahme einer Enteignung ergeben, nach Kaufpreissammlungen und Richtpreisen das ausreichende Instrument für die Bemessung auch einer Enteignungsentschädigung gegeben ist. Deshalb haben wir Ihnen in Antrag 1076 eine Neuformulierung vorgelegt:

Die Höhe der Enteignungsentschädigung
(angemessene Entschädigung)

- entsprechend vorliegenden Bundesverfassungsurteilen -

ist durch Koppelung mit der zeitnahen
Bewertung der Grundstücke festzusetzen.

Dies läßt das Gesetzgebungsverfahren über die Ausgestaltung offen und ist eine politische Entscheidung.

Ich bitte Sie, dem Antrag 1076 zuzustimmen und der dort formulierten Bestimmung den Vorzug gegenüber Ziffer 9.9. auch in der zuletzt vorgeschlagenen Fassung zu geben.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Praßler. Als nächster Herr Dr. Burghardt.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Satz 2 ist ja schon gefallen. Aber auch Satz 1 scheint mir einigermaßen abwegig zu sein, wie Herr Dr. Praßler eben schon vorgetragen hat. Wir haben gerade beschlossen, daß die Enteignung nur als letztes Mittel der Baubodenordnung zulässig sein soll. Sie wird also eine verhältnismäßig seltene Ausnahme sein. Deshalb ist es völlig abwegig, von der Enteignungsentschädigung eine preisregulierende Wirkung, wie es in Satz 1 heißt, zu erwarten. Wir sollten es uns als CDU-Parteitag nicht leisten, einen offensichtlichen volkswirtschaftlichen Unsinn in unser Programm hineinzuschreiben. Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, dem Streichungsantrag des Landesverbandes Hessen und etlicher anderer Landes- und Kreisverbände zu folgen.

Wir haben vorhin noch einmal darüber gesprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Antrag des Landesverbandes Oldenburg recht vernünftig ist. Da heißt es: Bei der Bemessung der Enteignungsentschädigung sollte vom Verkehrswert des Zeitpunktes der Einleitung des Entschädigungsverfahrens ausgegangen werden.

Also, meine Damen und Herren, zunächst Streichung auch des ersten Satzes, und dann können wir uns überlegen, auf welche Alternative wir eingehen. Meine Freunde und ich empfehlen den Antrag des Landesverbandes Oldenburg.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Dr. Burg-
hardt. Als nächster Herr Daniels.

Dr. Hans Daniels: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch dafür aussprechen, den Antrag des Landesverbandes Oldenburg anzunehmen. Derjenige, dessen Grundstück für eine öffentliche Maßnahme in Anspruch genommen wird, bringt ohnehin ein besonderes Opfer für die Allgemeinheit, weil er sein Grundstück gegen seinen Willen aufgeben und dafür Geld nehmen muß. Wenn er dann dazu noch weniger bekommt, als er an sich nach dem Verkehrswert zu bekommen hätte, wird er doppelt bestraft und gegenüber dem, der das Glück hat, daß sein Grundstück an anderer Stelle liegt, doppelt benachteiligt.

Ich meine deshalb, daß gerade bei der Enteignungsentschädigung, wo es um einen harten Eingriff geht, der objektiv ermittelte Verkehrswert, notfalls durch die Gerichte festgestellt, zugrunde gelegt werden sollte. Er sollte aber, wie es der Antrag des Landesverbandes Oldenburg vorsieht, auf den Zeitpunkt der Einleitung des Enteignungsverfahrens festgesetzt werden, damit die Wertsteigerung, die während des Verfahrens und durch Verzögerungstaktiken des zu Entschädigenden herbeigeführt werden, diesem nicht zugute kommen.

Wir empfehlen deshalb die Annahme des Antrages des Landesverbandes Oldenburg: Verkehrswert im Zeitpunkt der Einleitung des Enteignungsverfahrens.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Für die Antragskommission Herr Dr. Waffenschmidt.

Dr. Horst Waffenschmidt, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Verständnis, daß wir die Regelungen, die Sie jetzt vorschlagen, immer wieder rückbezüglich neu durchdenken müssen, nachdem der Planwertausgleich aus unserer Systematik ausgeschieden ist.

Ich möchte Ihnen einen Kompromißvorschlag machen, der den letzten Diskussionsbeiträgen hier entspricht, die ja den Antrag 731 haben wollen:

Bei der Bemessung der Entschädigungsleistungen sollte vom Verkehrswert des Zeitpunktes der Einleitung des Entschädigungsverfahrens ausgegangen werden.

Dazu müßte aber um der Klarheit willen gesagt werden, daß bei der Entschädigung planungsbedingte Werterhöhungen nicht berücksichtigt werden. Es gibt ja auch, Herr Dr. Daniels, solche, die durch öffentliche Planung herbeigeführt werden. Wenn wir beides berücksichtigen könnten, wäre ein Ausgleich der verschiedenen Aspekte, die hier vorgetragen wurden, zu erzielen. Ich möchte dies für die Antragskommission empfehlen.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß dieser Vorschlag des Vertreters der An-

tragskommission eine neue Diskussion auslösen könnte. Ich habe vorhin die Rednerliste geschlossen. Es muß jetzt jeder wissen, ob er diesem Vorschlag zustimmen kann oder nicht. Ich bitte um das Handzeichen, wer dem Vorschlag von Herrn Dr. Waffenschmidt zustimmt. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Vorschlag von Herrn Dr. Waffenschmidt angenommen.

Ich rufe auf Seite 16 oben auf: "Weitere Anträge zum städtebaulichen Instrumentarium". Dazu und zum Antrag A 760 hat Herr Erhard das Wort.

Benno Erhard: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Antrag 760 meint die Antragskommission, daß mit der Ablehnung der beiden vorausgegangenen Anträge dieser als erledigt angesehen werden könnte. Die Antragskommission hat das bewußt so vorsichtig formuliert, weil in den beiden vorausgegangenen Anträgen, die sich mit dem Umlegungsproblem beschäftigen, nichts ähnliches zum Antrag 760 zu finden ist. Er beschäftigt sich nämlich mit der Baunutzungsverordnung. Daß Umlegungsverfahren und Baunutzungsverordnung etwas gänzlich Verschiedenes sind, hat man offensichtlich auch bei der Antragskommission gemerkt. Offenbar wollte man aber wegen der Kürze der Zeit nicht in die Problematik einsteigen und sich nicht, wie im Antrag vorgesehen, mit der Baunutzungsverordnung beschäftigen.

Ich möchte den Parteitag heute abend damit sachlich auch nicht mehr beschäftigen, sondern möchte darum bitten, diesen Antrag nicht als erledigt zu betrachten, sondern ihn zur weiteren Beratung an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Dann hätten wir den Antrag hier vom Tisch, und in der Sache könnte man noch darüber reden.

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Kollege Erhard. Das ist der weitergehende Antrag. Darf ich fragen, wer dem zustimmt. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Zu den Anträgen A 758 und A 759 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Darf ich um das Handzeichen bitten, wer dem zustimmt. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - So angenommen. Damit haben wir den Abschnitt 9 erledigt.

Ich darf mich herzlich bedanken und übergebe das Präsidium an Herrn Neumann.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich rufe Abschnitt E auf: "Soziale Absicherung der städtebaulichen Zugriffsinstrumente", und zwar Ziffer 11. Dazu hat sich Herr Dr. Czaja zu Wort gemeldet.

Dr. Herbert Czaja: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat in der Meinung, daß der Planungswertausgleich genehmigt werde, den Antrag A 982 abgelehnt. Der Antrag A 982 ist die marktwirtschaftliche Alternative zum Planungswertausgleich. Der Planungswertausgleich wurde abgelehnt, es wurde der Antrag A 1077 aus Baden-Württemberg angenommen, der erweiterte Erschließungsbeitrag. Dieser erweiterte Erschließungs-

beitrag kann aber nicht alles leisten, was die Gemeinden zur Vorhaltung von Gelände und zur Erschließung brauchen. Deswegen hat der Antrag A 982, systematisch klar gedacht von Baden-Württemberg, einen marktwirtschaftlichen Vorschlag zur Hilfe gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß etwa 80 Milliarden DM als totes Kapital im bereits geförderten öffentlichen Wohnungsbau liegen. Davon entfallen mindestens 20 Milliarden DM auf die Wohnungen, die bis 1960 fertiggestellt wurden. Dieses Kapital wird heute schon einschließlich Verwaltungsgebühr mit 4 1/2 % verzinst. In Zeiten mit normalem Zinssatz ist eine Umschuldung - nicht beim Höchstzinssatz - sehr wohl möglich. Deshalb beantragt Baden-Württemberg, durch vereinbarte Umschuldung älterer öffentlicher Wohnungsbau-mittel auf Kapitalmarktdarlehen das tote öffentliche Kapital zu mobilisieren. Es wird ausdrücklich von den älteren öffentlichen Mitteln gesprochen, so daß die Mieter dadurch nicht belastet werden.

Denn es wird doch nur die Restschuld mobilisiert. Dadurch sollen aber Zinssubventionen, insbesondere auch für den Ankauf, die Vorhaltung und die Erschließung von Bauland, den Gemeinden gewährt werden, wenn als Gegenleistung für langjährige Zins- und Kredit-hilfen diese Grundstücke zum ursprünglichen Ankaufspreis plus Selbstkosten für den sozialen Wohnungsbau und die Eigentumsbil-dung verfügbar gemacht werden.

Man erreicht dann noch etwas zweites. Man verhindert die Wertzu-wächse und die Weitergabe von Wertzuwächsen während der Landvor-haltung mit diesen Grundstücken.

Drittens werden auf diesem Wege nicht mehr benötigte Privilegie-rungen fehlbelegter Wohnungen, die vor Jahrzehnten objektgefördert wurden, abgebaut, und die freiwerdenden Mittel werden marktwirt-schaftlich sinnvoll für den Bauboden eingesetzt.

Wie ich höre, ist die Antragskommission dafür. Ich bitte um An-nahme.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Ritz hat das Wort.

Dr. Burkhard Ritz: Meine Freunde, die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 982 anzunehmen und in Ziffer 7.3 anzuhängen, wo es um die Finanzierung geht.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen jetzt erst über den Vorschlag der Antragskommission und dann über den Antrag A 982 ab. Wer für den Vorschlag der Antrags-kommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit; angenom-men.

Dann stimmen wir über den Antrag A 982 ab, der dann in Ziffer 7.3 untergebracht wird. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit Mehrheit an-genommen.

Ich rufe Ziffer 12 auf. Dazu hat Herr Gaddum, Rheinland-Pfalz, das Wort.

J.W. Gaddum: Meine Damen und Herren, die Antragskommission ergänzt ihren eigenen Vorschlag durch eine zusätzliche Formulierung des Inhalts: Die fiktive Besteuerung der Miete einer eigengenutzten Wohnung muß entfallen.

Ich bin mir darüber im klaren, daß das ein sehr populärer Antrag ist. Ich muß mich trotzdem dagegen aussprechen, weil dies grundsätzlich gegen die Gleichheit der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit verstößt. Wir beschließen morgen über Mitbestimmung. Wenn wir dort etwas über praktische Vermögensbildung etwa im industriellen Bereich beschließen, wird niemand daran denken, die Erträge und den Nutzen un versteuert zu lassen. Wir brechen hier ein Prinzip, das sich durch das ganze Steuerrecht hindurchzieht, wenn wir diesen Antrag annehmen. Ich muß mich deshalb dagegen aussprechen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Ritz das Wort.

Dr. Burkhard Ritz: Nach Abklärung in der Antragskommission empfiehlt diese nun, entsprechend dem Vorschlag von Herrn Minister Gaddum zu verfahren und diesen Satz fallenzulassen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann würde aus dem Vorschlag der Antragskommission der erste Spiegel herausgenommen:

- unter Einbeziehung der Anträge Nr. A 1014 und A 1019 in folgender Fassung als letzter Satz:

Die fiktive Besteuerung der Miete einer eigengenutzten Wohnung muß entfallen.

Im übrigen bliebe es bei der Vorlage der Antragskommission..

Ich darf darüber abstimmen lassen. Wer mit dieser Maßgabe für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 13 auf: Wohnungsbauförderung. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Ziffer 14: Sozialplan. Auch keine Wortmeldungen. Wer sich für den Vorschlag der Antragskommission ausspricht, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ziffer 15. Keine Wortmeldungen. Wer für die Vorlage der Antragskommission ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe dann den Punkt "Weitere Anträge" auf. Dazu hat Herr Janing das Wort.

Heinz Janning: Meine Damen und Herren, dies ist das letzte Mal. Antrag A 758 betrifft die Umlegung. Ich möchte auf eine ausführliche Begründung verzichten, warum meine Stimme nicht mehr mitmacht.

Sie müssen sich jetzt folgendes notieren. Als Antrag wird jetzt nur noch der erste Abschnitt gestellt. Der konkretisierende Teil wird gestrichen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Dazu erteile ich von der Antragskommission Herrn Dr. Waffenschmidt das Wort.

Dr. Horst Waffenschmidt: Ich kann es bei einem Satz bewenden lassen: Die Antragskommission empfiehlt, nachdem sie das diskutiert hat, Annahme dieses Antrages.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse darüber abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir gemäß dem Punkt "Weitere Anträge" über die Anträge A 1072 und 1073 abstimmen müssen. Hier liegt ein Vorschlag der Antragskommission vor. Wer dafür ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Schlußabstimmung über den gesamten Punkt "Soziales Baubodenrecht". Wer für die Vorlage insgesamt ist, und zwar unter Berücksichtigung der soeben erfolgten Änderungen, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Danke. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.


(Beifall)

Meine Damen und Herren, morgen früh setzen wir den Parteitag um 9.30 Uhr mit Punkt 14 - "Vermögenspolitische Leitsätze" - fort. Bis dahin unterbreche ich den Parteitag.

(Schluß der Sitzung: 23.40 Uhr)







22. Bundes- Parteitag









Montag, 19. November 1973

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.32 Uhr

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, ich eröffne die heutige Sitzung des Bundesparteitages. Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen und bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich darf in unserer Mitte sehr herzlich begrüßen den Generalsekretär der CSU, unseren Freund Tandler.

(Beifall)

Wir beginnen mit der Beratung des Tagesordnungspunktes: Vermögenspolitische Leitsätze. Vorweg darf ich folgendes mitteilen. Wir haben miteinander zu behandeln die Präambel, sodann das unter den fünf Überschriften a) Vorstellungen von der Gesellschaft, b) Grundsätze christlich-demokratischer Eigentumpolitik, c) Leitsätze für eine partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen, d) Aktionsprogramm und e) Zurückgestellte Anträge - sie sind auf Seite 33 der Empfehlungen der Antragskommission abgedruckt, nämlich C 1 bis C 17 - Aufgeführte. Diese Anträge werden einzeln behandelt nach dem Vorschlag der Antragskommission, und zwar dann, wenn die verschiedenen Anträge unter den Überschriften, die ich soeben vorgetragen habe, zur Beschlußfassung anstehen.

Ich darf zunächst einmal fragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist, daß so verfahren wird, wie bereits auf Seite 33 der Empfehlungen der Antragskommission, oben vor der Präambel, vorgeschlagen ist. - Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschloßen.

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß gestern ein Beschluß gefaßt worden ist, und zwar dahingehend, daß zunächst die Antragskommission ihre Vorstellungen vorträgt, sofern im einzelnen Gegenstellungen auf Grund von vorliegenden Anträgen von Kreisverbänden, Landesverbänden, Vereinigungen begründet wurden. Ich darf außerdem darauf hinweisen, daß die Vorlagen der Antragskommission, ebenfalls nach dem gestrigen Beschluß, zunächst zur Abstimmung gestellt werden. Darf ich fragen, ob zu dem, was ich soeben vorgetragen habe, das Wort gewünscht wird? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich jetzt zur Präambel. Dazu gehören die Anträge C 18 bis C 33. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 18 unter Einbeziehung von Antrag C 22 in der Fassung, die ausgedruckt ist und Ihnen vorliegt.

Zur Präambel liegt eine Wortmeldung von Herrn Müller, Landesverband Rheinland, vor. Herr Müller möchte zum Antrag C 29 sprechen. Aus der Drucksache können Sie ersehen, daß der Antrag nach Meinung der Antragskommission erledigt ist, wenn die Vorlage angenommen wird.

Ich darf Herrn Müller das Wort erteilen. Bitte schön!

Alfons Müller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Viele Bürger unseres Landes knüpfen an diesen Parteitag hohe Erwartungen. Meines Erachtens ist bisher in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig deutlich geworden, daß wir außer der so wichtigen Entscheidung über die paritätische Mitbestimmung eine ebenso wichtige Entscheidung in der Vermögensbildung heute zu treffen haben.

(Beifall)

Die CDU hat meines Erachtens die große Chance, heute deutlich zu machen, daß der soziale Rechtsstaat eine Eigentumsordnung schaffen muß, die allen Bürgern den Zugang zu Eigentum und besonders Zugang zu den Produktionsmitteln zu gewährleisten hat. Das heißt, wir müssen für eine Vermögensverteilung eintreten, durch die die geschaffenen und vermehrten Güter bzw. deren Nutzung allen zugute kommen.

Wir sollten deutlich sagen: Vermögen entsteht aus dem Zusammenwirken von Kapital und Arbeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß Arbeitnehmer, Unternehmer und Kapitalgeber ihren Anteil erhalten. Jeder muß am Ergebnis des partnerschaftlichen Zusammenwirkens beteiligt sein. Das setzt voraus, daß wir uns deutlich für die Soziale Marktwirtschaft bekennen und jede Form des Sozialismus ablehnen.

Die Arbeitnehmer draußen wollen keine utopischen Scheinlösungen und wollen keinen Klassenkampf. Sie wollen aber sehr wohl beteiligt sein am Ergebnis ihrer Arbeit. Unser Weg ist daher der richtige, wenn wir für die individuelle Beteiligung, für persönlich verfügbares Miteigentum am Produktionsvermögen eintreten.

Meine Damen und Herren, das sollten wir bereits in der Präambel sehr deutlich sagen. Wir sollten sehr deutlich sagen, wofür und wogegen wir sind. Ich meine, wir sollten uns auch darüber im klaren sein, daß unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung nur so lange Bestand hat, wie sich unsere Bürger damit identifizieren können. Wenn die SPD heute einseitig nur die Mängel unseres Gesellschaftssystems herausstellt und dann den Klassenkampf als Antwort proklamiert, meine ich, muß die Union eine überzeugende Antwort geben, muß mithelfen, daß wir zu einer Bewußtseinsbildung kommen, die dazu beiträgt, daß alle Bürger dieses Landes bereit sind, diese unsere Gesellschaftsordnung auch zu verteidigen und mit zu erhalten.

Deswegen muß es uns gelingen, daß alle zu Eigentum und alle zu Beteiligungswerten kommen. Alle Menschen müssen am wachsenden Ertrag unserer Wirtschaft stärker und gerechter beteiligt sein.

Meine Damen und Herren, der Kreisverband Köln(Land) hat deshalb der Präambel einige weitere Akzente gegeben. Wir dürfen nicht nur sagen, wofür und wogegen wir sind, sondern wir müssen das sehr deutlich und sehr hart sagen, d.h. eine Abgrenzung zum Sozialismus hin, aber auch eine Abgrenzung zu ungebundener Unternehmerschaft hin. Dem auch durch die Tat gerecht zu werden, sind wir, meine ich, den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und den Prinzipien der Vermögensbildung schuldig.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich, im Hinblick auf die Präambel das zu beschließen, was wir beantragen, damit von

vornherein sichtbar wird, welche Lösungen wir in Fragen der Vermögensbildung anstreben und uns vorstellen.

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Ich bitte alle Parteifreunde, sich eng an die Anträge zu halten, die hier begründet werden. Weiterhin bitte ich darum, bei Wortmeldungen mitzuteilen, zu welchem Antrag gesprochen wird. Für die Antragskommission hat jetzt Herr Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission stimmt dem Antrag von Köln-Land, der eben von Herrn Müller begründet wurde, in der Zielsetzung zu. Wir sind aber der Ansicht, daß das, was dieser Antrag beinhaltet, von der Präambel in der Vorlage des Bundesvorstandes abgedeckt wird. Wir sind der Ansicht - hier decken sich unsere Vorstellungen -, daß wir in der Vermögensbildungsvorlage nicht lediglich neue verteilungspolitische Maßnahmen anzukündigen haben, sondern klar aufzuzeigen haben, worum es uns geht, was uns grundsätzlich von den anderen trennt. Deshalb sagen wir, daß wir für die Soziale Marktwirtschaft und gegen die sozialistische Planwirtschaft sind. Wir haben es aber als CDU, die wir bei uns die Soziale Marktwirtschaft auf ihren heutigen Stand gebracht haben, in diesem Land nicht nötig, gegen ungebundene Unternehmerwirtschaft zu wettern - wie es der Antrag von Köln-Land will -, denn diese Form ist durch die Soziale Marktwirtschaft auch in ihrer heutigen Ausgestaltung schon nicht mehr möglich. Ebenso sagen wir, daß wir für soziale Partnerschaft und gegen Klassenkampf sind. Wenn wir das sagen, brauchen wir nicht noch einmal zu sagen, daß wir gegen Ausbeutung sind, wie es im Antrag von Köln-Land vorgeschlagen wird. Wenn wir für breitgestreutes Eigentum am Produktivvermögen sind, sind wir damit ja gleichzeitig gegen die Eigentumskonzentration in den Händen weniger. Wir beantragen deshalb, die Vorlage des Bundesvorstandes so zu belassen, wie sie ist.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pieroth! Weitere Wortmeldungen zur Präambel liegen nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht jetzt die von der Antragskommission erarbeitete Fassung, die Ihnen auf Seite 33 des Bandes "Empfehlungen der Antragskommission" vorliegt. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Dankeschön! Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltung? - Bei wenigen Gegenstimmen ist es so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen worden ist.

Damit sind zugleich die Anträge C 19 bis C 31 und C 33 als erledigt anzusehen. Der Antrag C 32 ist damit abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zu Kapitel A: Vorstellungen von der Gesellschaft. Ich rufe Abschnitt I auf. Dazu gehören die Anträge C 34 bis C 52. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag C 34. Damit wären die Anträge C 35 bis C 44, C 46, C 47, C 49 bis C 52 erledigt. Gleichzeitig wären die Anträge C 45 und C 48 abgelehnt.

Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön!

Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen.
Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe Abschnitt II auf. Hierzu gehören die Anträge C 53 bis C 64. - Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 53 unter Einbeziehung von Antrag C 54. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Damit ist auch Abschnitt II einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Abschnitt III. Dazu gehören die Anträge C 65 bis C 91. Zu Antrag C 66 liegt die Wortmeldung von Herrn Häussler vor.

Erwin Häussler: Liebe Parteifreunde! Der erste kursiv gedruckte Absatz im Abschnitt III des Antrages C 65 lautet:

- Kapitaleigner und Arbeitnehmer nicht im Klassen-
gegensatz zueinander stehen,.

Wir vom Landesverband Baden-Württemberg schlagen vor, diesen Satz gegen folgende Formulierung auszutauschen:

- Kapital und Arbeit keine Klassen sind,.

Wir wünschen also eine Versachlichung der Aussage in dem Antrag des Bundesvorstandes. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Häussler!

Hierzu hat für die Antragskommission jetzt Herr Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. C. Schwarz-Schilling: Meine lieben Parteifreunde!
Es gibt eine ganze Menge Anträge, die auf eine Änderung der kursiv gedruckten Absätze in dem Antrag des Bundesvorstandes abzielen. Ich glaube, wenn man diese Absätze insgesamt liest, ergibt sich, daß die Formulierung in der Vorlage des Bundesvorstandes genau das ausdrückt, was auch in den einzelnen Anträgen steht. Auch mit der Formulierung "Kapitaleigner und Arbeitnehmer nicht im Klassengegensatz zueinander stehen" wird meines Erachtens genau das ausgedrückt, was eben ausgeführt wurde.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schwarz-Schilling!

Ich erteile jetzt Herrn Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde! Spätestens bei diesem Abschnitt II wird klar, daß der Antrag des Bundesvorstandes zur Vermögensbildung in vieler Hinsicht über die klassische Vermögenspolitik hinausgeht. Die Überlegungen in der Vermögensbildungskommission, deren Vorlage vom Bundesvorstand ja auch zur Grundlage seines Antrages gemacht wurde, ließen ein so umfassendes vermögenspolitisches Programm entstehen. Wir hielten es nicht für ausreichend, lediglich neue Vorschläge über neue Verteilungsmaßnahmen nebeneinanderzustellen. Als die anderen Parteien noch nicht einmal theoretisch über Ver-

mögenspolitik diskutierten, hat die CDU bereits mit Erfolg praktische Vermögenspolitik betrieben.

(Beifall)

Weil es die anderen so gern verschweigen, sollte selbst am frühen Montagmorgen hier gesagt werden, daß es allein die sozialpolitisch so gern verleumdeten Unionsparteien waren, die in den letzten 20 Jahren vermögenspolitische Meilensteine gesetzt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, weil es die anderen so gern verschweigen, sollten wir sagen, daß es die CDU/CSU war, die 1952 mit der Wohnungsbauförderung begonnen hat, 1958 mit der Sparprämienförderung; 1959 kam mit Preussag dann das erste von drei Privatisierungsgesetzen, gefolgt 1961 von VW und 1965 von Veba. Es war die CDU/CSU, die 1961 das 312-DM-Gesetz und 1965 das Zweite Vermögensbildungsgesetz durchgesetzt hat.

Es ist eine Schande für die Partei, die so gern das Monopol für die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen beansprucht, daß man der SPD bescheinigen muß, daß sie in 24 Jahren Bonner Politik, in 17 Jahren der Opposition, in drei Jahren des Mitregierens und in vier Jahren der Regierungsverantwortung bis zur Stunde keinen einzigen eigenständigen Antrag im Deutschen Bundestag zur breiteren Vermögensstreuung eingebracht hat; das ist die Wahrheit.

(Beifall)

In diesen Jahren war wenig Zeit. Deshalb finden Sie die Gedanken unter A und B in unserem Programm für die Formulierung theoretischer Grundsätze. Heute ist das anders. Zum einen können wir als Opposition praktische Einzelmaßnahmen jetzt gar nicht verwirklichen. Die Koalition lehnt unsere Vorschläge allein schon deshalb ab, weil sie von der CDU kommen, und obwohl unsere Vorschläge und Vorstellungen gerade in der Vermögenspolitik den Plänen der Koalition weit überlegen sind, soweit die Koalition ernsthaft überhaupt solche Pläne hat. Zum anderen müssen wir als Opposition den Bürgern die Alternativen klarmachen zwischen den Eigentumsvorstellungen der SPD und den unseren. Deshalb, meine Damen und Herren, können wir es nicht deutlich genug sagen: die SPD will marktwirtschaftsprengendes, funktionär gesteuertes Kollektiveigentum. Wir treten an für privates Eigentum für jeden Bürger, für individuelles Eigentum. Das ist das, was uns trennt.

(Beifall)

Von dieser Alternative lassen sich unsere Bürger draußen aber nicht überzeugen, wenn wir ihnen lediglich 20 Mark mehr versprechen würden als die SPD. Dazu ist vielmehr eine grundsätzliche, theoretisch fundierte Auseinandersetzung nötig.

In der Opposition machen wir Politik - und das ist eine zweite Überlegung - nicht nur für heute, sondern in erster Linie für morgen, für übermorgen, für die Zeit, in der wir wieder eine Mehrheit für unsere Politik haben werden, d. h. im Klartext, für die Zeit ab 1976 und danach. Deshalb können wir uns heute nicht auf aktuelle vermögenspolitische Probleme beschränken, sondern müssen den Mut haben, weit vor auszudenken.

Ein dritter und letzter Gedanke: Eine Vermögenspolitik ist nicht isoliert von anderen gesellschaftspolitischen Grundproblemen wie Mitbestimmung, Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, Unternehmensverfassung. Diese Probleme entspringen zum großen Teil derselben sozioökonomischen Ursache, nämlich dem Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Die Vorlage nimmt deshalb auf diese Grundproblematik immer wieder Bezug. Insofern kann man unseren Entwurf auch als ein Programm für die Reform von Arbeit und Kapital bezeichnen. Als erste Partei packt die CDU diese Reform an, nicht um den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital zum Klassenkampf zu verschärfen, sondern um ihn aufzuheben durch Partnerschaft.

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pieroth.

Es liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Becker vor. Allerdings ist nicht mitgeteilt, zu welcher Antragsnummer hier gesprochen werden soll. - Herr Dr. Becker, zu welchem Antrag möchten Sie hier sprechen? Es geht im Augenblick um die Anträge 65 bis 91. Bezieht sich darauf Ihre Wortmeldung?

(Dr. Becker: Zu 85!)

- Zu 85? Bitte schön, Herr Dr. Becker, Sie haben das Wort.

Dr. Curt Becker: Meine Damen und Herren, ich spreche zu Antrag 85 des Kreisverbandes Mönchengladbach. Herr Pieroth hat ja hier dargestellt, daß wir uns in der Kommission Eigentumsbildung der CDU in Partei und Fraktion einstimmig dazu entschlossen haben, dem Parteitag vorzuschlagen, eine Gewinnbeteiligung im Grundsatz zu fordern. Das ist eine Weiterführung unserer Eigentumspolitik in der Bundesrepublik, die bisher im wesentlichen auf dem Burgbacher-Plan basierte, den wir ja voll und ganz aufrechterhalten. Wir haben uns in diesen vorbereitenden Kreisen darüber unterhalten, wie man nun die Gewinnbeteiligung praktisch durchsetzt. Meine Damen und Herren, die Formulierung, die die Antragskommission vorlegt, spricht von einer gerechten Verteilung des Gewinns. Es ist die große Frage: Was ist eine gerechte Verteilung? Hier kann ich nur mit Pilatus fragen: Was ist Wahrheit? Keiner weiß, was gerechte Verteilung des Gewinns ist. Es ist eine sehr allgemeine Formel, die, glaube ich, im Grunde genommen unser Anliegen nicht richtig umfaßt. Wir haben uns daher im Kreisverband Mönchengladbach sehr eingehend mit den Dingen beschäftigt und haben in einer Abstimmung mit 105 : 3 Stimmen in dem zuständigen Ausschuß diese Formulierung in dem Antrag C 85 vorgelegt. Ich will Ihnen diese lange Formulierung nicht vorlesen. Sie haben sie vor sich. Es kommt im Grunde auf ein einziges Wort an; es kommt nämlich darauf an, daß Arbeitnehmer, Unternehmer und Kapitalgeber nicht einen gerechten Anteil am Gewinn, sondern einen funktionsgerechten Anteil am Gewinn haben sollen. Ich möchte Sie bitten, dieses Wort "funktionsgerecht" in das Papier einzufügen, damit wir in der Praxis mit den Dingen zurecht kommen. Man kann einen Gewinn nicht einfach, sagen wir einmal, nach der Höhe des Lohnes verteilen - das ist ohne Zweifel keine Lösung des Problems -, sondern man wird bei der praktischen Gewinnverteilung am Ende nach der Funktion des einzelnen im Unternehmen vorgehen.

Darum möchte ich Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen, der das Wort "funktionsgerecht" in unsere ganze Eigentumspolitik einführen will.

(Vereinzelter Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Becker.

Bitte schön, Herr Dr. Schwarz-Schilling!

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Liebe Parteifreunde, ich glaube, wir müssen uns bei dieser Frage auch etwas danach richten, wie ein Programm aussehen soll. Wenn wir überall eine Detaillierung dessen vorschlagen wollten, was wir unter gerecht verstehen, müßten wir immer wieder andere Begriffe prägen.

(Beifall)

Ich glaube, wir sollten es bei dem Wort "gerecht" belassen, wie es von der Antragskommission empfohlen ist.

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Abschnitt III. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte - das ist der Antrag C 65 unter Einbeziehung des Antrags C 90 -, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Der Antrag ist so angenommen, wie von der Antragskommission empfohlen.

Bevor ich jetzt den Abschnitt B aufrufe, darf ich hier bei uns herzlich willkommen heißen den Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU und stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unseren Freund Richard Stücklen.

(Beifall)

Ich fahre fort in der Behandlung der Anträge. Ich rufe auf B - Grundsätze christlich-demokratischer Eigentumpolitik - Absatz I. Es handelt sich hier um die Anträge C 92 bis C 117. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. C 92.

Es liegt bisher eine Wortmeldung von Herrn Brickwedde vor, und zwar zum Antrag C 117. Herr Brickwedde, Sie haben das Wort.

Fritz Brickwedde: Meine lieben Freunde, ich spreche zu dem Antrag der Jungen Union C 117. Dieser Antrag ist nicht als Alternative zum Antrag des Bundesvorstandes bzw. der Antragskommission, sondern als Ergänzung hierzu zu verstehen.

Es geht um die beiden letzten Absätze unseres Antrages, in denen wir sagen, daß sich die CDU ganz klar zu einer ungleichmäßigen Vermögensverteilung bekennt, und in dem wir auch die Ursachen dafür nennen. Ich glaube, es ist wichtig, nicht nur zu sagen: wir wollen jetzt mehr Gerechtigkeit haben, wir wollen Vermögenspolitik machen, sondern auch in unser Papier hineinzuschreiben, daß wir eine ungleichmäßige Vermögensverteilung beim Produktivvermögen haben, daß wir vor allen Dingen aber - das scheint mir noch wichtiger zu sein - sagen, woran das liegt, nämlich an den besonderen Bedingungen beim Wiederaufbau einer zerstörten Nachkriegswirtschaft, und nicht an dem bösen Willen der CDU, die die Arbeitnehmer betrogen hat.

Das müssen wir in das Papier hineinschreiben, meine lieben Freunde. Ich glaube, das ist auch eine gute Argumentationshilfe für alle Freunde draußen, die dieses Papier vertreten müssen.

(Erneuter Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Von der Antragskommission darf ich Frau Breuel jetzt das Wort geben.

Birgit Breuel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission vertritt die Auffassung, daß der Antrag der Jungen Union durch den Antrag des Bundesvorstandes C 92 abgedeckt wird. Lassen Sie mich dazu noch folgendes sagen. Wir meinen, daß die Aussagen über vermögenspolitische Leitsätze der CDU grundsätzliche, zukunftsweisende, fortschrittliche Aussagen sein und keine Negativaussagen über die Vergangenheit betreffen sollten.

(Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Absatz I. Wer der Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen mit der Stimmkarte. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Das erste war deutlich die Mehrheit. Enthaltungen? - Der Antrag ist so angenommen, wie von der Antragskommission empfohlen.

Wir kommen zum Absatz II. Dieser Absatz behandelt die Anträge C 118 - C 138. Dazu liegen Wortmeldungen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen! Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen!

Ich rufe den Absatz III auf. Dieser Absatz behandelt die Anträge C 139 - 158. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Wir können abstimmen. Ich bitte diejenigen um ihr Handzeichen, die der Vorlage zustimmen möchten. - Danke sehr! Gegenprobe! - Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen!

Ich rufe den Absatz IV auf. Dieser Absatz betrifft die Anträge C 159 - C 167. Es wird Annahme des Antrags C 159 empfohlen. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich bitte diejenigen um ihr Handzeichen, die zustimmen möchten. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen! Ich darf feststellen: Absatz IV ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Absatz V. Dazu gehören die Anträge C 168 - C 183. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können abstimmen. Ich bitte diejenigen um das Handzeichen, die zustimmen möchten. - Danke sehr! Die Gegenprobe bitte! - Keine Gegenstimme! Enthaltungen? - Auch Enthaltungen liegen nicht vor. Absatz V ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Absatz VI. Er betrifft die Anträge C 184 - C 197. Es wird Annahme von Antrag C 184 unter Einbeziehung von Antrag C 189 empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen! Ich bitte um Enthaltun-

gen. - Auch Enthaltungen liegen nicht vor. Ich darf einstimmige Annahme feststellen.

Ich rufe den Absatz VII auf. Er betrifft die Anträge C 198 - C 207. Es wird empfohlen, den Antrag C 199 anzunehmen. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich darf diejenigen um das Handzeichen bitten, die zustimmen möchten. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen! Wer möchte sich enthalten? - Niemand enthält sich. Damit ist auch der Absatz VII angenommen.

Ich rufe den Absatz VIII auf. Darin werden die Anträge C 208 - C 218 behandelt. Es wird empfohlen, den Antrag C 208 unter Einbeziehung von Antrag C 217 anzunehmen. Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe. - Keine Gegenstimmen! Ich bitte um Enthaltungen. - Auch dieser Absatz ist damit einstimmig angenommen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Abschnitt (C): Leitsätze für eine partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen. Bevor über den Leitsatz 1 beraten wird, müssen wir über eine Reihe von Anträgen, und zwar über die Anträge C 219 - C 223, abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung dieser Anträge. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen wollen, um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Damit sind diese Anträge abgelehnt.

Ich rufe nunmehr den Leitsatz 1 auf. Dazu gehören die Anträge C 224 - C 259. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag C 224 in der ausgedruckten Fassung. Zu dem Antrag C 230 hat sich Herr Elmar Brok aus Westfalen gemeldet. Er hat das Wort.

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich im Namen des Bundesverbandes der Jungen Union für den westfälischen Antrag zu einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung aussprechen. Ich meine, wir sollten an dieser Stelle unsere Grundsatzposition darlegen. Vorweg jedoch einige Vorbemerkungen. Gleichgültig, welche konkreten Vorstellungen dieser Partei vorliegen, sie haben eines gemeinsam - dies scheint mir bei aller Vermögensbildung der entscheidende Punkt zu sein -: Wir alle gemeinsam wollen individuell verfügbares Eigentum des mündigen Bürgers, und wir meinen, daß das, was die SPD betreibt, Etikettenschwindel mit dem Ziel einer Machtkonzentration ist, hinter der die Überwindung der sozialen Marktwirtschaft steht. Wir glauben, daß das individuell verfügbare Eigentum des mündigen Bürgers das Entscheidende ist. Ziel einer derartigen Vermögensbildung sollte es sein, nach den Erfolgen der CDU, breite Schichten an dem Vermögen auf dem Wohnungsbausektor zu beteiligen und auch das Sparvermögen durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen gerechter zu verteilen, jetzt auch eine gerechtere Verteilung eines dritten Teils des Volksvermögens in Angriff zu nehmen, und das ist das Produktivkapital. Dieses Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn genügend Anlagen vorhanden sind, die unter den Arbeitnehmern, unter den Hausfrauen bzw. überhaupt unter Leuten mit niedrigem oder mittlerem Einkommen verteilt werden können.

Beim Investivlohn ist eine Barabgeltung vorgesehen, was sicherlich ein sehr einfaches Verfahren zur Folge hat. Diese Barabgeltung ist

aber nicht mit dem Zwang verbunden, zusätzliche Beteiligungswerte auf den Markt zu bringen.

Ich glaube, daß hier die große Gefahr besteht, daß in der Tat das Ziel, das wir anstreben, verfehlt wird, das Ziel nämlich, breite Schichten am Produktivkapitalsektor zu beteiligen, um dadurch die entscheidende Alternative zu kollektivistischen und sozialistischen Vorstellungen zu bringen, daß der einzelne Bürger auch am Produktivkapitalsektor beteiligt wird und wir ihm klarmachen können, daß die soziale Marktwirtschaft auf der Basis des Privateigentums das Richtige ist. Wir werden dieses Ziel nicht erreichen, wenn nicht die nötigen Anlagen vorhanden sind.

Ich meine aber auch, daß eine Beteiligung am Gewinn einige andere wichtige politische Ziele erreichen könnte. Einmal ist dadurch, daß eine direkte Ertragsbeteiligung vorhanden ist, auch eine Risikobeteiligung gegeben. Wir meinen auch, daß, weil die Vermögensbildung aus dem Gewinn finanziert werden soll, dies konjunkturneutral ist, daß aber der Investivlohn eben nicht konjunkturneutral ist. Daraus wird sich möglicherweise ergeben, daß dann, wenn der Gewinn so niedrig ist, daß er etwa den Investivlohn nicht erreicht, d. h. wenn der Investivlohn höher wäre, in der Tat ohne Rücksicht auf die Substanz des Vermögens gehandelt wird. Mit anderen Worten, wir werden möglicherweise in bestimmten konjunkturellen Phasen dazu kommen, daß eine Umverteilung legal erworbenen Vermögens erfolgt. Wir sind aber der Auffassung, daß legal erworbenes Vermögen nicht angetastet werden darf, sondern daß es hier nur um die Verteilung der Zuwächse geht.

(Beifall)

Weiterhin meine ich, daß, wenn eine Gewinnbeteiligung gegeben ist - ich sage das im Zusammenhang mit dem, was wir bei der Aktion "Gelber Punkt" der SPD sehen -, eines entscheidend ist: daß hier das Bewußtsein dafür entsteht, wie hoch der Gewinn ist, daß also nicht diese Vorstellungen von 60 oder 70 % Unternehmergewinn entstehen. Die Arbeitnehmer sollen dadurch, daß sie in allen konjunkturellen Phasen am Gewinn beteiligt sind, auch sehen, wie die Sache wirklich läuft; sie sollen durch die eigene direkte und konkrete Beteiligung sehen, daß sie nicht allen Demagogen, die, von dort ausgehend, unsere soziale Marktwirtschaft unterlaufen wollen, nachlaufen sollten. Sie sollen sehen, was wirklich los ist.

Vielleicht noch ein letzter Punkt: Dadurch, daß hier nur Unternehmen von einem gewissen Nettogewinn an belastet werden sollen, ist es so, daß vor allem die großen Unternehmen zahlen werden. Unser Konzept ist für die mittelständischen Unternehmen und für die lohnintensiven Unternehmen besser, denn gerade beim Investivlohn werden die mittelständischen Unternehmen und vor allen Dingen auch die lohnintensiven Unternehmen besonders benachteiligt, und ich weiß nicht, ob das mit unseren strukturpolitischen Vorstellungen übereinstimmt.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Prä-

sidium wäre sehr dankbar, wenn auf den Wortmeldungszetteln immer der Antrag vermerkt würde, zu dem gesprochen werden soll.

(Zustimmung)

Zweitens hat das Präsidium den Eindruck, daß der letzte Redner nicht zum Leitsatz 1, sondern zum Leitsatz 2 gesprochen hat. Ich bitte, das zu diskutierende Thema in Zukunft möglichst genau zu berücksichtigen.

Für die Antragskommission hat sich Herr Professor Burgbacher gemeldet. - Ich sehe, er verzichtet im Moment. Dann hat sich Herr Meyer aus Westfalen-Lippe gemeldet. Er ist nicht Delegierter; es ist das erstmal, daß sich hier ein nicht zu den Delegierten Gehörender zu Wort meldet.

Der Landesverband Westfalen-Lippe hat darauf hingewiesen, daß Herr Meyer ein Vermögensrechtsexperte sei, und bittet darum, ihm deshalb ausnahmsweise das Wort zu geben. Das Präsidium hat sich entschlossen, dem stattzugeben.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Meyer!

Laurens Meyer: Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich beim Präsidium für das Rederecht bedanken, aber gleich darauf hinweisen, daß bei der Einteilung offensichtlich irgendwo ein Mißverständnis entstanden ist. Es kann hier nicht darum gehen, nur den Punkt C 1 zu behandeln, denn die Punkte C 1, C 2 und C 3 hängen so eng miteinander zusammen, daß wir, wenn wir uns bei C 1 für eine bestimmte Alternative entscheiden, auch bei C 2 und C 3 in der gleichen Richtung fortfahren müssen. Deswegen bitte ich darum, daß diese ersten drei Abschnitte des Punktes C gemeinsam behandelt werden. Man kann sie nicht gut getrennt behandeln.

(Zustimmung)

- Danke schön.

Zum Ansatz der Gewinnbeteiligung brauche ich nicht mehr viel zu sagen. Es ist von der gerechteren Verteilung des Produktivvermögens und auch davon die Rede gewesen, daß die CDU davon ausgeht, daß die Gewinne partnerschaftlich erarbeitet werden und daß deshalb die Arbeitnehmer auch ein Recht haben - nicht, daß es eine Gnade oder eine soziale Leistung wäre -, an diesem Gewinn beteiligt zu werden. Deshalb müssen wir überlegen, welche gesetzlichen Möglichkeiten es gibt, die Arbeitnehmer an dem Gewinn, den sie ja nach unserer eben verabschiedeten Meinung mit erarbeitet haben, zu beteiligen.

Es bleiben die beiden Möglichkeiten, die jetzt hier im Raume stehen: einmal der Investivlohn. Das heißt, daß man jedem Arbeitnehmer pro Monat eine bestimmte Barsumme gibt, für die er sich dann investive Anteile auf dem Beteiligungswertemarkt erwirbt. Und es gibt die überbetriebliche Gewinnbeteiligung, bei der die Unternehmen veranlaßt werden, Teile ihres Nettogewinns in Eigenkapital zu überführen und die Beteiligungswerte an die Bezugsberechtigten abzugeben.

Weshalb aber - jetzt komme ich auf den Investivlohn zu sprechen - veranstaltet die CDU in Bonn ein Hearing zu den Fragen der Vermögensbildung, in dem sämtliche Experten, die dazu befragt werden, sagen, daß es für eine Investivlohnregelung zur Zeit überhaupt nicht genug Anlagewerte gibt, um die Masse an Geld aufzunehmen, weshalb macht also die CDU solch ein Hearing, wenn hinterher in diesem Punkt keine Konsequenzen daraus gezogen werden?

(Teilweise Beifall)

Dies nur kurz dazu.

Damit wir uns hier nicht mißverstehen: In den Jahren 1965 bis 1970 sind im Durchschnitt jährlich 1,4 Milliarden an Beteiligungswerten auf dem Markt gewesen. Im ersten Jahr würden bei nur 20 DM nach dem Burgbacher-Plan - und diese 20 DM sind wohl wegen des Fehlens der Preisstabilität längst überholt - 6 Milliarden DM in bar auf den Beteiligungswertemarkt kommen. Da muß ich sagen, ich frage mich, ob nicht Herr Geiger, der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, recht hat, wenn er davon spricht, daß das unter Umständen zur Vermögensbildung für Altaktionäre führen könnte.

(Teilweise Beifall)

Hier wird die Überwälzung auf den Bezugsberechtigten - auf den, den wir beteiligen wollen - von zwei Seiten vorgenommen. Einmal gibt es die normale Überwälzung über den Preis, und dann gibt es die über die Kapitalenge auf dem Beteiligungswertemarkt.

Ich möchte, weil die Zeit drängt, nur ganz kurz auf die Frage der mittelständischen Wirtschaft eingehen. Erstens. Mein Vorredner hat schon gesagt, personalintensive Unternehmen seien erheblich stärker betroffen als kapitalintensive; damit sind zumindest tendenziell die kleinen gegenüber den großen Unternehmen im Nachteil.

Zweitens. Die Branchenunterschiede sind ganz eklatant. Vergleichen wir nur einmal hinsichtlich der Gehaltsgruppen, die hier angesprochen sind, die Textilindustrie mit der chemischen Industrie.

Drittens. Es wird gesagt - und für diesen Punkt bitte ich Sie um besondere Aufmerksamkeit -, daß die Investivlohnregelung durch eine betriebliche Gewinnbeteiligung abgegolten werden kann. Nun frage ich Sie: Welche Unternehmen können denn diese betriebliche Gewinnbeteiligung am leichtesten durchführen? Das sind die Großunternehmen, zumindest die Unternehmen, die irgendwelche börsen- oder handelsfähigen Papiere herausgeben können, die also, weil sie ohnehin schon Publikumsgesellschaften sind, ihre Arbeitnehmer leicht beteiligen können. Die kleinen und die mittleren Unternehmen dürften es da in manchen Bereichen sehr viel schwerer haben, obwohl ich meine, daß gerade da eine Möglichkeit der betrieblichen Gewinnbeteiligung liegt. Trotzdem werden sie es sehr viel schwerer haben, und wir müssen sehen, daß dann diese Unternehmen zahlen und das Geld in Aktien oder Investmentanteilen der Großindustrie angelegt wird. Und das mitzutragen - das muß ich ganz offen sagen - bin ich nicht bereit.

Der folgende Punkt aber scheint mir der wichtigste zu sein. Wir haben eben beschlossen: Der Vermögenszuwachs soll gerechter verteilt werden. Oder wie wir gesagt haben, eine Umverteilung legal

erworbenen Eigentums kommt als mit unserer rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar nicht in Betracht. In all den Bereichen aber, in denen der Gewinn kleiner ist als die Abgabe, die für den Investivlohn zu zahlen ist, haben wir es mit einer konfiskatorischen Maßnahme zu tun, d. h. die Substanz der Unternehmen wird angegriffen.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir nicht irgendwie eine Beziehung zum Gewinn und Ertrag der einzelnen Unternehmung herstellen, sehe ich nicht, wie wir hier die Arbeitnehmer wirklich am Gewinn und am Kapital der Wirtschaft beteiligen wollen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Professor Burgbacher das Wort.

Prof. Dr. Fritz Burgbacher, Antragskommission: Meine lieben Parteifreunde! Die Antragskommission kann nach der Geschäftsordnung, nach der Übung nur Stellung nehmen zu ausgedruckten Anträgen und zu den Vorschlägen der Antragskommission. Sie kann weitere Ausführungen, die über die hier zu behandelnden Anträge hinausgehen, nicht machen.

Die Ausführungen der zwei Vorredner haben sowohl Leitsatz 1 wie Leitsatz 2 betroffen. Ich spreche gemäß meinem Auftrag nur zu Leitsatz 1 und zum Antrag C 230. Dieser Antrag, dessen Ablehnung wir empfehlen, will den Kreis der Begünstigten erweitern. Dazu ist folgendes zu sagen. Die Vorlage muß im Zusammenhang mit dem Beteiligungslohngesetz gesehen werden. Im Beteiligungslohngesetz sind alle - alle! - unselbständig Tätigen und die selbständig Tätigen in bestimmten Einkommensgrenzen einbezogen. Wenn wir diesen Kreis verlassen, sei es z.B. durch Einbeziehung der Hausfrauen, ergeben sich finanzpolitische Probleme. Die Frage, wer die Mittel aufbringt, ist bisher noch nicht gelöst. Deshalb können in diese unsere Vorlage die Hausfrauen nicht einbezogen werden.

Die Soldaten und die anderen unselbständig Tätigen sind im Beteiligungslohngesetz erfaßt.

Wir haben in der Zukunft auf dem Gebiet der Vermögensbildung bestimmt noch weitere Probleme, nämlich die der Einbeziehung der Hausfrauen und Rentner. Wir sollten uns aber nach den Erfahrungen der amtierenden Bundesregierung abgewöhnen, alles auf einmal zu machen. Wir sollten unsere Politik Schritt für Schritt durchführen.

Ich bitte, dem Antrag der Antragskommission zuzustimmen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Dr. Wex das Wort, danach Herr Doppmeier aus Westfalen.

Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte der Antragskommission widersprechen.

(Beifall)

Das letzte, was Herr Professor Burgbacher angesprochen hat, ist uns natürlich auch klar, daß die Einbeziehung der Hausfrauen und Rentner entgegen der Formulierung der Antragskommission in Antrag C 224 problematisch ist. Das ergäbe finanzpolitische Probleme. Ich bin aber der Meinung, daß wir dem Antrag C 236 aus Dortmund, Westfalen-Lippe und von der Jungen Union zustimmen sollten.

(Beifall)

Die Hausfrauen sind weder unter "unselbständig Tätige" noch unter "selbständig Tätige" zu erfassen. Meine Damen und Herren, wir sind in der CDU in den Kommissionen "Familie" und "Frauen" dabei, eine moderne Politik für die Frau zu entwickeln. Wenn wir immer wieder sagen, wir müssen eine Politik machen, die den Frauen Entscheidungsfreiheit gibt, müssen dafür auch Vorbedingungen geschaffen werden. Davon muß jetzt gesprochen werden.

(Beifall)

Das Entscheidende aber ist, daß es keinen Graben geben darf zwischen berufstätigen und nicht berufstätigen Frauen. Einen solchen Riß haben wir jetzt schon. Ich spreche etwa von der sozialen Sicherung der Frau. An der Lösung dieses Problems arbeiten wir intensiv. Wir sollten verhindern, daß in der Vermögensbildung wieder ein Graben aufgerissen wird, den wir nachher wieder mühselig zuschütten müssen. Diese Überlegung scheint mir auch deswegen zwingend, weil gerade die Frauen, die nicht berufstätig sind, nach unserer Vorstellung ein immer größeres Stück Verantwortung tragen müssen. Wenn wir diesen Gedanken in die Zukunft weiterspinnen, so läßt sich durchaus ein Modell denken, in dem die Hausfrauen mit einer geschulten Fachkraft gleichzusetzen sind; denn was müssen sie heute schon alles können. Es ist ja in pädagogischer und psychologischer Beziehung schon ein Beruf. Eine solche Mutter und solche Hausfrau wird dann auch eher bereit sein, Aufgaben außerhalb der Familie zu übernehmen. Sie wissen, was das bei den sozialen Diensten bedeutet, z.B. in der Organisation von Nachbarschaftseinrichtungen oder im Beratungswesen. Wenn wir uns diese Möglichkeiten vorstellen, kommen wir bereits einem Beruf der Hausfrau ziemlich nahe.

Die Erfüllung der Konsequenzen, die sich aus den eben angesprochenen Anträgen ergeben, ist um so wichtiger, je klarer man die Öffnung der Familie zur Gesellschaft bajahrt und je deutlicher die Verantwortung der Gesellschaft für die Familie, wie wir sie uns vorstellen, wird. Familienübergreifende Aufgaben der Frauen, die nicht berufstätig sind, könnten hiermit eine deutliche Unterstreichung erfahren. Ich beantrage also in Konsequenz der Anträge des Kreisverbandes Westfalen-Lippe und der Jungen Union, den Antrag C 224 so zu formulieren:

Alle unselbständig Tätigen sollen ebenso wie die selbständig Tätigen einschließlich der Hausfrauen persönliche Miteigentümer am Produktivvermögen werden.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Doppmeier das Wort, dann Herr Dr. Blüm.

Dr. Hubert Doppmeier: Meine Damen und Herren! 1. Das Verdienst von Professor Burgbacher in puncto Vermögensbildung ist unumstritten. Auch wir von der Jungen Union Westfalen-Lippe lassen daran überhaupt keinen Zweifel aufkommen.

2. Wenn Herr Professor Burgbacher sagt, daß wir nicht alles auf einmal können - dies mit Bezug auf die Hausfrauen -, dann leuchtet dies im ersten Augenblick ein. Ich meine aber, wir müssen heute Beschlüsse fassen, die auch für einen längeren Zeitraum Gültigkeit haben. Wir können nicht heute Beschlüsse fassen, die wir nach zwei oder drei Jahren aus der Einsicht, daß es noch nicht die richtigen Beschlüsse sind, umstoßen. Auch diese Diskussion der Vermögensbildung muß, wenn man so will, einmal aufhören. Dies gilt auch für andere Diskussionen, auf die wir gleich noch kommen werden.

Frau Dr. Wex hat zu Recht gesagt, wir können hier die Hausfrauen nicht einfach ausnehmen. Wir müssen vor allen Dingen aus gesellschaftspolitischen Gründen versuchen, die Frauen mit hineinzunehmen. Hier sehen wir, daß der Burgbacher-Plan, das Beteiligungslöhngesetz - ich bitte um Entschuldigung, Herr Professor Burgbacher - Schwächen hat. Wir müssen deshalb zu einer anderen Lösung kommen, und das geht, wenn wir ehrlich sind, nur durch eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung. Wir müssen deshalb an dieser Stelle, weil in Leitsatz 1 des Antrages C 230 von Westfalen-Lippe die Hausfrauen genannt sind, auch über das grundsätzliche Konzept sprechen, nämlich überbetriebliche Gewinnbeteiligung. Das muß bereits an dieser Stelle diskutiert werden und nicht erst ganz hinten, denn dann rollen wir die Diskussion im Grunde wieder auf.

Das ist der eine Punkt, den wir hier ganz klar sehen müssen. Wenn ein so bedächtiger Landesverband wie Westfalen-Lippe diesen fast revolutionären Beschluß eingebracht hat, hat er sich etwas dabei gedacht. Westfalen-Lippe ist eher ein konservativer Landesverband, und man sollte uns nicht unterstellen, wir wollten jetzt hinten herum die Systemüberwindung einführen. Dafür gibt es überhaupt keine Gründe.

Ganz kurz zu den Vorteilen unseres Konzepts. Sie haben die Antragsmappe durchgelesen. Ich führe die Vorteile nur stichwortartig auf, denn die Zeit reicht nicht für eine ausführliche Diskussion. Sie liegen einmal darin, dass wir nach unserem Konzept rechtmäßig erworbenes Eigentum nicht angreifen, nicht an die Substanz gehen, weil wir das rechtmäßig erworbene Eigentum nicht umverteilen wollen. Wir wollen nur an eine andere Verteilung der Gewinne heran.

Weiter haben wir die Problematik der Anlagemöglichkeiten so, wie wir das in unseren Beschlüssen in Westfalen-Lippe geregelt sehen wollen, am besten herausbekommen. Man muß klar sehen, unser Konzept ist vor allen Dingen konjunkturneutral. Des weiteren ist es günstig für den Mittelstand und für die lohnintensiven Betriebe. Das müssen wir hier ganz deutlich sagen, damit keine Mißverständnisse aufkommen und von daher eine unnötige Konfrontation in die Diskussion kommt.

Noch ein letzter Punkt, den wir anschließend noch ausführlich diskutieren müssen, der aber auch schon angeschnitten wurde, gerade unser Konzept leistet endlich einen Beiteag dazu, daß die deutschen Unternehmungen endlich eine sichere Kapitaldecke, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, bekommen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Blüm, danach Herr Dr. Luda, Westfalen-Lippe.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Arbeitnehmer haben gerade in den letzten Monaten erfahren, wie eine Einkommenspolitik, die lediglich auf die Lohntüte zielt, in Gefahr steht, zum Schauturnen zu degenerieren. Denn was haben Arbeitnehmer von einer Lohnerhöhung von 10 %, wenn anschließend die Preise um 6 bis 8 % steigen, die Lohnsteuer angehoben wird und das, was damit noch nicht weggenommen ist, notfalls durch den Konjunkturzuschlag einbehalten wird! Dann sind die Arbeitnehmer nach einem anstrengenden vierwöchigen Lohnkampf womöglich genauso weit wie fünf Wochen früher.

Aus diesen Erfahrungen, meine Damen und Herren, müßte jedem einseitig sein, daß die Einkommenspolitik der Arbeitnehmer auf zwei Füßen stehen muß: Einmal muß sie wie bisher auf die Lohntüte sehen, also auf den Konsumtivlohn bedacht sein, zum anderen auch das Einkommen in investiver Form ansteuern, d. h. die Beteiligung am Wachstum der Wirtschaft.

Ich habe den Burgbacher-Plan immer so verstanden, daß er die Ergänzung zum traditionellen Lohn in Form von Eigentumslohn anstrebt. Ich habe ihn auch immer in der positiven Form eines Lückenbüßers verstanden, nämlich dort etwas zu bewirken, wo die Tarifpartner nichts getan haben. Weiter ist er auch im Sinne einer Initialzündung und einer Basissicherung zu verstehen, auf der die Tarifpartner weiterbauen können, so daß in keiner Weise von einer Behinderung der Tarifautonomie gesprochen werden kann.

Heute jedoch, meine Damen und Herren, machen wir, so hoffe ich, einen neuen Schritt zur Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn. Ich meine, es ist ein Schritt zu mehr Partnerschaft jenseits der großen Überschriften einer handfesten Partnerschaft, durch die wir beweisen, daß das Unternehmen eine gemeinsame Veranstaltung von Arbeit, Kapital und Unternehmer ist, so daß an dem Ergebnis des Unternehmens alle beteiligt werden müssen.

(Beifall)

Wir beteiligen uns ja nicht an der Verteufelung des Gewinns; wir möchten mehr Gewinn, nur auch mehr Gewinne. Wir möchten nicht, daß weniger Kapital gebildet wird, sondern daß es in der Zukunft mehr Kapitalgeber gibt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine solche Politik zerstört auch alte Einteilungsschemata der Klassengesellschaft. Der Prolet vergangener Zeiten war dadurch gekennzeichnet, daß er ein festes Einkommen hatte, während der Kapitalist ein ertragsabhängiges Einkommen hatte. Nun wollen wir auf dem Weg einer Gewinnbeteiligung auch den Arbeitnehmer zu einer doppelten Einkommensform bringen, nämlich einmal zu einem festen Lohn und zum anderen zu einem ertragsabhängigen Einkommen.

Ich sehe den Unterschied zwischen der Bundesvorstandsvorlage und dem, was die Junge Union beantragt, nicht prinzipiell. Die Junge Union beantragt eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung. Der Gedanke verdient deshalb Unterstützung, weil man dem Arbeitnehmer im gegenwärtigen Stand der Entwicklung nicht zusätzlich zu seinem Arbeitsplatzrisiko an derselben Stelle auch noch das Eigentumsrisiko zumuten sollte. Das wäre der Risiken zuviel.

(Beifall)

Wer von Profilierungssehnüchten geplagt ist und glaubt, wir unterschieden uns auf diese Weise zuwenig von der SPD, dem würde ich prinzipiell sagen: Wir machen das, was richtig ist, ganz egal, was die anderen machen; denn wenn wir immer das Gegenteil dessen täten, was die anderen machen, würden wir von der SPD abhängig; die SPD würde uns dann vorschreiben, was wir machen müssen, nämlich immer das Gegenteil.

(Beifall)

Zum anderen glaube ich, daß der Unterschied bei uns weniger in der Aufbringungsseite, sondern in der Verfügungsform liegt. Wir möchten Eigentum in Arbeitnehmerhand und nicht eine Vermögenspolitik betreiben, mit der die Arbeitnehmer an die Hand genommen werden. Ich glaube, das ist der qualitative Unterschied.

(Beifall)

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß die Zahl, die Professor Krelle genannt hat - 1,7 % der Haushalte besitzen 70 % des Produktivkapitals -, umstritten ist. Ich möchte mich an dieser Diskussion unter statistischen Feinschmeckern nicht beteiligen. Selbst wenn 10 % der Bevölkerung 50 % des Produktivkapitals besäßen, dann wäre das noch immer unbefriedigend, weil das nicht den Leistungsunterschieden in unserer Gesellschaft entspräche. Selbst das wäre eine Ungerechtigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer wie wir nicht das bestehende Eigentum angreift, sondern das Eigentum in Zukunft anders verteilen will, steht unter Zeitdruck. Jeder Tag, an dem nichts geschieht, schafft neues, unkorrigierbares Unrecht. Deshalb laßt uns keine

Zeit versäumen und heute einen mutigen Schritt nach vorn unternehmen!

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Dr. Luda, Westfalen-Lippe, anschließend Herr Wissmann, Junge Union.

Dr. Manfred Luda: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was Herr Blüm über die Notwendigkeit einer verstärkten Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ausgeführt hat, kann ich nur voll und ganz unterstreichen. Es geht hier aber nicht um diese, sondern um die Frage, ob wir in unserer Vermögenspolitik von der Lohnbezogenheit der Einkommen abgehen und zur Gewinnorientierung übergehen wollen. Das ist die grundsätzliche Frage.

Hierzu möchte ich folgendes sagen. Zur Debatte steht, ob die Hausfrauen einzubeziehen sind oder nicht. Diese Frage erfordert folgende Antwort: Es ist wünschenswert, die Hausfrauen in unsere Eigentumspolitik einzubeziehen. Ob sie aber einbezogen werden können, hängt davon ab, welches System der Eigentumsbeteiligung wir hier beschließen, die Lohnbezogenheit oder die Gewinnbezogenheit. Das ist die Frage. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir erst darüber sprechen müssen, so wie es Herr Meier und Herr Brok getan haben.

Dazu möchte ich aber folgendes sagen. Ich bin für die Beibehaltung der Lohnbezogenheit, wie wir sie im Beteiligungslohngesetz festgelegt haben. Dafür gibt es zwei Gründe. Meine Damen und Herren, wir gehen immer vom Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft aus. Dieses Leitbild ist das der Leistungsbezogenheit. Die unmittelbare Leistungsbezogenheit wird dann deutlich, wenn wir demjenigen, der an der Erwirtschaftung der konkreten Gewinne in den Betrieben beteiligt ist, daran auch entsprechende Anteile verleihen.

Das erfordert aber, daß wir das Unternehmensrecht umgestalten; denn das bestehende Unternehmensrecht gibt diese Möglichkeit nur bei Aktiengesellschaften. Nur Aktien sind übertragbar, beliebig teilbar und zu bewerten, nämlich durch den Markt an der Börse. Alle anderen Beteiligungsformen sind nicht ohne weiteres übertragbar, nicht beliebig teilbar und nur sehr schwer zu bewerten. Das ist der Tatbestand. Aber weniger als 1 % aller gewerblichen Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland sind Aktiengesellschaften. Alle anderen Unternehmen sind GmbHs, Kommanditgesellschaften, Offene Handelsgesellschaften oder Einzelunternehmen.

Wenn wir für über 90 % aller Arbeitnehmer in der Volkswirtschaft eine Beteiligungsmöglichkeit schaffen wollen, dann können wir das nicht dadurch erreichen, daß wir heute beschließen, von der Lohnbezogenheit ab- und zur Gewinnbeteiligung überzugehen. Vielmehr müssen wir Antwort auf die Frage geben: Wie kann das Unternehmensrecht geändert werden, um möglichst viele Beteiligungswerte auf den Markt zu bekommen? Das ist die kardinale Frage.

Der Bundesvorstand hat darauf die Antwort gegeben, daß Arbeitnehmerstiftungen eingerichtet werden sollten. Diese stellten die Rechtsform dar, die wir benötigten.

Meine Damen und Herren, aber ein zweiter Punkt: Mit jeglicher Kapitalbeteiligung ist Mitbestimmung verbunden. Wenn wir nun übergehen zu dem Vorschlag der Jungen Union, zum Prinzip der Gewinnbezogenheit, dann heißt das, daß alle Mitbestimmungsrechte, die aus einer Kapitalbeteiligung resultieren, nicht von den Arbeitnehmern ausgeübt werden, die an der Erwirtschaftung dieser Anteile mitgewirkt haben, sondern die müssen zwangsläufig abgeführt werden an dezentrale Fonds. Bei den dezentralen Fonds stellt sich die Frage: Wer soll denn der Träger sein?

Da gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder der Bankenapparat oder aber, wer als zweiter Interessent und als potentielle Finanzkraft in Betracht kommen könnte, die Gewerkschaften. Meine Damen und Herren, die zentralen Fonds wären also eine Lösung, bei der alle Mitbestimmungsrechte nicht betriebsbezogen ausgeübt werden, sondern überörtlich, entweder von Managern der Banken oder von Managern der Gewerkschaften.

Ich habe nichts gegen Manager; ganz im Gegenteil. Aber ich habe etwas gegen eine gefährliche Konzentration der Macht in unserer Wirtschaft.

(Beifall)

Wir haben uns mit der Kartellnovelle für die Dezentralisation eingesetzt. Wenn wir jetzt in der Vermögenspolitik das genaue Gegenteil von dem beschließen dadurch, daß wir übergehen zur Anknüpfung an die Gewinne, dann ist es unausbleiblich, daß wir diese neuen Machtkonzentrationen in der Wirtschaft schaffen. Das wäre nach unserer aktiven Mitwirkung an der Kartellnovelle ein Akt der Schizophrenie.

(Beifall)

Wir brauchen weiterhin eine Eigentumspolitik, die nicht, wie es die SPD beschlossen hat und wie es die Junge Union ganz gewiß nicht will, das Geld des Arbeitnehmers zunächst in den großen anonymen Töpfen zusammenfaßt und da verschwinden läßt, sondern wir brauchen den Arbeitnehmer als den mitbestimmungsberechtigten Teil. Aber in dem Betrieb, in dem er selbst beschäftigt ist! Das erreichen wir nur durch Lohnbezogenheit. Wir brauchen eine betriebsbezogene Vermögenspolitik. Deshalb bitte ich, die überbetriebliche Lösung abzulehnen.

Die Hausfrauen einzubeziehen, meine Damen und Herren, sollte möglich sein. Gestern ist es angesprochen worden: Die öffentliche Hand besitzt im sozialen Wohnungsbau ein Forderungsvermögen von über 40 Milliarden DM. Dieses Forderungsvermögen sollte mobilisiert werden. Aus der Mobilisierung dieser erheblichen Vermögenswerte könnte gleichzeitig mit Inkraftsetzen des Beteiligungslohngesetzes auch eine Sonderregelung dahingehend gefunden werden, daß auch die Hausfrauen Mittel bekommen, die sie in den Stand setzen, sich am Produktivkapital der Wirtschaft zusätzlich zu beteiligen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium schneidet ungern jemandem das Wort ab. Ich wäre aber doch außerordentlich dankbar, wenn sich die Redner an die Redezeit von fünf Minuten hielten.

Im übrigen erlauben wir uns den Hinweis, daß die Diskussion zur überbetrieblichen Gewinnbeteiligung eigentlich mehr zu dem Leitsatz 2 gehört. Zu diesem Punkt gibt es auch schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen.

Als nächster hat das Wort Herr Wissmann für die Junge Union; dann Herr Dr. Stoltenberg.

Mathias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zwei Vorbemerkungen zu dem, was Herr Dr. Luda sagte. Zunächst einmal geht es ja gar nicht mehr zwischen CDU-Bundesvorstand auf der einen Seite und Westfalen-Lippe und Junger Union auf der anderen Seite um die Frage, ob Lohnabhängigkeit der Gewinnbeteiligung oder nicht. Auch der CDU-Bundesvorstand spricht sich ja dafür aus, daß Lohnabhängigkeit der Gewinnbeteiligung in der Vermögensbildung, die wir gemeinsam wollen, vorgenommen werden soll.

Die zweite Bemerkung zu dem, was Herr Dr. Luda sagte: Es darf gar kein Mißverständnis auf diesem Parteitag darüber geben - auch in dem Eindruck dieses Parteitags nach außen -, daß wir alle gemeinsam für Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und gegen Machtbildung in irgendeiner anderen Hand sind

(Beifall)

und uns deswegen gemeinsam aussprechen gegen alle Formen, durch zentrale Fonds statt Vermögensbildung Machtbildung zu erreichen.

Hier geht es um die Frage: Überbetriebliche Gewinnbeteiligung oder Investivlohn? Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen zum Investivlohn machen. Erstens. Eine Vermögensbildungsmaßnahme, die lediglich an die Zahl der Beschäftigten anknüpft wie der Investivlohn, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten als neutral bezeichnet zu werden.

(Beifall)

Arbeitsintensive Betriebe werden beim Investivlohn gegenüber kapitalintensiven Betrieben eindeutig benachteiligt. Durch eine derartige Maßnahme werden geradezu Ungerechtigkeiten im Wirtschaftsablauf hervorgerufen.

Wenn man berücksichtigt, daß selbst in der gleichen Branche große Betriebe in der Regel kapitalintensiver arbeiten als kleine Betriebe, wird diese Art von Vermögensbildung - Investivlohn - in der Regel auf Kosten des Mittelstandes gehen. Das können wir doch nicht wollen.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt. Der Investivlohn ist von der Nachfrageseite her sicherlich als neutral zu bezeichnen, da er keine zusätzliche Kaufkraft schafft. Von der Angebotsseite her ist aber zu erwarten, daß die Unternehmer den Investivlohn als Kostenfaktor in den Preisen auf die Nachfrage überwälzen werden. Bei guter Konjunktur wird ihnen das sicherlich gelingen, d.h. im Ergebnis: Die Arbeitnehmer zahlen die Vermögensbildung letztlich durch die Preise selber. Das können wir auch gemeinsam nicht wollen.

Lassen Sie mich zum letzten, gewichtigsten Punkt kommen, der gegen den Investivlohn spricht. Es ist leider eine Tatsache, daß für die Massen an Geldaufkommen, die beim Investivlohn entstünden, die Anlagewerte im Beteiligungsmarktbereich einfach gar nicht vorhanden sind. In den Jahren 1965 bis 1970 - das sollten wir uns in Erinnerung rufen - wurden pro Jahr im Schnitt für 1,4 Milliarden DM Beteiligungswerte am Markt angeboten. Selbst wenn man diesen Betrag verdoppeln würde, also von 2,8 bis 3 Milliarden DM Beteiligungswerte schaffen würde, klappt eine große Differenz zwischen dieser Summe und den 5 Milliarden DM jährlich. Auf diesen Betrag beziffern ja die Geldexperten das Aufkommen des Investivlohnes. Ich meine, auch das müssen wir sehen. Der Investivlohn wird von diesem Argument her nur schwer realisierbar sein.

Zum Schluß jetzt noch kurz etwas zu den Vorteilen der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung. Erstens. Es kann nicht passieren, meine Damen und Herren, daß die Vermögensbildung aus der Substanz bestehender Unternehmen bezahlt wird, da eine bestimmte Nettogewinnhöhe in einem Unternehmen die Voraussetzung dafür ist, daß ein Unternehmen dem Gewinnbeteiligungsgesetz unterliegt.

Ein zweiter Punkt. Es werden keine Arbeitnehmer zweiter Klasse durch den überbetrieblichen Gewinnbeteiligungsvorschlag geschaffen. Wir beteiligen damit auch die Hausfrauen. Das wird beim Investivlohn nicht möglich sein. Das sollten wir sehen.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt, der für uns als Junge Union ebenso wichtig ist: Wir kommen zu der Erkenntnis - deswegen sind wir für den überbetrieblichen Gewinnbeteiligungsvorschlag -, daß es keinen Unterschied geben kann zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen, wenn bei ihnen Einkommen und Familienstand identisch sind. Wir sehen nicht ein, warum die Sparfähigkeit und damit die Möglichkeit, Vermögen zu bilden, bei einem Selbständigen mit kleinem Einkommen größer sein soll als bei einem Unselbständigen mit kleinem Einkommen und dem gleichen Familienstand.

Deswegen sind wir für eine Einbeziehung dieses Kreises von Selbständigen in den Kreis der Bezugsberechtigten. Auch das ist nur über die überbetriebliche Gewinnbeteiligung möglich. Deswegen bitten wir Sie, für die Vorstellungen von Westfalen-Lippe und der Jungen Union einzutreten.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich habe allein zum Leitsatz 1 noch zehn Wortmeldungen. Wenn sich die Redner in bezug auf das Einhalten der Redezeit jetzt nicht disziplinieren, müssen wir leider eine weitere Redezeitbeschränkung vornehmen.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Stoltenberg; dann für die Antragskommission Herr Pieroth.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit Nachdruck für die im Bundesvorstand sorgfältig erarbeitete, dort einstimmig beschlossene Fassung aussprechen, die auch von der Antragskommission in der Substanz begründet wird.

Bei allem Respekt vor den hier vorgetragenen Überlegungen unserer Freunde der Jungen Union und der Vertreter von Westfalen-Lippe: Dies ist nach meiner Überzeugung die Vorlage, die im Hinblick auf die bisherige Arbeit der Union, die bisherige einstimmige Initiative unserer Bundestagsfraktion, aber auch die weiterführenden Vorstellungen von allen Vorlagen, die wir heute zu beraten haben, die solideste Basis hat.

(Beifall)

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode nach jahrelangen Erörterungen in Partei und Fraktion das Konzept des Beteiligungslohns durchgearbeitet und nach allen Gesichtspunkten abgesichert - auch unter dem Gesichtspunkt der Anlagemöglichkeiten und der besonderen Erfordernisse des Mittelstandes -, und zwar so, daß die CDU/CSU-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode dieses Konzept einmütig bis zum letzten Mann vertreten konnte, genauso wie wir es im Bundesrat getan haben.

Meine Damen und Herren, es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß wir durch die ausschließliche Orientierung der Vermögensbildung an der Gewinnbeteiligung in den Möglichkeiten für die Arbeitnehmer und die anderen Gruppen der Bevölkerung, um die es hier geht, vorankommen. Richtig ist die Konzeption, die die Antragskommission zur Annahme empfiehlt: Danach sollen zwei Elemente zugrundegelegt werden, zum einen der Beteiligungslohn in einer Lohnbezogenheit, aber abgesichert durch Sonderregelungen für den Mittelstand, so daß er tragbar ist; zum anderen wollen wir - dies ist der zweite Teil der Vorlage, über den wir im Detail jetzt noch gar nicht sprechen - ergänzend dazu die Voraussetzungen für eine umfassendere, wirksamere Gewinnbeteiligung in den verschiedenen Formen schaffen. Der zweite Teil der Vorlage bezieht sich auf die Gewinnbeteiligung. Wer die Lage der deutschen Wirtschaft gerade jetzt realistisch einschätzt, wer im Hinblick auf mögliche Entwicklungen der nächsten Jahre Sorgen hat, muß sehen, daß eine ausschließliche Orientierung an der Gewinnbeteiligung, die ja von den Antragstellern vorgesehen wird, nach meiner Überzeugung für die Realisierung eines Vermögensbildungskonzepts im Interesse der Arbeitnehmer heute gar nicht übersehbare Risiken beinhaltet.

(Beifall)

Deshalb möchte ich hier mit allem Nachdruck dafür plädieren, daß wir die sorgfältig ausgearbeitete, in jahrelanger parlamentarischer und politischer Arbeit vorbereitete und wirksam ergänzte Vorlage zugrunde legen. Meine Freunde, das Problem der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung als Kernstück einer neuen Vermögenskonzeption ist von dem Thema der dezentralen Fonds und der Frage, wer darüber verfügt, nicht zu lösen. Was dies angeht, so werden in der weiteren Diskussion nach diesem Parteitag wieder jene gesellschaftlichen Kräfte, die wir aus anderen Beiträgen kennen, auftauchen; sie bedeuten im Hinblick auf die Verfügungsmöglichkeit des einzelnen Arbeitnehmers nicht ein Stück mehr an Freiheit, sondern ein Stück mehr an Begrenzung. Dies ist von den Antragstellern sicher nicht gewollt.

(Beifall)

Ein solcher Parteitagsbeschuß hätte aber schließlich Wirkungen, die weit über diesen Parteitag hinausreichen.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich sehr schwer, im Hinblick auf die Beteiligung der Hausfrauen einen leisen Zweifel anzumerken. Ich tue das sehr ungern. Ich verweise darauf, daß auch die Freien Demokraten diese Konzeption der Beteiligung der Hausfrauen in Freiburg beschlossen haben. Wer den Stand der Gespräche auch im Lager der Koalition kennt, weiß, daß wir jedenfalls für die erste Stufe eine Option zu treffen haben: in erster Linie eine Gewinnbeteiligung für die Arbeitnehmer und dann ergänzende Maßnahmen auch mit staatlicher Förderung für andere Gruppen wie die Hausfrauen - oder aber ein Konzept in einem Zuge, das dazu führen kann, daß für alle fast gar nichts kommt. Deswegen schlage ich vor, das Problem der Einbeziehung der Hausfrauen, für das es bisher hier noch kein wirklich durchgearbeitetes Antragskonzept gibt, als Frage von besonderem Vorrang den weiteren Arbeiten der Partei und Fraktion zuzuweisen und eine Berichterstattungspflicht in einer begrenzten Zeitspanne vorzusehen.

Meine Damen und Herren, wie immer aber das besondere Problem der Einbeziehung der Hausfrauen gelöst wird, ich möchte nachdrücklich an Sie appellieren, sich auf zwei feste Fundamente zu stellen: Beteiligungslohn auf der einen Seite und Gewinnbeteiligung auf der anderen Seite. Das ist nach meiner Überzeugung der richtige Weg, auf dem Gebiet der Vermögensbildung nicht nur verbal, sondern in der Gesetzgebung auch tatsächlich so voranzukommen, wie wir es alle miteinander wollen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde! Ich habe den Eindruck, daß hinsichtlich der Einbeziehung der Hausfrauen in unser vermögenspolitisches Konzept ein Mißverständnis besteht bzw. daß zumindest das Problem, das hinter allem steht, nicht klar herausgekommen ist. Ausgangspunkt und mittlerweile Herzstück unserer vermögenspolitischen Überlegungen ist doch der partnerschaftliche Ansatz im Unternehmen. Die CDU als Volkspartei sagt: Der Gewinn wird im Rahmen der marktwirtschaftlichen Grundordnung von Arbeit, Unternehmern und Kapital gemeinsam erzielt. Also haben auch die Arbeitnehmer Anspruch auf Gewinnbeteiligung. Dazu gehören natürlich auch die Frauen als unselbständig Tätige, als Teilzeitbeschäftigte, als Selbständige. Wir behandeln heute - dies ist entscheidend - die Zielvorstellung einer partnerschaftlichen Unternehmensform der Zukunft. Wenn Frauen, die als Hausfrauen nicht direkt, sondern nur indirekt über ihre in den Unternehmen tätigen Männer beteiligt werden, so mag man das als einen Schönheitsfehler ansehen. Der Antrag des Bundesvorstands beinhaltet zunächst jedoch diese Zielvorstellung des partnerschaftlichen Ansatzes im Unternehmen. Wir sollten dieses partnerschaftliche Konzept im Unternehmen nicht verfälschen. Deshalb sollten wir, so meine ich, den Antrag des Bundesvorstandes zu Leitsatz 1 annehmen. Wenn wir aber heute schon der Ansicht sind, daß neben der partnerschaftlichen Zielsetzung im Unternehmen auch die Hausfrauen direkt an die Eigentumsbildung herangeführt werden sollten, so sollten wir dieses Ziel nicht durch eine Abänderung des Leitsatzes 1 zu erreichen versuchen. Leitsatz 1 sollten wir so annehmen, wie ihn der Bundesvorstand vorschlägt. Einer darüber hinausgehenden Ziel-

setzung sollten wir durch eine Erweiterung oder durch eine Verweisung an die Bundestagsfraktion Rechnung tragen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Herr Müller-Hermann das Wort.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Liebe Parteifreunde! Die bisherige Diskussion über Leitsatz 1 zeigt, daß zwischen dem Wünschbaren und dem Realisierbaren immer noch eine Kluft besteht. Wir werden heute, wie ich meine, nach all den Vorarbeiten, die im Bundesvorstand und auch in der Bundestagsfraktion geleistet worden sind, nicht so weit gehen können, schon eine konkrete Lösung für das Problem anzubieten, wie die Hausfrauen und dann natürlich auch die Rentner in die Beteiligung am Produktivvermögen einbezogen werden können. Ich möchte Ihnen daher namens der Antragskommission empfehlen, den Leitsatz 1 um einen weiteren Absatz mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, Möglichkeiten zu erarbeiten, daß auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Herzig aus Baden-Württemberg.

Burkhard Herzig: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Frage stellen. Wir haben hier einen Widerspruch zu verzeichnen. Die Herren des Bundesvorstandes wollen uns klarmachen, daß die Beteiligungswerte für diejenigen, die an diesem Vermögenszuwachs beteiligt werden sollen, ausreichen.

Wir haben demgegenüber die Aussage des Sparkassen- und Giropräsidenten, daß das nicht der Fall ist. Ich möchte über diese Frage eine konkretere Auskunft und nicht nur Tendenzmeldungen.

(Beifall)

Im übrigen möchte ich die Diskussion einmal etwas herunterzonen in die entsprechenden Gegensätze, die in der Diskussion aufgetaucht sind. Wenn hier Professor Burgbacher sagt, wir könnten es uns hier im Augenblick nicht leisten, den Kreis der Tätigen zu verlassen, weil dann der Ansatz zum Beteiligungslohn verlorenginge, möchte ich fragen: Wie steht die Wertigkeit? Ist das Modell das Entscheidende? Oder ist die Überlegung, daß eine breite Streuung erfolgt, das Entscheidende?

(Beifall)

Ich frage weiter: Wie sollen unsere unselbständig Tätigen beteiligt werden, wie sollen alle die, die unter dem Titel des Beamten laufen, beteiligt werden bei dem knappen Ansatz von entsprechenden

Beteiligungswerten? Es kann im Extrem doch wohl nicht so sein, daß ich mich damit abzufinden habe, daß man mir als Beamten einen Panzer der Bundeswehr schenkt.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Darf ich mal einen Moment unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich bitte, doch wirklich auf folgendes zu achten: Bei der nach dieser Diskussion folgenden Abstimmung wird praktisch abgestimmt über das Thema Hausfrauen, wenn ich es einmal vereinfacht so sagen darf, nicht über die Frage Gewinnbeteiligung und alle möglichen anderen Fragen, die im Leitsatz 2 behandelt werden. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn die nachfolgenden Diskussionsredner darauf Rücksicht nehmen würden.

Bitte, Sie haben weiter das Wort.

Burkhard Herzig: Die Klammer ist geschlossen, ich komme jetzt zu den Hausfrauen. Wer von Hausfrauen spricht, kann ja die anderen nicht auslassen. Ich möchte hier fragen: Seit wann ist es so, daß die Hausfrauen keine gesellschaftlich wertvolle Arbeit in unserer Gesellschaft leisten?

(Beifall)

Ich kann als gesellschaftlich wertvoll nicht nur denjenigen betiteln, der in einem lohnabhängigen Arbeitsprozeß steht, sondern ich muß die Wertigkeit von den Ergebnissen für die Gesamtgesellschaft abhängig machen. Das heißt, daß ich von vornherein Hausfrauen einzubeziehen habe. Deshalb, so meinen wir, kann über den Beteiligungslohn dieses Ziel nicht so günstig erreicht werden. Denn wir sollten eines verhindern - und das steht hier zur Debatte -: Wir können nicht mit Vermögensbildungskonzepten bewirken, daß wir Gruppen neu installieren, die von dieser Vermögensbildung genau ausgeschlossen sind.

(Beifall)

Vermögensbildung mit der Spaltung Vermögenszuwachs für die einen und nicht mögliche Vermögensbildung für die anderen ist ein Widerspruch.

(Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Brickwedde, Niedersachsen, das Wort, dann Herr Dr. Meier, Exil-CDU.

Fritz Brickwedde: Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst einmal auch das Präsidium darauf hinweisen, daß mit dieser Entscheidung - Hausfrauen, ja oder nein - auch die Entscheidung für oder gegen Investivlohn getroffen wird; das hängt zusammen.

(Beifall)

Wenn wir uns in unseren Leitsätzen dazu bekannt haben, daß Eigentum eine Funktion für Freiheit in unserer Gesellschaft hat, können wir

doch wohl nur fordern, daß diese Freiheit für alle zu gelten hat, d. h. für Arbeitnehmer und für Hausfrauen, nicht nur für Arbeitnehmer.

Meine Freunde, wir sprechen hier ständig vom mündigen Bürger und wollen wieder neue Klassen schaffen, nämlich unterscheiden zwischen unselbständig Tätigen in Betrieben und den unselbständigen Tätigen zu Hause in den Familien. Das kann nicht das Ziel der Christlich Demokratischen Union sein.

(Beifall)

Die Frage der Beteiligung der Hausfrauen ist nicht mit dem Investivlohn zu lösen - das ist unsere These -, sondern nur mit einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung, wie wir sie vorschlagen. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, auch vom Lohnverhältnis unabhängige Personengruppen in die Vermögensbildung einzubeziehen.

Nun noch ein Wort zu der Machtfrage, die auch Herr Dr. Stoltenberg hier angesprochen hat. Wenn ich böswillig sein wollte, würde ich sagen, mit dem gesetzlichen Beteiligungslohn hätten die Gewerkschaften über die Bank für Gemeinwirtschaft die Möglichkeit, den größten Bankapparat und damit die größte Machtstellung in der Bundesrepublik aufzubauen. Aber wir sind ja gar nicht dafür, einen zentralen Fonds zu schaffen. Wir würden uns sogar damit abfinden, auf die safe-zentralen Fonds zu verzichten, die ja in dem Westfalen-Antrag gar nicht drin sind, wenn das Prinzip der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung, das unserer Ansicht nach am besten geeignet ist, Vermögensbildung für alle zu erreichen, vom Parteitag angenommen wird. Die Machtfrage stellt sich also, wenn man vom Antrag Westfalens ausgeht, überhaupt nicht, weil die Fonds im Westfalen-Antrag gar nicht drin sind.

Ich wundere mich auch über den Leiter der Vermögensbildungskommission Westfalen, Herrn Dr. Luda, der hier ständig gegen den Antrag der Jungen Union argumentiert, obwohl sein Landesverband genau das gleiche will wie wir. Er sollte dann einmal gegen seinen eigenen Landesverband argumentieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Stoltenberg hat außerdem gesagt, der Beteiligungslohn oder der Investivlohn sei nicht mittelstandsfeindlich. Ich möchte dann fragen, warum etwa der Sprecher des Handwerks im Hearing ganz klar gesagt hat: Wir sind gegen den Beteiligungslohn. Wohl deshalb, weil der Beteiligungslohn zu mittelstandsfeindlich ist? Das ist doch ein Widerspruch in sich.

Wir stellen fest: Der Beteiligungslohn benachteiligt die lohnintensiven Betriebe und damit den Mittelstand und bevorzugt die kapitalinvestiven Betriebe und damit die größeren Unternehmen. Das wollen wir nicht. Wir wollen einen neutralen Vermögensbildungsvorschlag, und das ist die überbetriebliche Gewinnbeteiligung.

(Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Als nächster Herr Dr. Meier, Exil-CDU, dann Frau Dr. Wex.

Dr. Hellmut Meier: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Das Problem Hausfrau beschäftigt zu Recht unsere heutige Versammlung. Ich glaube, im Namen aller Ehemänner zu sprechen, wenn ich sage, wir haben sicher alle eine hohe Achtung vor dem Wert der Arbeit der Ehefrauen;

(Beifall)

sonst könnten wir hier ja nicht so lange und ruhig tagen.

Wenn gesagt wird, die Hausfrau gehört selbstverständlich zu den Berufstätigen, dann ist das richtig. Ich erinnere mich noch sehr deutlich an die Zeit in der sowjetischen Besatzungszone, als bei der Einteilung für die Lebensmittelkarten die Hausfrau als nicht berufstätig galt. Das war sicherlich eine Diskriminierung. Aber wenn wir den C 230, zu dem ich spreche, so nehmen, wie er dasteht, dann ist das, finde ich, nicht ganz richtig. Denn da heißt es doch: alle Erwerbstätigen mit kleinem und mittlerem Einkommen, Hausfrauen und Soldaten. Aber es gibt doch sehr wohl Hausfrauen - meine gehört leider nicht dazu -, die Trägerinnen hohen Vermögens oder hohen Einkommens sind. Es gibt auch unter den Soldaten solche - ich habe nichts gegen die Generale -, die Träger hohen Einkommens sind. Ich verstehe nicht, warum man dann die Einschränkung mit kleinem und mittlerem Einkommen nur auf die Erwerbstätigen bezieht und nicht auf die Hausfrauen und Soldaten. Das müßte dann korrekterweise für alle gelten.

(Vereinzelter Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Wex, dann Herr Schmöle, Westfalen-Lippe.

Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist es ja wohl ganz klar, daß bei der Erarbeitung des Konzepts über die Hausfrauen gesprochen worden ist, daß man auch Überlegungen angestellt hat; aber wir sind jetzt in der Lage, daß diese Überlegungen offensichtlich nicht konform gehen mit den Vorstellungen - Herr Stoltenberg hat darauf hingewiesen - zu der Frage der überbetrieblichen Vermögensbildung und zu der Frage der Selbständigen und Unselbständigen.

Dies ist hier eben gerade festzustellen, daß wir jetzt von den Fragen der Hausfrauen sprechen, als wenn wir nur von den Hausfrauen sprechen. Wir sind dafür, daß kein Unterschied zwischen Berufstätigen und Hausfrauen besteht. Das war der Ausgangspunkt, das war unsere Absicht.

(Beifall)

Ich weiß aber natürlich ganz genau, daß bei dieser Diskussion auch einige Dinge herauskommen, die in dieser Partei Gott sei Dank einmal auf einem Bundesparteitag so besprochen werden. Die Logik ist natürlich, Herr Stoltenberg, auf Ihrer Seite. Aber Absicht und Realisierbarkeit müssen wir hier unterscheiden. Es kommt darauf an, nicht nur zu sagen, was wir heute realisieren können, sondern auch hinzuschreiben, was wir im Ziel wirklich wollen, wenn wir glaubwürdig dafür bleiben wollen, daß wir immer sagen, wir wollen nicht die berufstätige Frau als einziges Leitbild der modernen

Frau, sondern wollen auch den Hausfrauen die Möglichkeit geben, im eigenen Selbstverständnis ihre Arbeit in der Familie und im Beruf zu übernehmen.

Ich glaube, daß es nicht nur ein Schönheitsfehler ist, Herr Pieroth, daß die Frau nur über die Erwerbstätigkeit ihres Mannes am Produktivvermögen beteiligt werden soll, sondern das ist eine Sache, die geändert werden muß.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist sehr viel mehr als ein Schönheitsfehler.

Aber wie die Dinge nun einmal liegen, würde ich sagen, daß wir dem Antrag der Antragskommission, wie ihn Herr Müller-Hermann vorgelegt hat: "Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, Möglichkeiten zu erarbeiten, daß auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden", mit der Maßgabe zustimmen können, daß hier nicht wieder, wenn über Frauen gesprochen wird, nur von Möglichkeiten geredet wird, die man erst einmal prüfen muß, sondern ich werde dem Antrag nur zustimmen können, wenn wir ihn wie folgt ändern: "Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, ein Konzept dafür zu erarbeiten, daß auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden." Ich nehme die Anregung von Herrn Stoltenberg auf, daß das ein befristeter, zeitlich festgelegter Auftrag sein muß. Dann könnte ich dieser Vorlage zustimmen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung hat Herr Hopp aus Niedersachsen das Wort.

Claus Hopp: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist noch lange nicht erschöpft. Da wir aber schon zum jetzigen Zeitpunkt immer wieder die gleichen Argumente hören, möchte ich hiermit beantragen, die Rednerliste zu schließen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Möchte jemand dagegen sprechen? - Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, daß die Rednerliste geschlossen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Das ist die große Mehrheit. Dann ist so beschlossen.

Als nächster hat Herr Schmöle aus Westfalen-Lippe das Wort. Dann folgt Herr Löwisch aus Hannover.

Hans Werner Schmöle: Herr Präsident Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich vorab etwas Grundsätzliches sagen. Ich bin der Überzeugung, daß sich der Vorschlag des Bundesvorstandes und der Vorschlag des Landesverbandes Westfalen-Lippe sowie der Jungen Union, die hier auf dem Tisch liegen, in einem Ziel einig sind, nämlich eine partnerschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu erreichen. Dieses Ziel sollten wir, gleichgültig, welche Vorlage hier beschlossen werden sollte, nicht zerreden.

Meine lieben Freunde, es muß aber möglich sein, die verschiedenen Vor- und Nachteile unterschiedlicher Konzeptionen miteinander zu überdenken. Ich möchte wenige Punkte der Konzeption des Landesverbandes Westfalen-Lippe noch einmal aufzeigen und vielleicht auch noch zwei Fragen stellen dürfen.

Das erste ist: In dem Hearing, welches die CDU veranstaltet hat, ist gesagt worden, daß die Anlagewerte zur Anlage der Beteiligungswerte im Investivlohnbereich nicht ausreichen würden. Darauf müßte man doch auf diesem Parteitag eine Antwort erhalten, wenn man sachgerecht entscheiden will.

Das zweite ist: Es wird gesagt, und zwar, wie ich glaube, mit Substanz, daß eine Beteiligung der Hausfrauen über den Investivlohn überhaupt nicht möglich sei. Wenn das von der Sache her nicht möglich ist, dann nutzt es gar nichts, einen solchen Leit- oder Zielsatz aufzuschreiben, weil er sich hinterher nicht realisieren läßt, sondern dann muß man rechtzeitig die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall)

Unsere mittelständischen Freunde haben gesagt, daß der vorgeschlagene Investivlohn der mittelständischen und Kleinindustrie Mittel entziehe und daß sie gerade deswegen Bedenken dagegen erheben. Unsere Vorstellungen gehen dahin, daß wir versuchen wollen, der mittelständischen und Kleinindustrie zu helfen. Es muß eine zwingende Notwendigkeit für uns sein, gerade das auf unserem Parteitag mit zu überdenken. Wir wissen natürlich, daß in der Vorlage des Bundesvorstandes ein kompliziertes System der Subvention der mittelständischen und Kleinindustrie über eine Steuersubvention vorgesehen ist. Wir wissen aber auch, wenn wir die Ergebnisse in Frankreich betrachten, daß dort 15 % dieser Subvention auf die Preise abgewälzt und damit von denjenigen finanziert werden, denen wir letztlich durch unsere Konzeption helfen wollen.

Deshalb, meine ich, müssen wir uns über die verschiedenen Konzeptionen wirklich Gedanken machen. Die Frage ist nämlich nicht, ob wir irgendwelchen anonymen Fonds irgendwelche Macht zuspielen sollen, sondern es geht darum, wie wir am sachgerechtesten die Arbeitnehmer partnerschaftlich an den Ergebnissen unserer Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung teilnehmen lassen wollen. Ich glaube, liebe Freunde, daß das der zentralste und wichtigste Punkt auf diesem Parteitag ist, auch wenn es nach außen hin anders aussieht. Wenn wir in unserer Gesellschaft ein neues Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Anteilseignern schaffen wollen, müssen wir den schnellstmöglichen Schritt in Richtung auf eine echte und sinnvolle partnerschaftliche Beteiligung aller tun. Darum sollten wir den sinnvollsten Weg gehen. Ich sehe diesen Weg in der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herr Löwisch, Hannover!
Dann Herr Meyer, Westfalen.

Prof. Dr. Manfred Löwisch: Meine Damen und Herren, meiner Ansicht nach sind die Argumente für und wider überbetriebliche Gewinn-

beteiligung oder Beteiligungslohn hinreichend gewechselt. Getretener Quark wird breit, nicht stark. Deswegen werde ich mich nur auf das beschränken, was meines Erachtens in die Diskussion bisher nicht eingeführt worden ist.

Es ist gesagt worden, daß die Hausfrau ebenso wie die berufstätige Frau behandelt werden sollte. Ich möchte einen neuen Ansatz in Ihre Überlegungen einführen, warum das notwendig ist. Die Frau, die in der Regel mit 19, 20 Jahren heiratet, hatte gerade ihre Berufsausbildung beendet. Sie würde gerade einige Jahre an den Vorteilen des Gesetzes teilhaben, die wir hier beschließen wollen. Plötzlich muß diese Frau ausscheiden, weil sie nach neuen Erkenntnissen nach Möglichkeit in den frühen Jahren der Kindheit primär bei ihren Kindern sein sollte. Diese Konsequenz zu Ende gedacht, zeigt, daß wir hier eine neue Barriere für das sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch Wünschenswerte aufbauen. Dieser Schritt würde ein weiteres Defizit im Bereich einer vernünftigen, zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik für die Frau bedeuten.

Ich plädiere aus diesem Grunde eindringlich für den Antrag C 230, weil dessen Verwirklichung eine Gleichbehandlung der Frau und einen Abbau dieser wesentlichen Barriere bedeuten würde.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Meyer, Westfalen, das Wort. Ihm folgt Herr Dr. Burghaus, Rheinland.

Laurens Meyer: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir vorweg ein Wort. Es geht nicht, daß wir hier die ganze Zeit mit Sachargumenten kämpfen und sachlich bleiben, daß dann aber ein Bundesvorstandsmitglied - ich meine Sie, Herr Dr. Stoltenberg - kommt und sagt: Wir haben uns damit in der Fraktion jahrelang beschäftigt; ihr könnt heute doch nicht etwas anderes beschließen.

(Beifall - Dr. Gerhard Stoltenberg: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Das war doch das Hauptargument, daß man sagte: Das ist so fundiert und wir haben uns so lange damit beschäftigt, daß wir jetzt nicht etwas anderes machen können. Wir sollten hier vielmehr die Sachargumente abwägen.

Wir haben uns in Westfalen-Lippe alle Mühe gegeben, die Richtung anzuzeigen. Wir haben gesagt: wir müssen so viel Freiheit in diesem System haben, daß die Experten, über die wir auf Bundesebene verfügen, dann die bestmögliche Lösung finden können. Das sollte man akzeptieren und nicht mit solchen Schlagworten argumentieren.

Zum zweiten. Ich glaube, ein Gesichtspunkt ist hier unter den Tisch gefallen. Es geht um die Hausfrauen. Ich möchte dem Redner widersprechen, der vorhin von den "reichen Hausfrauen" gesprochen hat. In Punkt 1 steht: "Die Höhe der Bezugsrechte ist nach Einkommens- und Familienstand zu staffeln." Das ist der zweite wichtige Punkt. Darunter fallen natürlich auch die Hausfrauen und die Soldaten. Das steht ja am Schluß drin.

Und wo wir gerade bei diesem Punkt sind: Wir können doch nicht, nachdem wir jahrelang oder, so möchte ich fast sagen, jahrzehntelang in der CDU dafür gekämpft haben, daß solche Maßnahmen am Einkommen und am Familienstand ausgerichtet sind, jetzt plötzlich sagen: egal, wie groß eine Familie ist, jeder kriegt das gleiche, egal, ob 26 oder 20 DM im Monat, und dann soll er seine Sachen anlegen. Deswegen glaube ich, daß diese Staffelung nach Einkommen und Familienstand sehr wichtig ist, sehr wichtig für unsere Entscheidung. Wir sollten sie mit in Betracht ziehen.

Zur Frage der Hausfrauen: Vielleicht sollte dazu Herr Pieroth oder sonst jemand, der sich lange damit beschäftigt, eine Auskunft geben. Es ist doch lange versucht worden, auch das Problem der Hausfrauen mit einzubauen. Das geht doch nicht! Und ich warne Sie, Frau Wex, davor, sich auf diesen Kompromißvorschlag einzulassen. Es gibt keine Lösung dafür, mit dem Investivlohn die Hausfrauen zu beteiligen, es sei denn, man will ihnen direkt Steuersubventionen geben. Und wie es bei unserem heutigen Diskussionsstand mit Steuersubventionen aussieht, können Sie sich unschwer vorstellen.

Als letztes eine Frage an die Experten der Bundestagsfraktion: Hat denn schon einmal jemand ausgerechnet, wieviel Steuern der Investivlohnplan im Jahr überhaupt kostet?

(Vereinzelt Beifall)

Wieviel muß von den Arbeitnehmern selbst erbracht werden, damit sie ihre eigene Vermögensbildung bezahlen? Ich denke nur an den ganzen Bereich des öffentlichen Dienstes. Oder wollen wir den herauslassen? Entweder wird alles aus Steuermitteln bezahlt, oder wir müssen den ganzen öffentlichen Dienst draußen lassen.

Deswegen plädiere ich dafür, daß alle gleich behandelt werden, daß unser Maßstab der ist, daß Einkommen und Familienstand eine Aussage darüber treffen, wie eine Familie in der Lage ist, Vermögen zu bilden. Von da ausgehend sagen wir dann, alle sollen gleich behandelt werden, egal, ob sie unselbständig oder selbständig beschäftigt sind. Und ob dann für den einzelnen weniger herauskommt, ist eine ganz zweitrangige Frage; die Familie bekommt das gleiche. Das ist hier auch angesprochen worden. Aber wir betonen, daß die Frau in unserem Konzept eine selbständige Position einnimmt, egal, ob sie im Haus oder außer Haus berufstätig ist.

(Beifall)

Dr. Hermann Josef Burghaus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube meinem Vorredner doch sagen zu sollen, daß wir es den Delegierten überlassen sollten, zu entscheiden, wer hier mit Schlagworten und Emotionen arbeitet.

(Teilweise Beifall)

Es ist an dieser Stelle zu entscheiden, ob die Hausfrauen in den Leitsatz 1 einbezogen werden sollen oder nicht.

Diese Entscheidung bedeutet aber bereits eine weitergehende. Das ist auch eindeutig hervorgehoben worden, und das sollten all diejenigen bei ihrer Entscheidung berücksichtigen, die sich eventuell

von dem Gedanken tragen lassen, die Hausfrauen einzubeziehen, weil diese Entscheidung, die Hausfrauen einzubeziehen, im Rahmen eines Beteiligungslohngesetzes und einer betrieblichen Gewinn- und Ertragsbeteiligung nicht durchführbar ist. Es geht nur überbetrieblich, und dann, meine Damen und Herren, wird allerdings die Frage sein, ob wir noch glaubhaft klarmachen können, daß zwischen den Fonds der SPD und denen der CDU ein Unterschied besteht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht doch nicht an, hier zu behaupten, durch die überbetriebliche Lösung werde die Verbindung zwischen Arbeitsplatzrisiko und Vermögensrisiko aufgehoben. Genau das wollen wir durch unser Beteiligungslohngesetz: die individuelle Aufbringung und die freie Anlage. Das ist die Konzeption, die der Marktwirtschaft gebührt und die durch sie verwirklicht wird!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist die Überwälzung angesprochen worden. Dazu möchte ich als letztes sagen: Die Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß es überhaupt keinen Unterschied ausmacht, ob man das über Beteiligungslohn oder über Investivlohn oder über irgendeine Gewinnbeteiligung regelt. Die Frage der Überwälzung ist vom Markt her gegeben.

(Zustimmung)

Wenn der Markt es hergibt, wird überwältigt, und sonst wird eben nicht überwältigt. Das gilt für alle Modelle!

(Beifall)

Deshalb möchte ich doch bitten, dies hier sachlich im Raum stehen zu lassen.

(Erneuter Beifall)

Hubert Doppmeier: Noch einmal ganz grundsätzlich: Die CDU war die erste Partei überhaupt, die die Vermögensbildung mit einem Gesetzesentwurf in die Diskussion gebracht hat. Ich erinnere hier daran, daß Rainer Barzel im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage mehrmals gesagt hat: Auch die Mitbestimmung war unsere Sache, und sie muß unsere Sache bleiben; wir dürfen sie uns nicht wegnehmen lassen. Ich sage hier und heute: Die Vermögensbildung ist unsere Sache, und wir dürfen sie uns nicht wegnehmen lassen.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, dürfen wir uns hier nicht einer sachlich begründbaren und begründeten Vorstellung - auch wenn sie neu ist - nur deshalb verschließen - und da stimme ich mit Herrn Brickwedde überein, der eben schon auf den Beitrag von Herrn Stoltenberg eingegangen ist -, weil es heißt, wir hätten damals einen Beteiligungslohn-Gesetzesentwurf gemacht, und das sei abgesichert. Die Bedenken sind eben schon angemeldet und, wie ich meine, zu Recht begründet worden.

Deshalb ist es meines Erachtens wichtig zu sagen: Wir haben den ersten Schritt getan, das ist unsere Sache, und wir entwickeln sie jetzt entsprechend fort.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, wie wir es sachlich rechtfertigen wollen, wenn wir hier die Arbeitnehmer im weitesten Sinne - und dazu gehören die Hausfrauen - ungleich behandeln, und das geschieht, wenn wir die Hausfrauen nicht mit hineinnehmen.

Zweitens. Wie wollen wir es sachlich begründen, wenn wir z.B. den Dienstleistungsbereich und andere Bereiche weitgehend herauslassen? Das ist eine Ungleichbehandlung der erwerbstätigen Arbeitnehmer, um mich einmal so auszudrücken, weil ich eben von "Arbeitnehmern im weitesten Sinne" gesprochen habe. Wie wollen wir das begründen? Ich meine, wir können es sachlich nicht begründen und rechtfertigen. Und es ist vor allen Dingen besonders schwierig, draußen den Leuten überhaupt verständlich zu machen, daß wir diese Unterscheidungen möglicherweise wollen.

Festhalten müssen wir hier, uns geht es darum, das gesellschafts-politische Ziel, das wir erstreben, nämlich letztlich die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft zu bewahren, aufrechtzuerhalten, und deshalb müssen wir Wege beschreiten, die dieses Ziel auch am besten erreichen können. Und da müssen wir den hier aufgezeigten Weg beschreiten, weil wir mit den anderen Modellen auf der Strecke steckenbleiben. Das, glaube ich, können wir uns nicht leisten, weil uns sonst die anderen dieses wichtige Thema wegnehmen, und dann stehen wir wieder hinten an, bedauern das nachher und lamentieren dann nur noch, statt heute die Chance zu ergreifen, die Entscheidungen zu treffen, mit denen wir diesen Schwierigkeiten von vornherein aus dem Wege gehen können.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Jetzt für die Antragskommission Herr Professor Burgbacher!

Prof. Dr. Fritz Burgbacher: Meine lieben Parteifreunde! Wir beraten die Leitsätze für eine partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen. Das ist der Titel der Gesetzesvorlage, deren Vorbereitung wir beraten. Innerhalb dieses Titels sollte und muß sich die Diskussion bewegen. Partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen ist eben nur da möglich, wo eine solche Partnerschaft besteht.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, daß wir alle den Frauen im allgemeinen und den Hausfrauen im besonderen gegenüber besonders aufgeschlossen sind. Ich versichere Ihnen, daß die Kommission, die diese Vorlage in jahrelanger Arbeit für den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion vorbereitet hat, dieses Thema ausführlich behandelt hat.

Ich will die Diskussion nicht mehr erweitern, sondern möchte nur fragen: In welchem Betrieb - entschuldigen Sie den Ausdruck - ist die Hausfrau tätig, und an welchem Gewinn oder Ertrag soll sie beteiligt werden? Und wer zahlt das? Ich möchte Sie freundlichst bitten, sich mit diesen trivialen Überlegungen außerhalb idealer Vorstellungen auch ein wenig zu befassen.

Aber ich darf Ihnen im Namen der Antragskommission sagen, daß wir der Formulierung von Frau Wex - sofern Sie zustimmen - auch zustimmen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich darf sie noch einmal verlesen:

Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, ein Konzept dafür zu erarbeiten, daß auch die Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden können.

(Zustimmung)

Damit ist die Antragskommission einverstanden.

(Beifall)

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Der stellvertretende Parteivoritzende, Herr Stoltenberg, hat hier noch einmal den Buhmann "Fonds" aufgebaut und hat gesagt, damit habe diese Entscheidung etwas zu tun. Der einzige wirklich entscheidende Gegensatz, um den es geht, ist doch die Frage: Ist das Produktivvermögen für den einzelnen Bezugsberechtigten individuell verfügbar oder nicht?

Ich meine, es wäre nicht richtig, jetzt hier diesen kollektiven Zug hineinzubekommen, was wir genauso ablehnen. Wichtig ist sicherlich, daß es uns gelingt - ich sagte das bereits bei meiner ersten Wortmeldung -, daß wir ein echtes Partnerschaftsbewußtsein nur dann erzielen, wenn wir die Arbeitnehmer und die Leute mit unteren und mittleren Einkommen an den Erträgen selbst beteiligen. Das Problem, das keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stehen für den Investivlohn, daß der Mittelstand und vor allem die lohnintensiven Betriebe benachteiligt sind, ist klar. Es kommt uns doch im wesentlichen bei dem Konzept der Vermögensbildung darauf an, daß wir dem Bürger klar machen, daß das Privateigentum auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft entscheidend ist. Dies können wir wirklich nur klarmachen, wenn diese breiten Schichten auf dem Sektor des Produktivkapitals wirklich beteiligt sind. Wir können nicht einen großen Teil der Bevölkerung, nämlich die Frauen, außen vor lassen. Ich meine, die Frauen, die sich zunehmend von uns abgewandt haben, müssen dieses Zeichen sehen. Wenn von der CDU gesagt wird - vor allem Herr von Weizsäcker hat das in der Grundsatzkommission getan -, daß die Frauen sich vornehmlich um die Erziehung der Kinder, um den Haushalt usw. zu kümmern haben, können wir sie nicht andererseits dafür bestrafen, daß sie das tun, indem wir sie nicht beteiligen.

(Beifall)

Da nutzen uns auch keine schönen Deklamationen und Verweisungen an den Bundesvorstand und ähnliche Einrichtungen. Da nützt uns nur das eine, das einzig und allein möglich ist, dieses über die überbetriebliche Gewinnbeteiligung zu erzielen. Niemand hat uns heute erzählen können, auf welche andere Art und Weise die Hausfrauen beteiligt werden können.

Noch ein letztes. Es geht uns bei einer solchen programmatischen Entscheidung, wie sie ein solcher Parteitag nach langer Vorbereitung erbringen soll, darum, nicht an der Tagespolitik herumzudoktern. Wir sollten der Bevölkerung klarmachen, wir sollten den Nachweis bringen, daß wir die Kraft haben, uns als programmatische, als gestalterische Kraft der Zukunft zu erweisen. Die Bevölkerung erwartet von uns vor allem das, was wir bisher nicht hatten, nämlich Perspektive.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Klein, Rheinland, und dann Herr Landowsky, Berlin, das Wort.

Dr. Josef Klein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Jüngeren hier und insbesondere die Delegierten aus Westfalen und andere, die hier für eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung kämpfen, haben es natürlich gegenüber dem Bundesvorstand und gegenüber einer Autorität, wie Ministerpräsident Stoltenberg es ist, besonders schwer. Dennoch, meine Damen und Herren, müssen wir objektiv sehen, daß die Fragen, die hier von den Delegierten gestellt worden sind, nicht beantwortet wurden. Wir können doch nicht davon ausgehen, daß in irgendeiner Weise von dem Problem abgesehen werden kann. Wenn wir die Augen nicht vor der wirtschaftspolitischen Wirklichkeit verschließen wollen, können wir nicht davon absehen, daß der Beteiligungslohn - ich will es einmal sehr einfach sagen - 6 bis 8 Milliarden DM auf den Markt wirft, also, Nachfrage schafft. Auf der anderen Seite bleibt das Angebot an Beteiligungswerten sehr gering, trotz der steuerlichen Begleitmaßnahmen, die die Bundestagsfraktion vorgeschlagen hat. Diese Antwort beispielsweise ist uns Herr Stoltenberg oder Herr Burghaus oder Herr Prof. Burgbacher schuldig geblieben, diese Antwort ist nicht gegeben worden, als Herr Geiger im Vermögensbildungs-Hearing diese Frage gestellt hat, als Herr van Hooven vom Bankenverband diese Frage gestellt hat. Das führt zu diesem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.

Ich meine, gerade wir als Marktwirtschaftler sollten darüber nachdenken. Dies führt ganz eindeutig dazu, daß das Beteiligungslohn-gesetz die Gefahr in sich birgt, daß in erster Linie die Spekulation, die die Arbeitnehmer dann gegeneinander mit 6 oder 8 Milliarden DM betreiben müssen, zugunsten der Altaktionäre verläuft. Wir wollen aber keine Gewinnbeteiligung, wir wollen keine Vermögensbildung für die Altaktionäre, wir wollen vielmehr die breite Vermögensbildung für alle.

Eine weitere Frage ist nicht beantwortet worden. Der Hinweis auf die Wirtschaftslage ist überhaupt nicht aufgegriffen worden. Herr Dr. Stoltenberg sagte, gerade in der sich abzeichnenden schlechten Wirtschaftslage sei es schwierig, mit Gewinnbeteiligung zu arbeiten. Ich meine, umgekehrt wäre es noch schwieriger. Wenn wir in der Zukunft mehr und mehr Betriebe bekommen, denen es an die Vermögenssubstanz geht, denen es schlechter geht, dann ist es für diese Betriebe erst recht unzumutbar, nach dem Burghacher-Plan Beteiligungswerte aufzubringen. Genau dann greifen wir in die Vermögenssubstanz der Betriebe ein, die diese Vermögenssubstanz bitter notwendig haben.

Unser Plan hat den Vorzug, konjunkturgerecht zu sein. Auch darauf ist keine Antwort gegeben worden.

Es ist auch ein Ausweichen vor der Wirklichkeit, wenn hier gesagt wird, wir bleiben bei dem alten Bewährten. Ich frage mich, was soll eigentlich ein Parteitag, wenn wir beim alten Bewährten bleiben und keinen Schritt vorwärts machen!

(Beifall)

Wir sind doch unglaublich, wenn wir auf der einen Seite sagen, wir führen den Investivlohn ein, und wissen ganz genau, daran sind die Hausfrauen nicht zu beteiligen. Das ist ja hier auch offen gesagt worden. Um die Damen ein bißchen zu verträsten, wird dann gesagt, Bundestagsfraktion und Bundesvorstand erarbeiten ein langfristiges vermögenspolitisches Programm für die Hausfrau. Wenn wir zum Investivlohn ja sagen, ist das nichts anderes als ein bloßes Lippenbekenntnis.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der letzte Redner hat einen großen Teil seiner Ausführungen zu Leitsatz 3 gemacht. Ich möchte nochmals bitten, sich in der Diskussion auf die Themen zu beschränken, die jetzt gerade zur Debatte stehen.

Als nächster hat Herr Landowsky, Berlin, das Wort, dann Herr Kolb, Baden Württemberg.

Klaus Landowsky: Liebe Parteifreunde! Worum es bei der Diskussion hier gehen muß, ist doch ein Modell, auf das sich die Partei noch in drei, vier oder fünf Jahren versteht. Ich habe das Gefühl, daß die Vorlage des Bundesvorstandes mehr oder weniger von einem Gießkannenprinzip ausgeht, das ganz bewußt von vornherein einkalkuliert, daß ein großer Teil der Bevölkerung ausgeschlossen wird aus der Vermögensbildung am Produktivkapital. Das muß hier einmal ganz klar gesagt werden. Der Freund Klein hat es eben deutlich gemacht. Die Hausfrauen sind in der Vorlage des Bundesvorstandes nicht unterzubringen. Ich bitte Sie auch zu berücksichtigen, daß wesentliche andere Gruppen, auch die Rentner nicht, auch nicht darin unterzubringen sind. Unterzubringen ist nur der Teil der Arbeitnehmer, die in einem lohnabhängigen Prozeß stehen. Wenn man die Diskussion in der Bundestagsfraktion richtig verstanden hat, ist es ja wohl so, daß man bei der überbetrieblchen Beteiligung schon so langsam den Absprung versucht. Man hat es noch nicht ganz geschafft. Ich glaube, wir gehen alle davon aus, daß spätestens in ein oder zwei Jahren genau das, was Westfalen heute fordert, auch die Bundestagsfraktion fordern wird. Ich kann verstehen, daß die Bundestagsfraktion immer einen gewissen statischen Bewußtseinsprozeß hat. Sie ist an das aktuell Machbare gebunden. Wir als Parteitag sind aber an die Perspektive gebunden. Die Perspektive kann aber nur sein, ein Modell von grundsätzlichem Wert zu entwickeln, das je nach finanzieller Gegebenheit alle Gruppen der Gesellschaft in ein Konzept der Vermögensbildung einplanen kann. Dieses Konzept ist zur Zeit nur das von Westfalen-Lippe. Ich bitte Sie deshalb trotz der Autorität von Herrn Stoltenberg, die wir sicherlich alle anerkennen, sich als Parteitag von dieser statischen Bindung zu befreien. Wir sollten

sagen, die Richtung ist die, daß wir alle am Produktivkapital beteiligen wollen. Dann können wir uns auch über die aktuellen Schranken, die eine Fraktion oder ein Ministerpräsident haben, mit ruhigem Gewissen hinwegsetzen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Kolb, Baden-Württemberg.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier wird über Vermögensbildung gesprochen, und wir haben in der Vergangenheit Vermögensbildung gehabt. Wir müssen uns aber fragen, was aus dieser Vermögensbildung geworden ist. In der Regel ist sie einfach nicht dorthin geflossen, wohin sie sollte, nämlich in das Produktionsvermögen, sondern sie ist als Konsumvermögen benutzt worden. Wenn sie diesen Gedanken durchspielen, daß wir auch Gruppen beteiligen, die nicht in der Produktion stehen, kommen sie mehr oder minder, insgesamt gesehen, zu einem volkseigenen Betrieb.

Frau Wex, ich möchte deshalb vorschlagen, daß man für die Hausfrauen, wenn sie sparen, besondere Sparförderungen gibt. Sie können sie aber nicht ohne weiteres an der Produktion beteiligen. Wenn dies geschieht, läuft alles über die Preise, und es wird Künstler geben, die den Leuten aus der rechten Tasche 10 DM herausziehen, um ihnen anschließend 5 DM in die linke Tasche hineinzustecken.

(Beifall)

Deshalb darf ich Sie bitten, auch einmal die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überprüfen und nicht nur die Perspektiven für die Zukunft, wie es mein Vorredner eben getan hat. So, meine Damen und Herren, kommen wir nicht weiter, wenn Sie nur Perspektiven aufstellen, ohne zu untersuchen, was dann geschieht.

(Beifall)

Einige meiner Vorredner haben erklärt, es gebe keine Möglichkeiten für das Anlagevermögen, das hier mit 6 bis 8 Milliarden DM geschaffen wird. Warum wollen Sie die Vermögensbeteiligungsgesellschaften eigentlich nicht in die Diskussion einbeziehen? Auch der Mittelstand kann jede Menge Beteiligung über Vermögensbeteiligungsgesellschaften brauchen. Er wird sie dann auch in Gewinn umsetzen können. Wir können nicht erklären, daß ein ganzer Teil der Wirtschaft, nämlich der Mittelstand mit 12 Millionen Beschäftigten, nicht dazugehören werde, sondern nur die Großindustrie. Wir müssen hier die Perspektiven entsprechend untersuchen, damit wir wissen, welches die Folgen sind. Es ist sehr gut, in die Theorie zu gehen. Aber wir sollten das Theoriedefizit nicht durch ein Praxisdefizit ausgleichen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission einschließlich des Zusatzantrages, der von Herrn Müller-Hermann eingebracht worden ist, in der Form abstimmen, wie sie Frau Dr. Wex vorgeschlagen hat. Ich darf den Text noch einmal verlesen:

Alle unselbständig Tätigen sollen ebenso wie die selbständig Tätigen persönliche Miteigentümer am Produktivvermögen werden und über ihr Eigentumsrecht frei verfügen können. Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, ein Konzept dafür zu erarbeiten, daß auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. - Wer ist dagegen? - Danke schön. Wer Enthält sich? - Das erste war die Mehrheit. Die Empfehlung der Antragskommission ist bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit in der neuen Fassung angenommen.

(Beifall)

Damit sind die anderen Anträge erledigt oder abgelehnt.

Ich rufe nunmehr die Leitsätze Nr.2 auf. Dazu gehören die Anträge C 260 bis 291. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 260. Zu diesem Antrag liegen verschiedene Wortmeldungen vor. Zunächst hat sich Herr Bahner, Berlin, gemeldet. Danach folgt Frau Joggerst aus Baden-Württemberg.

Dietrich Bahner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU hat in den 20 Jahren, in denen sie Regierungsverantwortung innehatte, ihre vermögenspolitischen Grundsätze zum Teil auch gegen den Widerstand der anderen Parteien durchsetzen können. Auch in der Opposition haben wir unsere Politik zur Förderung der Vermögenspolitik in breiten Schichten konsequent weiterverfolgt. Im April 1970 haben wir den Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, das Beteiligungslohngesetz, vorgelegt. Dieser Entwurf zeigte den Weg zu unserem Ziel, alle unselbständig Beschäftigten am Produktivvermögen der Wirtschaft zu beteiligen.

Liebe Parteifreunde, diese Entscheidung von 1970 für das Beteiligungslohngesetz und damit gegen eine überbetriebliche Lohnbeteiligung gilt es zu unterstreichen. Das Beteiligungslohngesetz hat gegenüber einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung entscheidende Vorteile.

Die Anlage des Beteiligungslohns bleibt grundsätzlich der freien Entscheidung des Arbeitnehmers überlassen. Die Anlage soll jedoch auf Formen des Beteiligungssparens, nämlich in Aktien, Investmentzertifikaten, Anteilen an Unternehmensbeteiligungsgesellschaften und Wandelanleihen, beschränkt werden. Die Verpflichtung zur Anlage des Beteiligungslohns ist etwas gänzlich anderes als der Anlagezwang, der bei der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung unumgänglich ist. Für den Beteiligungslohn soll jeder Arbeitnehmer die Anlageform in Beteiligungswerten frei wählen können, d.h. die Verpflichtung zum Sparen ist mit

der Verantwortung des einzelnen verknüpft, die seinen Bedürfnissen entsprechende Anlageform zu wählen.

Der Anlagekatalog umfaßt Anlageformen mit mehr oder weniger großem Risiko. Anders hingegen ist es bei den gesetzlichen Gewinnbeteiligungen. Bei diesen müssen die Planer davon ausgehen, daß die Beteiligungswerte ohne Rücksicht auf individuelle Gestaltungsmöglichkeiten zugeteilt werden. Jeder wird bedacht, solange der Vorrat eben reicht.

Bei dem Beteiligungslohngesetz haben wir den Lohn als Bemessungsgrundlage für die Vermögensbildung gewählt, weil nur auf der Lohnbasis eine individuelle, personenbezogene Möglichkeit der Förderung der Vermögensbildung besteht. Hierdurch wird auch garantiert, daß alle unselbständig Tätigen, die in einem Lohnarbeitsverhältnis stehen, von diesem Gesetz erfaßt werden. Die Einschaltung zentraler Fonds oder Sammelstellen, die bei der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung unumgänglich sind, wird vermieden.

Liebe Parteifreunde, ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir uns alle noch einmal diese Vorzüge des Beteiligungslohngesetzes vor Augen halten. Die Entscheidung von 1970 war ein Schritt in die richtige Richtung. Zu dieser Entscheidung müssen wir hier stehen. Das Beteiligungslohngesetz dient dem Ziel einer freiheitlichen Vermögenspolitik im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. In diesem Sinne müssen wir unsere Vermögenspolitik weiterverfolgen.

Ich stelle mir vor, daß wir die Bundestagsfraktion beauftragen, unsere bisher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermögensbildung zu integrieren und das Gesamtkonzept unserer Partei klarer zu machen. Zentraler Punkt für diesen Vorschlag der Fraktion müßte sein, daß wir die Vorteile des 624-DM-Gesetzes mit den von uns gewünschten entscheidenden Prioritäten des Beteiligungslohngesetzes verbinden. Demnach müßten wir aus dem 624-DM-Gesetz zusammen mit dem 312-DM-Gesetz ein Beteiligungslohngesetz in Form eines 936-DM-Gesetzes beschließen. Darin läge die Konsequenz einer Anerkennung unserer bisher erfolgreichen Politik und der Verbindung der von uns angestrebten Wirtschaftsverfassung.

Liebe Parteifreunde, wir sollten uns diesen Schritt nicht verbauen und daher den Antrag des Bundesvorstands der CDU unterstützen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir zu den Ziffern 1 und 2 schon sehr viele Beiträge gehört haben. Inzwischen sind hier 14 neue Wortmeldungen eingegangen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die Redezeit auf drei Minuten begrenzen, weil keine neuen Gesichtspunkte mehr kommen können.

(Beifall)

Im übrigen hat sich Herr Dr. Meier zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hellmut Meier: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Im Interesse einer zügigen Abwicklung der Diskussion möchte ich

auf folgendes hinweisen. Wir haben eben gehört, daß die Redezeit auf drei Minuten beschränkt wird, was sicherlich sehr richtig ist. In der Ausnutzung dieser Redezeit sind wir alle gleich. Aber einzelne sind offensichtlich "gleicher". Wir haben es gestern und heute vormittag erlebt, daß Spitzenreiter bis zu fünf-, sechsmal hier oben erschienen, um zum gleichen Thema zu sprechen. Das ist eine Überziehung der Redezeitregelung. Ich mache daher in unser aller Interesse den Vorschlag, daß jeder zum gleichen Thema nur einmal spricht.

(Beifall)

Hildegard Joggerst: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr eigenverantwortliche Lebenshaltung, mehr persönliche Freiheit und Verbesserung der sozialen Sicherheit kann der einzelne durch überbetriebliche Gewinnbeteiligung nicht erringen, sondern allein durch betriebliche Gewinnbeteiligungsformen. Die monopolistische Konzentration von Vermögen in zentralen Fonds hebt die Vielfältigkeit individueller Gestaltung von Zielen und persönlicher Bewegung von Sonderbelastungen in Notfällen auf. An die Stelle der direkten Verfügungsmacht des einzelnen durch Eigentum und seine freie Entscheidung und direkte Verantwortung tritt die Steuerung durch Funktionäre und die apparative Abhängigkeit des begünstigten Bürgers.

Die Zwangszuteilung der Fondsmittel ist für den einzelnen kein Eigentumserwerb. Sie bringt ihn vielmehr in die Stellung eines Rentempfängers. Dabei behält er kein unmittelbares Eigentum. Er erwirbt keine Beteiligung am Unternehmen selbst und damit auch keine Verfügungsmacht; denn die Machtausübung bleibt den Funktionären vorbehalten. Damit ist für den einzelnen der Status quo festgeschrieben. Neue Rechte und Pflichten bleiben ihm verschlossen.

Die übertriebliche Gewinnbeteiligung hat nicht nur für den einzelnen Arbeitnehmer, sondern auch für die betroffenen Unternehmer entscheidende Nachteile. Durch die Einführung der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung wird die Funktion des Gewinns im Kern geschwächt, damit wird auch seine Lenkungs-, Kontroll- und Anreizfunktion aufgehoben. Je höher der Gewinn belastet wird, desto mehr lohnt sich die Verschwendung im Unternehmen. Wer z.B. vom Gewinn 90 % abgeben muß und nur 10 % übrigbehält, baut lieber eine luxuriöse Eingangshalle in seinem Unternehmen, um die Kosten zu erhöhen und den Gewinn zu schmälern. Diese Kosten kommen voll dem Unternehmen zugute, die Gewinnabgabe aber nicht.

Die Unternehmensleiter werden sich ernsthaft die Frage stellen müssen, ob es überhaupt im Interesse der Anteilseigner liegt, noch nennenswerte Gewinne zu erzielen. Das bedeutet aber Abkehr vom Rentabilitätsprinzip.

Wenn überhaupt, so müssen überbetriebliche Gewinnbeteiligungspläne immer so ausgestaltet sein, daß ein bestimmter Beteiligungsatz gesetzlich festgelegt wird, der auf die Gewinnsituation des einzelnen Unternehmens keine Rücksicht nimmt. Die Unternehmen werden dann aber versuchen, die Gewinnschmälerung durch Preissteigerungen auszugleichen. Gelingt diese Überwälzung auf die Preise nicht, dann ist im Ergebnis ein Rückgang der privaten Investitionsbereitschaft mit einem daraus resultierenden geringeren wirtschaftlichen Wachstum zugunsten von kollektiver Investitionssteuerung zu erwarten.

Die überbetriebliche Gewinnabgabe ist im System der sozialen Marktwirtschaft unsinnig; denn sie belastet die Einkommensart Gewinneinkommen extra und macht die Beteiligung am Gewinn weniger attraktiv. Sie wirkt als Quasisteuer, unabhängig davon, ob die Gewinne Reichen oder Armen zufließen. Die alte Form der Körperschaftsteuer, die als systemfremd und wegen unsozialer Wirkungen abgeschafft werden soll, wird hier mit neuem Rahmen wieder eingeführt.

Schließlich werden gerade die Unternehmen zur Gewinnabgabe herangezogen, die zwar technisch, organisatorisch und von der Rechtsform her besonders geeignet sind, aber von der Rentabilität her sich schon jetzt in schlechter Position befinden. Eine überbetriebliche Gewinnabgabe stellt also eine zusätzliche Belastung dar. Mit diesem Konzept binden sich die Erfinder selbst die Hände. Das System führt dazu, immer mehr Zwangsmechanismen anwenden zu müssen.

(Glocke)

- Ich bin gleich fertig.

Das ist meiner Meinung nach ein Schuß nach hinten. Die CDU will doch gerade die Position des einzelnen gegenüber Verbandsfunktionären und Staat stärken. Deswegen kann und darf sie der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung nicht zustimmen. Der Parteitag möge sich daher deutlich für den Antrag des Bundesvorstandes der CDU entscheiden: für die freiwillige Gewinnbeteiligung und das Beteiligungsgesetz.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich bitte, daß sich Herr Schmandt jetzt schon vorbereitet. Vorher jedoch folgendes: Herr Dr. Meier hat einen Antrag gestellt. Ich bitte, darüber abzustimmen. Es handelt sich darum, ob Sie einverstanden sind, daß bei der großen Zahl der Wortmeldungen nur noch einmal zur gleichen Sache gesprochen wird. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Das ist die absolute Mehrheit.

Ich habe folgendes bekanntzugeben. Um 12.30 Uhr treffen sich CDA und JU im Saal 2. Die Bekanntgabe habe ich hiermit erledigt.

Ich darf dann Herrn Schmandt aus Westfalen-Lippe bitten.

Paul Schmandt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag C 260 sprechen und zu bedenken geben, daß die Forderung nach überbetrieblicher Gewinnbeteiligung zumeist von denen erhoben wird, die die Zahlen über die Vermögensverteilung von 1960 vor Augen haben. Wir halten die Vermögensverteilung heute noch für skandalös, obwohl die Realität ein positives Bild zeigt.

Auf Grund der Einkommenstichprobe des Statistischen Bundesamtes hat Prof. Willgerot die umfangreichste Untersuchung über den Vermögensstatus der privaten Haushalte veröffentlicht. Fazit dieser Untersuchung war, daß bereits 1969 in jeder Einkommensschicht, sowohl bei den Selbständigen als auch bei den Arbeitnehmern - also in jeder Einkommensschicht! - das Vermögen der Haushalte bereits das Eineinhalbfache des Jahresnettoeinkommens betrug. Für die Arbeitnehmer bedeutet dies im Durchschnitt DM 17 800 pro Haushalt.

Die Vermögensverteilung ist also keineswegs so schlecht wie ihr Ruf. Alle radikalen Pläne, die auf Veränderung der Vermögensverteilung abzielen, sind deshalb abzulehnen. Sie würden eine positive Entwicklung, die selbst von der SPD/FDP-Regierung bestätigt wird, abblocken.

Das Ziel der Vermögenspolitik ist und sollte sein, Eigentum, insbesondere am Produktivvermögen, breit zu streuen. Dieses Ziel darf nicht mit einer Umverteilung gleichgesetzt werden. Wie sinnlos etwa eine Umverteilung qua betrieblicher Gewinnbeteiligung ist, machen folgende Zahlen deutlich. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat die Frage untersucht, was wäre, wenn die Unternehmensgewinne an alle Erwerbstätigen gleichmäßig verteilt würden. Das Ergebnis: Zum Umverteilen bleiben brutto DM 129 je Erwerbstätigen.

Der Ansatz, materiell große Vermögenszuwächse breit zu streuen, kann also hier nicht liegen. Eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen über eine betriebliche Gewinnbeteiligung wäre nur aus ordnungs- und gesellschaftspolitischen Gründen zu vertreten. Aber die überbetriebliche Gewinnbeteiligung hat gerade das zu Folge, was sie eigentlich verhindern wollte: Konzentration des Produktivvermögens in Fonds, Machtballung in den Händen weniger - seien es staatliche oder gewerkschaftliche Funktionäre - und überdies die Bevormundung des einzelnen, indem man ihm Verfügungsmacht und eigenen Einfluß vorenthält.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich darf an die drei Minuten erinnern!

Paul Schmandt: Die überbetriebliche Gewinnbeteiligung ist kein Schritt in Richtung auf die von uns angestrebte künftige Wirtschaftsverfassung. Sie führt zur Erstarrung und verhindert private Entfaltung und Initiative. Darum meine ich: Wir sollten bei unserer bisher bewährten Aufassung bleiben. Ich bitte Sie, für den Antrag C 260 zu stimmen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich danke dem Redner.

Wir haben uns auf drei Minuten verständigt, wobei nur einmal zur Sache gesprochen werden darf. Ich gebe das noch einmal extra bekannt. Zusätzlich bitte ich, Verständnis für folgenden Antrag seitens des Präsidiums zu haben. Wir haben jetzt 17 Wortmeldungen zu Leitsatz 2. Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß wir die Rednerliste schließen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist die überwältigende Mehrheit. Damit ist die Rednerliste jetzt geschlossen.

Ich darf Herrn Stavenhagen aus Baden-Württemberg das Wort erteilen.

Dr. Lutz Stavenhagen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es entspricht unserem Verständnis von Marktwirtschaft, daß es auch in der Gewinnbeteiligung die Möglichkeit unterschiedlicher Gewinnbeteiligungen geben muß. Wer in einem Unternehmen mit hoher Rendite arbeitet, sollte an diesem hohen

Erfolg auch entsprechend beteiligt werden. Ein entscheidenden Nachteil der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung ist eben gerade, daß das nicht mehr möglich ist.

Die betrieblichen Gewinnbeteiligungssysteme haben wir ja bereits in vielen Unternehmungen in unserem Lande.

Es gibt weit über 3 000, die ihre Erträge partnerschaftlich teilen. Es gibt einige Hundert, die die Arbeitnehmer auch am Kapital beteiligen. Dies neben dem Beteiligungslohn auf freiwilliger Basis fortzuentwickeln, scheint mir der richtige Weg zu sein.

Des weiteren scheint mir wichtig, daß durch die freiwillige Anlage der Zwang, in eine bestimmte Richtung zu gehen, in einen bestimmten Fonds zu zahlen, verhindert wird. Bei der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung sind ein Fonds oder eine Sammelstelle oder eine Instanz, die den Gewinn feststellt und die Abgabe überwacht, unerlässlich. Das müssen wir einfach sehen. Wir sollten darauf achten, daß die Lenkungsfunction des Gewinns erhalten bleibt. Deswegen kann unsere Lösung nur die Freiwilligkeit und die betriebliche Beteiligung sein. Wir sollten ferner erkennen, daß die Übernahme von Risiko und Übernahme von Mitentscheidung mit der Gewinnbeteiligung untrennbar verbunden sind. Auch dies läßt sich nur über die betriebliche und nicht über die überbetriebliche Gewinnbeteiligung erreichen.

Meine Damen und Herren, wer ein wenig über die verteilungstheoretischen Aspekte nachdenkt, wird erkennen, daß die überbetriebliche Gewinnbeteiligung die Möglichkeiten zur Veränderung verhindert. Wenn wir verändern wollen, so können wir das nur über die betriebliche Gewinnbeteiligung tun. Ansonsten zementieren wir verkrustete Strukturen. Wir wollen in unserer Gesellschaft aber gerade verändern und nicht zementieren. Deshalb meine Bitte, neben dem Beteiligungslohn der freiwilligen Gewinnbeteiligung den Vorzug zu geben.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich erteile Frau Breuel, Hamburg, das Wort.

Birgit Breuel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind schon einige Argumente gegen die überbetriebliche Gewinnbeteiligung vorgetragen worden. Lassen Sie mich dem einige wenige hinzufügen. Die individuelle Vermögensbildung ist eine der wichtigsten und ureigensten Zielvorstellungen der CDU in den vergangenen Jahren gewesen. Ich bin sicher, daß wir dieser Zielvorstellung mit der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung nicht näherkommen. Die überbetriebliche Gewinnbeteiligung setzt die Errichtung verschiedener Fonds als Sammel- oder Verrechnungsstelle voraus. Anders kann sie in der Praxis nicht durchgeführt werden. Wenn Sie keine Fonds hätten - Sie müssen sich das einmal praktisch vorstellen -, sähe es so aus, daß derjenige der in einem Elektrizitätswerk arbeitet, dann am Stromerlös beteiligt wäre. Eine solche Differenzierung würde jedem von uns mit Sicherheit unsinnig erscheinen. Deshalb gehen auch alle Pläne, die die überbetriebliche Gewinnbeteiligung zur Grundlage haben, davon aus, daß die Zuweisung von Vermögengstiteln an

die Berechtigten gleichmäßig erfolgen soll. Aber genau dazu ist eben eine zentrale Verrechnungsstelle notwendig, auch wenn dies - das ist ein bißchen bedauerlich - in den vorliegenden Anträgen nicht deutlich zum Tragen kommt. Genau hier zeigt sich die besondere Form der Kollektivierung, die diesen Plänen zueigen ist und die wir als CDU, so meine ich, in der Vergangenheit immer mit Recht bekämpft haben. Die Sammlung von Vermögen in Fonds führt zu einer gewaltigen Konzentration, zu einer gewaltigen Machtzusammenballung und Zentralsteuerung. Das ist sicher eine beängstigende Entwicklung.

Von den Vertretern dieser Idee der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung wird nun immer darauf hingewiesen, daß diese Zentralisierung dadurch legitimiert oder sogar aufgehoben sei, daß es Wahlen zu den Aufsichtsorganen dieser Gremien gebe. Dies ist, so meine ich, schlicht falsch, denn dadurch, daß Konzentration demokratisch legitimiert wird, wird keine weitere Freiheit geschaffen. Die unmittelbare Einflußnahme des einzelnen bleibt damit im Grunde genommen unberücksichtigt. Genau die unmittelbare Einflußnahme des einzelnen ist aber das originäre Anliegen der CDU in der Vergangenheit gewesen.

(Zustimmung)

Die Macht durch Fonds konzentriert sich in den Händen einiger weniger Funktionäre. Dies ist - lassen Sie mich das deutlich sagen - eine doppelte Machtposition: nicht nur gegenüber dem einzelnen, der die Zertifikate bekommt, sondern auch gegenüber den Unternehmen, denn geben die Unternehmen Eigentumstitel an einen Fonds als Sammelstelle ab, so erwirbt der Fonds hohe direkte Beteiligungen an den Unternehmen. Es ist dann eine reine Zeitfrage - hierüber sind ausreichend Berechnungen angestellt worden -, wann einige wenige Funktionäre den Mehrheitsbesitz in den Gesellschaftsversammlungen der betroffenen Unternehmen in der Hand haben. Es ist eine Zeitfrage, wann über diesen Umweg die zentrale Investitionslenkung in der Bundesrepublik eingeführt wird. Dies ist ein Punkt, der inzwischen nicht mehr nur von den Jungsozialisten, sondern auch von der Arbeitnehmerkonferenz der Sozialdemokraten vertreten wird. Dies sollte uns alle mehr als nachdenklich stimmen. Eine Verwirklichung derartiger Pläne führt letztlich zur Aufhebung der Gesamtordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Hier wird uns eine tiefangelegte, langfristige und auf Macht ausgerichtete Strategie vorgetragen. Ich halte das für gefährlich. Wir haben die bessere Alternative. Ich bitte Sie, dieser Alternative des Bundesvorstandes zuzustimmen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Breuel!

Zur Geschäftsordnung hat Herr Schmöle das Wort.

Hans Werner Schmöle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, daß über die Anträge, die hier gestellt worden sind, und nicht über Anträge, die auf dem SPD-Parteitag gestellt worden sind, diskutiert wird.

(Beifall)

Wilfried Kasselmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Lampersbach.

Egon Lampersbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit großer Freude habe ich heute morgen gehört, daß das Wort "Mittelstand" sehr häufig gebraucht wurde. Ich würde mich freuen, wenn alle diejenigen, die diesen Begriff hier gebraucht haben, um die überbetriebliche Gewinnbeteiligung durchzusetzen, sich mehr für unsere Arbeit interessieren würden. Dann ginge vieles leichter und besser.

(Beifall)

Unter C 2 geht es darum, wie die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer durchgeführt werden soll. Der Vorschlag, der von der Jungen Union kommt, hat - ich habe das dem Freund Meier auch gesagt - in vielen Teilen sehr sympathische Züge. Ich könnte ihm zustimmen, wenn nicht expressis verbis die überbetriebliche Gewinnbeteiligung darin vermerkt wäre. Die überbetriebliche Gewinnbeteiligung wird den Arbeitnehmern in einer Form vorgetragen, als wenn sich damit ein Mannahimmel für alle eröffnen würde. Aber machen wir uns doch nichts vor! Wer sich einmal die nüchternen Zahlen, insbesondere auch nach den Untersuchungen von Prof. Engels, vergegenwärtigt, wird feststellen, daß das, was draußen an Gewinnerwartungen besteht, zum Teil reine Utopie ist. Nicht 60 % des Umsatzes sind Gewinn, sondern maximal 2 %. Das sind die nüchternen Zahlen. Herr Dr. Schleyer, mir ist eine Zahl von Mercedes bekannt: Dort liegt der Gewinn nur bei 1,6 %. Bei einem 12 000-DM-Wagen beträgt er also ungefähr 190 DM. Meine Damen und Herren, Sie kommen bei der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung nicht an der Tatsache vorbei, daß Sie Zahlungen in einen mehr oder weniger zentralen Fonds einleiten müssen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß draußen sehr viele mit dem Gedanken der Veränderung unseres heutigen Wirtschaftssystems spielen, droht die Gefahr, daß der Zentralismus - mit dem Ziel der Ablösung der Sozialen Marktwirtschaft - übermächtig groß wird und wir hinterher nicht mehr einen freiheitlichen Arbeitnehmer, sondern einen gelenkten und diktatorisch maßregelten Arbeitnehmer haben. Ich spreche mich deshalb gegen die überbetriebliche Gewinnbeteiligung aus und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie insofern individuellen Freiheitspielraum eröffneten, als Sie mit für die Lohnbezogenheit eintreten.

(Beifall)

Siegfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Lampersbach.

Herr Dr. Becker, bitte!

Dr. Kurt Becker: Meine Damen und Herren, ich möchte mich grundsätzlich für den Vorschlag der Antragskommission einsetzen, meine aber, er müßte noch um einige Worte geklärt werden. Es gibt hier einen Antrag vom Kreisverband Mönchengladbach Nr. 284, in dem das zum Ausdruck kommt. Wir waren in den Vorverhandlungen - das kann mir Herr Pieroth bestätigen - immer der Auffassung, daß die Gewinnbeteiligung im Betrieb freiwillig vereinbart sein sollte. Es steht hier in dem Text: entweder als Beteiligungslohn oder als

investive betriebliche Gewinnbeteiligung. Ich möchte vorschlagen - und ich habe den Antrag auch schon schriftlich heraufgegeben -, daß formuliert wird: entweder als Beteiligungslohn oder als freiwillige, vereinbarte investive Gewinnbeteiligung.

Es ist sehr wichtig, daß das geklärt wird, was an sich der einheitliche Wille der Eigentumskommission war, da sonst draußen im Lande nicht klar ist: Was ist das eigentlich, Gewinnbeteiligung, was ist diese neue Idee der CDU, die Gewinne zu verteilen? Man wird uns in der Wirtschaft und gerade im Mittelstand schwere Vorwürfe machen, wenn das nicht geklärt wird, daß die Beteiligung freiwillig sein muß.

Ich möchte doch bitten, daß man der Klarheit wegen und der Ehrlichkeit wegen diese beiden Worte in den Antrag 260 einfügt.

Siegfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Jetzt kommt Herr Dr. Pinger.

Dr. Wilfried Pinger: Meine lieben Parteifreunde, ich möchte auf das Argument zurückkommen, daß die überbetriebliche Gewinnbeteiligung für den Mittelstand besser sei. Die Mittelstandsvereinigung hat sich auf ihrer letzten Bundestagung mit überwältigender Mehrheit für den Beteiligungslohn und gegen eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung ausgesprochen, und zwar aus guten Gründen. Was da für den Mittelstand an Vorteilen angeboten wird, sind nur scheinbare Vorteile. Das Beteiligungslohngesetz benachteiligt die lohnintensiven Betriebe dann nicht, wenn man sich genau ansieht, wie es in Gesetzesform vorliegt. Da sind ja gerade Vergünstigungen, und zwar ganz erhebliche Vergünstigungen, für die lohnintensiven Betriebe vorgesehen.

Es wird gesagt, die überbetriebliche Ertragsbeteiligung fange ja - jedenfalls nach den Vorstellungen der SPD - bei den Großen an, und diese werden ja dann zunächst einmal mit 10 % geschöpft, und die Kleinen will man schonen. Ich frage mich: Wo sind die Kriterien? Fängt man dann nicht doch bald an, die Grenze herabzuschrauben, wird man nachher nicht mit einigem Recht fragen: Warum denn dann nicht auch Gewinnbeteiligung bei den kleinen und mittleren Unternehmen, jedenfalls bei denen, die Gewinn machen? Das Entscheidende ist für mich, daß man mit 10 % anfängt und sagt, das hält sich ja doch noch in einer erträglichen Größenordnung, und daß man dann fragt, was denn gerechter Anteil für die einen und für die anderen ist, wie hoch man denn da den Gewinn entnehmen kann. Muß man bei 10 % aufhören? - Für mich sind 10 % willkürlich. Wird man nicht sagen, man muß mindestens auf 50 % kommen? Und dann ist doch mit Recht die Frage zu stellen, ob man dann nicht an den Motor der Marktwirtschaft geht und ihn drosselt, nämlich an den Gewinn.

Ich bitte Sie also sehr, beim Konzept des Beteiligungslohnes zu bleiben und gegen eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung zu stimmen. Damit sind wir nicht für Altüberkommenes, was uralte Politik sei, sondern das ist die moderne Konzeption der CDU.

Siegfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke sehr.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat mit Rücksicht auf die noch vorliegenden Wortmeldungen und auf die Notwendigkeit, den Parteitag so zu straffen, daß wir die Themen behandeln können, den Vorschlag zu machen, über den wir abstimmen wollen, daß wir in der Mittagspause nicht aufhören, sondern durchtagten, damit wir nicht anderthalb Stunden verlieren. Ich glaube, das läßt sich bei den Einrichtungen und Möglichkeiten dieses Hauses arrangieren und bewerkstelligen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Wer ja sagt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Danke sehr. Gegenprobe! - Das erste war die Mehrheit. Danke. Wir tagen durch.

Das Wort hat Herr Dr. Wagner, Rheinland. Bitte sich vorbereiten Herr Jaeger, Baden-Württemberg.

Dr. Carl-Ludwig Wagner: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Ich glaube, daß wir die Diskussion über die betriebliche oder überbetriebliche Gewinnbeteiligung auch noch einmal von ihrem grundsätzlichen Aspekt, d.h. von der Motivation her, beurteilen sollten.

Worum geht es? Es geht nach unserer Auffassung darum, daß die unselbständig Tätigen am Ertrag, am Gewinn des Unternehmens beteiligt werden sollen, in dem sie tätig sind, also an dem Gewinn, den sie miterarbeiten haben. Mit dieser grundsätzlichen Motivation ist ausschließlich eine betriebliche Gewinnbeteiligung vereinbar, dagegen nicht eine überbetriebliche; denn bei der überbetrieblichen würde ja gerade eine Beteiligung an einem Durchschnittswert aus der Wirtschaft allgemein erfolgen, an dem der einzelne Arbeitnehmer jedenfalls nicht konkret mitgewirkt hat. Es entfällt völlig die Bezogenheit sowie das Interesse am Erfolg des eigenen Unternehmens, und es entfällt die Einsicht darin, was im Unternehmen an Gewinn gemacht wird oder in einem bestimmten Jahr eben auch nicht gemacht wird. Meines Erachtens ist marktwirtschaftlich nur die Lösung der betrieblichen Gewinnbeteiligung.

Wir müssen auch sehen, daß wir uns mittelfristig und langfristig dazu entschlossen haben oder entschließen werden, einen Sozialverband Unternehmen zu schaffen, ein neues Unternehmensrecht, in dem der Arbeitnehmer eben nicht mehr nur durch Vertrag mit seinem Unternehmen verbunden sein soll, sondern als Arbeitnehmer-Gesellschafter, als Partner dieses neuen Sozialverbandes. Auch in diese Konzeption paßt nur eine Beteiligung am betrieblichen Ergebnis, nicht die überbetriebliche Gewinnbeteiligung.

Ich glaube, daß hier schon ein grundsätzlicher Unterschied sichtbar wird und daß es erforderlich ist, daß wir in dieser Frage Linie halten, und zwar unsere Linie.

Es ist sicherlich kein allgemeines Gebot, daß wir nie etwas übernehmen dürften, was von SPD oder von FDP gemacht wird. Hier liegt es aber so, daß mit unseren grundsätzlichen Vorstellungen über Interessiertheit des einzelnen am wirtschaftlichen Geschehen, mit unseren Grundvorstellungen über das neue Unternehmensrecht und mit unseren Vorstellungen über Marktwirtschaft ausschließlich die betriebliche Gewinnbeteiligung vereinbar ist. Ich bitte Sie daher, für diese und nicht für die überbetriebliche zu stimmen.

Siegfried Hasselmann: Danke sehr. Bitte Herr Jaeger!

Klaus Jaeger: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde, alle diejenigen, die hier eben sich in apodiktischer Form gegen jede Art der überbetrieblichen Beteiligung wenden, gehen offenbar von einer Vorlage aus, die in unseren Unterlagen und Papieren nicht drinsteht. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in dem Antrag Nr. 496, der aus technischen Gründen erst später beraten wird, Kapitalbeteiligungs- oder Vermögensbildungsgesellschaften für die kleinen mittelständischen Unternehmen vorsehen. Das ist ja auch die Zielsetzung unseres Parteivorstandes. Hier wird also doch ein Element der überbetrieblichen Vermögensbildung vom Vorstand selber in unsere Vermögensbildung hineingebracht.

Wenn das aber so ist, meine Damen und Herren, dann halte ich es für bedenklich, hier in dem vor uns liegenden Punkt die überbetriebliche Mitbestimmungsform in jeder Art und Weise auszuschließen. Ich persönlich bin der Auffassung, daß die vom Vorstand im Antrag 496 vorgesehene Form vernünftig und richtig ist. Ich bin kein Anhänger einer überbetrieblichen Mitbestimmung durch große Vermögensbildungsfonds, sondern ich bin für diesen Weg. Aber ich fürchte, daß die Formulierung, über die wir gerade streiten, nachher eine Interpretation dieses Teils mit sich bringt, der dem entgegensteht, was die breite Mehrheit des Parteitages wahrscheinlich für richtig hält.

Darum halte ich zumindest eines für notwendig, daß nämlich der Vorstand und die Antragskommission eine klare Äußerung darüber abgeben, daß der vor uns liegende Antrag, über den wir jetzt befinden, keine Interpretation dahin bedeutet, daß die Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den Mittelstand nicht auch für den Arbeitnehmer in diesen mittelständischen Betrieben eine Möglichkeit der Vermögensbildung bedeuten. Das scheint mir von ausschlaggebender Bedeutung zu sein. Dann sonst könnte ich dem Vorschlag in dieser apodiktischen Form, über den wir jetzt reden, nicht zustimmen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herr Dreyer! Bitte vorbereiten, Herr Dr. Klein, Rheinland!

Heinrich Dreyer: Wenn wir heute ja zum gesetzlichen Beteiligungslohn sagen, meine Damen, meine Herren, dann sagen wir damit nein zur Beteiligung breiter Arbeitnehmerschichten an den Produktionsmitteln. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Herr Dr. Luda hat heute recht schlüssig nachgewiesen, daß es gar nicht möglich ist, das, was durch Beteiligungslohn geschaffen wird, in Beteiligungswerten unterzubringen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß heute morgen die Entscheidung fällt, ob wir es mit der Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ernst meinen.

Wir haben in der Vergangenheit immer gesagt, daß es in der Vermögensbildung der CDU drei Phasen gegeben hat: erstens Sparen, zweitens Beteiligung am Wohnungseigentum und drittens Beteiligung am Produktivvermögen. Wir würden zwei Klassen von Arbeitnehmern schaffen, nämlich einmal die Gruppe derer, die in erwerbswirtschaftlichen Unternehmen arbeiten, zweitens die Gruppe derer, die Gewinne erwirtschaften. Dort wäre die freiwillige betriebliche Gewinnbe-

teiligung möglich. Darüber ist heute morgen schon viel geredet worden. Ich frage mich nur was das für einen Sinn hat. Freiwillige betriebliche Gewinnbeteiligung ist auch heute schon möglich; das brauchen wir nicht in Vorstellungen der CDU von der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Das ist eine Frage, die keiner Regelung durch uns bedarf.

Das JU-Modell hat den Vorzug, daß es sicherstellt, daß die Arbeitnehmer tatsächlich auf überbetriebliche Weise beteiligt werden. Daneben besteht die Möglichkeit, die Arbeitnehmer entweder durch investive betriebliche Gewinnbeteiligung an der Vermögensbildung zu beteiligen, andererseits aber auch über den Beteiligungslohn für diejenigen Bereiche etwas zu tun, bei denen eine investive betriebliche Gewinnbeteiligung nicht möglich ist.

Wir sollten daher dem Vorschlag der Jungen Union zustimmen.

(Vereinzelter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Herr Dr. Klein, Rheinland! Vorbereiten: Herr Meyer, Westfalen!

Dr. Klein: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, hier herrschen einige Mißverständnisse, was die Vorstellungen von Kollektivismus und dergleichen angeht. Entscheidend ist, daß in den Anträgen der Jungen Union und des Landesverbandes Westfalen - dazu müßten Sie sich einmal die Anträge 460 ff. anschauen - ganz eindeutig auf frei verfügbares Eigentum abgezielt ist. Das ist die entscheidende Frage.

(Vereinzelter Beifall)

Kollektive Lösungen, wie sie die SPD anbietet, bedeuten, daß der einzelne kein frei verfügbares Eigentum hat. Das hat mit der Frage der Aufbringung absolut nichts zu tun.

Ich darf hier einmal die Frage stellen: Warum sind beispielsweise Investmentfonds im Bankensystem gut, und warum sollen Investmentfonds, wie wir sie vorschlagen - um nichts anderes als um Kapitalanlagegesellschaften, die übrigens auch in das Bankensystem einzuliefern sind, handelt es sich doch -, ein Buhmann sein? Hier wird doch einfach unredlich argumentiert.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung, Herr von Loewis! Ich möchte bitten, daß Herr Dr. Friedensburg sich bereit hält.

Menar Heiner von Loewis: Meine Damen und Herren, vorhin wurde der Antrag vom Präsidium gestellt, die Tagesordnung über die Mittagspause hinweg zu führen. Wir haben dem zugestimmt. Ich bitte Sie aber, folgendes zu bedenken. Ein großer Teil der Delegierten befindet sich jetzt während der Mittagspause zu Besprechungen außerhalb des Saales. Deswegen dürften in dieser Zeit keine Abstimmungen stattfinden. Das haben wir bei der Abstimmung nicht bedacht. Das würde schiefe Abstimmungsergebnisse bringen. Außerdem würde ich mich als Delegierter, wenn ich mich draußen befinde, in die-

ser Phase unwohl gegenüber denjenigen Parteimitgliedern fühlen, die mich hierhergeschickt haben.

Ich stelle den Antrag, in der offiziellen Pause, in der draußen bestimmte Gespräche stattfinden, keine Abstimmungen zu diesen wesentlichen Tagesordnungspunkten durchzuführen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich halte das für nicht möglich. Wir können nicht einmal gefasste Beschlüsse wieder aufheben. Dann muß eben später getagt werden. Wir müssen sehen, daß wir fertigwerden.

(Beifall)

Nach unserer Schätzung brauchen wir noch mindestens zwei Stunden für diesen Abschnitt. Dann könnten wir aber um 15 Uhr wieder im Fahrplan sein. Ich möchte Sie darum bitten, bei dem Antrag zu bleiben.

Es hat sich Herr Dr. Friedensburg gemeldet.

Dr. Ferdinand Friedensburg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich im Augenblick in diesem Saal umherschäue, und es fände jetzt eine Abstimmung statt, so würde das Ergebnis nicht das wirkliche Votum des Parteitages wiedergeben. Es muß eine Möglichkeit geben - ich schließe mich hier meinem Herrn Vorredner an -, die Abstimmungen auf die Zeit nach 15 Uhr zu verlegen, auch wenn die Diskussion weitergeht. Anders können wir nicht verfahren. Sonst gibt es keine richtige Mittagspause.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, den Antrag so bestehen-zu-lassen, wie er beschlossen worden ist, nämlich durchzutagen.

(Beifall)

Jeder Delegierte muß eben bei Abstimmungen im Saal sein. Dafür muß er Sorge tragen. Anders können wir nicht verfahren. Ich bitte noch einmal um Ihr Einverständnis.

(Zischen)

- Dann wollen wir einmal abstimmen. Wer dafür ist, daß wir durchtagen, den bitte ich um das Zeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Das erstere war eindeutig die Mehrheit.

Ich mache noch auf folgendes aufmerksam. Wenn zwei Wortmeldungen vor einer Abstimmung vorliegen, können wir über Lautsprecher darauf hinweisen, daß wir nach Abwicklung dieser beiden Wortmeldungen zur Abstimmung kommen. Dann können Sie hereinkommen. Das wäre vielleicht ein gangbarer Kompromiß. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren?

(Beifall)

- Dann ist das in Ordnung. Ich danke Ihnen sehr.

Das Wort hat Herr Dr. Meyer, Westfalen. Herr Brok möge sich bitte vorbereiten.

Laurens Meyer : Meine Damen und Herren, ich möchte eine Bitte an Sie richten. Ich möchte nicht noch einmal sämtliche Probleme ansprechen. Ich möchte Ihnen fünf Fragen stellen und Sie bitten, an Hand dieser fünf Sachfragen Ihre Entscheidung zu treffen. Jeder für sich sollte dann aus der Diskussion heraus beurteilen, wie er diese Fragen beantworten will.

Erstens: Was ist mit der von vielen Rednern hier vorgetragenen Enge des Kapitalmarktes? Kann der Beteiligungslohn überhaupt funktionieren?

Zweitens: Was ist mit dem Widerspruch zwischen dem, was wir vorhin beschlossen haben, nämlich: eine Umverteilung legal erworbenen Eigentums kommt als mit unserer rechtstaatlichen Ordnung unvereinbar nicht in Betracht, und der Folgerung aus dem Beteiligungslohn, daß wir bei allen Betrieben, die weniger Gewinn machen, als sie Vermögensbildungsabgabe zu leisten haben, an die Substanz herangehen und damit eine Umverteilung legal erworbenen Eigentums vornehmen?

Drittens: Ist es richtig - ich will es Ihnen gerne vorlesen -, daß der Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks im Hearing - wozu machen wir eigentlich solche Hearings? - gesagt hat, daß gerade für das Handwerk der Beteiligungslohn die schlechteste aller Lösungen sei, weil er an der Beschäftigtenzahl anknüpft? Jede lohnabhängige Lösung sei für das Handwerk besonders schlecht. Sie können das im Protokoll des Hearings gern nachlesen.

Viertens. Ich muß jetzt eine Frage ganz persönlich an Herrn Pieroth richten. Was sagen Sie zu folgendem Zitat aus dem Hearing? Herr Geiger geht auf die bisherigen Sparförderungsmaßnahmen ein und sagt - und ich bitte Sie herzlich darum, mir zuzuhören -:

Wenn Sie aber meinen, daß das alles nicht ausreichend ist, eine breitere Streuung des Produktivkapitals der Wirtschaft hinzubekommen, so meine ich, daß der Beteiligungslohn nicht der richtige Ansatzpunkt wäre. Wenn schon, denn schon; dann muß man über den Gewinn an den Vermögenszuwachs im Unternehmen herankommen.

Und er fährt fort:

Herr Pieroth, wir haben vor einigen Jahren in Bad Kreuznach bei Ihnen schon einmal Modelle entwickelt, die sicherstellen, daß auch eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung sich in ein marktwirtschaftliches System einfügen kann und die Kapitalströme und

die Verfügungsgewalt in der Wirtschaft nicht tangieren muß. Das wäre lösbar.

Was sagen Sie zu dem Widerspruch zwischen den Äußerungen, die hier von seiten des Bundesvorstands gemacht werden - es gebe bei überbetrieblicher Gewinnbeteiligung diese tollen Konstruktionen, die allenfalls im SPD-Papier vorkommen, aber nicht bei uns -, und dieser Feststellung, daß hier einer der Hauptbeteiligten ja selbst überbetriebliche Modelle entwickelt hat, die sicherstellen, daß sich das in ein marktwirtschaftliches System prima einpaßt?

(Teilweise Zustimmung)

Und eine letzte Frage: Soll es in Zukunft - und das frage ich Sie ganz ernst - zwei Arten von Arbeitnehmern geben, solche, die in Betrieben arbeiten, die sich eine Gewinnbeteiligung leisten können, und andere, zum Beispiel im ganzen Bereich des öffentlichen Dienstes? Das kann doch nicht unsere Absicht sein!

(Teilweise Beifall)

Elmar Brok: Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen für den Bundesverband der Jungen Union machen. Ich möchte dabei direkt an das anschließen, was Herr Meyer hier gesagt hat.

Es wird in dieser Debatte so viel davon gesprochen, die Partnerschaftsbezogenheit der betrieblichen Gewinnbeteiligung sei so sehr wichtig. Ich glaube aber, wir müssen auch sehen, daß aufgrund der jeweiligen Lage der Unternehmen nur etwa 10 % der Arbeitnehmer zugemutet werden kann, sich für eine betriebliche Gewinnbeteiligung zu entscheiden. Wir müssen hier doch im wesentlichen vom Investivlohn ausgehen, denn ansonsten ist die Argumentation nicht ganz ehrlich.

(Vereinzelt Zustimmung)

Lassen Sie mich noch eines sagen. Ich weiß manchmal nicht, auf welcher Feier ich mich hier befinde, wenn beispielsweise der Delegierte Paul Schmandt sagt, bei der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung sei die Vermögensbildung am Produktivkapitalsektor schlecht. Ich meine, wir machen dies alles doch - ob überbetriebliche Gewinnbeteiligung oder Investivlohn - deshalb, weil wir die Verteilung auf dem Produktivkapitalsektor nicht für richtig halten, weil wir der Auffassung sind, daß ein großer Teil der Bevölkerung, daß breiteste Schichten daran beteiligt sein sollen. Das ist doch der entscheidende Punkt, und ich weiß nicht, ob hier wieder ein Popanz aufgebaut werden soll, der in Wirklichkeit nicht existiert.

Ich möchte aber auch zu dem, was verschiedene Redner hier zum Ausdruck gebracht haben, etwas sagen. Sie meinten, wenn wir für überbetriebliche Gewinnbeteiligung sind, seien wir für Kollektivierung. Ich meine, so sollten wir doch nicht miteinander umspringen. Auf dem Landesparteitag der CDU Westfalen-Lippe hat es für das Modell der überbetrieblichen Gewinnbeteiligung eine sehr große Mehrheit gegeben, weil dort frei von Emotionen diskutiert worden ist, weil man davon ausging, daß hier wirklich auf verschiedenen Wegen ein gemeinsames Ziel angestrebt werden soll, daß es aber

nicht darum geht, irgendeine Kollektivierung zu erreichen. Das will keiner!

Der entscheidende Punkt ist doch, daß wir die Personenbezogenheit des Produktivkapitals um jeden Preis haben wollen. Ich meine, daß man daher nicht so miteinander umspringen sollte, daß man sagt, die einen wollten schon Sozialismus und seien auf dem Sprung dahin, und wir - d.h. diejenigen, die so argumentieren - wollten das nicht.

Ich meine, wir sollten miteinander anstreben, die Sache sehr emotionsfrei zu sehen, und zwar in dem Sinne, daß wir einfach auf die Fragen eingehen, die Herr Meyer gestellt hat. Wir sollten sehen, daß es sich dabei um eine praktikablere, bessere und gerechtere Lösung handelt, die breitere Schichten beteiligt, aber nicht um Kollektivierung oder etwas Ähnliches.

Hubert Doppmeier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir fällt auf, daß sich diejenigen, die sich hier gegen die überbetriebliche Gewinnbeteiligung ausgesprochen haben, im Grunde gegen Pläne ausgesprochen haben, die gar nicht hier zur Diskussion stehen, sondern in der Tat in anderen Parteien bzw. Arbeitsgemeinschaften anderer Parteien oder einer bestimmten Partei.

Ich finde das sehr betrüblich.

Zweitens habe ich bisher hier noch keine überzeugende Argumentation für den Investivlohn gehört. Es war deutlich herauszuhören, daß diejenigen, die zum Ausdruck gebracht haben, sie seien für den Investivlohn, gleichzeitig gesagt haben: ja, aber. Auch sie hatten also im Grunde Bedenken. Das ist an sich sehr bedauerlich.

Drittens möchte ich voll und ganz das unterstreichen, was eben Herr Brok gesagt hat, daß nämlich auf dem Landesparteitag Westfalen-Lippe sehr sachlich und sehr ruhig diskutiert worden ist und daß genau eine solche Diskussion hier erst gar nicht angestrebt wurde, sondern daß hier eine Emotionalisierung angestrebt wurde, damit eben das von der Jungen Union zur Diskussion gestellte Konzept kaputtgemacht wird. Beispielhaft dafür war meines Erachtens der Diskussionsbeitrag der gnädigen Frau aus der Antragskommission. Ich finde das sehr bedauerlich, denn wir sollten nicht den Fehler machen, die Junge Union jetzt nicht nur als die Jusos der CDU, sondern schon als Jusos schlechthin zu bezeichnen. Ich glaube, damit täten wir der Partei keinen Gefallen.

Ich möchte Sie bitten, sich den Antrag von Westfalen-Lippe genau anzusehen. Da heißt es u.a.:

Für die Verteilung sollte man möglichst schon bestehende Institutionen in Anspruch nehmen.

Es ist also nicht von einem Fonds die Rede. - Zweitens heißt es dort:

Neue Machtzusammenballung in einem zentralen Fonds im Sinne der SPD wird abgelehnt.

Das haben wir ganz klar gesagt, und wenn wir das gesagt haben, können wir doch wohl keinen Fonds wollen, wie ihn die SPD beschlossen hat.

Weiter muß hier noch einmal folgendes festgehalten werden. Wenn wir Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wollen, müssen wir doch ein Instrument schaffen, das sicherstellt, daß jeder Arbeitnehmer - sagen wir einmal - einen bestimmten vermögenswirksamen Sockelbetrag bekommt, der einen Anteil am Produktivvermögen darstellt, also einen Sockelbetrag am Produktivvermögen. Und genau dies können wir nur erreichen, wenn wir hier die überbetriebliche Gewinnbeteiligung beschließen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme gleich zum Schluß. - Nur noch ein Hinweis: Wir in Westfalen-Lippe haben uns ausdrücklich noch für eine Förderung der betrieblichen Gewinnbeteiligung ausgesprochen. Das gilt im Grunde für die Betriebe, die so gut wirtschaften, daß sie erhebliche Gewinne abwerfen, um eben im Sinne der Partnerschaft ein besonderes Verhältnis des Arbeitnehmers zu diesem Betrieb zu bekommen. Wir meinen aber, daß wir gesetzlich die überbetriebliche Gewinnbeteiligung einführen müssen, um eben diesen Sockelbetrag, wenn wir so sagen wollen, für jeden, wirklich für jeden Arbeitnehmer sicherzustellen.

Lothar Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Diskussion leidet etwas darunter, daß wir sie zu den einzelnen Leitsätzen führen und damit etwas von dem zerhacken, was die Konzeption dieser Leitsätze ist. Diese Konzeption der Leitsätze formuliert das Bild des Wirtschaftsbürgers, den wir haben wollen, zeichnet ein Bild des Unternehmers, der nicht mehr in erster Linie Kapitalvertreter ist, sondern die Organisation des Zusammenwirkens von Arbeit und Kapital herstellt, und sieht den Arbeitnehmer nicht mehr nur als Arbeit-Nehmer, sondern als einen am Wirtschaftsgeschehen durch Arbeitsleistung Beteiligten, der am Ergebnis dieses Betriebs durch den Ertrag aus den Investitionen, die er vorher aus Arbeitskraft geleistet hat, beteiligt ist.

Wenn wir die Logik dieser Überlegung zugrunde legen, dürfen wir nicht im Leitsatz 1 die Ausdehnung und im Leitsatz 2 die Einengung zum System machen.

sondern müssen uns überlegen, welche Konsequenzen das hat. Eine der Konsequenzen, denen wir nicht entgehen können, ist die Tatsache, daß wir künftig nicht die technokratische Frage der Spargbildung nennen können, sondern daß in diesen Leitsätzen die Beteiligungsgesellschaften, die wir etwa für den Mittelstand brauchen, verankert werden müssen. Das geht im System nun wahrscheinlich nicht anders, als daß wir Formen finden, wo die betriebliche Beteiligung nicht ausreicht. Ich würde diese Formen aber nicht prinzipiell überbetriebliche Vermögensbildung nennen, sondern würde sagen, wir brauchen Investmenteinrichtungen, die diese Funktionen übernehmen. Wenn man die Leitsätze 2, 6 und 7 liest, zeigt sich, daß sich hier das Bild abrundet. Wir sollten deshalb hier nicht die große Diskussion führen, ob Beteiligungslohn oder Gewinnbeteiligung. Das gehört in den Leitsätzen vielleicht sogar noch zusammen. Die entscheidende Frage wird sein, wie wir im Aktionsprogramm sicherstellen, daß das, was wir in den Leitsätzen sagen, nachher auch zum Vollzug kommt. Ich habe

nämlich die große Sorge, daß wir jetzt die Leitsätze diskutieren und nachher z.B. beim Aktionsprogramm feststellen, daß wir für die Ausführung der Leitsätze gar kein ausreichendes Instrumentarium anbieten. Ich möchte jetzt schon darauf hinweisen, daß dort der Landesverband Baden-Württemberg mit seinem Antrag C 586 einsetzen will. Wir dürfen uns hier nicht erst mit Emotionen beladen, ob wir für betriebliche oder überbetriebliche Vermögensbildung sind. Wir sind für breit gestreute Vermögensbildung, und das hat Konsequenzen im Instrumentarium. Da reicht die rein betriebliche Form nicht aus, ohne das wir jetzt sagen müssen, wir müßten irgendwelche Anträge übernehmen. Das müssen wir nicht, denn die Formen, die wir übernehmen können, müssen auf jeden Fall marktwirtschaftlich miteinander konkurrierende Einrichtungen sein und nicht Machtballungen, die gefährlichen Machtballungen auf der einen Seite gefährliche Machtballungen auf der anderen Seite entgegensetzen. Die Gretchenfrage ist, ob wir das Individuum in den Mittelpunkt stellen oder ob wir neue Machtpositionen schaffen wollen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Späth. Herr Klein, Westfalen.

Dr Josef Klein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung. Ich bedauere eigentlich, daß die Qualität der Diskussion darunter leiden muß, daß wir so wenige sind, insbesondere auch, daß das Präsidium in seiner Besetzung kaum eine Chance hat, Vermittlungsvorschläge zu machen, ganz einfach deshalb, weil es nicht anwesend ist.

Ich meine, daß die Diskussion hier mit ideologischen Scheuklappen geführt wird. Wir sollten es bei einer sachlichen Debatte dieser Frage lassen. Hier ist dem Antrag Westfalen unterstellt worden, er beabsichtige die Zusammenballung von Macht in den Händen einiger weniger Funktionäre. Daß dies nicht "Fondsbildung" heißen kann, ergibt sich aus dem Text, in dem zu lesen steht, bestehende Institutionen sollen genutzt werden. Ich kann es aber doch nicht so verstehen, daß die jetzigen Institutionen, sprich: die Banken, die jetzt verwalten, mit diesen Funktionären gemeint sein sollen. Was soll es also dann? Ich meine von da aus, lassen Sie es also, denjenigen als den Sozialisten nahestehend anzuprangern, der für überbetriebliche Gewinnbeteiligung ist. Wir sollten die Scheuklappen weglassen und wirklich rein zur Sache kommen.

Zu dieser sachlichen Fragestellung gehört für meine Begriffe auch eine Antwort auf die immer wieder gestellte Frage: Führt die Marktinge dazu, daß Altaktionäre nach dem Modell des Bundesvorstandes im wesentlichen bereichert werden? Wenn das der Fall ist, müssen wir uns über die enormen politischen Gefahren, die darin stecken, klar sein. Wenn die CDU ein Konzept vertritt, das dazu führt, töten wir selbst unseren guten Ansatz einer Vermögensbildung, bevor wir damit angefangen haben.

Eine letzte Bemerkung noch zu Herrn Lampersbäch. Ich meine, nicht derjenige, der für den Vorstandsvorschlag ist, ist unbedingt ein Mittelstandsfreund, und nicht unbedingt derjenige, der für das Modell Westfalen ist, ist ein Mittelstandsfeind. Es geht hier darum, diese Interessen sachlich abzuwägen. Ich bin Mittelständler, und

ich bin z.B. für das Modell Westfalen. Es geht hier darum, abzuwägen, ob ich im Rahmen des Beteiligungslohnes eine Privilegierung brauche, damit mich dieses Modell nicht belastet, oder ob ich im Rahmen der überbetrieblichen Beteiligung von vornherei nicht herunterfalle, was ich für das Bessere halte. Man kann deswegen als Mittelständler sehr wohl der Auffassung sein, daß die überbetriebliche Gewinnbeteiligung hier das Wesentliche ist.

Lassen Sie mich noch einen Schlußsatz sagen. Wenn Sie die Historie verfolgen, haben immer wieder diejenigen, die ein System wollten und erhalten wollten, zu spät bemerkt, inwieweit sie sich verändern müssen und inwieweit sie sich innerhalb des Systems zu neuen Regelungen durchringen müssen. Das hat immer den Systemveränderern eine Chance gegeben. Lassen Sie uns also hier und heute einen Schritt tun, der allen Bevölkerungsschichten die Beteiligung ermöglicht. Das ist aber, was ich für erwiesen halte, beim Beteiligungslohn nicht der Fall.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Lage ist wie folgt: Wir haben noch zwei Wortmeldungen. Ich bitte sich draußen auf die Abstimmung nach den beiden noch vorliegenden Wortmeldungen vorzubereiten. Es spricht jetzt zuerst Herr Pieroth für die Antragskommission deshalb etwas länger, weil er direkt angesprochen ist. Fragen gestellt bekommen hat, die er beantworten wird. Ich erteile ihm das Wort.

Ich mache noch einmal für unsere Gäste außerhalb des Plenums darauf aufmerksam, daß hier nach weiteren zwei Wortmeldungen zum Leitsatz 2 abgestimmt wird.

Elmar Pieroth: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir stehen jetzt vor einer materiellen Entscheidung. Soll die CDU am Beteiligungslohn festhalten oder ihn durch eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung ersetzen? Meine Damen und Herren, die Sorgen, die hinter den Anträgen auf eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung stehen, erscheinen vordergründig verständlich. Es geht darum, den Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder denen, die in weniger gut verdienenden Unternehmen beschäftigt sind, zusätzliche überbetriebliche Gewinnbeteiligungsansprüche einzuräumen. Lassen Sie mich ganz sachlich sagen: Was würden wir mit dieser überbetrieblichen Gewinnbeteiligung erreichen? Um es kurz zu machen: nicht mehr, als durch den Beteiligungslohn. Dafür bringt aber die überbetriebliche Gewinnbeteiligung Nachteile mit sich, die unser Beteiligungslohn vermeidet. Das habe ich zu begründen.

Daß alle Arbeitnehmer beteiligt werden sollen, auch die in nicht gewinnbringenden Unternehmen, erfordert keine überbetriebliche Gewinnabgabe, denn gerade das schafft unser Beteiligungslohn. Alle Arbeitnehmer, also z.B. auch der öffentliche Dienst, erhalten nach dem Beteiligungslohn vermögenswirksame Leistungen. Wir alle hier im Saal wollen am Gewinn der Gesamtwirtschaft anknüpfen. Das aber geschieht durch den Beteiligungslohn genauso wie durch die überbetriebliche Gewinnbeteiligung. Woher soll denn der Beteiligungslohn kommen, der ja doch zusätzlich zum bisherigen Barlohn gezahlt werden soll, als aus den Gewinnen der Gesamtwirtschaft? Ob auf die Preise überwältigt wird, hängt vom Markt ab, nicht vom Modell der Vermögensbildung.

Ein dritter Gedanke. Die Vertreter der überbetrieblichen Gewinnabgabe, unsere Freunde Brok und Maier und andere argumentieren, nur wenn die Unternehmen zwangsweise Beteiligungswerte abzuführen haben, also Aktien, Kommanditanteile, dann könne gesichert werden, daß genügend solcher Beteiligungswerte den Arbeitnehmern angeboten würden. Meine Damen und Herren, es geht auch marktwirtschaftlich. Unser Entwurf eines Beteiligungslohngesetzes sorgt dafür, daß genügend Möglichkeiten zur Beteiligung angeboten werden. Die angeblich so knappen Aktien sind doch nur eine von sechs Anlagemöglichkeiten im Beteiligungslohngesetz. Dazu kommen Investmentzertifikate, Beteiligungen am eigenen Betrieb, Zertifikate an Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, Wandelschuldverschreibungen, Zertifikate an Immobilienfonds - alles Maßnahmen, die zusätzlich das Angebot an Beteiligungswerten für die Arbeitnehmer verbreitern werden. Meine Damen und Herren, wir als CDU sollten nicht gesetzlichen Zwang fordern, wo es auch mit marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten geht. Wir sollten das auch in Zukunft der SPD überlassen.

(Beifall)

Schließlich wird behauptet, durch überbetriebliche Gewinnbeteiligung könne man die Vermögensbildung einmal direkt an der Höhe des Jahresgewinns der Gesamtwirtschaft und zum anderen auch an der Höhe des Gewinns der jeweils betroffenen Unternehmer orientieren. Wenn man diese direkte Orientierung will, dann kann man es genauso gut mit dem Beteiligungslohn machen. Es ist ohne weiteres möglich, die Unternehmen weniger zu belasten - bis hin zur vollständigen oder teilweisen Erstattung der von ihnen zu zahlenden Beträge -, die weniger gewinnstark sind, und dafür die gewinnstarken Unternehmen eben mehr zu belasten. Genauso kann man das Gesamtvolumen des Beteiligungslohns jährlich dem gesamtwirtschaftlichen Betrag anpassen. In Teil B Ziffer 4 haben wir das auch so vorgesehen.

(Anhaltende Unruhe)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf um ein bißchen mehr Ruhe bitten und auch darum, Platz zu nehmen. Das erleichtert es Herrn Pieroth, seine Ausführungen zu machen.

(Beifall)

Elmar Pieroth: Die Gesamtabwägung ergibt also das Ziel, alle Arbeitnehmer am Jahresgewinn der Wirtschaft zu beteiligen und jedes Unternehmen entsprechend seiner individuellen Gewinnhöhe heranzuziehen. Dieses Ziel kann genauso durch den Beteiligungslohn verwirklicht werden.

Nur hat die überbetriebliche Gewinnabgabe eine ganze Reihe von Nachteilen. Ich sage das nicht nur, weil mich Freund Meier persönlich darauf angesprochen hat. Ich gebe ja gern zu, daß ich jahrelang über die Möglichkeiten einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung zusammen mit Präsident Helmut Geiger vom Sperrkassenverband nachgedacht habe. Ich würde, wenn ich zu einem positiven Ergebnis gekommen wäre, auch auf diesem Parteitag für eine überbetriebliche Gewinnbeteiligung sprechen. Ich bin jedoch zu einem negativen Ergebnis gekommen.

Die überbetriebliche Gewinnbeteiligung erfordert einen gewaltigen zentralen Apparat, egal, wie man ihn aufzieht. Dieser Apparat muß von den Unternehmen jährlich Milliardenbeträge an Beteiligungswerten einziehen und weiterleiten. Solch ein Apparat ist kostspielig, unvermeidlich bürokratisch und immer in der Gefahr, Eigen-gesetzlichkeiten zu entwickeln, die nicht im Sinne unserer Zielsetzung liegen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir, die CDU, sollten doch kein Instrument schaffen, mit dem leicht mißbräuchlich wirtschaftliche Macht ausgeübt werden kann, die nicht mit der Marktwirtschaft vereinbar ist.

(Beifall)

Diesen Apparat ersparen wir uns mit dem Beteiligungslohn.

Was ist denn mit den Beteiligungswerten, die dann zwangsweise abzuführen sein werden, die eventuell sehr schlecht sind, weil sie von weniger guten Unternehmen kommen, so daß kein Arbeitnehmer sie will? Sollen diese Werte den Arbeitnehmern dann zwangsweise zuteilt werden? Glaubt jemand, daß sich auf diese Weise persönliches Eigentum bilden läßt, zu dem die Arbeitnehmer dann auch noch eine persönliche Beziehung entwickeln sollen?

Soweit die sachliche Abwägung. Zum Schluß möchte ich noch zwei politische Gründe anführen.

Wenn wir die Bürger draußen davon überzeugen, daß wir jetzt zwar etwas vorschlagen, was aus der Sicht der Bürger draußen einen ähnlichen Namen trägt wie das SPD-Modell und mit diesem auch in einigen Punkten übereinstimmt, obwohl wir etwas ganz anderes wollen als die SPD, wie soll dann der Bürger, der nicht alle Details kennt, zwischen dem bösen Fonds der SPD, den die CDU ablehnt, und guten Fonds der CDU, wie sie in Westfalen zwangsläufig verwirklicht werden, unterscheiden, wenn dieser Antrag durchkäme?

(Beifall)

Gewiß, die Westfalen schreiben in ihrem Antrag: im Rahmen der bestehenden Institutionen. Aber wenn man die Banken meint, hätte man das ja auch so zum Ausdruck bringen können und nicht anders.

Nun mein zweites und letztes Argument. Es scheint mir das Gefährlichste zu sein, die Auffassung zu vertreten - kurz formuliert -: Hauptsache, der Mittelstand bleibt draußen. Das ist ja die Tour, die die SPD mit ihrer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung reitet. Es soll mittelstandsfreudig aussehen, meine Damen und Herren, wenn nur Großunternehmen mit über 400.000 DM Gewinn zur Abführung verpflichtet sind. Wird es hinsichtlich der Abführung bei den Unternehmen mit über 400.000 DM bleiben? Freund Finger hat schon darauf hingewiesen: Die sozialistische Salamataktik hat noch nie vor dem Mittelstand haltgemacht.

(Beifall)

Sie wird es auch hier nicht machen. In der Steuerpolitik erleben wir es immer wieder: Es bedarf nur eines einfachen Gesetzesbeschlusses, die Grenze auf 300.000 oder 200.000 DM abzusenken, wohlgemerkt: das ist der Betrag vor dem Steuerabzug. Wo stehen dann manche Familienbetriebe!

Dann hat Freund Jäger - auch Kollege Spaeth wies darauf hin - um Klarstellung gebeten, wie es denn mit den Kapitalbeteiligungsgesellschaften oder Unternehmensbeteiligungsgesellschaften stehe. Diese lehnen wir natürlich nicht ab; das sind ja Instrumente des Beteiligungslohngesetzes, die wir brauchen, um hier zwischen weniger gut verdienenden Unternehmen, die weiteres Kapital brauchen, und Arbeitnehmern einen zusätzlichen Verschiebepbahnhof zu schaffen.

Ich komme zum Schluß. Man hört auch das Argument: Wenn schon, dann laßt uns doch jetzt auch in der Vermögensbildung richtig fortschrittlich sein! Aber kann unser Verständnis von Fortschritt denn sein, das Bisherige um jeden Preis wegzuerfen? Was sich bewährt hat, was gut ist, sollten wir auf den neuesten Stand bringen, aber nicht irgendwelchen Modeströmungen opfern.

Der Beteiligungslohn ist gut. Er ist die einfachste, billigste und am meisten marktwirtschaftliche Lösung für die allgemeine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Nicht umsonst haben unsere früheren Parteitage diesen großartigen Plan unseres Freundes Professor Burgbacher in das Parteiprogramm aufgenommen. Nicht umsonst hat die ganze CDU/CSU-Fraktion 1970 diesen Entwurf im Deutschen Bundestag eingebracht. War das denn alles nichts!

Der Beteiligungslohn erlaubt es, die Vermögensbildung direkt der Höhe des Jahresgewinns der Wirtschaft anzupassen. Zum Beteiligungslohn kann ferner jedes Unternehmen nach seiner speziellen Gewinnhöhe herangezogen werden. Aus dieser Überzeugung sage ich: Gegenüber dem Beteiligungslohn wäre eine überbetriebliche Gewinnabführung ein Rückschritt. Beteiligungslohn und betriebliche Gewinnbeteiligung zusammen schaffen Produktiveigentum für alle. Beteiligungslohn und betriebliche Gewinnbeteiligung im Einzelunternehmen und nicht die überbetriebliche Gewinnbeteiligung schaffen die Grundlage für unser Ziel der Partnerschaft im neuen Unternehmensrecht. Wir wollen diese Partnerschaft und keine überbetriebliche Gewinnbeteiligung.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Pieroth. Als letzter hat jetzt Professor Biedenkopf das Wort. Danach folgt die Abstimmung.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Liebe Freunde! Bei dem Antrag des Bundesvorstands zu Ziffer 2, den wir hier jetzt zur Beschlußfassung vorliegen haben, geht es entscheidend um die Frage - auf diese will ich mich beschränken - der betrieblichen oder überbetrieblichen Gewinnbeteiligung.

Die betriebliche Gewinnbeteiligung, im Antrag investive betriebliche Gewinnbeteiligung genannt, ist in dem Konzept des Bundesvorstands an späterer Stelle näher erläutert, und zwar im Sinne einer betrieblichen Gewinnbeteiligung, die auf Einzelvereinbarung, Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag aufbauen kann. Diese Gewinnbeteiligung ist ein wesentliches, entscheidendes Element eines

neuen Unternehmensrechts. Hier wird die Brücke zwischen Vermögensbildung und Unternehmensrecht geschlagen.

Auf dem Parteitag 1953 in Hamburg ist der Satz beschlossen worden, daß Mitbestimmung und Miteigentum im Unternehmensrecht untrennbar miteinander verbunden sind. Genau dieser Zusammenhang wird aber zerstört, wenn in überbetrieblichen Einrichtungen dann anonyme Beteiligungen zusammengefaßt werden.

(Beifall)

Der eigentliche Grund dieses vom Bundesvorstand im übrigen - soweit ich mich erinnern kann - einstimmig verabschiedeten Konzepts ist, die Brücke zwischen den beiden großen politischen Problemen Unternehmensrecht und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu schlagen. Alle die Fragen, die vorhin im Zusammenhang mit der überbetrieblichen Vermögensbildung angesprochen worden sind, wie Kapitalsammelgesellschaften und so etwas, sind ganz andere Probleme. Alle diese Probleme kann man organisatorisch lösen.

Das Entscheidende ist, daß die Beteiligung des Arbeitnehmers, welcher Mitarbeiter des Unternehmens ist, von diesem Betrieb ausgeht,

(Beifall)

daß das also eine betriebliche Verbindung ist, die die gesellschaftsrechtliche und die arbeitsrechtliche Klammer darstellt, durch die der Arbeitnehmer Mitbürger des Unternehmens wird.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag des Bundesvorstandes zu folgen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es geht um den Antrag Nr. C 260. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen durch Erheben der roten Stimmkarte. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war die absolut größere Mehrheit. Der Antrag ist so, wie die Antragskommission das empfohlen hat, angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt uns, den Antrag C 272 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Material zu überweisen. Wer diesem Antrage seine Zustimmung geben will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen - Das erste war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Leitsatz 3 auf. Dazu gehören die Anträge C 92 bis 313. Es liegt eine Wortmeldung von Prof. Burgbacher, Rheinland, vor.

Ich erteile Herrn Burgbacher das Wort.

Prof. Dr. Fritz Burgbacher: Meine lieben Parteifreunde! Ich spreche jetzt nicht als Mitglied der Antragskommission, sondern

persönlich und als Vorsitzender der Eigentumsgruppe der Partei und der Fraktion.

Es sind einige Sachfragen gestellt worden, die nach Möglichkeit beantwortet werden sollen. Vor allem ist die sehr berechtigte Frage gestellt worden: Wie ist es beim Beteiligungslohngesetz mit der sogenannten Marktenge? Hier erlauben Sie mir eine gutgemeinte kameradschaftliche Bemerkung. Wir gehen natürlich gelegentlich davon aus, daß die Delegierten die Vorlagen gelesen haben. Wir gehen auch davon aus, daß Sie das Beteiligungslohngesetz gelesen haben. Soweit Sie das getan haben: Darin steht einiges über die Marktenge, die auch Ihre Kommission sorgenvoll beobachtet hat.

Ich nenne als Beispiel folgendes: Erstens die Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktien erträge einmal bei der Gesellschaft und dann beim Empfänger. Diese Beseitigung ist eine der wichtigsten Fragen bei der Beseitigung der Marktenge. Das hat sogar die amtierende Bundesregierung begriffen und versucht, die Beseitigung der Lohnbesteuerung herbeizuführen.

Zweitens haben wir angeregt, daß dann aus den Depots der Banken Pakete freigemacht und dem Markt angeboten werden. Dabei mußten wir in Betracht ziehen die steuerlichen Auswirkungen für die Banken, damit sie das tun. Das haben wir getan. Wir haben ihnen eine steuerliche Privilegierung für den Gewinn vorgeschlagen, wenn sie das für allgemein interessante Investitionen der sogenannten Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Das dritte und nicht das Unwichtigste - ich hoffe, daß wir das auch wieder beleben - ist die Fortsetzung der Privatisierung bei Bund, Ländern und Gemeinden. Der Bund der Steuerzahler hat ausgerechnet, daß sich aus der Fortsetzung der Privatisierung jahrelang jährlich 5 Milliarden DM auf den Markt bringen lassen. Ich darf aus jüngster Zeit auf die Teilprivatisierung des Badenwerks in Karlsruhe verweisen, die beschlossen worden ist und in zwei Tagen dreifach überzeichnet war.

Dann möchte ich noch auf einen wichtigen Punkt hinweisen. Den haben wir aus unserer Regierungszeit auch mit zu verantworten; das möchte ich ausdrücklich sagen. Es ist ein Wahnsinn, daß bei uns fremdes Geld im Betrieb billiger ist als das eigene Geld. Das ist eine enorme Hemmung für die Eigenkapitalbasis. Das ist einer der Gründe, warum die deutsche Wirtschaft unterkapitalisiert ist. In den Wettbewerbsländern sind in der Regel im Schnitt 60 % der Bilanzsumme eigene und 40 % fremde Mittel. Bei uns ist das mindestens umgekehrt.

Unternehmen, die 40 % eigene und 60 % fremde Mittel haben, sind noch kerngesunde Unternehmen, aber nicht so gesund wie die Wettbewerbsunternehmen die 60 % eigene und 40 % fremde Mittel haben. Wenn diese Disqualifizierung steuerlicher Art des Eigenkapitals aufhört, sollen Sie einmal sehen, mit wieviel Kapitalerhöhung die deutsche Wirtschaft, die unterkapitalisiert ist, an uns herantritt.

Ich bin also der Meinung, daß die Marktenge - zum Teil aus dauerlichen Gründen - aufgehoben werden kann und daß ein ausreichendes Angebot vorhanden ist. Denn seien Sie versichert: Auch wir sind der Meinung, daß die Nachfrage aus dem Beteiligungslohn

unter keinen Umständen Anlaß sein muß zu Kurserhöhungen an der Börse, die nicht in der Sache begründet sind.

Noch eine ganz kurze andere Bemerkung. Von einem der Redner ist gefragt worden: Warum sind, wenn wir Investments, z.B. zur Anlage, empfehlen, diese erlaubt, wenn man sie jedoch überbetrieblich benutzt, werden sie als Kollektivunternehmen verdächtigt? Ich bitte den Fragesteller um Entschuldigung, aber hier hat er ziemlich am Thema vorbeigeredet. Denn die Investments, die wir im Rahmen des Beteiligungslohnes empfehlen, wählt jeder einzelne für seine Mittel aus.

(Beifall)

Bei den Investments, die er aus dem überbetrieblichen Kapitel zugeteilt bekommt, hat der einzelne gar nichts am Hütchen. Dazu hat er gar nichts zu sagen. Das ist eben der Unterschied.

Meine lieben Freunde, die Personenbezogenheit des Eigentums ist für die CDU/CSU, solange wir Marktwirtschaft haben, ein unverzichtbarer Begriff.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Wer wie die Antragskommission verfahren will, muß das Kärtchen hochheben. Wer für die Annahme des Antrages C 92 ist, den bitte ich um das Zeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Meine Damen und Herren, das Präsidium kann, soweit das jetzt zu übersehen ist, feststellen, daß wir in etwa 50 Minuten fertig sind. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir diesen Tagesordnungspunkt erledigen und dann doch noch eine halbe Stunde Pause einlegen und um 14.30 Uhr mit der Mitbestimmungsdebatte beginnen. Dann können wir noch Gespräche führen - der Wunsch ist an uns herange-tragen worden -, ein bißchen die Beine vertreten und uns eine kleine Pause gönnen, nachdem wir heute vormittag so konzentriert gearbeitet haben. Ich denke, Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe den Leitsatz 4 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Schwarz-Schilling aus Hessen vor.

Ich erteile Herrn Dr. Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Liebe Parteifreunde! Bei der Definition des Gewinns müssen wir besonders vorsichtig sein, weil hier sehr leicht emotionale Gesichtspunkte mit einfließen. Aus diesem Grund sind wir in Hessen der Auffassung gewesen, daß die Frage, wie der Gewinn definiert wird, sehr eingehend behandelt werden muß. Wir haben im Landesverband Hessen die Tatsache, daß der Gewinn das Ergebnis der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Kapital, Arbeit und Unternehmensleitung ist, nicht in Frage gestellt. Wir haben aber mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die Gewinnerzielung auch von anderen Fragen abhängig ist, daß sie von der Marktwirtschaft und von staatlichen Eingriffen abhängt. Wenn in der Energieversorgung z.B. solche Krisen wie heute eintreten, bedeutet dies daß bestimmte Unternehmen dadurch einen sehr großen Gewinn erzielen können, während andere in die roten Zahlen geraten. Alles das hat

nichts mit der Zusammenarbeit der drei Faktoren zu tun. Aus diesem Grunde haben wir in dem Antrag des Landesverbandes Hessen folgendes ausgeführt:

Der Gewinn erfüllt in der Sozialen Marktwirtschaft wichtige Funktionen. Der Gewinn der Unternehmen ist neben marktwirtschaftlich und staatlich bedingten Abhängigkeiten das Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens.

Wir sind der Auffassung, daß dies deutlich gesagt werden muß, weil sonst in der Bevölkerung der Umkehrschluß gezogen wird, daß Unternehmen, die keinen Gewinn erzielen, offensichtlich auch nicht partnerschaftlich - ich erinnere wieder an die von mir vorhin genannten drei Faktoren - zusammengearbeitet haben.

Aus diesem Grund bitten wir, unserem Antrag stattzugeben. Weiterhin sind wir der Auffassung, daß die Aussage, der Gewinn führe die Lenkung durch, auf die Kapitallenkung beschränkt wird. Wir sind nicht der Auffassung, daß der Gewinn die gesamte Lenkung der Wirtschaft beinhaltet. Er beinhaltet nur die Kapitallenkung. Das entspricht auch dem Selbstverständnis der Union im Hinblick auf Kapital und Arbeit.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Herr Schwarz-Schilling!

Für die Antragskommission hat jetzt Herr Dr. Geissler das Wort.

Dr. Heinrich Geissler: Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission war der Auffassung, daß im Hinblick auf Leitsatz 4 dem Verlangen des Landesverbandes Hessen wie auch anderer Landesverbände insofern nicht stattgegeben werden sollte, als in diesen Anträgen zumindest in einer sehr umfassenden Form der Versuch unternommen wird, den Gewinn zu definieren bzw. zu sagen, wessen Ergebnis der Gewinn ist. In dem Antrag des Landesverbandes Hessen heißt es ja, der Gewinn sei das Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Unternehmern, Unternehmen und Kapitaleignern. Es liegt eine ganze Reihe von anderen Anträgen vor, in denen auch versucht wird, den Gewinn zu definieren bzw. als das Ergebnis ganz bestimmter Faktoren herauszustellen. Über diese Frage kann man selbstverständlich unterschiedlicher Meinung sein. Wir waren der Auffassung, daß eine auch noch so vage gefaßte Definition des Gewinns in einer politischen Aussage nichts zu suchen hat. Wir empfehlen Ihnen deshalb, es bei der Fassung des Bundesvorstands zu belassen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Geissler!

Wir kommen zur Abstimmung, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 314. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Das erste war die Mehrheit.

Ich rufe Leitsatz 5 auf. Dazu ist der Initiativantrag C 589 eingereicht worden. Hierzu liegen zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Dr. van Hooven das Wort.

Dr. Eckart van Hooven: Meine Freunde! Ich möchte zum Antrag C 342 und zu dem Initiativantrag von Herrn Hasselmann und anderen sprechen. Dem Bundesparteitag liegt zum Antrag C 342 ein Initiativantrag vor, der auf eine Änderung abzielt. Der Leitsatz 5 unseres Grundsatzprogramms sollte wie folgt eingeleitet werden:

Wer das unternehmerische Risiko finanzieller Haftung übernimmt, hat Anspruch auf Beteiligung am Gewinn.

Wohl keiner von Ihnen, die hier im Saale sind, meint das, was in dem ursprünglichen Satz der Vorlage des Bundesvorstands steht. Dort heißt es: Wer Risiko übernimmt, soll am Gewinn beteiligt werden. Wenn dieser letzte Satz richtig ist, muß jeder Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, jeder Sparer, ob Kind, ob Rentner, jeder Gläubiger, jeder Verbraucher und jeder Lieferant, auch jeder Arbeitnehmer und Unternehmer einen Anspruch auf Gewinnbeteiligung anmelden können, denn sie alle tragen ja das Risiko. Die Sparer können ihr Geld verlieren, wenn der Schuldner Pleite macht. Wir haben das in den letzten Monaten ja gerade auf dem Bausektor erlebt. Jeder Gläubiger eines Unternehmenskredits trägt sogar ein besonderes Risiko, wie uns ein Blick in unsere Konkursordnung lehrt, die einerseits das Risiko der Arbeitnehmer vermindert, andererseits aber die Lieferanten als Gläubiger dennoch im erhöhten Risiko beläst. Die Verbraucher tragen ebenfalls viele Risiken. Viele von uns, die höherwertige Wirtschaftsgüter gekauft haben, wissen, daß sie schnell unbrauchbar werden. Sie sind also am Risiko beteiligt.

Meine Damen und Herren, Risiko allein kann also nicht die Notwendigkeit zur Gewinnbeteiligung begründen. Vielmehr ist doch gemeint, daß ganz bestimmte Risiken die Arbeitnehmer, die Unternehmer und die Kapitaleigner zur Beteiligung am Gewinn berechtigen. Darüber wird - soweit das bei allen unseren vorbereitenden Beratungen und Gesprächen bisher sichtbar wurde - nicht gestritten, und dies sollte, so meine ich, hier auch zum Ausdruck gebracht werden. An den Gewinnen sind partnerschaftlich diejenigen Arbeitnehmer, Unternehmer und Kapitaleigner zu beteiligen, die bei Entscheidungen, aber gerade auch bei Fehlentscheidungen das finanzielle Risiko zu tragen haben. Professor Burgbacher hat gesagt, Partnerschaft sei nur dort möglich, wo Partnerschaft bestehe. Ich meine, wir sollten diesen Gedanken auch auf das Risiko übertragen. Hierin sind sich die Kommission des Parteivorstandes, sowie der Sachverständigenrat und alle Wissenschaftler - seien sie nun liberal oder sozial in die Marktwirtschaft eingebunden - einig. Wir müssen also den Verfassern der Vorstandsvorlage helfen, denn sie haben in ihrem Kompromiß Feuer und Wasser zusammengetan. Der daraus sich entwickelnde Qualm hat uns den Blick für die Realitäten etwas verdunkelt. Liebe Freunde, ich spreche hier nicht gegen die Tariffähigkeit der Vermögensbildung. Ich möchte Sie daher bitten, den vorliegenden Initiativantrag zu unterstützen. Wie gesagt, er zielt darauf ab, daß Leitsatz 5 wie folgt eingeleitet wird:

Wer das unternehmerische Risiko finanzieller Haftung übernimmt, hat Anspruch auf Beteiligung am Gewinn.

Dann haben wir, so meine ich, ein partnerschaftliches und gesellschaftsorientiertes Konzept.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr von Bethmann das Wort.

Freiherr Johann Phillip von Bethmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche in befürwortendem Sinne zum gleichen Antrag. Auch ich bin für die Annahme dieses Initiativantrages. Wir sind aufgefordert worden, uns deutlich und sprachlich sauber zu artikulieren. Diese Aufforderung erging zu Recht. Wir müssen auch sachlich korrekt sein. Beides will dieser Initiativantrag.

Wenn diese allgemeine Bemerkung in dem Vorschlag des Bundesvorstandes stehen bleibt, ist den Ansprüchen auf Gewinn von allen möglichen Seiten, die gar keinen Anspruch auf Gewinn haben, Tür und Tor geöffnet. Gerechtigkeit in der Frage des Gewinns beinhaltet auch, daß wir Ansprüche auf Gewinn, die nicht berechtigt sind, ausschließen. Deswegen, so meine ich, müßten wir diesem Antrag zustimmen, daß der Gewinn dem zusteht, der das unternehmerische Risiko finanzieller Haftung übernimmt.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Jetzt hat der Parteivorsitzende Dr. Kohl das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich plädiere entschieden dafür, den hier vorgelegten Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Zur Begründung will ich sagen, daß das, was der Bundesvorstand hier vorgelegt hat, auch wenn man einzelne Leitsätze so oder so beurteilt, insgesamt ein in sich ausgewogenes Ganzes ist. Es ist gar keine Frage, daß die Formulierung "wer Risiko übernimmt, hat Anspruch auf Beteiligung am Gewinn", genau die Position der Mitte ist, die die Christlich Demokratische Union in Deutschland in dieser Frage zu beziehen hat. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das, was hier vorgeschlagen ist, für mich klar und deutlich ein Stück hinter dieser Position ist. Da ich heute sicherlich noch mehr Gelegenheit habe, an diesem Punkt entschieden zu einer Position der Mitte Stellung zu beziehen, fühle ich mich jetzt verpflichtet, ebenso klar zu sagen, daß hier die Bundesvorstandsvorlage ausgewogen ist und aus dem wohlverstandenen Gesamtinteresse dieser Christlich Demokratischen Union Deutschlands Ihre Zustimmung finden sollte.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann: Die Antragskommission verzichtet, sie schließt sich an und empfiehlt Ablehnung. Wir steigen in die Abstimmung. Es geht um den Antrag C 342. Ich bitte um Ihr Zeichen durch Heben der roten Stimmkarte. Wer für die Empfehlung der Antragskommission stimmen will, gebe das Kartenzeichen. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Das erste war die eindeutige Mehrheit. Der Antrag der Antragskommission ist angenommen. Wir brauchen damit nicht mehr über 589 abzustimmen. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe Leitsatz 6 auf. Herr Spaeth, Baden-Württemberg, möchte zu 6 und 7 sprechen. Herr Spaeth hat zunächst zu 6 das Wort. - Ist Herr Spaeth nicht da? - Seine Wortmeldung entfällt.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer so stimmen will, wie die Antragskommission Leitsatz 6 empfiehlt, den bitte ich um ein Handzeichen für den Antrag Nr. C 359. - Gegenprobe! - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Leitsatz 7 auf. Auch dazu liegt die Wortmeldung von Herrn Spaeth vor. Er ist nicht da. Dann Herr Kolb; er ist da; er hat das Wort.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren, ich möchte hier eine Empfehlung für die Risikoprämie geben. Wir haben in der Vergangenheit Vermögensbildung immer dadurch betrieben, daß wir jährlich Prämien gegeben haben, die nach sechs Jahren abrufbar sind. Wir sollten uns überlegen, ob es in der Zukunft nicht zweckmäßiger wäre, nach fünf Jahren eine Prämie zu geben, die dann dem Konsum zur Verfügung steht bzw. frei verfügbar ist, wenn sich der Anleger bzw. derjenige, der Vermögen gebildet hat, entschließt, dieses Vermögen z.B. für weitere fünf Jahre festzulegen. Dies würde dazu führen, daß endlich Vermögen gebildet und nicht immer nach fünf Jahren wieder abgerufen wird und derjenige, der ein kleines Vermögen gebildet hat, es dann wieder nicht mehr hat. Das ist meine Empfehlung.

Wilfried Hasselmann: Danke sehr, Herr Spaeth ist immer noch nicht da? - Dann ist die Wortmeldung erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. C 384. Wer so verfahren will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Die Gegenprobe! - Gegen wenige Stimmen angenommen.

Ich rufe Leitsatz 8 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Stanitzek aus Hessen vor. Bitte sehr!

Reinhold Stanitzek: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche zum Antrag C 404 des Landesverbandes Hessen. Hier auf dem Parteitag ist mit übergroßer Mehrheit die breite Eigentumsstreuung an Privatvermögen beschlossen worden. Wenn wir aber eine Gesellschaft von Eigentümern werden wollen, kommt es ganz entscheidend darauf an, daß wir sagen, wie wir uns als CDU die praktische Ausformung der individuellen Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vorstellen.

Wir sind uns hier darüber einig, daß über zentrale Fonds die Steuerung der Investitionen der deutschen Wirtschaft erreicht werden soll. Es geht der SPD, wie schon gesagt, wenn sie von Vermögensbildung spricht, nicht um Eigentum der Arbeitnehmer, sondern durch die zentralen Fonds wollen die Sozialisten die Investitionssteuerung und die Investitionslenkung für die deutsche Wirtschaft. Unter dem Vorwand der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand will die SPD die soziale Marktwirtschaft aushöhlen. Wenn wir aber die Vorschläge der SPD für so gefährlich halten, wie sie gemeint sind, genügt es nicht, diese halbstaatlichen, zentralen Fonds abzulehnen. Jeder Arbeitnehmer draußen im Lande fragt doch: Wie werden die großen neuzubildenden oder gebildeten Vermögen verwaltet? Wie sollen die Arbeitnehmer systemkonform ihre Verfügungsgewalt äußern?

Es besteht die Gefahr, daß die Gedanken der SPD über Fondsvermögen alleinstehen und sich auch festsetzen. Die CDU muß daher zu dieser aufgeworfenen Frage der Arbeitnehmer eine Antwort finden. Wir müssen positiv aufzeigen, wie die Verwirklichung der individuellen Vermögensbildung in der Marktwirtschaft aussieht, und wir müssen dadurch die Unterschiede zur SPD deutlich werden lassen.

Der hessische Antrag C 404 enthält diese positiven Möglichkeiten, die wir wollen, daß die Fonds oder Kapitalgesellschaften nicht halbstaatlich, sondern privat sind, nicht zentral, sondern dezentral sind und untereinander konkurrierend sein sollen, so daß die Investitionsmittel nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten verwendet werden.

Ich bitte, diesen ersten Teil des Antrags C 404 dem Abs. 3 der Bundesvorstandsvorlage anzufügen. Er ist eine notwendige Ergänzung.

In dem Antrag Hessen, Nr. C 404 ist aber eine weitere wichtige Ergänzung der Bundesvorstandsvorlage. Der Bundesvorstand schlägt vor: Um eine Machtzusammenballung der Banken und Kreditinstitute bei breiter Streuung der Beteiligungswerte zu vermeiden, sollen die Kreditinstitute ihre Beteiligung verringern und in Investitionsfonds einbringen. Bei einem Verkauf würden aber die Wertgewinne der vergangenen Jahre offengelegt werden, die dann im Rahmen der Einkommensteuer - teilweise bis zu 60 % - weggesteuert werden würden. Entweder die bei den Kreditinstituten zusammengefaßten Vermögenswerte werden in dem von uns gewünschten Maße nicht eingebracht oder auch die kleinen Investmentsparer würden durch die Einbringung teilweise bis zu 60 %, wie gesagt, enteignet werden. Beide Auswirkungen können von uns nicht gewünscht werden. Wir bitten daher, auch den zweiten Teil des Antrages Hessen C 404 anzunehmen und damit die Vorlage des Bundesvorstandes entscheidend zu verbessern.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann: Danke.

Für die Antragskommission spricht Dr. Müller-Hermann.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, den Antrag des Landesverbandes Hessen abzulehnen. Wir haben ja über die Frage betriebliche oder überbetriebliche Vermögensbildung schon bei den vorausgegangenen Leitsätzen ausführlich debattiert und eine Entscheidung getroffen. Im übrigen ist all das, was gegen die zentralen Fonds hier vorgetragen worden ist und in dem Antrag des Landesverbandes Hessen enthalten ist, schon in den Formulierungen des Leitsatzes 8 enthalten. Ich darf darauf hinweisen. Es heißt da, daß die Methoden und Institutionen der Vermögensbildung nach marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien zu gestalten sind. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb darf nicht zugunsten von mehr zentraler Lenkung des Wirtschaftsablaufs ausgehöhlt werden. Es heißt weiter im vierten Absatz: eine Machtzusammenballung bei den Kreditinstituten oder Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft sind zu vermeiden.

Ich meine daher, daß das, was im Antrag des Landesverbandes Hessen enthalten ist, bereits durch die Formulierungen der Antragskommission abgedeckt ist.

Wilfried Hasselmann: Danke sehr.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag C Nr. 402. Ich bitte um Erheben Ihrer Stimmkarte, wenn Sie dafür stimmen wollen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Das erste war die Mehrheit.

Damit ist der Punkt C behandelt.

Es liegen noch drei Wortmeldungen zum Aktionsprogramm - das ist Punkt D - vor. Wir denken, in etwa 15 Minuten die Schlußabstimmung über das Kapitel Vermögensbildung durchführen zu können, und ich plädiere dafür, daß wir uns hier entsprechend versammeln.

Wir wollen jetzt den Vorsitz wechseln. Herr Wallmann übernimmt das Präsidium.

(Beifall)

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt also förmlich den Abschnitt D) - Aktionsprogramm - auf. Es liegen bis jetzt drei Wortmeldungen vor. Lassen Sie mich aber bitte vorweg noch folgendes sagen. Die Antragskommission empfiehlt eine neue Gliederung. Ich werde aber die Anträge so aufrufen, wie sie ausgedruckt sind, also nach den Ziffern unter D). Ich bitte, damit einverstanden zu sein. Sachlich ändert sich dadurch gar nichts. Sie können aber den Beratungen auf diese Weise leichter folgen.

Ich rufe zunächst die Anträge C 423 - C 427 a auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 425 in der in dem Empfehlungsbuch auf den Seiten 41 und 42 ausgedruckten Fassung. Diejenigen, die dieser Empfehlung zustimmen wollen, bitte ich, die Hand zu heben. - Danke schön! Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen, wie hier empfohlen worden ist.

Ich rufe jetzt D 1 auf Seite 42 auf. Dieser Abschnitt D 1 behandelt die Anträge C 428 und C 464. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 428. Dazu liegt von Herrn Neubüser vom Landesverband Hamburg eine Wortmeldung vor. Ist Herr Neubüser da? - Er ist nicht da. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Ich darf feststellen, daß so beschlossen ist, wie hier vorgeschlagen wurde.

Ich rufe den Abschnitt D 2 auf. Dieser Abschnitt betrifft die Anträge C 465 - C 495. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von C 465. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Abschnitt D 3 auf. Er behandelt die Anträge C 496 - C 513. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von C 497 unter Einbeziehung von Antrag C 498 in der Fassung, die auf Seite 43 ausgedruckt ist. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir können abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Abschnitt B 4 auf. Dazu gehören die Anträge C 514 - C 531. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können also über die Empfehlung der Antragskommission, abgedruckt auf Seite 44, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Abschnitt D 5 auf. Er behandelt die Anträge C 532 - C 551. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 532. Keine Wortmeldungen dazu. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so angenommen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen wurde.

Ich rufe den Abschnitt B 6 auf. Er behandelt die Anträge C 552 - C 560. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag C 552. Es liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Stanitzek vom Landesverband Hessen vor. Herr Stanitzek, ich erteile Ihnen das Wort.

Reinhold Stanitzek: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begründe den Antrag C 564 des Landesverbandes Hessen. Eine nicht zu unterschätzende Art der Vermögensbildung ist das Ziel, jeder Familie eine eigene Wohnung zu verschaffen. Wir wissen heute, welche Abhängigkeiten für einkommensschwache Bevölkerungskreise damit geschaffen werden, daß sie als Mieter in Wohnungen großer gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften leben, daß sie aber nur Mieter sein dürfen. Es ist nicht einzusehen, warum die CDU diese anonymen großen Vermögen, die wir in 20jähriger Regierungszeit haben entstehen lassen, erhalten sollen. Wir sollten diese Frage - mir scheint, der Bundesvorstand hat dieses heiße Eisen nicht angepackt - angehen und diese anonymen Vermögen zugunsten einer individuellen, privaten Eigentumsbildung auflösen.

Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Herr Kollege Stanitzek, ich bitte um Entschuldigung. Sie sind falsch aufgerufen worden, wie soeben festgestellt wurde. Sie wollen zu den Anträgen C 561 und C 564 sprechen. Vorher muß aber über den Abschnitt D 6 befunden werden. Dieser Abschnitt endet beim Antrag C 560. Das ist nicht Ihre Schuld, sondern unsere.

Ich muß zunächst über den Abschnitt D 6 abstimmen lassen. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags C 552. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Danke schön! Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Abschnitt D 7 auf. Ich darf dazu folgendes sagen. Dieser Abschnitt D 7 ist gestern bereits behandelt, beraten und verabschiedet worden, und zwar im Rahmen der Konzeption Soziales Bodenrecht. Gleichwohl ist mitgeteilt worden, daß darüber heute noch einmal befunden werden sollte, weil man der Auffassung war, daß eine doppelte Aussage unter verschiedenen Überschriften nur dienlich sein kann. Deswegen rufe ich noch ein-

mal den Abschnitt D 7 auf. Dazu liegen Wortmeldungen von Herrn Stanitzek, Herrn Stehle und von Herrn Dr. Luda vor.

(Zuruf)

- Von Herrn Dr. Luda nicht mehr? - Danke schön!

Herr Stanitzek, bevor ich Ihnen das Wort erteile, muß ich mitteilen, daß Herr Stehle hier kein Rederecht hat, weil er kein ordentlicher Delegierter ist. Es ist aber an das Präsidium die Bitte herangetragen worden, wie im Falle von Herrn Meyer zu verfahren. Herr Stehle hat wie Herr Meyer in seinem Landesverband Westfalen-Lippe die Federführung gehabt. Deswegen empfiehlt das Tagungspräsidium, Herrn Stehle die Möglichkeit zu geben, zum Antrag C 586 zu reden. Wir sehen auch deswegen keinen Hinderungsgrund, weil wir durchaus noch in der Zeit sind. - Ich höre keinen Widerspruch. Sie sind damit einverstanden, daß wir so verfahren.

Ich erteile jetzt Herrn Stanitzek vom Landesverband Hessen das Wort.

Reinhold Stanitzek: Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich darf erneut beginnen. Wir sind der Ansicht, daß die Frage der familiengerechten, der eigenen Wohnungen zum Baubodenrecht gehört und daß dieses Kapitel hier behandelt werden sollte. Ein wesentliches Ziel unserer individuellen Vermögensbildung besteht darin, jeder Familie eine eigene Wohnung zu verschaffen. Wir stehen vor der Tatsache, daß ein Großteil gerade sozial Schwächerer nur als Mieter in sogenannten Sozialwohnungen leben, die großen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gehören. Die CDU hat es zugelassen, daß sich riesige anonyme Vermögen gebildet haben, denen gegenüber sich die Mieter in einer gewissen Abhängigkeit befinden. Wenn man erlebt hat, wie in dem sozialdemokratisch regierten Land wie Hessen Mieter, die eine Sozialwohnung haben wollen, auch politisch bedrängt werden, werden Sie einsehen, daß es an der Zeit ist, daß die CDU mit einem System, das während ihrer Regierungszeit eingerissen ist, Schluß macht und damit beginnt, dort, wo sich anonyme Vermögen gebildet haben, diese dem einzelnen zu übertragen.

Wir schlagen Ihnen im Antrag C 564 vor, durch ein System der Kaufmiete - lesen Sie bitte die ersten beiden Absätze dieses Antrags - dem sozial schwachen Bevölkerungskreis Stück für Stück das Eigentum an seiner Wohnung zu übertragen. Wir unterscheiden dabei zwischen Kostenwert und Herstellungswert. Wir möchten auch sozial Schwachen das Recht auf eine eigene Wohnung durch die Kaufmiete anbieten. Unser Antrag, der darüber hinaus die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung durch Ansparen der eigenen Miete vorsieht, würde insoweit zu einer Strukturveränderung gerade für sozial Schwache führen.

Ich bitte Sie daher, diesen wesentlichen Teil der Überführung von Wohnungen, die bisher im Rahmen der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften nur von Mietern genutzt wurden, unter Absatz 2 in die Vorlage des Bundesvorstandes einzufügen. Das würde auch in diesem Bereich eine wesentlich glaubwürdigere Darstellung der Pläne der CDU/CSU für individuelles Vermögen bedeuten.

German Stehle: Meine Damen und Herren, ich habe die Ehre, am Schluß der Debatte noch ein paar Worte zu Antrag C 586 von Baden-Württemberg an Sie zu richten. Dieser Antrag schlägt vor, die Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz auf DM 1248,- zu erhöhen. Dem einen oder dem anderen mag das viel erscheinen. Im Angesicht der Situation, in der wir uns befinden, ist das jedoch nicht zuviel. Der schöne Coup der SPD, die 1969 von 312,- auf 624,- DM erhöhte, ist längst verpufft. Ohnehin waren die 624,- DM 1969 nur die nachgeholtte Erhöhung entsprechend den Preissteigerungen von 1961 an, als die CDU das 312-DM-Gesetz einführte.

Vor dieser Entwicklung stehen wir wiederum. Wir müssen der Vermögensbildung der Arbeitnehmer endlich demonstrativ das Fundament geben, das sie braucht, um jene Größenordnung zu erreichen, die gesellschaftspolitisch jetzt entscheidend notwendig ist.

Wir dürfen hier jetzt nicht mehr kleckern, sondern müssen den Mut haben, in der Vermögensbildungsfrage endlich einmal zu klotzen, um nicht hinterdrein zu laufen, sondern voraus, wie wir das früher auch gemacht haben. Wir können uns nicht ewig dem Vorwurf aussetzen, in Deutschland liege das Kapitalvermögen zu 74 % in den Händen von 1,7 % der Bevölkerung. Dr. Blüm hat diesen Prozentsatz bereits richtiggestellt, aber auch die tatsächlich gegebenen Größenordnungen sind, wenn man genau rechnet, immer noch ein Grund, in der Frage der Vermögensbildung voranzukommen. Das möchte ich Ihnen ganz energisch ans Herz legen.

Ich meine, wir müssen endlich einmal all diese Einwände, die seit 20 Jahren ständig gegen den Beteiligungslohn erhoben werden und die immer neu wiedergekaut werden, beiseite legen und in der Vermögenspolitik voranmachen. Es ist die letzte Stunde!

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Walter Wallmann; Tagungspräsidium: Als nächster hat sich Herr Meyer gemeldet.

(Dr. Manfred Luda meldet sich zu Wort.)

- Herr Dr. Luda, mir war mitgeteilt worden, daß Sie jetzt noch nicht das Wort wünschen.

(Dr. Manfred Luda: Zu C 1!)

- Das wird anschließend aufgerufen. - Bitte, Herr Meyer, zu Antrag C 585!

Laurenz Meyer: Ich habe nur eine Bitte. Vielleicht kann sich die Antragskommission dem anschließen, weil ich dazu schon verschiedentlich Zustimmung gehört habe.

In Antrag C 585 der Jungen Union findet sich am Anfang des zweiten Absatzes folgender Satz:

Die Mobilisierung im sozialen Wohnungsbau gebundener öffentlicher Mittel soll in das Gesamtkonzept einbezogen werden.

Ich halte dies für sehr wichtig und bitte zu überlegen, ob man dies nicht in den Punkt "Sozialer Wohnungsbau" und damit in die Gesamtkonzeption einbeziehen kann. Es geht da immerhin um die erkleckliche Summe von ca. 50 Milliarden DM.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Walter Wallmann; Tagungspräsidium: Es hat sich jetzt Herr Herbert Gerisch, Schleswig-Holstein, zu Antrag C 564 gemeldet.

Herbert Gerisch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin grundsätzlich dafür, daß Mietwohnungen reprivatisiert werden und daß damit ein breitgestreutes Eigentum gebildet wird, meine aber, daß der Antrag, wie er hier vorgelegt ist, einfach unmöglich ist. Er bezieht sich einmal auf gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Er müßte sich in gleichem Maße selbstverständlich auf alle beziehen. Aber, meine Damen und Herren, das ist doch in der Sache überhaupt nicht möglich. Hier sind Darlehen unter ganz bestimmten Voraussetzungen von den Ländern oder vom Bund gegeben worden, und die Regelungen sind in der Schuldurkunde festgelegt worden. Wenn wir heute etwas anderes wollten, wäre das nichts anderes als ein entgegengesetzter Vorgang.

Wenn wir diese Sache anpacken wollen, müssen wir andere Wege finden, wir müssen Anreize schaffen für die Unternehmen, damit sie bereit sind, aus ihrem Bestand Veräußerungen vorzunehmen. Das ist in Ordnung; dafür wäre ich abolut.

Im übrigen aber, meine Damen und Herren, sind solche Regelungen nur für die Zukunft möglich und nicht für die Vergangenheit. Das haben wir uns, glaube ich, schon an den Schuhsohlen abgelaufen, und das sollten alle wissen, die sich schon einmal mit der Materie befaßt haben.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Herr Pieroth für die Antragskommission, bitte!

Elmar Pieroth: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Übernahme des ersten Satzes aus dem zweiten Absatz des Antrages C 585 der Jungen Union.

Dann komme ich zur Antrag C 564 des Landesverbandes Hessen. Die Antragskommission hält den zweiten Absatz dieses Antrages - das ist der erste Absatz auf Seite 502 - für erledigt. Der Gedanke der Kaufmiete wird ja im zweiten Absatz des Antrages des Bundesvorstandes abgehandelt; außerdem wird dort auf den Gesetzentwurf in Drucksache VI/3526 des Deutschen Bundestages Bezug genommen.

Die Antragskommission empfiehlt drittens, den dritten Absatz dieses hessischen Antrags - es ist der zweite auf Seite 502 - der Bundestagsfraktion als Material zu überweisen.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Wir kommen dann zur Abstimmung über D 7. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag C 561 unter Einbeziehung der Anträge 563, 570, 575 und 580. Dabei ist die Ihnen auf Seite 45 der Empfeh-

lungen vorliegende Fassung nach Meinung der Antragskommission entsprechend dem eben von Herrn Pieroth Vorgetragenen zu modifizieren.

Ich bitte diejenigen, die dem Abschnitt D 7 in dieser Fassung zustimmen wollen, um das Zeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Vorschlag ist bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung der Anträge C 1 bis 17, deren Zurückstellung zur Beginn beschlossen worden war. Für die Antragskommission hat Herr Dr. Geissler das Wort.

Dr. Heinrich Geissler: Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission schlägt Ihnen in Abänderung der auf Seite 46/47 ausgedruckten Empfehlungen vor, zu den Anträgen C 1 bis 17 wie folgt zu verfahren. Vielleicht ist es richtig, Herr Vorsitzender, wenn ich die neugefaßten und auf dem neuesten Stand des Verfahrens befindlichen Anträge der Antragskommission zu diesen Anträgen zunächst bekanntgebe, weil sich höchstwahrscheinlich dadurch der eine oder der andere Diskussionsbeitrag erübrigt. Sind Sie damit einverstanden?

Dr. Walter Wallmann; Tagungspräsidium: Ich halte das auch für nötig. Es geht also um den Abschnitt, der in den Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 46 unten beginnt.

Dr. Heinrich Geissler, Antragskommission: Ja, auf der Seite 46 unten. Die Empfehlungen, die in diesem Empfehlungsbuch der Antragskommission ausgedruckt sind, sind inzwischen überholt.

Ich darf die neuen Empfehlungen der Antragskommission Ihnen wie folgt darstellen:

Die Antragskommission empfiehlt,
Antrag C 1 als Material an die Bundestagsfraktion zu überweisen,
Antrag C 2 für erledigt zu erklären,
Antrag C 3 abzulehnen,
Antrag C 4 Ziffer 1 für erledigt zu erklären,
Antrag C 4 Ziffer 2 an die Bundestagsfraktion zu überweisen,
Antrag C 5 anzunehmen,
Antrag C 6 für erledigt zu erklären,
Antrag C 7 für erledigt zu erklären,
Antrag C 8 abzulehnen,
Antrag C 9 abzulehnen,
Antrag C 10 abzulehnen,
Antrag C 11 als Material an die Bundestagsfraktion zu überweisen,

Antrag C 12 für erledigt zu erklären,
Antrag C 13 als EntschlieÙung, nicht als Bestandteil
des Programms, anzunehmen,
Antrag C 14 für erledigt zu erklären,
Antrag C 15 abzulehnen,
Antrag C 16 für erledigt zu erklären,
Antrag C 17 für erledigt zu erklären.

Bei Bedarf, wenn zu den einzelnen Anträgen noch Stellung bezogen
wird, werde ich im einzelnen begründen, warum die Antragskommission
zu diesen Empfehlungen gekommen ist.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr.
Geissler.

Ich rufe jetzt die Anträge einzeln auf. Wir kommen zunächst zu
Antrag C 1 - Herr Dr. Luda.

Dr. Manfred Luda: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
In der Ihnen vorliegenden Drucksache ist der Antrag unvollständig
ausgedruckt. Unter I 1 heißt es, daß ein Entwurf eines Teilhaber-
schaftsgesetzes für Arbeitnehmerkommanditgesellschaften ausgear-
beitet werden soll. Da muß die Formulierung hinzugesetzt werden:
"oder Arbeitnehmerstiftungen".

Ich möchte dazu folgendes sagen. Die Vorlage des Bundesvorstandes
zur Vermögensbildung enthält bereits den Punkt, daß Arbeitnehmer-
stiftungen durch unsere Vermögenspolitik steuerlich und sonstwie
gefördert werden sollen. Diese Frage ist zur Zeit Gegenstand der
Beratungen im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages. Da besteht
die Tendenz der Koalitionsfraktionen, die Steuerbegünstigung für
Familienstiftungen zu streichen. Sollte sich das durchsetzen,
besteht auch zur Zeit kaum eine Chance, daß wir künftig Steuer-
begünstigungen für Arbeitnehmerstiftungen durchbekommen. Ist das
aber der Fall, müssen wir uns der Alternative der Arbeitnehmer-
kommanditanteile verstärkt zuwenden. Beide Rechtskonstruktionen
sind austauschbar, und deshalb wollen wir das zur Debatte stellen.

Es ist schon gesagt worden, der Bundesvorstand befaßt sich hiermit
nur unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Vergünstigung. Das
genügt aber nicht. Kommanditanteile für Sparer werden bei Immo-
bilienfonds schon praktiziert. Die Schutzbestimmungen für Sparer
sind da in den Geschäftsbedingungen höchst unterschiedlich for-
muliert. Wenn wir aber diese Art der Anlageform in Zukunft gene-
rell für Arbeitnehmer begünstigen wollen, müssen wir einheitliche
Schutzbestimmungen und einheitliche Rahmenrichtlinien für die Aus-
übung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, die aus diesen
Papieren resultieren, zu Papier bringen und gesetzlich verabschie-
den. Deshalb unser Antrag zu I.

Zu II gestatten Sie mir bitte, folgendes zu sagen, weil es in der
bisherigen Auseinandersetzung um die Mitbestimmung nur eine unter-
geordnete Rolle gespielt hat. Vermögensbildung in der Inflation ist
ein Problem für sich. Wir haben eine Inflationsrate von 7 %. Der
Anlagekatalog des Beteiligungslohngesetzes beinhaltet praktisch den
Börsenzwang. An der Börse haben aber Beteiligungswerte in den letz-

ten zehn Jahren überhaupt keinen Zuwachs erreicht, obwohl gleichzeitig die Lebenshaltungskosten um 43 % gestiegen sind.

Unter diesem Gesichtspunkt muß der Börsenzwang aufgelockert werden, es muß eine Alternative gegeben werden. Professor Willgerodt und andere haben errechnet, daß Haus- und Grundbesitz eine jährliche reale Steigerungsrate im volkswirtschaftlichen Durchschnitt von 3 % hat. Deshalb sollte man die Wahlmöglichkeit "Anlage auch in Hausbesitz" in den Anlagekatalog aufnehmen.

Herr Präsident, ich möchte bitten, daß das Material nicht nur an die Bundestagsfraktion, sondern auch an die Bundeskommission "Vermögensbildungspolitik" der Partei überwiesen wird.

Dr. Walter Wallmann, Tagungspräsidium: Danke sehr. - Ich höre keinen Widerspruch gegenüber dieser letzten Bitte, die Sie vorgetragen haben. Also auch Überweisung an die Kommission.

Ich schlage jetzt folgendes vor: Wir stimmen zuerst über den Antrag C 1 ab. Dann können wir, wie ich meine, da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, über die Anträge C 2 bis C 17 insgesamt abstimmen. Ist der Parteitag damit einverstanden? Ich höre keinen Widerspruch; dann wird so verfahren.

Wer dem Antrag C 1 so zustimmen will, wie eben hier vorgetragen worden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge 2 bis 17, wie hier auch bereits vorgetragen worden ist. Wer diesen Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung über das Gesamtpapier "Vermögensbildung". Wer diesem Gesamtpapier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Danke. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Ich darf feststellen, bei zwei Gegenstimmen ist das Papier so verabschiedet worden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wie bereits von Herrn Hasselmann angekündigt, unterbreche ich jetzt den Parteitag bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung von 13.58 bis 14.30 Uhr.)

4. Plenarsitzung
Beginn: 14.40 Uhr

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Plenarsitzung des 22. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Reform des Unternehmensrechts

Das Wort für die Antragskommission erteile ich zunächst Herrn Dr. von Weizsäcker.

(Beifall)

Dr. Freiherr Richard von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Namens der Antragskommission habe ich mich bei Ihnen allen zunächst für Ihre umfangreiche Vorarbeit zu dem Tagesordnungspunkt "Reform des Unternehmensrechts" zu bedanken. Diese Vorarbeit hat die Aufgabe der Antragskommission wesentlich erleichtert und vereinfacht. Was Ihnen die Antragskommission vorzuschlagen hat, ist daher außerordentlich kurz zusammenzufassen.

Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Diskussion und die Beschlußfassung zu dem jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt auf der Basis des Antrags D 222 vorzunehmen. Es handelt sich um den hier auf dem Parteitag verteilten Antrag des Bundesvorstands vom 17. November 1973. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, in einer Generaldebatte zunächst die Standpunkte vortragen zu lassen und sodann über die vier mit römischen Ziffern bezeichneten Abschnitte des Antrags D 222 hintereinander eine Entscheidung herbeizuführen.

Zugleich schlägt Ihnen die Antragskommission vor, über die Erweiterungs- bzw. Ergänzungs- oder Änderungsanträge zu Antrag D 222, nämlich über die Ihnen hier ebenfalls vorgelegten Anträge D 226 und 228, im Rahmen der Entscheidung über die vier Abschnitte des Antrags D 222 zu befinden.

Die Antragskommission hat es ihrerseits nicht als ihre Aufgabe betrachtet, zu dem Inhalt dieser Anträge zu votieren, und empfiehlt daher in keinem der genannten Fälle Ablehnung oder Annahme, sondern lediglich Generaldebatte und Entscheidung auf der Basis des Antrags D 222, Abschnitte I bis IV, unter Verwendung der Entscheidungen über die Anträge D 226 und 228. Mit diesem Verfahren werden zugleich alle anderen Anträge, welche sich mit derselben Materie befassen - teils in einer anderen, teils in einer übereinstimmenden Form - konsumiert und je nach der Entscheidung über Antrag D 222 entweder als erledigt oder abgelehnt zu betrachten sein.

Dann bleibt lediglich derjenige Bereich der Anträge zurück, der sich mit Fragen befaßt, die in dem Antrag D 222 bzw. in den Änderungsanträgen D 226 und 228 gar nicht angesprochen sind. Auf diese zusätzlichen Materien wird die Antragskommission, wenn ihr das Präsidium das Wort gibt, zurückkommen, nachdem die Debatte und die Entscheidung über Antrag D 222 stattgefunden haben.

Eine letzte Bemerkung, Herr Präsident. Eine redaktionelle Änderung ist in dem Antrag Nr. D 222 vorzunehmen. Sie ergibt sich durch den vor der kurzen Pause gefaßten Beschluß zur Vermögensbildung. Ich darf Sie bitten, den Antrag D 222 vorzunehmen, die erste Textseite aufzuschlagen, auf dieser ersten Textseite den letzten Satz zu nehmen, der in der gedruckten Fassung heißt:

Es wird Bezug genommen auf den
Antrag des Bundesvorstandes für
Vermögensbildung.

Das bitte ich zu berichtigen in die Formulierung: "Es wird Bezug genommen auf den Beschluß des Bundesparteitages für Vermögensbildung".

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Dr. von Weizsäcker.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört, daß den Beratungen und Abstimmungen der Antrag D 222 zugrunde gelegt wird. Zu diesem Antrag werden als Änderungsanträge die Anträge D 226 und D 228 behandelt. Darf ich fragen, ob sich dagegen Widerspruch erhebt. - Zur Geschäftsordnung Herr Narjes!

Dr. Karl-Heinz Narjes: Herr Vorsitzender! Ich schlage vor, daß wir den Antrag D 224 nicht pauschal mit überweisen, sondern die Einbettung aller unserer Beschlüsse heute in unserer Europapolitik mit zum Gegenstand unserer Verhandlungen machen. Ich widerspreche deshalb dem Vorschlag, den Antrag D 224 pauschal mit zu überweisen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben im Augenblick noch nichts pauschal verwiesen. Das werden wir in einem späteren Zeitpunkt der Beratungen zu diskutieren und zu entscheiden haben.

Ich glaube, im Augenblick geht es nur um das Verfahren, das von der Antragskommission angesprochen worden ist und das ich Ihnen vorgeschlagen habe. Ich darf feststellen, daß es dazu keinen Widerspruch gibt. Auf das Anliegen von Herrn Narjes werden wir zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen.

Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt Ihnen vor, eine Generaldebatte zu führen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir an die 50 Wortmeldungen vorliegen haben. Wir werden uns im weiteren Verlauf der Beratungen zu verständigen haben, wie wir diese Wortmeldungen abwickeln können.

Ich erteile zunächst das Wort dem Generalsekretär, Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf, gleichzeitig zur Begründung des Antrages D 222.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin beauftragt, die Vorlage des Bundesvorstandes D 222 zu begründen. Der Bundesvorstand hat diese Vorlage am 17. November 1973 beschlossen, und zwar in Abänderung seiner ursprünglichen Vorlage. Die neue Vorlage, die dem Bundesvorstand vom Vorsitzenden der Union, Dr. Kohl, vorgelegt wurde, ist das Ergebnis intensivster, umfangreicher, in alle Bereiche eines möglichen Kompromisses hineingreifender Beratungen.

Diese Beratungen haben gezeigt, daß eine Reihe der in dem ursprünglichen Vorschlag des Bundesvorstandes enthaltenen Vorschläge verbesserungsfähig waren, auch und vor allem im Hinblick auf eine Zusammenführung aller, die an diesen wichtigen Fragen mitgearbeitet haben.

Die Vorlage des Bundesvorstandes zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil umfaßt die Ziffern I, II und III. Dieser Teil betrifft die Ausarbeitung eines neuen Unternehmensrechts. Es wird im Prinzip in einer Präambel als Ziel beschrieben. Unter II werden durch eine Reihe von Spiegelsätzen konkrete Anhaltspunkte und Richtlinien dafür gegeben, welche Bedingungen dieses neue Unternehmensrecht erfüllen soll. In III wird die Einsetzung einer Kommission empfohlen.

Meine Damen und Herren, dieses neue Unternehmensrecht ist das zweite Widerlager einer großen Brücke zwischen Vermögensbildung und Mitbestimmung, einer Brücke, dessen erstes Widerlager wir heute morgen mit überwältigender Mehrheit beschlossen haben. Es ist der zweite Teil einer breiten Entwicklung in der Union, die ihren Ausgangspunkt in dem Programm von Ahlen und in den Düsseldorfer Leitsätzen genommen hat und in der sich heute nach einer langen und sicherlich nicht mühelosen Entwicklung die zwei großen Ideen, die dieser Union immer wieder ihre Kraft gegeben haben, zu einer neuen, in die Zukunft gerichteten Synthese miteinander verbinden: die Idee von der christlichen Partnerschaft und die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Wir sollten über die schwierigen Fragen, die in Ziffer IV der Vorlage des Bundesvorstands angesprochen worden sind, nicht die ganz große Bedeutung der weiten und breiten Übereinstimmung in der Union über die Notwendigkeit aus dem Auge verlieren, ein solches neues Unternehmensrecht zu schaffen.

(Beifall)

Dies ist die freiheitliche Antwort auf das kollektivistische Unternehmen sozialistischer Prägung.

(Lebhafter Beifall)

Unter Ziffer II hat der Bundesvorstand eine Reihe von Richtlinien zur Beschlußfassung vorgeschlagen, die das neue Unternehmensrecht erfüllen soll. Wir haben in unseren vielfältigen Beratungen über-

legt, ob es zweckmäßig wäre, diese Richtlinien noch weiter - insbesondere auch im Bereich der Organisation - auszubauen. Wir sind zu dem Ergebnis gelangt, daß insbesondere die im letzten und vorletzten Teil der Spiegelsätze angesprochene Verbindungen zwischen Betriebsverfassung und Gesellschaftsrecht so schwierig allgemeine Fragen aufwirft, daß ihre Lösung durch eine Vorwegnahme organisatorischer Einzelheiten erschwert, wenn nicht unter Umständen unmöglich gemacht würde. Wir haben deshalb auf eine weitere Konkretisierung verzichtet.

Liebe Freunde, das Unternehmensrecht ist eine große Aufgabe. Wir haben zehn Jahre über die Aktienrechtsreform beraten. Selbst wenn wir uns anstrengen - und wir haben die Absicht, uns in diesem Bereich anzustrengen -, werden wir einige Zeit brauchen. Die Union kann sich aber mit dem Hinweis auf das neue Unternehmensrecht nicht aus der Verantwortung zurückziehen, auch in der Gegenwart Auskunft darüber zu geben, wie sie sich die Fortentwicklung der Mitbestimmung in Großunternehmen vorstellt. Aus diesem Grunde schlägt Ihnen der Bundesvorstand im zweiten Teil seiner Vorlage unter Ziffer IV vor, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Großunternehmen durch Stärkung ihrer Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte im Aufsichtsrat auszubauen. Dazu hat er eine Reihe von Richtlinien zur Beschlußfassung vorgeschlagen, von denen ich hier zwei Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen und Ihnen erläutern möchte.

Die eine Richtlinie betrifft die Frage der leitenden Angestellten. Es gibt - um dies vorwegzunehmen - in unserer Partei einen breiten Strom, der sich dafür ausspricht, die Besetzung im Aufsichtsrat nach dem Grundsatz der zahlenmäßigen Parität zu beschließen. Der Bundesvorstand hat sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht und empfiehlt ihn zur Annahme. Bei der Frage der Arbeitnehmervertretung taucht das Problem auf, daß sich vor allem in Großunternehmen unter dem Eindruck der politischen Entwicklung der letzten Jahre, aber auch gefördert durch das Betriebsverfassungsgesetz in seiner novellierten Form eine Gruppe von Mitarbeitern gebildet hat, die nicht in die Betriebsverfassung eingebunden sind, sondern von ihr als leitende Angestellte bezeichnet werden. Diese Gruppen sind ein politisches Faktum geworden. Ungeachtet ihrer Arbeitnehmereigenschaft haben sie ein Selbstverständnis entwickelt, das auch in Organisationen zum Ausdruck kommen muß, wenn diese Organisationen den Anspruch erheben, Repräsentationsorganisationen zu sein.

Aus diesem Grund enthält die Vorlage unter Ziffer II eine Regelung betreffend die Vertretung der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat.

Bei der Formulierung der Auswahlverfahren hat sich der Bundesvorstand nach reiflicher Überlegung von dem Text seiner ursprünglichen Vorlage entfernt und eine allgemeinere Formulierung gewählt, die nicht nur das Problem der leitenden Angestellten, sondern das Problem von Minderheiten generell betrifft. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Organisation großer sozialer Verbände auf der Grundlage der Gruppenrepräsentation uns in den nächsten Jahren

vor eine ganze Reihe von Minderheitsschutzproblemen - nicht nur vor das Problem, das jetzt hier angesprochen ist - stellen wird.

Wir sollten vorbereitet sein, durch eine klare Aussage auch dann einem solchen Minderheitenschutz Rechnung tragen zu können.

Das zweite große Problem im Zusammenhang mit dem paritätischen Aufsichtsrat ist die Frage, wie die Funktionsfähigkeit des Unternehmens erhalten werden kann, wenn sich die beiden Gruppen im Aufsichtsrat außerstande zeigen, in einer bestimmten Frage zu Beschlüssen zu kommen. Wir haben dieses Problem unter dem Stichwort Patt-Situation oder Auflösung der Patt-Situation diskutiert. Will man Parität verwirklichen, so muß sie eine Chance der gleichartigen Einflußnahme auf Entscheidungen gewährleisten, d.h. es muß ein Einigungszwang bestehen, der die Parteien veranlaßt, sich um eine Verständigung zu bemühen. Auf der anderen Seite besteht nicht nur ein Gruppeninteresse, sondern auch ein öffentliches Interesse daran, daß die Beschlußorgane im Großunternehmen unter allen Umständen handlungsfähig gehalten werden.

(Beifall)

Die schwierige Aufgabe, meine Freunde, vor der wir stehen und um die im Grunde unsere Auseinandersetzung geführt wird, ist die Frage, wie man diese beiden Prinzipien Funktions- oder Handlungsfähigkeit der Unternehmen einerseits und Einigungszwang andererseits miteinander versöhnen kann. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen dabei vor, das Problem auf zweierlei Weise zu lösen. Bei den zustimmungspflichtigen Geschäften, also bei den Geschäften, bei denen der Aufsichtsrat seine Zustimmung zu einer Vorstandsvorlage und damit zu einer Vorstandsinitiative geben soll, soll der Vorstand berechtigt, aber keineswegs verpflichtet sein, selbst zu handeln, wenn sich der Aufsichtsrat in einer bestimmten Frage als handlungsunfähig erweist.

Es handelt sich dabei um das gleiche Prinzip, das heute auch schon im geltenden Recht für andere Fälle der Handlungsunfähigkeit - z.B. nicht rechtzeitige Einberufung - vorgesehen ist.

Der Vorstand muß aber - und das ist entscheidend - darüber im Geschäftsbericht berichten. Damit wird im Geschäftsbericht des Großunternehmens deutlich, daß der Aufsichtsrat in einer bestimmten Frage nicht handlungsfähig war. Der ganze Druck der Publizität der Handlungsunfähigkeit wird hier als Mittel des Einigungszwanges zwischen den Gruppen eingesetzt.

Das gleiche Prinzip haben wir im Ergebnis bei der Entscheidung über die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden vorgeschlagen. Der Bundesvorstand war der Meinung, daß in Personalentscheidungen der Aufsichtsratsvorsitzende den Stichentscheid haben sollte, wenn sonst keine Entscheidungen zustande kommen. Somit spitzt sich die ganze Frage darauf zu, wie dieser Mann gewählt wird.

Lassen Sie mich dazu ein Wort vorweg sagen. Wir haben auch erwogen, ob man das Prinzip der Montanmitbestimmung übernehmen und einen sogenannten neutralen Mann in den Aufsichtsrat aufnehmen sollte. Wir haben von dieser Erwägung Abstand genommen, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Der neutrale Mann im Sinne der Montanmitbestimmung hat die Möglichkeit, durch Stimmenthaltung die Auflösung einer Patt-Situation zu verhindern. Das heißt, die Funktionsfähigkeit des Aufsichtsrates ist dann davon abhängig, ob der elfte Mann tatsächlich abstimmt oder nicht. Wir waren der

Auffassung, daß diese Lösung, die im übrigen auch von der Mitbestimmungskommission einstimmig als nicht zweckmäßig angesehen worden ist, keinen Fortschritt gegenüber der gegenwärtigen Rechtslage bedeuten kann. Wir haben statt dessen dem Aufsichtsratsvorsitzenden den Stichtscheid zugeordnet. Die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden soll durch den Aufsichtsrat erfolgen, und zwar mit einer qualifizierten Mehrheit. Aber wenn nach wiederholten Wahlgängen keine Wahl zustande kommt, soll die letzte Entscheidung bei der Hauptversammlung liegen.

Auch hier, meine Damen und Herren, ist das Prinzip der Öffentlichkeit als Mittel des Einigungszwanges eingesetzt. Ein Aufsichtsrat, der keinen Vorsitzenden wählen kann und deshalb an eine Hauptversammlung berichten muß, daß er keinen Vorsitzenden wählen kann - unter den Bedingungen, daß dann über das Depotstimmrecht an die Aktionäre berichtet werden muß über diese Tatbestand und damit auch in der Öffentlichkeit -, signalisiert daß in dem Unternehmen etwas nicht stimmt. Genau dieses Signal wird hier als Einigungszwang benutzt. Die Handlungsfähigkeit wird durch die Entscheidung der Hauptversammlung gesichert.

Wir haben uns - und deshalb steht dieser Passus auch im Text - dabei insoweit an die Vorlage des § 8 des Montanmitbestimmungsgesetzes angelehnt.

Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die Lösung des Konfliktes zwischen Einigungszwang und Handlungsfähigkeit im Unternehmen durch diese Vorlage in einer Weise erfolgt ist, die beiden Gesichtspunkten optimal Rechnung trägt. Er ist zugleich der Auffassung, daß mit dieser Richtlinie für eine Ordnung, für eine Fortentwicklung der Mitbestimmung bis zum Zeitpunkt der Gestaltung des neuen Unternehmensrechts ein Weg gefunden worden ist, der unseren Anspruch, die Interessen aller, auch der Arbeitnehmer, in diesem Volke zu repräsentieren, glaubwürdig macht. Er empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages.

(Lebhafter Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für die Begründung des Vorschlags des Bundesvorstandes und erteile das Wort dem Vorsitzenden der Mitbestimmungskommission der Sozialausschüsse, Herrn Hasinger, zur Begründung des Modells der Sozialausschüsse.

Albrecht Hasinger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, wir alle sollten diese wichtige Diskussion beginnen mit dem besten Willen, ein Höchstmaß an Einigung zu erreichen.

(Beifall)

Deshalb sollten wir zunächst festhalten, worin wir übereinstimmen. Es ist dies die Forderung nach einem neuen Unternehmensrecht. Unstrittig ist auch, daß dieses Unternehmensrecht den Arbeitnehmern im Unternehmen eine mitgliedschaftliche Stellung geben soll. Die Gestaltung dieses Unternehmensrechts - und insoweit bin ich in völliger Übereinstimmung mit Herrn Professor Biedenkopf - wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die die Union in der Zukunft zu erfüllen hat, weil es hier letztlich um

die Stellung der Arbeitnehmer nicht nur im Betrieb und Unternehmen, sondern in der Gesellschaft überhaupt geht.

(Beifall)

Aber, liebe Parteifreunde, gerade deshalb, weil es uns mit einem neuen Unternehmensrecht ernst ist, muß darüber mehr ausgesagt werden als nur schöne Unverbindlichkeiten.

(Vereinzelter Beifall)

Gerade weil es uns mit einem neuen Unternehmensrecht ernst ist, müssen wir heute die Frage beantworten, ob wir die gleichberechtigte Stellung der Arbeitnehmer im Unternehmen wollen oder nicht.

(Vereinzelter Beifall)

Keine Reform des Unternehmensrechts - täuschen Sie sich da nicht - wird an der Frage vorbeikommen, wie die Faktoren Arbeitnehmer, Anteilseigner und Unternehmensleitung zueinander zu gewichten sind. Wir wollen, daß die Arbeitnehmer einen gleichgewichtigen Einfluß haben. Dies stößt sich auch in keiner Weise mit der Grundlinie des künftigen Unternehmensrechts, nämlich einer mitgliedschaftlichen Stellung der Arbeitnehmer. Im Gegenteil, Mitglieder ohne Gleichberechtigung wären Mitglieder zweiter Klasse. Mit dem Grundsatz der Partnerschaft hätte dies nichts zu tun; denn Partnerschaft bedeutet Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichberechtigung.

(Vereinzelter Beifall)

Und noch ein Wort. Wenn wir uns heute gegen die Parität entscheiden würden, entzögen wir unserer Arbeit an einem neuen Unternehmensrecht von vornherein - davon bin ich überzeugt - die Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Welchem Arbeitnehmer in den Betrieben werden wir noch klarmachen können, daß wir in der Zukunft eine gleichberechtigte Mitbestimmung wollen, wenn wir sie heute ablehnen?

(Erneuter Beifall)

Noch ein letztes Wort zu diesem Unternehmensrecht. Durch eine Entscheidung für die Parität wird ein zukünftiges Unternehmensrecht nicht blockiert. Umgekehrt ist es: Wer heute die Parität ablehnt, schaltet die Union für die nächsten zehn Jahre aus der Diskussion eines neuen Unternehmensrechtes aus.

(Beifall, Zischen und Buh-Rufe)

Ich habe diese Sätze hier an den Anfang gestellt, weil ich deutlich machen will, welche Bedeutung die Frage der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auch für ein neues Unternehmensrecht hat. Deswegen müssen wir uns prüfen, ob der Vorschlag des Bundesvorstandes die Gleichberechtigung erreicht oder nicht. Wir sind überzeugt - und deswegen haben wir einen eigenen Vorschlag eingebracht -, daß die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer nicht erreicht wird, und zwar aus folgenden Gründen.

Nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes, so wie er jetzt auf dem Tisch liegt, Ziffer 5, gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag. Dieser wird nach Ziffer 6 letzten Endes - das hat Herr Professor Biedenkopf hier ganz deutlich gemacht - nach dem freien Willen der Hauptversammlung bestellt. Es ist selbstverständlich, ja, nach diesem Modell geradezu die Pflicht der Hauptversammlung, daß sie den Aufsichtsratsvorsitzenden aus den Reihen der Anteilseigner nimmt. Die Pflicht zur Anrufung der Hauptversammlung und damit eine gewisse Publizität, wie Sie es gesagt haben, wird sich kaum wesentlich in Richtung auf eine stärkere Einigungsbereitschaft auswirken; denn sie ist nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes ein legitimes Recht und wird daher aus ausgeübt werden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Vorschlag des Bundesvorstandes vorsieht, daß der Aufsichtsratsvorsitzende aus den vorhandenen beiden Seiten des Aufsichtsrates ausgewählt wird. Es besteht also gerade nicht die Möglichkeit, wie bei der Montan-Mitbestimmung etwa, daß ein neutraler, ein unabhängiger Mann gewählt wird, auf den sich beide Seiten einigen können. Da der Aufsichtsratsvorsitzende praktisch ein doppeltes Stimmrecht hat, bedeutet der Vorschlag des Bundesvorstandes im Ergebnis eine Besetzung der Aufsichtsräte im Stimmenverhältnis 6 : 5. Dies sei hier ohne alle Schärfe festgestellt.

Niemand wäre glücklicher als die Sozialausschüsse, wenn sie den Vorschlag des Bundesvorstandes als eine Lösung im Sinne der Arbeitnehmer charakterisieren könnten. Aber bei allem Wohlwollen und aller Bemühung: So, wie er hier vorliegt, kann er von uns nicht als Einführung der gleichberechtigten Mitbestimmung in den Betrieben vertreten werden.

(Beifall)

Ich fürchte, wir würden sonst unsere Glaubwürdigkeit den Arbeitnehmern gegenüber verlieren. Der Vorschlag des Bundesvorstandes in der vorliegenden Form ist der Wein von Düsseldorf mit neuem Etikett. Wir sollten uns ernsthaft fragen - dies sage ich hier ohne alle Ressentiments -, ob es nicht klarer wäre, es bei einem glatten 7 : 5 zu belassen.

Im übrigen - das darf ich hier noch erwähnen - ergeben sich auch schwere ordnungspolitische Bedenken gegen diesen Vorschlag des Bundesvorstandes, und zwar gegen Ziffer 4. Diese Ziffer bedeutet, daß der weiterhin von der Kapitalseite abhängige Vorstand in Zukunft praktisch in den unternehmerischen Entscheidungen autonom wird. Er muß es fast darauf anlegen, daß zwischen den beiden Seiten im Aufsichtsrat keine Einigung zustande kommt. Dann kann er nach freiem Ermessen handeln. Der Aufsichtsrat wird damit praktisch auf die Funktion Bestellung des Vorstandes reduziert. Alle übrigen Befugnisse spielen eine nur noch untergeordnete Rolle. Ich darf doch erwähnen, daß gerade in diesem Punkt der Vorschlag des Bundesvorstandes auf scharfe Kritik bei Juristen und Wirtschaftlern gestoßen ist.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß es keine Zweifel daran geben kann, daß die Vorlage des Bundesvorstandes in der vorliegenden Form mit der Regelung des rheinischen Vorschlags für die Bestellung des Vorstandsvorsitzenden unvereinbar ist. Der rheinische Vorschlag sieht hier eine Einigungspflicht beider Seiten vor. Ge-

rade dies ist das Ziel der Montan-Mitbestimmung. Wer die Geschichte dieser Montan-Mitbestimmung kennt, weiß, daß hier immer eine Einigung stattgefunden hat, und zwar eine schnelle und rechtzeitige Einigung.

CDA, Junge Union, Rheinland, Westfalen, Saarland und andere Verbände sehen die echte Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Anteilseignern im Mitbestimmungsorgan vor und fügen zur Lösung der Patt-Situation einen dritten Faktor ein. Dieser dritte Faktor soll durch das Management gebildet werden. Damit - und das ist sehr wichtig, weil hier mit Recht, muß ich sagen, stark auf die Funktionsfähigkeit der Unternehmen abgestellt worden ist - ist bis auf den einen Fall der Einigungspflicht bei der Bestellung des Vorstandsvorsitzenden die Patt-Situation in allen Fällen aufgelöst.

Ich glaube, wenn wir das Management, also die Kraft, die die vorwärtstreibenden Impulse in den Großunternehmen gibt, hier institutionell in die Mitbestimmung einbeziehen, ist die Effizienz der Unternehmen in einem Maße gewährleistet wie bei keinem anderen Mitbestimmungsmodell, das in Deutschland existiert.

(Beifall)

Ein Vorschlag, der die Einflußfaktoren Arbeitnehmer, Anteilseigner und Unternehmensleitung in der Mitbestimmung institutionalisiert, wird auch den heutigen realen Verhältnissen in den Großunternehmen mehr gerecht als jede andere Lösung; denn dort haben sich die Funktionen des Eigentümers und des Unternehmers längst voneinander gelöst. Deswegen erlauben Sie mir die Charakterisierung, daß ich den Vorschlag der Jungen Union und der Sozialausschüsse für eine zukunftsweisende, weil die realen Verhältnisse berücksichtigende Lösung halte.

(Beifall)

Dieser Vorschlag ist auch kurzfristig realisierbar. Er bedeutet eine Fortentwicklung, nicht aber eine grundstürzende Änderung des deutschen Aktienrechts. Es soll beim dualistischen System bleiben. Nach wie vor gibt es einen Vorstand als handelndes Organ und daneben einen Unternehmensrat, der den Vorstand berät und über grundlegende unternehmerische Entscheidungen, nicht etwa über das, was im täglichen Geschäftsverlauf zu entscheiden ist, bestimmt. Dieser letzte Punkt bedeutet sicher eine Änderung des Aktienrechts, aber keine Änderung der herrschenden Praxis, weil schon heute die Aufsichtsräte in den großen Gesellschaften einen breiten Kreis von zustimmungspflichtigen Geschäften zu entscheiden haben.

Schon heute kann auch der Vorstand an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen. Wir glauben, daß es notwendig ist, neben den Interessen der Arbeitnehmer und der Anteilseigner auch das langfristige Interesse am Fortbestand des Unternehmens selbst zu institutionalisieren. In der Regel, meine Damen und Herren, werden die Interessen der Anteilseigner und die der Arbeitnehmer parallelgerichtet sein. Beide sind an einem langfristigen Bestand des Unternehmens interessiert. Aber es kann auch zu Divergenzen in den Interessenlagen kommen, und dann muß eine dritte Kraft da sein, die hier kurzfristig einseitige Entscheidungen verhütet. Wer könnte diese langfristigen Unternehmensinteressen besser repräsentieren als Vorstandsmitglieder, deren volkswirtschaftliche Aufgabe es ja gerade ist, Kapital und Arbeit optimal zu kombinieren?

Lassen Sie mich zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. Die Beschlüsse der Landesverbände Westfalen und Rheinland, die im wesentlichen mit den Vorschlägen der Jungen Union und der Sozialausschüsse identisch sind, haben in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung ein weitgehend positives Echo gehabt. Man spricht wieder über uns, auch in Kreisen und in Medien, in denen die Union völlig abgeschrieben schien.

(Teilweise Beifall)

Vor allem aber war das Echo bei denjenigen, für die wir dies alles schließlich tun, nämlich bei den Arbeitnehmern, ausnahmslos positiv.

(Beifall)

Darin liegt - lassen Sie mich das sozusagen mit einem letzten Blick zurück noch feststellen - ein wesentlicher Unterschied zu der Wirkung von Düsseldorf, denn der Düsseldorfer Beschluß hat weder bei den Betroffenen noch in der Fachdiskussion die geringste Bewegung ausgelöst. Nutzen wir dieses Vertrauenskapital, das uns hier wieder zuwächst, und stimmen wir den Vorschlägen der Jungen Union und der Sozialausschüsse zu !

(Lebhafter Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Hasinger und erteile das Wort dem Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Herrn Wissmann, zugleich zur Begründung des Vorschlages der Jungen Union.

(Beifall)

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen. Ich meine, es ist ein gutes Zeichen für die Partei CDU, daß wir hier einen entscheidenden Konflikt offen und vor aller Öffentlichkeit und nicht irgendwo im geheinen Stübchen austragen. Das ist ein Zeichen dafür, daß wir bereit sind, uns als Volkspartei auch in der Diskussion zu begreifen.

(Beifall)

Zweitens möchte ich hier noch einmal das festhalten, was vorhin von Professor Biedenkopf und Herrn Hasinger gesagt wurde. Nach den Vorlagen für diesen Parteitag gibt es in der Zielsetzung eines neuen Unternehmensrechts Gemeinsamkeit zwischen allen relevanten Gruppen in der Partei. Auch dies verdient festgehalten zu werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich jetzt zu den konkreten Vorstellungen der Jungen Union zur Mitbestimmung in den Großunternehmen kommen. Die Junge Union ist der Auffassung, daß es notwendig sein wird, eine Umgestaltung des Aufsichtsrats von einem Kontrollorgan zu einem echten Beratungs- und Entscheidungsorgan zu bewerkstelligen. Deswegen setzen wir uns für einen Unternehmensrat ein, denn wir sind der Meinung, daß der Aufsichtsrat zumindest die Gefahr in sich

birgt, eben nur Mitkontrolle und nicht wirkliche Mitentscheidung und Mitbestimmung für die Arbeitnehmer und Anteilseigner zu erreichen. Und gerade dies wollen wir, Mitbestimmung und Mitentscheidung und damit auch Mitverantwortung. Wir glauben, daß dies im Unternehmensrat am ehesten gewährleistet sein wird.

Ein weiteres: Der Unternehmensrat - das Dreifaktorenmodell - sichert die Möglichkeit einer Überwindung von Pattsituationen durch Einbeziehung der Vorstandsmitglieder, durch Einbeziehung des Faktors "Sachverstand". Auch dies muß all denjenigen gesagt werden, die meinen, die Vorstellungen der Jungen Union seien im Grunde genommen auf ein Patt angelegt. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ein weiterer Punkt, von dem ich übrigens glaube, daß wir in der Partei weitgehend Gemeinsamkeit haben: Wir alle sollten uns wehren - und die Junge Union tut dies in ihren Vorstellungen - gegen jede Form von Fremdbestimmung.

(Teilweise Beifall)

Diese Aussage gilt nach beiden Seiten, nach der Anteilseignerseite und nach der Arbeitnehmerseite. Dies heißt für uns auch, daß wir uns konsequent dafür einsetzen, daß alle Arbeitnehmervertreter, die den Aufsichtsräten oder Unternehmensräten angehören werden, getragen sind vom Vertrauen der gesamten Belegschaft.

(Beifall)

Und dies heißt für uns auch eine Absage an jede Form direkter betriebsfremder Delegationsrechte.

(Erneuter Beifall)

Liebe Parteifreunde, es ist gestern in der Diskussion sehr viel von den Grundsätzen gesprochen worden, die die Politik der Union tragen sollen.

Ich meine, ein entscheidender Grundsatz für die christliche Demokratie in Deutschland seit ihrer Gründung ist der Gedanke der sozialen Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Anteilseignern. Wir sollten uns keine Illusionen darüber machen, daß wir gerade von Jugendlichen und von Arbeitnehmern gefragt werden, wie konsequent wir bereit sind, unsere Grundsätze in die gesellschaftspolitische Praxis umzusetzen, sie dort durchzusetzen, wo es um konkrete Entscheidungen geht.

(Teilweise Beifall)

Deswegen ist die Junge Union der Meinung, daß es darauf ankommt, dieses Prinzip "soziale Partnerschaft" auch in der konkreten Mitbestimmungsaussage zu beherzigen und durchzuhalten. Dies heißt für uns, Partnerschaft in der Mitbestimmung ist nur möglich durch echte Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Anteilseignern, und echte Gleichberechtigung ist nur möglich durch ein glasklares Ja zur paritätischen Mitbestimmung durch die gesamte CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage dies deswegen so deutlich, weil es für viele gerade in den Reihen der Jungen Union und der Sozialausschüsse etwas Bedrückendes an sich hatte, in der Diskussion der letzten Monate manchmal - oftmals auch in der Öffentlichkeit - zu hören, daß diejenigen, die wie wir, für eine klare Parität eintreten, in eine Ecke gestellt wurden, nämlich in die der Systemüberwinder, Sozialisten oder Marxisten, in die sie nicht gehören.

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, dies muß hier so deutlich gesagt werden, weil unser Ja zur Paritätischen Mitbestimmung die konsequente Verwirklichung des Grundsatzes "soziale Partnerschaft" ist und damit dazu beiträgt, diesen Grundsatz als Alternative zu den sozialistischen Klassenkampfvorstellungen glaubwürdig zu machen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, weil wir für ein klares Ja zur paritätischen Mitbestimmung sind und weil wir das gestern von der klaren Sprache Gesagte in allen politischen Fragen, auch in der Mitbestimmung, durchhalten wollen, fragen wir hier: Warum verspricht die Vorstandsvorlage zwar für die Zukunft für ein neues Unternehmensrecht klare Parität, ist aber nicht bereit, dies auch in der konkreten Übergangsregelung zu tun?

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, das ist sehr problematisch und für uns inakzeptabel, daß in der Vorstandsvorlage in den schwierigen Situationen des Unternehmens letztlich doch die Anteilseignerseite entscheiden wird.

Eine zweite Frage, die ebenfalls gestellt werden muß, weil ich meine, dies ist ein Beitrag zur offenen Auseinandersetzung in der Partei: Warum sprechen viele in unserer eigenen Partei, aber auch in der Öffentlichkeit, die vorher so oft klar gegen Parität, gegen Gleichgewichtigkeit, auch noch beim letzten Parteitag in Düsseldorf, Stellung genommen haben, jetzt nicht wieder im gleichen Sinne? Warum stellen sie sich auf die Basis der Vorstandsvorlage und machen ein verbales Bekenntnis zur Parität mit? Wäre es nicht, meine Damen und Herren, für die Offenheit der Auseinandersetzung besser gewesen, wenn wir hier mit klaren Fronten angetreten wären?

(Zischen und Beifall)

Meine Damen und Herren, die Junge Union ist der Auffassung, daß die Mitbestimmungsdiskussion innerhalb der CDU/CSU ein baldiges Ende haben sollte.

(Zustimmung)

Wir sind der Auffassung, daß es gerade für Arbeitnehmer, um nur den Bereich der menschlicheren Arbeitswelt zu nennen, viele wichtige gesellschaftspolitische Probleme gibt, derer sich die CDU gerade auch in ihrer Diskussion annehmen muß. Das heißt, wir sollten die Mitbestimmungsdiskussion baldmöglichst beenden,

(teilweiser Beifall)

wir werden sie aber nur beenden, wenn wir hier ein ganz klares Ja zur paritätischen Mitbestimmung sagen.

(Beifall)

Ein letztes Wort! Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die Junge Union und die Sozialausschüsse haben sich gerade in den letzten 24 Stunden ernsthaft und in oft sehr schwierigen Diskussionen darum bemüht, eine Grundlage für eine breite Solidarität zur Mitbestimmung in der Partei zu legen. Wir haben mit dem Änderungsantrag D 226 gemeinsam mit den Sozialausschüssen hierfür eine Vorlage gegeben.

Ich möchte Sie bitten, helfen Sie durch Ihr Ja zu den Vorstellungen der Jungen Union und der Sozialausschüsse mit, den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft gerade auch dort stärker zu verankern, wo er manchmal bestritten ist, nämlich in der jungen Generation und in der Arbeitnehmerschaft.

(Anhaltender Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Wissmann und erteile dem stellvertretenden Parteivor-sitzenden und Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland, Heinrich Köppler, das Wort.

Heinrich Köppler (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn es richtig ist, und einiges spricht dafür, was Gerhard Stoltenberg gestern gesagt hat, daß uns der härteste Winter der letzten 20 Jahre bevorsteht, daß es nichtlauszuschließen ist, daß wir in eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gekannte wirtschaftliche Krise geraten, dann ist zweierlei notwendig: Erstens, daß sich dieser Parteitag der Union in der Frage der Mitbestimmung nicht einer Zerreißprobe unterwirft, daß er sachlich um die beste Lösung streitet, aber beisammenbleibt.

(lebhafteste Zustimmung)

Und es ist zweitens notwendig, daß wir in einer solchen Situation ein funktionierendes System von Mitbestimmung haben, wenn wir es als Demokraten überstehen wollen.

(Beifall)

Was hat uns die Koalition nach ihren großen Ankündigungen zu bieten? Wenn die Nachrichten aus der Bonner Garküche zutreffen, dann geht es schon gar nicht mehr um eine sachgerechte Lösung des Mitbestimmungsproblems, sondern nur noch um ein Gerangel um vermeintliche oder geglaubte Interessenstandpunkte. Meine Damen und Herren, wir stellen hier fest - lassen Sie mich das als Vorbemerkung zu meinen Begründungen sagen -, die Damen und Herren von der FDP sind in diesem Gerangel inzwischen windelweich geworden. Offensichtlich werden auch in der Frage, die die FDP so gerne hochspielt, nämlich der Frage der Beteiligung der leitenden Angestellten, alle anderen Minderheitenschutzrechte, insbesondere die der Angestellten, auf diesem Gerangelaltar geopfert. Auch das sollte in unserer Diskussion nicht unvergessen bleiben.

(Beifall)

Meine Freunde, unser Konzept muß demgegenüber die sachgerechte Alternative sein. Ich meine, sie muß von vier Voraussetzungen ausgehen:

1. Sie muß ausgehen von einer paritätischen Lösung als Ausdruck sozialer Partnerschaft und als klare Absage an Klassenkampf. Das muß die erste Voraussetzung unserer Lösung sein.

(Beifall)

Wir müssen wissen, wo wir diese freiheitliche soziale Ordnung zu verteidigen haben. Wir müssen deshalb auch nach Düsseldorf - lassen Sie mich das ganz offen sagen - hier neue Positionen beziehen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

(Teilweiser Beifall)

2. Wir müssen mit unserer sachgerechten Lösung und Alternative systemkonform in der freiheitlichen Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft sein. Wir müssen damit eine Absage an die Überwindung dieses System im Sinne der Vorschläge, wie sie zur Zeit bei der SPD gehandelt werden, in klarer Weise vornehmen.

(Beifall)

3. Sie muß funktionsgerecht sein, d. h. sie darf keine Pattsituation provozieren.

4. Sie muß ein klares Signal in die Bevölkerung dieser Bundesrepublik geben, das deutlich macht, daß diese Union in der Lage ist, die Frage der Mitbestimmung auch als Volkspartei zu lösen und daß bei dieser Volkspartei die Interessen von Millionen Arbeitnehmern bestens aufgehoben sind, besser als bei anderen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Unser Antrag aus der rheinischen CDU - lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit feststellen - stimmt in grundsätzlichen, wesentlichen Punkten mit der Vorlage des Vorstandes überein. Unser Antrag geht wie die Vorstandsvorlage vom Gleichgewicht und der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit aus. Ich meine, diese Diskussion sollten wir uns inzwischen als Kontroverse in dieser Partei schenken. Wir gehen weiter mit der Vorstandsvorlage davon aus, daß die Weiterentwicklung, die Reform der Unternehmensverfassung in der Mitbestimmungsfrage, auf Großunternehmen in unserer Volkswirtschaft begrenzt wird. Hier findet auch kein Einstieg in die Systemüberwindung im Sinne der sozialdemokratischen Vorstellungen statt, sondern eine ausdrückliche Bestätigung unserer grundsätzlichen Auffassung vom Aufeinanderangewiesensein der Partner in dieser Marktwirtschaft.

Schließlich stimmen wir darin überein, daß es notwendig ist, ein neues Unternehmensverfassungsrecht, ein neues Unternehmensrecht auszuarbeiten. Wir sind uns darüber im klaren, daß das einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wir sind deshalb auch nicht für eine Fristbindung in diesem Punkt durch die Partei, wir meinen aber mit Kurt Biedenkopf, wir sollten ohne Zeitverzug an die Arbeit gehen. Wir anerkennen, daß die Vorstandsvorlage D 222, die Vorstandsvorlage von vorgestern, wesentliche Schritte auf unseren Antrag zu gemacht hat.

Wir wissen, daß insbesondere der neue Vorschlag der Pattauflösung in den Personalfragen im Grunde unserer Vorstellung, wie sie in dem Antrag D 183 des Landesverbandes Rheinland enthalten ist, entspricht. Wir stellen das fest.

Wir sind noch in dem Vorschlag auseinander - auch das muß um der Offenheit und der Ehrlichkeit willen hier festgestellt werden, - die Pattsituation in Sachentscheidungen aufzulösen. Hier haben wir Bedenken, dem Vorschlag, wie ihn der Bundesvorstand in Ziffer 4 des Abschnitts IV niedergelegt hat, zuzustimmen. Diese Formulierung könnte dazu führen, daß die Kontrollrechte durch eine Praxis ausgehöhlt werden, die als eine Einladung zu Entscheidungen ohne Aufsichtsrat verstanden wird. Das ist in diesem Punkt unser Bedenken.

Wir sind auch - wenn auch nicht mehr allzuweit - in der Frage der leitenden Angestellten auseinander. Unser Antrag, der rheinische Antrag, läßt die Vertretung der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat zu. Der Antrag des Bundesvorstands verschärft die Bestimmung über den Minderheitenschutz dieser Gruppe wie aller anderen Gruppen. Das ist die Differenz, die hier deutlich ausgesprochen sein soll.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben hier weder eine zweite Lesung eines Gesetzentwurfs zu vollführen, noch ersetzen wir in dieser Frage mit unseren Beratungen und unseren Beschlüssen Regierungsentwürfe.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, wäre uns im Landesverband Rheinland der CDU - ich sage das ganz offen und unverhohlen - ein Beschluß dieses Parteitags lieber, der klar und einfach gefaßt und deshalb von den breiten Schichten unserer Arbeitnehmerschaft hinsichtlich der Zielsetzung der Union besser verstanden werden könnte als manche komplizierte rechtliche Regelung.

(Beifall)

Uns wäre ein Beschluß lieber, der - wie die Vorlage des Rheinlandes - die eben erwähnte problematische Lösung in Ziffer 4 des Abschnitts IV entbehrlich machen könnte.

Wir meinen ein Modell, das auch in der Mitbestimmungsfrage genau die Grundsätze beherzigt, die wir vorhin mit großer, ja, mit einer überzeugenden Mehrheit in der Vermögenspolitik beschlossen haben, als wir feststellten, daß ein Unternehmen darauf angewiesen ist, daß Anteilseigner, Unternehmer und Arbeitnehmer zusammenwirken, daß in einem Unternehmen der Gewinn vom Zusammenwirken dieser drei Kräfte des Unternehmens abhängig ist, daß eine Lösung auch der Mitbestimmungsfrage unter diesen Voraussetzungen einiges an Deutlichkeit und Überzeugungskraft für sich hat.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, sehen wir, die rheinischen Delegierten, die von einem Landesparteitag kommen, der zu dieser Frage mit einer großen Mehrheit votiert hat, hier die eigentliche Aufgabe des 22. Parteitags. Wir meinen, hier muß bei aller Klarheit auch in kontroversen Abstimmungen eine überzeugende Entscheidung der Union zur Frage der Mitbestimmung getroffen werden. Deshalb bestehen wir nicht unter allen Umständen auf der Durchsetzung

unseres Antrags im weiteren Verlauf. Wir werden gegen den Vorschlag, den Richard von Weizsäcker für die Antragskommission in bezug auf den weiteren Ablauf des Verfahrens gemacht hat, hier keinen Widerspruch anmelden.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen. Wir haben gestern, d. h. heute nacht, im Kreise der rheinischen Delegierten - ich meine, das sollten der Parteitag und die Öffentlichkeit wissen - auch darüber beraten, wie wir uns zu der Initiative, die von Delegierten aus der CDA und aus der Jungen Union gekommen ist und nachher sicher noch besonders begründet werden wird, stellen. Die Mehrheit unserer Delegierten hat sich dafür ausgesprochen, in der weiteren Beratung dieses Parteitags diese Anträge zu unterstützen.

(Beifall)

Ein letztes Wort. Wie immer die Entscheidung dieses Parteitags ausfallen wird, wie immer jetzt bei Einigkeit in Grundsatzfragen um die richtige Lösung gerungen wird, diese Grundsatzfragen auch in die aktuelle politische Situation hineinzukonkretisieren, - die rheinische CDU wird die Entscheidung dieses Parteitags solidarisch mittragen.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Heinrich Köppler und erteile das Wort dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Sozialausschüsse Hans Katzer.

(Beifall)

Hans Katzer, stellvertretender Vorsitzender der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Generalsekretär der Partei hat gestern eine Art Generalabsolution für in der Hitze des Kampfes hüben und drüben ausgesprochene Dinge erteilt. Ich möchte ihm dafür eigentlich recht herzlich Dank sagen;

(Beifall)

denn ich glaube, wir müssen, meine Freunde, und wir diskutieren ja über Mitbestimmung nicht das erste Mal; ich wäre froh, es wäre heute das letzte Mal,

(Beifall)

wenn wir mit klaren Beschlüssen nach Hause gehen könnten, - wie immer wir diskutieren, so miteinander reden, daß jeder Respekt und Achtung vor dem anderen hat und zum Ausdruck bringt. Ich werde das tun.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn ich mich zu entschuldigen habe, Herr Biedenkopf, dann ist es für die Hartnäckigkeit, mit der die Sozialausschüsse - jetzt zu meiner großen Freude gemeinsam mit der Jungen

Union - vorgegangen sind. Ich möchte meinem Freund Wissmann sehr herzlich Dank sagen für die erfrischende Rede, die er heute in seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender gehalten hat.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde, wer die Diskussionen des Berliner Parteitags und des Düsseldorfer Parteitags nachliest und einen Vergleich mit Ziffer 1 der EntschlieÙung des Bundesvorstands anstellt, muß, was die Diktion angeht, zugeben, daß hier gravierende Unterschiede sind. Er muß feststellen, daß hier, was die Grundsatzposition anlangt, Fortschritte im Sinne dessen, was die Sozialausschüsse seit langem fordern, gemacht wurden.

Hier heißt es:

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte; denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilnahme an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen.

Meine Freunde, dies ist genau das, was wir als Sozialausschüsse seit eh und je gesagt haben.

Ich möchte in dieser Stunde die Christlichen Demokraten an jenen 19. November vor genau einem Jahr erinnern.

Da haben wir miteinander das Wahlergebnis beraten. Wir haben Analysen vorgenommen, und wir haben genau festgestellt, woran es gelegen hat: an der Jugend, an den Arbeitnehmern und den Frauen. Und nun müssen wir eine Politik machen, die diesem Rechnung trägt, damit diese Schichten für uns wählbar werden. Meine Freunde, das muß das Ziel sein, mit dem wir diese Diskussion bestreiten.

(Beifall)

Meine Freunde, ich habe etwas die Sorge gehabt, daß die Rückbesinnung auf den Ausgangspunkt der Union verlorengehen könnte. Ich freue mich, heute zu sehen, daß wir eine Erneuerung aus der Substanz bringen können. Dem stimmen wir selbstverständlich zu. Wir sind 1945 angetreten als eine neue, als eine moderne Volkspartei: für Partnerschaft, gegen Klassenkampf, für die Soziale Marktwirtschaft, gegen zentrale Verwaltungswirtschaft.

Wenn der Generalsekretär gestern mit Recht Ludwig Erhard seinen Dank aussprach für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, dann wiederhole ich das heute - nicht zum erstenmal! - gerne. Aber, meine Freunde, lassen Sie mich hinzufügen - wenn Ludwig Erhard hier wäre, er würde es sagen -: Das war nur möglich, weil Ludwig Erhard 1949 die Unterstützung der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft im Wirtschaftsrat gehabt hat und damit die Soziale Marktwirtschaft überhaupt erst einführen konnte, über die wir heute miteinander reden.

(Beifall)

Meine Freunde, mit dieser Sozialen Marktwirtschaft haben wir fast zwei Jahrzehnte der Nachkriegszeit in breitester Übereinstimmung mit dem ganz überwiegenden Teil unserer Bevölkerung und gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten deutsche Politik maßgeblich mitgestaltet. Mit der prägenden Kraft der Sozialen Marktwirtschaft haben wir den praktischen Sozialismus weitgehend überwunden. Wenn wir heute von dieser Grundsatzposition aus Antworten für die Zukunft entwerfen, meine lieben Parteifreunde, dann ist das keine Anpassung an den Zeitgeist. Angepaßt an den Zeitgeist haben sich die Sozialdemokraten in ihrem Godesberger Programm 1959, als sie sich uns anpassen mußten, und nicht umgekehrt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Soziale Marktwirtschaft, die die Sozialdemokraten im Godesberger Programm 1959 dann verbal anerkannten, hat sie in eine Gleichposition mit der Union gebracht. Ich sage verbal, meine Freunde; denn die Kräfte in der SPD, die die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen, sind doch nicht zu übersehen. Verstaatlichung der Banken, Investitionskontrolle, meine Freunde, das sind ja nicht mehr Jusos, sondern das sind ja SPD-Parteitagbeschlüsse. Damit wollen wir nichts zu tun haben, meine Freunde.

(Beifall)

Im Gegensatz zur FDP wollen wir damit nicht nur nichts zu tun haben. Wir dulden das auch nicht und gehen jammernd und klagend ins Ecklein und sagen: die bösen Koalitionspartner, machen aber im übrigen alles mit und ermöglichen damit ja erst diese Politik von der sie sich dann nach ihren Wählerschichten abzugrenzen suchen. Das wird der FDP auf Dauer nicht gelingen können. Sie wird sich zu dem bekennen müssen, was sie gemeinsam mit dieser und in dieser Koalition zu verantworten und zu vertreten hat, so wie das gestern schon von Köppler und Carstens gesagt worden ist.

(Beifall)

Meine Freunde, ich wiederhole: Verstaatlichung der Banken, Investitionskontrolle, das paßt nicht in unser Konzept. Nur, wer das verhindern will, muß der Sozialen Marktwirtschaft für die nächsten zwei Jahrzehnte die Faszinationskraft wiedergeben, die sie zweifelsfrei in der Vergangenheit gehabt hat. So sage ich: Mit der Ziffer I des Antrages des Bundesvorstandes wählen wir den richtigen Einstieg.

Mit der Ziffer II des Antrags des Bundesvorstandes gehen wir den richtigen Weg in die Zukunft. Herr Biedenkopf, da haben wir ja gar keinen Streit. Das haben wir auf unserer Bochumer Tagung schon vorgedacht für die Union, wenn ich mir das erlauben darf zu sagen, daß wir das Rollenverständnis des Arbeitnehmers von morgen sehen, daß wir sehen den Arbeitnehmer als Arbeitnehmer in seinem sozialen und arbeitsrechtlichen Teil und Schutz. In diesem Teil und Schutz - damit kein Irrtum passiert - bedarf er selbstverständlich der Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaften. Aber Gewerkschaften sind ebensowenig wie politische Parteien Selbstzweck. Gewerkschaften sind dafür da, den Menschen Hilfestellung zu geben, die sich ihnen anschließen. Wir haben das im Wahlkampf deutlich genug aufgezeigt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nur meine ich - das ist das, was Hasinger und der Vorsitzende der Jungen Union vorhin deutlich zu machen versucht haben -, wenn wir das für die Zukunft anstreben und wenn wir darin gemeinsam sind, dann können wir es einfach nicht begreifen, daß man jetzt hingehet und sagt: Aber für jetzt, hier und heute, wollen wir noch eine Parität minus etablieren, da wollen wir uns noch auf dem alten Gleise bewegen. Das nenne ich nicht logisch. Logisch wäre, wenn unsere heutige aktuelle Entscheidung einmünden würde in die zukunftsgerichtete, in der wir uns ja einig sind.

(Beifall)

Deshalb glaube ich, meine verehrten Damen und Herren, daß in dem Modell der Sozialausschüsse, der Jungen Union, Rheinlands, Westfalens und des Saargebietes mit einem Drei-Bänke-System - das wird uns ja ohnehin, wenn wir, wie ich annehme, die Ziffer III nachher beschließen werden, in den nächsten Jahren beschäftigen; dann wird das eine Rolle spielen - die Auflösung des Patts, also die Funktionsfähigkeit oder ich möchte eigentlich noch stärker betonen: die rasche, schnelle Funktionsfähigkeit des Unternehmens am besten gewährleistet ist, weil wir hier das Patt nicht nur aufgelöst haben, sondern weil wir hier einbezogen haben das Management, also jenen Teil, der langfristig am Funktionieren des Unternehmens von sich aus am stärksten interessiert sein muß.

(Beifall)

Nun, meine Freunde, es hat über diesen Punkt III keinen Streit gegeben. Es gibt den großen Streit über die Frage: Wie wird das aktuell geschehen? Ich leugne nicht, daß sich der Vorstand bemüht hat, insbesondere auch nach Düsseldorf, sich auf Gedanken, Überlegungen der Sozialausschüsse etwas hinzubewegen. Ich will das dankbar anerkennen. Ich will auch sagen, so wie Köppler das gesagt hat: Ich will hier nicht, wie man uns das von angeblich gutmeinenden Kreisen einzureden versucht, einer Parteikrise das Wort reden. Das ist dummes Zeug für einen Mann, der 25 Jahre in und für diese Union gekämpft hat. Etwas Törichtereres könnte keinem einfallen: daß er sich daransetzt, um diese Union zu zerstören. Diese Union wollen wir erneuern. Wir wollen sie befähigen, Wahlkämpfe nicht nur zu führen, sondern wieder Siege zu erringen.

(Anhaltender Beifall)

Meine Freunde, davon sollten wir miteinander gemeinsam ausgehen. Uns geht es - auch das unterscheidet uns, Herr Biedenkopf, von der Vorlage des Bundesvorstands - in der Tat nicht um eine bloße Fortschreibung geltenden Rechts für die aktuelle Situation, sondern wir wollen in der Tat den Beginn eines großen Reformwerkes. Wenn ich manche Delegierte gestern und heute höre, die mich fragen: Kannst du mir einmal sagen, wie das mit § 8 sowieso und Abs. 5, 3, 2 und 1 ist, dann muß ich sagen; daß das doch kein Delegierter versteht. Aber wenn das kein Delegierter versteht, wie wollen wir das dann der deutschen Öffentlichkeit klarmachen?

Die deutsche Öffentlichkeit will von uns - ohne Wenn und Aber - eine klare Entscheidung haben: Wie haltet ihr es mit der Mitbestimmung? Diese Entscheidung sollten wir hier treffen, damit sie befreit zu uns stehen kann. Herr Biedenkopf, Sie haben gestern zu

uns gesagt: Die junge Generation kommt zu uns; sie sucht Antworten.-
Jawohl, gottlob! Meine Freunde, es ist doch kein Naturgesetz, daß
Arbeitnehmer sozialdemokratisch wählen. Wo steht denn das geschrie-
ben? Sie haben doch die Christlich Demokratische Union gewählt,
1949, 1953, 1957. Sonst wären unsere Erfolge doch nicht möglich
gewesen. Wir müssen es ihnen möglich machen, uns wieder zu wählen.
Deswegen appelliere ich an Sie, die Beschlüsse zu fassen, für die
ich hier leidenschaftlich ringe.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, wir sind bereit, auf den Boden des Vorschlages zu
treten, den die Junge Union und die Sozialausschüsse heute nacht
gemeinsam erarbeitet haben. Ich sage Ihnen ehrlich, das fällt mir
schwer. Es fällt mir sehr schwer, weil ich ein Mann bin, der sei-
ne Konzeption klar vertritt und auch gerne durchzusetzen versucht.
Es gibt in dieser Landschaft aber Dinge, die wir ebenfalls zu be-
rücksichtigen haben. Deshalb diese unsere Bereitschaft. Ich wäre
dem Bundesvorstand sehr dankbar, wenn er diesen Versuch, zu einer
ganz großen und breiten Mehrheit zu kommen, unterstützte, wenn er
das Bemühen der Jungen Union und der Sozialausschüsse - Herr Köppler
hat vorhin namens des Landesverbands Rheinland angedeutet, daß er
die Lage ähnlich beurteilt wie ich -, hier und heute gemeinsam mit-
einander diese große Anstrengung zu unternehmen, mit trüge.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wie sieht es
denn heute in unserem Lande aus? Wir haben eine schwache Regierung,
die doch nichts mehr zustande bringt. Die Sozialdemokratische Par-
tei, die Arbeitnehmerpartei von gestern, muß heute Arbeitnehmer-
gruppen bilden, um die Arbeiter bei sich vertreten zu lassen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Acht Tage vor der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag
haben die Sozialdemokraten auf ihrer Arbeitnehmerkonferenz die
Verdreifachung des Weihnachtsfreibetrages gefordert; im Bundes-
tag haben sie sie dann in namentlicher Abstimmung jedoch abgelehnt.
Dann wollen wir der Arbeiterschaft doch einmal zeigen, wer glaub-
würdiger ist, diese Sozialdemokraten, die vorgeben, es zu sein,
oder diese Christlichen Demokraten, die sich auf einem Weg zu neu-
en Ufern, auf dem Weg nach vorn befinden. Das möchte ich deutlich
zeigen.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten jede, aber auch jede Anstrengung unternehmen, um un-
seren Freunden, die tagtäglich in den Betrieben stehen, glaubwür-
dig zu erscheinen. Jetzt sage ich etwas, was Ihnen vielleicht gar
nicht gefällt, was aber gesagt werden muß. Wenn Sie einmal mit
unseren Freunden in den Betrieben, mit unseren Betriebsräten
sprechen und sich von ihnen sagen lassen, wie sie wegen ihrer Zu-
gehörigkeit zur Christlich Demokratischen Union auf das Schänd-
lichste behandelt werden, was sie durchstehen müssen, so werden
Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß diese unsere Freunde in den
Betrieben einen Anspruch darauf haben, die Solidarität der Christ-
lichen Demokraten zu erfahren, damit sie in ihren Betrieben für
uns arbeiten können. Es ist unsere Aufgabe, ihnen diese Arbeit
für uns leichter zu machen.

Helmut Kohl sagte gestern: Wir setzen nicht auf Platz, wir setzen auf Sieg. Ich denke, wir setzen nicht nur für die Zeit nach 1976 auf Sieg. Es ist ja kein Zufall: Die Parteitage der großen politischen Parteien hängen ja immer wieder mit Wahlen zusammen. Manche finden das schändlich. Ich finde das großartig. Ich denke, wir setzen bereits hier in Hamburg auf Sieg, wo die nächste Landtagswahl zu bestreiten ist. Wir müssen hier doch ein Signal geben. Dieses Signal - ich versuche es jetzt kurz zusammenzufassen - muß von diesem Parteitag ausgehen. Es sollte, nachdem wir zur Eigenumpolitik vorhin wichtige Beschlüsse gefaßt haben, von dem visionären Bild des Ranges des Arbeitnehmers in dieser Gesellschaft ausgehen, das wir für die nächsten 10, 20, 30 Jahre haben. Dieses Bild sieht so aus, daß der Arbeitnehmer eine doppelte Funktion hat. Er wirkt nicht nur am Ertrag des Unternehmens mit, sondern gleichzeitig auch in der Rolle des Eigentümers. Zu dieser zweiten Funktion sollten wir uns jetzt durch unsere Beschlüsse zur Mitbestimmung klar und deutlich für jedermann bekennen. Es mag sein, daß Sie sich nicht dazu durchringen können, für das Mitbestimmungsmodell der Sozialausschüsse zu stimmen. Ich würde das bedauern, will jetzt aber nicht darauf insistieren, und zwar im Interesse der Einheit der Union und im Interesse unserer Zukunftsvision. Ich habe aber diese herzliche Bitte an Sie: Stimmen Sie dem Modell zu, das die Junge Union und die Sozialausschüsse Ihnen als Alternative zu dem Vorschlag des Vorstandes vorgelegt haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Richard Stücklen beglückwünscht Hans Katzer zu seiner Rede - Große Heiterkeit und Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Hans Katzer und erteile Herrn Dr. Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Präsident! Meine lieben Parteilfreunde! Zu Beginn möchte ich Heinrich Köppler und Hans Katzer dafür danken, daß sie beide in überzeugender Weise das große Band dieser Union gegenüber allem, was wir von draußen auf diesen Parteitag hin gehört haben, hervorgehoben haben. Dafür gebührt ihnen unser herzlichster Dank.

(Beifall)

Die am Ende der Rede von Hans Katzer hier zu verzeichnende Geste des Vertreters der CSU mag hoffentlich auch ihre gute Deutung haben.

(Beifall)

Wir stehen heute vor einer Entscheidung, die nicht nur aus dem Moment heraus getroffen werden kann. Es bedarf einer Rückbesinnung auf die geistigen Grundlagen der Union, die es uns ermöglicht haben, die Mehrheit in diesem Land über 20 Jahre zu erhalten und eine Gesellschaft zu prägen, die wir die unsere nennen können, einen Staat "Bundesrepublik Deutschland", der unser freiheitlicher Staat ist. Diese Grundlagen hatten zwei Wurzeln. Die Wurzel war das christlich-humanistische Gedankengut, welches in Partnerschaft, personaler Würde des Menschen und in der Sozialstaatlichkeit seinen Ausdruck fand.

Es war die zweite große Säule einer liberalen Wirtschafts- und Staatsauffassung, die uns den Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie und eine pluralistische offene Gesellschaft gebracht hat. Aus diesen beiden großen Komponenten wurde die Soziale Marktwirtschaft geschaffen, eine Position, welche geistige, ordnungspolitische und moralische Werte umfaßt.

Nur durch diese Position, die alle drei Wertbegriffe erfaßt, waren wir, sind wir und werden wir eine Volkspartei bleiben. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Lassen Sie mich jetzt zu der ordnungspolitischen Frage eines sagen. Liebe Parteifreunde, das neue Unternehmensrecht welches wir hier schaffen wollen und das wir hier in I und II der Bundesvorstandsvorlage präzisieren, bringt klar zum Ausdruck, daß wir gerade diese eine Säule des christlich-humanistischen Gedankengutes nicht vergessen dürfen. Wir haben vielleicht einiges aus den 60er Jahren hier gutzumachen und heute diese Diskussion zu führen, weil diese Diskussion damals nicht rechtzeitig genug geführt worden ist. Hier steht, daß wir ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleignern und Unternehmensleitung auf der Grundlage der Parität gewährleisten wollen.

Meine lieben Parteifreunde, der Antrag D 222, der hier nun bereits präzisieren will - Schaffung eines Unternehmensrates, in welchem beraten und die unternehmerischen Entscheidungen bestimmt werden -, ist mit dem System des dualen Kontrollrechts auf der einen Seite und der unternehmerischen Verantwortung des Vorstandes auf der anderen Seite nicht vereinbar. Ich glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und auch andere Länder gezeigt hat, daß man solche Dinge nicht unesehen ändern soll; denn sie haben große Wirkung auf die politische und wirtschaftspolitische Praxis. Auch die katholische Soziallehre, ja die päpstlichen Enzykliken, haben mit großer Deutlichkeit festgestellt, daß man an der einheitlichen Willensbildung der Unternehmen nicht rütteln darf. In dem Moment, wo ein Unternehmensrat geschaffen wird, der nicht mehr Kontroll- und Grundsatzfragen, sondern unternehmerische Entscheidungen zu bestimmen hat, ist an dieser einheitlichen Willensbildung gerüttelt. Und wir wissen, wie dann Kompromisse und ähnliches zustande kommen.

Es wurde hier gesagt - das hat der Vorsitzende der Jungen Union ausgesprochen -, wir sollten dann doch offen Parität sagen. Meine lieben Parteifreunde, ich glaube, hier herrscht ein Mißverständnis. Wir sagen offen Parität; aber wir sagen sie auf das gesamte Unternehmensrecht und nicht auf ein einziges Organ bezogen. Das ist der Unterschied, und ich bitte Sie, diesen ernst zu nehmen.

(Beifall)

Denn Sie müssen sich darüber im klaren sein, daß, wenn Sie es nur auf das eine Organ, auf den Aufsichtsrat beziehen, Sie z.B. dem einen Faktor Kapital, dem Sie ja auch Parität zugestehen wollen, durch die Lösung des Unternehmensrates mit der dritten Bank grundsätzlich die Minderheitenposition geben, die nicht mehr Parität gegenüber der anderen Seite ist, und daß Sie zum zweiten diesen Kapitaleignern kein einziges Willensorgan in der Unternehmensordnung mehr geschaffen haben, wie es z.B. für die Arbeitnehmerseite im Betriebsrat besteht, der ganze bestimmte Mitwirkungs-, Informations- und zustimmungspflichtige Mitbestimmungsrechte besitzt, was auf der anderen Seite nicht vorhanden ist.

Wer Parität sagt, der muß sie dann allerdings für das ganze Unternehmen sagen und darf es nicht auf ein einziges Organ beziehen. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Und wie sieht es mit der Frage der Tarifautonomie aus? In dem Moment, wo Sie für das entscheidende Leitungsorgan des Unternehmens, das nach dem Abänderungsantrag der Unternehmensrat sein soll, bereits eine paritätische Zusammensetzung vorsehen, kann es ja keine gleichberechtigte Behandlung mehr zwischen den Tarifpartnern geben, weil die eine Seite bereits paritätisch von den verschiedenen Gruppen besetzt ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, auch hier muß dann Parität durchentwickelt werden und darf nicht einfach übersehen werden. Es geht also darum, jetzt auch Parität auf der anderen Seite tatsächlich durchzukonstruieren und nicht auf ein einziges Organ zu beziehen.

Lassen Sie mich nun etwas zur geistig-moralischen Position als zweite Komponente sagen. Es wird hier sehr oft davon gesprochen, daß diejenigen, die heute dem Vorstandsmodell zustimmen, doch lieber nicht zustimmen sollten, weil sie nur eine formale Parität meinten. Ich glaube, daß auch diejenigen, die diese Auffassung vertreten, die der Bundesvorstand präzisiert hat - jetzt zuletzt Professor Biedenkopf -, den Anspruch darauf haben, auch den Respekt der Ehrlichkeit zu genießen, daß sie es so ehrlich meinen, wie es in dem Papier steht

(Beifall)

Der Anspruch auf Ehrlichkeit darf nicht nur von einer Seite okkupiert werden. Das ist ein Prüfstein der Partnerschaft, meine lieben Parteifreunde.

(Beifall)

Vielleicht ist es manchmal sogar etwas schwieriger, für das Gesamtwohl, für das Gemeinwohl nach bestem Wissen und Gewissen zu kämpfen und dabei eine Seite zu vertreten, die im Zeitgeist, oberflächlich gesehen, als Interessengruppe abgewertet wird. Wir sollten hier deutlich machen, daß jeder in der Union, der hier auftritt, für das Gesamte denkt, für das Gesamte Verantwortung trägt und gewillt ist, die Gesamtverantwortung hier einzubringen.

(Beifall)

Ich möchte es ganz deutlich sagen. Es gibt nicht eine Wahrheit und im übrigen Gruppeninteressen. Das muß man einmal aussprechen. Es gibt vielmehr verschiedene Standpunkte. Ich glaube, wir alle bemühen uns, hier das Interesse der Gesamtheit zu vertreten. Das möchte ich deutlich sagen, damit die Diskussion in dem richtigen Geist geführt wird.

Hans Katzer hat gesagt, damals, als wir die Marktwirtschaft einführten, hat auch die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft ihre Unterstützung gewährt, damit diese Soziale Marktwirtschaft möglich wurde. Ich glaube, wir sind alle nach diesen 20 Jahren uns darüber

im klaren, daß es die richtige Entscheidung war. Worum wir heute bitten, ist, die gleiche Partnerschaft zu schaffen, die es damals ermöglicht hat, daß wir aus diesen beiden Grundkomponenten christlich-humanistischen Gedankengutes und Ordnungsvorstellungen einer liberalen Demokratie und einer Sozialen Marktwirtschaft das geschaffen haben, was wir heute haben. Wenn wir heute diesen gemeinsamen Wurf wieder finden, dann sichern wir Freiheit, Recht und Demokratie. Wir alle werden uns darüber im klaren sein, daß wir eine Verpflichtung haben, auch gegenüber der heutigen Lage des Grundgesetz und den Gesetzen, hier nicht oberflächlich über Einwendungen hinwegzugehen und über Konsequenzen der Marktwirtschaft hinwegzuschreiten; sondern daß wir alle Gesichtspunkte zu vertreten haben. Hier appelliere ich an diejenigen, die unverändert bis zum gestrigen Tage ein Modell als das einzig richtige angesehen haben, und bitte sie, doch auch einmal einen Schritt auf die andere Seite zuzugehen, die in den Monaten vorher Schritt für Schritt in Richtung auf diesen Kompromiß, den wir heute im Bundesvorstand gefunden haben, zugegangen ist.

(Beifall)

Es ist kein Kompromiß, der oberflächlich ist, sondern der mit den Grundsätzen der Union in Einklang steht: mit den Grundsätzen der Partnerschaft, der Sozialen Marktwirtschaft, der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit, der Funktionsfähigkeit der Unternehmensleitung, der aber eben nicht eine Seite ausspart, sondern die Parität für das gesamte Unternehmen vorsieht, so wie es nach den Vorstellungen der Christlich Demokratischen Union richtig ist.

Ich bitte Sie daher, mit breiter Mehrheit diese Entscheidung am heutigen Tage zu treffen, damit wir uns in der Zukunft Hand in Hand zur Schaffung des neuen Unternehmensrechts alle zusammen wiederfinden.

(Beifall)

Friedrich Vogel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Schwarz-Schilling.

Als nächster hat der Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse, Norbert Blüm, das Wort.

Dr. Norbert Blüm (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie immer, so haben auch diesmal wilde Spekulationen vor dem Parteitag die Dekoration der Parteitagsvorbereitung gebildet. Lassen Sie mich eine zerstören, weil sie unsere Diskussion mit Mißverständnissen belasten würde: Wir diskutieren heute nachmittag Mitbestimmungsfragen und nicht Führungsfragen. Führungsfragen haben wir im Juli entschieden. Der Vorsitzende dieser Partei heißt vor und nach diesem Parteitag Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir haben nicht umsonst Sach- und Personalfragen getrennt, damit wir die Personalfragen unbelastet von Sachauseinandersetzungen führen können.

Ein Zweites, meine Damen und Herren. Ich kann mich nicht denjenigen anschließen, die glauben, ein Vorstand würde den Parteitag geschwächt verlassen, wenn er seine Vorlage ändern muß. Wo kämen wir hin? Dann könnten wir auf Parteitage verzichten, wenn ein Vorstand einen Beschluß gefaßt hat. Das wäre dann viel zu risikoreich. Ich glaube, die innerparteiliche Demokratie setzt voraus, daß wir heute nachmittag souverän unseren Beschluß fassen.

Nun, meine Damen und Herren, zur Sache selbst. Wir stehen, wie ich glaube, an einer gesellschaftspolitischen Weggabelung. Partnerschaft oder Klassenkampf, heißt die Entscheidung. Klassenkampf ist die Parole des politischen Neandertals: der Stärkere setzt sich durch. Aber glauben Sie nicht, Partnerschaft würde schon dem Zeitgeist entsprechen. Ohne Kampf für unsere Ideen und ohne Engagement wird es nicht gehen. Die Partnerschaft wird nicht billig zu haben sein. Sie ist keine Besänftigungsmythologie. Sie kostet etwas. Ich glaube, daß die Partnerschaft nur dann eine Vision von der zukünftigen Gesellschaft ist, wenn wir uns uneingeschränkt zum Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit bekennen.

Nun kann das Gleichgewicht, wie ich es verstehe, nicht so formuliert werden, daß wir Parität sagen, im Notfall aber einer Seite den Vorsprung lassen, im Notfall aber den Anteilseignern das letzte Wort geben. Meine Damen und Herren, die Sie den neuesten Vorstandsbeschluß hier vertreten, Sie geben uns mit einer Hand die Parität, das Gleichgewicht im Aufsichtsrat; Sie nehmen es allerdings mit der anderen Hand weg, wenn Sie der Hauptversammlung das letzte Wort geben. Das hat nichts damit zu tun, daß wir stur und starr auf die Parität schauen, daß wir nicht beweglich seien. Aber in der Frage Parität ohne Notausgänge - ein glattes Bekenntnis - gibt es leider Gottes keinen Kompromiß, sowenig es einen Kompromiß zwischen Todesstrafe und Nichttodesstrafe geben könnte, weil es eben nicht ein bißchen Todesstrafe und auch nicht ein bißchen Parität gibt.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren: wenn schon, denn schon! Lassen Sie uns die Union nicht mit weiteren Diskussionen belasten. Die Vorstandsvorlage sieht ja für die fernere Entwicklung schon wieder die Frage der Parität vor. Dann müßten wir auch an dieser Stelle wieder die Diskussion des heutigen Nachmittags führen. Lassen Sie uns heute mutig einen Schritt nach vorne gehen! Gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen kann man sich nicht wie Tarifpartner im Handel nähern; da muß man sich entscheiden, sein Herz in die Hand nehmen und auf die Waagschale legen, wenn das geht.

Nun ist hier von den Tarifpartnern und ihrer Einbeziehung in das Paritätsmodell gesprochen worden. Hier darf ich mich auf Herrn Professor Biedenkopf bzw. auf das berufen, was im Biedenkopf-Bericht stand. Ich trage Ihren Bericht sozusagen ständig bei mir, wenn auch nicht immer unter dem Arm; jedenfalls finde ich ihn sehr beachtenswert. Darin steht:

Alle Befragten stimmen darin überein, daß der Aufsichtsrat für solche Angelegenheiten nicht zuständig sei und tarifpolitische Probleme nicht in den Aufsichtsrat gehörten. Übereinstimmend wurde der Kommission vielmehr erklärt, daß die Mitwirkung der

Arbeitnehmer zu einer wesentlichen Verbesserung der Information der Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens geführt habe.

Soweit dieses Zitat, von dem ich meine, daß wir es, gerade wenn die Tarifautonomie hier behandelt wird, nicht übersehen sollten.

Meine Damen und Herren, es geht nicht um irgendwelche Modelle und nicht um Modell-Liebhabeereien, sondern es geht um ein Konzept für die Zukunft. Wer für Mitverantwortung ist, der muß für Mitbestimmung sein. Mitbestimmung im ureigensten Sinne aber kann es nur geben, wenn die beiden Partner gleich stark und gleich gewichtig sind. Lassen Sie uns nicht zögern, sondern lassen Sie uns heute nachmittag und in diesen Tagen einen mutigen Entschluß fassen, einen Beschluß, der die Parität nicht mit Notausgängen versieht, sondern eine echte Parität ist.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Ich danke Norbert Blüm und erteile nunmehr dem Sozialminister von Rheinland-Pfalz, Heinrich Geissler, das Wort.

Dr. Heinrich Geissler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Freund Hasinger und dem Sinne nach auch Norbert Blüm und Hans Katzer haben vorhin in der Diskussion gesagt, wir könnten vor den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland nicht bestehen, wenn wir uns heute gegen die Parität entscheiden. Das ist die entscheidende Frage, und diese Feststellung möchte ich unterstreichen.

(Beifall)

Nur, meine Damen und Herren, ist die Frage: Woran messen wir denn eigentlich, was im richtigen Sinne das richtige paritätische Modell ist?

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Hasinger hat eine entscheidende Frage aufgeworfen. Er sagt, in dem Modell des Bundesvorstandes entscheide in der Konfliktsituation letzten Endes die Hauptversammlung. Aber bei dem Modell, das jetzt als Antrag der CDA und der Jungen Union vorliegt und in dem hinsichtlich der Frage, wie die Pattsituation aufgelöst wird, auf das Verfahren nach der Montanabstimmung Bezug genommen wird, entscheidet letzten Endes die Auflösung der Pattsituation auch die Hauptversammlung.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich glaube, es ist völlig richtig, wenn Hans Katzer gesagt hat, wir sollten uns nicht um Paragraphenwerk streiten. Das ist richtig, aber Information ist notwendig. Und alle Anträge, die uns heute vorliegen, in denen zur Auflösung der Pattsituation für die Wahl des entscheidenden Mannes, hinsichtlich des Stichentscheides oder des elften Mannes auf das Verfahren nach der Montanmitbestimmung Be-

zug genommen wird, sind hinsichtlich dieser entscheidenden politischen Frage identisch.

Hans Katzer hat völlig richtig gesagt, wir seien nicht mehr in der Lage, in der jetzigen Situation dem Bürger draußen diesen Unterschied noch deutlich zu machen. Meine Damen und Herren, dann frage ich aber: Wie kommen wir denn eigentlich dazu, ein anderes Paritätsmodell mit derselben Verfahrenslösung nur deswegen als Nicht-Parität zu denunzieren, weil es mit einem ganz bestimmten eigenen Modell nicht übereinstimmt?

(Lebhafter Beifall)

Es ist ja inzwischen bereits das zweite oder dritte sogenannte richtige Modell, das wir diskutieren.

Meine Damen und Herren, wir können darüber streiten, welches dieser paritätischen Modelle in der Sache besser ist. Aber ich betone noch einmal: In der entscheidenden Frage der Auflösung des Patt ist kein Unterschied vorhanden. Wir haben nach § 8 der Montanmitbestimmung zwei Fallgruppen, und die erste betrifft das Patt. Diese Pattsituation wird nach der Montanmitbestimmung durch den paritätisch besetzten Vermittlungsausschuß gelöst, und wenn der wieder zu einem Patt kommt, entscheidet die Hauptversammlung. Daran führt kein Weg vorbei. Und die andere Sache mit dem Registerrichter spielt überhaupt nur dann eine Rolle, wenn sich unser politisches Problem gar nicht stellt, nämlich dann, wenn kein Patt da ist, sondern sich die beiden Bänke auf einen Vorschlag einigen, aber die Hauptversammlung nicht zustimmt.

Meine Damen und Herren, sollen wir denn bei dieser Rechts- und Verfahrenslage eigentlich zulassen, daß die SPD morgen unsere Beschlüsse, wenn sie etwa so ausgehen, wie der Bundesvorstand es vorgeschlagen hat, diskreditieren kann, nur weil wir sie bereits vorher kaputtmachen?

(Beifall)

Und wie kommen wir denn eigentlich auf die Idee, ein Paritätsmodell, das die Pattsituation nach dem Verfahren der Montanmitbestimmung löst und das bisher der Deutsche Gewerkschaftsbund unangefochten als Modell einer paritätischen Mitbestimmung akzeptiert hat, plötzlich als Nicht-Paritätsmodell in Frage zu stellen?

Ich kann in dieser Diskussion nur empfehlen - da greife ich etwas auf, was Norbert Blüm völlig zurecht in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt hat -, bei dieser Entscheidung darauf zu achten, daß unsere Leute in den Betrieben mit dem Modell, das wir hier verabschieden, arbeiten und bestehen können. Ich kann nur davor warnen, unseren eigenen Leuten die Waffen durch diese heutige Diskussion von vornherein aus der Hand zu schlagen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen: Hans Katzer hat den Satz gesagt, wir müßten es den Arbeitern möglich machen, uns wieder zu wählen. Meine Damen und Herren, das ist völlig richtig. Nur, das ist eine Aussage, die mich andernorts und in einem anderen

Zusammenhang natürlich auch ab und zu einmal erregt, und zwar aus einem ganz anderen Grunde, deswegen nämlich, weil wir uns in einem Lande befinden, das ganz zweifellos, Schweden und alle möglichen Industrieländer inbegriffen, mit weitem Abstand den größten sozialpolitischen Fortschritt zu verzeichnen hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Lande geben wir pro Jahr über 220 Milliarden DM für Sozialleistungen aus, die Leistungen der Länder und Gemeinden nicht inbegriffen. Wir haben in diesem Lande das am besten ausgebaute System der sozialen Sicherung. Das ist doch nicht das Ergebnis des Jahres 3 oder 4 der Regierung Brandt/Scheel, sondern das Ergebnis der Sozial- und Gesellschaftspolitik der Christlich Demokratischen Union seit 1949!

Ich zähle nur das auf, was mir gerade einfällt: Betriebsverfassungsgesetz, Bundesversorgungsgesetz, Rentenreform, Familienlastenausgleich, Arbeiterkrankheitssicherungsgesetz, Bundessozialhilfegesetz, Jugendwohlfahrtsgesetz, Wohngeld, Arbeitsförderungsgesetz, Vermögensbildung, Ausbildungsförderungsgesetz. All diese Maßnahmen haben das sozialpolitische Bild Nachkriegsdeutschland geprägt, und das sind Erfolge der Christlich Demokratischen Union und Erlolge von Hans Katzer.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, den sozialpolitischen Fortschritt, den sozialpolitischen Druck und die sozialpolitische Perspektive müssen wir zweifellos, auch aufbauend auf dieser gesellschaftspolitischen Leistung, heute durch ein Modell der Mitbestimmung beweisen. Aber, meine Damen und Herren, das ist meine feste Überzeugung: Das, was der Bundesvorstand heute als Modell der Parität vorgestellt hat, ist eine konsequente Fortsetzung dieses sozialpolitischen Fortschritts im Rahmen der Volkspartei Christlich Demokratische Union.

(Lebhafter Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinrich Geissler, für Ihren Beitrag. Ich gebe jetzt dem stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden, Herrn Dr. Stoltenberg, das Wort.

(Beifall)

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich zu den kontroversen Fragen spreche, nur ganz kurz meine Zustimmung zu einigen wichtigen Eingangsbemerkungen sowohl von Kurt Biedenkopf wie von Hans Katzer unterstreichen, die nicht verloren gehen sollten.

Die hier zugrunde liegende Vorlage des Bundesvorstandes ist von beiden zu recht als ein wesentlicher sachlicher Fortschritt in der Meinungsbildung der Union seit Berlin und Düsseldorf bezeichnet worden, und dies gilt ungeachtet der kontroversen Punkte, die es unter uns nach wie vor gibt.

(Teilweise Beifall)

Wir haben mehr Einvernehmen als damals, nicht nur in den Grundsätzen, sondern auch in einigen wichtigen Einzelfragen. Diese Veränderungen sind das Ergebnis einer intensiven Diskussion unter uns und, wie ich hier noch einmal sagen möchte, nicht zuletzt des Engagements unserer Freunde der Sozialausschüsse. Dies sollten wir nicht nur hier sagen, etwa aus Höflichkeit und Freundlichkeit, sondern dies sollten wir auch nach außen sichtbar machen, unabhängig davon, wie die Abstimmung in der kontroversen Frage ausgeht.

(Beifall)

Ich darf unserem Freund Wissmann, dem ich sonst zu seiner ausgezeichneten Rede als früherer Bundesvorsitzender der Jungen Union gratulieren möchte, in einem Punkte widersprechen: Es ist nicht schlecht, daß viele, die noch in Düsseldorf für ein Modell 7 zu 5 gesprochen und gestimmt haben, heute diesen Schritt auf die Parität hin gehen, weil es deutlich macht, daß Diskussion unter uns, Diskussion auch außerhalb dieser Partei im Bereich der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Kräfte seine Wirkungen auf uns als große Volkspartei hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es bleibt aber ein deutlicher Unterschied, bezogen auf Punkt IV der Vorstandsvorlage und den Alternativantrag der Sozialausschüsse und der Jungen Union. In dieser nun vorgegebenen Alternative möchte ich nicht nur für mich persönlich, sondern auch für die große Mehrzahl der Delegierten meines Landesverbandes für den Vorschlag des Bundesvorstandes in seiner neuen und verbesserten Fassung sprechen: Nicht nur da, wo wir übereinstimmen - in den Punkten I und II -, sondern auch da, wo wir abzustimmen haben.

Lassen Sie mich wenige Sätze zu dem Thema "Neues Unternehmensrecht" anfügen. Ich bin mit den Grundsätzen einverstanden, möchte hier aber noch einmal ganz klar unterstreichen, daß es eine große und anspruchsvolle Aufgabe ist, die wir uns damit vornehmen. Es wird das Engagement der Besten unter uns, des optimalen Sachverständes bedürfen, dieses Problem des Unternehmensrechts zu lösen.

Lassen Sie mich ein zweites sagen, das bisher nur angedeutet wurde. Wir können die Frage der Neugestaltung des Unternehmensrechts in Deutschland nicht mehr ohne Einbeziehung der europäischen Notwendigkeiten und Zielsetzungen der Schaffung eines Gesellschaftsrechts in den Europäischen Gemeinschaften behandeln.

(Beifall)

Dieser Punkt der Schaffung eines europäischen Gesellschaftsrechts gehörte schon unter Walter Hallstein in Brüssel, unter Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler zu den wichtigsten Aufgaben, die wir uns in der Europapolitik vorgenommen haben. Wir alle wissen, daß wir die Ziele der inneren Festigung und Erweiterung der Gemeinschaft, die so vordringlich gewordene Aufgabe, auch durch die Vorgänge der letzten Monate, nicht erreichen können, wenn wir nicht zu einem europäischen Gesellschaftsrecht gelangen, durch das Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit erst in vollem Umfang verwirklicht werden können.

Dieser Hinweis auf die europäischen Zusammenhänge kann nicht als ein taktisches Argument gemeint sein, die notwendige Diskussion zu verschleppen oder zu komplizieren, er macht aber klar, wie groß die Aufgabe ist, die wir uns gestellt haben, wenn wir unsere Grundsätze nicht nur in die nationale, sondern auch in die europäische Diskussion fruchtbar und erfolgreich einbringen wollen. Hier muß die Union als die Partei der europäischen Einigung und des Fortschritts an der Spitze der Diskussion sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht jetzt um die konkrete Gestaltung der zur Entscheidung anstehenden Lösung, es geht um die schwierige Aufgabe, wie unser Generalsekretär eingangs gesagt hat, Parität einerseits und Handlungsfähigkeit der Unternehme andererseits in Übereinstimmung zu bringen. Eine Antwort hierauf ist unvermeidlich, nicht für den Regelfall, in dem die Einigung erfolgt, sondern für den denkbaren Konfliktfall, weil wir die gesetzlichen Bestimmungen nicht auf den Regelfall des Einvernehmens, sondern auf die nicht auszuschließende Möglichkeit des Konflikts abzustellen haben.

Hier gibt es, wie deutlich geworden ist, jene zwei Möglichkeiten der Auflösung durch eine sogenannte dritte Bank oder der Auflösung im paritätischen Aufsichtsrat selbst durch Sonderbestimmungen. Die Gespräche über eine sogenannte dritte Bank haben, das muß man heute sagen, zu keiner mehrheitsfähigen und tragfähigen Konzeption geführt. Ich muß hier offen gestehen, daß mir der jetzt im letzten Augenblick eingebrachte Vorschlag, die Antwort in der Übernahme der Montanlösung des elften Mannes zu suchen, nicht überzeugend zu sein scheint.

Meine Damen und Herren, deshalb ist, wie ich glaube, der Weg der Vorstandsvorlage, in der verbesserten und erweiterten Form die Auflösung im Aufsichtsrat zu suchen, der richtige.

Nun ist hier vollkommen zu Recht von verschiedenen unserer Freunde in Verbindung mit dieser Diskussion die Grundsatzfrage der künftigen Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Wirtschaft behandelt worden. Ich glaube, wir müssen hier ganz deutlich sehen, daß es drei Bereiche gibt, in denen sich die Wirksamkeit der Arbeitnehmer und ihrer Repräsentanten in Zukunft entfalten wird, einmal die Arbeitnehmer weiterhin als Tarifpartner mit den Rechten des Betriebsverfassungsgesetzes, zum zweiten die Arbeitnehmer auf der Grundlage unserer Konzeption zur Vermögensbildung in zunehmendem Maße als Anteilseigner, die auch ihre Repräsentanten auf der Seite der Anteilseigner haben werden und haben sollen, und zum dritten die Arbeitnehmer und ihre Vertreter in den Organen des Unternehmens selbst auf Grund eines direkten Mandats im Rahmen einer erweiterten Mitbestimmung.

Ich glaube, diese erweiterte Perspektive in alle drei Bereiche hinein ist notwendig, wenn wir über wirkliche Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit und über das Thema der Parität in einem vertieften Sinne nicht nur im Hinblick auf den Aufsichtsrat sprechen wollen.

(Beifall)

Ich stimme unserem Freund Norbert Blüm zu, daß es eine der großen Fragen unserer Zeit ist: Partnerschaft oder Klassen-

kampf. Aber, meine Freunde, das ist nicht die Entscheidung, die mit der heute zur Abstimmung stehenden Alternative fällt.

(Beifall)

Wir alle gehen von der Partnerschaft aus, und die einzige Frage ist, in welcher Weise wir sie am wirksamsten organisieren, so daß echte Partnerschaft möglich wird, und daß wir gleichzeitig handlungsfähige Unternehmen haben. Aber deshalb ist es so wichtig, daß wir zu einem überzeugenden Wahlverfahren kommen, deshalb ist es so bedeutsam, daß es zu Garantien für die Minderheiten innerhalb der Arbeitnehmerschaft kommt. Sie ist kein geschlossener Block, weder in ideologischer Hinsicht noch in klassenmäßiger Hinsicht. Sie hat auch soziologisch zunehmende Differenzierungen, die in ihrer Repräsentation und ihrem Eigenverständnis zum Ausdruck kommen. Ich glaube, daß auch dies in diesem Zusammenhang von uns allen gesehen werden sollte.

Weil dies so ist, lassen Sie mich dies als letztes sagen: Mit der hier anstehenden Entscheidung und ihren künftigen Auswirkungen und Möglichkeiten wird die Frage der Zukunft unserer Gewerkschaftsbewegung so wichtig. Ich unterschreibe, was hier gesagt wurde, daß wir uns gerade in der Aufarbeitung des vergangenen Jahres nachdrücklicher und intensiver um den Dialog mit den Gewerkschaften zu bemühen haben, nicht nur den Dialog mit ihnen, sondern auch die Mitarbeit in ihren Reihen. Ich kann sagen, daß wir hier trotz aller Schwierigkeiten ein Stück vorangekommen sind.

Ich glaube aber, daß es auch an der Zeit ist, insbesondere für die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in eine eigene kritische Selbstprüfung unter verschiedenen Gesichtspunkten einzutreten,

(Beifall)

auch im Hinblick auf die Frage, ob es richtig war, die Bindung der DGB-Führung an eine Partei so stark auszuprägen, daß man den flaschen Parolen über Stabilität und Inflation gefolgt ist, aus Loyalität gegenüber einer Partei, die eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben hat, deren Kosten jetzt die Arbeitnehmer bezahlen müssen.

(Allseitiger Beifall)

Meine Freunde, langfristig ist aber die Frage noch bedeutsamer, wie die Führung der großen Gewerkschaften der zunehmenden Herausforderung der radikalen Linken in den eigenen Reihen begegnen will und ob sie darauf verzichten kann, weiterhin die Arbeitnehmer der großen Volkspartei der CDU/CSU als wirklich gleichberechtigte Partner und Mitarbeiter in den eigenen Reihen zu akzeptieren, wie es weithin noch in Deutschland geschieht.

(Beifall)

Ich glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch die grundsätzliche Frage der künftigen Stellung der Gewerkschaften als Repräsentanten aller soziologischen und politischen Überzeu-

gungen in der Arbeitnehmerschaft unmittelbar mit dem Funktionieren und dem Zusammenwirken einer neuen Mitbestimmungslösung verbunden ist.

Ich möchte noch einmal unterstreichen: Auch wenn wir nun in einem entscheidenden Punkt, was ich im Grunde bedauere, zu einer kontroversen Abstimmung kommen müssen, haben wir das Ziel und die Verpflichtung, unter Aufrechterhaltung eigener Überzeugungen und Respektierung unterschiedlicher Standpunkte in Einzelfragen jedermann klarzumachen, daß wir hier einen großen Schritt vorangehen, daß es ein großes Angebot an die Arbeitnehmer und ihre Repräsentanten ist, diese Möglichkeiten zu nutzen, und daß wir bereit sind, damit in Deutschland ein Stück Sozialreform zu verwirklichen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagspräsident: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Stoltenberg, Ich erteile das Wort nunmehr Konrad Grundmann vom Landesverband Rheinland.

(Beifall)

Konrad Grundmann: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich will nicht noch einmal etwas bestätigen, was in dieser Diskussion wiederholt gesagt wurde, und, wie ich meine, eigentlich immer Gemeingut war, nämlich daß auch wir glauben, daß sich die Grundlage der sozialen Sicherung nicht allein von der Mitbestimmungsfrage herleitet. Daß keiner von uns - die meisten von uns sind seit langen Jahren oder Jahrzehnten in dieser Partei - dies bestreiten würde, ist schon eine Frage der Selbstachtung.

In der Diskussion sind ein paar Fragen angesprochen worden, über die wir, wie mir scheint, in der jetzt folgenden Diskussion miteinander Klärung herbeiführen müssen. Dies will ich tun.

Herr Dr. Stoltenberg und hochverehrter Ministerpräsident - beides sind Sie für mich -, natürlich gibt es den Zusammenhang des ganzheitlichen Denkens der Parität und des Ausgleichs im Unternehmen. Aber es ist doch unbestreitbar und war auch für uns immer unbestreitbar, daß die Frage der Mitbestimmung in Großunternehmen ein sehr bedeutsamer Teil der Gesamtverantwortung dieses Ausgleichs ist. Das sollten wir schon deswegen sagen, weil es hier nicht nur um Momentaufnahmen, sondern ein wenig auch um Urheberrechte geht. Denn, meine Freunde, die Mitbestimmung ist nicht eine Ausgeburt sozialdemokratischen Denkens, sondern Männer wie Karl Arnold haben sie zur Grundlage der gesellschaftspolitischen Diskussion gemacht.

(Beifall)

Wenn wir also bis heute darum ringen, wie die Mitbestimmung ausgestaltet werden soll, möchte ich sofort eine Bemerkung auf das Zischen machen, das von der einen oder anderen Seite kam, als davon gesprochen wurde, daß man darüber weiter nachdenken müßte. Ja, meine Damen und Herren und meine Freunde, glauben Sie denn, daß es jemals einen Abschluß in der Frage der Inhalte der gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung einschließlich der Mitbestimmung geben könnte? Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes mit dem

Auftrag, eine Kommission einzurichten, die über die Inhalte eines veränderten Unternehmensrechts nachdenkt, bedeutet doch gar nichts anderes als die Fortsetzung dieser Diskussion, wenn es auch ein eingetragener Auftrag ist.

Ich will etwas zweites zum Kollegen Geissler sagen. Herr Kollege Geissler, wenn wir davon ausgehen - und ich würde dies auch tun -, daß beide Vorschläge im Endeffekt das Montanverfahren mit der Letztentscheidung durch die Hauptversammlung bedeuten, würde ich allerdings im Gegensatz zu Ihnen daraus einen Umkehrschluß ziehen. Ich würde sagen: Wenn dies so ist, dann weiß ich nicht, warum Sie ein so kompliziertes Verfahren nehmen wollen, wie es der Bundesvorstand vorschlägt. Dann würde ich doch ein bewährtes Verfahren der Montanmitbestimmung so lange mit dieser Konsequenz nehmen, bis im Unternehmensrecht eine Weiterentwicklung, wie wir sie wollen, vollzogen ist. Ich verweise da auf Ziffer 3.

(Beifall)

Herr Professor Biedenkopf, Sie haben an einer Stelle gesagt, Sie wünschten deswegen, daß die letzten Absätze des Einigungszwangs so gestaltet würden, wie es im Vorstandsmodell steht, weil Sie mit der Festlegung, daß sich die Hauptversammlung dann mit diesen Fragen befaßt, wenn man im Aufsichtsrat nicht zu einer Entscheidung kommt, auch eine entsprechende - ich will es so sagen - Öffentlichkeitswirkung erreichen.

Dazu würde ich sagen, daß das richtig ist. Aber dann kann es nicht richtig sein, was Sie im gleichen Zusammenhang dazu gesagt haben, daß nämlich der Vorschlag der CDA, ein sogenanntes weiteres Mitglied oder, wenn Sie so wollen, vereinfacht ausgedrückt, einen neutralen Mann zu nehmen, von Ihnen deswegen nicht aufgegriffen werde, weil er die Möglichkeit lasse, im Fall, wenn es keine wirksame Entscheidung gebe, für eine Blockierung der Aufgaben im Aufsichtsrat und seiner Entscheidungsverantwortung Sorge zu tragen. Meine Damen und Herren, der Vorsitzende - darüber gibt es keinen Zweifel - steht doch auch als neutrale Person - das ist im Montanbereich nie anders gewesen - natürlich auch in dem Zwang, daß in dem Augenblick, wo er dieses Verfahren vollzöge, eine Entscheidung wirksam würde bis hin zu Berichterstattung in der Hauptversammlung. Das würde für ihn bedeuten, daß er auf Dauer für eine solche Funktion gar nicht tragfähig wäre.

Ich will weiter etwas hinzufügen, und zwar in Ergänzung zu Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident; denn ich glaube, es ist richtig, was Sie gesagt haben. Auch die Gewerkschaften sind ein Adressat dieser Diskussion. Ich will es allerdings noch anders sagen als Sie.

Sie werden wahrscheinlich, wie auch immer, eine sehr kritische Bewertung unseres Beschlusses vornehmen und damit - das ist Ihr gutes Recht - gleichzeitig festhalten, daß man doch eigentlich Besseres hätte tun sollen. Hier denke ich wieder an Karl Arnold. Wenn er vor unserer Partei und mit den Gewerkschaften über Mitbestimmungsmodelle, wie auch immer, diskutierte, koppelte er das jeweils mit der Frage, die wir bei Gott, meine Damen und Herren, in einer solchen Diskussion nicht übersehen sollten. Er koppelte es nämlich mit der Frage, in welcher Form, in welcher Zahl und in welcher Qualität die Vertreter der Christlich-Sozialen als Mitträger der Gewerkschaftsbewegung in funktionsfähigen Mitbe-

stimmungsplänen ihre Plätze garantiert und erhalten bekommen sollten. Darum sollten wir dies hier sagen.

Meine Freunde, die wir über Mitbestimmung reden, wir sollten allerdings auch dies meinen: daß der gegenseitige Bewertungsmaßstab, dem wir uns unterwerfen - die Gewerkschaften gegenüber uns und wir gegenüber den Gewerkschaften -, nicht nur von dem Inhalt der Modelle, sondern auch von der Frage geprägt ist, wie die personelle Ausgestaltung der Mitbestimmung in den nächsten Jahren vollzogen wird. Dies wird dann eine besondere Aufgabe der Bildungsarbeit der CDA sein. Weil sie hier die personelle Ausstattung stellen muß, ist auch ein Anspruch darin begründet, daß sie hier und heute ihre Vorschläge noch einmal zur Diskussion stellt.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Parteitagepräsident: Vielen Dank, Herr Konrad Grundmann. Ich erteile das Wort jetzt Herrn Philipp von Bismarck.

Philipp von Bismarck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl es hier schon gesagt worden ist, möchte ich es, weil es die Hauptsache ist, wiederholen: Wir haben mit unserer Entscheidung ein neues Unternehmensrecht zu schaffen, indem wir von dem Wandel ein ganz bestimmtes Stück für uns in Anspruch nehmen, nämlich aus dem Arbeitnehmer den mitarbeitenden Anteilseigner zu machen. Diesen Entschluß haben wir gefaßt.

Wir werden ihn sicherlich mit übergroßer Mehrheit bestätigen. Das ist der erste Spiegelsatz in II der Vorstandsvorlage.

Aber, liebe Freunde, was wir jetzt auch tun müssen - das erfordert nun wiederum den Mut, von dem Herr Blüm schon gesprochen hat -: Wir müssen doch unser Verständnis des Wortes Parität untereinander diskutierten. Herr Blüm hat einmal gesagt, wir müßten durch das Tor der Parität. Richtig. Aber wenn wir einmal drin sind, können wir doch nicht aufhören zu denken, sondern wir müssen anfangen, darüber nachzudenken, was das für uns bedeutet. Denn für uns, die Christlich Demokratische Union, muß doch das Wort Parität seinen christlichen Ursprung behalten, aus dem es kommt, nämlich die Gleichberechtigung der Konfessionen. Das war seine erste politische Bedeutung, d.h. die Gleichberechtigung der Ungleichen. Das ist die vertikale Dimension des Christen und nicht die horizontale des Marxisten.

Es geht also darum, nicht zu übersehen, daß wir untereinander noch gar nicht wirklich begonnen haben, den christlichen Sinn und Inhalt des Wortes Parität miteinander zu buchstabieren. Wir dürfen doch die Augen nicht davor verschließen, daß es andere gibt, die das gleiche Wort benutzen und damit etwas gänzlich anderes meinen als wir.

(Beifall)

Wir haben uns des weiteren entschlossen - auch das steht in der Ziffer II -, das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft in das Unternehmensrecht und in alle Überlegungen, die wir anstellen, einzubeziehen und zusammenzubinden mit dem anderen, was das Wort Parität aus christlichem Verständnis aussagt. Aber auch dies,

liebe Freunde, haben wir noch nicht zu Ende gedacht. Wir müssen auch darüber diskutieren.

Vorstände und Führung der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrats haben in dem Düsseldorfer Programm zusammen den Satz gefunden und hineingeschrieben:

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschafts-politisches Programm für alle.

Aber, liebe Freunde, was wir mit diesem Satz nicht tun dürfen, ist, daß die eine Seite für sich in Anspruch nimmt, die alleinige Kompetenz der Auslegung zu besitzen, weder für Soziale Marktwirtschaft noch für Parität. Denn damit würden wir genau das Prinzip, was wir fordern - die Partnerschaft -, für uns leugnen.

Wir müssen annehmen, was andere denken, und wir müssen uns mit ihnen zusammen zu einer politischen Lösung durchringen, die wir überall vertreten können. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als wollten wir die anderen, die andere Auslegungen für richtig halten, in den Stand politischer Ketzerei versetzen.

Nun meine ich, daß wir jetzt einen Weg sehen, der hinter uns liegt, der ein Weg der Annäherung war. Hans Katzer hat das vorsichtig angedeutet, unser Freund Köppler hat es deutlicher gesagt. Ich meine, wir dürfen unter uns als Christen nicht den Fehler machen, diesen Weg zu leugnen. Wir verlören den wesentlichsten Ertrag dieses Parteitages, wenn wir uns das nicht gegenseitig zu bezeugen bereit wären.

Wir haben uns entschlossen, den Weg zum neuen Unternehmensrecht zu gehen. Aber wenn wir jetzt als erstes sagen, das, was der Bundesvorstand in diese Vorlage hineingeschrieben hat, daß wir das nämlich auf dem Boden der Parität tun wollen, ist gar keine Parität, sondern eine Parität mit doppeltem Boden - oder was immer gesagt werden mag -, dann, liebe Freunde, haben wir die Basis, auf die wir das neue Unternehmensrecht gemeinsam stellen wollen, bereits auf diesem Parteitag wieder zerstört.

(Beifall)

Ich möchte in meinem Beitrag um nichts weiter bitten, als daß wir in allen zukünftigen Beiträgen davon absehen, daß eine Seite der anderen Seite mangelnde Ernsthaftigkeit unterstellt. Hier ist ein Weg gegangen, auf dem wir uns seit 20 Jahren immer wieder gefunden haben, und hier werden wir uns auch finden, wenn wir diesen Parteitag mit dem Bekenntnis verlassen, daß wir aufeinander zugegangen sind und daß wir beieinander bleiben wollen. Dann hat unser Entschluß, das neue Unternehmensrecht auf dem Boden der christlichen Parität zu suchen, dazu geführt, daß wir einen großen Parteitag verlassen können, daß wir überzeugen können.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Bismarck.

Ich erteile nunmehr das Wort Adolf Müller, Remscheid, Vorstandsmitglied der CDA.

Adolf Müller (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine kleine Vorbemerkung in dieser Diskussion. Die Diskussion der letzten Monate um die Mitbestimmung hat einer Fieberkurve geglichen. Es wurden Punkte gesammelt. Es wurden Punkte verloren, und die Ligatabelle - die Vielzahl der Modelle - war ständig in Bewegung. In dem Kampf um die Punkte hätte allerdings auch manch einem die gelbe Karte gezeigt werden müssen. Aber sogar auch mancher Zuschauer hätte vielleicht Platzverweis haben müssen.

Ich meine hier das sehr böse Wort der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von den Klerikalsozialisten. Sozialisten als Negativbezeichnung für die christlich-sozialen Arbeitnehmer, die aus dem Geist der Partnerschaft angetreten sind, war schon schlimm. Sozialistisch aber kombiniert mit klerikal nun, das mußte ja jedem rechtschaffenen CDU-Mann unter die Haut gehen. Aber dieses Bild grober Unfairneß ist ein Zerrbild der Christlich-Sozialen. Wir wehren uns gegen Zerrbilder, und, Herr von Bismarck, wir wehren uns auch gegen Zerrbilder, die über die Unternehmer ausgestreut werden.

(Beifall)

Wenn ich den Herrn Parteivorsitzenden richtig verstanden habe, dann möchte er diese Diskussion um die Mitbestimmung so positiv abschließen, daß eine Regelung gefunden wird, die von einer breiten Mehrheit der Partei getragen wird. Herr Parteivorsitzender, die Vorstandsvorlage kann hierzu grundsätzlich die Grundlage trotz aller Bedenken bilden, wenn wir uns weiter aufeinander zubewegen.

Wie ein Alptraum ist in der ganzen Mitbestimmungsdiskussion die Auflösung des Patts immer wieder hervorgebrochen; wie ein Alptraum, obwohl das in der Praxis in der Mitbestimmung in der Montanindustrie kaum eine Rolle gespielt hat. Der Bundesvorstand will die Auflösung des Patts, indem er dem Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Vorstandsbestellung zwei Stimmen gibt. Über einen Arbeits- oder Sozialdirektor wird nichts gesagt. Ich muß annehmen, daß deswegen auch bei der Bestellung dieses Direktors der Aufsichtsratsvorsitzende mit seinen beiden Stimmen den Ausschlag gibt.

Was nun CDA und Junge Union in ihrem Änderungsantrag wollen, ist die Auflösung des Patts durch den neutralen Mann als dritte Bank, wie in der Montanindustrie, so wie wir das 1951 unter Konrad Adenauer in einer schwierigen Situation beschlossen haben. Meine Damen und Herren, nach meiner Auffassung ist die Vorlage des Bundesvorstandes keine Parität, und sie verhärtet die Fronten. Der Kompromißvorschlag CDA/Junge Union löst aber das Patt auf und setzt alle Gruppen der Partei in die Lage, draußen die Diskussion offensiv zu führen.

Wir müssen diese Diskussion offensiv führen. Wir müssen in der jungen Generation, in der Arbeitnehmerschaft Mißtrauen abbauen. Das können wir mit der Vorstandsvorlage, so wie sie jetzt aussieht, nicht. Es genügt nicht, wenn man zwar die gleiche Zahl von Anteilseignern und Arbeitnehmern vorsieht, in entscheidenden Fragen aber einer gleicher ist und die Gleichgewichtigkeit somit wieder aufgelöst wird.

(Beifall)

Es ist einfacher, überzeugender und politisch richtiger, nicht einen unter gleichen mit Doppelstimmrecht auszustatten, sondern das befürchtete Patt durch einen neutralen Mann auszuschließen.

Meine Damen und Herren, die Arbeitnehmerschaft in diesem Staat und in dieser Gesellschaft will mit Verantwortung tragen. Wir wollen aus dieser Haltung heraus auch in der Wirtschaft Verantwortung übernehmen. Wir lehnen uns auch dagegen auf, daß man sagt, nur die anderen seien Köpfe und könnten Verantwortung tragen. Allen denjenigen, die die Ordnung beschwören, möchte ich sagen: Wir wollen keine Systemveränderung. Mitbestimmung wird immer nur innerhalb der gesamten Ordnung, nicht aber gegen diese Ordnung wirksam sein können. Ich befürchte aber, daß dann, wenn es uns nicht gelingt, das Wollen der Arbeitnehmerschaft nach Mittragen der Verantwortung, nach Mittragen in der Parität zu verankern, diejenigen, die die verantwortliche Mitwirkung der Arbeitnehmer heute ablehnen, eines Tages böse erwachen könnten, weil dann andere Kräfte in der Arbeitnehmerschaft mit einer Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit nicht mehr zufrieden sein könnten. Wenn revolutionäre Kräfte innerhalb der Arbeitnehmerschaft die Oberhand gewinnen, Kräfte, denen Freiheit und Ordnung, wie wir als christliche Demokraten sie verstehen, nichts bedeuten, wenn diese Kräfte radikalen Parolen folgen, wird man sich, glaube ich, mit etwas Wehmut der vernünftigen Ideen der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf gleichberechtigtes Zusammenwirken von Kapital und Arbeit in der Wirtschaft erinnern. Es geht uns darum, daß unsere Politik von den Arbeitnehmerwählern als glaubwürdig angesehen und anerkannt wird. Uns geht es nicht um ein bedingungsloses Anpassen an Linke, sonstige Modernisten oder auch an den oft beschworenen Zeitgeist. Man kann aber nicht ohne Schaden für die Mehrheit, die man braucht, über die Köpfe der betroffenen Arbeitnehmerschaft hinweg, Politik machen. Meine Damen und Herren, eine Handvoll Vorzeige-Sopos auf sozialpolitischer Spielwiese genügt hier nicht. Dazu gehört vielmehr die überzeugende Tat. Die Probleme in der Arbeitswelt machen nicht wir; sie sind da und müssen gelöst werden. Wir müssen andere und bessere Antworten geben als die Sozialisten. Unsere Antwort ist das Prinzip der Partnerschaft, ist die offene, solidarische Gesellschaft. Nicht an unseren Absichten, sondern an unseren Taten wird man uns messen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, bei der Abstimmung nachher dem vorliegenden Änderungsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Müller!

Ich gebe jetzt dem Mitglied des Präsidiums, Ministerpräsident Filbinger das Wort.

Dr. Hans Filbinger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte über die Mitbestimmung ist noch nicht zu Ende, aber ein Ergebnis können wir jetzt schon feststellen: Die CDU wird sich über die Frage der Mitbestimmung nicht zerstreiten, wie das unsere Gegner inbrünstig gewünscht haben.

(Beifall)

Während in der bisherigen Diskussion, die ja über Wochen und Monate gegangen ist, die Gegensätze stark, meines Erachtens zu stark herausgekommen sind, wurde auf diesem Parteitag jetzt endlich erreicht, daß man das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt. Man macht dabei eine geradezu überraschende Feststellung: Diese Gemeinsamkeit ist außerordentlich groß, viel größer, als das bisher in der öffentlichen Diskussion in Erscheinung getreten ist.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich meine, wir sollten daraus Konsequenzen ziehen. Wir sollten prüfen, ob es sich angesichts dieser gemeinsamen Basis, die wir im Grundsätzlichen bereits haben, nicht verlohnt, in der Abstimmung diese Gemeinsamkeit auch in einer überwältigenden Mehrheit zu dokumentieren.

(Beifall)

Der Wille dieses Parteitages im Hinblick auf eine solche Zusammenfassung, der Wille zur Geschlossenheit ist übermächtig zum Ausdruck gekommen. Wir dürfen ja nicht nur auf uns, auf die Delegierten sehen. Wir müssen auch das ganze Volk der CDU draußen in Stadt und Land, die Bürger, die uns gewählt haben und uns in Zukunft wieder wählen wollen, sehen.

(Beifall)

Wir haben von Ihnen den Auftrag, dafür zu sorgen, daß die CDU auch in der Mitbestimmungsfrage nach Möglichkeit mit einer Stimme spricht, denn dies ist die Voraussetzung für ein Bestehen in der kämpferischen Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern. Was wir hier in mühsamer Grundsatzarbeit tun, soll uns doch letzten Endes gar nichts anderes geben, als die Instrumente für die Auseinandersetzung mit den Gegnern. Es soll uns bei den kommenden Wahlen in der Bundesrepublik wieder zum Sieg verhelfen.

(Zustimmung)

Meine Freunde, es sind nur zwei Punkte, in denen die Auffassungen noch unterschiedlich sind. Wenn wir diese Punkte genau anschauen, löst sich die Differenz bei gutem Willen meines Erachtens auf: Der erste Punkt ist die Handlungsermächtigung des Vorstandes, wie sie in Abschnitt IV, Ziff.4, niedergelegt worden ist. Mit Bezug darauf hat der Sprecher der Sozialausschüsse bei der Begründung vorhin gesagt, der Vorstand müsse angesichts dieser Handlungsermächtigung geradezu daran interessiert sein, daß die beiden Gruppen im Aufsichtsrat nicht zu einer Einheit kommen, weil er dann ja die Möglichkeit habe, alles allein zu machen.

Meine Damen und Herren, das ist ganz zweifellos eine Schlußfolgerung, die einer gewissen formalen Richtigkeit nicht entbehrt. Es ist aber, wie gesagt, nur eine formale Richtigkeit. Wenn wir uns die Praxis anschauen, sieht die Welt doch völlig anders aus. Jeder, der einmal in ein Unternehmen hineingeschaut hat, weiß, was demjenigen passiert, der ohne die Zustimmung derer, die es letzten Endes angeht, die zu seiner Kontrolle berufen sind, etwas in die Welt setzt, was nachher möglicherweise scheitert. Stellen wir uns doch einmal vor, daß sich ein Vorstand dazu

durchringt, wichtige zustimmungsbedürftige Geschäfte - etwa eine wichtige Kapitalerhöhung oder die Stilllegung eines Unternehmens- teils oder Investitionen auf der Grundlage hoher Kredite - ohne die Zustimmung des Aufsichtsrates vorzunehmen. Was passiert die- sem Mann? Er muß zunächst einmal alles in den Geschäftsbüchern offenlegen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß die Publizität einen starken Zwang zur Selbstkontrolle und auch zur Einigung auf den Aufsichtsrat ausübt, aber gleichzeitig doch auch eine sehr starke Bremse für leichtfertig sich gebärdende Organmit- glieder des Vorstandes darstellt. Diese Mitglieder wissen doch, daß sie dann, wenn sie ohne Zustimmung der anderen etwas unter- nehmen, was dann schiefgeht, Kopf und Kragen dabei riskieren. Meine Damen und Herren, das ist die sicherste Widerlegung der Sorge, die der Vertreter der Sozialausschüsse in dieser Rich- tung ausgesprochen hat. Meine lieben Parteifreunde, im Grund- satz haben ja auch die Sozialausschüsse in ihrer Lösung etwas ähnliches vorgesehen. Die Sozialausschüsse haben doch auch dem Vorstand die Handlungsfähigkeit gegeben, und zwar im Unterneh- mensrat.

Aber, meine Damen und Herren, an der grundsätzlichen Ermächtigung für diejenigen, die zur Handlung berufen sind, weil das ihrer Stellung entspricht und ihre Aufgabe ist, ändert sich dadurch doch gar nichts. Ich meine also, die Differenz bestünde im Grundsatz überhaupt nicht zu den Sozialausschüssen und der Jungen Union; man könnte sich hier auf die gemeinsame Basis begeben, wenn man berück- sichtigt, daß der Unternehmensrat jetzt noch nicht mit unserem Aktienrecht vereinbar ist.

Nun wird gesagt, wir könnten den Gesetzgeber mit einer Weisung ver- sehen. Ja, man kann sehr wohl den Mut zur Gesetzgebung haben, aber doch erst dann, wenn die Dinge zur Neufassung von Gesetzen reif sind. Hier handelt es sich nicht nur um eine Korrektur des Aktien- gesetzes, unseres geltenden Gesellschaftsrechtes in diesen oder jenen Randteilen, sondern hier geht es um zentrale Einrichtungen. Das Zusammenwirken von Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung stellt einen Kontroll- und Gleichgewichtsmechanismus dar. Wenn man daran rührt, legt man eben die Axt an die Wurzel des Gesellschafts- rechts, das wir zur Zeit haben. Ich meine also, die Erkenntnis dieser Tatsache sollte uns eine Brücke bieten.

Dann ein Zweites. Das ist die berühmte Sache mit der Bestellung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Hier wird im Falle eines Patts Rückgriff genommen auf § 8 des Montanmodells nach dem Vorstands- modell. Die Hauptversammlung soll entscheiden. Aber auch die Sozial- ausschüsse wollen auf die Hauptversammlung Rückgriff nehmen; nur nehmen sie auch noch das Beiwerk in Kauf mit Vermittlungsausschuß, der mehrfach tagen kann und letztendlich noch dem Oberlandesgericht.

Wenn wir recht daran tun, die Hauptversammlung gemäß der Rechts- idee einzuschalten, die das Montangesetz vor 20 Jahren gehabt hat, dann haben wir doch noch lange keinen Grund, auch das Beiwerk zu übernehmen, das vor 20 Jahren für richtig gehalten worden ist, von dem wir aber heute wissen, daß es überflüssig ist und wir darauf verzichten können.

(Beifall)

Es ist nun von den Sozialausschüssen und der Jungen Union der Vor- schlag gemacht worden, man möge den elften Mann des Montanmodells

übernehmen. Da stelle ich die Frage: Was wird eigentlich dadurch gewonnen, wenn man das in ein Gesetz hineinschreibt? Ich stelle die Frage: Was wollen wir? Wir wollen Mitbestimmung für die Arbeitnehmer. Ich stelle die Frage hier: Wird etwas an Mitbestimmung qualitativer Art zugunsten der Arbeiter gewonnen, wenn den Stichtentscheid statt des Aufsichtsratsvorsitzenden ein neutraler elfter Mann gibt?

(Beifall)

Wenn man das ansieht, schrumpft, glaube ich, das zusammen, was uns hier noch trennt. Ich meine, wir könnten tatsächlich - ich wage das Wort - uns mit einer überwältigenden Mehrheit hinter das Modell stellen, das uns vom Vorstand vorgelegt worden ist.

Noch eines. Die Mitbestimmung, über die wir uns schon im Vorfeld dieses Parteitages leidenschaftlich auseinandergesetzt haben, und zwar mit heißem Bemühen und, wie sich zeigt, nicht ohne Erfolg, ist sehr wichtig. Aber noch wichtiger für uns alle, vor allem für den Arbeitnehmer, den es angeht, ist doch die Vermögensbildung, die wir heute vormittag verabschiedet haben.

(Beifall)

Wenn nun nach unserem Willen diese Vermögensbildung verwirklicht wird, bekommt der Arbeitnehmer doch Beteiligungsrechte an seinem Unternehmen, in dem er arbeitet, in die Hand, und er wird dadurch Mitbestimmungsrechte bekommen auf der Grundlage des Sozial-, des Gesellschaftsrechts, und er ist davon unabhängig, daß Mitbestimmung auch institutionell geschaffen wird. Wenn wir die Arbeitnehmer fragen, dann kommt es ihnen heute in aller-erster Linie darauf an, Vermögen in die Hand zu bekommen, über das sie frei verfügen können. Wenn wir ihnen das nach unserer Beschlußfassung heute vormittag geben, schaffen wir gleichzeitig die Überbrückung des Unterschiedes zwischen Kapital und Arbeit.

(Beifall)

Unsere Konzeption gilt für heute; aber sie ist eine Konzeption, die weit in die Zukunft hineinwirkt. In dieser Zukunft will die CDU mit ihrer ganzen Kraft erreichen, daß nicht nur das Vermögen weit gestreut wird, sondern überall hinkommt, wo man bereits in der Lage ist, Vermögen zu bilden, zu sparen und sich am Gesamtprozeß der Arbeitnehmer zu beteiligen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir können somit im Blick auf die künftige Entwicklung mit Sicherheit darauf zählen, daß die Vermögensbildung, wie es vorhin Biedenkopf mit Recht erklärt hat, der zweite Brückenpfeiler ist für die Überbrückung des Gegensatzes Kapital und Arbeit. Durch Mitbestimmung und Vermögensbildung schafft die CDU auch hier den dritten Weg, so wie es uns schon bei der Sozialen Marktwirtschaft gelungen ist, einen dritten Weg zu finden zwischen dem Staatsdirigismus auf der einen Seite und einem extremen Laissez faire eines unkontrollierten Kapitalismus auf der anderen Seite.

(Beifall)

Hier ist eine Konzeption, die zukunftsgerichtet ist. Hier ist eine Konzeption, die auf die Fragen unserer Zukunft bessere Antworten gibt, als das irgendeine andere Partei in deutschen Bundesländern vermag. Ich meine, meine Freunde, diese Konzeption wird um so glaubwürdiger, je überzeugender die Mehrheit ist, die hier auf diesem Parteitag hinter ihr steht. Ich meine, deshalb wollen wir den Versuch unternehmen, möglichst geschlossen für eine einheitliche Mitbestimmung zu stimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Filbinger!

Ich bitte jetzt Rudi Nickels, Westfalen-Lippe, das Wort zu nehmen. Nach ihm werde ich Egon Lampersbach aufrufen.

Rudi Nickels: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir so die Diskussion in der letzten Stunde betrachte, frage ich mich: Wo leben wir denn eigentlich? Wissen denn die Männer, die hier geredet haben, gar nicht, wie die Welt der Arbeit in Wirklichkeit aussieht? Lassen Sie mich deshalb einmal versuchen, nicht die theoretischen Dinge darzustellen - das können Herr Biedenkopf und Herr Katzer besser als ich -, sondern ein wenig aus meiner betrieblichen Erfahrung zu erzählen, der ich seit 25 Jahren in Organen der Betriebsverfassung als Jugendleiter, als Betriebsratsmitglied und später als Gewerkschaftler in einem mitbestimmten Unternehmen tätig bin.

Ich muß fragen: Warum bauen wir bei unserer Diskussion eigentlich den Popanz des Patts auf? Den gibt es doch gar nicht in der Praxis! Aber lassen Sie mich noch ein Schrittlchen zurückgehen, um von der Mitbestimmung zu sprechen. Da will ich gleich etwas zum Patt sagen. In einer für unser Land geschichtlichen Stunde haben uns zwei große Männer den Weg aufgezeigt, weg vom Klassenkampf, hin zur Partnerschaft, nämlich Konrad Adenauer und Hans Böckler, als sie damals sich in der großen, entscheidenden Stunde für die Mitbestimmung bei Kohle und Stahl einsetzten.

(Beifall)

Das war die Stunde, in der die Idee der Partnerschaft geboren wurde. Meine Damen und Herren, erinnern wir uns denn gar nicht daran, daß wir durch diese Tatsache, dadurch, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gezwungen waren, miteinander zu arbeiten, in der Bundesrepublik Deutschland einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung gehabt haben, daß wir das Land in der freien Welt mit den wenigsten Streiks und mit dem größten wirtschaftlichen Aufschwung sind, trotz Mitbestimmung; ich möchte sagen: gerade wegen der Mitbestimmung bei Kohle und Stahl?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir, die Christlichen Demokraten, haben das erste Mitbestimmungsgesetz gemacht. Wir haben dafür gesorgt, daß der Klassenkampf in unserem Lande bis heute tot ist. Deshalb bin ich davon überzeugt, daß wir auch in Zukunft nicht den Sozialisten die Diskussion über die Gestaltung unseres Unternehmensrechts und der Mitbestimmung überlassen dürfen, sondern wir müs-

sen die Nase vorne im Wind haben und versuchen, die Mitbestimmung und das Unternehmensrecht zu gestalten.

Lassen Sie mich doch bitte folgendes noch sagen. Ich bin seit 1960 in einem mitbestimmten Aufsichtsrat tätig, zunächst als einfaches Mitglied, und nun seit fast 13 Jahren als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Ich habe in diesen 13 Jahren im Aufsichtsrat noch nie eine Patt-Situation erlebt. Ich habe noch nie erlebt, daß wir den elften Mann gebraucht hätten, und ich habe noch nie erlebt, daß es eine Kampf Abstimmung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber gegeben hätte.

(Beifall)

Ich habe nur erlebt, daß beide Gruppen zum Wohle des Unternehmens alles getan haben. Lassen Sie mich auch dies noch sagen: Wer hat denn eigentlich mehr Interesse an einem gesunden Unternehmen, an einem Unternehmen mit wirtschaftlichem Fortschritt und mit Gewinn, als der Arbeitnehmer, der weiß: In einem gesunden Unternehmen ist für mich ein gesicherter Arbeitsplatz, und dort gibt es für meine Familie Brot und Geld. Deshalb sage ich Ihnen: Wir sind doch nicht Leute, die den wirtschaftlichen Ablauf erschweren wollen, sondern wir sind Leute, die mitgestalten, mithelfen wollen, daß unsere Wirtschaft gesund bleibt und daß der Arbeiter einen sicheren Arbeitsplatz hat.

(Beifall)

Ich bin ganz traurig, wenn ich sehe, wie wir uns jetzt seit Jahren mit einer Scheibchentheorie abquälen: einmal zurück, zweimal vor, wieder einmal zurück. Düsseldorf war für mich ein schwarzer Tag in der Mitbestimmungsdiskussion und in der Gesellschaftspolitik der Christlich Demokratischen Union. Wir müssen Düsseldorf auslöschen, aber nicht dadurch, daß wir aus 7 : 5 jetzt 6 : 5 machen, sondern daß wir entweder 5 : 5 oder 6 : 6 oder 7 : 7 mit einer ehrlichen Parität machen. Denn wenn wir heute nicht den Mut haben, lieber Parteivorsitzender, uns zu der ehrlichen und tatsächlichen Parität durchzuringen, dann - das sage ich Ihnen - geht die Diskussion bis zum nächsten Parteitag weiter. Wir wollen das nicht, weil ich glaube, daß wir andere Aufgaben anpacken müssen, wenn wir wieder die Macht in diesem Staate, nämlich die Regierungsgewalt, übernehmen wollen.

(Beifall)

Machen Sie sich eigentlich keine Gedanken darüber, meine Damen und Herren, lieber Parteivorstand, daß gerade die Vertreter der Arbeitnehmer, die Sozialausschüsse, die Vertreter der jungen Generation, die Junge Union und auch die Parteitage von Rheinland und Westfalen im Ballungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sich hinter das Modell der Sozialausschüsse und der Jungen Union gestellt haben? Von den über 300 Delegierten auf dem Parteitag Westfalen-Lippe waren nur 120 Mitglieder der Sozialausschüsse. Aber rund 220 haben dem Modell der Jungen Union und der Sozialausschüsse zugestimmt. Ich bin richtig stolz darauf, daß ein großer Teil der tatsächlichen Mittelständler, der wirklich freiberuflich Tätigen uns geholfen haben, unser Modell dort durchzubringen, weil sie erkannt haben, daß wir keine Leute sind, die Schwierigkeiten in der Wirtschaft machen wollen. Wir Christlich-Sozialen sind in dieser Partei vielmehr ein Bollwerk gegen Sozialismus und gegen

Kommunismus, und deshalb haben uns die Mittelständler und die Wirtschaftler in unserem Landesverband zugestimmt.

Meine Damen und Herren, alle sagen immer: Wie die Wahlen in Nordrhein-Westfalen ausgehen, so sieht die Politik in Burd und Ländern aus. Wenn das wahr ist, dann darf ich Ihnen sagen: Millionen Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen schauen in diesen Tagen nach Hamburg und fragen: Was machen die denn da? Wenn es wirklich wahr ist, daß wir alle die echte Parität wollen, wenn wir wirklich nur noch ein so kleines Stück auseinander sind, warum helfen Sie uns dann nicht, in der Diskussion besser dazustehen? Wir dürfen, wenn es theoretisch ein Patt geben sollte, dieses nicht dadurch auflösen, daß am Ende doch die Arbeitgeber allein bestimmen. Helfen Sie uns dabei, ein System durchzusetzen, das sich jetzt seit bald 20 Jahren in der Montan-Mitbestimmung bewährt hat, nämlich, daß in diesem Fall beide Gruppen einen neutralen Mann wählen. Wir sollten uns für diese Lösung entscheiden, bis wir uns endlich zu einem neuen Unternehmensrecht durchgerungen haben.

Deshalb, meine verehrten Delegierten, bitte ich Sie ganz herzlich: Stimmen Sie den Änderungsanträgen der Jungen Union, der Sozialausschüsse und der Delegierten von Nordrhein-Westfalen zu!

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Danke schön, Rudi Nickels!

Ich erteile jetzt Egon Lampersbach, dem Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung, und nach ihm dem Bundesparteivorsitzenden, Helmut Kohl, das Wort.

Egon Lampersbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich freue mich, unmittelbar nach meinem westfälischen Landsmann und Parteifreund Rudi Nickels sprechen zu können, und danke ihm dafür, daß auch er heute erneut den Mittelstand zitiert hat. Ich habe das Gefühl, insbesondere seit heute, daß der Mittelstand in der Partei endlich den Platz zugewiesen bekommt, der ihm zusteht. Das ist sehr hoffnungsvoll.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, wir haben in all unseren Grundsatzaussagen immer wieder betont, daß es uns bei unserer Politik in erster Linie um den Menschen, um den einzelnen Menschen, geht. Ihm wollen wir in allen Bereichen mehr Freiheitsspielraum schaffen. So meinen wir, daß auch die Mitbestimmung diesem Anliegen Rechnung tragen muß.

Wir haben in der Mittelstandsvereinigung klar und deutlich gesagt, daß dieser Freiheitsspielraum für den einzelnen unabdingbar ist und daß alle Vorschläge in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, auch in der Frage der Mitbestimmung diesem Grundsatz dienen müssen. Für uns stehen die Rechte des einzelnen am Arbeitsplatz, in Betrieb und Unternehmen im Vordergrund aller Mitbestimmungsregeln. Wenn Sie heute in den Betrieben und auf Versammlungen mit Arbeitnehmern sprechen, werden Sie gefragt - darauf müssen wir, meine ich, eine Antwort geben -: Was bringt uns die Mitbestimmung im Aufsichtsrat? Hinter dieser Frage, meine Freunde, steht nichts anderes als die Befürchtung - und das müssen wir auch sehen - ,

daß sich durch die Unternehmensmitbestimmung für den einzelnen Arbeitnehmer kaum etwas ändert.

In diesen Tagen kam mir ein Aufruf des Deutschen Arbeitnehmerverbandes aus Recklinghausen auf den Tisch. Ich darf hier einmal einen Teil davon wörtlich zitieren. Hier heißt es:

Die paritätische Mitbestimmung, wie sie im Montanbereich seit 1952 praktiziert wird, hat gezeigt, daß durch die delegierte Teilhabe an den Entscheidungen in den Unternehmensführungen, die in der Regel von Gewerkschaftsfunktionären wahrgenommen werden, der einzelne Arbeitnehmer am Arbeitsplatz keinen Nutzen hat. Er unterliegt den gleichen Bedingungen und Hierarchien in einem Mitbestimmungsunternehmen wie in den Unternehmen, die nicht der paritätischen Mitbestimmung unterliegen. Mitbestimmung,

- so heißt es weiter -

gleich, nach welchen Vorstellungen in der Unternehmensspitze, ist daher kein geeignetes Mittel, die Arbeitnehmer aus ihrer derzeitigen Situation als Objekt der Wirtschaft herauszulösen. Die persönliche Situation des einzelnen an seinem Arbeitsplatz wird durch die Mitbestimmung von Arbeitnehmerrepräsentanten im Aufsichtsrat nicht verändert. Alle von dorthier kommenden Entscheidungen werden als Entscheidungen von oben empfunden, ganz gleich, wer entscheidet oder mitentscheidet.

Meine Damen und Herren, damit wir uns hier recht verstehen und damit keine Mißverständnisse auftauchen, erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich mit dem Hinweis auf den einzelnen Arbeitnehmer auf keinen Fall von der Notwendigkeit der Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder auch ihrer Vertreter auf der Unternehmensebene ablenken will. Wir alle sind für die Mitbestimmung in den Großunternehmen; hier gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Aber, meine Damen und Herren, keiner von uns kommt daran vorbei, bei der Regelung der Unternehmensmitbestimmung an erster Stelle an den einzelnen und nicht an das Interesse von Organisation oder von deren Funktionären zu denken.

(Teilweise Beifall)

Darum geht es mir und auch der Mittelstandsvereinigung.

Wenn wir für den einzelnen Arbeitnehmer im Unternehmen mehr tun wollen, als das bisher der Fall war, müssen wir zu einem Unternehmensrecht kommen, das dem einzelnen wirkliche Mitgliedschaftsrechte einräumt, wie es der entsprechende Abschnitt in der Vorlage des Bundesvorstandes vorsieht. Der einzelne Arbeitnehmer darf nicht in neue Abhängigkeiten geraten, sondern muß aus den bestehenden weitgehend befreit werden.

Die Sozialausschüsse und auch die Junge Union mit dem neuen Modell sind, würde ich sagen, in dieser Frage weitgehend in Übereinstimmung mit uns allen hier. Denn auch sie betonen, daß die Würde des Menschen in jedem Fall Vorrang hat. Darin sind wir uns alle einig.

Wenn wir dagegen die SPD sehen, haben wir eine andere Situation. Ich darf hier einmal den stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt zitieren, der als früherer Vorsitzender der SPD-Mitbestimmungskommission klar und deutlich gesagt hat: Der SPD geht es um die Machtübernahme bzw. um die Machtbewahrung. Das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, etwas, was uns alle in diesem Saal sehr klar und deutlich von der anderen Seite abhebt. Wer in der Unternehmensmitbestimmung ausschließlich eine Machtfrage, eine Frage der Machtverteilung sieht, denkt nicht mehr an den einzelnen Arbeitnehmer; er denkt, so würde ich sagen, nur noch oder in erster Linie an die Macht und an den Einfluß seiner eigenen Organisation.

In letzter Zeit wird in zunehmendem Maße, insbesondere von seiten der Gewerkschaften, die paritätische Mitbestimmung als ein Instrument zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gesehen. In dem vielbeachteten Dialog des SPD-Bundestagsabgeordneten Ehrenberg mit dem stellvertretenden Juso-Vorsitzenden Johano Strasser sagt Ehrenberg:

Was die Jusos über die Vergesellschaftung erreichen wollen, erzielen wir, die SPD über die paritätische Mitbestimmung und die neuesten Vermögensbildungspläne der SPD.

Meine Freunde, der Ruf nach Investitionskontrolle von seiten der Linken und nicht zuletzt auch von seiten der Gewerkschaften wird immer lauter. Das Langzeitprogramm der SPD weist in seinem Mitbestimmungskapitel den Gewerkschaftsvertretern in den Aufsichtsräten u. a. die Aufgabe zu, die Kommunikation und die Koordination zwischen dem Betrieb und der gesamten Belegschaft und darüber hinaus mit der gesamten Wirtschaft zu leisten.

Dies, meine Damen und Herren, bedeutet nichts anderes als eine zentrale Steuerung der Unternehmenspolitik, insbesondere - und das ist entscheidend - der Investitionspolitik, durch die Gewerkschaft. Dies hat mit Unternehmensmitbestimmung, wie wir sie hier verstehen, nichts mehr zu tun. Für die Wirtschaftspolitik sind Regierung und Parlament verantwortlich und nicht Organisationen, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen. Wir lehnen auch deshalb jede Art der Fernsteuerung grundsätzlich ab.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, wir dürfen - darauf kommt es ganz entscheidend an - nicht übersehen, daß es sich bei der paritätischen Mitbestimmung im Sinne von SPD und DGB um eine von den Gewerkschaften maßgeblich getragene und dirigierte Mitbestimmung handelt. Und ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß unsere Freunde von den Sozialausschüssen hier - was sie sicherlich nicht wollen - unter Umständen Gefahr laufen, mit ihrem Modell diesen Gewerkschaften und dieser SPD Tür und Tor zu öffnen. Das ist sicherlich nicht im Sinne der auch von Hans Katzer beschworenen Politik der CDU.

Ich meine daher, daß demgegenüber das Vorstandsmodell, das uns hier mit zur Abstimmung vorliegt - wenn auch, wie ich dabei betone, haarscharf an der Grenze -, den ordnungspolitischen Vorstellungen, mit denen wir angetreten sind, mehr und deutlicher entspricht. Dieses Modell bringt mehr Mitbestimmung, dieses Modell ist ein weiterer Beitrag auch zur Verbesserung und zum Ausbau unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Daher, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, und ich appelliere an uns alle: Geben Sie dem vorliegenden Bundesvorstandsmodell Ihre Zustimmung. Ich glaube, daß wir damit einen guten Schritt in eine hoffentlich bald bessere Zukunft tun werden.

(Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank!
Ich erteile nunmehr dem Bundesparteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl das Wort.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Präsident, ich glaube, es wäre ganz nützlich, wenn wir eine winzige Pause machten, damit die Kollegen auch alle Platz nehmen können.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Diskussion des heutigen Nachmittags ist die Diskussion des optischen Kernstücks dieses Parteitags, und die Entscheidung, die wir zu treffen haben, ist - ich wiederhole das, was nicht wenige vor mir sagten - eine Entscheidung, die aus dem Geist und aus der Tradition und der Geschichte unserer Partei erwachsen und getragen werden muß. Wir hatten in diesen Wochen leidenschaftliche Diskussionen, und ich stimme Heinrich Köppler gerade jetzt bei diesem Gesprächsstand und nach dieser Debatte des heutigen Nachmittags zu: Es gab bei aller harten Auseinandersetzung keine Zerreißprobe dieser Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, das hat etwas damit zu tun, daß wir alle - auch in dieser Frage - dazugelernt haben und daß wir mehr fähiger geworden sind, aufeinander zu hören und auch aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das sage ich in dieser speziellen Frage auch ganz konkret für mich selbst.

Meine Damen und Herren, daß wir so diskutieren können, verdanken wir dem leidenschaftlichen Engagement von Gruppen dieser Partei und von einigen, die in dieser Frage besonders in die Arena gefordert wurden. Deswegen meine ich, daß jetzt hier auch der Platz dafür ist, daß ich als Parteivorsitzender gerade aufgrund der Erfahrungen meiner Sondierungsgespräche in den letzten 14 Tagen ganz offen sage, wie wichtig es für diese Union ist, Männer wie Hans Katzer und Kurt Biedenkopf zu besitzen.

(Beifall)

Man hat uns, der Union, in der Vergangenheit oft nachgesagt, wir wichen allen wirklich kontroversen Fragen aus. In den 60er Jahren

erschien die Betrachtung eines damals vielgelesenen Leitartiklers, der über die CDU das Motto setzen wollte, sie sei die Summe, die Addition von vielen Einzelinteressen. Die Vorarbeit für diesen Parteitag zu den großen Themen, die hier in 4 Sachbereichen zur Entscheidung anstehen, und vor allem auch die Diskussion um die Mitbestimmungsfrage haben, wie ich finde, in überzeugender Weise deutlich gemacht, daß wir, die Union, eben doch fähig sind, solche Auseinandersetzungen offen, kontrovers und fair miteinander zu führen.

(Beifall)

Aus diesem Grunde ist es diesem Stil und dieser Stunde angemessen, daß wir auch in diesem letzten und unbezweifelbar schwierigsten Abschnitt, den wir miteinander zu bestehen haben, wenn es nämlich zur Abstimmung, zur Sache und zum Detail geht, von vornweg unsere gegenseitige Überzeugungskraft und die innere Glaubwürdigkeit unserer gegenteiligen Positionen und Überzeugungen nicht geringer einschätzen sollten. Wir haben alle das Beste für diese Partei und für dieses unser Land im Sinne.

(Beifall)

Meine Freunde, ich stehe hier und trete klar und ohne jede Einschränkung für die von mir vorgeschlagene Vorlage des Bundesvorstandes ein.

(Beifall)

Ich sagte, ich habe in vielen sehr sorgfältigen und nachdenklichen Gesprächen gerade auch in den letzten 14 Tagen noch einmal den Versuch unternommen, das zu verändern, was ich für denkbar halte, in dieser Situation zu verändern. Nicht wenige haben gesagt, die Vorlage des Bundesvorstandes sei besser geworden, und ich bin dankbar für diesen Hinweis. Meine Freunde, ich sage aber ebenso offen, ich selbst kann mich nicht an einer Prozedur beteiligen - ich sage nicht, daß das irgend jemand bisher versucht hat, aber von draußen wird es gelegentlich in den Parteitag hineingeredet -, daß wir uns etwa beim kleinsten gemeinsamen Nenner treffen. Wir müssen uns treffen, wo unsere Überzeugung steht, und da kann nur ein Ja oder Nein, nicht aber ein Jein stehen, meine Freunde.

(Beifall)

Deswegen spricht auch diese Vorlage für mich eine klare Sprache. Das sind keine verbalen Bekenntnisse, denn ich gehe mit all denen, die in diesen nächsten Jahren für die Union in Deutschland Politik machen wollen, davon aus, daß wir das große Werk unternehmen, das in den Kapiteln I, II und III der Vorlage enthalten ist, noch in diesem Jahrzehnt und möglichst unter der Herrschaft einer Regierung der CDU/CSU in Deutschland ein neues partnerschaftliches Unternehmensrecht zu schaffen.

(Beifall)

Dies muß ein Unternehmensrecht sein, in dem die Summe der Erfahrungen, aber auch die Summe der Anstände gegenüber der bestehenden Ordnung, die hier auch aus guten Gründen leidenschaftlich ihre Stimme fand, ihren Niederschlag findet. Wir wollen eine ver-

nünftige Reform mit Augenmaß. Die Leitsätze, die hier niedergelegt sind, sind ein Hinweis auf diesen Weg, und zwar nicht nur auf einen Weg, der uns hier in diesem unserem Teil des Vaterlandes, in der Bundesrepublik trägt, sondern der auch in einer europäischen Entwicklung zu einer europäischen Sozial- und Gesellschaftspolitik ein wesentlicher Beitrag der Christdemokraten der Bundesrepublik Deutschland sein wird.

(Beifall)

Meine Freunde, ich will doch noch einmal in einem Satz darauf hinweisen, daß wir bei aller Diskussion über Mitbestimmung auf und nach diesem Parteitag das große Werk des heutigen Morgens mit dem neuen Vermögensbildungspapier dieser Christlich Demokratischen Union nicht untergehen lassen.

(Beifall)

Bis zu diesem Zeitpunkt, von dem ich sprach, sind Übergangsregelungen notwendig. Daran führt kein Weg vorbei. Es müssen auch Regelungen sein, die in einer ganz nahen Zukunft auch parlamentarisch realisierbar sind. Wer dies sagt, meine Damen und Herren, sucht keinen billigen Ausweg. Politik hat etwas mit Macht in der Gegenwart und mit der Vision einer besseren Zukunft zu tun, und beides findet sich in diesem Papier.

(Beifall)

Deswegen, meine Freunde, bitte ich Sie, dem Beschluß in der Vorlage des Bundesvorstandes, so wie sie ist, zuzustimmen. Ich habe sehr und in vielen Gesprächen immer wieder erörtert und bedacht, inwieweit die jetzt hier vorliegenden Änderungsanträge zu den Kapiteln II und IV eine Möglichkeit bieten, das was jeder hier will, sofort zu bekommen: eine riesige Mehrheit. Ich glaube, und dies ist meine Meinung, und dazu stehe ich, daß mit einer Änderung in dem hier angestrebten Sinne in der Grundstruktur die Vorlage des Bundesvorstandes verändert wird. Deswegen muß ich diesen Änderungsanträgen widersprechen.

(Beifall)

Ich füge gleich hinzu, ich widerspreche ebenso entschieden jenem Antrag D 228, der das, was wir jetzt in der Vorstandsvorlage gewonnen haben, wie ich es sehe, sozusagen wieder um ein Stück zurücknimmt. Was jetzt hier bei uns erarbeitet wurde, sollte - und dies ist meine Bitte - in dieser Partei Bestand haben.

(Beifall)

Meine Freunde, ich kann diese Forderung hier erheben, weil ich ganz sicher bin, daß ein Beschluß im Sinne des Bundesparteivorstandes ein Beschluß ist, der würdig in der großen christlich-sozialen Tradition dieser CDU Deutschlands steht. Manch einer - und warum soll ich das nicht sagen - kann sicherlich in dieser Stunde zu Recht sagen, daß das, was wir jetzt tun, vielleicht besser schon zu einem früheren Zeitpunkt getan worden wäre. Das geht an jedermanns Adresse, auch an meine eigene, und ich sage dies ganz unumwunden klar und deutlich.

Meine Damen und Herren, die Antwort, die wir geben - und hier stimme ich Heinrich Geissler zu -, ist eine Fortentwicklung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geiste christlich-sozialer und christlich-demokratischer Partnerschaft.

Meine Freunde, im Januar dieses Jahres bei der Neubegründung der jetzigen Bundesregierung ließ Willy Brandt an uns die Herausforderung ergehen, er wolle die neue Mitte in diesem Lande begründen. Ich meine, wir müssen die Antwort auf unsere Weise geben. Er mag tun, was er will, und mag das Koordinatensystem dieser Republik nach links verrücken wollen: Wir gehen dabei nicht mit. Es ist nicht unsere Republik, was Teile der SPD im Sinne haben. Das Lebensgesetz, die Achse dieser unserer Republik muß immer auch ein Lebensgesetz der Christlich Demokratischen Union und der christlich-sozialen Gesinnung in dieser Christlich Demokratischen Union sein. Deswegen appelliere ich in dieser Stunde leidenschaftlich an unsere Freunde gerade im Bereich der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben, diesen vom Bundesvorstand vorgelegten Beschluß als das aufzunehmen, was er sein soll - ein entscheidender Markstein der Union auf dem Wege zu einer partnerschaftlichen sozialen, dem Frieden dienenden Gesellschaft. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Hilfe und Unterstützung, um Ihre Stimme für die Vorlage des Bundesparteivorstandes.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Kohl, für Ihre von Führungskraft getragenen Worte.

Ich rufe nun zur Diskussion auf. Es spricht Herr Dr. Häfele, anschließend Herr Schröder (Lüneburg) und Herr Link vom Landesverband Hessen. Ich äußere die Bitte, daß sich die Diskussionsredner auf fünf Minuten beschränken.

Dr. Hansjörg Häfele: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Deutschland gibt es einen neuen Lehrsatz von Pythagoras. Er lautet: Parität, Parität überall, Parität auch im Aufsichtsrat der Unternehmen. Jedermann ist für Parität, so wie man für Entspannung und für Frieden ist.

"Parität" wird übersetzt mit "Gleichwertigkeit" oder "Gleichwertigkeit". Wenn wir vor der Frage stünden, was wertvoller ist, Arbeit oder Kapital, dann würden wir antworten: Arbeit ist unvergleichlich wichtiger. Aber dann wäre es konsequent, meine Damen und Herren, wir würden nicht ein 5 : 5- oder ein 6 : 6-Modell beschließen, sondern etwa ein 9 : 1-Modell zugunsten von Arbeit.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dieses Zahlenspiel zeigt, wie absurd die Vorstellung ist, daß es sich dabei im Grunde nicht um die wichtige Frage von mehr Mitbestimmung im Sinne von mehr Selbstverwirklichung des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz, in der Betriebsgruppe, im Betrieb und auch kraft Vermögens handelt. Wenn es so wäre, müßten etwa die Arbeitnehmer in den sogenannten volkseigenen Betrieben, wo es keine Vertreter des Kapitals gibt, die größte Selbstverwirklichung finden, die es überhaupt gibt.

Meine Damen und Herren, worum geht es im Grunde bei unserer Diskussion? Wir sollten nicht darum herumreden. Warum ist die SPD auf das paritätische Mitbestimmungsmodell so versessen? Es ist doch

völlig klar, worum es der SPD geht. Sie will über die paritätische Mitbestimmung mehr Macht, mehr Macht auch in den Unternehmungen.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Einen Augenblick, Herr Häfele. Ich darf die Teilnehmer um Ruhe bitten. Jeder Redner hat das Recht, vom Parteitag in Ruhe angehört zu werden. Ich darf auch bitten, die Mittelgänge zu räumen.

Dr. Hansjörg Häfele: Meine Damen und Herren, wir dürfen dabei doch nicht die Gefahren übersehen. Der SPD geht es nicht etwa um die personelle Mitbestimmung des einzelnen, sondern um mehr Macht und mehr Herrschaft für das Kollektiv, für die Funktionäre, möglichst zentral gesteuert.

(Beifall)

Die SPD will mit der paritätischen Mitbestimmung eine Türöffnung für diejenigen zusätzlich schaffen, die etwas ganz anderes wollen, die sicher nicht die Soziale Marktwirtschaft stabilisieren wollen, die sicher nicht mehr Partnerschaft, sondern eine andere Republik wollen.

Meine Damen und Herren, sehen wir doch die Wirklichkeit, wie sie ist! Es geht doch nicht darum, daß wir mit einem Mann etwa vom Schläge eines Georg Leber am gemeinsamen Tisch uns ohne weiteres verständigen können. Was kommt denn in Deutschland herauf? Was kommt denn von den Universitäten? Was wird denn von den Zentralen auch in die Unternehmungen hineingeschickt? Junge Politologen, junge Soziologen, die eben etwas ganz anderes wollen als das, was die Soziale Marktwirtschaft will.

(Beifall)

Günstigstenfalls führt das Patt nach allen Erfahrungen zur Lähmung. Wir haben für die Lähmung die Beispiele der Universitäten. Wir haben auch schon in der Politik oft erlebt, wie das Patt zur Lähmung führt, weil letztlich die Verantwortlichkeiten fehlen, weil die Handlungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet ist. Meine Damen und Herren, jede Pattregelung wird im Endergebnis - das ist nun einmal eine menschliche Erfahrung - dahin führen, daß wir für die Führung der Unternehmen nicht mehr die Besten bekommen, sondern die Glatten, die Anpasser, die Schleicher, die es mehr oder weniger mit allem versuchen.

(Beifall)

Das ist doch die leidige Folge des Proporz, wie wir sie allzuoft in der Politik erleben. Wer ist dann am Schluß der Leidtragende? Es sind gerade die Arbeitnehmer und niemand anders.

Meine Damen und Herren, ich muß die Frage stellen: Wie kommen wir dazu, zu einem Zeitpunkt, wo wir heute vormittag die Position der Anteilseigner verbessern wollten, wo wir als eine schicksalhafte Frage von der Streuung des Vermögens in Deutschland sprachen, die Position der Anteilseigner weniger attraktiv zu machen? Das ist doch ein Widerspruch, den wir nicht aushalten können.

Ich gestehe den Sozialausschüssen ausdrücklich zu, daß sie immer zu ihrem Modell der klaren paritätischen Mitbestimmung gestanden haben und daß sie es auch auf dem Düsseldorfer Parteitag, als sie noch eine verschwindende Minderheit waren, klar vertreten haben. Sie haben wirklich den ehrlichen Glauben, daß durch die Einführung des paritätischen Mitbestimmungsmodells mehr Partnerschaft die Erfüllung der Sozialen Marktwirtschaft möglich macht. Ich respektiere diesen Glauben. Aber ich kann ihn angesichts der Wirklichkeit nicht teilen. Ich fürchte, daß durch die Einführung der paritätischen Mitbestimmung mehr Klassenkampf auch in die Unternehmungen hineingetragen und gerade nicht das erreicht wird, was man will.

Ich muß fragen: Was hat sich bei uns seit dem letzten Parteitag in Düsseldorf, wo wir Beschlüsse gefaßt haben, eigentlich tatsächlich geändert? Hat sich bloß die Luft, die Atmosphäre geändert? Hat sich der Wind etwas gedreht?

Heute ist etwas der 19. November 1972 angesprochen worden. Was gesagt wurde, sehe ich ganz anders. Wir können jetzt nicht Vergangenheitsbewältigung treiben. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir vor der Bundestagswahl irgendwo die Glaubwürdigkeit verloren haben, dann in dem Augenblick, als wir uns dem Druck des "öffentlichen Windes", dem Druck des Zeitgeistes beugten und über Nacht zu den Ostverträgen ja sagen wollten und uns schließlich enthielten.

(Beifall)

Das ist die Schlußfolgerung, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, daß wir nicht einfach dem Druck des Zeitgeistes nachgeben dürfen.

Meine Damen und Herren, was der Vorstand jetzt vorschlägt, ist für viele in unseren Reihen - das muß man einfach nüchtern sehen - die äußerste Grenze des gerade noch Vertretbaren. Manchem fällt es nicht leicht, darauf einzugehen. Ich kann persönlich dem gerade noch folgen. Aber die Sozialausschüsse möchte ich bitten, zu sehen, daß es in dieser Partei wirklich viele gibt, die das auch schon als die äußerste Grenze ansehen. Und man sollte nicht allein sagen: Bei uns wird der Kampf nachher fortgesetzt; uns interessiert nicht, daß hier auch die anderen Opfer gebracht haben.

Meine Damen und Herren, schließen wir das Thema ab! Folgen wir dem Modell des Vorstands, damit wir uns endlich mit den wirklichen Fragen unseres Landes beschäftigen. Sie sind schwer genug zu lösen.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Gerhard Schröder (Lüneburg). Ich bitte um Verständnis, daß ich nunmehr auf die Einhaltung einer Redezeit von fünf Minuten dränge.

Horst Schröder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Sie werden sicher Verständnis dafür haben, wenn ich als Beiratsvorsitzender der leitenden Angestellten vorweg eine kurze Bemerkung zu dem Problem der leitenden Angestellten mache. Es handelt sich immerhin um einen Teilaspekt in der Mit-

bestimmungsdiskussion, der in der öffentlichen und parteipolitischen Auseinandersetzung doch eine gewisse Bedeutung erhalten hat.

Die leitenden Angestellten sind weiß Gott nicht, auch für mich persönlich nicht, der Angelpunkt einer vernünftigen Mitbestimmungsregelung, die wir hier und heute beschließen sollen. Aber ich meine, wir sollten ihren Stellenwert auch nicht unterschätzen, nicht zuletzt deshalb, weil die Union in dieser Bevölkerungsgruppe viele Freunde und Anhänger hat. Aus diesem Grunde möchte ich mich zunächst einmal für das, was Herr Professor Biedenkopf zur Problematik der leitenden Angestellten hier ausgeführt hat, sehr herzlich bedanken und ihm beipflichten.

Die gesellschaftliche Realität, in der wir uns befinden, weist die leitenden Angestellten als eine soziologische Gruppierung aus, die sich nun einmal nicht in das klassische Denkmodell von Kapital und Arbeit pressen läßt. Gerade wer Mitbestimmung aller Arbeitnehmer will, muß die pluralistische Struktur der Arbeitnehmerschaft zugrunde legen und nicht einem Klassenblockdenken verfallen.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist schon, wie Sie alle wissen, eine Vielzahl von Mitarbeitern als leitende Angestellte gekennzeichnet, die eben nicht nur unselbständige Arbeitnehmer sind, sondern auch unternehmerische Aufgaben wahrnehmen, also fern jeder Ideologie eine echte Sonderrolle im Unternehmen einnehmen.

Wenn diese betriebliche Realität von uns anerkannt wird - und das sollte sie -, so hat das nichts, meine Damen und Herren - das möchte ich insbesondere unseren Freunden von den Sozialausschüssen sagen -, mit einer Spaltung der Arbeitnehmerschaft zu tun; eine DGB-Behauptung aus rein organisationspolitischen Interessen. Überdies wird bei dieser gewerkschaftlichen These, die leider allzuoft ungeprüft übernommen wird, von dem falschen ideologischen Ansatz ausgegangen, alle Arbeitnehmerinteressen seien naturgesetzlich gegen die Eigentümerseite gerichtet. Ich meine, daß gerade die leitenden Angestellten eine prototypische Gruppe sind, um den privatwirtschaftlichen Denkansatz unseres Mitbestimmungsmodells zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wenn ich zu diesem Thema spreche, dann vor allen Dingen aus der politischen Überlegung heraus, daß wir, die CDU, die Kontinuität in der Aussage zu diesem Thema bewahren. Ich darf nur noch einmal in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß wir, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, es gewesen sind, die vor ein- und einhalb Jahren im Deutschen Bundestag einmütig eigenständige Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes gefordert haben.

(Beifall)

Ich darf daran erinnern, daß wir es gewesen sind, die bereits im Düsseldorfer Parteiprogramm, noch lange bevor bei den Freien Demokraten davon die Rede war, den leitenden Angestellten das aktive und das passive Wahlrecht auch für den Aufsichtsrat zuerkannt haben.

(Beifall)

Ich darf daran erinnern, daß es unsere Freunde von der Jungen Union gewesen sind, die noch vor Herrn Riemer den leitenden

Angestellten eine eigenständige Funktion in der Mitbestimmung einräumen wollten. Mir ist bis zum heutigen Tage - das muß ich den Freunden der Jungen Union sagen - nicht ganz klargeworden, wieso eigentlich diese hervorragenden Begründungen der seinerzeitigen Beschlüsse des Deutschlandtages der Jungen Union heute keine Gültigkeit mehr haben sollen.

(Beifall)

Ich darf als letztes daran erinnern, daß es niemand anderes als unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Hans Katzer, gewesen ist, der noch unmittelbar vor der Bundestagswahl im letzten Jahr den leitenden Angestellten für die Gesamtpartei das Versprechen abgegeben hatte, daß sich ihr Anliegen bei uns in guten Händen befinden wird.

(Beifall)

Er hat damals wörtlich gesagt: "Die CDU ist bereit, diesem Verlangen zu entsprechen."

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Goodwill, den wir im Kreise der leitenden Angestellten haben, nicht verspielen; denn sie sind Träger des Leistungsprinzips und wesentliche Träger des marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips. Ich möchte gerade hier und heute, wo wir den Versuch machen, alle zueinander zu finden, auch und gerade an die Freunde von den Sozialausschüssen appellieren, mit uns zusammenzuarbeiten und auch diese Frage zu lösen; nicht nur im Interesse einer funktionsgemäßen Mitbestimmungsregelung, sondern auch und gerade im Interesse der Einheit unserer Partei, die auch in Zukunft die einzige Volkspartei in diesem Lande sein wird, die gleichermaßen Arbeiter, Angestellte, leitende Angestellte, Unternehmer und Kapitaleigentümer umfassen muß.

(Beifall)

Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Das Wort hat nunmehr Herr Link, Landesverband Hessen. Ihm folgt Herr Dr. Albrecht, Landesverband Niedersachsen.

Helmut Link: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Parteivorsitzende Helmut Kohl hat einen leidenschaftlichen Appell an die Freunde, die in den Betrieben arbeiten, an die Sozialausschüsse gerichtet. Ich möchte diesen Appell aufgreifen, weil ich seit über 20 Jahren in einem Betriebsrat tätig bin und weil mir die Betriebsgruppenarbeit in besonderer Weise durch die Sozialausschüsse anvertraut worden ist.

Dieser Appell an die Freunde in den Betrieben zielt darauf ab, die breite Mehrheit auf diesem Parteitag für eine glaubwürdige, überzeugende Antwort in der Mitbestimmungsfrage zu finden. Unser Vorsitzender hat aber gleichzeitig betont, daß der Änderungsantrag eine Strukturveränderung der Vorstandsvorlage bedeuten würde. Hier sind die Schwierigkeiten, die bei den Freunden in den Betrieben bestehen, inwieweit nämlich die Strukturveränderung, die nach Meinung des Vorsitzenden durch unseren Antrag ausgelöst wird, tatsächlich die paritätische Mitbestimmung verändert.

Bei unserem Vorsitzenden ist nicht deutlich geworden, inwieweit die Strukturveränderung eine Paritätsveränderung bedeutet. Die Anträge, die vorliegen, zielen darauf ab, ein mögliches oder denkbares Patt aufzulösen. Die Vorstandsvorlage sieht an einer Stelle vor, daß, wenn keine Einigung erzielt werden kann, die Stimme des Vorsitzenden des Aufsichtsrates den Ausschlag gibt. Soweit, so gut.

Das Problem besteht darin, inwieweit der Vorsitzende des Aufsichtsrates dann, wenn auch hier keine Verständigung über die Bestellung erzielt wird, über die Hauptversammlung direkt gewählt werden soll. Das Verfahren nach § 8 sieht mehr vor als nur den direkten Weg zur Hauptversammlung. Hier muß ich auch dem Kollegen Geissler widersprechen, weil hier keine Identität der Anträge vorliegt,

denn der Vorstandsantrag geht den direkten Weg zur Hauptversammlung, während eben der Weg, der dem Antrag der Sozialausschüsse zugrunde liegt, noch Einigungsstellen, also weitere Möglichkeiten der Einigung und dadurch einen stärkeren Einigungszwang vorsieht. Dieser Weg ist bei der Vorstandsvorlage ausgeschlossen.

In diesem Sinne kann ich auch dem Appell unseres Vorsitzenden nicht folgen - in diesem Sinne! Ich darf ihn zitieren. Er sprach davon, daß wir auf diesem Parteitag überzeugende Antworten in der Mitbestimmungsfrage geben müssen. Er sprach davon, daß die junge Generation, insbesondere auch durch die Lösung der Mitbestimmungsfrage in unserem Programm erreicht werden muß. Meine lieben Freunde, wir haben nur unser Programm als Möglichkeit der Selbstdarstellung nach außen. Die künftigen Wahlauseinandersetzungen, die wir zu führen haben, können wir nicht führen aus der Rolle der Regierung heraus, indem wir Leistungen vorweisen, die wir in der Regierungsarbeit erbracht haben, sondern wir können uns nur durch Selbstdarstellung den Wählern präsentieren.

Hier geht es um die entscheidende Frage, ob die Lösung der Mitbestimmungsfrage glaubhaft, energisch und klar entschieden wird. Die künftige partnerschaftliche Lösung eines neuen Unternehmensrechtes, wie sie überzeugend von allen Rednern vertreten worden ist und der wir alle zustimmen, ist doch nur dann glaubhaft darzustellen, wenn in der ersten Stufe, auf die aktuelle Situation abgestellt, eine überzeugende Antwort in bezug auf die paritätische Mitbestimmung gegeben wird.

Hier muß der Parteivorsitzende Kohl meiner Ansicht nach noch einmal eindeutig erklären, inwieweit die Strukturveränderung, die er angesprochen hat, die Parität unterläuft. Das ist aus seinen Ausführungen nicht hervorgegangen.

(Beifall)

Ich meine, wenn ein solcher Appell an die Freunde im Betrieb, an die Sozialausschüsse und an die Junge Union Erfolg haben soll, dann sollte man bei dem Einigungsverfahren den ganzen § 8 zugrunde legen und nicht nur einen einzigen Teil daraus.

Ich glaube - damit darf ich zum Schluß kommen -, der Appell des Parteivorsitzenden könnte dann sehr viel eher zur Wirklichkeit heute auf diesem Parteitag werden, wenn § 8 in seiner Ganz-

heit zugrunde gelegt wird bei der Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Bitte, Herr Dr. Albrecht!

Dr. Ernst Albrecht: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe diese Debatte mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt. Mir scheint, daß nur wenige Fragen wirklich kontrovers sind. Eine dieser Fragen ist die Übergangsregelung. Ist es richtig, daß die Vorstandsvorlage so weit geht, wie es im gegenwärtigen Rechtssystem überhaupt möglich ist, um Parität auf den verschiedenen Ebenen zu gewährleisten, oder ist es so, daß der Vorschlag der Sozialausschüsse und der Jungen Union mehr an wirklicher Parität bringt? Ich bedaure etwas, daß von seiten der Sozialausschüsse und der Jungen Union nicht zu der Frage Stellung genommen worden ist, die von der anderen Seite doch immer wieder aufgeworfen worden ist, ob damit nicht Überparität geschaffen wird. Lassen Sie mich noch einmal kurz skizzieren, wie ich es sehe.

Der Vorschlag der Sozialausschüsse und der Jungen Union bedeutet doch, daß in Deutschland in Zukunft kein Vorstand mehr ohne die Zustimmung der Arbeitnehmerschaft, d. h. in der Praxis: der Gewerkschaften ernannt werden kann. Wie würde das gesamte System dann aussehen? Wir hätten die Ebene der Tarifverhandlungen. Dort hätten wir die autonomen Gewerkschaften als Partner der Arbeitgeber, die hinfort aber indirekt ebenfalls an der Strippe der Arbeitnehmerschaft, sprich: der Gewerkschaften hängen. Wir hätten dann die Ebene der innerbetrieblichen Verfassung. In unserem System sollen sich Betriebsrat und Unternehmensleitung dort unabhängig gegenüberstehen. Wenn die Unternehmensleitung ihrerseits über den Aufsichtsrat nunmehr von den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft unmittelbar abhängig wird, so ist auch hier die Parität nicht mehr gegeben. Ich finde, zu diesem Argument der Überparität müßte von der anderen Seite klar Stellung genommen werden.

Mir scheint, daß der Vorstand mit dem Zwei-Faktoren-Modell so weit gegangen ist, wie man gehen kann. Ich habe für meine Person nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich bedaure, daß wir nicht sofort die große Lösung in Angriff nehmen können. Ich bedaure auch, daß wir nur im Rahmen von Zwei-Faktoren-Modellen diskutiert haben. Es gibt in der Tat bessere Möglichkeiten. Es wäre besser, wenn sich nicht nur Kapital und Arbeit gegenüberstünden, sondern wenn wir eine echte dritte Bank hätten, die aus eigenem Recht mit am Tisch sitzt, also nicht nur kooptiert, wie das in dem Modell der Sozialausschüsse und der Jungen Union der Fall ist.

Ich meine, wir sollten in dieser Sachlage folgendes tun. Wir sollten der Vorlage des Vorstandes folgen und unsere ganze Aufmerksamkeit auf das richten, was uns wirklich interessiert: die endgültige Lösung, in der wir diese ganzen Zusammenhänge durchbrechen werden, indem wir den Arbeitnehmer zum konstituierenden Bestandteil des Unternehmens selbst machen. In diesem Sinne sollten wir uns an die Arbeit machen. Ich empfehle, jetzt nicht schon wieder in der falschen Richtung zu präjudizieren. Wir sollten vielmehr versuchen, alle Möglichkeiten offenzulassen, auch die Möglichkeiten für ein echtes Drei-Faktoren-Modell, also nicht nur die Möglichkeiten für Zwei-Faktoren-Modelle.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Es liegen zwei Anträge zur Geschäftsordnung vor. Zunächst erteile ich Herrn Dr. Fuchs, Landesverband Rheinland, das Wort.

Dr. Dieter Fuchs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute nachmittag eine Diskussion erlebt, die reich an großen Momenten war und die eine Fülle von Argumenten gebracht hat. Die Diskussion über das Thema der Mitbestimmung ist praktisch seit dem Parteitag von Düsseldorf nicht mehr verstummt und hat, soweit ich es beurteilen kann, zu einer vertieften Kenntnis der Problematik bei den meisten der Delegierten geführt. Es mag sein, daß der eine oder andere, der jetzt noch auf der Rednerliste steht, dieses oder jenes Argument hinzufügen könnte. Ich glaube, die Stimmung unter den Delegierten richtig einzuschätzen, wenn ich sage, daß sie jetzt entscheiden wollen, daß sie die große Lösung suchen wollen.

(Beifall)

Daher stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Wünscht ein Delegierter gegen diesen Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte zu sprechen?

Matthias Wissmann: Meine Damen und Herren, ich möchte nicht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte sprechen. Ich stelle jedoch den Antrag, daß vor Schluß der Debatte noch je einem Vertreter der beiden Seiten, über deren Vorschläge abgestimmt wird, die Möglichkeit gegeben wird, für seine Position zu streiten.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Es ist beantragt, daß jeweils noch ein Sprecher für den Bundesvorstand einerseits sowie CDA und Junge Union andererseits das Wort erhält. Dies ist der weitergehende Geschäftsordnungsantrag. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Es ist so beschlossen. Wer spricht für den Vorschlag von CDA und Junger Union? - Ich erteile Herrn Dr. Barzel das Wort.

Dr. Rainer Barzel (mit Beifall begrüßt): Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich konnte nicht ahnen, daß wir so früh zum Schluß der Debatte kommen. Ich danke um so mehr, daß ich jetzt noch das Wort bekomme.

Ich bin in einer Lage, in der, wenn ich die Vordebatte in der Presse richtig verstanden habe, das, was ich machen kann, eigentlich auf jeden Fall falsch ist. Wenn ich zu der Überzeugung spreche, die ich habe, die Sie kennen und die ich gleich mit ein paar schlichten Bemerkungen zu begründen die Absicht habe, wird man dies mißdeuten. Wenn ich auf meinem Delegiertensitz geblieben wäre, würde man dies auch mißdeuten.

Weil ich der Souveränität der Kollegen vertraue, möchte ich folgende Anmerkungen machen. Ich habe heute nachmittag - zunächst dies, damit das hoffentlich für alle Zeiten vom Tisch ist - in einer Besprechung der westfälischen Freunde erklärt: Ich bin, wie wir alle, bereit, mit Helmut Kohl und Karl Carstens in den nächsten Wahlkampf zu ziehen. Darüber sollte überhaupt kein Zweifel bestehen!

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube allerdings, daß dieses In-den-Wahlkampf-Ziehen leichter und erfolgreicher sein wird, wenn wir hier jetzt eine Entscheidung treffen, die auf der Linie liegt, die die Junge Union und die Sozialausschüsse vorgeschlagen haben.

(Beifall)

Deshalb meine zweite Anmerkung, die auch der Klarstellung dienen soll. Ich möchte denen, die es vergessen haben sollten - einigen, die es nicht wissen oder nicht wissen wollen, kann ich sowieso nicht helfen -, in Erinnerung rufen, daß ich noch in der Zeit, als ich sowohl Partei- als auch Fraktionsvorsitzender war, völlig klarge-macht habe - dies ist in Reden und anderen Ausführungen aktenkundig -, daß ich eine Lösung in der Richtung des Vorschlags der Jungen Union und der Sozialausschüsse anstrebe.

Daran kann kein Zweifel sein. Ich habe diese Meinung nicht erst entwickelt, seit ich meine Ämter abgegeben habe.

(Lebhafter Beifall und lebhaftes Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dann um die Liebenswürdigkeit, z.B. in dem nachzusehen, was Sie finden können, in den Unterlagen des letzten Parteitages, wo meine letzte Rede vor dem Bundesparteiivorstand abgedruckt ist. Dort werden Sie dies z.B. finden. Ausgerechnet mit Tatsachen sollte man, glaube ich, so umgehen, wie sich das gehört.

(Beifall)

Das dritte, meine Freunde: Ich glaube, zur Sache, daß die Lösung, die ich befürworte, sauber ist, klar ist, unmißverständlich ist und daß sie praktikabel ist. Ich habe keinen Zweifel an all denen zu lassen, die das hier vorgetragen haben. Ich möchte nur noch hinzufügen, daß ich glaube - das habe ich in internen Gesprächen gesagt, warum soll ich dies hier nicht sagen? -, daß, wenn man den Aufsichtsratsvorsitzenden in die Situation bringt, wie es in dem Papier des Bundesvorstandes steht, daß er also zugleich eine Integrationsfigur bei Parität sein soll und im Konfliktfalle die Entscheidungsstelle, man diesen Mann eigentlich in eine Situation bringt, die nicht sehr angenehm sein kann.

(Beifall)

Ich glaube, daß die beiden Funktionen wirklich so nicht geregelt werden sollten.

Meine Freunde, ich bin dafür dankbar und möchte dies ausdrücklich sagen, daß unsere Freunde aus den Sozialausschüssen hier unmißverständlich gemacht haben, daß die neuesten Vorschläge, die die marxistischen Sozialisten machen, von Investitionskontrolle über

Preiskontrolle bis hin zu all den Dingen, die Sie kennen, Verstaatlichung der Banken, abgelehnt werden müssen, weil dies das Ende einer freiheitlichen Ordnung wäre. Das muß klar sein, meine Freunde.

(Beifall)

Nur frage ich mich, ob unsere Argumentation dazu so ernst aufgenommen und so gut angehört werden wird, wie sie dies verdient, wenn wir in dieser Frage der Mitbestimmung anders entscheiden, als ich versuche, dies hier zu sagen.

Ich glaube, wir haben miteinander die Pflicht, zwei Dinge zu sehen, einmal, die Machtergreifung der Klassenkämpfer zu verhindern - dies ist selbstverständlich und klar, sollte aber noch einmal gesagt werden -, und das andere: Wir stehen im Wettbewerb um die Mitte. Ich bin froh, daß Helmut Kohl diesen Satz aufgenommen hat, den wir im Bundestag als Antwort auf Brandts "neue Mitte" gesagt haben. Dieser Wettbewerb ist im Gange. Wir werden, nachdem nun die Partei die Richtlinien für die Fraktion, wie dies vorbereitet war, geben wird, in den gesellschaftspolitischen Fragen die Bundestagsfraktion handlungsfähig machen, nachdem die Partei den Vorrang hatte. Dann wird jeder sehen: Hier ist unser Modell zu den verschiedenen Fragen, und dort ist das Modell der Koalition. Ich würde gern sehen, daß wir uns in den fünf Fragen heute den Stoß geben, den wir brauchen. Denn, meine Freunde, wir wollen die Debatte hier beenden - das ist sicher richtig -, aber noch in dieser Woche geht doch die Debatte parlamentarisch, publizistisch weiter. Die dritte Lesung über den Koalitionsentwurf kommt bestimmt. Ich bitte deshalb: setzen wir uns in den Stand, eine Sache sachlich zu entscheiden. Sie ist hier sachlich argumentiert worden - hin und her. Wie immer diese Entscheidung ist, wir stehen zusammen! Denn diese Union, meine Freunde, wäre nur durch uns kaputtzukriegen. Hier gibt es keine Zerreißprobe. Hier gibt es eine sachliche Entscheidung, die jeder für sich treffen sollte. - Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Nachdem Herr Dr. Barzel für den Antrag 226 - CDA und Junge Union - gesprochen hat, spricht nunmehr Generalsekretär Biedenkopf für den Antrag D 222, Bundesvorstand.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (mit stürmischem Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche für den Antrag des Bundesvorstandes, d.h. gegen die beiden Änderungsanträge, die in der Vorlage D 226 aufgeführt sind. Der erste Änderungsantrag betrifft den zweiten Spiegelsatz von Ziffer II. Hier wird vorgeschlagen als zusätzliche Richtlinie für das neue Unternehmensrecht, bereits den Unternehmensrat zwingend vorzuschreiben. Das heißt, eine ganz wesentliche Organisationsentscheidung soll getroffen werden, bevor wir überhaupt eine klare Vorstellung davon haben, wie das außerordentlich komplizierte Problem der Integration vor Gesellschaftsrecht und Betriebsverfassung bewältigt werden kann. Gleichzeitig soll festgeschrieben werden die Preisgabe des bisherigen Prinzips der Gewaltenteilung,

der Kontrolle und Gegenkontrolle im geltenden Aktienrecht. Dieses Prinzip hat sich nicht nur bewährt, ist nicht nur inzwischen von der Europäischen Kommission als Grundlage für das europäische Aktiengesetz übernommen worden, wird nicht nur mit der Tendenz seiner Übernahme in Frankreich und in anderen Ländern diskutiert, sondern dieses Prinzip ist, liebe Freunde, in meinen Augen überhaupt die Voraussetzung dafür, daß man paritätische Mitbestimmung haben kann.

(Beifall)

Denn ohne den Gedanken einer partnerschaftlichen Kontrolle einer unabhängigen Unternehmensführung ist das Prinzip der Parität im Gesellschaftsrecht nach meiner Überzeugung überhaupt nicht zu verwirklichen.

Der zweite Antrag richtet sich auf die Veränderung der Ziffer IV. Die Ziffern 1 bis 4 sollen durch den Ihnen vorliegenden Text ersetzt werden.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag greift zurück auf den sogenannten elften Mann in der Montanindustrie. Es gibt in vielen Dingen Meinungsverschiedenheiten unter den Experten über die Verwirklichung paritätischer Modelle, aber es gibt eine relativ breite Übereinstimmung darüber, daß man einem neutralen Dritten nicht die Austragung von Konflikten innerhalb des Unternehmens überlassen und erwarten kann, daß er in der Lage ist, das allein zu tun.

(Beifall)

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden den Stichtscheid einzuräumen ist die gesellschaftsrechtlich zutreffende Form der Lösung des Problems. Was in dem Änderungsvorschlag vorgeschlagen wird, ist nach meiner Überzeugung kein Fortschritt gegenüber der Bundesvorstandsvorlage, sondern ein Rückschritt.

(Beifall)

Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen beiden Änderungsanträgen nicht zuzustimmen. Ich möchte Sie vielmehr bitten - und beziehe mich auf das, was nicht nur der Vorsitzende, sondern was auch andere gesagt haben -, der Vorlage des Bundesvorstandes in unveränderter Form zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Wir sind nunmehr am Schluß der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt angelangt. Ich übergebe das Präsidium zur Durchführung der Abstimmung an unseren Parteifreund Müller (Remscheid).

Adolf Müller (Remscheid), Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Vorlage D 222 zur Hand zu nehmen, ferner den Änderungsantrag D 226, den Antrag der Sozialausschüsse und der Jungen Union. Dazu gehören dann noch die Anträge D 223, D 224, D 225, D 227 und D 228. Die Antragskommission hat die Empfehlung ausgesprochen, daß wir nach Ziffern abstimmen.

Ich rufe also zunächst die Ziffer I des Antrags D 222 auf. Hierzu liegen Änderungsanträge nicht vor. Ich lasse über diese Ziffer I der Vorlage des Bundesvorstandes abstimmen. Wer ihr zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke sehr! Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Ich habe keine Gegenstimme oder Enthaltung gesehen. Danach war das einstimmig.

(Beifall)

Damit sind natürlich alle diejenigen Anträge erledigt, die sich mit diesem Grundsatz der Mitbestimmung beschäftigt haben.

Ich rufe dann die Ziffer II und dazu zunächst den Antrag D 226 auf, und zwar dort den ersten Abschnitt, der den 2. Absatz und den 2. Spiegelsatz betrifft; das ist der Antrag der CDA und der Jungen Union. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, daß wir hierüber schriftlich abstimmen. Wir bitten Sie, den Abstimmungsblock zur Hand zu nehmen, und zwar dort die Karte Nr.03. Diejenigen, die diesem Änderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, geben die weiße Ja-Karte ab, diejenigen, die ihn ablehnen, die rosa Nein-Karte, diejenigen, die sich enthalten wollen, die gelbe Karte. Die Anträge sind hinreichend begründet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag D 226, soweit die Ziffer II davon betroffen ist. Ich darf die Stimmzähler bitten, ihres Amtes zu walten. Sie haben den Stimmblock: Ja, Nein oder Enthaltung.

Ich wiederhole noch einmal: Wer dem Änderungsantrag von CDA und Junger Union die Zustimmung geben will, stimmt mit Ja, die ihn ablehnen mit Nein.

Ich frage, sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte auszuzählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir können die Zeit bis zur Auszählung ausfüllen. Die Antragskommission hat Ihnen vorgeschlagen, die Initiativanträge zu Ziffer II der zu bildenden Kommission zu überweisen. Dazu wäre es allerdings notwendig, daß wir jetzt die Abstimmung über die Ziffer III vorziehen, weil wir über die Ziffer II erst abstimmen können, wenn das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag vorliegt. Ist der Parteitag damit einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch.

Dann rufe ich die Ziffer III des Antrags D 222 auf. Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Ich lasse über die Ziffer III der Vorlage des Bundesvorstandes abstimmen. Wer ihr zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Bei einer Gegenstimme, die ich gesehen habe, ist das so beschlossen.

Ich bitte Sie nun, damit einverstanden zu sein, daß die übrigen Anträge - D 223, 224 und 227 - ebenso wie alle übrigen Anträge, die Abschnitt II betreffen, soweit sie nicht erledigt sind, der Kommission überwiesen werden. Ist der Parteitag damit einverstanden? Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie einverstanden sind, können wir jetzt über den Teil des Änderungsantrags D 226, der sich auf Abschnitt IV des Antrages D 222 des Bundesvorstands bezieht,

bereits mit Stimmzettel O4 ebenfalls schriftlich abstimmen. Ich glaube, wir würden uns damit das Geschäft etwas erleichtern, während die andere Auszählung durchgeführt wird. Sind Sie damit einverstanden? -

(Vereinzelt Widerspruch)

Nicht? Dann unterbreche ich den Parteitag, bis das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag zu II vorliegt.

(Vereinzelt Zustimmung. - Unterbrechung der Sitzung von 18.52 bis 18.57 Uhr)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es wurden 681 Stimmen abgegeben. Ungültig waren 5 Stimmen. Enthalten haben sich 4 Delegierte. Mit Ja haben 200, mit Nein 472 gestimmt. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Teilweise Beifall)

Ich lasse jetzt über Abschnitt II in der Fassung des Antrages des Bundesvorstandes - D 222 - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die überwiegende Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt Teil IV von Antrag 222 und dazu den Änderungsantrag 226 - CDA/Junge Union - mit dem zweiten Teil - betreffend die Ziffern 1 und 4 - auf. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daß wir Ziffer 1 und Ziffer 4 gemeinsam abstimmen, weil sie zusammengehören. - Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich bitte Sie erneut, die Stimmkarte O4 zu nehmen. Diejenigen, die dem Änderungsantrag 226 zu IV ihre Zustimmung geben, bitte ich, mit Ja zu stimmen. Wer dagegen ist, stimme mit Nein, wer sich der Stimme enthalten will, nehme die gelbe Karte.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten einzusammeln. - Darf ich fragen, ob alle Karten abgegeben sind. - Ich höre keinen Widerspruch; dann ist die Abstimmung geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag D 226 Ziffer IV bekannt: Abgegebene Stimmen 674, ungültig 6; enthalten haben sich zwei. Mit Ja haben 218, mit Nein 448 gestimmt. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Vereinzelter Beifall)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer IV in der Fassung der Bundesvorstandsvorlage. Wer dieser Ziffer IV die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Wir haben noch den Antrag D 228. Herr Narjes, ich gebe Ihnen dazu kurz das Wort.

(Zurufe)

- Sie werden gleich zufrieden sein.

Dr. Karl-Heinz Narjes: Ich bitte darum, über diesen Vorschlag nicht abzustimmen, weil er sich in der Sache zur Abstimmung nicht mehr eignet, und bitte, auch ihn an die Fraktion zu überweisen.

(Widerspruch)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, durch ein Versehen von mir ist über Ziffer IV in der Gesamtheit abgestimmt worden. Damit wäre nach meiner Auffassung auch der Antrag von Herrn Narjes erledigt. Ist das auch die Meinung des Parteitages?

(Zustimmung)

- Dann ist Ziffer IV so beschlossen, wie sie der Bundesvorstand vorgelegt hat.

Der Antrag D 225 ist durch diese Abstimmung auch erledigt.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Das Präsidium schlägt Ihnen auch hier schriftliche Abstimmung vor. Wer der Bundesvorstandsvorlage insgesamt die Zustimmung geben will, stimmt auf der Karte O5 mit Ja ab. Wer mit Nein stimmen will, stimmt auf der Karte O5 mit Nein ab. Wer sich der Stimme enthält, gibt die gelbe Enthaltungskarte ab. Jetzt eröffne ich die Abstimmung. -

Die Abstimmung ist geschlossen. Während der Auszählung der Stimmen können wir noch einige andere Anträge zur Mitbestimmung erledigen. Zunächst erteile ich Herrn von Weizsäcker das Wort für die Antragskommission. Ich bitte um Aufmerksamkeit und Ruhe.

Freiherr Dr. Richard von Weizsäcker: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt noch zu denjenigen Anträgen eine Entscheidung zu treffen, über die im Zusammenhang mit der Abstimmung zu Antrag D 222 noch keine Entscheidung getroffen worden ist, weder im negativen noch im positiven Sinne. Es handelt sich um Anträge, die sich im wesentlichen mit folgenden Themenbereichen auseinandersetzen: Depotstimmrecht, Geltungsbereich - also welche Arten von Großunternehmen -, bestimmte Fragen des Wahlverfahrens, Berücksichtigung von Klein- und Belegschaftsaktionären, Berücksichtigung europäischer Harmonisierungsbestrebungen. Zu all diesen von mir genannten Themenbereichen, die ich hier inhaltlich pauschal zusammengefaßt habe, liegen eine Reihe von Anträgen vor, die ich gleich mit den Nummern bekanntgeben werde.

Dazu möchte ich vorher noch dies sagen: Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, alle die jetzt von mir noch zu nennenden Anträge sowohl der Fraktion des Bundestages als auch der Kommission zu überweisen, deren Bildung wir soeben beschlossen haben. Es handelt sich bei der Überweisung an die Fraktion nämlich um den Gedanken, daß für die Übergangszeit die Fraktion bereits eine Entscheidung über diese Materialien treffen muß, während die das künftige Unternehmensrecht betreffenden Fragen von der Kommission zu entscheiden sind.

Es handelt sich um die Anträge D 6, 31, 32, 40, 42, 45, 48, 49, 60, 63, 64, 65, 87, 111, 158, 159, 160, 161, 165, 166, 167, 187, 202 sowie 209 bis 215. Zu allen hier von mir genannten Anträgen,

Herr Präsident, schlägt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und an die Kommission vor.

Es bleibt dann noch ein Antrag, nämlich D 164, der sich mit den Arbeitnehmerkammern befaßt. Hierzu schlägt die Antragskommission dem Parteitag vor, diesen Antrag als erledigt zu betrachten, weiler nämlich bereits in der Ziffer 72 des Berliner Programms beschlossen worden ist und insofern verbindlich für die CDU festliegt.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Dr. von Weizsäcker.

Wird zu dem Vorschlag der Antragskommission das Wort gewünscht? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission - Überweisung der aufgerufenen Anträge an die Bundestagsfraktion und die einzusetzende Kommission - abstimmen. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Darf ich fragen, ob der Parteitag, vor allen Dingen die Antragsteller, hinsichtlich des Antrages Arbeitnehmerkammern der gleichen Ansicht ist, wie das die Kommission vorgetragen hat? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir als beschlossen betrachten, daß der Antrag durch das Berliner Programm erledigt ist.

Meine Damen und Herren, das Parteitagspräsidium schlägt Ihnen vor, nach der Bekanntgabe des Ergebnisses den Parteitag bis 20.00 Uhr zu unterbrechen, daß wir dann mit der Beratung über die berufliche Bildung beginnen, die bis etwa 22.00 oder maximal 22.30 Uhr dauern soll. Wir würden die Beratung über die berufliche Bildung dann morgen früh zu Ende führen,

(Widerspruch)

wenn das nicht in den zur Verfügung stehenden zweieinhalb Stunden abgehandelt werden kann. Sonst kämen wir morgen in allergrößte Zeitschwierigkeiten.

Ich habe das Zischen gehört. Ich möchte daher über den Vorschlag des Parteitagspräsidiums abstimmen lassen, Sie aber vorher alle bitten, sich einmal in die Rolle des Parteitagspräsidiums zu versetzen und sich zu fragen, wie man bei über 1 000 Anträgen den Parteitag über die Bühne bringen will. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das erste war die überwiegende Mehrheit; dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich gebe nunmehr das Ergebnis der Schlußabstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 677. Ungültig 10. Enthaltungen 11. Mit Ja haben gestimmt 559, mit Nein 97.

(Lang anhaltender Beifall und Bravo!-Rufe)

Das Wort hat der Parteivorsitzende.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach diesem großartigen Ergebnis der letzten Ab-

stimmung - großartig nicht aus den Gründen des Prestiges für die, die auf der einen oder anderen Seite standen, großartig für die Christlich Demokratische Union in Deutschland -

(Starker Beifall)

möchte ich allen denen danken, die dazu beigetragen haben, daß dieses Ergebnis möglich geworden ist. Ich nenne ganz besonders und in erster Linie die Freunde der Sozialausschüsse und der Jungen Union, die dieses Ergebnis ermöglicht haben.

(Beifall)

Ich empfinde und möchte sagen, daß dies auch eine Minute ist, in der deutlich werden sollte, daß manches an dem, was an Spannungen notwendig und vielleicht auch nicht notwendig war, jetzt weggenommen ist. Wir wollen allen danken, die hier gesprochen haben. Ich nenne ganz besonders meinen Vorgänger im Amte, unseren Freund Rainer Barzel.

(Beifall)

Manch einer hat diesem Parteitag mit großen Befürchtungen entgegengesehen. Man kann in dieser Stunde sagen, daß wir gerade in der Härte der Auseinandersetzung in Hamburg mehr zueinander gefunden haben als vor diesem Parteitag.

Wir wollen in diesem Augenblick unseren Freunden, Anhängern und Mitgliedern der Christlich Demokratischen Union überall in Stadt und Land zurufen, daß das ein Ergebnis ist, das die Arbeit der Partei trägt. Und wir wollen unseren Gegnern zurufen, daß sie mit dieser Union zu rechnen haben; denn wir setzen auf Sie und nicht auf Platz!

(Beifall)

Ich danke Ihnen allen und sage Ihnen zu, daß der Bundesvorstand möglichst bald unseren Überlegungen entsprechend - wir haben Kurt Biedenkopf und Hans Katzer in diesem Sinne beauftragt -, die Kommission einsetzen wird, die im Sinne des Absatzes III der Vorlage das zukünftige auf Partnerschaft beruhende Unternehmensrecht im Sinne des Absatzes III der Vorlage das zukünftige auf Partnerschaft beruhende Unternehmensrecht im Sinne der Union in Deutschland erarbeiten wird.

(Beifall)

Bei der Gelegenheit darf ich noch eines sagen. Ich danke dem Tagungspräsidium unter der Führung unseres Freundes Müller, das dieses Pensum zu bewältigen hatte.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben dem Parteivorsitzenden für diese Worte zu danken.

Ich unterbreche den Parteitag bis 20.00 Uhr.

(Unterbrechung von 19.31 bis 20.20 Uhr)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Reform der beruflichen Bildung

Wir haben Verständnis dafür, daß die Reihen jetzt noch etwas gelichtet sind, nachdem Sie heute den ganzen Tag so konzentriert und engagiert mitgearbeitet haben. Im übrigen wissen wir aus Erfahrungen, wieviel Vertrauen Sie den Bildungsexperten schenken.

Ehe wir in die Beratung eintreten, möchte ich Sie bitten, einige Druckfehler in den Ihnen vorliegenden Unterlagen zu korrigieren. Nehmen Sie bitte erst einmal die Antragsbroschüre zur Hand, und schlagen Sie Seite 306 auf. Bei Antrag B 283 ist der Kreisverband falsch ausgedruckt. Es muß heißen "KV Gelnhausen", nicht "KV Gelnhausen-Gelsenkirchen".

Der gleiche Fehler findet sich noch einmal bei Antrag B 340 auf Seite 321. Auch dort muß es heißen "KV Gelnhausen".

Bitte nehmen Sie nun die Broschüre "Empfehlungen der Antragskommission" zur Hand. Auf Seite 22 muß es unter Ziffer 4 in der fünften Zeile statt "B 318" heißen: "B 322".

Auf Seite 24 unter Ziffer 5 ist in der vorletzten Zeile "B 22" durch "B 320" zu ersetzen.

Eine letzte Korrektur: Auf Seite 28 im fünften Absatz in der zweiten Zeile muß es statt "B 434 Abs. 1 und 3" heißen: "B 443"

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf: I Grundsatzthesen der beruflichen Bildung, Ziffer 1: Gleichwertigkeit. Dazu gehören die Anträge Nr. B 1 - B 38.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Nr. B 1 unter Beziehung des ersten und zweiten Absatzes von Antrag Nr. B 2 in einer Neufassung. Ich gebe dazu der Vertreterin der Antragskommission, Frau Dr. Wilms, das Wort.

Dr. Dorothee Wilms: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Sie haben schon gehört, die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme von B 1 unter Einbeziehung des ersten und zweiten Absatzes des Antrags B 2 des Landesverbandes Baden-Württemberg als Vorwort in einer Fassung, die Ihnen in diesem grünen Heftchen vorliegt. Ich glaube, ich brauche das nicht zu verlesen. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, erledigen sich die Anträge Nr. B 3 bis B 36, da sie in der Tendenz mit diesem Vorwort und mit dem Antrag Nr. B 1 inhaltlich übereinstimmen. Das gleiche gilt für Nr. B 38.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen dann, den Antrag B 37 der Jungen Union nicht mit hineinzunehmen, weil er zu detailliert ist und sich wegen der etwas komplizierten Darstellung für eine allgemein verständliche Programmaussage wohl nicht eignet.

Ursula Bendix: Vielen Dank Frau Dr. Wilms.

Ich habe nun einige Wortmeldungen für den Bereich der Anträge B 1 bis B 38. Das Wort hat zunächst Minister Vogel, nachher Herr Dr. Klein, dann Herr Dr. Burghardt.

Dr. Vogel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei allem Verständnis für die erregende Debatte von heute nachmittag darf ich Sie jetzt doch im Hinblick auf die Lehrlinge, Ausbilder, Lehrer, Eltern und Betriebe um Ihre Aufmerksamkeit für das Thema berufliche Bildung bitten.

(Beifall)

Auch hier erwarten die Öffentlichkeit und viele in unserer Partei eine klare Aussage von diesem unseren Parteitag. Denn es ist das Verdienst der CDU, die Öffentlichkeit mit Nachdruck auf das Problem der politischen Bildung, der beruflichen Bildung und der Weiterbildung hingewiesen zu haben. Es ist keine Frage, die berufliche Bildung wird in den nächsten Jahren innerhalb des Bildungsbereiches insgesamt Priorität beanspruchen, und sie verdient dies auch. Wir sagen das nicht, weil wir damit etwa die Hochschulen und die Gymnasien abgeschrieben hätten, sondern wir sagen es, weil wir meinen, daß wir mit der Verbesserung der beruflichen Bildung, mit dem Ausbau der beruflichen Bildung auch unseren Hochschulen und unseren Gymnasien am besten helfen können. Wir sagen es, meine Damen und Herren, weil wir einen groben Denkfehler unserer Konkurrenten korrigieren müssen, als ob die geistige und materielle Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes nur von der Zahl der Abiturienten und Akademiker abhinge

(Beifall)

und nicht ebenso sehr von der Qualität der Ausbildung unserer Ingenieure, unserer Techniker, unserer Handwerker, unserer Landwirte und unserer Winzer.

(Erneuter Beifall)

Wir wenden uns damit gegen die Privilegierung der Privilegierten, die zwar für diejenigen, der 10 oder 12 Semester studieren kann, das 13. und 14. Semester verlangt, aber denjenigen, der keine acht Stunden Berufsschulunterricht hat, nicht einmal die neunte oder zehnte einräumen möchte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, berufliche Bildung ist für uns ein Teil unseres Gesamtkonzepts für die Bildungspolitik und soll ein Teil dieser Bildungspolitik bleiben. Wir wollen zumal die Berufsschule nicht von den anderen Schulen trennen. Im Gegenteil, wir wünschen Kooperation und dort, wo es möglich ist, Einbeziehung auch in Schulzentren und in die Zusammenarbeit insbesondere mit der gymnasialen Oberstufe. Aber, wenn wir dies sagen, warnen wir zugleich vor jenen falschen Propheten, die das Ziel in der vollständigen Integration von beruflicher und sogenannter allgemeiner Bildung sehen.

Wer das tut, wertet die betriebliche Ausbildung ab, und wer das tut, redet mit der Forderung nach einer vollständigen Verschulung zugleich

einer Verschlechterung der Qualität der Vorbereitung auf die berufliche Praxis das Wort.

(Vereinzelter Beifall)

Nicht derjenige Techniker wird glücklicher sein, der zuvor auf einer Hochschule war und den Doktorgrad erworben hat, sondern derjenige, der eine gute Techniker Ausbildung genossen hat.

(Beifall)

Wir wollen die Schule in der beruflichen Bildung stärken, aber die Wirtschaft nicht aus der beruflichen Bildung verdrängen.

(Erneuter Beifall)

Täuschen Sie sich nicht, meine Damen und Herren: die Zeit, wo mancher Betrieb mit dem Zitat des Königs von Sachsen versucht, die betriebliche Bildung abzuschütteln, ist, wenn die Diskussion in der Öffentlichkeit keine Korrektur erfährt, nicht mehr weit.

Wir haben hier auf diesem Parteitag unsere Vorlage zu diskutieren. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, daß es sogenannte Markierungspunkte des Herrn von Jahnny und der Bundesregierung in Bonn gibt. Wir sollten, nachdem wir sie seit wenigen Tagen kennen, deutlich sagen: Wie beim Hochschulrahmengesetz wird auch bei diesem Entwurf der Markierungspunkte wieder versucht, in trickreichen Ausflüchten die Freundschaft aller zu erwerben und niemandem eine klare Antwort zu geben.

(Beifall)

Wir meinen, dieser Versuch, auf allen Seiten Freunde zu erwerben, aber nirgends eine präzise Aussage zu wagen, kann nicht unsere Zustimmung finden. Vor allem aber kann es nicht dabei bleiben, daß nur solche Reformen gemacht werden, die nichts kosten, und wenn sie etwas kosten, dann nicht den Bund, sondern allenfalls die Länder. Und so enden diese Markierungspunkte bei 3000 neuen Beamten und einem großen bürokratischen Apparat.

Wir antworten auf diese Markierungspunkte erstens: Wir wollen keine vollständige Integration, sondern wir wollen eine attraktive Alternative zur Oberstufe des Gymnasiums.

(Beifall)

Zweitens: Wir wollen keine hessischen Rahmenrichtlinien nun auch für die Berufsschule, sondern wir wollen eine Aussage, wo der Beruf nicht nur Last, sondern auch Lebensinhalt und Lebenserfüllung sein kann.

(Beifall)

Und schließlich drittens: Wir wollen keine Drittelparität an den überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

(Vereinzelte Zustimmung)

Die Erfahrungen damit an den Hochschulen einiger Länder sagen uns genug.

Wir wollen zentrale Ausbildungsstätten, wir wollen sie gerade für den Bereich des Handwerks. Aber die Zuschüsse des Bundes dürfen nicht an unannehmbare Bedingungen geknüpft sein.

(Beifall)

Denn diese Mittel von Bund und Ländern sind Mittel der Steuerzahler dieses Landes und nicht, meine Damen und Herren, Reizgelder zur Versuchung für unklar Konzeptionierte.

(Vereinzelt Zustimmung)

Und noch eines, meine Damen und Herren: Berufsbildungspolitik ist ein Teil unserer Bildungspolitik, und bei dieser Bildungspolitik hat es gelegentlich den Anschein, als hätten wir in der Christlich Demokratischen Union Verteidigungsposition bezogen, als ginge es uns nur darum, zu retten, was noch zu retten ist. Das Gegenteil, meine Freunde, ist der Fall. Wir verteidigen nicht in diesen Fragen, wir greifen an!

(Beifall)

Wir greifen bildungspolitische Utopien an, die nie Wirklichkeit werden, Pläne, die man nicht ausführen kann, und Ideologien, die "Schule" sagen und "Schulung" meinen.

(Erneuter Beifall)

Ich meine allerdings, meine Freunde, daß es höchste Zeit ist, denn die Eltern, die etwa in Hessen hellwach geworden sind in bezug auf das, was geschieht, warten darauf; viele Lehrer - denn die Mehrzahl der Lehrer ist bereit, wenn wir sie nur auffordern und wenn wir sie nur ansprechen - warten darauf und hoffen darauf. Und seien Sie sicher, die Lehrlinge sind zu gewinnen, und die Schüler an den Gymnasien und die Studenten an den Hochschulen sind zurückzugewinnen, wenn wir sie ernst nehmen und wenn wir nicht durch den Kohlenkeller, sondern wieder durch den Haupteingang in unsere Universitäten eintreten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in einer Krise bei der jungen Generation ist nicht die Autorität, sondern sind nur jene Autoritäten, die erst bei der Heiligen Elisabeth in Allensbach anfragen, was für Antworten man zu geben hat, bevor man sich einer Diskussion stellt.

(Beifall)

Deswegen, meine Freunde, christlich-demokratische Bildungspolitik hat nichts zu verteidigen, sondern hat anzugreifen in der Frage der Struktur und der Organisation, vor allem aber in der Frage der Inhalte. Und es ist jetzt der beste Augenblick, diesen Angriff zu wagen - ihn heute zu wagen im Bereich der beruflichen Bildung.

(Lebhafter Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Vogel, für diese offensive Rede!

(Anhaltender Beifall)

Die beiden nächsten Redner auf meiner Liste habe ihre Wortmeldung zurückgezogen. Jetzt spricht zu uns Herr Dr. Kohl,

(Beifall)

allerdings nicht zur beruflichen Bildung.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich will mich jetzt nicht in dieses schwierige Geschäft der Diskussion über die berufliche Bildung einmischen, aber ich glaube, es läßt sich über dieses Thema - vor allem nach der vortrefflichen Einführung meines Freundes Bernhard Vogel - leichter diskutieren, wenn ich Ihnen die neuesten demoskopischen Zahlen bekanntgebe, die gerade im Augenblick über das Deutsche Fernsehen gelaufen sind. Das Institut für Demoskopie in Allensbach

(Heiterkeit - Zuruf:
Die Heilige Elisabeth!)

hat gerade bekanntgegeben, daß die CDU mit 49 Punkten vor der SPD mit 38 und der FDP mit 11 Punkten liegt.

(Lebhafter Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Kohl, für diese mitreißende und bestärkende Mitteilung!

Wir fahren fort. Ich rufe Antrag B 2 auf. Das Wort hat Frau Dr. Wanda von Baeyer.

Dr. Wanda von Baeyer: In Antrag B 2 des Landesverbandes Baden-Württemberg steht ein Satz, der sich in der von der Kommission empfohlenen Fassung nicht findet. Ich möchte auf diesen Satz noch einmal hinweisen und ihn besonders hervorheben. Es handelt sich um die Aussage:

Berufliche Bildung muß Teil eines umfassenden Gesamtkonzeptes sein.

Wir haben auf diesem Parteitag jetzt zwei Weichenstellungen erlebt, und zwar in Richtung auf die Konzeption eines neuen - sagen wir also das abgegriffene Wort - Menschenbildes; der Begriff ist nicht sehr schön, aber wir wissen, was wir meinen. Es ist das Bild des Menschen, der, von den ordnungspolitischen Einrichtungen her berechtigt, nun auch von der Ausbildung her kompetent und befähigt sein wird, sein politisches und berufliches Engagement in Ausmaß und Richtung selbst zu bestimmen und durchzuhalten.

Dieses Konzept wird umrißklar realisierbar in den Aussagen dieses Parteitages. Es wird insbesondere dabei zu sehen sein, daß wir keine Systemveränderung brauchen, um dieses Konzept zu verwirklichen.

Die Demokratisierer der neomarxistischen Richtung haben ein neues Schlagwort. Es heißt: die multifrontale Strategie der kleinen Schritte zum Sozialismus. Sie rechnen auch die klassenkämpferische politische Mitbestimmung und die klassenkämpferische politische Bildung zu diesem Konzept. Wir sagen dazu nein.

Dieses Nein fundiert sich aber in einem Gesamtkonzept des Menschenbildes und hat erst dort die Möglichkeit, einen Wall gegen die negativen Tendenzen der Systemveränderer aufzurichten, indem es eben die Bildungspolitik nicht isoliert, sondern sie einbaut in eine Gesamtpolitik und einbezieht in eine Aussage darüber, wie sich die CDU die Vorstellungen der Entwicklungen unseres Systems realisierbar denkt und sie realisieren wird.

Hier an dieser Stelle ist es notwendig zu sagen, daß Bildungspolitik, Vermögenspolitik, Wirtschaftspolitik, Parität und Mitbestimmung ein Konzept sind, das einen ganz bestimmten Menschen unserer Systemformung und unserer Möglichkeit zusammensieht.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort zum Antrag B 37 Herrn Ade, Baden-Württemberg.

Meinhard Ade: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, dem Antrag B 37 der Jungen Union zuzustimmen. Im Gegensatz zur Antragskommission sind wir der Meinung, daß sich unser Antrag B 37 durch die Annahme des von der Antragskommission vorgeschlagenen Antrags B 1 plus die ausgewählten Teile aus dem Antrag B 2 Baden-Württemberg weder erübrigt noch daß unser Antrag dem Antrag des Bundesvorstandes widerspricht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß unser Antrag B 37 dem Vorschlag der Antragskommission erst den realen Hintergrund gibt, ohne den die Grundsätze zur Reform der beruflichen Bildung, wie sie von der Antragskommission vorgeschlagen sind, für viele nicht verständlich sind, weil sie einfach die Probleme nicht nennen, die zunächst klar bezeichnet werden müssen, wenn man an eine Reform der beruflichen Bildung geht.

Wenn heute abend der Saal so leer ist, wenn Bildungspolitik abgehandelt wird, so ist das nicht nur eine Folge des Desinteresses, sondern auch eine Folge des Zustandes der Bildungspolitik. Ich meine, das muß man sagen, das ist nämlich die andere Seite.

(Zischen)

Es ist doch ohne Zweifel so, daß - das mag im einzelnen berechtigt sein, in anderen Fällen nicht - diejenigen, für die das nicht Geschäft ist, als aufmerksame Beobachter oft den Eindruck haben, Bildungspolitik vollziehe sich in einem Glashaus, in dem sehr eifrige Leute mit bunten Kugeln spielen und diese in immer neuer Reihenfolge zu immer neuen Modellen zusammensetzen. Es gibt andere, die von ihr betroffen sind, und das sind vor allen Dingen diejenigen, die in die Ausbildung gehen oder in der Ausbildung sind, die langsam zu der Überzeugung kommen, daß die Phase zwischen der Ankündigung von Modellen und ihrer Realisierung so lang ist, daß es sich nicht lohnt, auf eine Reform zu warten.

Ich möchte den Vorwurf, der im Raum steht, egal, ob man ihn teilt oder nicht, weil viele ihn vertreten, nicht gegen das Konzept zur Reform der beruflichen Bildung, das uns hier vorliegt, im ganzen kehren. Ich meine aber, daß zumindest der Antrag B 1 diesen Vorwurf nicht in vollem Maße widerlegt, daß er nicht frei ist von den Fehlern, die ich genannt habe. Wenn ich z. B. in diesem An-

trag B 1 den Satz lese, berufliche Bildung ist Teil eines umfassenden Gesamtbildungskonzepts, so frage ich mich, ob man hier nicht mit einem Bein im Haus des Glasperlenspiels steht und nur mit dem anderen Bein in dem Bereich, wo Wirklichkeitssinn herrscht. Bildungspolitik und berufliche Bildung sind doch nicht Teil eines Konzepts. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, Konzepte für eine berufliche Bildung zu haben, die das Ziel hat, den Anspruch auf Ausbildung aller einzelnen in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Berufliche Bildung ist nicht Teil eines Konzeptes, sondern Konzepte dienen der beruflichen Bildung.

Wenn ich z. B. die einzelnen Prinzipien lese, die dort im Antrag B 1 nebeneinandergestellt sind - berufliche und soziale Mündigkeit, Mobilität, fachliche Qualifikation, Aufstiegschancen -, so sind das alles Dinge, in denen wir vollkommen einig sind. Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß genau diese Ziele von den Betroffenen weitgehend nicht mehr verstanden werden, weil sie nicht immer sehen, wie sie verwirklicht werden.

Ich halte das, was im Antrag B 1 vom Vorstand vorgeschlagen wird, nicht für falsch, aber es bekommt einfach eine Unvollständigkeit, wie ich meine, die wir ergänzen müssen. Diese Unvollständigkeit besteht darin, daß Ziele genannt sind, ohne auf den Hintergrund der Probleme einzugehen. Wir haben ein Modell für die berufliche Bildung vorliegen, über das wir hier verhandeln, das kaum einen Satz über die Probleme der heutigen Arbeitswelt verliert.

Ich möchte nur zwei, drei Probleme nennen, die im Antrag B 37 der Jungen Union angesprochen sind und deren Behandlung in unseren Augen notwendig ist. Da ist zum einen die Frage der Arbeitsteilung. Dies ist keine Frage der Theorie und der Doktrinen. Die Ergebnisse der Arbeitsteilung in der modernen Industrie- und Verwaltungsgesellschaft stellen vielmehr das Grundproblem Nr. 1 für alle dar, die in die Ausbildung gehen, nämlich eine unübersehbare Zahl von Berufen, die es fast unmöglich machen, sich zurechtzufinden, die die Berufswahl zu einer Lotterie machen, zu einem Griff in die Loskiste, wobei man nicht weiß, ob man das Richtige erwischt hat und ob das, was man erwischt hat, in fünf Jahren auch noch Bestand haben wird.

Zum zweiten muß man die Frage der Abhängigkeit in unserer heutigen Berufswelt ansprechen. Diese Abhängigkeiten sind zum Teil notwendig, und zwar überall dort, wo erst ein Ineinandergreifen von Aufgaben ein Ganzes ergibt. Dort bestehen Abhängigkeiten. Aber nur, wenn wir diese Fragen ansprechen, haben wir auch die Chance, klarzumachen, daß diese Abhängigkeiten in manchen Fällen notwendig sind, und erhalten auch die Chance deutlich zu machen, wo Abhängigkeiten Folge veralteter Strukturen sind, besonders in der Lehrlingsausbildung, wo Abhängigkeit die Folge von Willkür auch heute noch ist.

Zum dritten muß die staatliche Verantwortung für diesen Bereich herausgestellt werden, daß dies ein Bereich teilstaatlicher Ordnungspolitik ist, wie es in unserem Antrag steht, denn Bildungspolitik ist eben nicht nur eine Sache neben anderen, sondern ein ganz elementarer ordnungspolitischer Ansatz. Ordnungspolitik wird nicht nur über Institutionen gemacht, sondern in erster Linie dadurch, daß man den Menschen in der Ausbildung die Möglichkeit gibt, ihre Ausbildung zu verstehen, dann ihre Arbeit zu verstehen, denn wer seine Arbeit nicht versteht, versteht die Arbeitswelt nicht,

und wer die Arbeitswelt nicht versteht, wird letzten Endes auch unsere politische Ordnung nicht verstehen.

Ich meine, diese drei Punkte gehören in die Grundsätze. Wir haben sie in Antrag B 37 behandelt. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag B 37 neben dem Vorschlag der Antragskommission zuzustimmen.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ade. Meine Damen und Herren, das Präsidium hält es für erforderlich, wieder eine Redezeitbegrenzung von 5 Minuten einzuführen.

(Zustimmung)

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Burghardt, Baden-Württemberg.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bevor wir in Detaildiskussionen eintreten und die einzelnen Anträge begründen oder ablehnen - das betrifft insbesondere den Antrag der Jungen Union - müssen wir ganz klar darüber sein, was wir als CDU bei diesem Parteitag wollen. Wir sollten hier nicht darüber diskutieren, ob diese oder jene Detailfrage, ob die Junge Union oder Baden-Württemberg oder ein Stück Rheinland in das Bundeskonzept hineingenommen wird.

(Beifall)

Es geht in diesem Bereich doch um die prinzipielle Aussage, daß wir die Wahrhaftigkeit der CDU-Programme, wie wir sie auf verschiedenen Parteitagen formuliert haben, auch im einzelnen durchführen werden. Es geht darum - auch im Hinblick auf die Markierungspunkte der SPD und der FDP -, ob wir als Partei die Tendenz haben, der Verstaatlichung und Verschulung stärkeren Einfluß einzuräumen. Das ist eine sachliche Alternative, über die man durchaus diskutieren kann. Oder geht es darum, daß wir den Gedanken der Subsidiarität und der Freiwilligkeit, wie er in all unseren Programmen steht, auch in der Berufsbildung konsequent verwirklichen?

Der allgemeine Trend ist, daß die Verschulung und die Verstaatlichung seit dem Berufsbildungsgesetz in einem starken Maß zugenommen haben. Ich zeige Ihnen hier eine Graphik. Dort erkennen Sie den Einfluß des Staates. Bei dem heutigen Trend und den Markierungspunkten der Bundesregierung wird der Eigeninitiative praktisch kein Spielraum mehr gelassen. Wir können doch nicht einer Verstaatlichung der beruflichen Bildung das Wort reden und gleichzeitig mehr freiwilliges Engagement verlangen.

Ich bitte deshalb, den Antrag der Jungen Union abzulehnen. Das tut mir leid. Ich bin mit dem einverstanden, was mein Parteifreund Ade am Anfang gesagt hat. Aber ich bitte Sie, den Antrag deshalb abzulehnen, weil hier undifferenziert von der staatlichen Ordnungsfunktion und der staatlichen Aufgabe gesprochen wird und nicht klargestellt ist, wieweit der Einfluß des Staates gehen soll und wo das Subsidiaritätsprinzip anzufangen hat.

Ich möchte mich zu diesem Punkt nicht weiter auslassen, weil ich der Auffassung und auch überzeugt bin, daß das zentrale Kapitel IV - Kontrolle und staatliche Aufgaben - im einzelnen durchzudiskutieren ist.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Burghardt. Für die Antragskommission hat Frau Dr. Wilms das Wort.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum, den Antrag B 37 der Jungen Union abzulehnen, nicht etwa weil die Aussagen dort falsch wären - das wäre wirklich ein Mißverständnis -, sondern weil wir der Auffassung sind, daß ein Parteiprogramm knapp, klar und einleuchtend sein muß und daß kein Raum dafür ist, alle Probleme darzustellen, und daß akademische Ausführungen zu dem Komplex der beruflichen Bildung mit allen Problemen, die auch aus der Arbeitswelt das hineinspielen, nicht hierner gehören.

Wir bitten Sie also, dem Antrag des Bundesvorstands mit der Ihnen vorliegenden Ergänzung von Baden-Württemberg zuzustimmen.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Wilms.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Voten gehört. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. - Zur Geschäftsordnung hat Herr Müller (Berlin) das Wort.

Johannes Müller: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich halte das Thema Berufsbildung für sehr ernst und wichtig. Ich sehe nicht ein, daß hier Beschlüsse mit einer Minderheit der Delegierten gefaßt werden, und stelle daher den Antrag, die Beschlußfähigkeit dieses Hauses festzustellen.

(Beifall und Widerspruch)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Das Plenum hat den Antrag gehört. Wer möchte dagegen sprechen? - Dann stimmen wir jetzt über den Antrag ab.

(Unruhe)

- Zur Geschäftsordnung Herr Sturke.

Heinrich Sturke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Herrn Müller aus Berlin sehr herzlich bitten, seinen Antrag zurückzuziehen.

(Beifall)

Ich glaube nicht, daß es als Desinteresse zu werten ist, wenn hier nicht alle Plätze besetzt sind. Ich meine, daß alle an der Kulturpolitik, an der beruflichen Bildung Interessierten jetzt ihren Platz innehaben.

(Beifall)

Das sollte für Herrn Müller ein Grund sein, seinen Antrag zurückzuziehen, um mit ihm nicht eventuell den Verlauf des Partei-

tags zu stören. Ich habe diese herzliche Bitte, Herr Müller.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Ich frage Herrn Müller, ob er seinen Antrag zurückzieht. - Nein.

(Zurufe)

- Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich bin ziemlich sicher, daß wir keineswegs einen Grund haben, jetzt das Ergebnis einer Auszählung zu fürchten. Aber ich schlage vor, daß wir im Moment noch weiter diskutieren. Gleichzeitig trage ich dafür Sorge, daß über den Hauslautsprecher die Kollegen hereingerufen werden, damit auf alle Fälle in wenigen Minuten ausgezählt werden kann.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind. - Meine Damen und Herren, wir stellen die Abstimmung über diesen Punkt zurück.

Ich rufe jetzt Ziffer 2 auf: Verwirklichung dieses Ziels. Dazu gehören die Anträge B 39 bis 52. Sie haben das Votum der Antragskommission vorliegen. Ich habe hier eine Wortmeldung zu Antrag B 39 von Herrn Woerner, Württemberg-Hohenzollern. - Vorher erteile ich aber das Wort zur Geschäftsordnung Herrn Franke (Osnabrück).

Heinz Franke: Meine verehrten Freunde! Ich kann den Unwillen des Kollegen Müller verstehen. Ich habe gerade mit ihm gesprochen. Er ist bereit, seinen Antrag zurückzuziehen. Er bittet nur darum, meine Damen und Herren, die Redezeit zu verkürzen und daß das Präsidium einen Schluß der Debatte ansteuert. Unter diesen Bedingungen ist Herr Kollege Müller bereit, seinen Antrag zurückzuziehen.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Kollegen Franke und Herrn Kollegen Müller.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über I 1. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Danke. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Dieses Kapitel ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe jetzt auf die Ziffer 2: Verwirklichung dieses Zieles. Dazu gehören die Anträge B 39 bis B 52. Ich erteile das Wort Herrn Wörner.

Heinrich Wörner: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bewundere das Vertrauen, das Sie der Antragskommission entgegenbringen. Ich schätze mit Ihnen die Antragskommission und sehe,

daß es wahrscheinlich schwierig werden wird, mich in diesem Fall gegen sie durchzusetzen, wo ich gegen den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 2 sprechen möchte.

Ich habe mir den Antrag des Bundesvorstandes, der von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagen wird, angesehen und muß zugeben, daß er die Bedingungen der Antragskommission erfüllt: Er ist sehr einfach gehalten. Ich meine jedoch, er ist so einfach gehalten, daß fast nichts mehr drinsteht und daß er zumindest die Forderungen der Überschrift, die er von der Antragskommission erhalten hat, nicht erfüllt. Denn in den Empfehlungen der Antragskommission steht: "Verwirklichung dieses Zieles".

Ich meine, die zwei, drei Sätze genügen dazu nicht. Es müßte in diesem Abschnitt dann doch etwas gesagt werden darüber, wie wir die Gleichwertigkeit - denn so ist der erste Abschnitt überschrieben - erreichen wollen; nicht im Detail, das ist klar, aber zumindest in einigen grundsätzlichen Ausführungen, die mindestens über das hinausgehen müßten, was die Vorlage vorsieht. Meines Erachtens müßte darüber etwas darin stehen, daß die berufliche Bildung über eine ausgeweitete Allgemeinbildung durchlässiger gestaltet werden muß, vor allem im Hinblick auf die Durchlässigkeit bis zur Hochschulreife. Das müßte zumindest in einigen grundsätzlichen Ausführungen stehen.

Vorhin wurde schon gesagt, bei Ziffer 1, die Ausführungen der Jungen Union seien zu ausführlich. Ich empfehle Ihnen noch einmal, sich die entsprechenden Ausführungen der Jungen Union zu Ziffer 2 anzusehen. Sie sind ausführlicher. Ich meine, es wäre gut, wenn wir dazu ein bißchen mehr sagten.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wörner. Meine Damen und Herren, ich erteile Frau Dr. Wilms von der Antragskommission das Wort.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Dem Herrn Vorredner ist sicherlich zuzustimmen, daß der Passus der Bundesvorlage B 39 kurz ist für diese wirklich sehr umfassende Problematik. Aber die Antragskommission steht auch hier wieder auf dem Standpunkt, daß wir uns zu dieser sehr komplexen Materie möglichst klar und möglichst zielstrebig ausdrücken sollten.

Der Antrag der Jungen Union B 51 scheint mir diesem Prinzip doch nicht ganz zu entsprechen. Er ist wiederum richtig in seiner Grundkonzeption, für den Laien, für einen, der sich nicht so sehr mit Fragen der beruflichen Bildung befaßt hat, aber doch, glaube ich, wieder recht kompliziert. Wir plädieren also nach wie vor seitens der Antragskommission für Annahme des Antrages B 39 des Bundesvorstandes.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Dr. Wex.

Dr. Helga Wex: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte noch einmal, sich den Antrag B 39 anzusehen. Ich bitte wirklich dringend - es würde jetzt zu weit gehen, einen Antrag zu stellen -

daß die Redaktionskommission genau prüft, wie der Begriff im letzten Satz zu ersetzen ist. Da steht:

Sie muß nach einem bildungspolitischen und pädagogischen Konzept gestaltet werden, das die Möglichkeit der Schule wie des Betriebes im Sinne der Vorbereitung auf die Arbeitswelt gleichermaßen nutzt.

Wenn ich unsere ganze Diskussion über die berufliche Bildung richtig verstehe - dabei unterstreiche ich den Ansatzpunkt, den Herr Vogel hier dargelegt hat -, dann geht es nicht, daß wir Schule und Ausbildungsstätte in dem Antrag etwa nur in der Absicht lassen, eine Ausbildung für die Arbeitswelt zu bekommen. Das ist ein rein sozialistischer Begriff. Es muß so aussehen, daß die pädagogische Befähigung auch für etwas Weiteres gilt, nämlich für eine Gesamtübersicht. Es steht ja auch im Vorspann, daß die jungen Menschen, die eine berufliche Bildung haben, nicht nur auf die Arbeitswelt ausgerichtet werden, sondern eine allgemeine Bildung haben müssen.

Man müßte überlegen, ob man so etwas für den "weiteren Lebensweg" formulieren kann. Ich weiß, das ist viel zu lyrisch. Aber in diesem Zusammenhang ist Arbeitswelt viel zu eng und würde nicht genau das treffen, was wir mit der beruflichen Bildung anstreben.

Ich bitte also das Präsidium dringend zu veranlassen, daß das bei der Überarbeitung noch einmal bedacht wird.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Ich glaube, Frau Dr. Wex, Ihrem Anliegen ist insgesamt entsprochen. Wir werden das aber an die Redaktionskommission weiterleiten.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Ich komme jetzt zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen will, möge seine Stimmkarte erheben. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 3 auf: Allgemeine und berufliche Bildung. Dazu gehören die Anträge Nr. B 53 bis B 69. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 53 unter Einbeziehung von B 557.

Dazu hat das Wort Frau Dr. Wilms von der Antragskommission.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B 53 prinzipiell anzunehmen. Konkret empfehlen wir Ihnen, Satz 1 und 2 wörtlich anzunehmen und nunmehr hinzuzunehmen den Initiativantrag, der Ihnen vorliegt, Antrag Nr. B 557 von Baden-Württemberg. Bei einer kleinen stilistischen Änderung würden wir Ihnen empfehlen, als Satz 3 anzunehmen:

Für Abiturienten müssen als Alternative zum Studium qualifizierte berufsbezogene Bildungswege im dualen System außerhalb der Hochschule geschaffen werden, die eine dem Hochschulabschluß gleichwertige Berufsqualifikation ermöglichen.

Dann folgt der Satz 4 des Antrages B 53.

Das heißt also, wir wollen eine stärkere Betonung der Abiturientenausbildung im dualen System außerhalb der Hochschule mit der Betonung auf Gleichwertigkeit zum Hochschulabschluß.

Ich wiederhole also noch einmal: Wir schlagen vor die grundsätzliche Annahme von B 53 erster und zweiter Satz, dann den Einschub des Satzes 3 aus dem Antrag B 557 von Baden-Württemberg; der letzte Satz entspricht wieder der Bundesvorlage.

(Zuruf: Der Antrag liegt nicht vor)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Der Antrag ist verteilt worden. Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Wer diesem so geänderten Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. Danke. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Mit Mehrheit angenommen.

Ehe wir fortfahren, eine herzliche Bitte des Präsidiums: Die Landesvorsitzenden mögen doch versuchen, ihre Delegierten zu sammeln, und sie veranlassen, ins Plenum zu kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren fort mit der Ziffer 4: Theorie und Praxis und Berufliche Bildung. Dazu gehören die Anträge B 70 bis B 104 und der neue Antrag B 559.

Für die Antragskommission hat zunächst Frau Dr. Wilms das Wort.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B 70 des Bundesvorstandes anzunehmen, allerdings mit einigen Ergänzungen. Der Antrag B 70 beinhaltet die Ziffern 4 und 5. Nach Auffassung der Antragskommission sollte Antrag B 443, der die Übereinstimmung mit der Berufsbildung in Europa betont, als neue Ziffer 6 hinzugefügt werden. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen ferner, als neue Ziffer 7 den Antrag B 322 hinzuzunehmen, weil in diesem Antrag die freie Trägerschaft auch im berufsbildenden Schulwesen besonders betont wird.

Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen, erledigen sich die Anträge B 71 bis B 78, B 80 bis B 83, B 86 bis B 99.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen Ablehnung der Anträge B 79 und B 84, weil sie teilweise viel zu speziell sind und sich teilweise zu sehr in pädagogische Überlegungen hineinbewegen. Dies gilt auch für die Anträge B 85, B 100, B 101 und B 104. In diesen Anträgen finden sich zum Teil sehr spezielle Ausführungen, die in dieses Programm wohl nicht hineinpassen.

Antrag B 102, der in dem Kapitel "Reform der beruflichen Bildung" zu finden ist, würde sich erledigen, wenn Sie später Antrag B 265 des Bundesvorstandes annehmen.

Der Antrag B 103 würde sich dann erledigen, wenn sie später, genauer gesagt: morgen, den Antrag F 25 annehmen, denn es handelt sich hier um das Thema "Jugendarbeitsschutz". Dieses Thema paßt insoweit nicht in das jetzt zu behandelnde Kapitel hinein.

Der Landesverband Baden-Württemberg hat des weiteren den Initiativantrag B 559 vorgelegt. Die Antragskommission empfiehlt, diesen

Antrag, der sich mit der beruflichen Weiterbildung befaßt, nicht in dieses Grundsatzkapitel hineinzunehmen, weil das ganze Kapitel der Weiterbildung zu einem späteren Zeitpunkt in umfassenderer Weise behandelt werden soll. Wir kommen ja später noch einmal auf die ganze Weiterbildung zurück. Man würde dem Problem der Weiterbildung nicht gerecht, wenn man es nur mit einem kurzen Absatz abtäte. Deshalb empfehlen wir den Ablehnung des Antrages B 559.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Wilms!

Zum Antrag B 81 hat jetzt Herr Cornelius, Rheinland, das Wort.

Helmut Cornelius: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Ziffer 5 des Antrag B 70 nur eine kleine Anregung geben. Mein Kreisverband hat hierzu beantragt, den Satz

In vielen Berufsfeldern ist der Lernort
Betrieb unverzichtbarer Teil der Berufs-
bildung.

zu streichen, nicht etwa, weil wir meinen, daß der Betrieb dazu nicht erforderlich wäre, sondern ganz im Gegenteil! Wenn Sie den Satz davor und den Satz danach lesen, stellen Sie fest, daß dieser Satz, den man in anderem Zusammenhang vielleicht unterstreichen und unterschreiben könnte, in diesem Zusammenhang im Grunde genommen nichts anderes als eine Verunklarung, eine Verunsicherung des dualen Systems darstellt. Die Antragskommission hat uns wiederholt deutlich gemacht - und der Parteitag ist dem gefolgt -, daß es notwendig ist, ein solches Programm zu straffen und klare Aussagen zu treffen. Dieser Satz entbehrt in diesem Zusammenhang der Klarheit. Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Danke, Herr Cornelius!

Zu Antrag B 98 hat jetzt Herr Neubüser das Wort.

Uwe Neubüser: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte die Antragskommission, ihren Standpunkt zu überprüfen, ob durch die Annahme des Antrages des Bundesvorstandes tatsächlich der Antrag B 98 der Jungen Union erledigt ist. Der Antrag B 98 behandelt nämlich eine Materie, die nach Auffassung der Jungen Union nicht in der Vorlage des Bundesvorstandes enthalten ist. Es geht hier um die Forderung nach einer wissenschaftlichen Ausarbeitung von Berufsbildungsgängen und einer Intensivierung der Berufsbildungsforschung. Ich glaube, jeder, der sich in der Berufsbildung bewegt, weiß, wie wichtig gerade die Berufsbildungsforschung für die Weiterbildung der Berufsbildung ist. Unsere heutigen Berufsbilder sind oft aus einer historischen oder traditionellen Entwicklung erwachsen. Zum Teil können sie für Archäologen interessante Funde bringen. Ich möchte dafür ein Beispiel anführen. Im Bereich des kopfbedeckenden Gewerbes gibt es heute noch die Berufsbilder des Hutmakers, des Mützenmakers, des Putzmachers. Ich glaube, jeder, der die Dinge kennt, weiß, daß eine schleunige Überarbeitung unserer Ausbildungsordnungen und damit eine Intensivierung der Berufsbildungsforschung notwendig ist. Wir wissen alle, daß das Bundesinstitut für Berufsbildungs-

forschung noch auf Jahre hinaus mit seinem eigenen Selbstverständnis und seiner Selbstdefinition beschäftigt ist. Wir sollten deshalb durch die Annahme dieses Antrages der Jungen Union einen Schwerpunkt in diesem Bereich setzen, um damit zu gewährleisten, daß nicht nur neue, zusammengefaßte moderne Ausbildungsordnungen entstehen sondern diese auch immer wieder überprüft werden und den Wandlungen von Wirtschaft und Gesellschaft angepaßt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag der Jungen Union anzunehmen.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Danke, Herr Neubüser!

Für die Antragskommission hat nun wieder Frau Dr. Wilms das Wort.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren! Zunächst zu dem Antrag, der den zitierten Satz aus Ziffer 5 des Antrag B 70 betrifft. Ich bitte Sie, nicht auf diesen Satz zu verzichten. Es heißt in dem Antrag B 70 ja: "In vielen Berufsfeldern". Hier ist eine Formulierung gewählt worden, die deutlich macht, daß man zwar auf den Lernort Betrieb nicht verzichten will, daß aber die Situation in den verschiedenen Berufsfeldern und Berufsbereichen höchst unterschiedlich ist. Sie wissen alle, welche politische Bedeutung gerade dieses Thema heute hat. Die Antragskommission bittet Sie also, nicht auf diesen Satz zu verzichten.

Nun zu dem Antrag B 98 der Jungen Union. Es ist sicher richtig, daß die Berufsbildungsforschung heute einen großen Wert hat und auch künftig noch haben wird. Dies ist sachlich sicher nicht strittig. Wir sind jedoch der Auffassung, daß durch den gesamten Text der Vorlage deutlich wird, daß die ganzen Ziele, die hier angestrebt werden sollen, ohne die Berufsbildungsforschung gar nicht erreicht werden können, so daß man wiederum auf einen Detailverweis verzichten kann.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank Frau Dr. Wilms!

Zu Antrag B 559 hat jetzt Herr Dr. Burghardt das Wort.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die Bitte, daß der Antrag B 559 des Landesverbandes Baden-Württemberg in irgendeiner Weise in das Papier aufgenommen wird, und zwar aus folgendem Grund. Die Aussagen zur beruflichen Bildung können sich - auch wenn wir die Tendenz haben, die ganze Angelegenheit zu straffen - nicht darin erschöpfen, daß vorrangig über die berufliche Bildung und Ausbildung von Lehrlingen gesprochen wird.

Berufliche Bildung hat im Sinne einer Erwachsenenbildung und beruflichen Weiterbildung bei der CDU einen erheblichen Stellenwert. Es war die CDU, die auch in der Frage des Zweiten Bildungsweges und der beruflichen Weiterbildung vorrangig tätig war und als erste Partei dieses Problem erkannt hat. Ich darf Sie bitten, daß wir in diesem Punkt nicht hinter die Parteiprogramme der anderen Parteien zurückgehen, die alle bei ihren Plänen der beruflichen Bildung diesen Punkt in kurzer Form aufgenommen haben.

Ich bitte deshalb, diesen Antrag aufzunehmen. Ich bin damit einverstanden, wenn der Antrag von Baden-Württemberg im Kapitel VI der Vorlage des Bundesvorstandes aufgenommen wird. Wir legen nicht unbedingt Wert darauf, daß er an dieser Stelle herein muß. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Ich glaube, hier handelt es sich weitgehend um ein Mißverständnis. Dazu noch einmal Frau Dr. Wilms.

Dr. Dorothee Wilms: Meine Damen und Herren, der B 559 über die Weiterbildung sollte unserer Auffassung nach nicht hier vorne behandelt werden, denn es würden dann in den weiteren Kapiteln quasi die Ausführungen zu dem Thema Weiterbildung fehlen. Das ganze Thema Weiterbildung ist in diesem Konzept nicht in detaillierter Form dargestellt worden. Wir sind der Auffassung, daß sich der Bundesvorstand oder entsprechende Kommissionen künftig allerdings sehr intensiv mit diesem Thema befassen sollten und daß man es deshalb gerade hier nicht mit einem kurzen Hinweis abtun sollte. Es ist die Frage, ob nachher bei dem ganzen Kapitel Weiterbildung noch einmal auf dieses Problem zurückzukommen ist. Hier am Anfang bei den Grundsätzen sollte es nach unserer Auffassung in dieser kurzen Form nicht auftauchen, gerade weil es ein so wichtiges Problem ist.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Danke, Frau Dr. Wilms. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem so erweiterten Antrag der Antragskommission unter 4 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, jetzt die Stimmkarte zu erheben. - Danke. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das ist angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Kapitel II: Berufsberatung und Berufswahl. Dazu gehören die Anträge B 105 bis 148. Sie haben die Empfehlungen der Antragskommission vorliegen.

Ich habe hier eine Wortmeldung zu B 106. Herr Dr. Ecker.

Dr. Kurt Ecker: Meine Damen und Herren, meine Bitte vom Landesverband Saar geht scheinbar nur auf eine kleine Sache aus. Ich bitte aber, sie zu bedenken. Es handelt sich hier um die Information, die in dem Vorschlag der Antragskommission für die Schüler der Klassenstufen 7 bis 9 angesprochen wird. Wir vom Saarland halten das in der vorliegenden Form aus zwei Gründen nicht für richtig. Einmal muß die vorliegende Fassung den Eindruck vermitteln, als würden nur Schüler der Hauptschulen angesprochen; denn es ist nicht von verschiedenen Schulformen die Rede, sondern es wird nur von Schulen gesprochen, und das könnten auch nur Hauptschulen sein. Zum zweiten stellt sich die Frage, warum die Information über die beruflichen Möglichkeiten im wesentlichen auf die Klassenstufen 7 bis 9 beschränkt sein soll. Wir können nicht einsehen, daß gerade die Realschüler, die in der 10. Klasse sind, und die Gymnasiasten ab der 10. Klasse nicht auch der Beratung und der Information über die beruflichen Bildungsmöglichkeiten bedürften. Deshalb also dieser Wunsch. Wenn man von Chancengleichheit spricht, sollte man nach unserer Auffassung auch den Gymna-

siasten und Realschülern die Chance geben, sich in den Schulen in den höheren Klassen bereits über die beruflichen Möglichkeiten zu informieren. Deshalb unser Antrag, insoweit zu formulieren: bereits ab den Klassenstufen 7 aller Schulformen, also nicht, wie es hier steht: besonders in den Klassenstufen 7 bis 9.

(Vereinzelter Beifall)

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Ecker.

Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? - Herr Kultusminister Hahn.

Prof. Dr. Hahn: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission glaubt, daß das Anliegen des Herrn Antragstellers in Wirklichkeit schon durch die Formulierungen, die wir gefunden haben, abgedeckt ist. Denn wenn es hier heißt: ... erfaßt alle Schüler in den Klassen 7 bis 9, so sind damit selbstverständlich alle Schularten mit einbezogen. Wir glauben, daß das eigentlich genügt.

Ursula Benedix, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kultusminister Hahn.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das gesamte Kapitel II betreffend die Anträge B 105 bis B 148. Wer der Vorlage der Antragskommission seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Zeichen. - Vielen Dank. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltung? - Dieses Kapitel ist ebenfalls angenommen.

Meine Damen und Herren, ich habe das Gefühl, daß die Landesvorsitzenden nicht erfolglos gewesen sind. Der Saal hat sich doch erfreulich gefüllt.

Ich übergebe jetzt den Vorsitz an Herrn Schnipkoweit.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Kapitel III - Berufliche Bildung in Schule und Betrieb - auf. Wir kommen zunächst zu Ziffer 1: Berufliche Bildung. Dazu gehören die Anträge Nr. B 149 bis B 175 und der Antrag B 560.

Für die Antragskommission hat Herr Dr. Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, wie Sie gerade gehört haben, Annahme des Antrags Nr. B 149; aber sie schlägt Ihnen vor, den Antrag B 560, den Sie als Tischvorlage haben, in den Antrag B 149 aufzunehmen. Er hätte nunmehr folgenden Wortlaut:

Berufliche Bildung vollzieht sich an den Lernorten, Betrieb und Schule in öffentlicher Verantwortung. Kernpunkt der Reform ist die Verbesserung der Ausbildung in beiden Bereichen und die wirksamere Verzahnung von Praxis und Theo-

rie. Berufliche Bildung erfolgt im Bereich der Sekundarstufe II, sie muß mit dem allgemeinbildenden Schulwesen durch abgestufte und differenzierte Ausbildungswege in Pflicht- und Wahlschulen enger verbunden werden und ein berufsübergreifendes Unterrichtsangebot einschließen, zu dem auch das Fach Sport gehört. Berufliche Bildung vermittelt gestufte berufsqualifizierende und allgemeinbildende Abschlüsse.

Die Antragskommission möchte damit dem Petition, den Sport ausdrücklich zu erwähnen, entsprechen, andererseits seine Festlegung auf eine bestimmte, exakte Wochenzahl pro Schuljahr beim Blockunterricht nicht in ein derartiges Grundsatzprogramm aufgenommen sehen. Sie empfiehlt Ihnen deswegen die vorgelesene Fassung des Antrags B 149.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Vogel.

Das Wort zu B 149 hat Herr Geil.

Rudi Geil: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie namens des Landesverbandes Rheinland-Pfalz um eine kurze Ergänzung des Antrags B 149, und zwar um den ersten Satz des zweiten Absatzes von Antrag B 154. Dieser Satz lautet: "Berufliche Bildung vollzieht sich in den Betrieben der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung und in den freien Berufen." Ich bin der Auffassung, daß der Begriff "Betrieb", zumindest nach Ansicht der breiten Öffentlichkeit, die freien Berufe und auch die öffentliche Verwaltung nicht mit einschließt. Dies sollte mit diesem Antrag ergänzt und verdeutlicht werden. Ich glaube, wir können es uns einfach nicht leisten, gerade den Bereich der öffentlichen Verwaltung hier herauszulassen, weil dort sehr viele Lehrlinge oder Auszubildende eintreten und weil zweitens - auch das sage ich ganz offen - gerade der Bereich der öffentlichen Verwaltung mit Blick auf die Wirtschaft vorbildlich sein sollte.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön! Das Wort zum Antrag B 150 hat Herr Dr. Burghardt.

Dr. Hans Dieter Burghardt: Ich habe die Bitte, daß in den Antrag B 149 der letzte Satz des Antrags des Landesverbandes Baden-Württemberg aufgenommen wird.

Begründung: Es handelt sich nicht um eine philologische oder stilistische Frage, wenn es dort heißt: "vorwiegend im Bereich der Sekundarstufe II". Mit der Annahme des Antrags B 557 des Landesverbandes Baden-Württemberg ist die berufliche Bildung auch auf den tertiären Bereich erweitert worden. Darüber hinaus mache ich darauf aufmerksam, daß die Nichteinfügung dieses Wortes auch eine Vorentscheidung über die Einstufung des Berufsgrundausbildungsjahres bedeuten würde.

Ich möchte deshalb bitten, den Antrag der Antragskommission wie folgt zu ergänzen: "Berufliche Bildung erfolgt vorwiegend im Bereich der Sekundarstufe II", damit dem angenommenen Antrag B 557

von Baden-Württemberg Rechnung getragen wird und keine Vorentscheidung über das Berufsgrundbildungsjahr fällt.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön! - Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Zu dem Antrag, der hier von Herrn Geil begründet wurde, möchte die Antragskommission positiv Stellung nehmen und vorschlagen, dem Antrag B 149 vorletzten Satz des Antrags B 154 hinzuzufügen. Allerdings muß er dann mit dem Wort "Sie vollzieht sich in den Betrieben der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung und in den freien Berufen" beginnen. Was den Antrag von Herrn Burghardt betrifft, das Wort "vorwiegend" in den Satz: "Berufliche Bildung erfolgt im Bereich der Sekundarstufe II" einzufügen, so habe ich mich gerade vom zustimmenden Votum der Mehrheit der Antragskommission überzeugt. Ich gebe dieses Mehrheitsvotum weiter.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Vogel!

Wortmeldungen zu diesem Kapitel liegen nicht mehr vor. Ich lasse abstimmen. Wer dem Kapitel "Berufliche Bildung", so wie von Herrn Dr. Vogel begründet, zustimmen will, den bitte ich um das Kartenziehen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe das Kapitel 2 - Berufliche Grundbildung - auf und erteile Herrn Rebstock das Wort zum Antrag B 176.

Franz Rebstock: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn wir heute die Entscheidung über die Gestaltung der beruflichen Grundbildung fällen, dann haben wir die Wahl zwischen einem verschulten Berufsgrundschuljahr und einem in Theorie und Praxis ausgewogenen Berufsgrundbildungsjahr. Ich bin der Ansicht, daß wir mit einer verschulten beruflichen Grundbildung den Jugendlichen keinen Dienst erweisen.

(Dr. Bernhard Vogel: Sie sprechen zu früh, Herr Rebstock!)

- Daran bin ich nicht schuld, sondern daran ist der Herr Präsident schuld.- Viele von uns wissen noch aus eigener Erfahrung, daß sich nach Abschluß der Allgemeinbildung eine mehr oder weniger große Schulmüdigkeit einstellt. Diese würde in einer rein verschulten Grundbildung die Leistungsbereitschaft der Jugendlichen nicht unwesentlich beeinträchtigen. Ein schulisches Berufsgrundschuljahr als Wurmfortsatz der Allgemeinbildung wäre schon deshalb nicht geeignet, die berufliche Ausbildung attraktiver und insgesamt wirkungsvoller zu gestalten.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang vor allem auch nicht, daß ein erschreckend großer Teil der Auszubildenden - im Bundesdurchschnitt sind es 27 % - den Hauptschulabschluß nicht erreicht hat und durch eine rein schulische Grundbildung von vornherein wie-

der zu den Verlierern bei der Reform der beruflichen Bildung zählen würde. Die Absicht, für mehr Chancengleichheit zu sorgen, würde damit praktisch in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Dann, meine Damen und Herren, dürfen wir bei der Bemessung unserer Reformpläne auch nicht an den finanzpolitischen und berufsschulpolitischen Realitäten vorbeigehen. Wie sieht es denn heute aus, frage ich Sie? Wie verfährt denn der Staat mit den 1,3 Millionen Jugendlichen, die den Weg in die Berufsschulbildung gewählt haben? Leider müssen wir feststellen, daß es doch die Berufsschulen sind, die ihren Aufgaben nur sehr unvollkommen nachkommen konnten; denn nur an den wenigsten Berufsschulen wird die gesetzlich vorgeschriebene Mindeststundenzahl unterrichtet. 15 000 Berufsschullehrer fehlen bereits heute.

Werfen wir ruhig noch einen Blick auf den Bildungsgesamtplan. Dann stellen wir nämlich fest, daß diese Situation nicht nur zementiert wird, sondern sich sogar noch verschlechtert. Waren es 1970 noch 4,9 % der Bildungsgesamtausgaben, die in den Berufsschulbereich flossen, so werden es 1985 nur noch 2,7 % sein.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Es scheint so, als wenn die Finanzpolitiker und die Bildungsplaner nie intensiv genug zusammengesessen hätten. Sonst müßten allen Beteiligten die unrealistisch angenommene Entwicklung klargeworden sein. Jüngste Berechnungen haben nämlich ergeben, daß sich der Anteil der Facharbeiter von zirka 40 % in den 60iger Jahren auf zirka 65 % aller Beschäftigten bis 1980 erhöhen wird.

(Zuruf: Drei Minuten)

- Ich bin sofort fertig. Bitte, nehmen Sie es mir nicht übel; ich bin dafür bei der Mitbestimmung nicht zum Zuge gekommen, obwohl ich mich als einer der ersten zu Wort gemeldet hatte.

(Heiterkeit)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Herr Rebstock, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie eine Redezeit von fünf Minuten haben.

Franz Rebstock: Diese gegenläufige Entwicklung würde dazu beitragen, daß das Berufsschulangebot noch geringer würde, als es heute schon ist.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser ernüchternden, ja erschreckenden Zahlen können wir nicht ernstlich der Verschulung der beruflichen Grundbildung das Wort reden. Ich fordere Sie daher auf, abseits jeglicher illusionärer Politik ein in Praxis und Theorie ausgewogenes und finanzpolitisch realistischer einzuschätzendes Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form zwischen Schule und Betrieb zu befürworten.

Ich bitte Sie daher, den Antrag des Bundesvorstandes, aber auch den Antrag Nr. B 176 des Landes Baden-Württemberg anzunehmen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort Frau Doris Altewischer.

(Beifall)

Doris Altewischer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, die Anträge B 191 und B 192 des Kreisverbandes Unna bzw. der Frauenvereinigung anzunehmen, die zur beruflichen Grundbildung vorsehen, nach Absatz 1 diesen Satz einzufügen:

Ein Sonderfall der beruflichen Grundbildung ist die Hinführung zu sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufen in Pflegeschulen. (bzw.: in Pflegevorschulen.)

Sehr verehrte Antragskommission, Ihr Bestreben ist sicherlich löblich, sowohl dem Berufsbildungswesen zu einer Einheitlichkeit zu verhelfen als auch hier möglichst allgemein verbindliche Aussagen zu machen. Trotzdem, glaube ich, darf man nicht übersehen, daß gerade das Gebiet der Berufsbildung ungeheuer differenziert ist und daß es gefährliche Vereinfachungen gibt, gefährlich, wenn wir langfristig planen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, unter III den Punkt 2 mit dem Punkt 3 vergleichen und sehen, daß nach der beruflichen Grundbildung das Berufsgrundbildungsjahr als die typische Form der Berufsgrundbildung angesprochen wird, muß man meines Erachtens bei unserem deutschen Streben nach Perfektionismus befürchten, daß gute Ausführer unseres Programms demnächst in die Gefahr geraten, zu sagen: Sonderfälle wie dieser hier - der der Pflegevorschulen - passen in das System unserer beruflichen Bildung nicht mehr hinein. Gerade das möchte ich verhindern, und ich meine, es stünde der CDU gut an, dies zu verhindern.

Hier gibt es ein Bildungssystem, das mit fast 100%igem Erfolg bisher dazu verholpen hat, insbesondere Mädchen zu sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufen zu führen, die uns bitter fehlen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Es gibt bereits Tendenzen, vor allem von linker Seite, diese Schulen abzuwürgen. Sie sind denen ein besonderer Dorn im Auge, weil sie vorwiegend in freier Trägerschaft sind.

Aus all diesen Gründen schiene es mir sehr gut, wenn Sie den Anträgen 191 und 192 stattgäben und diesen einen Satz einfügten.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission erteile ich Herrn Dr. Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme

der Anträge B 176, 177 und 179. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen weiter, den Antrag, den Frau Altewischer gerade begründet hat, also Antrag B 192 - entsprechend B 191 -, nicht anzunehmen, und zwar nicht deswegen, weil sie sich die Argumente von Frau Altewischer nicht zu eigen machte; ganz im Gegenteil, sie möchte diese Schulen aufwerten und sie deswegen als eine Form der Grundbildung verstanden wissen, sie aber nicht abgesondert aufzählen, sondern sie mit in die Schulen der Grundbildung hineingerommen sehen.

Zu den Ausführungen von Herrn Rebstock mache ich darauf aufmerksam, daß dies Teil des Antrags B 194 ist. Wir kommen darauf zurück, wenn über Antrag 176 und die Anträge 177 bis 193 abgestimmt ist. Dann werde ich auf das Anliegen von Herrn Rebstock eingehen.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Das Wort zu Antrag B 176 hat Herr Müller, Berlin

Johannes Müller: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur die Antragskommission bitten, einmal zu überprüfen, ob der zweite Absatz des Antrages B 176 der Wirklichkeit entspricht. Wenn man bedenkt - davon ist hier schon die Rede gewesen -, daß an sich die Lernorte Betrieb und Schule heute den Gegebenheiten nicht entsprechen, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß von den 1,3 Millionen Auszubildenden 500 000 in einer kaufmännischen Ausbildung stehen, aber etwa 800 000 gewerbliche Lehrlinge sind. Davon sind über 60 % im Handwerk ausgebildet, und ob da immer so abstrakt von der Produktion zu trennen ist, das möchte ich bezweifeln. Ich bitte Sie also noch einmal, zu überprüfen, wie dieser Absatz mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen ist.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster hat zu B 176 Herr Hüniken das Wort.

Manfred Hüniken: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich kann mich bezüglich des Antrages B 192 der Frauenvereinigung dem Vorschlag der Antragskommission in keiner Weise anschließen. Viele von Ihnen werden wie ich in der Kommunalpolitik mit dem pflegerischen Bereich zu tun haben, und viele von Ihnen werden die Erfahrung gesammelt haben, daß insbesondere die Krankenpflegeschulen und die Krankenpflegevorschulen keineswegs in das System der allgemeinen berufsbildenden Schule hineinpassen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich halte es deshalb für absolut notwendig, daß wir hier in Antrag B 176 nicht in einen Schematismus verfallen, indem wir meinen, alles in dieses eine System hineinbringen zu können.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich glaube, wenn wir darüber nachdenken, werden wir ähnliches auch noch in anderen Ausbildungsbereichen wiederfinden; ich habe dafür im Moment kein Beispiel, kann mir das aber vorstellen.

Ich würde deshalb darum bitten, daß entweder Antrag B 192 bzw. 191 doch aufgenommen wird oder daß Antrag B 176 durch irgendeinen Satz, den ich mir so schnell nicht ausdenken kann, so geändert wird, daß hierfür Raum gegeben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Antragskommission, ich habe wirklich die große Befürchtung, daß uns insbesondere in diesem Bereich der Pflegevorschulen sehr vieles an sehr guter Ausbildung verlorengeht, wenn wir es auch noch in die allgemeine Berufsschule hineinnehmen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich selber kann mir, da ich über die Dinge Bescheid weiß, sonst nichts Gutes darunter vorstellen.

Ich wäre also dankbar, wenn Sie damit einverstanden wären, daß der Satz der Anträge 191 bzw. 192 doch in die Passage des 176 mit aufgenommen wird.

(Teilweise Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Zunächst zur Wortmeldung von Herrn Müller aus Berlin: Die Aussage, daß sich die berufliche Grundbildung ohne Beeinflussung durch Produktion vollziehen soll, ist für uns eine Aufforderung, daß der Produktionsgesichtspunkt bei der Ausbildung nicht Vorrang haben darf, sondern daß auf jeden Fall der Ausbildung selbst Vorrang einzuräumen ist.

(Beifall)

Herrn Kollegen Hüniken möchte ich fragen, ob er damit einverstanden wäre, daß wir das Petitum aus Unna und das der Frauenvereinigung aufgreifen, aber nicht mit der Formulierung der Anträge 191 und 192, die uns die Gefahr einer zu großen Sonderung bringt, sondern in dem Sinne, daß wir im Anschluß an den ersten Absatz des Antrages 176, auf die Aussage seines letzten Satzes Bezug nehmend, formulieren:

Dabei ist der Hinführung zu sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufen in Pflegevorschulen bei der beruflichen Grundbildung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

(Beifall)

Wenn wir es so machen könnten, wäre, glaube ich, eine gute Formulierung gefunden.

(Erneuter Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Vogel! - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse jetzt über Punkt 2 - Berufliche Grundbildung - abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Zeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Der Vorschlag ist bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 3 auf: Berufsgrundbildungsjahr. Dazu gehören die Anträge B 194 bis B 247. Ich erteile zunächst Herrn Dr. Klein das Wort. Als nächsten bitte ich Herrn Lohmann, nach vorn zu kommen.

Dr. Josef Klein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier für die Annahme des Antrags B 196, der mit den Anträgen der Jungen Union übereinstimmt. Das ist hier leider falsch ausgedruckt. Die Junge Union hat nicht die Annahme von B 194, sondern von B 196 beantragt. Die Sozialausschüsse haben ähnlich votiert.

Meine Damen und Herren, wir haben hier eben beschlossen - gerade haben wir darüber abgestimmt -, berufliche Grundbildung darf nicht eng spezialisieren, sondern muß eine ausreichende Breite von Berufsfeldern und allgemeinen Bildungsinhalten anbieten. Dieses Ziel ist aber, wenn wir ehrlich sind, nur zu erreichen, wenn wir die berufliche Grundbildung anders gestalten als ein erstes Lehrjahr. Die Konsequenz daraus ist, daß die berufliche Grundbildung in ein Berufsgrundschuljahr hineingehört.

Der Antrag, den der Bundesvorstand vorgelegt hat, sieht eine Spaltung der beruflichen Grundbildung vor. Teile der jungen Leute werden ein erstes Lehrjahr absolvieren, andere werden die berufliche Grundbildung als Schüler absolvieren. Zunächst einmal ist das eine weitere Veruneinheitlichung im Bildungswesen, also etwas, was wir gar nicht brauchen können.

Ein zweites. Ich habe eben zitiert, wir wollen die berufliche Grundbildung breit anlegen. Sie soll in ein Berufsfeld einführen. Genau dazu sind aber die allermeisten Betriebe nicht in der Lage, weil das Ausbildungsangebot der Betriebe fast notwendigerweise spezialistisch sein muß, wenn ich einmal von wenigen Großbetrieben absehe, die Lehrwerkstätten haben. Ein Betrieb ist normalerweise nicht in der Lage, in der Grundbildung breiter als zu einem Spezialberuf auszubilden.

Dazu kommt, daß der Sinn der Berufsbildung, den ein solches Berufsgrundschuljahr zumindest zu Teilen haben soll, auf diese Weise auch nicht realisiert wird. Wir kommen also deswegen dazu, daß zu einer glaubwürdigen Verbesserung der Situation in der beruflichen Grundbildung ein Berufsgrundschuljahr gebraucht wird, wobei sich der Betrieb möglicherweise zu Demonstrationen oder Praktika zur Verfügung stellen kann. Im übrigen hat das für den Betrieb den Vorteil, daß derjenige, der nach dieser Grundbildung in die Lehre kommt, schon eine erheblich größere Vorkualifikation besitzt, als das bei unseren Lehrlingen bzw. Auszubildenden heute der Fall ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen bildungspolitischen Gesichtspunkt mit ins Spiel bringen, der in diese Diskussion hineingehört, nämlich das 10. Schuljahr. Unsere Partei kann in der bildungspolitischen Diskussion nur dann bestehen, wenn sie auf die Frage nach dem 10. Schuljahr eine Antwort gibt. Bisher haben wir uns

doch auch in der Alternative zu den anderen Parteien um diese Frage herumgedrückt. Im allgemeinbildenden Schulwesen haben wir bisher, soweit ich unsere Unterlagen kenne, kein obligatorisches 10. Schuljahr vorgesehen. Die Alternative zu sozialdemokratischer und frei-demokratischer Bildungspolitik kann aber doch kein Verzicht auf ein 10. Schuljahr sein. Dann geben wir doch wieder das Bild in der Öffentlichkeit, Freie Demokraten und Sozialdemokraten sind für mehr Bildung, nämlich für 10 Schuljahre, die CDU aber nur für 9. Die Alternative muß so lauten: 10. Schuljahr ja, aber nicht, wie es die anderen Parteien wollen, in erster Linie im allgemeinbildenden Schulwesen, sondern ein praxisbezogenes obligatorisches 10. Jahr. Dies kann das Berufsgrundschuljahr sein.

Ich bitte deswegen sehr entschieden darum, den Antrag B 196 des Landesverbandes Braunschweig anzunehmen, nicht dagegen den Antrag B 194, denn wir wollen ehrlich sein, wir wollen keinen Schilderwechsel in der Berufsbildung, wir wollen eine echte Reform. Dazu brauchen wir eine Umorientierung des Berufsgrundschuljahres.

(Beifall)

Hermann Schnipkowitz, Tagungspräsidium: Als nächstem erteile ich Herrn Lohmann das Wort.

Wolfgang Lohmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem Antrag B 194 und spreche mich für diesen Antrag aus. Ich stehe damit auch im Gegensatz zu meinem Vorredner.

Die zum Teil kontroversen Anträge zur Ausgestaltung der beruflichen Grundbildung und die unterschiedlichen Positionen hier machen deutlich, daß heute eigentlich die Entscheidung ansteht, ob ein stark schulisches Berufsgrundschuljahr oder ein im Schulungsbetrieb ausgewogenes duales Berufsgrundbildungsjahr in unserem Programm verankert werden soll.

Meine Damen und Herren, für die Einführung der beruflichen Grundbildung ändert sich bereits der Ausbildungsanteil wesentlich in Richtung Schule. Deshalb wird sich bereits mit der Einführung eines dualen Grundbildungsjahres der theoretische Anteil der Ausbildung in einer Weise erhöhen, daß einerseits die nötige Flexibilität und Mobilität in der Berufs- und Arbeitswelt gewährleistet ist und andererseits keine nachteiligen Wirkungen für unsere Volkswirtschaft auftreten werden.

Wer hier dagegen ein rein schulisches Berufsgrundschuljahr befürwortet, leistet nicht nur der SPD bei der von ihr letztlich doch gewollten Verschulung Vorschub, sondern er nimmt auch gewollt oder ungewollt nachteilige Folgen für die Jugendlichen in Kauf. Wenn ich hier die Betonung auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis lege und überdies auf die Forderung nach einem modernen Berufsgrundbildungsjahr, dann vor allem auch deswegen, weil allgemein anerkannte wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, daß die Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren eine Begegnung mit der Praxis nicht etwa ablehnen, sondern geradezu wünschen und schließlich brauchen.

Meine Damen und Herren, die Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt in der Hauptschule beginnt mit der Arbeitslehre, fortgesetzt über Betriebserkundungen und schließlich bis hin zum Betriebspraktikum. Dies würde durch ein rein schulisches Berufsgrundschuljahr

unterbrochen. Der Kontakt, die gegenseitige Befruchtung von Theorie und Praxis, auf die wir nicht verzichten können, wäre in diesem ersten Jahr nicht mehr gegeben. Wenn Sie sich daher heute für eine volle Verschulung der Berufsgrundbildung entschieden, müßten Sie sich auch über die Folgen im klaren sein. Eine über Gebühr verschulte Grundbildung bewirkt eine Verminderung der fachpraktischen Grundbildung im ersten Ausbildungsjahr und schließlich eine Herabsetzung des Qualifikationsniveaus der gesamten beruflichen Erstausbildung. Die Auszubildenden würden gezwungen, sich Teile der praktischen Ausbildungsinhalte im Bereich der beruflichen Fortbildung anzueignen. Hierdurch könnte es auch bei uns ähnlich unheilvolle Situationen geben, wie in Schweden, wo die Tarifpartner vereinbart haben, daß Jugendliche, die eine schulische Ausbildung erfahren, nach Ausbildungsabschluß noch zwei Jahre lang nicht als Facharbeiter gelten und entsprechend niedriger entlohnt werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist deshalb notwendig, sich für den Antrag des Bundesvorstandes und der Antragskommission zu entscheiden. Es geht darum, mit realistischen und sachlichen Reformmaßnahmen im Rahmen der beruflichen Grundbildung und der beruflichen Bildung die Gleichwertigkeit mit der Allgemeinbildung herzustellen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte die folgenden Redner, sich auf drei Minuten zu beschränken.

Ich erteile Herrn Hauser das Wort.

Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Wenn die berufliche Grundbildung einen Sinn haben soll, wenn sie eine Hinführung auf den zukünftigen Beruf sein soll, kann sie sich nicht nur in schulischer Form darstellen, sondern muß in kooperativer Form in Betrieb und Schule stattfinden.

(Beifall)

Das ist vor allen Dingen auch darum notwendig, weil wir in einem weiteren Kapitel unseres Papiers die Anrechenbarkeit des Berufsgrundschuljahres auf die Lehre fordern. Das ist überhaupt nur zu verantworten, wenn in dem Berufsgrundbildungsjahr der künftige Beruf in hinreichendem Maß berücksichtigt worden ist und nicht nur schulische Kenntnisse vermittelt wurden. Es kann nicht im Interesse einer Entwicklung liegen, daß sich das Berufsgrundbildungsjahr zu nicht mehr entwickelt als zu dem 9. Schuljahr, das ja auch unter der Überschrift "Hinführung zur Arbeitswelt" konzipiert worden ist und diese Voraussetzungen nicht erfüllt hat.

Ich meine also, wenn wir das Berufsgrundbildungsjahr wirklich zu dem machen wollen, was unseren Intentionen entspricht, dann kann es einmal nur in kooperativer Form und in besonderen Fällen in rein schulischer Form stattfinden, je nachdem, zu welchem Beruf dieses Berufsgrundbildungsjahr hinführen soll. Es kann und darf nicht als Berufsgrundschuljahr konzipiert werden. Sonst geht es an dem vorbei, was wir nach unserer Zielsetzung hier erreichen wollen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Grass das Wort.

Dr. Karl-Martin Grass: Liebe Parteifreunde! Bei diesem Punkt besteht immer die Gefahr, daß nicht ganz verstanden wird, worum es geht. Es geht darum, ob das erste Jahr beruflicher Grundbildung von der organisatorischen Zuständigkeit der Schule her bestimmt wird, und darum, ob der Auszubildende als Schüler fungiert und als solcher zu einem Teil der praktischen Ausbildung in den Betrieb entsandt wird oder ob dies in geteilter Zuständigkeit und im Hinblick auf seinen Charakter als Auszubildender geschieht.

Wenn wir allein eine Form verwirklichen, nämlich das Berufsgrundschuljahr in rein schulischer Form, gehen wir tatsächlich an der Realität der Berufsfelder und der wirklichen Ausbildungssituation vorbei, wonach auf die betriebliche Ausbildung in dieser Weise nicht verzichtet werden kann, auch nicht auf die Stellung des Auszubildenden im Betrieb. Wir werden eine abnehmende Bereitschaft der Betriebe vorfinden, eine Ausbildung im Betrieb vorzunehmen, und wir werden uns vor der Situation sehen, daß die Schule immer größere Schwierigkeiten bekommt, überhaupt Ausbildungsplätze für das Berufsgrundbildungsjahr zu erhalten, weil eben das Interesse an einer solchen, rein in der Zuständigkeit der Schule liegenden Ausbildung auf seiten der Betriebe nachläßt.

Wir sollten hier die Entwicklung je nach Berufsfeld und je nach Situation des Berufs, für den ausgebildet wird, offenhalten. Das tut der Vorschlag, der von der Antragskommission befürwortet wird. Ich bitte, diesem Antrag zu folgen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster Redner spricht Herr Gölter.

Dr. Georg Gölter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz für die Formulierung des Bundesvorstands plädieren, und zwar ganz einfach weil sie die ehrlichere ist.

Wer sich mit den Problemen der beruflichen Grundbildung, insbesondere der inhaltlichen Ausgestaltung, einmal intensiver beschäftigt hat, wird wissen, daß dieses Jahrzehnt vorbeigehen wird, bevor wir alle Probleme im einzelnen gelöst haben. Das sagen alle Sachverständigen, die bezüglich der inhaltlichen Gestaltung der beruflichen Grundbildung seit Jahren mühsam arbeiten.

Wir werden in manchen Berufsfeldern sehr schnell zu rein schulischen Formen kommen können. Ich verweise darauf, daß manche Branche der deutschen Wirtschaft schon weiter ist - beispielsweise die deutsche Landwirtschaft -, als es gelegentlich in den Diskussionen über das Thema dieses Tagesordnungspunkts den Eindruck macht, wo rein schulische Formen bezüglich des ersten Jahres schon lange nicht mehr umstritten sind und wo man sie mit Macht anstrebt. Wir werden in vielen anderen Wirtschaftsfeldern in den nächsten Jahren nicht in der Lage sein, berufliche Grundbildung so durchzustrukturieren, daß sie in schulischer Verantwortung durchgeführt werden kann, ganz abgesehen von den anderen Problemen, die damit zusammenhängen.

Da dies ein Programm ist, das sicher zunächst einmal auf die kommenden Jahre ausgerichtet ist und welches wir heute und in den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vertreten sollen, ist es nicht mehr als ehrlich, wenn wir auf diese Schwierigkeiten im Interesse der Sache durch die Union klar hinweisen und nicht Hoffnungen erwecken, die niemand, auch nicht diejenigen, die daran derzeit arbeiten, in den nächsten Jahren wird erfüllen können.

Deshalb darf ich Sie bitten, daß wir auch im Sinne der Offenheit der Entwicklung für die nächsten Jahre dem Vorschlag des Bundesvorstands zustimmen. Ich glaube, diese Frage kann ohne jede, wie auch immer gemeinte ideologische Belastung entschieden werden.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Gölter.

Meine Damen und Herren, ich werde häufiger gefragt, wie lange wir heute abend tagen. Wenn wir das Kapitel Berufsbildungsgrundjahr abgeschlossen haben, werden wir die Beratungen für heute abend abschließen.

(Beifall)

Hier liegen noch drei oder vier Wortmeldungen vor. Ich bitte, so lange auszuharren. Wer diesen Raum trotzdem vor Schluß der Sitzung verlassen will, den bitte ich, seine Tagungsunterlagen mitzunehmen, weil heute nacht oder anschließend gesäubert wird; morgen dürfen die Stimmkarten nicht fehlen. Das gilt auch für die anderen Teilnehmer.

Das Wort hat nun Herr Woerner.

Heinrich Woerner: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Vorhin ist das Problem des 10. Pflicht- und Vollzeiterschuljahres als Ziel eines Ausbaus des Grundbildungsjahres angesprochen worden. Ich möchte dieser Ansicht strikt widersprechen. Ich meine, wir könnten uns von der CDU sogar dafür aussprechen, daß wir ein 10. obligatorisches Vollzeitschuljahr rundweg ablehnen.

Ich möchte zur Begründung an die schulische und berufliche Erfahrung appellieren, die sehr viele von Ihnen wahrscheinlich haben. Sie machen diese Erfahrung, wenn Sie Schüler im 9. Schuljahr erleben, sie für eine allgemeinbildende, weitergehende Ausbildung eben nicht besonders geeignet erscheinen, sondern mehr für eine praktische Ausbildung. Sie werden dort immer wieder die Erfahrung machen, daß es nach dem 9. Schuljahr für diese Schüler schon höchste Zeit ist, mit einer mehr praktisch ausgerichteten Ausbildung zu beginnen. Ich meine, daß gerade im Interesse dieser Jugendlichen ein 10. obligatorisches Vollzeitschuljahr ein ziemlicher Unsinn wäre und eine unnötige Belastung dieser Schüler darstellen würde.

Ich kann mir deshalb ein 10. Schuljahr nur als Angebot an entsprechend geeignete Jugendliche vorstellen. Auch das Berufsgrundbildungsjahr könnte ich mir als obligatorisch vorstellen, dann aber nur in den Berufen, wo es mehr auf die Praxis ankommt. Dann muß

es aber mindestens zu einem Drittel praktisch ausgerichtet sein. Das heißt nicht, daß diese praktische Ausbildung an einem Betrieb erfolgen muß, sondern eben an einer Einrichtung, die das Berufsgrundbildungsjahr trägt. Aber, ich glaube, gegen ein 10. Schuljahr generell müssen wir uns eindeutig aussprechen.

(Beifall)

Herrmann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Wolfram das Wort.

Herr Wolfram: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich für den Antrag des Landesverbandes Braunschweig aussprechen und voll die Worte unterstützen, die vorhin Herr Dr. Klein gesagt hat. Hier wurde vorhin gegen ein berufliches Grundbildungsjahr unter schulischer Verantwortung u. a. ins Feld geführt, daß wir nicht unbedingt der SPD zu folgen brauchten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Argument: Weil es die SPD hat, dürfen wir es nicht. Das ist für mich aber kein Argument. Wir dürfen uns höchstens vor der Qualität der Argumente, aber nicht in Schrecken vor einer anderen Partei drücken.

Nun das zweite. Herr Dr. Gölter sprach von der Ehrlichkeit des Vorstandsvorschlags.

Es wurde auch gesagt, ein Berufsgrundschuljahr sei im Augenblick und in den nächsten zehn Jahren nicht leistbar. Mir scheint, wir könnten auch dadurch ehrlich sein, daß wir das Berufsgrundschuljahr bejahen und darüber hinaus hinzufügen, daß wir es schrittweise verwirklichen werden. Das ist auch Ehrlichkeit.

Nun aber zu den Sachargumenten. Hier wird laufend von einer gänzlichen Verschulung des Berufsgrundbildungsjahres geredet. Wenn Sie sich den Antrag des Landesverbandes Braunschweig ansehen, der ja dem Entwurf 2 der Bundeskommission entspricht, müssen Sie schon ziemlich ungenau hinsehen, wenn Sie von einer Verschulung sprechen. Denn es wird gesagt: "In rein schulischer Form und in Kooperation lediglich in Verantwortung von Schule und Betrieb." Von der Verschulung kann keine Rede sein.

Wenn Sie wie ich bereits an Modellversuchen des Berufsgrundbildungsjahres mitarbeiten, wüßten Sie auch, daß in das schulische Berufsgrundbildungsjahr auch Werkstätten gehören, wie sie teilweise in der Industrie seit Jahren geprobt werden. Es kann hier also gar nicht um Verschulung oder nicht Verschulung gehen.

Meine Damen und Herren, die CDU hat sich eindeutig für das duale System ausgesprochen. Zum dualen System gehört aber auch die Gleichgewichtigkeit beider Lernorte, die durch ein kooperatives System im Berufsgrundbildungsjahr noch längst nicht erreicht ist. Ich bitte Sie daher, dem Vorschlag des Landesverbandes Braunschweig zuzustimmen.

(Beifall)

Herrmann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort zu dem Punkt Herr Dr. Burghardt.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bitte Sie dringend, den Antrag des Landesverbandes Braunschweig abzulehnen.

(Beifall)

Hier geht es darum, daß ein politischer Akzent gesetzt wird von der Art, wie ich ihn vorhin genannt habe. Hier wird der Akzent zum Staat und zur Schule hin gesetzt. Damit wird eine der Leitlinien unseres Berufsbildungskonzeptes, die Subsidiarität, zumindest in diesem Teilbereich aufgehoben.

(Beifall)

Wenn mein Vorredner behauptet, daß das, was Herr Dr. Gölter gesagt hat, nicht stimmt, dann verweise ich darauf, daß in der Begründung des Landesverbandes Braunschweig steht:

Beide Formen vollziehen sich in organisatorischer Verantwortung der Schule. Sie ist damit zuständig für die Koordinierung der beiden Lernorte.

Das heißt doch im Klartext, daß die Schule die organisatorische Verantwortung des betrieblichen Teils übernimmt.

Jetzt frage ich die Damen und Herren, die in einem praktischen Beruf stehen, die ein Handwerk ausüben oder in der Industrie stehen, ob das überhaupt möglich ist, daß die Schule die organisatorische Verantwortung der betrieblichen Ausbildung übernimmt. Das ist in der Praxis gar nicht möglich. Ich bitte deshalb mit Nachdruck diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön.

Für die Antragskommission Herr Dr. Vogel!

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf noch für wenige Sekunden um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Zunächst einmal ist auf Grund des Beschlusses, den wir vorhin gefaßt haben, allgemeine Einmütigkeit, daß wir eine berufliche Grundbildung wollen. Zweitens ist ebenso allgemeine Einmütigkeit, daß diese berufliche Grundbildung in rein schulischer Form oder in kooperativer Form in Schule und Betrieb durchgeführt werden soll. Denn das ist dem Antrag des Bundesvorstandes und dem Antrag des Landesverbandes Braunschweig gemeinsam. Ich darf hinzufügen, daß das auch dringend notwendig ist, weil wir zwar Berufe kennen, in denen die rein schulische Form sinnvoll und zweckmäßig ist, weil wir uns aber gerade von den Sozialdemokraten darin unterscheiden, daß wir für Schüler und Berufe, wo es nicht zweckmäßig ist, auch die kooperative Form von Schule und Betrieb vorsehen wollen.

(Beifall)

Wir haben, meine Damen und Herren, eben zahlreiche Jugendliche, die, wie wir in unserem Bildungschinesisch zu sagen pflegen, die

neue Motivation durch den Betrieb brauchen, um überhaupt wieder lernen zu wollen und lernen zu können.

(Beifall)

Wir sprechen uns also alle, ganz gleich, ob Bundesvorstand oder Landesverband Braunschweig, für die beiden Möglichkeiten, für die rein schulische Form oder für Betrieb und Schule in kooperativer Form aus. Entscheiden müssen wir lediglich, ob auch diese in Schulen und Betrieb stattfindende Grundbildung in organisatorischer Verantwortung der Schule oder ob sie in organisatorischer Verantwortung von Schule und Betrieb durchgeführt werden soll. In diesem Punkt ist die Antragskommission der Meinung, daß der Betrieb, wenn er durchführen soll, auch mitverantworten soll. Ich bitte Sie deswegen, den Antrag B 194 bzw. den Antrag B 201 des Landesverbandes Westfalen-Lippe, der gleichlautend ist, anzunehmen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Vogel.

Meine Damen und Herren, Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. B 194. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Damit können die Anträge B 195 bis B 247 als erledigt angesehen werden.

Meine Damen und Herren, wir hatten Ihnen versprochen, die Sitzung jetzt zu beenden. Ich möchte mich namens des Tagungspräsidiums sehr herzlich bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie so diszipliniert ausgeharrt haben.

(Beifall)

Ich habe eine herzliche Bitte: Wir beginnen morgen früh pünktlich um 9.30 Uhr. Dann spricht Herr Strauß sein Grußwort. Deshalb bitte ich, daß alle pünktlich um 9.30 Uhr im Saal sind.

(Beifall)

Einen kleinen Moment noch.

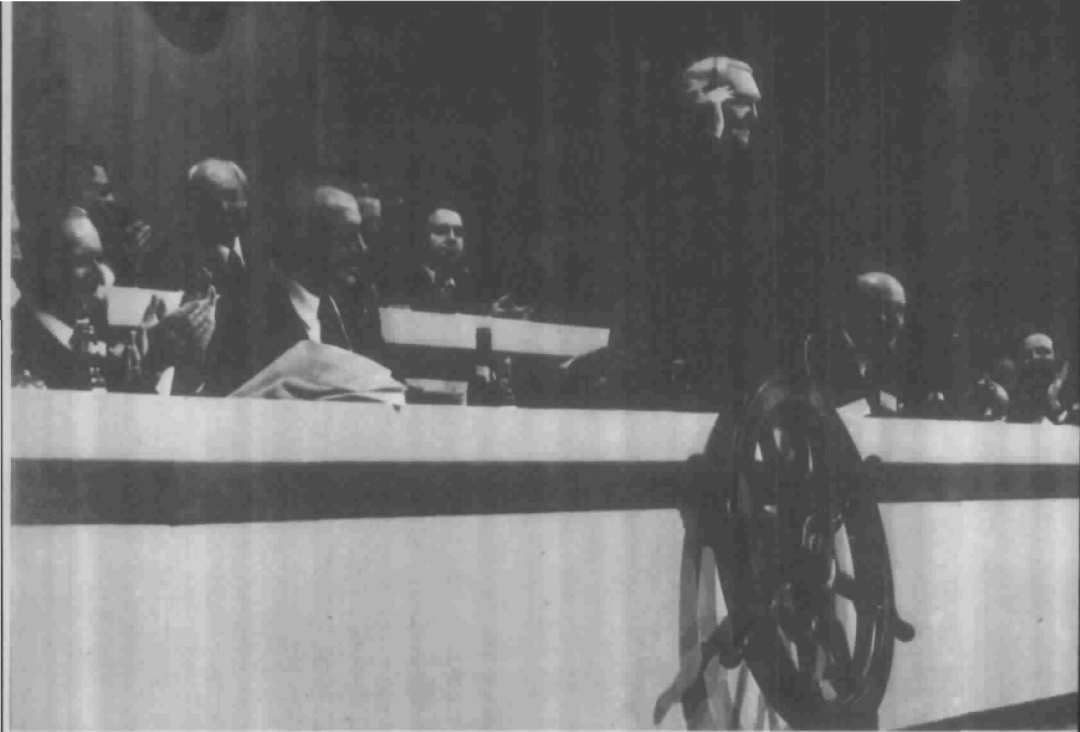
Wir wollen morgen mittag ohne Mittagspause durchtagern, bis wir die Tagesordnung abgewickelt haben.

Ich darf Sie bitten, Ihre Tagungsunterlagen mitzunehmen, darf Ihnen einen angenehmen Abend und eine gute Nacht wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 22.10 Uhr.)

















Dienstag, 20. November 1973
5. Plenarsitzung
Beginn: 9.30 Uhr

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Delegierte! Ich eröffne die 5. Plenarsitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Ich stelle fest, daß die Sturmböen des gestrigen Abends und der gestrigen Nacht wohl verhindert haben, daß einige Delegierte hier rechtzeitig in den Plenarsaal gelangt sind. Ich hoffe aber, daß wir alle bald vollzählig versammelt sind.

Das Tagungspräsidium entbietet einen ganz besonders herzlichen Gruß unserem Gast am heutigen Vormittag, unserem Freunde, dem Vorsitzenden der CSU, Herrn Franz Josef Strauß.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Franz Josef Strauß, das Hamburger Tagungspräsidium sagt Ihnen ein besonders herzliches Willkommen. Wir freuen uns, daß Sie heute zu unserem Parteitag gekommen sind. Der Gruß Ihres Stellvertreters, des Kollegen Dollinger, am vorgestrigen Tage ließ erwarten, daß wir von Ihnen heute etwas Besonderes zu hören bekommen werden. Er hat auch angedeutet, daß die Hoffnung der CSU darauf hinausläuft, im nächsten Jahre mit der CDU gemeinsam Silberhochzeit feiern zu können. Ich bin sicher, lieber Franz Josef Strauß, daß Sie uns das heute bestätigen werden. Ich möchte Sie jetzt bitten, dem Parteitag Ihr Grußwort zu sagen. Das Wort hat Dr. Franz Josef Strauß.

Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Trotz der freundlichen Aufforderung durch meinen langjährigen politischen und persönlichen Freund Erik Blumenfeld habe ich nicht die Absicht, hier längere Ausführungen über meine Eheerfahrungen und Eheerlebnisse - etwa im Hinblick auf die Vorbereitung des silbernen Jubiläums des nächsten Jahres - zu machen. Die 25 Jahre sind zwar sicherlich ein gewichtiger Einschnitt, aber wir fühlen uns - das kann ich gerade heute mit um so mehr Berechtigung sagen - beide, CDU und CSU, so jung,

(Beifall)

daß wir gar nicht in den Kategorien, in den Vorstellungen eines silbernen oder goldenen oder diamantenen oder eisernen Jubiläums denken sollten.

(Beifall)

Das Beste ist - das ist auch meine persönliche Erfahrung -, wenn man sich jeden Tag wieder neu verheiratet fühlt.

(Heiterkeit und Beifall)

Das gibt Auftrieb. Das gibt Dynamik. Das gibt Elan. Das gibt Vitalität. Das gibt das, was man politisches Hormon nennt - und dies brauchen wir beide sehr dringend.

(Beifall)

Dann darf ich ein Wort des Dankes für die Großzügigkeit einmal des großen Herrn Vorsitzenden

(Heiterkeit)

- ich meine: des Vorsitzenden der größeren Partei, aber ich meine es auch so -

(erneute Heiterkeit und Beifall)

hier zum Ausdruck bringen, weil er der Schwesterpartei und ihren verschiedenen Repräsentanten erlaubt hat, in mehrfacher Besetzung hier in Erscheinung zu treten. Am letzten Sonntag war der Parteitag so entgegenkommend, ein Grußwort meines Stellvertreters, des Kollegen Dollinger, hier entgegenzunehmen, der ja dieses schöne Wort von der Silberhochzeit, wie ich eben erfahre, gesprochen hat. Es war nicht unbedingt Absicht, ihn deshalb hierherzuschicken, weil er Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates der Union gewesen ist.

(Heiterkeit)

Und nun sind Sie auch so freundlich, dem Vertreter der gleichen Partei, dem Vorsitzenden der Schwesterpartei, ein Grußwort und damit der CSU einen Auftritt in doppelter Besetzung zu gestatten. Ganz abgesehen davon, ich glaube, daß auch unser Freund Stücklen die beiden letzten Tage hier gewesen ist, so daß ich heute gewissermaßen nur die Wachablösung vornehme.

(Heiterkeit)

- Wachablösung hat aber nichts mit Bewachung oder Überwachung zu tun, wie ich etwa gegenüber ganz besonders feinsinnigen und feinhörigen Kommentatoren oder Kritikern ausdrücklich feststellen möchte.

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich angesichts der Vorgänge, der, ich darf sagen, Bewertungsversuche der Unionsparteien in der letzten Zeit sowohl außerhalb des Deutschen Bundestages wie innerhalb desselben, hier ein deutliches Wort sagen, ein Wort, das auch für unsere gemeinsame Orientierung und für unseren gemeinsamen Weg gilt, nämlich das Wort, daß die CDU und die CSU die Position der Mitte eingenommen haben, heute innehaben und morgen behalten werden.

(Beifall)

Es ist deshalb notwendig, das so deutlich zu betonen, weil man alle möglichen irreführenden Wegweisungen in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, Wochen und Monaten aufgestellt hat, irreführende Markierungen. Aber diese Markierungen führen nicht zur Mitte. Diese Markierungen führen zu einer sogenannten Neuen Mitte, zu einer linken Mitte, und eine linke Mitte gibt es gar nicht.

Denn wenn die Mitte links ist, dann ist sie nicht mehr Mitte, und was links ist, kann nicht Mitte sein.

(Beifall)

Damit der Vorwurf der Eindeutigkeit vermieden wird, darf ich sagen, daß dasselbe auch für rechts gilt;

(Heiterkeit und Beifall)

nur muß man jeweils den Akzent der Aufmerksamkeit dorthin lenken, woher die größere Gefahr droht.

(Beifall)

Wir sind auf keinem der beiden Augen blind, weder auf dem einen noch auf dem anderen. Weil man aber weiß, daß das Wort Mitte gegenüber den extremen, gegenüber der Position links und gegenüber der Position rechts für große Teile unserer Wählerschaft - ich darf sagen - dankenswerterweise - eine unerhörte, attraktive, werbende Symbolkraft hat, versucht man jetzt auf einmal, die wirkliche Mitte zu verdrängen, und versucht, sie durch solche Begriffe wie "neue Mitte" oder "linke Mitte" zu ersetzen.

Willy Brandt war nie ein Mann der Mitte, ist keiner und wird es jetzt auch nicht mehr werden,

(Lebhafter Beifall)

er mag das Wort "Mitte" mit noch so vielen schönen Prädikaten versehen. Von Herbert Wehner in diesem Zusammenhang zu reden, wo er steht, erübrigt sich wohl angesichts unserer nunmehr auch 25jährigen Erfahrungen mit ihm.

Da haben wir in den letzten Tagen bei dem Bundesparteitag in Wiesbaden von Herrn Scheel eine Aufforderung gehört. Sie richtete sich nur an die CDU; aber ich nehme an, daß er uns mit gemeint hat: die CDU sollte eine moderne konservative Partei von heute und morgen sein!

So stellt sich klein Walter

(Heiterkeit und Beifall)

die Märchenlandschaft seiner politischen Zukunft vor: Eine mond-
beglänzte Zauberwiese,

(Heiterkeit)

in der ständige, dauernde, fröhliche, heitere Spiele veranstaltet werden,

(Heiterkeit)

bei denen er sich selbst jeweils die Rolle raussuchen kann, die er - vielleicht unter häuslicher Mitbestimmung - dann für sich am genehmsten hält: "Bleibe ich Außen und Vize, soll ich Bundespräsident werden oder nach Höherem streben?"

(Große Heiterkeit und Beifall)

Und da würde eben in diese Zauberlandschaft die CDU/CSU als eine konservative Partei, der man zur Beruhigung das Wort "modern" noch mitgibt, ganz gut hineinpassen, damit die Mitte unter Abdrängung der SPD nach noch weiter links von der FDP gefüllt werden kann und die beiden im Dauerbündnis dann ein Zweckverein, ein Gegenseitigkeitsverein für dauernde Lebensgestaltung gemeinsamer Art etwa werden könnten.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen und darf nicht aufgehen, wenn wir den richtigen Weg gehen, wenn wir wissen, was wir wollen, und entschlossen sind, ihn auch zu gehen.

(Beifall)

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht - damit hier kein Mißverständnis sein kann - , daß eine moderne Partei, auch eine Christlich-Soziale Partei, auch eine konservative, eine bewahrende Komponente haben muß.

(Beifall)

Nur unternimmt man es hier wieder, mit verbalen Kunststücken und mit verbalen Versuchen Bewußtseinsgestaltung oder Bewußtseinsänderung vorzunehmen. Man hat nämlich im Laufe der letzten, ja nicht nur Monate, sondern Jahre, dem Begriff konservativ noch einen besonderen Stempel aufzuprägen versucht. Und was Herr Scheel nicht sagte, das sagte Herr Ehmke vor kurzem im Bundestag - die Kollegen aus dem Bundestag werden es in Erinnerung haben -, als er immer von den Konservativen-Reaktionären sprach. Und in diese Ecke wollten sie uns hineinstellen. Der eine verführt uns mit dem Lampion "modern konservativ", und der andere hat dann dafür gleich das nötige Brandeisen bereit - ohne "t" in diesem Fall - nämlich: konservativ-reaktionär.

Demgegenüber: Wir sind Partei der Mitte. Wir waren es in der Vergangenheit und wir werden es auch morgen sein.

(Beifall)

Das gilt auch dann noch, wenn man versucht, den Begriff "Mitte" neu zu definieren. Das gilt auch dann noch, wenn man versucht, durch ein neues Koordinatensystem mit beweglichem Mittelbalken, den jeweils Willy Brandt von sich aus tragend nach links rückt und als "neue Mitte" bezeichnet, die politische Landschaft neu einzuteilen.

Es geht nicht um die Frage, ob wir für oder gegen den Zeitgeist sind. Es gibt zeitgeistige Strömungen, denen wir Rechnung tragen müssen, an deren Spitze wir uns stillen müssen und die wir kräftig weiter entwickeln müssen. Es gibt aber auch Zeitmoden, denen wir uns nicht beugen dürfen,

(Beifall)

weil sie morgen im Papierkorb der Geschichte, im Müllhaufen landen werden.

CDU und CSU sind, unbeschadet verschiedener Akzentsetzung auf diesem oder jenem Gebiete, christlich-soziale Parteien mit liberal-konservativem Charakter. Ich sage ausdrücklich: mit liberal-konservativem Charakter; denn während wir den Begriff des Liberalen

übernommen und verarbeitet haben, ist es der FDP nicht gelungen, eine bewahrende Partei zu sein. Sie ist höchstens eine bremsende Partei. Bremsen heißt noch lange nicht bewahren. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

(Beifall)

Interessant war, was Herr Riemer - sicherlich auch an die Adresse der eigenen Partei gerichtet und vielleicht etwas offenherzig sich enthüllend - vor kurzem in der "Rheinischen Post" sagte, er erwarte vom Hamburger Parteitag der CDU, daß dieser Parteitag für die FDP die Mitte freikämpfen werde. Damit hat er zwei Dinge zugegeben: erstens, daß sie sie bisher noch nicht hat, sondern daß sie die CDU/CSU trotz gegenteiliger Beteuerungen noch hat, zweitens, daß sie die Mitte gern hätte, und drittens, daß sie von Hamburg erwarten, daß die Mitte nunmehr für sie frei wird.

Erlauben Sie mir eine Feststellung, die meiner Überzeugung entspricht, die also nicht eine unbillige Randbemerkung darstellen soll: Der Parteitag der CDU verdient es, in der Geschichte der CDU als ein Meilenstein anerkannt zu werden; denn mit den Beschlüssen dieses Parteitages ist die Position der Mitte neu definiert und bestätigt, aber jedenfalls als Mitte bekräftigt worden.

(Beifall)

Es läuft immer wieder auf dasselbe Grundmotiv, auf dieselbe Antinomie, auf dieselbe Polarität hinaus: Was ist der Mensch in der politischen Bewertung der politischen Kräfte? Ist der Mensch Maß und Maßstab der Politik, oder ist der Mensch ein gesellschaftspolitisches Verbrauchsinstrument für andere gesellschaftspolitische Konstruktionen? Wir müssen alle Entscheidungen, die wir getroffen haben und die wir in beiden Parteien noch treffen werden, immer daran messen, ob sie geeignet sind, den Freiheitsspielraum des Menschen zu sichern, womöglich zu erhalten und einen wirksamen Damm gegen seine ständigen Einschränkungen zu errichten,

(Beifall)

den Freiheitsspielraum des Menschen, der heute unter mancherlei schönen, irrlichternden Parolen mit Zustimmung der Betroffenen eingeschränkt werden soll, den Freiheitsspielraum des Menschen, dessen Einschränkung man zum Teil mit höherer Lebensqualität zu rechtfertigen oder zu bemänteln versucht. Da wird der Versuch unternommen, höhere Lebensqualität als nunmehr unvereinbar mit dem Freiheitsspielraum des Menschen in einen Gegensatz zu bringen, da wird versucht, den Begriff der sozialen Sicherheit als unvereinbar mit dem Begriff der individuellen Freiheit zu bezeichnen, und da wird zum Schluß dann eine Darstellung betrieben, wobei Sprache, Bewußtseinsveränderung und Systemveränderung Hand in Hand gehen sollen, um einen Schritt nach dem anderen dahin zu kommen, daß, wie es Herr Schelsky auf unserem Parteitag sagte, aus dem "mündigen Bürger" ein "betreuter Bürger" wird oder, wie es Parkinson in seinem Buch - es erscheint zu Weihnachten 1973 gerade zum richtigen Zeitpunkt - darstellt, eine "nerzfellgefütterte Mausefalle" für eine Gesellschaftsordnung entsteht.

Der Freiheitsspielraum des einzelnen soll eingeschränkt werden, indem man sagt: Individuelles Eigentum bedeutet keine gesellschaftliche Macht, also braucht man kollektives Eigentum. Dagegen liegt

eine klare Aussage der beiden Unionsparteien vor, und diese klare Aussage wird in unserer politischen Wirklichkeit, in unserer parlamentarischen Arbeit, dort wo wir in der Verantwortung stehen, in unserer Regierungstätigkeit, in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Da spricht man von Einschränkung der individuellen Freiheit durch die Notwendigkeit von mehr Bildung. Ich glaube, wir brauchen uns unserer Bildungspolitik nicht zu schämen. Wir können allerdings feststellen, daß manche, die früher an besonders verwirrende und beeindruckende Parolen geglaubt haben, heute den Rückzug antreten müssen. Es geht nicht darum, durch ständig mehr Beschulung sozusagen von der Wiege bis zur Bahre den einzelnen zu einem Objekt der Bildung zu machen, sondern darum, ihn zu einem Träger und Nutznießer der Bildung zu machen.

(Beifall)

Wir wenden uns deshalb auch dagegen, daß man versucht, die Kinder den natürlichen Autoritäten durch konflikttheoretisch verseuchende Kultusminister

(Heiterkeit und Beifall)

zu entziehen und sie unter dem Stichwort allgemeine umfassende und im besonderen dann auch noch berufliche Bildung, angefangen von der Sprache bis zum Bewußtsein, mit einer Lebensauffassung zu versehen, in der diese Menschen das individuelle Glück und die Befriedigung eines erfüllten Daseins nicht mehr werden erleben können, weil sie immer in Konflikten, in zum Teil selbstgeschaffenen Konflikten, zu leben haben würden, bis ihnen das Glück eines Tages nur mehr von den Plakaten lächelt, wie es in allen sozialistischen Staaten der Fall ist.

(Beifall)

Die Gesichter der Menschen dort zeugen von der grauen Monotonie der Wirklichkeit ihres Lebens, ihrer seelischen und materiellen Landschaft; dafür künden aber die Spruchbänder und die Plakate von dem höheren Glück. Wir halten fest an dem Menschen als der Mitte und dem Maßstab der Politik, und alles was wir tun und wollen, steht in seinem Dienste.

(Beifall)

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir auch den Begriff zu werten, der heute für völlig verschiedene Dinge in Anspruch genommen wird.

Das ist ja das Schwierige an dieser Auseinandersetzung, daß hier mit Begriffen gearbeitet wird, die für völlig gegensätzliche Auffassungen und nicht miteinander zu vereinbarende Ziele gleichzeitig in Anspruch genommen werden. Wenn man z. B. von Demokratisierung spricht, wenn man von der Demokratisierung diktatorischer Systeme spricht, wenn man von der Demokratisierung des Systems der DDR, oder wie es in Polen, in der Tschechoslowakei oder in der Sowjetunion gilt, spricht: wer würde diesem Begriff der Demokratisierung nicht zustimmen? Es ist ein Demokratisierungswunsch, der durch eine bestimmte Politik herbeigeführt werden soll, auch wenn seine Erfüllung heute weiter entrückt ist denn je. Aber dieser Auslegung des Wortes "Demokratisierung" würden wir alle zustimmen; darüber gibt es gar keine Zweifel.

Dann gibt es aber noch andere Auslegungen des Begriffes "Demokratisierung", nämlich genau von denen, in deren Land, in deren System wir die Demokratisierung wünschen. Von ihnen wird das Wort "Demokratisierung" in den Mund genommen, nicht um mehr Freiheit, sondern um mehr Staatsgewalt und mehr Untertanenunterdrückung zu schaffen. Wenn von seiten der Machthaber der DDR das Stichwort "Demokratisierung" erwähnt wird, dann ist es mit den Begriffen unvereinbar, die wir damit verbinden. Dazwischen liegt dann der Raum, über den wir uns klarwerden müssen, auch innerhalb unserer Reihen, damit sie geschlossen bleiben, und zwar auch in Zukunft geschlossen bleiben.

Was ist die Funktion des Staates, und was ist die Funktion der Gesellschaft? Der staatliche Demokratiebegriff - nämlich die Gleichheit aller Stimmen, ob reich oder arm, ob gescheit oder dumm, ob faul oder fleißig, ob Generaldirektor oder Putzfrau -, die Gleichheit der Stimmabgabe in der Demokratie kann nicht automatisch auf alle Institutionen der Gesellschaft übertragen werden.

(Beifall)

Was wünschen wir in der Gesellschaft? Wir wünschen in der Gesellschaft dasselbe wie im Staate, aber die Mittel in der Gesellschaft sind nicht die gleichen wie die im Staate. Während die Verwirklichung der Demokratie im Staate die Freiheit des einzelnen garantiert - und es ist ja der Sinn der Demokratie, der Abschaffung des Mehrklassenwahlrechts, die Freiheit und die Gleichberechtigung des einzelnen zu garantieren und zu schützen -, wird mit der "Demokratisierung" innerhalb der Gesellschaft ein Zustand geschaffen, in dem Klassenrechte, Klassenwillkürlichkeiten und Klassenfreiheiten statuiert und das Recht und die Freiheit des einzelnen systematisch eingeschränkt, zum Teil dem Terror unterworfen und abgeschafft werden.

(Beifall)

Und deshalb ist es für unsere zukünftige Aufgabe - ich darf sagen, für unsere Selbstdurchsetzung - in dieser Gesellschaft, die von so vielen Schlagworten in Verwirrung geführt wird, von Schlagworten gleicher Buchstabenzusammensetzung, aber total verschiedener Deutung und total verschiedener Wirklichkeit dahinter, so ungeheuer bedeutsam, daß wir mit den Begriffen "Demokratie" und "Demokratisierung" in Staat und Gesellschaft ganz klare Vorstellungen verbinden. Es muß klar sein, daß die Institutionen des Staates und die Institutionen der Gesellschaft nicht dem gleichen Zwecke dienen und auch nicht dem gleichen Zwecke dienen können. Wir aber haben die Aufgabe, die Freiheit des Menschen im Staat und in der Gesellschaft zu schützen, und das heißt, daß die Freiheit und der Bewegungsspielraum des einzelnen in Staat und Gesellschaft nicht über den gleichen Leisten geschlagen werden können, nämlich nicht einfach mit dem Begriff der Gleichheit aller Stimmen. In einem Schauspielhaus, in einem Krankenhaus, in einer Universität steht die Funktion dieser gesellschaftlichen Veranstaltung im Mittelpunkt, und innerhalb dieser Funktion müssen die einzelnen Mitarbeiter ihre Befriedigung, müssen sie ihre Lebenserfüllung finden. Das heißt dann aber nicht: nur Mitbestimmung durch entsandte Funktionäre; das heißt auch: mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Mitbestimmung durch Leistung und durch Verantwortung, gesichertes Recht zum Aufstieg durch Leistung!

(Beifall)

Wir schaffen nicht Privilegien feudaler Art ab, um neue Privilegien, die genauso wenig motiviert werden können, an ihre Stelle zu setzen.

(Erneuter Beifall)

Wir haben auch nicht entsprechend der schulischen Entwicklung die religiöse Konfessionsschule abgeschafft, um sie durch eine marxistische Konfessionsschule mit dem Charakter der Intoleranz zu ersetzen.

(Lebhafter Beifall)

Erlauben Sie mir noch ein Wort, das nicht als nachtarocken gemeint ist, sondern auf die Kommentare von heute bezogen ist; es soll schon von vornherein der Ausräumung eventuell entstehender Mißverständnisse dienen. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, könnte ich das Wort "Mitbestimmung" nach einer Diskussion eines ganzen Tages für einige Zeit nicht mehr hören,

(vereinzelt Zustimmung)

und so ist es auch sehr wohl verständlich, daß sich die Reihen heute erst allmählich füllen und daß das Schwimmbad bis heute morgen um 4 Uhr voll besetzt war. Das ist ein Beweis für die innerbetriebliche Ausgleichsfähigkeit der CDU.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber wenn ich heute morgen in einigen - auch seriösen - Presseorganen gelesen habe, daß mit dem Beschluß von gestern - und ich habe nicht die Absicht, ihn zu bewerten oder zu beurteilen, sondern wir alle in der CSU sind von dem Bemühen getragen, das, was Sie beschließen, sehr sorgfältig zu prüfen und es so zu verwerten, daß im Rahmen der gemeinsamen Fraktion ein zuverlässiges Fundament gemeinsamer Politik daraus erwachsen kann;

(Beifall)

ich sage dies also nicht deshalb, um etwas zu bewerten; das steht mir nicht zu - die CDU nunmehr den Koalitionsparteien, vor allem der FDP, näherstehen dürfte als der CSU, so ist das eine ganz grobe Fehleinschätzung,

(Beifall)

die nur aus der Eile des Schreibenden - die ja immer eine lästige Berufsnebenerscheinung ist - erklärbar ist,

(vereinzelt Heiterkeit)

denn auf dem Parteitag der Christlich Sozialen Union Ende September - und wir hatten die Freude, Herrn Kohl und Herrn Carstens und andere Freunde der CDU dort zu begrüßen - ist auf meinen Vorschlag hin der Vorstandsbeschuß, der etwas enger gefaßt war, erweitert worden, und wir haben gesprochen von der Gleichwertigkeit und der Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit in unserer Wirtschaftswelt; so lautet der Beschluß des Parteitages der CSU. Wir haben hinzugefügt, daß Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit als Gesamtergebnis der Regelung von Betriebsverfassung, Mitbestimmung und Vermögensbildung sich unter dem Strich ergeben müssen.

Sie werden es mir, da ich gerade ein Interview dazu gegeben habe, nicht übelnehmen, wenn ich die Bemerkung mache, wir haben keinen Grund - ich drücke es positiv-negativ aus -, die SPD und die FDP auf diesem Gebiet wie auf dem Gebiet der Vermögensbildung aus ihrer Clinchsituation durch unser Eingreifen von außen zu befreien.

(Beifall)

Das ist erfreulicherweise vermieden worden. Denn die Taktik oder die Strategie - aber das ist schon etwas hoch gegriffen - auf der anderen Seite war doch die, die Verhandlungen hinzuziehen, aussetzen und so lange zu verschleppen, bis vom Hamburger Parteitag der CDU für die bedrängten Verhandlungsführer der FDP die nötige Entlastung kommen sollte.

(Beifall)

Dagegen habe ich mich, wie Sie wissen, in dem Interview im "Münchener Merkur" ausgesprochen, und dazu stehe ich auch. Aber hinsichtlich der Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit von Kapital und Arbeit und dann ihrer folgerichtigen Umsetzung in die gesetzgeberische Wirklichkeit gibt es zwischen uns keinen Dissens, ganz abgesehen davon, daß zum Schluß, wie Herr Börner ja nicht zu unrecht sagte, das herauskommen wird, worauf sich SPD und FDP in diesem Deutschen Bundestag einigen werden. Das ist aber nur oberflächlich richtig. Unter der Oberfläche ist etwas anderes richtig: daß ihre Einigung, d. h. die abermalige Verhüllung ihrer Gegensätze, nicht durch uns erleichtert werden darf.

(Beifall)

Und das ist mit diesem Beschluß vermieden worden.

Ich darf dazu noch eines sagen. Ich glaube, wir sind uns darüber im klaren, daß es uns um die Partnerschaft in der Arbeitswelt geht. Und das meinen wir sehr ernst. Für uns ist die Mitbestimmung nicht eine Durchgangsstation auf dem Wege zu weitergreifenden Zielen der gesellschaftlichen Veränderung; für uns ist die Mitbestimmung nicht eine Durchgangsstation auf einem Wege, an dessen Ende dann die Vergesellschaftung oder Verstaatlichung der Wirtschaft stünde.

(Beifall)

Unser Ziel ist die Humanisierung der Arbeitswelt!

Ich glaube, daß unbeschadet der Meinungsverschiedenheiten, die hier, wie es unvermeidlich ist, in der Diskussion zutage getreten sind, alle, die dazu auf diesem Parteitag gesprochen haben, von diesem gleichen Grundgedanken der Partnerschaft und der Regelung der Mitbestimmung im Sinne des Menschen und nicht im Sinne neuer gesellschaftspolitischer Machtzusammenballung und damit des Ersatzes schwindender Machtstrukturen - wie man sagt - zugunsten neu aufkommender erfüllt sind. Auch hier geht es wieder um den Menschen und nicht um die Macht, sei es die des Geldes, sei es die des Großverbandes. Es geht in diesem Zusammenhang um den Menschen.

Darum glaube ich, daß wir zwei Dinge ruhig auch ganz offen ansprechen dürfen. Es muß die Einheit des Unternehmens und das

Gemeinschaftsinteresse im Unternehmen - sowohl das Interesse derer, die das Kapital zur Verfügung stellen, wie das Interesse derer, die das Management besetzen, wie das derer, die durch ihre Arbeit den Betriebserfolg überhaupt erst möglich machen - klar gesehen werden.

(Zustimmung)

Das schließt nicht aus, daß in Lohnkämpfen oder bei anderen Anlässen auch Interessengegensätze ausgetragen werden. Was wir aber unter allen Umständen verhindern müssen, ist, daß ein Dauerkonflikt im Sinne klassenkampftheoretischer Zuspitzungen in die Betriebe hineingetragen wird, an dessen Ende dann nur der Sieg einer Seite stehen soll. Wir wollen den innerbetrieblichen Frieden, die innerbetriebliche Partnerschaft und eine humane Arbeitswelt. Wir wollen die Erfüllung des einzelnen Menschen, seine Lebenserfüllung an seinem Arbeitsplatz und nicht das Hineintragen von Klassenkämpfen in die Betriebe. Das ist für uns der Sinn der Mitbestimmung!

(Beifall)

Damit ist auch die Einheit eines Unternehmens angesprochen, die eine Voraussetzung für etwas anderes ist, nämlich für die Funktionsfähigkeit des Unternehmens. Die Funktionsfähigkeit des Unternehmens besteht nicht darin, dem Kapitalisten optimal viel Geld zu verschaffen, die Funktion eines Unternehmens besteht nicht darin, diesem oder jenem Funktionär eine sichere Pfründe zu verschaffen, die Funktion des Unternehmens besteht auch nicht darin, die Allgemeinheit mit preiswerten Gütern zu versorgen, ein Unternehmen ist heute vielmehr eine pluralistische Institution, ist eine Wertschöpfungsveranstaltung, die eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen hat. Eine dieser Aufgaben muß es aber auf alle Fälle sein, nämlich konkurrenzfähig zu bleiben und so viel zu verdienen, daß eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erhalten bleiben kann.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, wenige Sätze zu zitieren. Ich habe vor wenigen Tagen den Bericht einer Betriebsräteversammlung eines deutschen Großunternehmens gelesen. Der Vorsitzende des Hauptbetriebsrates hat in seiner Ansprache zur Mitbestimmung - ich weiß nicht, welcher Partei er angehört, aber ich kenne seinen Namen - grundsätzlich das zum Ausdruck gebracht, was innerbetriebliche Mitbestimmung für uns bedeutet. Er sagt:

Was will die Mitbestimmung? Sie will die unternehmerischen Faktoren Kapital und Arbeit in einen Gleichklang bringen, sie will den Mitarbeitern ein neues Gefühl vermitteln, sie will sie aus dem Arbeitnehmerdenken herausheben, sie an unternehmerischen Aufgaben unter Mitgestaltung des betrieblichen Geschehens interessieren, man muß nicht jeder oberflächlichen Mode der Zeit folgen, das soll man gar nicht, aber Strömungen gibt es, die sind so breit und tief, daß man sie legalisieren, nicht aber aufhalten oder ignorieren kann. Die Forderung nach Mitbestimmung halte ich für eine solche Kraft, nicht nur Mode der Zeit, sondern Geist der Zeit, für etwas, was an der Zeit ist. Zur Würde des Menschen in

einer reichen und reifen Gesellschaft gehört es nicht, nur passiv hinnehmen zu müssen, nicht nur Objekt zu sein im Getriebe der Arbeit, sondern irgendwie direkt oder indirekt, Verstand und Willen zur Geltung zu bringen.

Wenn das vom Betriebsratsvorsitzenden eines großen deutschen Unternehmens gesagt wird - und das geht noch weiter; der Zeit halber möchte ich die folgenden Gedankengänge nicht wiedergeben, die genau auf der gleichen Linie liegen -, dann kommt hier etwas zum Ausdruck, was uns mit den Arbeitnehmern im Betrieb verbindet, und um die geht es uns.

(Beifall)

Letzte Bemerkung. Nach den grundsätzlichen Beschlüssen dieses Parteitages, die wir mit Aufmerksamkeit verfolgt haben, die wir sorgsam untersuchen werden, über deren Verwirklichung wir uns in der gemeinsamen Fraktion im Sinne der Partnerschaft zusammensetzen werden - übrigens Beschlüsse, bei denen ich sogar einmal das erhebende Gefühl habe, daß die CDU weiter nach rechts gegangen ist als die CSU: ich meine, beim Bodenrecht; das hat mir ein völlig neues Partnerschaftsverhältnis vermittelt -,

(Heiterkeit und Beifall)

nachdem diese Beschlüsse gefaßt sind und nachdem damit der Weg frei ist, müssen wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus der Notsituation heraus, in der wir uns als Volk und als Staat und als Gemeinschaft befinden, mehr mit dem politischen Gegner als mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall)

Unser Land schreit nach einer ausdrucksstarken präsenten und funktionsfähigen Opposition.

(Erneuter Beifall)

Wenn die Regierung schon nicht regieren kann - das hat sie jetzt bewiesen -, sollen wir ihr nicht zeigen, daß die Opposition nicht opponieren will,

(Beifall)

gerade heute nicht, wo die Regierung bewiesen hat, daß sie nicht regieren kann. In der liebenswürdigsten Form ist das noch in der Gestalt des zukünftigen Rivalen unseres Freundes Stoltenberg, des Herrn Bundesverkehrsministers zum Ausdruck gebracht worden. Ich glaube, daß das diplomatische Management der Bundesrepublik nur noch durch die Fähigkeit des Herrn Lauritzen, mit dem Fluglotsenstreik fertig zu werden, übertroffen worden ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Man möchte eigentlich wissen, mit welchem Problem diese Regierung überhaupt fertig wird, außer mit ihren Dienstreisen.

(Heiterkeit und Beifall)

Darum ist es unsere Aufgabe, der Öffentlichkeit draußen durch diese Nebelwand von Phrasen, großen Redensarten, schönen Versprechungen hindurch die wirkliche Funktionsfähigkeit dieser Regierung, die auch ein Stück Tragik des deutschen Volkes ist, verständlich zu machen.

(Beifall)

Die Tragik der SPD liegt darin, daß eine radikale Linke, numerisch noch in der Minderheit, aber in der Lautstärke und in der Bedeutung wachsend, einer großen Zahl schweigender Opportunisten gegenübersteht, die abwarten, wohin die Reise geht, und einer resignierenden gemäßigten Richtung, die es allmählich nicht mehr unternimmt, den Gang der Dinge in den Griff zu bekommen. Das Ganze erfolgt unter dem Segen ihres weltlichen Oberhirten,

(Heiterkeit)

der als Chef einer parteipolitischen Wanderdüne

(Heiterkeit und Beifall)

die permanente gleitende Verschiebung nach links mit frommen Segenssprüchen begleitet.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist beißende Ironie, aber auch Ironie ist eine Waffe der Opposition, und sie ist noch nicht so schlimm wie die haßerfüllten Grimassen, denen wir manchmal begegnen, wenn wir es wagen, für unsere Sache einzutreten.

(Lebhafte Zustimmung)

Man mag fragen: Was geht denn die CSU oder die CDU, was geht Herrn Strauß eine andere Partei an? Wenn es nur das Innenleben einer relativ bedeutungslosen Partei wäre, aber das ist die Partei, die zur Zeit mit relativer Mehrheit im Bundestag ist, die in dieser Koalition trotz der Bremsfunktion - aber auch Bremsen werden allmählich müde - der anderen Partei nun einmal das Übergewicht hat. Damit wird die Tragik dieser Partei zur Tragik unseres Staates. Hier liegt das entscheidende Moment.

(Beifall)

Hier gilt es für die Opposition zu wachen, hier gilt es für die Opposition in einem langen Atem die Wachablösung in Bonn vorzubereiten. Ich habe hier keine Angebote irgendwelcher Art zu machen und bin im äußersten Fall - und das nur eingeschränkt - befugt, für die Partei zu sprechen, die mich schon einige Zeitlang alle zwei Jahre gewählt hat.

(Heiterkeit)

Es liegt doch nicht an uns, wenn andere politische Mehrheiten in diesem Lande vorerst verwehrt waren. Ich war immer der Meinung, daß die FDP für uns nach der als einmalige Kooperation gedachten großen Koalition für uns und auf Gegenseitigkeit Koalitionspartner sein kann. Das setzt aber voraus, daß die anderen überhaupt noch

Koalitionspartner mit Offenheit nach zwei Seiten hin sein wollen. Eines geht jedenfalls nicht weiter, daß man einerseits sozusagen eine gewisse Sturmfreiheit, eine gewisse Angriffsfreiheit von seiten der Opposition ausnutzt, um damit die Stellung in der eigenen Koalition zu verstärken, und uns dann dauernd plumpe Anbiederung und Liebeswerbung vorzuwerfen und uns damit in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Das geht so nicht. Wir können auch der FDP die Fehlleistungen, die sie in Regierung und Staat begeht, im Parlament begeht, nicht im Hinblick auf eine eventuelle zukünftige Koalitionsmöglichkeit nicht mehr vorhalten. Dies können wir uns nicht mehr erlauben.

(Beifall)

Es gilt zu verhindern, daß aus unserer Marktwirtschaft - Sie kennen ja dieses Bonmot - im Zuge des Marsches der Wanderdüne allmählich eine Marx-Wirtschaft wird. Es gilt zu verhindern, daß diese alten Irrlichter des Neomarxismus sich wie ein Rauschgift für jugendliche Schwarmgeister auswirken,

und zwar nicht deshalb, weil sie so verführerisch sind, sondern weil wir ihnen zu wenig aussagekräftige Formulierungen unserer eigenen geistigen Begriffsinhalte entgegensetzen.

(Beifall)

Deshalb wäre es völlig falsch, wenn wir etwa glaubten, durch Übernahme des Feldgeschreis der Gegner in Zukunft beim Wähler mehr Chancen zu haben. Diejenigen, die dieses Feldgeschrei mit sehr verführerischen Parolen gebraucht haben, haben das Volk irregeführt. Wir stehen heute vor einem Scherbenhaufen unserer Politik und vor ersten Entwicklungen. In einer solchen Stunde wären wir wahrlich schlecht beraten, wenn wir hier das Feldgeschrei, die Feldparolen unserer Gegner übernehmen in dem Glauben, daß wir damit die Sympathie einer Mehrheit gewinnen könnten.

(Beifall)

Man kann manchmal - das habe ich in meiner Jugend erlebt - einen Zeitgeist nicht einfach aufhalten. Ein alter österreichischer Politiker, der Landeshauptmann Gleissner, sagte mir: weißt du, da muß halt abwarten, bis er anders wagt; d.h. man muß abwarten, bis der Zeitgeist zu Ende geweht hat. - Und der Zeitgeist, der Willy Brandt an die Macht gebracht hat, ist am Ende!

(Beifall)

Man kann den Zeitgeist durch allerlei Respirationsversuche und Wiederbelebungsexperimente noch eine Zeitlang scheinbar wirkungskräftig erhalten. Wir müssen ihm die Alternative einer freiheitlichen Gesellschaft in einem Rechtsstaat entgegensetzen, dem, entgegen was uns heute mit zunehmender Aushöhlung der Freiheit und zunehmendem Verfall der staatlichen Autoritäten hier dargeboten wird

Wir kennen die Beschlüsse zur Verstaatlichung der Banken. Ja, es geht doch nicht um die Großbanken - bei uns sind sowieso 70 % aller Banken in öffentlich-rechtlicher Hand -, sondern darum, eine pluralistische Wirtschaft zu erhalten und sie nicht allmählich in den Einheitskanal der Vergesellschaftung und der Verstaatlichung einfließen zu lassen.

Warum will man denn die Verstaatlichung der Banken? Doch nicht deshalb, weil man berechtigten Ärger hat - den habe ich auch - über die Höhe oder die Niedrigkeit der Zinsen und über die Länge der Wertschreibungen und die Terminausnutzung und was es sonst alles gibt, und über Schwierigkeiten bei Kreditaufnahmen. All diese Dinge kennen wir. Nur sind sie bei öffentlich-rechtlichen Banken um kein Haar anders als bei privat geführten Banken. Da liegt doch der Hund nicht begraben, sondern man will da den Zugriff zur Investitionskontrolle erlangen. Man will zur staatlichen Investitionsplanung, zur staatlichen Investitionslenkung und zur staatlichen Investitionskontrolle kommen. Über die Investitionskontrolle kommen wir auch zur Konsumkontrolle und damit zur Verstaatlichung der Produktionsmittel in unserem Land.

(Beifall)

Das ist der Weg in die Knechtschaft und nicht der Weg zur höheren Lebensqualität.

(Beifall)

Die höhere Lebensqualität ist allemal noch mit Eigentum und Freiheit in sozialer Verpflichtung - mit beidem - unauflöslich verbunden.

(Beifall)

Wie ernst die Zeichen der Zeit sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben uns die jüngsten Ereignisse bewiesen, von denen wir zwar glaubten, unmittelbar überhaupt nicht betroffen zu sein, aber jetzt doch in immer stärkerem Maße betroffen werden. Es gab für uns eine Euphorie - sie war bis in die eigenen Reihen hereingedrungen -, als ob wir uns nunmehr durch angebliche Bereinigung der zwischen unserem und den staatlichen Systemen der östlichen Nachbarn liegenden Probleme gewissermaßen für Europa eine gesicherte Ruhe, einen dauerhaften Frieden, eine Entspannung sozusagen auf irdische Ewigkeit gesichert hätten. Die Ereignisse der letzten Monate haben uns bewiesen, daß das Wetter in der Außenpolitik so schnell umschlagen kann wie auf hoher See oder im Gebirge.

(Beifall)

Sie haben uns bewiesen, daß alle frommen Sprüche, alle frommen Phrasen, alle beschwichtigenden Redensarten nichts mehr nützen in dem Augenblick, wo man den harten Wirklichkeiten machtpolitischer Gegensätze gegenübersteht. Das gilt sowohl für unsere Ostpolitik, bei der es nicht um die Fragen "Ostpolitik ja oder nein?", "Verträge ja oder nein?", "Verhandlungen ja oder nein?" ging, wie wir oft genug gesagt haben. Allmählich dämmert es ja herauf, was hier in Wirklichkeit geschieht: eine Räumung von einer Position nach der anderen.

All das findet dann noch durch diplomatischen Staatstourismus statt. Herr Scheel fährt nach Moskau, um das als Kompromiß heimzubringen, was Moskau von Anfang an in der Berlin-Frage gewollt hat. Dabei erhält er dann noch jede mögliche publizistische Ambulanzhilfe, damit der Unfall nicht in der Öffentlichkeit entsprechend bemerkt wird.

(Beifall)

Wenn das Berliner Amtsgericht mit dem Moskauer Amtsgericht unmittelbar verkehren darf, dann braucht man dafür keinen Außenminister, der das aushandeln kann; das hätten wir schon vorher haben können. Und so weiter!

(Beifall)

Wir merken allmählich, wie drüben die Schrauben wieder fester angezogen werden. Das ist sicherlich auch ein Ergebnis vermehrter kontrollierter Besuchstätigkeit. Aber es kann doch keine Rede davon sein, daß der Gegensatz der Systeme, der Klassenkampf und die ideologische Kollision etwa abgebaut würden. Je mehr kontrollierte Begegnung durch solche Verträge ermöglicht wird - und das ist zu begrüßen -, desto schärfer werden drüben Geister und Menschen, Organisationen und Individuen wieder unter Kontrolle genommen.

Wir werden erleben, daß man in Zukunft für einen Aufenthalt in der DDR den Nachweis einer Hotelreservierung verlangen wird. Diese kriegt man aber nur, wenn das zuständige Kreisparteiamt seine Zustimmung gegeben hat. Wir werden ähnliche Schikanen dieser Art erleben wie jetzt die Verdoppelung der Mindestumtauschsätze usw. Da nützt uns gar nichts, da müssen wir uns dieser Auseinandersetzung stellen, und dafür brauchen wir einen anderen Kanzler, einen anderen Außenminister und eine andere Regierung in Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe jüngst einen Artikel geschrieben: "Zwischen allen Stühlen". Ich meinte damit, daß sich die Bundesregierung außenpolitisch zwischen alle Stühle gesetzt habe. Wenn sich daran auch einige Europäer beteiligt haben, so ist die Formel "gemeinsam sitzt es sich zwischen den Stühlen leichter" auch nicht viel attraktiver, als wenn man dort allein sitzt.

(Heiterkeit und Beifall)

Denn die Lebenslinie für die Europäer auf dem Schneckenmarsch zu ihrer Einigung, bei der sie sich mit der Geschwindigkeit von Gletschern bewegen, müssen das Vertrauen zu - und das Partnerschafts- und Bündnisverhältnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika sein.

(Beifall)

Wir haben in unserer Zeit, als dieses Verhältnis ungetrübt und ungestört war, manchen sachlich-technischen und auch finanziellen Gegensatz in offener Freundschaft und in echter Loyalität und Partnerschaft ausgetragen. Heute haben wir ein groteskes Spiel, ein Meer, eine Woge von Phrasen, von Freundlichkeiten, von gegenseitigen Komplimenten. Aber dahinter steht die nackte Fratze des Mißtrauens, dahinter ist eine Wirklichkeit, vor der es einem grauen könnte. Das zeichnet heute den großen Teil der internationalen Landschaft aus: dieser erschreckende Gegensatz zwischen diplomatischer Phrase der Communiqués und dem abgrundtiefen Mißtrauen und den Fehlentwicklungen, die heute dahinterstecken und sich bereits abzuzeichnen beginnen.

Was heißt denn - Herr Leisler Kiep hat es gesagt - Neutralität des Herzens und des Gewissens? Wenn mich einer umbringt und der

übernommen und verarbeitet haben, ist es der FDP nicht gelungen, eine bewahrende Partei zu sein. Sie ist höchstens eine bremsende Partei. Bremsen heißt noch lange nicht bewahren. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

(Beifall)

Interessant war, was Herr Riemer - sicherlich auch an die Adresse der eigenen Partei gerichtet und vielleicht etwas offenherzig sich enthüllend - vor kurzem in der "Rheinischen Post" sagte, er erwarte vom Hamburger Parteitag der CDU, daß dieser Parteitag für die FDP die Mitte freikämpfe werde. Damit hat er zwei Dinge zugegeben: erstens, daß sie sie bisher noch nicht hat, sondern daß sie die CDU/CSU trotz gegenteiliger Beteuerungen noch hat, zweitens, daß sie die Mitte gern hätte, und drittens, daß sie von Hamburg erwarten, daß die Mitte nunmehr für sie frei wird.

Erlauben Sie mir eine Feststellung, die meiner Überzeugung entspricht, die also nicht eine unbillige Randbemerkung darstellen soll: Der Parteitag der CDU verdient es, in der Geschichte der CDU als ein Meilenstein anerkannt zu werden; denn mit den Beschlüssen dieses Parteitages ist die Position der Mitte neu definiert und bestätigt, aber jedenfalls als Mitte bekräftigt worden.

(Beifall)

Es läuft immer wieder auf dasselbe Grundmotiv, auf dieselbe Antinomie, auf dieselbe Polarität hinaus: Was ist der Mensch in der politischen Bewertung der politischen Kräfte? Ist der Mensch Maß und Maßstab der Politik, oder ist der Mensch ein gesellschaftspolitisches Verbrauchsinstrument für andere gesellschaftspolitische Konstruktionen? Wir müssen alle Entscheidungen, die wir getroffen haben und die wir in beiden Parteien noch treffen werden, immer daran messen, ob sie geeignet sind, den Freiheitsspielraum des Menschen zu sichern, womöglich zu erhalten und einen wirksamen Damm gegen seine ständigen Einschränkungen zu errichten,

(Beifall)

den Freiheitsspielraum des Menschen, der heute unter mancherlei schönen, irrlichternden Parolen mit Zustimmung der Betroffenen eingeschränkt werden soll, den Freiheitsspielraum des Menschen, dessen Einschränkung man zum Teil mit höherer Lebensqualität zu rechtfertigen oder zu bemänteln versucht. Da wird der Versuch unternommen, höhere Lebensqualität als nunmehr unvereinbar mit dem Freiheitsspielraum des Menschen in einen Gegensatz zu bringen, da wird versucht, den Begriff der sozialen Sicherheit als unvereinbar mit dem Begriff der individuellen Freiheit zu bezeichnen, und da wird zum Schluß dann eine Darstellung betrieben, wobei Sprache, Bewußtseinsveränderung und Systemveränderung Hand in Hand gehen sollen, um einen Schritt nach dem anderen dahin zu kommen, daß, wie es Herr Schelsky auf unserem Parteitag sagte, aus dem "mündigen Bürger" ein "betreuter Bürger" wird oder, wie es Parkinson in seinem Buch - es erscheint zu Weihnachten 1973 gerade zum richtigen Zeitpunkt - darstellt, eine "nerzfellgefütterte Mausefalle" für eine Gesellschaftsordnung entsteht.

Der Freiheitsspielraum des einzelnen soll eingeschränkt werden, indem man sagt: Individuelles Eigentum bedeutet keine gesellschaftliche Macht, also braucht man kollektives Eigentum. Dagegen liegt

andere schaut zu, dann ist es mir wurscht, ob der im Gewissen oder im Herzen neutral ist, wenn er mir dabei nicht hilft.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will die Fortsetzung dieser Rede nicht mißbrauchen, um hier Position für die eine oder andere Seite zu beziehen. Es ist ein sehr komplexes Problem. Eines, was uns Europäer zutiefst beunruhigen muß - und wenn es uns nicht mehr beunruhigt, dann sind wir sowieso nur mehr wert, politisch beerdigt zu werden -, ist die Tatsache, daß wir in der Stunde der Not außer schönen Sprüchen, beruhigenden Redensarten und neutralistischen Phrasen nichts an moralischer Kraft und materiellem Gewicht in die Waagschale zu werfen haben, um den Frieden zu erhalten, - nichts!

(Anhaltender Beifall)

Die Europäer haben sich geärgert, als Henry Kissinger in seiner Atlantik-Rede im April dieses Jahres von den Großmächten sprach; er meinte damit die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik Rotchina. Er sprach von ihnen als von Mächten mit globaler Verantwortung, als er den Europäern und Japanern die regionale Verantwortung zuschob. Damals sagte Herr Wehner: Der Kissinger-Vorschlag ist ein Munstrum, von dem er selber gar nicht recht weiß, was er damit will.

(Heiterkeit)

Herr Brandt sagte, die Amerikaner müßten sich endlich mit dem neuen Selbstbewußtsein der emanzipierten europäischen Großmacht abfinden. Und Herr Scheel bezeichnete die letzte Außenminister-sitzung der EG als die erste Kabinettsitzung einer gemeinsamen europäischen Regierung. Ja, wenn Begriffe aus Mäusen Elefanten machen könnten! Aber sie können es noch nicht. Die Europäer sind selbst zu regionaler Verantwortung unfähig.

Wir hatten nichts in die Waagschale zu werfen. Das war aber ein Brand, der vor unserer Haustüre stattfand. Können wir eigentlich ermessen, haben wir noch ein geschichtliches Gespür dafür, wie bedeutungslos wir geworden sind und wie wir nichts mehr in die Waagschale zu werfen haben werden, wenn der Brand unsere Haustüre erreicht und in unser Haus hineinschlagen wird?

(Beifall)

Was dann? Wir werden auseinanderlaufen wie Spreu, jeder wird sich nach seinen angeblichen nationalen nächstliegenden Interessen orientieren, weil wir weder ein gemeinsames Bewußtsein noch eine gemeinsame Entschlossenheit noch die materiellen Mittel haben, dieser Entschlossenheit Ausdruck zu geben. Das muß geändert werden, weil sonst die Zukunft Europas mit Recht sehr düster gesehen werden muß.

(Beifall)

Diese Europäer haben noch einmal eine Lektion von der Geschichte bekommen. Von nun an und gerade nach dem Zerwürfnis zwischen Washington und Europa mit Schwergewicht Bonn - denn wir haben ja immer die Mehrheitsaktien, wenn es um solche Dinge geht, weil sich die anderen leichter aus der Situation bewegen können; nicht

zuletzt Paris -, das man auch durch Kommunique und gegenseitiges Sich-auf-die-Schulter-Klopfen nicht aus der Welt schaffen kann, werden wir Europäer die volle Härte der geschichtlichen Wirklichkeit zu spüren bekommen. Wir werden nur mit ihr fertig werden, indem wir uns einigen, indem wir Position beziehen, und indem wir bereit sind, regionale und weltpolitische Verantwortung zu tragen. Aber es ist jammervoll, wenn ein Mann wie Brandt von dem neu erwachten Selbstbewußtsein einer emanzipierten europäischen Großmacht spricht. Wo war sie denn, die Großmacht? Großmaulhelden waren sie in diesem Augenblick, aber sonst gar nichts!

(Beifall)

Und was ist das für ein Spiel? In Bonn stellt man sich hin und sagt, wir predigen Neutralität. Dann verbietet man die Verladung amerikanischer Waffen. Herr Scheel sagt: Wir haben das erst nach dem Krieg getan, nicht während des Krieges; als wenn das eine besonders helllichte und intelligente Kategorie wäre. Dann wird Herr Kühn nach Israel geschickt. Dort wird gesagt, das Ganze sei nur ein Irrtum gewesen, der längst gutgemacht worden sei. Nach Bonn zurückgekehrt, sagt Herr von Wechmar, er habe nur seine Privatmeinung gesagt, das habe aber nichts mit der offiziellen Meinung zu tun. Ja, so verspielen wir doch moralisch Kopf und Kragen, Ansehen und Reputation.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Mein Schlußwort ist kein Rückgriff in die Vergangenheit, es ist die Bestätigung für die Zukunft: Bleiben wir die Partei Konrad Adenauers und Ludwig Erhards! Wir werden morgen wieder mit dem Zeitgeist marschieren, und wir werden die Probleme in Deutschland und für Europa leichter meistern als auf jedem anderen Wege.

(Lang anhaltender starker Beifall und Bravo-Rufe)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsidium: Lieber Franz Josef Strauß, der Parteitag hat Ihnen gedankt für eine großartige Rede als Auftakt für den Schlußtag unseres Parteitages.

(Beifall)

Ich kann nur hinzufügen: Franz Josef, Sie sind wie immer, unnachahmlich und unübertroffen. Kommen Sie wieder nach Hamburg!

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren, wir werden jetzt unsere Beratungen fortsetzen. Wir haben noch ein großes Programm abzuwickeln, und ich hoffe mit den Kollegen des Tagungspräsidiums, daß sich das mit Disziplin und in der Zeitfolge bewerkstelligen läßt.

Bevor wir aber die Diskussion über die berufliche Bildung fortsetzen, möchte ich bei uns noch einmal den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Freiherrn von Heereman, begrüßen.

(Beifall)

Freiherr von Heereman, wir wissen es besonders zu würdigen und zu schätzen, daß Sie unsere Debatte und Diskussion über die berufliche Bildung mit so viel Interesse verfolgen.

Dann möchte ich bei uns noch begrüßen - und ihm ein besonderes Wort des Dankes sagen - Professor Thielicke.

(Beifall)

Professor Thielicke, die Worte, die Sie am Volkstrauertag zum Parteitag gesprochen haben, sind uns in bleibender Erinnerung. Nochmals sehr herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 16 der Tagesordnung auf: Weitere Beratung der Reform der beruflichen Bildung.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen. Zunächst habe ich die Bitte, daß die Delegierten im Saal bleiben, damit die Diskussion über die berufliche Bildung wirklich gut fortgeführt werden kann. Zum zweiten eine Bitte an die Diskussionsredner, die Diskussionsbeiträge nicht über fünf Minuten auszudehnen.

Ich bitte Sie jetzt, die Empfehlungen der Antragskommission zur Hand zu nehmen und Seite 24 der Empfehlungen der Antragskommission aufzuschlagen. Gestern abend haben wir die Ziffer 3: Berufsgrundbildungsjahr abgehandelt. Ich rufe jetzt Ziffer 4: Anrechnung auf.

Für die Antragskommission erteile ich das Wort Herrn Dr. Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, den Antrag B 248 anzunehmen unter Einbeziehung des Antrags B 254 des Landesverbandes Saar und des Antrags B 257 des Kreisverbandes Gelsenkirchen und den ersten Absatz wie folgt zu fassen:

Um die Anrechenbarkeit der beruflichen Grundbildung auf eine anschließende Fachbildung sicherzustellen, müssen Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen aufeinander abgestimmt sein.

Dann soll der zweite Absatz von Antrag B 248 folgen.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, wir stimmen ab. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Soweit ich es übersehen kann: einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 5: Berufliche Fachbildung auf. Dazu gehören die Anträge Nr. B 265 bis B 304.

Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Frau Kollegin Benedix! Meine Damen und Herren, ich darf nochmals bitten, die Gespräche nach

draußen zu verlegen und hier jetzt dem Verlauf der Diskussion zu folgen. Eine herzliche Bitte des Präsidiums.

Ursula Benedix: Meine Damen und Herren! Der Antrag B 301 der Frauenvereinigung ist von der Antragskommission nicht berücksichtigt worden. Wir sind der Meinung, daß er gerade im Sinne unserer Reformbemühungen so Wesentliches aussagt, daß ich hier dazu noch einmal um das Wort gebeten habe. Es ist ja heute Gott sei Dank so, daß man sich ohne ein Bekenntnis zur beruflichen Bildung und vor allem ein Bekenntnis zu ihrer Gleichwertigkeit gar nicht mehr in die Öffentlichkeit wagen kann. Weil das so ist, mißt man die Glaubwürdigkeit dieser Deklamation an der Konkretisierung. Es nützt nichts, wenn man lediglich eine solche Deklamation abgibt. Man muß vielmehr konkret sagen, wie man diese Gleichwertigkeit erreichen will.

Meine Damen und Herren, die SPD konkretisiert ihre Forderung wie folgt. Sie sagt: kurzfristig Einbeziehung der Schulen in den Sekundarbereich II. Sie sagt weiterhin: Langfristig haben wir Gleichwertigkeit erst dann erreicht, wenn alles in der großen integrierten Gesamtschule subsumiert ist. - Genau das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir wollen es deshalb nicht, weil dies auf Kosten der beruflichen Bildung geht und weil wir diese besondere Art der Bildung als eine ganz große Chance für die Mehrzahl der jungen Leute ansehen, die, wie wir wissen, in dieser Zeit ja bildungsgesperrt sind und diese konkrete Ansprache brauchen. Meine Damen und Herren, man kann nicht von Chancengleichheit sprechen, wenn man die Chance dieses besonderen Weges abbaut. Man kann auch nicht von lebenslangem Lernen reden, wenn man beabsichtigt, die jungen Leute so lange zu beschulen, bis jegliche Lernmotivation erstorben ist.

(Beifall)

Die Formulierung, daß berufsqualifizierende und allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden können, reicht hier eben nicht aus. Wenn wir es dabei belassen, lassen wir Humboldt wieder über unsere Schulter schauen. Wir sind dann halberzig. Man kann uns dann vorwerfen, wir hätten die Dinge nicht zu Ende durchdacht.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir die Bedeutung der Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung noch so sehr beteuern, wir werden mit diesen Beteuerungen nicht verhindern, daß immer mehr Berufsvollzeitschulen aus dem beruflichen System ausgegliedert werden. Wir werden nicht verhindern können, daß die Berufsschule immer mehr zur Restschule wird. Wir werden nicht verhindern können, daß sich immer weniger intelligente und leistungsstarke junge Menschen für diesen Weg entscheiden. Wir werden auch die Folgewirkungen nicht verhindern können, daß qualifizierte Lehrer dann nicht mehr bereit sind, an diesen Schulen zu unterrichten. Das Ergebnis wird sein - dies sagen auch viele bedeutende Kulturpolitiker der SPD, vor allem aber die Professoren, die für eine Reform eintreten -: Dieser Weg stirbt aus; er wird sich von selber erledigen. So wird es kommen.

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir sagen, wie wir den Weg für intelligente Leute attraktiv machen. Es muß erreicht werden,

daß die Eltern nicht mehr zu befürchten brauchen, daß ihre Kinder dann, wenn sie mit 15, 16 oder 17 Jahren die Schule satt haben, sie als Glasglocke empfinden, aus ihr heraus wollen, an eine Barriere geraten. Wir müssen ihnen sagen, daß sie neben der Chance des Aufstiegs im Beruf die Chance haben, sofort in die zwölfte Klasse der Fachoberschule einzutreten und damit den Durchgang zur Hochschule unmittelbar zu erreichen. Meine Damen und Herren, wir bitten Sie deshalb dringend, hier nicht der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, sondern der konkreten Ergänzung, wie sie in Antrag B 301 vorgeschlagen wird, zuzustimmen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Herr Dr. Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, die noch anstehenden Anträge kurz und zügig abzuhandeln. Wir empfehlen Ihnen, Antrag B 265 in der ausgedruckten Fassung anzunehmen. Weiter empfehlen wir Ihnen, den Antrag B 275 durch die Annahme des Antrags B 318 im weiteren Tagungsverlauf als übernommen zu betrachten.

Den Antrag B 301, der eben von Frau Benedix erläutert worden ist, empfiehlt die Antragskommission zur Ablehnung, da er eine Einzelheit der inneren Struktur der Berufsschule regelt, die wir der Gleichgewichtigkeit des Programmes wegen hier nicht geregelt sehen möchten, obwohl wir mit den Aussagen von Frau Benedix inhaltlich übereinstimmen. Wir empfehlen also Annahme des Antrags B 265.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Vogel!

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag B 265 zustimmen will, wie es die Antragskommission empfiehlt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer stimmt dagegen? - Danke schön! Enthaltungen? - Das erstere war die Mehrheit. Damit können die Anträge B 266, B 267, B 269, B 274, B 276, B 287 und B 289 bis B 304 als erledigt angesehen werden.

Ich rufe jetzt Ziffer 6 - Prüfungen - auf. Dazu gehören die Anträge B 305 bis B 317. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag B 305. Wenn Sie dem folgen, können die Anträge B 306 und B 308 bis B 317 als erledigt angesehen werden. Die Antragskommission empfiehlt des weiteren die Ablehnung des Antrages B 307.

Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzichen. - Danke schön! Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Es ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 7 - Berufliche Wahlschulen - auf. Dazu gehören die Anträge B 318 bis B 331. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Frau Doris Altewischer vor.

Doris Altewischer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie gestern abend muß ich Ihr Augenmerk wieder auf ein besonderes Problem richten. Ich bitte Sie, den Antrag B 331

des Kreisverbandes Unna zu unterstützen. Dieser Antrag beinhaltet, daß unter Ziffer 5 der Vorlage des Bundesvorstandes folgender Absatz einzufügen ist:

Bildungsstätten eigener Art sind die Fachseminare für sozialpflegerische Berufe, z. B. für Familienpflege und für Altenpflege. Diese Ausbildungsgänge sind in die Ausbildungsförderung des Bundes einzubeziehen, und die Ausbildungsziele sind als soziale Berufe anzuerkennen.

Zur Begründung erlaube ich mir, auf folgendes hinzuweisen. Diese Fachseminare sind berufliche Wahlschulen, passen aber in das übrige System insoweit nicht hinein, als sie weder Fach- noch Berufsfach- noch Ergänzungsschulen sind. Sie passen an sich überhaupt nicht in die Landschaft der berufsbildenden Schulen, sind aber äußerst wichtige Einrichtungen, weil sie eine große Lücke im Bedarf an sozialen Berufen ausfüllen und insbesondere älteren Frauen die Möglichkeit bieten, in einen wichtigen sozialen Beruf zu gelangen - und dies insbesondere in bildungsfernen und strukturschwachen Gebieten; denken Sie etwa an die Gebiete mit Textilindustrie. Diese Einrichtungen bieten die Möglichkeit zur Umschulung. Die Ausbildung ist nicht in das Bundesausbildungsförderungsgesetz einbezogen. Von daher ist sie völlig unattraktiv und eine unzumutbare Belastung für die Bewerberin. Der Erfolg wird sein, daß wir demnächst noch weniger oder überhaupt keine Altenpflegerinnen und Familienpflegerinnen mehr haben werden. Wer von uns Familienpolitik und Altenpolitik macht und aktiv gestalten will, wird sicher wissen, wie wichtig gerade diese Berufe sind.

um Kranke in der Familie halten zu können, um älteren Menschen den Aufenthalt in ihren Wohnungen so lange wie möglich zu garantieren. Die Nichteinbeziehung in die Ausbildungsförderung hat z.B. jetzt in Nordrhein-Westfalen wieder dazu geführt, daß einfach ein Seminar geschlossen worden ist, weil jüngere Bewerberinnen überhaupt nicht kommen, weil es sich kein Mensch leisten kann, für solche Schulen noch Schulgeld und für den Aufenthalt noch Internatsgeld zu zahlen.

Mir persönlich scheint es - Verzeihung, hohes Präsidium - ein wenig typisch, daß es hier wieder einmal vorwiegend weibliche Berufe sind, die einfach und schlicht vergessen werden und unterrepräsentiert werden.

(Beifall)

Andere Berufe, die vielleicht auch den Herren der Schöpfung etwas näherstehen, sind in die Ausbildungsförderung einbezogen; so sind z.B. die Krankenpflegeschulen einbezogen. Da rechnet vielleicht eher jeder damit, daß er in die Lage kommen kann, dieser Schulen zu bedürfen, um entsprechend gepflegt zu werden. Diese Krankenpflegeschulen sind gemäß § 2 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes als gleichwertige Ausbildungsstätten anerkannt worden. Genau dies müßte für die Fachseminare geschehen. Ich bitte Sie sehr darum, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön. Für die Antragskommission, Herr Professor Hahn.

Prof. Dr. Hahn: Liebe Parteifreunde, es handelt sich um ein sehr wichtiges Anliegen, dessen Bedeutung wir anerkennen, das allerdings gestern schon bei dem Antrag 176 mit berücksichtigt worden ist. Trotzdem meint die Antragskommission, daß wir dem stattgeben sollten, was gesagt worden ist, wenn auch mit einer kleinen Abänderung des Antrages 331. Dabei könnten wir einschließen: "Dabei sind die Fachseminare für sozialpflegerische Berufe, z.B. für Familienpflege und Altenpflege, Bildungsstätten eigener Art". Wenn wir das einfügen, ist dem Anliegen, das hier vorgetragen worden ist, stattgegeben.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen. Ich rufe auf: 8 - Abiturienten. Dazu gehören die Anträge Nr. B 322 - B 334. - Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. B 322 unter Einbeziehung von Antrag Nr. B 333 in folgender Fassung:

Für Abiturienten sind außerhalb der Hochschulen attraktive Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, die sich durch die enge Verzahnung von Theorie und Praxis auszeichnen und zu einem dem Hochschulabschluß gleichwertigen Bildungsabschluß führen (z.B. Berufsakademien). Diese Abschlüsse sind in die Laufbahnverordnung aufzunehmen.

Damit kann Antrag Nr. B 334 als erledigt angesehen werden.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf: 9 - Lehrer und Ausbilder. Dazu gehören die Anträge B 335 - B 355. Dazu habe ich eine Wortmeldung. Herr Dr. Ecker, bitte schön! - Herr Dr. Ecker winkt ab. Keine weiteren Wortmeldungen? - Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. B 335. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf: 10 - Berufliche Bildung im Betrieb. Dazu gehören den Anträge Nr. B 356 - B 362. - Ich habe keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. B 356. Damit können die Anträge Nr. B 357 - B 362 als erledigt angesehen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf: 11 - Die Kooperationsmöglichkeit. Dazu gehören die Anträge Nr. B 363 - B 376. - Mir liegen keine Wortmeldungen

vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag Nr. B 363. Damit können die Anträge Nr. B 364 - B 376 als erledigt angesehen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf: 12 - Besondere Aufgaben im Bereich der beruflichen Bildung; a) Jugendliche ohne Hauptschulabschluß. Dazu gehören die Anträge B 377 - B 406. Dazu habe ich eine Wortmeldung. Herr Langguth, bitte!

Gerd Langguth: Zur besseren Verständlichkeit möchte ich ausführen, daß wir von der Antragskommission diesem Passus eine neue Gliederung gegeben haben, die demnach wie folgt lautet: "Jugendliche ohne Hauptschulabschluß: 7 a - 7 b: spätausgesiedelte Jugendliche - 7 c: Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher - 7 d: behinderte Jugendliche - 7 e: Berufsbildung in Erziehungsheimen - 7 f: Berufsbildung im Strafvollzug." Dadurch haben wir eine übersichtlichere, vernünftige Gliederung im ganzen geschaffen, vor allem in 7 b, der einem Antrag der Frauenvereinigung entspricht, nämlich spät ausgesiedelte Jugendliche aufzunehmen.

Hermann Schnipkoweit: Danke schön.

Als nächster Herr Ecker.

Dr. Kurt Ecker: Meine lieben Parteifreunde, ich spreche im Auftrag des Saarlandes zu der Frage der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß. Der vorliegende Text der Antragskommission ist schlicht und einfach falsch; er trifft nicht den angesprochenen Tatbestand. Ich will das im einzelnen erklären. Hier wird von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß gesprochen, und es wird so getan, als ginge es hier insbesondere um die Jugendlichen, die aus der Hauptschule ohne Hauptschulabschluß kommen. Wir müssen aber die Jugendlichen, die hierunter zu verstehen sind, in erster Linie unter den Jugendlichen suchen, die eine Sonderschule besucht haben; für diese gelten in erster Linie diese Förderungsmaßnahmen, die die Bundesanstalt für Arbeit einzusetzen hat. Es handelt sich hier um zwei Formen der Förderung, und zwar einmal um Förderlehrgänge für Jugendliche ohne Berufsausbildung bzw. solche, die nicht direkt in einen Beruf gehen können, weil sie dazu noch nicht reif sind, diese Reife aber voraussichtlich durch Teilnahme an einem derartigen Lehrgang erreichen werden. Die Lehrgänge dienen also nicht zuletzt auch der Berufsfindung. Das zweite sind Lehrgänge zur Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten, und zwar für Jugendliche, die voraussichtlich den Anforderungen der Berufsausbildung auf die Dauer nicht gewachsen sein werden. Diese beiden Formen gibt es bereits heute im Rahmen der Bundesanstalt für Arbeit.

Hier ist übrigens einfach gesagt, 25 % aller Jugendlichen verlassen die Hauptschule ohne Abschluß. Ich meine, diese Fixierung auf 25 % ist schon von dieser Seite her falsch. Ich bitte Sie daher, dieser Formulierung nicht zuzustimmen und dafür den Antrag des Saarlandes anzunehmen, der diesen Tatbeständen Rechnung trägt.

Hermann Schnipkoweit: Danke schön.

Als nächster Herr Dr. Burghardt. Ihm folgt Herr Neubüser.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich darf Sie bitten, dem Antrag B 377 zuzustimmen, allerdings mit der Maßgabe, daß der Zusatz des Antrages des Landesverbandes Baden-Württemberg Nr. 378 angefügt wird.

Meine Begründung lautet: Es ist in der Tat richtig, was mein Vordrner vom Saarland gesagt hat, daß hier eine stärkere Differenzierung eintreten muß.

Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß diese Differenzierung mit der Aufschlüsselung zum Ausdruck gebracht werden muß. Wenn wir nämlich mit dem "C" in unserem Parteinamen ernst machen wollen, dann müssen wir uns besonders um die ausländischen Jugendlichen, die Jugendlichen in Erziehungsheimen und im Strafvollzug kümmern, die ja auch zu denjenigen gehören, die keinen Hauptabschluß haben.

Ich darf Sie deshalb im Namen des Landesverbandes Baden-Württemberg recht herzlich bitten, diesem Zusatz zuzustimmen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster, Herr Neubüser! Dann folgt Frau Altwischer.

Uwe Neubüser : Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich darf mich den Ausführungen des Kollegen aus dem Saarland anschließen. Ich glaube, daß der Bundesvorstand angesichts des bedeutenden Problems der lernbehinderten Jugendlichen, der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und auch der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, der sogenannten ungelernten Arbeiter, die von ihm überhaupt nicht angesprochen werden, eines Problems, das eine Gruppe von Jugendlichen betrifft, die wesentlich größer ist als die Zahl der Jugendlichen, die an unseren Universitäten studieren, etwas zu pauschal, zu oberflächlich und zu global mit diesen Jugendlichen umspringt. Ich glaube, es reicht nicht aus, einfach zu sagen: für alle diese Jugendlichen - das sind in der Bundesrepublik etwa 250 000 junge Menschen - müssen wir weniger anspruchsvolle Ausbildungsgänge entwickeln; im übrigen wollen wir versuchen, sie in normale Ausbildungsgänge hineinzubringen.

Meine Damen und Herren, ich halte das, was in der Vorlage der Antragskommission sowohl zum Antrag B 377 als auch zum Antrag B 419 steht, für falsch, nämlich daß man versuchen sollte, diese Jugendlichen in normale Lehrverträge zu bringen. Denn wie sieht es damit aus? Diese Jugendlichen fangen eine Lehre an, machen eine dreijährige Lehre, können praktisch damit fertigwerden, sind aber theoretisch völlig überfordert. Sie fallen in der Regel durch die Lehrabschlußprüfung und sind dann doch nur ungelernte Arbeiter und die Fußkranken unseres Wirtschaftswunders.

Ich darf Ihnen dazu ein Beispiel aus Hamburg geben. Wir haben in Hamburg zwei Gewerbeschulen, an denen schwerpunktmäßig die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt werden. Während der Rezession 1967 hatten wir bei diesen Jugendlichen eine Quote von 70 bis 80 % Arbeitslose. Damals hat man sich überlegt: Mit diesen Jugendlichen, die überhaupt keine Lehrmotivation haben, müssen wir irgendetwas machen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrag B 387 des Kreisverbandes Freiburg stattzugeben. Dieser Antrag entspricht einer Initiative der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion. In diesem Antrag wird gefordert, für diese Jugendlichen spezielle Werkklassen einzuführen. Ich glaube, die Forderung, die der Bundesvorstand erhebt, generell ein Vollzeitberufsschuljahr einzufügen, reicht nicht aus. Ich erinnere an das, was Herr Minister Vogel gestern dazu sagte. Das Problem dieser Jugendlichen ist, daß sie sowohl in der Hauptschule als auch in der Sonderschule überhaupt keine Lernmotivation haben, daß die Lehrer mit ihnen überhaupt nichts mehr anfangen können. Deshalb brauchen sie in speziellen Werkklassen, die eine praxisorientierte Ausbildung vorsehen, eine neue Motivation. Dieses Modell hat sich in Hamburg bewährt.

Ich glaube, wir müssen diesem Antrag folgen; denn nur so können wir erreichen, daß diese Jugendlichen über eine spezielle Förderung, über Werkklassen und über gesonderte Verhältnisse, die ihrem Niveau angepaßt sind, noch zu einer sinnvollen Bildung kommen und nicht wie bisher als Ungelernte oder sogar als Sozialfälle "verfüttert" werden. Sie sollten sich diese Entscheidung nicht leicht machen und sich dem Antrag B 387 anschließen. Ich meine, gerade uns Christlich-Sozialen tut es gut, wenn wir uns dieser großen Minderheit von 250 000 Jugendlichen annehmen und sie nicht weiterhin ihrem Schicksal als Fußkranke unserer Wirtschaftsordnung überlassen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächste, Frau Altewischer.

Doris Altewischer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu den Anträgen B 399 und B 401, die identisch sind und die Sie auf Seite 344 der Vorlage finden, sprechen. Zunächst möchte ich auf zwei Druckfehler hinweisen. In dem Satz: "Die Förderungslehrgänge müssen intensiv sozial und ggf. heilpädagogisch ausgerichtet werden" fehlthinter dem Wort "sozial" ein Bindestrich. Im nächsten Absatz steht der Punkt hinter den Worten Ausbildung erhalten." am falschen Platz. Er gehört hinter das Wort "(Eingliederungslehrgänge)".

Zur Begründung des Anliegens brauche ich nach dem, was meine Vorredner gesagt haben, wohl nichts mehr zu sagen. Diese Anträge, die vom Kreisverband Unna und von der Bundesfrauenvereinigung vorgelegt worden sind, sind inhaltlich mit dem Anliegen des Landesverbandes Saar im Antrag B 380 identisch. Nachdem ich mich damit noch einmal auseinandergesetzt habe, kann ich sagen, daß der Antrag des Landesverbandes Saar allen unseren Anliegen - Förderungslehrgänge, Eingliederungslehrgänge und besondere Grundbildungsjahre für noch nicht berufsreife Jugendliche, also Absolventen von Schulen, die keinen dem Hauptschulabschluß entsprechenden Schulabschluß ermöglichen - Rechnung trägt. Ich meine, wir könnten uns auf diesen Antrag, der meines Erachtens umfassender, sachgerechter und besser ist als der der Kommission, verständigen.

Ich bitte also, den Antrag B 380 zu unterstützen.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Als nächster, Herr Schemker!

Heinz Schemken: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten hier nicht den Fehler begehen, das, was wir zum Dualsystem in den Vorbestimmungen dieses Papiers beschlossen haben, zu unterhöhlen, indem wir für den Bereich der förderungswürdigen Auszubildenden eine schulische Einrichtung schaffen, Sonderklassen und Sonderunterricht vorsehen. Das wäre falsch. Ich kann Ihnen aus der Praxis sagen, daß wir mit den Förderungslehrgängen des Arbeitsamtes in bezug auf den manuellen Teil gut-gefahren sind, indem wir die Auszubildenden bzw. noch nicht berufstüchtigen Schulabgänger, mögen sie nun keinen Hauptschulabschluß haben oder von den Sonderschulen kommen, im manuellen Bereich in die Gruppe der normal Auszubildenden integrieren.

Ich schlage deshalb vor, daß wir die Fassung der Antragskommission als den richtigen Maßstab beschließen und nicht eine Verschulung dieses speziellen Teils vornehmen. Wir würden sonst diese förderungswürdigen Schüler besonders behandeln und sie nicht integrieren. Das wäre ein sozialer Aspekt, den wir mit dem "C" nicht vereinbaren könnten.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön! - Für die Antragskommission, Herr Langguth!

Gerd Langguth: Ich möchte Sie bitten, die Vorlage der Antragskommission unverändert zu übernehmen. Ich habe vorhin schon betont, daß wir speziell zwei neue Kapitel geschaffen haben, um den Anliegen sowohl der Baden-Württemberger als auch der Saarländer in diesem Punkt Rechnung zu tragen. Vor allem haben wir ein eigenes Kapitel - darauf möchte ich besonders hinweisen - "Berufsbildung ausländischer Jugendlicher". Es wäre wenig sinnvoll, das auch hier noch einmal aufzunehmen. Außerdem könnte dem Anliegen des Saarlandes dadurch Rechnung getragen werden, daß wir in der neuen Ziffer 7 b) - Behinderte Jugendliche - die Sache präzisieren und sagen: Lernbehinderte, Körperbehinderte und geistig Behinderte.

Ich möchte Sie bitten, ansonsten der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, weil sie knapp und übersichtlich formuliert ist.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön!

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Danke! - Die Gegenprobe! - Danke! Enthaltungen? - Das erstere war die Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 13.b) - Berufsbildung ausländischer Jugendlicher - auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme von Antrag B 407 als neue Ziffer 7 c). Damit können die Anträge B 408, B 410 bis B 418 als erledigt angesehen werden. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung von Antrag B 409.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke, es ist bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Nr. 14 c) - Behinderte Jugendliche - auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Frau Altwischer vor.

Doris Altwischer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Anträge B 428 und B 429 des Kreisverbandes Unna bzw. der Frauenvereinigung zu unterstützen. Die Formulierung der Antragskommission ist recht ordentlich, legt aber nicht genug Wert auf die notwendige Forderung, daß zunächst einmal die Voraussetzungen zu schaffen sind, die einfach Grundlage der Hilfe für behinderte Jugendliche sind. Dies kommt in den beiden genannten Anträgen besser zum Ausdruck. So bitten wir, als zweiten Satz einzufügen:

Die Voraussetzungen hierfür sind zu schaffen,
...

In einer redaktionellen Änderung sind dort noch die Worte "in bezug auf" einzufügen, so daß es hieße:

z.B. in bezug auf Arbeitsplatzgestaltung,
behindertengemäße Ausbildungsgänge, sonder-
pädagogische Vorbildung der Ausbilder und
Berufsschullehrer.

Es nützt uns einfach nichts, wenn wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, aber weder die behindertengerechten Ausbildungsplätze und Ausbilder haben, und die Lehrer sind nicht entsprechend auf diese Aufgaben vorbereitet. Dann bleibt das eine leere Deklamation, die keinem Menschen und insbesondere keinem Behinderten weiterhilft.

Darum bitte ich Sie, Ihr Anliegen, das ich unterstelle, durch Unterstützung der Anträge 428 und 429 deutlich zu machen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Danke schön! - Für die Antragskommission spricht Herr Langguth.

Gerd Langguth: Auch hier möchte ich auf das verweisen, was ich vorhin bereits gesagt habe. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags B 419, allerdings mit einer Ergänzung im ersten Satz. Es soll dort nicht mehr heißen "Behinderte Jugendliche", sondern:

Lernbehinderte, körperbehinderte und geistig
behinderte Jugendliche sollen ...

Damit ist nach Auffassung der Antragskommission den einzelnen Anliegen Rechnung getragen.

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlung ist bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Punkt 15 d) - Berufsbildung in Erziehungsheimen und im Strafvollzug - auf. Dazu gehören die Anträge B 430 bis B 446.

Dazu hat sich Frau Altewischer zu Wort gemeldet. Bitte!

Doris Altewischer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Anträge des Kreisverbandes Unna, der Bundesfrauenvereinigung und des Landesverbandes Saar zu unterstützen. Es handelt sich um die Anträge B 441 und 442 sowie B 433.

Es geht darum, sachgerechter zu formulieren. Zunächst einmal ist der offizielle Terminus nicht "Erziehungsheim". Wir müssen den offiziellen Titel nehmen, und der lautet, wie im Antrag des Saarlandes ausgedrückt: Heime der öffentlichen Erziehung. Das müßte redaktionell richtiggestellt werden.

Bei den Jugendlichen in diesen Heimen der öffentlichen Erziehung ergibt sich ein ähnliches Problem wie bei den Jugendlichen im Strafvollzug. Verhaltensstörungen, Schulleistungsbehinderungen und Schulleistungsausfall gehen fast immer Hand in Hand. Wenn Sie diese Jugendlichen in den Heimen der öffentlichen Erziehung integrieren wollen, müssen Sie zunächst dabei helfen, daß diese Jugendlichen, die zu einem großen Teil keine Schulabschlüsse haben, zu diesen Schulabschlüssen kommen und dann in eine entsprechende Berufsausbildung hineingeführt werden können.

Darum glauben wir, daß die Formulierung, die in den Änderungsanträgen gefunden ist, sachgerecht und zukunftsweisend ist:

Jugendliche in Heimen der öffentlichen Erziehung müssen die Möglichkeit erhalten, Schulabschlüsse nachzuholen und eine berufliche Grund- bzw. Ausbildung zu erfahren. Die Berufsausbildung ist hier Teil eines individuell abzustimmenden Sozialisationsplanes.

Es gehört einfach zur Habilitation oder Rehabilitation - wie Sie wollen - dieser Jugendlichen, daß sie bildungsmäßig und damit auch berufsbildungsmäßig die Hilfen erfahren, die notwendig sind. Und das kann sich nicht nur - das geht aus diesen Anträgen auch hervor - auf die kurze Zeit im Heim beziehen, sondern es muß für jeden Jugendlichen ein Plan vorhanden sein, der dann auch für die nachgehende Fürsorge hilft, die bis jetzt noch sträflich vernachlässigt wird.

Ich bitte Sie also, zugunsten einer Weiterentwicklung der Fürsorgeerziehung in den Heimen der öffentlichen Erziehung diesen Anträgen stattzugeben.

(Teilweise Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Langguth.

Gerd Langguth: Die Antragskommission ist bereit, diese Anregung aufzunehmen. Ich verweise allerdings nochmals darauf, daß wir in Antrag B 430 jetzt eine neue Unterteilung haben. Wir hatten vorgeschlagen, zu sagen:

Berufsbildung in Erziehungsheimen und im Strafvollzug.

Wir wollen jetzt formulieren:

Berufsbildung in Heimen der öffentlichen Erziehung

Die Berufsbildung im Strafvollzug soll Ziffer 7 f werden.

Wir sind zweitens bereit, in Antrag B 430 den ersten Absatz zu streichen und statt dessen Antrag B 433 des Landesverbandes Saar zu übernehmen, weil er uns in der Tat präziser erscheint.

(Beifall)

Hermann Schnipkoweit, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Kapitel III erledigt. Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Dübel.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich rufe Kapitel IV auf: Zuständigkeit und Kontrolle. Dazu gehören die Anträge B 447 bis B 508, B 555, 556 und 558.

Zur Berichterstattung für die Antragskommission gebe ich Herrn Dr. Gölter das Wort.

Dr. Georg Gölter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind jetzt bei dem etwas neuralgischen und aufgrund der Antragslage ja auch umstrittenen Kapitel der Zuständigkeit. Als Sprecher der Antragskommission zu diesem Abschnitt sehe ich meine Aufgabe in erster Linie darin, Ihnen jetzt einen knappen und kurzgefaßten Überblick zu geben, der die Entscheidungsfindung in einer zumutbaren Zeit ermöglicht. Wir müssen ja auch auf die Tagesordnungspunkte Rücksicht nehmen, die im Anschluß an die berufliche Bildung zur Abstimmung stehen. Ich möchte Sie also sehr herzlich um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Meine Damen und Herren, als die Kommission für berufliche Bildung der Bundespartei und der Bundestagsfraktion im Frühjahr dieses Jahres ihren Bericht vorgelegt hat, hat sie drei Modelle als Vorgabe der Diskussion in die Partei hineingegeben: erstens die Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung, zweitens ein modifiziertes Kammersystem und drittens Berufsbildungskammern.

Lassen Sie mich die drei Modelle ganz kurz charakterisieren. Die Befürworter des Modells "Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung" plädierten dafür, die Zuständigkeit für die Durchführung nicht mehr bei den Kammern als den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft zu belassen, sondern sich die Erfahrungen der Bundesanstalt für Arbeit in der Berufsberatung, der Fort- und Weiterbildung zunutze zu machen. Die Befürworter dieses Systems verweisen darauf, daß in den Organen der Bundesanstalt für Arbeit die öffentliche Hand, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer vertreten sind. Für dieses Modell haben die Sozialausschüsse und sechs Kreisverbände plädiert.

Zweitens zum Modell des modifizierten Kammersystems: Die Befürworter dieses Modells verweisen darauf, daß die Aufgaben im Bereich der beruflichen Bildung so groß sind, daß auf Engagement und Sachverstand der Wirtschaft auch in der Durchführung - also bei der Zuständigkeit - nicht verzichtet werden kann.

(Teilweise Beifall)

Sie argumentieren, die Übertragung auf andere Einrichtungen würde jahrelange Umstellungsschwierigkeiten und Reibungsverluste mit sich bringen. Die Befürworter auch dieses Modells des modifizierten Kammersystems waren für eine Verstärkung des staatlichen Einflusses. Für dieses Modell haben ein Landesverband, 14 Kreisverbände und die Mittelstandvereinigung plädiert.

Drittes Modell: Berufsbildungskammer. Die Befürworter dieses Systems wollten eine neue Einrichtung, durchgehend auf allen Ebenen vom Bunde über die Länder bis hinein in die jeweilig überschaubare Region, ein Modell, das unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Zusammenführungen von Schule und Betrieb zu verstehen ist. Für dieses Modell haben 5 Kreisverbände votiert.

Das war die Ausgangslage, bevor sich der Bundesvorstand Anfang Oktober mit diesem Thema beschäftigt hat. Vor der Sitzung des Bundesvorstandes hat die Kommission "Berufliche Bildung" noch einmal getagt und versucht, Voten aus der Partei, Stellungnahmen der Sachverständigen, wie sie insbesondere bei der öffentlichen Anhörung im Adenauer-Haus vorgetragen worden sind, aufzunehmen.

Die Kommission hat neben das Modell Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung ein zweites Papier gestellt. Dieses zweite Papier war nach einer entsprechenden Abstimmung Grundlage für die Beschlüsse des Bundesvorstandes.

Ich darf jetzt die wesentlichen Prinzipien des Beschlusses des Bundesvorstandes ganz knapp referieren. Das Modell des Bundesvorstandes geht von folgender Kernüberlegung aus. Die Reform der beruflichen Bildung hat zum Ziel, Betrieb und Schule besser miteinander zu verzahnen, eine Aufgabe, die sich auf allen Ebenen stellt, die aber zunächst einmal im Verhältnis zwischen Bund und Ländern geleistet werden muß, und zwar bei der Konzipierung der Ausbildungsordnungen einerseits und der Konzipierung der Rahmenrichtlinien für die Schule andererseits. Beides zusammen im dualen System muß die Einheit der beruflichen Bildung ermöglichen. Das ist eine ganz entscheidende Reformperspektive.

Der Bundesvorstand geht davon aus, daß diese Verzahnung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen auf der Bundesebene nur

möglich ist, wenn es zu einer gleichgewichtigen Zusammenarbeit von Bund und Ländern kommt, und schlägt deshalb das neue Konzept des Bundesausschusses für berufliche Bildung vor.

Auf der Landesebene sieht das Konzept wie folgt aus. Der Landesausschuß für berufliche Bildung wird als Partner der Landesregierung in seinen Aufgaben und Möglichkeiten bestärkt. Er erhält auch die Kompetenz bzw. die Landesregierung die Verpflichtung, im Landesausschuß über die betriebliche Seite hinaus auch die Seite zur Diskussion zu stellen und beispielsweise die Rahmenlehrpläne in einer Zusammenarbeit von Kultusminister und Landesausschuß zu erarbeiten.

Auf der regionalen Ebene sieht das Konzept so aus, daß staatliche Kontrolle, Zusammenarbeit der Partner im Ausschuß und auf Kontrolle beruhende Verantwortung der Wirtschaft die drei entscheidenden Faktoren darstellen.

Für dieses Modell des Bundesvorstandes haben auf Grund der Antragslage mit mehr oder minder geringen Abweichungen die Landesverbände Westfalen, Baden-Württemberg, im Kern Berlin, und das Saarland votiert. Bezüglich der Grundkonzeption sind auch die Anträge der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hamburg - Hessen mit einer Einschränkung - hier einzuordnen. Außerdem haben sich 8 Kreisverbände für dieses Modell des Bundesvorstandes ausgesprochen. Von der Antragslage her würde diesem Modell des Bundesvorstandes als Alternative der ursprüngliche Antrag der Sozialausschüsse gegenüberstehen: Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung. Ich hatte dieses Modell kurz charakterisiert. Es würde bedeuten, daß die Bundesanstalt für Arbeit nicht nur in Nürnberg, sondern auf der Ebene der Länder und der Regionen um einen zweiten Strang berufliche Bildung ergänzt würde.

Es gibt dann einen Antrag des Landesverbandes Rheinland, der zwischen der Vorlage des Bundesvorstandes und der Vorlage der Sozialausschüsse versucht, einen Kompromiß zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Zuständigkeit der Kammern in der jeweiligen Region herbeizuführen. Dieser Antrag wird gleich im einzelnen begründet werden. In einer ähnlichen Form, wenn auch mit Modifizierungen, hat die Junge Union votiert.

Die Antragskommission schlägt Ihnen nach gründlicher Beratung folgendes Verfahren vor: Wir sollten jetzt in eine knappe Grundsatzdiskussion eintreten. Wir sollten nach dieser Grundsatzdiskussion eine prinzipielle Entscheidung zwischen Bundesausschuß einerseits und Bundesanstalt andererseits treffen. Nach dieser prinzipiellen Entscheidung Bundesausschuß bzw. Bundesanstalt würde dann - und das ist die notwendige Prämisse für diesen Vorschlag der Antragskommission - entweder die Vorlage Bundesvorstand oder die Vorlage Rheinland Grundlage der weiteren Beratung sein: also prinzipielle Entscheidung Bundesausschuß oder Bundesanstalt, dann im Fortgang der Beratung entweder Papier Bundesvorstand oder Papier Rheinland. Änderungsanträge müssen dann zu dem jeweiligen Papier, das hier im Grundsatz zunächst einmal die Mehrheit findet, eingebracht werden.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Dr. Gölter für seine Einführung.

Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört, zunächst eine Grundsatzdebatte zu führen. Darf ich annehmen, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind? - Dann darf ich zunächst zur Begründung des Antrages B 455 Herrn Hauser das Wort geben.

Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gölter hat hier in übersichtlicher Weise die Entwicklung der einzelnen Modelle dargestellt, die in diesem Kapitel unseres Berufsbildungspapiers von Bedeutung sind. Ich kann mich darum darauf beschränken, Ihnen den Antrag B 455 in seinen wesentlichen Grundzügen zu erläutern.

Es handelt sich bei diesem Antrag um den Versuch, einen Kompromiß zwischen denjenigen, die die Bundesanstalt für Arbeit in vollem Umfang als für die Organisation und die Kontrolle in der beruflichen Bildung zuständig sehen möchten, und denjenigen herzustellen, die der Auffassung sind, daß unter gar keinen Umständen auf die Mitwirkung der Wirtschaft in der Berufsbildung verzichtet werden kann.

(Beifall)

Ich möchte gerade den letzten Aspekt hier sehr nachdrücklich unterstreichen. Denn wer eine funktionsfähige Bildung sichern will, kann und darf nicht auf die vielfältigen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Organisationen und auf die vielen ehrenamtlich Tätigen verzichten.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, die Gespräche einzustellen und die Plätze einzunehmen. Diejenigen, die unbedingt noch Gespräche führen müssen, bitte ich, sie draußen fortzusetzen.

Alo Hauser: Es handelt sich bei dem Antrag B 455 also um einen Kompromiß, um ein partnerschaftliches Modell.

Dieses Modell stellt sich in folgender Weise dar. Die Bundesanstalt für Arbeit, die in ihrer jetzigen Zuständigkeit bereits die Berufsberatung, die Weiterbildung, die Fortbildung und die Umschulung hat, ist, was den gesamten Bereich der Arbeitswelt betrifft, für den Teil der beruflichen Bildung eigentlich nicht in dem Maße zuständig. Die Überlegung geht daher davon aus, daß wir die Bundesanstalt für Arbeit als das beratende Instrument für die Bundesregierung hier installieren möchten, wobei ihr auch das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung angegliedert wird, weil die von uns allen als dringend notwendig erkannte Kooperation und Verzahnung von schulischer und betrieblicher Ausbildung nur über ein sinnvoll in sich abgestimmtes System der Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne ermöglicht werden kann.

Zu diesem Zweck sollen die Selbstverwaltungsgremien der Bundesanstalt tätig werden, in denen die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber und die öffentliche Hand, d.h. auch die Länder, mit vertreten sein sollen. Insofern gibt es hier eine gewisse Analogie zu dem vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Bundesausschuß.

Die letzte Feststellung, die ich hier treffe, ist aber ein ganz wesentlicher Bestandteil dieses Kompromißvorschlags. Ich sage

das hier mit allem Nachdruck und sehr deutlich. Ein Modell einer Bundesanstalt in Reinkultur wäre nicht vertretbar. Es wäre nur in der Kombination mit der Einschaltung der Wirtschaft über ihre Kammern und ihre Selbstverwaltungsorgane vertretbar. Das ist der Bestandteil dieses Antrags.

Dieses Modell ist ebenfalls bis in die regionale Ebene hinein durchstrukturiert, und zwar in der Form, daß auf der Bundesebene nicht der vom Bundesvorstand vorgeschlagene Bundesausschuß, sondern das Selbstverwaltungsorgan der Bundesanstalt tätig wird, welches auf Landesebene sich als Landesberufsbildungsausschuß aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und den Lehrern an berufsbildenden Schulen zusammensetzt und die Landesregierung bei ihren Entscheidungen berät. Auf der regionalen Ebene haben ebenfalls die örtlichen Ämter für Arbeit und berufliche Bildung wie die Kammern gleichermaßen die Zuständigkeit für die Akkreditierung und all die Fragen, die dort zu einer Entscheidung gestellt werden müssen.

Dieser Berufsbildungsausschuß auf regionaler Ebene hat gegenüber dem Vorschlag des Bundesvorstands hier eine erheblich stärkere Kompetenz, weil ihm Entscheidungszuständigkeiten zugeordnet sind, während er ansonsten nur eine Beratungsfunktion hätte.

Meine Damen und Herren, an diesem Vorschlag ist meines Erachtens folgendes von besonderer Bedeutung. Die Markierungspunkte der Bundesregierung sehen die Zuständigkeit des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft auf Bundesebene und die Zuständigkeit der Kultusminister auf Länderebene vor. Der Vorschlag des Bundesvorstands sagt das nicht *expressis verbis*, schließt aber eine solche Zuständigkeit auch nicht aus. Die große Gefahr besteht darin, daß in Zukunft durch eine solche Zuständigkeitsverlagerung, wie sie die Bundesregierung will und wie sie möglicherweise durch die Entscheidungen, die der Bundesvorstand hier vorschlägt, unterstützt werden könnte, eine weitergehende und nicht vertretbare Verschulung unserer beruflichen Bildung auch im Bereich der Betriebe erfolgt. Wenn in Zukunft die gleichen Aufsichtsgremien und Aufsichtsorgane für die außerschulische berufliche Bildung zuständig sind, die auch für den schulischen Bereich zuständig sind, d.h. also die Oberschulräte, dann, so glaube ich, weiß jeder, der ein klein bißchen aus der wirtschaftlichen Praxis kennt, was das im Prinzip letztlich bedeutet. Da sind wir genau an dem Punkt, um den es uns geht: zu verhindern, daß auch der gesamte Bereich "Lernort Betrieb" über kurz oder lang in die Zuständigkeit, Aufsicht und Kontrolle der Schule gerät und nicht mehr den Gremien der Wirtschaft zugeordnet ist, was als unabdingbare Voraussetzung für ein Funktionieren notwendig ist.

(Beifall)

Das sind im wesentlichen die Punkte, die die beiden Anträge unterscheiden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen: Wenn wir jetzt dem Vorschlag der Antragskommission folgen, zu entscheiden, ob die Bundesanstalt für Arbeit oder der Bundesausschuß zuständig sein soll, dann kann die Entscheidung in Richtung Bundesanstalt für Arbeit, so meine ich, nur dann akzeptiert werden, wenn sie gleichzeitig die Konsequenzen zum Inhalt hat, wie ich sie auf Landes- und regionaler Ebene dargestellt habe, nämlich die volle

x Einbeziehung der Kammern als der zuständigen Gremien auf regionaler und auf Landesebene. Sonst wäre ein solches Modell nicht zu vertreten.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Hauser für die Begründung des Antrags B 455.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Reihe von Wortmeldungen zur Grundsatzdebatte vorliegen. Ich darf alle Redner eindringlich bitten, sich kurz zu fassen und die Redezeit einzuhalten.

Zunächst gebe ich das Wort Frau Dr. Laurien. Anschließend Herrn Freiwald aus Hessen.

Dr. Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bei der Frage, ob wir dem Antrag B 448 oder dem Antrag B 455 folgen sollten, möchte ich das Augenmerk vor allem auf die Bundesebene richten. Hier gibt es nicht nur unseren Parteitag, hier gibt es auch Herrn von Dohnanyi, der mit seiner Entscheidung für das Bundesamt Markierungssteine gesetzt hat, die bedeuten: Öffentliche Aufgaben werden total verstaatlicht. Mit dieser Linie sollten wir nichts zu schaffen haben.

(Beifall)

Und ich meine, so verführerisch die Argumente des ja auch sonst schätzenswerten Herrn Hauser eben waren, so muß ich hier doch deutlich gegen die Bundesanstalt und für den Bundesausschuß sprechen.

(Beifall)

Warum? Die einen, die die Bundesanstalt verteidigen, sagen: Da haben wir doch schon eine Verwaltung zur Verfügung. Aber mit der heute vorhandenen Verwaltung, meine Damen und Herren, kann die Bundesanstalt für Arbeit die Aufgaben der beruflichen Bildung niemals bewältigen.

(Beifall)

Sie muß neue Leute einstellen. Und mancher - das darf ich als einem Kultusministerium zugehörend vielleicht mit einem Schmunzeln sagen - kommt in diesem ganzen Wirrwarr der Modelle vielleicht zu der vermeintlichen aber irrigen Auffassung, daß ich, wenn ich für den Bundesausschuß bin, damit auf der regionalen oder Landesebene den Kultusministern mehr Macht gäbe. Das erscheint eben, je nachdem, ob er Vogel oder Oertzen heißt, unterschiedlich sympathisch.

(Beifall)

Aber das ist ein Irrtum. Mit der Entscheidung für die Bundesanstalt entscheiden Sie sich für einen neuen Strang der Bürokratie und ändern in Sachen Abstimmung mit den Kultusministern überhaupt nichts; denn es ist eine in unserer politischen Landschaft liegende Tatsache, daß die höchste Zuständigkeit für die außerschulische Berufsbildung beim Bund, die für die schulische Berufsbildung bei den Ländern liegt.

Meine Damen und Herren, der aus dem CDU-regierten Land entsandte Ministerialrat aus dem Kultusministerium, der dann in der Bundesanstalt einen Sitz hat, wird ebenso todsicher überstimmt, wie es nichts ausmachte, wenn Sie einschließlich der Wirtschaftsministerien elf zusätzliche Ländervertreter in den jetzigen Verwaltungsrat schickten. Von daher kann man also nicht argumentieren.

(Beifall)

Wir argumentieren für den Bundesausschuß, weil damit die klare staatliche Verantwortung, die klare Unterscheidung von Entscheidungsinstanz und Beratungsinstanz gewahrt bleibt. Wer sich, meine Damen und Herren, für die Bundesanstalt entscheidet, sieht die Konsequenz auf der Regionalebene, wo dann nämlich zu den selbstverständlichen staatlichen Aufsichtsbehörden im schulischen Bereich, wie Sie nachlesen können, nun noch örtliche Ämter für Arbeit und berufliche Bildung kommen, die den Kammern zugeordnet sind.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob manch ein Vertreter der Wirtschaft, der hier heute für die Bundesanstalt spricht, damit nicht im Grunde das Wegstehlen der Kammern aus der verantwortungsvollen Aufgabe der beruflichen Bildung bemängelt.

(Beifall)

Nur weil es unbequem ist, nur weil es eine schwierige Aufgabe ist, dürfen wir nicht die Lösung wählen, die auf dem Papier einfach und in der Wirklichkeit schwierig ist. Deshalb müssen wir den Mut haben zur praktikablen, aber auch aufgabengerechten Lösung.

Meine Damen und Herren, bei welchem zentralen Thema wir uns befinden, lassen Sie mich noch einmal in einer Schlußbemerkung sagen. Wir haben heute in einer Fülle von Fällen zu beobachten, wie staatliche Verantwortung vergesellschaftet wird. Wenn Sie sich nun in dem Antrag Nr. B 455 ansehen, wie es denn mit der Kontrolle bestellt ist: Da finden Sie die für mich kuriose Vorschrift, die ich verlesen will:

Die Kontrolle der außerschulischen beruflichen Bildung, ..., erfolgt durch den Berufsbildungsausschuß und die ihm zugeordneten Ausbildungsberater.

Das ist ein Rückzug des Staates, das ist eine Preisgabe staatlicher Kontrolle an Gremien.

Warum finde ich das politisch bedenklich? Weil staatliche Verwaltung vom Parlament kontrolliert wird, und wir als CDU haben die Aufgabe, die parlamentarische Kontrolle der Regierung zu sichern gegenüber einer gesinnungslosen Flut von Ausschüssen.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nachdrücklich für den Vorschlag des Bundesvorstandes, also für den Antrag B 448 plädieren.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich danke Frau Dr. Laurien für ihren Diskussionsbeitrag.

Meine Damen und Herren, ich darf, ehe ich das Wort weitergebe, noch bekanntgeben, daß der Parteitag gestern abend auf Vorschlag des Parteivorsitzenden beschlossen hat, heute keine Mittagspause zu machen, sondern durchzutagen, damit wir die umfangreiche Tagesordnung rechtzeitig abwickeln können.

Ich gebe nun das Wort an Herrn Freiwald, Hessen; anschließend Dr. Klein, Rheinland.

Dr. Friedrich Freiwald: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich ebenfalls für das Bundesvorstandsmodell ausdrücklich und nachdrücklich aussprechen. Wir sind uns in der gemeinsamen Diskussion ja Gott sei Dank in allen Punkten sehr viel nähergekommen. Wir sind vor allen Dingen der Auffassung, daß auf den Lernort "Betrieb" überhaupt nicht verzichtet werden kann. Aber auch das Mittelstandspapier macht sehr deutlich, daß wir uns über Kontrolle und Zuständigkeit in der Tat immer wieder neue Gedanken machen müssen.

Es ist unerträglich, meine Damen und Herren, wenn gerade immer wieder an dem Lernort Betrieb in so scharfer Weise Kritik geübt wird, indem einzelne Fehler und Unterlassungen verallgemeinert werden. Verkennen wir doch nicht, daß gerade in den kleineren und mittleren Betrieben außerordentlich viel für die Ausbildung der jungen Menschen geleistet wird und daß gerade in ihnen junge Menschen ausgebildet werden, um sich später selbständig zu machen.

(Beifall)

Das ist doch ein ganz entscheidender Vorteil.

Gerade in den Ländern, in denen diese Kritik immer wieder unterstützt wird, hat das jeweilige Land entscheidend versagt. Man braucht bloß einmal an den Berufsschulunterricht etwa im Lande Hessen zu erinnern, der auf die Hälfte des Solls reduziert ist, und an die Tatsache, daß hier die Berufsschullehrer in größtem Umfange fehlen. Nichts desto weniger müssen wir uns in der Tat Gedanken machen, wie wir die Kontrolle künftig verbessern.

Dabei ist es nötig festzustellen, daß wir auf die Kammern in diesem Bereich überhaupt nicht verzichten können und daß wir sie mit einschalten müssen; nicht etwa deswegen, weil sie das nun immer gemacht haben, sondern weil sie in der Lage sind und auch weiter bleiben, eine Vielzahl von freiwilligen Helfern und ehrenamtlichen Mitarbeitern bereitzustellen, auf deren Mitarbeit wir bei der Bewältigung dieser Aufgabe einfach angewiesen sind. Das muß gesehen werden, und deswegen können wir auf die Kammern überhaupt nicht verzichten. Keine Behörde, kein Verwaltungsapparat kann in gleicher Weise diese freiwillige Mitarbeit in irgendeiner Form ersetzen und aktivieren.

Meine Damen und Herren, die Vorstandsvorlage sieht vor, die Berufsbildungsausschüsse als beratende Gremien zu berufen und dabei den Lehrern eine stärkere Position als bisher zu geben. Sie sieht aber auch vor, daß die Kontrolle - und das ist richtig - stärker auf die staatlichen Stellen übertragen wird. Das wollen auch die Kammern, damit der Vorwurf der Selbstkontrolle, der immer wieder erhoben wird, nun beseitigt wird. Aber hinsichtlich der Zulassung von Ausbildungsbetrieben, hinsichtlich des Prüfungswesens muß die Zuständigkeit der Kammern gewahrt bleiben.

Wenn wir aber auf diesem ganzen Sektor eine stärkere Aktivierung aller Beteiligten erwarten und verlangen, dann müssen allerdings auch die Landesregierungen ihre Kompetenzen erhalten und stärker miteingeschaltet werden. Wenn sie mehr finanzielle Mittel bereitstellen sollen, müssen sie auch ausdrücklich in die Verantwortung einbezogen werden. Minister Vogel hat uns ja gestern die Dynamik eines Landes vor Augen geführt, die auf diesem Gebiet entwickelt wird. Ich muß also auch in dieser Hinsicht die Bundesvorlage unterstützen. Allerdings bin ich auch der Auffassung, daß die Fachminister verstärkt mit eigener Zuständigkeit mitwirken müssen.

Mit dem Vorschlag des Landesverbandes Rheinland ist ja auch der Versuch gemacht worden, meine Damen und Herren, beides zu kombinieren, also auch die Kammern miteinzubinden. Aber es bleibt doch die Tatsache, daß die "Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung" hier eine ganz neue Säule aufbauen muß, einen neuen Verwaltungsapparat. Es gibt für mich gar keinen Zweifel, daß dann nachher auf der unteren Ebene in der Zusammenarbeit mit den Kammern schon bald ein Reibungsverlust eintreten wird, weil Differenzen auftreten werden und müssen, die in höchstem Maße unerquicklich sind.

Die Einbindung der Länder ist bei dieser Konstruktion meiner Ansicht nach kaum möglich, es sei denn, man schließt wechselseitig umfangreiche Staatsverträge ab. Deswegen ist der Bundesvorlage der Vorzug zu geben.

Aber ich möchte doch noch abschließend sagen: Die Reform dieser ganzen Aufgabe darf sich unter keinen Umständen in Zuständigkeitsfragen erschöpfen; sonst verfehlen wir das Ziel. Es kommt darauf an, möglichst viele freiwillige Kräfte für diese Aufgabe zu aktivieren. Die Markierungspunkte der SPD, die Richtpunkte der Regierung gehen genau in die falsche Richtung.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Freiwald.

Als nächster hat das Wort Herr Dr. Klein, Rheinland; anschließend der Kultusminister Hahn, Baden-Württemberg.

Dr. Josef Klein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns, glaube ich, einig, daß wir eine deutliche Alternative gegenüber den Markierungspunkten der Regierung, insbesondere gegenüber dem, was die SPD plant, setzen müssen. Dann verstehe ich aber nicht, wie der Bundesvorstand im Grunde ein Modell favorisiert, das in ähnlicher Weise letztlich auf die Verstaatlichung der beruflichen Bildung hinarbeitet.

Wenn Frau Dr. Laurien - sehr geschickt, wie immer - dieses Modell vertritt auf dem Argumentationshintergrund, das sei eine Alternative gegen die Verstaatlichung, dann muß ich sagen: Das Modell, das Herr Hauser hier vertreten hat, nämlich Bundesanstalt plus Kammern, ist eine echtere Alternative, und zwar in mehrererlei Hinsicht.

Was wollen wir nicht? Wir wollen auf der einen Seite keine Verstaatlichung. Auf der anderen Seite wollen wir keine Selbstver-

waltung, die lediglich eine Selbstverwaltung der Wirtschaft ist und insofern ungleichgewichtig ist. Das Modell "Bundesanstalt" verwirklicht glaubwürdig eine Selbstverwaltung, indem nämlich alle beteiligten Kräfte in die Verwaltungszüge der Bundesanstalt integriert sind. Die Leistungsorgane der Bundesanstalt setzen sich ja aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und den Vertretern des Staates zusammen.

Zum anderen hat dieses Modell den Vorzug der Bundeseinheitlichkeit. Wir müssen darauf hinweisen, daß es gerade die CDU/CSU war, die die Bundesanstalt für Arbeit als ein Selbstverwaltungsorgan ausgebaut hat. Berufsberatung, berufliche Fortbildung und Umschulung liegen schon bei der Bundesanstalt. Was liegt also näher, als auch das Mittelstück, nämlich die berufliche Erstausbildung, der Bundesanstalt zuzuordnen?

Im Unterschied zu der Vorlage des Bundesvorstandes haben wir in unserer Fassung ein ausgewogenes Verhältnis zu den Kammern hergestellt. Wir haben dem Aspekt der Selbstverwaltung im Bereich der außerschulischen beruflichen Bildung sozusagen in doppelter Weise Rechnung getragen. Ich meine, daß es deswegen sinnvoll ist, hier dieses Modell zu verabschieden. Wenn wir nämlich - hier möchte ich noch einmal auf das eingehen, was Frau Dr. Laurien gesagt hat - sagen, die Kontrolle der beruflichen Bildung solle dem Staat obliegen - dies ist hier mit viel Beifall bedacht worden -, so sollten wir uns zugleich auch kritisch überlegen was das eigentlich bedeutet, daß die Oberschulräte im Grunde die Kontrolle über die außerschulische berufliche Bildung haben. Gerade das wollen wir nicht.

(Beifall)

Bei dem Modell "Bundesanstalt" haben die Fachleute aus der Wirtschaft, aus den Arbeitnehmerorganisationen und aus dem Bereich des Staates, die sich dann partnerschaftlich zusammensetzen, die Kontrolle. Ich glaube, diese Lösung stünde uns als Alternative zu den Markierungspunkten der Regierung außerordentlich gut an.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank

Als nächster hat Herr Kultusminister Hahn das Wort.

Prof. Dr. Wilhelm Hahn: Liebe Parteifreunde! Im Gegensatz zu meinem Vorredner, Herrn Klein, möchte ich mich eindeutig für den Vorschlag des Bundesvorstandes einsetzen. Wir stehen vor der außerordentlichen Schwierigkeit, daß dem Vorschlag des Bundesausschusses ein Kompromißvorschlag gegenübersteht, der sehr wenig konsequent ist, der auf den verschiedenen Ebenen - Bundesebene, Landesebene und Bezirksebene - ganz verschieden konstruiert ist. Es kommt in diesem Fall aber letztlich auf die oberste Ebene, d.h. auf die Bundesebene an. Ich meine, es besteht die Gefahr, daß durch den Vorschlag des Landesverbandes Rheinland die Grundscheidend, vor der wir stehen - es ist eine außerordentlich prinzipielle Entscheidung -, verschleiert wird.

Meine Damen und Herren, es geht in Wirklichkeit darum, ob der Einfluß des Staates auf allen Ebenen verstärkt wird, ob es letztlich zu einer Verstaatlichung der beruflichen Bildung kommt oder

ob die Selbstverwaltung den nötigen Spielraum behält, den sie auch heute hat.

(Zustimmung)

Im Bundesvorstand sind wir allerdings der Meinung, daß eine gewisse stärkere Verzahnung und Kontrolle auf allen Ebenen notwendig ist. Dies soll aber die partnerschaftliche Zusammenarbeit nicht ausschließen. Wir müssen all diese Entscheidungen in den großen Zusammenhang der öffentlichen Diskussion, die in den letzten Jahren über die berufliche Ausbildung aufgebrochen ist, stellen. Die CDU hat in den Ländern, in denen sie die Verantwortung trägt, bereits vor fünf Jahren der beruflichen Bildung die Priorität in ihrer Bildungspolitik gegeben. Die SPD hat das erst neu entdeckt. Sie rückt ganz langsam mit dem heraus, was sie in Wirklichkeit will. Am deutlichsten haben es die Jusos in Saarbrücken ausgesprochen. Sie sind für die volle Verstaatlichung eingetreten. Dohnanyi gibt das in seinen Markierungspunkten nur in Andeutungen bekannt, aber die Linie ist die gleiche.

Meine Damen und Herren, der Vorschlag des Rheinlandes stellt gegenüber den Vorschlägen, die Dohnanyi macht, keine konsequente Alternative dar. Der Bundesvorstand erwartet von Ihnen, daß Sie seiner viel deutlicheren Alternative zustimmen, nämlich dem Vorschlag im Sinne der Subsidiarität: Wir wollen nur so viel Staat haben, wie es notwendig ist. Wir wünschen möglichst starke Initiativen der gesellschaftlichen Kräfte. Infolgedessen wollen wir die Wirtschaft voll in die Verantwortung mit einbeziehen. Wir wollen nur das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, im Bereich der beruflichen Bildung verbessern und hier zu einer Koordinierung kommen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kultusminister Hahn!

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Westphal.

Dr. Jürgen Westphal: Herr Präsident! Liebe Freunde! Auch ich möchte für die erste Alternative, d.h. den Antrag des Bundesvorstandes und damit gegen den Antrag B 455 sprechen. Ich meine, schon darin, daß der Antrag B 455 eine gesetzgeberische Bundeszuständigkeit in Verbindung mit der Zuständigkeit der Bundesanstalt vorsieht, liegt eine Schwäche. Der außerschulische Bereich und der schulische Bereich sollten in der Gesetzgebung nicht getrennt werden. Was wir wollen, liebe Freunde, ist eine engere Verzahnung von außerschulischer und schulischer beruflicher Bildung. Mit der Annahme des Modells gemäß Antrag B 455 täten wir etwas unlogisches. Wir zerstörten diesen Zusammenhang und durchbrächen ein berufsschulisches, ein berufsausbildungsmäßiges Gesamtkonzept. Ein solches Gesamtkonzept wollen wir ja gerade, Des weiteren würden wir verhindern, daß durch die Bundesanstalt als übergreifendes und normsetzendes Organ regionale Unterschiedlichkeiten, die wir gerade auf dem Gebiet der außerschulischen beruflichen Bildung durch die verschiedene Bedeutung von Berufen auch in Zukunft haben werden, sachgerecht behandelt werden. Wir sollten diese regionalen Unterschiedlichkeiten auch in Zukunft ermöglichen können. Dieser Forderung wird der Bundesausschuß mit

den regionalen Ausschüssen besser gerecht als das Modell der Bundesanstalt.

(Beifall)

Es ist auch ein Fehler, das Gebiet der beruflichen Bildung und Ausbildung vornehmlich unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sehen zu wollen. Für uns muß - das wird in der Vorlage des Bundesvorstandes richtig behandelt - die bildungspolitische Konzeption Vorrang haben. Unsere bildungspolitischen Ziele stehen manchmal sogar den arbeitsmarktpolitischen Zielen entgegen. Liebe Freunde, es kommt außerdem darauf an, die Bedeutung der Selbstverwaltung zu stärken und zu kräftigen. Wir sollten nicht glauben, daß dasjenige, den Wertbegriff "Reform" verdient, was nur mehr Staat will, so wie es die Markierungspunkte der Sozialdemokraten wollen. Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß unser Gegenkonzept das Konzept einer stärkeren Beteiligung aller Gruppen ist, die an der beruflichen Bildung und Ausbildung interessiert sind und interessiert sein müssen. Hier muß eines klar gesagt werden: Gerade im Bereich des Handwerkes sind seit Jahren und Jahrzehnten Leistungen erbracht worden, die wir nicht ohne Schaden auf den Staat oder auf Ämter hätten übertragen können.

(Beifall)

Diese Leistungen sollten in Zukunft weiterentwickelt werden. Für die Selbstverwaltung der Wirtschaft und für die Unternehmerschaft darf Berufsbildung kein Privileg sein. Sie soll vielmehr - das bringt der Bundesvorstand klar zum Ausdruck - für diesen wichtigen Bereich nicht nur unserer Bildungspolitik, sondern auch unserer Gesellschafts- und unserer Wirtschaftspolitik Verpflichtung und stärkere Verantwortung sein.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Westphal!

Zur Geschäftsordnung hat jetzt Herr Dr. Gündisch das Wort.

Dr. Jürgen Gündisch: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute noch eine umfangreiche Tagesordnung abzuwickeln. Zu diesem Thema liegt noch eine große Reihe von Wortmeldungen vor. Ich beantrage deshalb Schluß der Rednerliste.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Das Präsidium teilt Ihnen mit, daß wir zur Grundsatzdebatte noch zehn Wortmeldungen vorliegen haben.

Spricht jemand gegen den Antrag zur Geschäftsordnung? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse dann über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag auf Schluß der Rednerliste ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe. - Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist Schluß der Rednerliste beschlossen.

Siegfried Duebel: Das Wort hat Herr Müller, Düren, anschließend Herr Brinkert, Westfalen.

Müller (Düren): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Neben den anderen Argumenten, die für den Antrag B 455 sprechen, möchte ich noch ein weiteres Argument vorbringen. Mein Vorredner, Herr Minister Westphal, hat gesagt, daß die berufliche Bildung nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesehen werden darf. Dem stimmen auch diejenigen Vertreter zu, die für das Modell der Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung sind. Man muß aber doch ganz klar sehen, daß die berufliche Bildung für uns kein Selbstzweck ist, daß wir sie für die jungen Menschen zwar wollen, sie aber nicht so wollen, daß man sie neben der konträr zur Arbeitsmarktpolitik laufen läßt. Aus diesem Grund geht es doch auch so, daß nach der Vorstandsvorlage ein Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit im Berufsbildungs-Ausschuß sitzen soll, das heißt, daß doch eine Verzahnung stattfinden soll. Warum soll man nicht der Anstalt, die schon besteht, die gut arbeitet, eine neue Aufgabe, eine neue Funktion geben, ohne Verquickung, ohne die berufliche Bildung nur unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu sehen. Man muß doch hier klar sehen, daß die Bundesanstalt für Arbeit das übernehmen soll, was auch sonst noch notwendig ist. Denn die berufliche Bildung ist Grundvoraussetzung für jede Arbeit, und in jedem Arbeitsprozeß wird ein lebenslanger Lernprozeß enthalten sein. Darum muß man erkennen, daß, wenn man die berufliche Bildung aufgliedert, man praktisch zweigleisig fährt. Wir wollen hier aber doch im Interesse der jungen Menschen eingeleisig fahren, die eine Ausbildung brauchen, die sie nachher im Beruf verwirklichen können, die auch eine Fortbildung brauchen, die nachher im Beruf Bestand hat. Darum bitte ich Sie, für das Modell zu stimmen, das auf dem Bestehenden aufbaut und das die einzig klare Alternative zu den Vorschlägen ist, die von der SPD, den Jusos und von dem Bundeskulturminister eingebracht worden ist, während die anderen Vorschläge doch praktisch modifizieren, was von der SPD vorgetragen wird, aber nicht die klare Alternative sind, die wir der jungen Bevölkerung nahebringen müssen und für die CDU ausdrücklich können.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag B 455. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Siegfried Duebel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal dringend darum bitten, die Gespräche einzustellen und die Plätze einzunehmen. Es ist eine Unhöflichkeit gegenüber den Rednern, wenn hier nicht zugehört wird.

(Beifall)

Als nächster hat das Wort Herr Brinkert, Westfalen, anschließend Herr Dr. Burghardt, Baden-Württemberg.

Bernhard Brinkert: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer, wie das die CDU seit Jahren tut, der beruflichen Bildung einen höheren Stellenwert einräumen will, wer von Gleichrangigkeit, von Gleichwertigkeit spricht, der wird auch in Fragen der Zuordnung der beruflichen Bildung eine entsprechende Position einnehmen müssen. Ich habe den Eindruck, daß alle die, die hier

den Versuch machen, die Fragen der Zuordnung neu zu regeln, zumindest diesen Hintergrund als Basis ihrer Bemühungen ansehen.

Wir von Westfalen-Lippe haben uns mit den mannigfaltigen Modellen, die hier von Herrn Dr. Gölter vorgetragen worden sind, im einzelnen beschäftigt und haben uns schließlich in unserem Antrag 459 der Auffassung der Gölter-Kommission zugewendet, die in ihrer letzten Sitzung vor der Sitzung des Bundesparteivorstandes ihre Auffassung noch einmal artikuliert hat. Wenn Sie die beiden Anträge - den des Bundesvorstandes und den der CDU Westfalen-Lippe - einmal näher ansehen, werden Sie in ein paar Punkten Unterschiede sehen, von denen ich meine, daß sie mit aufgegriffen werden sollten. Es handelt sich hier einmal um die klare Feststellung der Zuständigkeit der Bundesebene. Dabei geht es um die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Zum anderen fordert die Gölter-Kommission in der letzten Fassung die Zuordnung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung zum Bundesausschuß für Berufsbildung. Drittens ist in der Vorlage der Gölter-Kommission zu lesen gewesen, daß auch die Ausschüsse auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene eigene Geschäftsstellen haben sollten. Ich finde, das war eine gute Lösung. Im übrigen sollten auf der Bezirksebene die Aufgaben der Akkreditierung durch die entsprechende mittlere Schulaufsichtsbehörde übernommen werden.

Ich finde, der Bundesvorstand wäre gut beraten, wenn er nach dem ersten Schritt, den er hier meines Erachtens sehr zu Recht gemacht hat, den zweiten folgen ließe und die Arbeit, die die Kommission in langen Wochen - in langen Wochen meine Damen und Herren! - geleistet hat, vollinhaltlich übernehmen würde.

Wenn Sie das unterstützen möchten, dann stimmen Sie bitte dem Antrag 459 zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Siegfried Duebel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Zu einer Zwischenbemerkung für die Antragskommission, Herr Dr. Gölter!

Dr. Georg Gölter: Meine Damen und Herren, nur eine kurze technische Zwischenbemerkung, damit nicht zu viele durcheinanderkommen. Die Wortmeldung des Kollegen Brinkert bezieht sich auf eine Reihe von möglichen Abänderungen der Bundesvorstandsvorlage. Wir werden dann nachher für den Fall, daß die Bundesvorstandsvorlage im Grundsatz die Mehrheit bekommt, im einzelnen auf die jeweils gestellten Anträge zurückkommen müssen. Es gibt noch eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen beispielsweise zur Bundesvorstandsvorlage.

Ich darf darum bitten, daß wir uns jetzt zunächst einmal auf die Grundsatzentscheidung beschränken.

Siegfried Duebel: Vielen Dank, Herr Dr. Gölter.

Das Wort hat Herr Dr. Burghardt, Baden-Württemberg, dann Herr Dr. Ecker, Saarland.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Bei der Lösung der Frage, ob Bundesanstalt oder Bundesausschuß geht es um eine wesentliche poli-

tische Akzentuierung, um die sich die CDU auf keinen Fall drücken kann. Ich bin deshalb auch dagegen, daß unter Umständen in der folgenden Debatte Lösungen gesucht werden, die beide Aussagen verwässern.

Ich meine, daß es hier um zwei grundsätzliche politische Aussagen geht. Erstens sind wir der Meinung, daß die von der Wirtschaft und dem Handwerk in ihrem Bereich bisher selbstverwaltete Lehrlingsausbildung so versagt hat, daß die Mängel nicht durch eine Weiterentwicklung beseitigt werden können. So ist zweifellos die Zielrichtung der Markierungspunkte der Bundesregierung richtig. Die Selbstverwaltung muß dann aus diesem Bereich herausgenommen werden. Die CDU müßte sich, wenn sie dieser Auffassung ist, den Markierungspunkten der Bundesregierung anschließen.

Ist diese Argumentation der linksliberalen Koalition aber nicht sehr vordergründig? Müssen hier nicht zweifellos vorhandene Mängel als Alibi dafür dienen, die eigentliche, ideologische Zielrichtung zu verschleiern? Unsere politischen Gegner wollen doch eine Verstaatlichung der beruflichen Bildung; der Staat soll planen, steuern, verwalten, in der Berufsbildung Aufgaben übernehmen, für die er auf absehbare Zeit weder sachlich noch personell noch finanziell in der Lage ist. Das bitte ich zu bedenken, wenn wir hier auch die Lösung Bundesanstalt für Arbeit ansteuern. Unsere politischen Gegner wollen das Subsidiaritätsprinzip der CDU bekämpfen und ablehnen, und an Stelle der Selbstverwaltung soll die Allmacht des Staates treten.

Ich darf Sie bitten, diese ideologische Zielrichtung zu erkennen und hier eine klare politische Aussage zu machen, zumal bei den jetzt leider noch bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Bundestag zu erwarten ist, daß das linksliberale Modell durchgeht und wir in den Landtagswahlkämpfen und im Bundestagswahlkampf doch nicht sagen können: Hier sind wir in der Position sowohl als auch. Ich erinnere an das, was der Parteivorsitzende gesagt hat: Die CDU muß entweder ja oder nein sagen, aber nicht jein.

(Beifall)

Ich bin sehr dankbar, Herr Bundesvorsitzender, daß Sie das in dieser Deutlichkeit auch in Ihrer Programmrede gesagt haben. Es geht doch nicht an, daß wir als Partei bei den zweifellos vorhandenen Mängeln auch dabei sind, die Leistungen von Handel und Gewerbe zurückzudrängen. Ist es nicht so, daß man in Amerika im Begriffe ist, gerade das System, das die linksliberale Koalition will, nämlich die Tendenz zur Secondary School oder zur integrierten Gesamtschule - es sind allerdings differenzierte Möglichkeiten da - in der Berufsbildung aufzugeben und das duale System, das wir hier als Partei zu vertreten haben, einzuführen, von dem unsere politischen Gegner sagen, das sei das Unmodernste, was es gebe, und es gelte, es abzuschaffen?

Ich glaube, hier ist die Sozialdemokratie zu konservativ. Sie hinkt hinter der wirklichen Entwicklung hinterher, weil sie noch im Denken des 19. Jahrhunderts befangen ist.

(Beifall)

Wer von der Reform der beruflichen Bildung spricht und das duale System befürwortet - und das tut auch der Landesverband Rheinland -,

der muß das dann auch konsequent durchführen und darf sich nicht für eine Bundesanstalt für Arbeit einsetzen. Das ist eine Durchlöcherung des Systems. Das brauche ich aber hier nicht weiter zu begründen; das haben meine Vorredner schon getan.

(Beifall)

Wir können doch nicht gleichzeitig auf Bundesebene einer Verstaatlichung - der Akzent liegt hier auf der totalen Verstaatlichung - das Wort reden. Ich möchte allerdings differenzieren und sagen, daß die Rheinländer nicht die totale Verstaatlichung wollen. Tatsache ist aber, daß der Akzent von diesem Landesverband stärker auf den Staat gelegt wird und nicht auf das Subsidiaritätsprinzip und die freiwillige Trägerschaft.

Ich bitte Sie deshalb, sich in dieser Frage so zu verhalten, daß deutlich wird, daß die CDU für mehr staatliche Kontrolle nur in den Bereichen eintritt, wo es dem Auszubildenden nützlich ist. Wir haben deshalb auch in unserer Konzeption eine verstärkte staatliche Kontrolle der Betriebe gefordert. Aber das heißt nicht, daß wir das überziehen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Dr. Burghardt, ich darf Sie bitten, die Redezeit einzuhalten.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Hans Dieter Burghardt: Ich darf noch einen Satz sagen. Unsere Devise muß lauten: So viel Staat wie nötig, so viel Eigeninitiative wie möglich.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Burghardt! Herr Dr. Ecker hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Das Wort hat jetzt Herr von Löwis, Hannover. Ihm folgt Herr Geil, Rheinland-Pfalz.

von Löwis: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, mich ganz kurz zu fassen, denn ich bin der Auffassung, daß diejenigen Damen und Herren, die der sachlichen Diskussion gefolgt sind, keine langatmige Aufklärung benötigen.

(Beifall)

Denjenigen Damen und Herren, die als nicht sehr sachkundig anzusprechen sind, die hier aber ihrer Pflicht, ihre Stimme abzugeben, folgen, kann man eigentlich nur in ganz wenigen Sätzen die Hauptentscheidungsmerkmale, um die es hier geht, aufzeigen. Das sind meiner Ansicht nach bei den Hauptalternativen folgende Punkte:

Erstens. Wer in der heutigen Zeit meint, dem Staat pausenlos mehr Verantwortung und mehr Aufgaben aufbürden zu können, und damit glaubt, bessere Lösungen zu finden, übersieht ein entscheidendes Problem, nämlich die Nachteile, die das in anderen Staaten und in anderen Gesellschaftsformen, wo die staatliche Macht zu groß ist, hat.

Zweitens. Wer, nachdem wir uns gestern zu partnerschaftlichen Entscheidungen durchgerungen haben, heute meint, diese Partnerschaft auf einer anderen Ebene nicht mindestens ebenso gleichwertig anstreben zu müssen, der irrt.

Drittens. Wer glaubt, daß man dadurch, daß man eine Anstalt schafft, einem anderen Gesetz als dem Parkinsonschen hilft, der irrt ebenfalls.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wer dieses wesentliche Merkmal - Eindämmung der Allgewalt des Staates zugunsten einer ausgewogenen Partnerschaft aller mit diesem Problem Befassten - erkennt, kann gar nicht anders als der Vorlage des Bundesvorstandes zustimmen. Darum möchte ich Sie bitten.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich noch folgendes sagen. Ich habe heute morgen erlebt, wie das Präsidium verfährt. Wir haben in den letzten Tagen sehr lebendig diskutiert. Ich meine aber, daß es uns gut zu Gesicht stünde, wenn sich die CDU daran gewöhnte, nach der Geschäftsordnung zu verfahren, d. h. nur dem Sprecher der Antragskommission Vorrang zu geben, ansonsten aber nach Eingang der Wortmeldungen zu verfahren. Sonst wird man langsam, aber sicher als einfacher Delegierter müde.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank!
Als nächster hat Herr Geil das Wort. Dann folgt Herr Link für die Antragskommission.

Rudi Geil: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir uns hier über die Zuständigkeit für die berufliche Bildung unterhalten, dann ist zunächst über die Bundesebene zu entscheiden; denn dort geht es um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. In der Tat haben wir in der Vergangenheit erfahren müssen, daß diese Zusammenarbeit nur ungenügend klappt. Auch heute kommt es noch vor, daß Ausbildungsordnungen auf Bundesebene erlassen werden, ohne daß die Länder mitbeteiligt sind. Ich möchte mich deshalb nachdrücklich für den Vorschlag des Bundesvorstandes im Hinblick auf die Bundeszuständigkeit aussprechen, d. h. also für den Bundesausschuß.

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, daß davon die Zuständigkeit auf Länderebene unterschieden werden muß. Denn auf der Länderebene geht es darum, daß eine Zusammenarbeit der an der Berufsausbildung Beteiligten zustande kommt. Diese Beteiligung auf Landesebene hat sich zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern im berufsbildenden Schulwesen zu vollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde!
Wenn wir diese Zusammenarbeit der Beteiligten auf Landesebene wollen, dann zieht, wie ich glaube, weder der Vorschlag des Bundesvorstandes noch der Vorschlag des Rheinlandes auf Landesebene. Ich spreche hier für den Landesverband Rheinland-Pfalz. Wir haben Ihnen zusammen mit den Landesverbänden Hessen und Hamburg eine Alternative vorgeschlagen. Diese Alternative lautet, auf Landesebene die Zuständigkeit auf eine Landesanstalt zu verlagern. Ich bitte Sie, sich einmal den Antrag B 453, der den gleichen

Wortlaut wie die anderen Anträge hat, genau anzuschauen, hier vor allen Dingen den Teil: "Zuständigkeit auf Landesebene." In dieser Landesanstalt arbeiten die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die Lehrer an berufsbildenden Schulen zusammen, und dies setzt sich fort bis zur regionalen Ebene. Auf regionaler Ebene bleiben die Kammern in ihrer Verantwortung. Ich bitte vor allem diejenigen, die soeben für die Zuständigkeit der Kammern plädiert haben, dies zu beachten. Die Lehrer werden aber jeweils voll mitbeteiligt. Ich darf Sie herzlich bitten, für die Landesebene dem Vorschlag der Landesverbände Rheinland-Pfalz, Hessen und Hamburg zu folgen.

Ich bitte das Präsidium, getrennt abstimmen zu lassen, und zwar getrennt über die Frage der Zuständigkeit auf Bundesebene und die Frage der Zuständigkeit auf Landesebene. Denn ich glaube in der Tat, daß wir nur auf diese Art erreichen können, daß die unterschiedlichen Schwerpunkte gesehen werden. Ich darf sie noch einmal kurz wiederholen. Sie lauten: auf Bundesebene Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, auf Landesebene Zusammenarbeit zwischen allen, die an der Berufsausbildung beteiligt sind.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Geil!
Das Wort hat Herr Link für die Antragskommission. Ihm folgt Herr Trageser.

Link: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hatte mich nur wegen einiger Diskussionsbeiträge zu den Kompetenzen und zum Vergleich der sich hier gegenüberstehenden Modelle gemeldet. Dabei sind einige Irrtümer vertreten worden. Ich möchte dazu doch noch einiges klarstellen.

Die Bundesregierung, gleichgültig, wer sie trägt, hat die Zuständigkeit für den außerschulischen Teil der beruflichen Bildung. Die Anträge, die unserem Parteitag vorliegen, gehen davon aus, daß die Vorlage des Bundesvorstandes besage, eine von der CDU geführte Bundesregierung würde diese ihre Zuständigkeit einem Bundesausschuß übertragen wollen, und zwar ohne klare Kompetenzen; sie hat das nicht genügend abgegrenzt. Der andere Antrag geht davon aus, eine von der CDU geführte Bundesregierung würde diese ihre Zuständigkeit in bezug auf Rahmenrichtlinien usw. der Bundesanstalt übertragen.

Wenn man nun die Modelle hinsichtlich ihrer inneren Struktur miteinander vergleicht und die Frage stellt, wo tendenziell mehr Staat oder mehr Selbstverwaltung ist, so scheint mir, daß die Vorlage des Bundesvorstandes in der Tendenz sehr viel mehr Staat hat. Ich will das begründen. Die Vorlage des Bundesvorstandes hat, weil sie dem Bundesausschuß keine klaren Kompetenzen überträgt, den Aufhänger Staatsvertrag gefunden. Das heißt, zwischen dem Land, sprich, den Kultusministern der Länder, und der Bundesregierung wird das eigentliche Geschäft gemacht.

Verschärft wird aber diese Tendenz dadurch, daß nach der Bundesvorstandsvorlage auf Landesebene der Bundesausschuß sozusagen kaum eine Kompetenz hat, denn er berät lediglich die Landesregierung, so daß also hier der Staat in ganz entscheidendem Umfange zum Zuge kommt. Und auf der regionalen Ebene erscheint der Staat erneut bei der Kontrolle.

Beim Modell Rheinland haben Sie, durchstrukturiert von der Bundesebene bis zur regionalen Ebene, die Kompetenz der Selbstverwaltung, die Kooperation der Beteiligten in der Wirtschaft, so daß hier der Staat auf Bundesebene nicht in dieser starken Form auftritt, weil die Kompetenzen klarer sind; und auf der regionalen Ebene sind die Kammern ja auch sehr viel stärker mit eingebracht, worauf Herr Hauser bei der Begründung dieses Antrages hingewiesen hat.

Ich wollte Ihnen nur sagen, worum es in der Tendenz geht. Wenn wir uns gegen die Verstaatlichung der beruflichen Bildung, gegen zu viel Staat wenden, dann müssen wir sehen, daß diese Gefahr bei der Bundesvorstandsvorlage sehr viel eher gegeben ist.

(Teilweise Beifall)

Karl-Heinrich Trageser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren? In der Frage der beruflichen Bildung ist in der CDU unbestritten, daß wir am dualen System festhalten. Es ist aber ebenso unbestritten - das haben wir schon im Berliner und im Düsseldorfer Programm erklärt -, daß berufliche Bildung eine öffentliche Aufgabe und eine der allgemeinen Bildung entsprechende gleichrangige Aufgabe ist.

Aus diesen Aussagen ergeben sich für die Union Verpflichtungen. Ich bin der Auffassung - und der Landesverband Hessen wie auch andere Landesverbände sind der Auffassung -, daß man den sich ergebenden Verpflichtungen am ehesten gerecht wird, wenn man unter dem Gesichtspunkt der Bundeseinheitlichkeit und der Zuständigkeit des Bundes für die außerschulische Bildung den Gedanken an eine Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung nähertritt.

In diesem Zusammenhang sind hier einige Argumente gegen diese Bundesanstalt vorgetragen worden, die nicht ganz schlüssig sind. Es ist mehrfach auf den Grundsatz der Subsidiarität hingewiesen und gesagt worden, diese Bundesanstalt bedeute ein Mehr an Staat, ein Abrücken vom Subsidiaritätsprinzip.

Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sind der Auffassung, daß die Bundesanstalt für Arbeit als eine öffentlich-rechtliche Institution in echter Selbstverwaltung in bezug auf ihre rechtliche Stellung etwa mit öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Kammern gleichzustellen ist - mit dem einen Unterschied, daß hier die Bundeseinheitlichkeit gegeben ist, daß hier die Bundeszuständigkeit gegeben ist und daß, was mir entscheidend erscheint, während bei den Kammern im Falle der IHKs nur eine Bank und im Falle der Handwerkskammern zwei Bänke vertreten sind, an den Selbstverwaltungsorganen dieser Bundesanstalt alle drei an der beruflichen Bildung wesentlich beteiligten Kräfte, nämlich Arbeitnehmer, Arbeitgeber und öffentliche Hand - in diesem Falle der Staat -, beteiligt sind.

Darüber, daß die Selbstverwaltungsorgane dieser Bundesanstalt einer Ausgestaltung bedürfen, ist zu reden. Aber zu sagen, daß die Regelung mit der Bundesanstalt ein Abrücken vom Subsidiaritätsprinzip wäre, ist meines Erachtens ein Irrtum.

Lassen Sie mich darauf hinweisen, daß in diesem Zusammenhang auch mehrfach das Argument vorgetragen wurde, daß die Zusage zur Bundesanstalt ein Mehr an Organisation und Bürokratie erfordere. Meine Damen und Herren, wenn wir Landes- oder Bundesausschüsse bil-

den und diesen Ausschüssen die Aufgaben zuordnen, die wir ihnen auf Grund der Vorlagen, die Ihnen vorliegen, zuzuordnen gedenken, werden auch diese Institutionen nicht umhinkommen, ein Mehr an Apparat, ein Mehr an Organisation, ein Mehr an Beamten oder Beschäftigten für diesen Bereich einzustellen. Ich persönlich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß die Struktur der Bundesanstalt - das ist auch der Wille des Landesverbandes Hessen, in dem Falle auch von Rheinland-Pfalz, Köln und anderen - auf Grund der bestehenden Einrichtungen, die heute schon Aufgaben im beruflichen Bereich wahrnehmen - Berufsberatung, Umschulung, Weiterbildung -, die auch schon Organisationsebenen hat, die ein Selbstverwaltungsorgan hat, die heute schon Beiträge einzieht, was ja auch eine Aufgabe ist, die kommen wird, die Bundeseinheitlichkeit garantiert, für die Bundesebene die gegebene Lösung ist.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne abzustimmen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Blüm, anschließend Herr Dr. Gölter für die Antragskommission.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Berufliche Bildung und allgemeine Bildung sind gleichberechtigt": das ist ein Satz, der uns leicht von den Lippen geht. Das ist eine Überschrift, auf die der Text folgen muß, damit dieses unser Programm glaubwürdig bleibt. Jede Gleichrangigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung hat es mit der Aufgabe zu tun wie auch mit der Schwierigkeit, allgemeines Schulsystem und berufliche Bildung zu integrieren, zu koordinieren. Die Schwierigkeit für jeden Lösungsvorschlag liegt darin, daß in der beruflichen Bildung für den außerschulischen Teil der Bundesgesetzgeber zuständig ist, während für den schulischen Teil die Länderhoheit in Frage kommt. Diese Schwierigkeit kann von keinem hier zu Debatte stehenden Modell einfach aus der Welt geredet werden. Jedes Modell muß hier Brücken bauen, auch das Modell, das von Rheinland-Pfalz vorgeschlagen wird.

Ich glaube, daß man so etwas nur lösen kann, glatt lösen kann, wenn man die gesamte berufliche Bildung verschult. Niemand von uns ist allerdings dieser Meinung. Der Trend auch im allgemeinen Schulsystem geht nicht dahin, immer mehr Theorie zu bringen. Auch unser allgemeinbildendes Schulsystem wird mehr Praxisnähe brauchen.

(Beifall)

Deshalb werden wir auch im berufsbildenden Schulsystem nicht einfach auf Praxis verzichten können.

Bei allen diesen Koordinierungspflichten wird eine übersehen. Wir haben es nämlich nicht nur mit Schule und Betrieb zu tun, sondern wir haben innerhalb der beruflichen Bildung auch die berufliche Erstausbildung mit der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung hat die Bundesanstalt für Arbeit heute schon weitgehende Kompetenzen, die sie u.a. durch uns, die CDU, erhalten hat, nämlich mit Hilfe des Arbeitsförderungsgesetzes. Wenn wir das alles unter ein Dach bringen wol-

len, müssen wir entweder der Bundesanstalt diese Kompetenz wieder wegnehmen und die berufliche Erwachsenenbildung dem Staat geben oder die berufliche Bildung bei der Bundesanstalt lassen, ihr allerdings dann auch die Erstausbildung an die Hand geben.

Für dieses zweite Modell plädiere ich hier, weil ich glaube, man sollte nicht etwas auf der grünen Spielwiese neu etablieren, sondern an Bestehendes, Bewährtes anknüpfen, und das ist die Bundesanstalt für Arbeit, allerdings eine Bundesanstalt für Arbeit, die zu einem modernen bildungspolitischen Dienstleistungsunternehmen ausgebaut wird.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Herr Dr. Gölder! Anschließend Herr Minister Eberle, Baden-Württemberg.

Dr. Georg Gölder: Meine Damen und Herren, ich möchte nicht als Mitglied der Antragskommission sprechen, sondern hier im Gegensatz zu meiner, wie ich denke, objektiven Berichterstattung in der Einleitung von mir aus noch einmal einige Kriterien klarmachen.

Meine Damen und Herren, was wir hier besprechen, erfolgt im Interesse der Auszubildenden. Wenn man sich einmal die Mühe macht, Auszubildende zu befragen, was sie am meisten bedrückt, dann ist es nicht die Frage der Zuständigkeit, sondern dann ist es die Tatsache, daß sie so oft im Betrieb etwas ganz anderes machen als in der Schule und umgekehrt.

(Zustimmung)

Für mich ist die entscheidende Reformperspektive bei der Frage der Form der beruflichen Bildung die bessere Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb. Ich glaube, hier müssen wir eine praktikable Lösung suchen.

Es ist nun einmal so, wie Herr Blüm gesagt hat, daß unterschiedliche Kompetenzen vorhanden sind, für den Betrieb beim Bund, für die Schule bei den Ländern. Meine Damen und Herren, wer sich von Ihnen einmal im Detail mit der Frage beschäftigt hat, wie es um die Vorbereitung der Ausbildungsordnungen derzeit steht, der kann nur mit Sorge in die nächsten Jahre hineinblicken, weil für viele Berufsfelder die neuen Ausbildungsordnungen überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden sind, weil bei vielen Berufsfeldern, wo die Ausbildungsordnungen jetzt verabschiedet worden sind, die Koordinierung mit der Schule nicht geklappt hat.

Mein Argument ist ganz einfach, daß eine Bundesanstalt für Arbeit und berufliche Bildung, die zwar ein Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft sein kann, aber gleichzeitig der Bundesregierung untersteht, die Koordination Schule und Betrieb nicht schaffen wird, weil die Kultusminister in dieser Bundesanstalt nie über einen Gaststatus hinauskommen.

(Beifall)

Wir können denen zwar dort eine Etage einräumen, aber die Möglichkeit der Zusammenarbeit wird ausschließlich vom Klima abhängen,

und das ist in der Politik von vielen Faktoren abhängig. Was die Vorlage des Bundesvorstandes mit dem Konzept Bundesausschuß für berufliche Bildung will: Bund und Länder zu einer gleichgewichtigen Zusammenarbeit zu zwingen, weil nur diese gleichgewichtige Zusammenarbeit die Chance beinhaltet, daß die beiden entscheidenden Faktoren, Schule und Betrieb, in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden können.

(Beifall)

Lassen Sie mich nur der Vollständigkeit halber hinzufügen, daß der Vorschlag des Landesverbandes Rheinland von dem Vorschlag des Bundesvorstandes in der Regelung der Landesebene überhaupt nicht abweicht. Auch im Antrag Rheinland steht, daß es auf der Landesebene zu einem Zusammenwirken von Landesregierung und Landesausschuß kommen muß.

Lassen Sie mich noch eine kurze Bemerkung zur Region machen. Wenn Sie sich noch einmal die Faktoren des Modells des Bundesvorstandes vor Augen halten, dann ist das einerseits die Kontrolle, die sowohl effizient wie, wenn irgend möglich, so unbürokratisch wie möglich sein muß, dann ist das die Zusammenarbeit der Partner im Ausschuß und die auf Kontrolle beruhende Verantwortung der Wirtschaft. Das Modell des Antrags Rheinland schafft vier Faktoren, das schafft die Ämter für Arbeit und berufliche Bildung, den Ausschuß, die Kammern, und dann muß irgendwo auch noch die Schule koordiniert werden. Ich befürchte, daß vor Ort, wo manches bezüglich der Abstimmung zwischen Schule und Betrieb im argen liegt - und das ist für mich der Kernpunkt -, das Modell des Rheinlandes auf Dauer im Interesse der Auszubildenden das weniger praktikable sein wird.

Bei allem, auch bei dieser Diskussion, dürfen wir eines nicht vergessen, daß sich die Standpunkte in den grundsätzlichen Fragen in den letzten Monaten immerhin einigermaßen angenähert haben. Trotzdem bitte ich Sie, nachher in der Grundsatzentscheidung für den Bundesausschuß und damit als weitere Vorlage für das Papier des Bundesvorstandes zu votieren.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Gölter. - Das Wort hat Herr Minister Dr. Eberle, Baden-Württemberg, anschließend Herr Neubüser, Hamburg.

Dr. Rudolf Eberle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einer meiner Vorredner hat vorgetragen, daß die eigentliche Alternative zu den von der Bundesregierung vorgelegten Markierungspunkten die Bundesanstalt sei. Wir in Baden-Württemberg meinen, daß die eigentliche Alternative zu diesem Vorschlag nicht die Bundesanstalt ist, sondern die kontinuierliche Weiterentwicklung des dualen Systems.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, und wenn richtig ist, was ein anderer Vorredner gesagt hat, daß ja das Ziel dieser Bundesanstalt sei, Selbstverwaltung zu praktizieren, dann frage ich unsere Kollegen, die

dieses Modell vertreten: Können wir Selbstverwaltung nicht auch dadurch realisieren, daß wir die bestehenden Selbstverwaltungseinrichtungen z. B. bei den Kammern stärken und nicht abbauen? Das scheint mir der vernünftigere Weg zu sein.

(Beifall)

Um was geht es, meine Damen und Herren? Es geht doch einfach darum, das System nicht zu verändern, sondern es fortzuentwickeln. Das ist die Aufgabe, die uns gemeinsam gestellt ist. Hier müssen wir die Probleme lösen, die Herr Gölter eben angesprochen hat: bessere Koordinierung von Schule und Betrieb, eine klare Aufgabentrennung zwischen Staat und Selbstverwaltung. Dies ist die andere wichtige Aufgabe. Wir meinen, daß wir in unseren Vorschlägen aus Baden-Württemberg auch dieses Problem gelöst haben. Wenn wir die laufende Kontrolle durch den Staat realisieren, schaffen wir der bestehenden Selbstverwaltung einen größeren Freiheitsraum und Spielraum, als dies heute der Fall ist, und dies wollen wir.

Meine Damen und Herren, die Bundesanstalt kann dies alles mit Sicherheit aus den Gründen nicht, die schon vorgetragen worden sind, ich will aber noch einen anderen Grund hinzufügen. Die Bundesanstalt gerät unserer Auffassung nach in unlösbare Interessenkonflikte auf Grund ihrer Aufgabe, die ihr heute gestellt ist. Vor diesen Interessenkonflikten wollen wir die Bundesanstalt gemeinsam bewahren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber, da wir in einer Grundsatzdebatte sind, abschließend noch auf ein anderes Problem hinweisen. Ich frage mich in dieser Debatte immer, ob es der CDU nicht gut anstünde, Bewährtes zu bewahren. Auch dies sollten wir bei aller Reformfreudigkeit deutlich herausstellen.

In dem Zusammenhang darf man doch einmal darauf hinweisen, daß es eine großartige Sache war - wir wären dankbar, wenn wir das in anderen Bereichen auch hätten -, daß das duale System, wie wir es heute haben und wie wir es weiterentwickeln wollen, Hunderttausende von ehrenamtlichen Kräften mobilisiert hat, die in der Lage und bereit sind, Aufgaben zu bewältigen, die dieser Staat sonst in der Vergangenheit gar nicht hätte bewältigen können.

(Beifall)

Ich meine ferner, meine Damen und Herren, dies heute wäre auch die Stunde, um diesen ehrenamtlichen Kräften einmal Dank zu sagen, daß sie sich dieser Aufgabe gewidmet haben.

(Beifall)

Ein weiteres. Ich meine, dies ist nicht nur die Stunde des Dankes, dies ist auch die Stunde, in der wir den ehrenamtlichen Kräften heute und jetzt versichern, daß wir uns hinter sie stellen. Wir sollten sie nicht weiter verunsichern. Auch dies sollte heute von diesem Kongreß gesagt werden. Es ist heute nahezu schizophren, wenn man die Diskussion, nicht in diesem Parteitag, sondern in Teilen unserer Gesellschaft verfolgt, daß in einer Stunde, in der wir mehr und mehr dazu kommen sollten, Aufgaben vom Staat in die Gesellschaft hinein zu verlagern, gleichzeitig unendliche Diskussionen führen über neue Aufgaben, die von der Gesellschaft weg

zum Staat verlagert werden sollen. Das ist doch nicht der richtige Weg, den wir hier beschreiten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch noch ein anderes. Ich meine, wir sollten gerade im Blick auf die Markierungspunkte der Bundesregierung auch sagen - und hier wende ich mich an unsere Facharbeiter, an die Meister, an die, die qualifizierte Berufsabschlüsse in der Vergangenheit erreicht haben -, weil auch hier Verunsicherung eintritt, daß die berufliche Bildung in der Vergangenheit nicht so schlecht war, wie uns das heute immer wieder dargestellt wird.

(Beifall)

Im Gegenteil, wir müssen auf dieser Basis weiter aufbauen, denn dies ist das Ziel, wenn wir sagen, das duale System muß verbessert werden. Ich frage mich, wenn ich die Markierungspunkte der Bundesregierung durchsehe: Kann noch ein Facharbeiter, kann noch ein Meister in unserer Wirtschaft, in unserer Industrie, sich überhaupt mit diesen Prinzipien der Bundesregierung einverstanden erklären? Findet hier nicht über die Markierungspunkte eine gewaltige Abwertung unserer Facharbeiter, unserer Meister in der Wirtschaft statt? Dies darf nicht so um sich greifen.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir dies überlege, meine ich, sind wir gut beraten, wenn wir dem Modell des Bundesvorstandes zustimmen. Dieses Modell ist in sich modifizierbar. Wir werden dieses Modell in der kommenden Diskussion in der nächsten halben Stunde weiter modifizieren. Im Grundsatz scheint mir aber der Ansatz richtig zu sein.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Eberle.

Das Wort hat Herr Neubüser, Hamburg, als letzter Redner in der Grundsatzdebatte.

Uwe Neubüser: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, wer wie wir alle die Integration und Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung will, der kann nicht auf der anderen Seite einen Teil dieser Bildung, nämlich den beruflichen Teil in Form einer Arbeitsverwaltung zur Bundesanstalt für Arbeit abspalten. Dieses wäre schizophoren, wenn wir einerseits immer sagen, wir wollen allgemeine und berufliche Bildung zusammenfassen, und wenn wir dann auf Bundesebene hergehen und die berufliche Bildung wieder herausnehmen und der Bundesanstalt hinzugesellen. Ich brauche deshalb den Worten von Frau Laurien und Herrn Gölter zum Thema Bundesebene nichts mehr hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, wir müssen diesem Grundsatz der Beteiligung aller in der Berufsbildung tätigen Kräfte, der Kooperation von Schule und Betrieb auf Landes- und Regionalebene aber Rechnung tragen. Ich muß leider sagen, daß auf der Landesebene weder das Modell des Bundesvorstandes noch das Modell Rheinland diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt.

Wir sind uns alle einig, daß sich die heutigen Kammern nicht in die Lage versetzt haben und zum Teil auch nicht in der Lage sind, z. B. durch genügende Anstellung von Ausbildungsberatern und durch anderes die Kontrolle der beruflichen Bildung voll wahrzunehmen. Alle sind sich einig, daß es da etwas mehr an Aufsicht geben muß.

Wozu kommt nun der Bundesvorstand? Ich denke auch an das, was Frau Laurien eben sagte. Man will - das steht in der Bundesvorstandsvorlage - die Berufsbildung durch staatliche Kontrolle kontrollieren. Meine Damen und Herren, vielleicht liegt meine Einstellung daran, daß ich meine Schulzeit und überhaupt mein bisheriges Leben in einer Stadt verbracht habe, in der seit 25 Jahren eine sozialdemokratische Schulbehörde tätig ist. Ich traue einer solchen Schulbehörde nicht zu, die betriebliche Schulbildung bei Hunderten von verschiedenen Berufen zu kontrollieren. Andernfalls wird man hier den Moloch einer Selbstverwaltung entstehen lassen, die sich jahrelang selber definiert. Da werden zahlreiche B-4- und B-5-Stellen geschaffen. Aber da ist keiner, der arbeitet. Das erleben wir doch heute schon in Hamburg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine solche Kontrolle wirkt praxisfern und ist in beiden Modellen auch nicht logisch durchgeführt. Man kann nicht sagen: Die Kontrolle der beruflichen Bildung macht der Staat. Ich frage mich, wer das dann machen soll. Aber das ist eine zweite Frage. Die Akkreditierung nimmt nicht der Staat, sondern nehmen weiterhin die Kammern vor. Nun stellen Sie sich vor, daß da irgendein Betrieb bei der Kammer akkreditiert worden ist und der Staat, der überhaupt nichts davon weiß, das einmal mitgeteilt bekommt! Der soll nachher diesen Betrieb kontrollieren. Wie soll das gehen? Hier ist der Konflikt, hier ist die Arbeitsunmöglichkeit doch schon wieder im Prinzip angelegt.

Ich darf Sie deshalb bitten, dem ganz klaren Antrag der auf einem einstimmigen Beschluß des Parteitages des Landesverbands Hamburg beruht und der auch auf einer großen Mehrheit im Rheinland und in Hessen beruht, anzunehmen. Es handelt sich um den Antrag B 453, der die Kompetenzunklarheiten durch die Einführung einer Landesanstalt für berufliche Bildung ersetzt, dabei aber den Kammern ihre klaren Berufsbildungskompetenzen beläßt. In dieser Landesanstalt werden alle beteiligten Kräfte der Berufsbildung kooperativ zusammenwirken. Sie werden nicht wie in der Arbeitsverwaltung des Rheinland-Modells eine Kompetenzersplitterung, sondern eine Zusammenfassung haben. Diese Landesanstalt hat auch den Vorteil, daß sie eine eigene Anstellungsfähigkeit besitzt, d. h. man braucht nicht zu sagen: Die Ausbildungsberater werden irgendwie zugeordnet. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie das geschieht. Vielmehr wird diese Landesanstalt als ein starker Gesprächspartner in der Berufsbildung eigene Anstellungskompetenz bezüglich ihrer Ausbildungsberater haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn Sie diesem Antrag von Hamburg, Rheinland-Pfalz und Hessen zustimmen, werden Sie wirklich auch auf Landesebene ein duales System mit einem kooperativen Element verabschieden.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken auch dem letzten Redner für seinen Diskussionsbeitrag.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Von Herrn Geil, Rheinland-Pfalz, ist vorgeschlagen worden, zunächst eine Grundsatzabstimmung durchzuführen, in der wir uns auf die Frage "Bundesebene?" beschränken. - Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Gölter.

Dr. Georg Gölter: Meine Damen und Herren, die Antragskommission macht den Vorschlag, entsprechend der Bitte einer Reihe von Delegierten schriftlich abzustimmen. Nehmen Sie bitte Ihren Stimmblock zur Hand. Wir schlagen Ihnen vor, daß diejenigen, die für den Vorschlag des Bundesvorstands - Bundesausschuß - votieren wollen, die weiße Stimmkarte 06 abgeben und diejenigen, die für den Vorschlag des Rheinlandes - Bundesanstalt - votieren wollen, die weiße Stimmkarte 07 abgeben.

(Unruhe)

Auf dieses Verfahren habe ich mich vorhin mit dem Bundesgeschäftsführer geeinigt. Es geht dabei nicht um ja oder nein, sondern um die Entscheidung für Bundesausschuß oder Bundesanstalt. Das kann man durch Handaufheben oder schriftlich machen. Wenn die Abstimmung auf schriftlichem Weg nicht notwendig ist und dies die Meinung der Delegierten ist, können wir ja durch Handaufheben abstimmen.

(Beifall)

Ich hatte meinen Vorschlag lediglich auf Bitten einiger Delegierter vorgetragen. Wenn die Mehrheit anderer Meinung ist, schlage ich vor, Herr Präsident, daß einfach durch Handaufheben entschieden wird, ob der Bundesausschuß oder die Bundesanstalt zuständig sein soll.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß die Mehrheit der Versammlung für eine offene Abstimmung durch Handaufheben ist.

(Beifall)

Ich darf daher alternativ den Antrag B 448 A des Bundesvorstands - Bundesebene - zur Abstimmung stellen, und zwar nicht dem Wortlaut, sondern zunächst dem Grundsatz nach. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich danke. Wer ist gegen den Antrag? - Das erste war die Mehrheit;

(Beifall)

damit ist der Antrag B 448 A dem Grundsatz nach angenommen und der Antrag B 455 erledigt.

Die Antragskommission empfiehlt für den Teil A - Bundesebene -, den Antrag B 448 unter Einbeziehung des Antrags B 556 in folgender neuen Fassung des Abs. 3 anzunehmen:

Der Bundesausschuß beschließt Richtlinien für die Eignung der Ausbildungsbetriebe und einen bundeseinheitlichen Daten- und Statistikatalog, um eine stärkere Kon-

trolle und bessere Durchschaubarkeit zu gewährleisten.

Es handelt sich also nur um die Ersetzung des Wortes "Zulassung" durch "Eignung".

Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist gegen den Antrag? - Damit ist der Antrag B 448 A, was die verlesene Fassung betrifft, angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag B 448 B: Landesebene. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist gegen den Antrag? - Das erste war die Mehrheit; damit ist der Antrag B angenommen.

Wir kommen zu Antrag B 448 C: regionale Ebene. - Das Wort dazu hat Herr Dr. Gölter.

Dr. Georg Gölter: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier muß ich der Vollständigkeit halber auf einen Fehler hinweisen, der bei der Übertragung der Beschlüsse des Bundesvorstandes passiert ist. In dem Absatz "Die Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe ..." heißt es: "im Einvernehmen mit dem Bezirksausschuß". Dies hatte der Bundesvorstand nicht beschlossen. Es war ein Bestandteil der ursprünglichen Vorlage. Wenn jemand darauf bestehen sollte, müßte das ausdrücklich beantragt werden, wenn nicht, dann werden wir abstimmen gemäß der Vorlage, aber unter Streichung der Worte "im Einvernehmen mit dem Bezirksausschuß".

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe.

Das erste war die große Mehrheit; damit ist der Antrag angenommen.

Dann rufe ich das Kapitel V auf: Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung. Hierzu ist ein Initiativantrag der Delegierten Limbach, Stommel, Rosorius und weiterer 29 Delegierter eingegangen.

In diesem Antrag wird vorgeschlagen, im Antrag B 513 dem Abs. 2 Satz 1 folgende Fassung zu geben: "Es soll regionale Besonderheiten berücksichtigen."

Bevor ich das Wort zur Begründung Frau Limbach, Rheinland, erteile, möchte ich noch folgendes nachholen. Zum Kapitel V gehören die Anträge Nr. B 509 bis B 545. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag B 509 im Falle der Annahme des Antrages B 448 anzunehmen. Da wir diesen Antrag vorhin angenommen haben, liegt nur diese Alternative zur Abstimmung vor. Die Abstimmung über den Antrag B 513 erübrigt sich.

Das Wort hat Frau Limbach.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag B 509, der jetzt zur Abstimmung steht, liegt ein Änderungsantrag vor, der leider nicht mehr verteilt werden konnte. Er bezieht sich darauf, daß Satz 3 des Antrages B 509 folgende Fassung

erhalten soll: "Es soll regionale Besonderheiten berücksichtigen." Das bedeutet also die Streichung der branchenmäßigen Gliederung.

Eine branchenmäßige Gliederung kann aus Gründen eines einheitlichen beruflichen Bildungssystems nicht in Betracht kommen. Es spricht auch nichts dafür, die Vielzahl von Berufen, die es in mehreren oder gar in allen Branchen gibt, zu unterteilen. Soll es denn so sein, daß z. B. ein Büroberuf, der in der Chemieindustrie erlernt wird oder in einem anderen Zweig, unterschiedlich finanziert und behandelt wird?

(Beifall)

Wir müssen doch den Bedürfnissen der Auszubildenden entgegenkommen.

Ich will nicht leugnen, daß das Branchensystem die Bedürfnisse der Wirtschaft vielleicht stärker berücksichtigt; aber auf Kosten der Auszubildenden. Es muß doch auch im Interesse der Wirtschaft sein, die Auszubildenden möglichst gut und möglichst einheitlich auszubilden.

Außerdem bitte ich zu berücksichtigen, daß man hier das Problem der wachsenden und schrumpfenden Branchen im Auge haben muß. Es ist doch so, daß sonst in schrumpfenden Branchen die Lasten dieser Ausbildung zu Lasten dieser Branchen gehen. Wenn die Leute ausgebildet und die Kosten nicht mehr vorhanden sind, wechseln sie unter Umständen wegen der Lage in dieser Branche. So wird auch das zu einer weiteren Benachteiligung schwächerer Branchen.

Im übrigen sind auch strukturschwache Gebiete benachteiligt; denn dort wird es sich zum Nachteil erweisen, wenn wir die jetzt ja doch noch fast 400 Ausbildungsberufe, die wir haben, nochmals gliedern und dadurch ein Vielfaches von Berufsbranchen, Berufsbildern und Berufsfinanzierungen erhalten.

Als letztes möchte ich noch auf folgendes hinweisen. Die Sachverständigenkommission, die ja mit von der CDU/CSU-Fraktion initiiert und mit den Stimmen der CDU/CSU auch eingesetzt worden ist, hat in ihrem Zwischenbericht ja schon einige Punkte festgelegt. Darin ist auch eindeutig festgelegt, daß das Branchensystem im Sinne der Auszubildenden nicht sinnvoll ist, ja daß es die Gefahr birgt, daß wir zu einem Ständesystem in der Berufsbildung kommen.

Ich bitte Sie daher, dem Initiativantrag Nr. B 561 Ihre Stimme zu geben.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Hauser.

Hansheinz Hauser: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat vorgeschlagen, wenn der Antrag B 448 angenommen wird, den rheinischen Antrag zur Finanzierung als erledigt zu erklären. Das ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt.

Eines scheint mir allerdings dringend erforderlich. In dem rheinischen Antrag wird deutlich eine stärkere finanzielle Beteiligung

der öffentlichen Haushalte an der beruflichen Bildung gefordert. Ich meine, auf diese Aussage sollten wir nicht verzichten. Ich meine also, daß dieser Punkt aus dem rheinischen Antrag in die Vorlage des Bundesvorstandes übernommen werden sollte, nämlich die Forderung eines stärkeren Engagements der öffentlichen Haushalte für die berufliche Bildung. Es besteht zwischen dem, was in Universitäten und allgemeinbildendem Schulwesen investiert wird, und dem, was in die beruflichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten geht, ein krasses Mißverhältnis, vor allen Dingen wenn man einmal sieht, wieviele Jugendliche, nämlich 1,3 Millionen, an der beruflichen Bildung partizipieren und dieser Zahl die der Studenten an unseren Hochschulen gegenüberstellt. Das ist der eine Punkt.

Zum zweiten Punkt, nämlich zu dem Antrag B 561, den Frau Limbach gerade begründet hat. Dazu möchte ich folgendes sagen. Ich warne davor, den Zwischenbericht der Edding-Kommission zum Maßstab von Beschlüssen zu machen. Der Abschlußbericht liegt ja noch nicht vor. Die Edding-Kommission wird aber wahrscheinlich einen zentralen Fonds vorschlagen. Ich bin jedoch der Auffassung, daß wir als CDU einem solchen zentralen Fonds nicht unsere Zustimmung geben können.

Ich halte es für problematisch, wenn sich der Parteitag heute durch das Ausklammern einer regionalen und einer branchenmäßigen Gliederung bezüglich zukünftiger Finanzierungsmodelle in eine ganz bestimmte Richtung festlegte. Ich meine, es wäre richtig, wenn wir sowohl die branchenmäßige als auch die regionale Gliederung in unserem Papier lassen, weil sich daraus beispielsweise die Möglichkeit ergibt, wie in anderen Fällen eine Finanzierung z.B. über die Berufsgenossenschaften abzuwickeln. Das wäre erheblich billiger und leistungsfähiger als eine gesonderte Institution, wie sie ja auch von der Edding-Kommission vorgeschlagen wird. Ich bitte also darum, der Vorlage des Bundesvorstandes zu folgen, allerdings ergänzt durch einen Satz, der eine stärkere Beteiligung der öffentlichen Haushalte an der Finanzierung des beruflichen Bildungswesens festschreibt.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hauser. Das Wort hat Herr Dr. Burghardt, Baden-Württemberg; dann Herr Dr. Klein, Rheinland.

Meine Damen und Herren, ich darf bitten, sich kurz zu fassen, da wir wirklich in Zeitnot sind.

Dr. Hans-Dieter Burghardt: Ich darf Sie bitten - das ist das Anliegen von Baden-Württemberg, Antrag B 554 -, in die Bundesvorlage das Wort "dezentral" einzufügen. Begründung: Über diesen Fonds laufen jährlich bis zu 18 Milliarden DM. Es wäre eine ungemaine Machtzusammenballung, wenn hier für einzelne Berufe auch eine zentrale Regulierung einträte.

Ich darf Sie deshalb bitten, diesem Antrag zuzustimmen; denn wir können nicht einerseits gegen Monopolbildungen sein und andererseits andere Monopole wieder einführen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Burghardt. Ich gebe das Wort Herrn Dr. Klein.

Dr. Josef Klein: Meine Damen und Herren! Ich meine, wir täten gut daran, wenn wir dem Antrag Limbach und weiterer Delegierter folgten und die Branchengliederung möglicher Fonds nicht festschrieben. Herr Hauser hat - mit Recht - erklärt, wir sollten vor Abschluß der Arbeiten der Edding-Kommission den Zwischenbericht nicht allzusehr berücksichtigen. Aber in dem Zwischenbericht werden drei Modelle aufgezeigt, die zu realisieren möglich sind. Mit Sicherheit aber, das sagt der Zwischenbericht heute schon, kommt eine branchenmäßige Gliederung nicht in Frage.

Wenn wir hier also eine Branchengliederung festschrieben, würden wir uns gegen das Votum aller Sachverständigen wenden, und das wäre nicht gut. In England ist das Fondssystem nicht zuletzt deswegen so schlecht, schwerfällig und für neue wirtschaftliche Entwicklungen kaum auffangbereit, weil wir dort eine branchenspezifische Gliederung haben. Eine branchenspezifische Gliederung - ich glaube, das ist unmittelbar einsichtig, bedingt eine außerordentliche Schwerfälligkeit. Strukturelle Änderungen in den einzelnen Branchen können berücksichtigt werden. Wenn wir branchenmäßig gliedern, werden im Grunde immer die schwachen Branchen und die Auszubildenden in den schwachen Branchen getroffen. Wer kann denn bei branchenmäßiger Gliederung eine Lösung für die Fälle vorschlagen, in denen bestimmte Branchen in Schwierigkeiten kommen und für die berufliche Bildung dann nicht die nötigen Mittel zur Verfügung haben? Glauben Sie denn, man könnte zur Nachbarbranche gehen und dort einen Kredit aufnehmen? Wenn wir eine Neuordnung der Finanzierung ins Auge fassen, so kann diese doch nur so aussehen, daß alle Branchen und alle Unternehmen in gleicher Weise belastet, aber auch in gleicher Weise bevorteilt werden. Wenn wir im Rahmen der Neuordnung der Finanzierung einen Ausgleich schaffen wollen, muß das ein Ausgleich sein, der über die Branchengrenzen hinweggeht. Deswegen, so meine ich, sollten wir hier auf diesem Parteitag die schwerfällige Branchengliederung, die in England bisher versagt hat, für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland nicht festschreiben.

Siegried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank!

Ich gebe jetzt Herrn Brinkert das Wort.

Bernhard Brinkert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich kurzfassen.

Erstens. Wir sollten, so meine ich, vermeiden, deshalb, weil Edding-Beschlüsse vorliegen, keine Entscheidung im Hinblick auf die Finanzierung zu treffen. Wenn ich es richtig beurteile, wird sich der Bundestag Anfang nächsten Jahres mit der Finanzierung zu beschäftigen haben. Ich finde, dieser Parteitag sollte unserer Fraktion für ihre Entscheidung im nächsten Frühjahr eine Richtschnur mit auf den Weg geben.

(Beifall)

Drittens- Wenn Sie die Finanzierung in der hier eben auch vorge-tragenen Form regeln wollen, so stimmen Sie dem Antrag B 517 des Landesverbandes Westfalen-Lippe zu.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Link das Wort.

Helmut Link: Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 509 des Bundesvorstandes. Sie empfiehlt des weiteren, alle anderen gestellten Anträge damit für erledigt zu erklären und die Änderungsanträge, die jetzt gestellt worden sind, abschlägig zu bescheiden.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wer für diese Empfehlung stimmt, den bitte ich, die Stimmkarte zu heben. - Die Gegenprobe. - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist Antrag B 509 angenommen. Zugleich sind die Anträge B 510 bis B 545 und Antrag B 554 erledigt.

Ich rufe Kapitel VI auf: Inhaltlich über Kapitel I bis V hinausgehende Anträge. Dazu gehören die Anträge B 546 bis B 553 und Antrag B 559. Für die Antragskommission hat Herr Minister Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle eben aufgerufenen Anträge beziehen sich auf Fragen der Weiterbildung, der Erwachsenenbildung und der Fortbildung. Die Antragskommission war der Meinung, daß es sich hier um ein zu wichtiges und ein zu umfassendes Thema handelt, als daß man es an irgendeiner Stelle mit einem Nebensatz abtun könnte. Sie schlägt Ihnen deshalb vor, folgenden Beschluß zu fassen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, in absehbarer Zeit für die Erarbeitung eines umfassenden Konzeptes der CDU zur Weiterbildung Sorge zu tragen.

Namens der Antragskommission empfehle ich Ihnen, demgemäß zu beschließen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wir stimmen ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen mit der Stimmkarte. - Wer stimmt dagegen? - Das erstere war die große Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Meine Damen und Herren, damit können die Anträge B 431 Abs. 1 und 3, B 444, B 546 bis B 550 als erledigt angesehen werden.

Die Antragskommission empfiehlt, Antrag B 551 dem Bundeskulturausschuß zu überweisen. Wer für diesen Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von Antrag B 552 in folgender Fassung:

Eine Redaktionskommission ist mit der Erarbeitung einer Kurzfassung zu beauftragen.

Wer ist für den Antrag der Antragskommission? - Wer ist dagegen?
- Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrages B 553.
Wer stimmt dem zu? - Wer ist dagegen? - Dann ist es gemäß der
Empfehlung der Antragskommission so beschlossen.

Herr Minister Dr. Eberle, Baden-Württemberg, hat gebeten, ihm vor
der Schlußabstimmung das Wort zu erteilen.

Dr. Rudolf Eberle: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da
der Antrag B 558 im einzelnen nicht behandelt wurde, gestatte
ich mir, im Zusammenhang mit der gesamten Beratung dazu eine
kurze Erklärung abzugeben. Es geht hier im wesentlichen um das
Problem der Bezirksausschüsse und die Interpretation der Begriffe
"Bezirk" und "Bezirksausschüsse". Nach verschiedenen Gesprächen
habe ich den Eindruck, daß mit diesen Begriffen sehr unterschiedliche
Vorstellungen verbunden sind. Ich erkläre für den Landesverband
Baden-Württemberg, daß wir unter dem Begriff "Bezirksausschuß"
das verstehen, was wir bisher unter dem Begriff "Berufsbildungsaus-
schuß" verstanden haben.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Eberle!

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Schlußabstimmung über
das gesamte Kapitel B: Reform der beruflichen Bildung. Wer diesem
Kapitel in der Form, die sich auf Grund unserer bisherigen Be-
schlüsse ergeben hat, zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen
mit der Stimmkarte. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthal-
tungen? - Bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

(Beifall)

Der Bundesparteitag hat mit der Annahme dieses Kapitels ein wei-
teres großes Reformwerk in sein Parteiprogramm aufgenommen. Ich
glaube, daß wir hier einen gesunden Weg gegangen sind, indem wir
die Anforderungen der Zeit erfüllt haben, dabei aber die Lösung
der Partnerschaft und nicht die Lösung einer Verstärkung einsei-
tig staatlicher Aufsichten gewählt haben.

(Beifall)

Mit dieser Entscheidung sind wir den Grundsätzen der Christlich
Demokratischen Union treu geblieben.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Leitung jetzt an Herrn
Rollmann übergebe, teile ich Ihnen mit, daß die Pressekonferenz
unmittelbar nach Schluß des Parteitages in Saal 4 stattfindet.

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren,
ich rufe nun Tagesordnungspunkt 17 auf:

Bericht, Diskussion und Beschlußfassung
über die Grundsatzarbeit der Partei.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns nun auch Gedanken darüber machen, wie wir heute das Programm vollenden. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir für die darauf folgenden Tagesordnungspunkte bis zur Rede des Parteivorsitzenden eine Zeit bis 15 Uhr ansetzen, mit anderen Worten, daß wir die nächsten Punkte der Tagesordnung bis auf den Tagesordnungspunkt 20 bis um 15 Uhr abgeschlossen haben. Dann spricht um 15 Uhr unser Parteivorsitzender zu uns.

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich um das Handzeichen bitten, wer dafür ist, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt die Tagesordnung abgewickelt haben. - Darf ich um die Gegenprobe bitten? - Meine Damen und Herren, das ist einstimmig, soweit ich sehe, so beschlossen, daß wir jetzt bis 15 Uhr zügig die nächsten Punkte der Tagesordnung abwickeln.

Ich darf jetzt zu Tagesordnungspunkt 17 Herrn Dr. von Weizsäcker das Wort geben.

Dr. Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Bundesparteitag soll heute entscheiden, ob sich die CDU ein Grundsatzprogramm geben wird. Die Arbeit der Grundsatzkommission, deren beide Berichte Ihnen vorliegen, mündet im Antrag zu diesem Beschluß. Der Bundesvorstand hat sich diesen Antrag einmütig zu eigen gemacht. Der Vorschlag der Grundsatzkommission beruht auf den Erfahrungen mit der eigenen Arbeit und mit der Aufnahme dieser Arbeit in unserer Partei und in der Öffentlichkeit. Diese Erfahrungen sind einfach und eindeutig. Wir haben uns nicht zu beklagen, das Interesse für unsere Berichte war lebhaft, die Aufnahme freundlich, die Nachfrage nach Veranstaltungen und Texten überstieg im allgemeinen die Kapazität unseres Angebots.

Aber gerade je klarer das ernsthafte Bedürfnis nach grundsätzlicher Orientierung sichtbar wurde, desto unausweichlicher ist die Schlußfolgerung daraus: Mit Kommissionsberichten, mit Broschüren, mit Parteitagsreferaten und öffentlichen Versammlungen ist es nicht getan, die Grundsatzarbeit bedarf für ihre Verständlichkeit der breiten Diskussion in der ganzen Partei und für ihre Verbindlichkeit der Beschlußfassung durch das dafür zuständige Organ, den Bundesparteitag. Darum geht es heute.

Aber nun wird gefragt: Wieso gleich ein Grundsatzprogramm? Haben wir denn bisher keine Grundsätze? Haben wir denn nicht das Berliner Programm? Wenn es nicht ausreicht, warum genügt es dann nicht, Leitsätze zu beschließen? Steht nicht in Wahrheit hinter der Forderung nach dem Grundsatzprogramm eine Sehnsucht nach einem "Godesberg" für die CDU? Oder lähmen und zerstreuen wir uns nicht über Dogmen und Ideologien, anstatt uns zu dem zu befähigen, was eine Volkspartei vor allem braucht, nämlich Entschlossenheit zu gemeinsamem Handeln?

Auf diese Fragen, die nicht nur von Andersdenkenden, sondern auch von manchen Freunden gestellt werden, will ich kurz eingehen. Keine Grundsätze? So wird gefragt. Natürlich! Die Gründung und die Politik der CDU beruhen auf dem festen Fundament eines christlich geprägten Bildes vom Menschen und seiner Wertordnung.

Dieses Fundament gilt fort. Aber Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben läßt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zu eigen machen. Denn wir stehen ja vor immer neuen Herausforderungen der Technik und Wissenschaft, der wirtschaftlichen Dynamik und der sozialen Entwicklung. Unter ihrem Einfluß wandeln sich unsere Lebensbedingungen ständig. Auf diesen Wandel dürfen wir nicht nur reagieren, wir müssen ihn politisch gestalten, und dazu bedürfen wir des Antriebs und der Leitlinien verbindlicher Grundsätze.

Die Frage nach dem Berliner Programm! Gewiß, das Berliner Programm ist ein beispielhaftes Ergebnis innerparteilicher Demokratie; aber es ist nach Absicht und Form ein Aktionsprogramm, nicht ein Grundsatzprogramm.

Aber warum nicht einfach Leitsätze über Prinzipien unserer Politik? Liebe Freunde, Leitsätze wären unbefriedigend, sie machen es einem nur allzu leicht, dort, wo man ohnehin einig ist, unverbindliche Formeln zu produzieren, aber die schwierigeren Kapitel zu umgehen. Und schließlich bliebe auch das Verhältnis von Leitsätzen zum gültigen Aktionsprogramm unklar; sie würden den Eindruck eines nachgeschobenen ideologischen Überbaus machen, --

(Unruhe)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte doch um etwas größere Ruhe im Saal für den Redner, der jetzt gerade ein außerordentlich wichtiges Kapitel unseres Parteitagés behandelt.

(Beifall)

Ich möchte auch darum bitten, daß die Delegierten, die im Augenblick draußen ihre Mittagspause haben, wieder in den Saal kommen und vielleicht nachher, wenn formelle Punkte abgewickelt werden, ihr Mittagsbrot weiteressen.

(Beifall)

Dr. Richard von Weizsäcker: Also zurück zu den Leitsätzen! Diese Leitsätze würden nur allzu leicht den Eindruck eines nachgeschobenen ideologischen Überbaus machen, ohne einen erkennbaren Einfluß auf vorliegende konkrete Aussagen unserer Partei zu haben.

Aber wie steht es nun mit der angeblichen Sehnsucht unserer Partei nach einem "CDU-Godesberg"? Mich amüsiert es immer, wenn ich so etwas lese, und man kann es ja zuweilen lesen. Es amüsiert mich; denn das, was wir vorhaben, unterscheidet sich ungefähr in jeder denkbaren Hinsicht vom SPD-Grundsatzprogramm in Godesberg. Zunächst zum Demokratieverständnis: Gemäß Godesberg erfüllt sich oder, wie Brandt später in seiner Schumacherrede gesagt hat, vollendet sich die Demokratie nur im Sozialismus. Also bleibt Demokratie ein unvollendeter Krüppel, sie bleibt zu unerfülltem Dasein verdammt, solange der Sozialismus nicht siegt, und alle Nichtsozialisten verhindern Demokratie an ihrer wahren Bestimmung.

Diesem unter allen Parteien im Bundestag einzigartigen Demokratieverständnis, dem Kerngedanken von Godesberg, werden wir uns niemals anschließen.

(Beifall)

Unser Demokratieverständnis verlangt von anderen wie von uns selbst, daß wir unsere Mitwirkung im demokratischen Gemeinwesen nicht davon abhängig machen, ob wir die Macht im Staate haben. Keine politische Partei kann für sich beanspruchen, allein recht zu haben. Politik verlangt Wertentscheidungen, aber diese sind nicht letzte Wahrheiten. Und eine demokratische Volkspartei kann politische Doktrinen weder beheimaten noch mit ihnen eine Koalition eingehen. Volkspartei und Volksfront schließen einander aus.

(Beifall)

"Godesberg" ist aber auch ganz im Gegensatz zu seinem Namen überhaupt gar kein Grundsatzprogramm. In der SPD sind heute heftige Auseinandersetzungen gerade im Grundsätzlichen im Gange. Jeder Flügel beruft sich dabei auf Godesberg. Vollkommen zu Recht. Denn Godesberg ist gerade im Grundsätzlichen doppelbödig.

(Beifall)

Und schließlich: Godesberg war ja gar nicht um der Grundsätze willen, sondern wegen des taktischen Ziels geschaffen, endlich auch einmal eine Regierungschance zu bekommen. Warum nicht? Natürlich, das ist ja ein ganz legitimes Ziel einer demokratischen Partei. Das Mittel der SPD war die Anpassung an die CDU, war der Wunsch, der CDU zum Verwechseln ähnlich zu werden.

Und nun frage ich die, die bei uns eine Godesberg-Sehnsucht wittern: Welcher Teufel soll uns eigentlich reiten, um uns eine Verwechslungsgefahr ausgerechnet in dieser SPD herbeisehen zu lassen ?!

(Beifall)

Nein, wir haben andere Ziele vor Augen; wir sind Volkspartei, deren Mitglieder und Wähler ganz unterschiedliche Interessen haben. Eine Volkspartei dieser Art aber ist kein bloßes Wahlbündnis. Sie kann nur bestehen, wenn in ihr eine einigende Kraft wirkt, die tiefer und stärker ist als der Interessenwiderstreit ihrer Mitglieder und Gruppen. In der Arbeit an den Grundsätzen wird diese Kraft lebendig, und diese Kraft ist es, die uns zu gemeinsamer Aussage und zum handlungsfähigen Ganzen vereint.

In unserer heutigen Lage kommt hinzu: Es ist die Chance der Opposition - und Opposition ist unsere Rolle im Bund -, die politischen Grundsätze zu aktivieren. Wir dürfen uns nicht auf Teilaussagen beschränken. Die Einzelantworten müssen von den Leitlinien her entwickelt werden; sie müssen dort ihre sichtbare Begründung finden. Denn verständlich werden sie alle nur als Bestandteil einer Gesamtpolitik, die unsere langfristige Perspektive sichtbar macht.

Kurt Biedenkopf hat vorgestern in seiner programmatischen Rede gezeigt, was das heißt. Auch in den Beschlüssen dieses Parteitagcs wurde es deutlich. Denn die tragenden, die zukunftsweisenden und die uns zusammenführenden Gedanken über den neuen Sozialverband Unternehmen, in dem der Arbeitnehmer nicht mehr außenstehender und unter Vertrag genomcner Dritter, sondern Mitglied und Partner ist, über Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer als freiheitlicher Alternative zu Klassenkampf und Staatswirtschaft und über die Sozialpflichtigkeit beider, der einzelnen sowohl wie der großen gesellschaftlichen Gruppen, das alles sind Leitlinien, die wir gerade auch gemeinsam in der Grundsatzkommission erarbeitet und fomuliert haben.

Aber genug ist das alles bei weitem nicht. Wir wissen dies in der Grundsatzkommission sehr wohl, und wir danken für die Vielfältigkeit der anregenden und der kritischen Mitarbeit. Ich möchte als ein Beispiel nur die in dem Antragsheft abgedruckte Arbeit des Kreisverbandes Altona-Elbvororte nennen, der in einem ebenso umfassenden wie in die Tiefe gehenden Beitrag sich der Grundsätze und ihrer praktischen Arbeit angenommen hat. Ich habe gehört, daß diese Arbeit aus einer Zusammenarbeit in einer höheren Schule entstanden ist, und kann nur sagen: Wer in diesem Sinne vor Ort die Bedeutung der Grundsätze erkennt und praktiziert, der tut dieser unserer Partei den besten Dienst.

(Beifall)

Natürlich bedauern wir es und fühlen uns auch ein wenig beschwert, wenn ein Bundesparteitag nicht mehr genügend Zeit und Gelegenheit zur Diskussion und zur Arbeit an diesen Dingen hat. In Wiesbaden waren die Gründe verständlich, und hier sind sie vielleicht auch verständlich. Dennoch fühlen wir uns dadurch beschwert. Denn eine Partei, die die Grundsatzarbeit letzten Endes mehr oder weniger unter den Tagesordnungspunkt Verschiedenes einreicht, wird selber alsbald unter "ferner liefen" eingeordnet werden.

(Beifall)

Denn die Entwicklung von Grundsätzen zu einem Programm muß vom Wunsch, von der Arbeit und schließlich von der Übereinstimmung der Partei im ganzen getragen sein.

Wir wissen, was an den Berichten, die Ihnen vorliegen, noch alles fehlt. Auf dem Wege zu einem Grundsatzprogramm müssen viele Arbeiten zusätzlich geleistet werden. Die Sprache erfüllt noch lange nicht die Anforderungen für Verständlichkeit und politische Strategie, über die wir vorgestern eine eindrucksvolle Mahnung des Generalsekretärs gehört haben.

(Vereinzelter Beifall)

Die Themenauswahl läßt viele wichtige Bereiche noch weitgehend aus: Wirtschaftsordnung, Außenpolitik, bis hin zu dem großen Thema der Kultur und der Kunst. Beim Staat, bei der Gesellschaft und Demokratie fehlen die eigenen, die positiven und zusammenhängenden Aussagen. Das Verhältnis der Grundwerte zueinander ist bisher nicht wirklich erklärt.

Dennoch bleibt es unsere Überzeugung: Die verantwortete Freiheit ist die große Aufgabe unserer Zeit. Denn die Freiheit ist in die

Defensive geraten. Sie ist bedroht von anonymer Bürokratie und Massengesellschaft, von technischer Fernsteuerung, sie ist bedroht von politischen Programmen der Gleichmacherei, von kollektiven Systemen und schließlich von totalitären Heißelehren. Aber der Kampf um die Freiheit lohnt; denn erliegen könnte die Freiheit letzten Endes nur ihren eigenen Schwächen: dem allzu bequemen Anspruchsdenken, dem Leistungsverdruß, dem Hang zur sozialen Ungerechtigkeit, dem Abgleiten aller verpflichtenden Werte in das rein Private und vor allem dem mangelnden Sinn für Gemeinschaft. Daher ist verantwortete Freiheit die große Aufgabe.

Lassen Sie mich nur ein paar Sätze aus unserem zweiten Bericht hierzu zitieren: Freiheit zielt auf Selbstbestimmung an Stelle von Fremdbestimmung, auf Mitverantwortung an Stelle von Gleichgültigkeit, auf Mitmenschlichkeit an Stelle von Vereinzelung. Freiheit bedeutet nicht nur Individualismus, sondern praktizierte Nachbarschaft, nicht nur Kritikfähigkeit, sondern auch die Fähigkeit zum Vertrauen, nicht nur Emanzipation, sondern auch Bindung, und nicht nur weltanschaulichen Pluralismus, sondern Anerkennung der für die Gesellschaft grundlegenden sittlichen Wertordnung. Deshalb sind Freiheit und Verantwortung untrennbar. Denn nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen, und nur wer Mitverantwortung für die Freiheit des anderen Menschen und für das Gemeinwesen praktiziert, nur der wird selbst auf die Dauer frei bleiben können.

(Beifall)

Die Bewährungsprobe liegt in den konkreten Daseinsbedingungen. Der freie Mensch soll wählen und entscheiden, er soll teilnehmen, teilhaben und mitverantworten können. Wir wollen ihn nicht zum bloßen Empfänger einer zugeteilten Lebensqualität degradieren, wir wollen nicht den passiven und verwalteten Menschen, sondern wir wollen den Bürger, der aktiv seine Persönlichkeit frei entfalten kann. Und so ist es dieselbe verantwortete Freiheit, die wir sowohl in der Arbeitswelt als auch in der Freizeit praktisch besser verwirklichen wollen als bisher. Daher also Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung und Vermögensbildung auf dem Wege zur Partnerschaft in dem Unternehmen, wie unsere Beschlüsse dies festhalten, daher aber auch die große und noch vor uns stehende Aufgabe der sozialen Dienste. Denn inmitten des ganzen Fortschritts der Industriegesellschaft wächst eben ständig die Zahl der Menschen, die Hilfe brauchen, die einsam sind und die nicht mehr mitkommen.

Zur verantworteten Freiheit gehört eine Solidarität, die sich nicht auf die Absicherung der großen Lebensrisiken durch Staat und Gesellschaft allein verläßt und darauf beschränkt, so wichtig diese sind. Zur Solidarität gehört die Zuwendung von Mensch zu Mensch. Aber das ist nicht nur ein humaner Appell, sondern das ist unsere, das ist eine politische Aufgabe. Lassen Sie mich nur ein einziges Beispiel dafür nennen. Das technische Massenzeitalter droht immer mehr zum Feind der Kinder zu werden. Die strenge Trennung von Arbeit und Familie, die wachsende Erwerbstätigkeit junger Familien, das alles beeinträchtigt die häusliche Atmosphäre. Und wir hören von den einschlägigen Wissenschaftlern: Schon in den entscheidenden ersten Lebensmonaten sind die Kinder davon bedroht. Längst ehe sie zu den ersten Stufen der Chancengerechtigkeit vorstoßen, die wir Ihnen mit unserer Bildungspolitik schaffen, sind sie schon deformiert zur Chancengerechtigkeit durch frühkindliche Schäden.

(Beifall)

Sie sind es, weil ihnen die Mutter und die Familie fehlen. Und so ist das Recht auf Chancengerechtigkeit des Kindes zunächst ganz einfach ein Recht auf Familie,

(Beifall)

denn ohne Familie können Kinder nicht sozial tüchtig und nicht sozial umweltgeschützt werden.

(Erneuter Beifall)

Wer es wirklich ernst meint mit der Chancengerechtigkeit, der sollte einen Beitrag zur Sicherung der Familie und nicht zu Ihrer Problematisierung liefern.

(Erneuter Beifall)

Freilich, mit den Appellen an die jungen Mütter ist es nicht getan.

(Vereinzelt Zustimmung)

Denn wir können nicht von den Müttern erwarten, daß sie die letzten Idealisten dieser Nation bleiben,

(Beifall)

sondern wir müssen politisch für die materiellen und geistigen Voraussetzungen sorgen, die es den Müttern in dieser Gesellschaft dann auch ermöglichen, die hier angesprochenen Aufgaben zu erfüllen.

(Zustimmung)

Und überdies werden wir feststellen, daß wir dann gar nicht nur Kindergärten, sondern auch Elternschulen brauchen.

(Erneuter Beifall)

Lassen Sie mich zum letzten Kapitel dieser Einführung kommen, zu dem Zusammenhang zwischen Grundsatzarbeit und dem wichtigsten Kapitel unserer Außenpolitik, der Europapolitik. Europa besitzt, wie wir wissen, eine Bürokratie. Europa besitzt auch eine Wirtschaft, und es besitzt nationale Regierungen, die den Interessen ihrer Länder verpflichtet sind. Aber das entscheidende ist diesem Europa abhanden gekommen, nämlich die Überzeugung und Leidenschaft seiner Bürger für seine gemeinsame Zukunft.

(Vereinzelt Zustimmung)

Es fehlt die politische Kraft, sich der Einsicht zu stellen, daß wir alle miteinander zum bedeutungslosen und abhängigen Spielball der Großen werden, wenn wir nicht alsbald politisch zusammenwachsen.

(Beifall)

Aber es genügt eben nicht, die Stärkung bestehender Organe oder mehr Rechte für die europäischen Parlamente zu fordern, sondern entscheidend ist die Willensbildung in unseren Ländern selbst. Wer aber, wenn nicht die politischen Parteien, ist dafür zuständig und dazu in der Lage? Mit welchem Recht können wir Fortschritte für

europäische Institutionen fordern, wenn wir nicht bei den ausschlaggebenden Institutionen, bei den Parteien, bei uns selber, damit beginnen?

Was wir - das ist meine feste Überzeugung - dazu auf die Dauer brauchen, das ist eine gemeinsame europäische Partei.

(Zustimmung)

Wir, die wir in den jeweiligen Ländern als die europäischen Parteien gelten, wir, vor allem die Christlichen Demokraten, müssen damit beginnen.

(Beifall)

Dafür, meine Damen und Herren, reicht die Zustimmung der Parteiführungen unter den befreundeten Parteien noch nicht aus.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wohl aber bietet die Übereinstimmung in den Grundsätzen und die konkrete Zusammenarbeit bei ihrer Formulierung eine wesentliche Hilfe dafür.

Diese Zusammenarbeit ist in vollem Gange. Es besteht nicht nur ein sehr fruchtbarer Austausch mit der Grundsatzkommission unserer Schwesterpartei, der CSU. Das gleiche gilt auch für die Zusammenarbeit vor allem mit der Österreichischen Volkspartei und ihrem vorbildlichen Grundsatzprogramm.

(Beifall)

Und es gilt nicht zuletzt für die Zusammenarbeit mit den angeblich so ungeheuer pragmatischen englischen Konservativen, mit dieser im besten Sinne wahrhaft fortschrittlichen Partei.

(Erneuter Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. Ein freies Europa, welches nur noch aus Angst vor kalten Heizungen zusammenarbeiten kann,

(vereinzelt Zustimmung)

eine solches Europa wird keine nennenswerte eigene Geschichte mehr haben und sie auch nicht verdienen.

(Lebhafter Beifall)

Aber mit einem Europa, das auf der Grundlage seiner gemeinsamen Geschichte und Kultur die Fähigkeit entwickelt, seine verantwortlich auszubauen und sich auf ihrer Basis politisch zu vereinigen, können wir uns vor unseren Nachbarn, vor der Welt und vor allem vor unseren Kindern und Enkeln sehen lassen.

(Beifall)

Lassen Sie uns an dieser Aufgabe in der praktischen Politik und in ihrem notwendigen Fundament, den politischen Grundsätzen, füh-

rend mitarbeiten. Daher bitte ich Sie namens der Grundsatzkommission und namens des Bundesvorstandes, die Ausarbeitung eines Grundsatzprogrammes zu beschließen und den Bundesvorstand mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beauftragen.

(Anhaltender Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir möchten Herrn von Weizsäcker für diese grundsätzliche Rede sehr danken! Man hat uns, der CDU, in den ganzen letzten Jahren sehr oft den Vorwurf gemacht, wir lebten eigentlich nur noch von unserer geistigen Substanz und machten Politik nur noch für den Tag. Ich glaube, niemand in dieser Partei hat sich um die Erneuerung unseres geistigen Fundaments in den vergangenen Jahren mehr verdient gemacht als Herr von Weizsäcker mit seiner Grundsatzkommission.

(Beifall)

Und ich möchte auch mit einer gewissen persönlichen Färbung sagen: Das, was Herr von Weizsäcker hier über die Situation der Kinder und der Jungen Familien in unserem Lande gesagt hat, war uns nicht nur aus dem Verstand, sondern auch aus dem Herzen gesprochen. Vielen Dank, lieber Herr von Weizsäcker!

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, für die Antragskommission hat nunmehr Herr Langguth das Wort.

Gerd Langguth: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission beantragt jetzt eine Generaldebatte über den Antrag des Bundesvorstandes, über die anderen Anträge und über den Zwischenbericht von Herrn von Weizsäcker.

Zweitens empfehlen wir die Annahme des unveränderten Antrages E 1. Wir empfehlen Nichtbehandlung derjenigen Anträge, die die Beteiligung der Landesverbände und Vereinigungen speziell vorsehen, und zwar deswegen, weil im Antrage des Bundesvorstandes bereits deutlich zum Ausdruck kommt, daß der Bundesvorstand beauftragt wird, hier führend mitzuwirken, und daß die Arbeit im Bundesvorstand entsprechend koordiniert wird. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß die Landesverbände und die Vereinigungen daran beteiligt werden; das braucht nach dem Selbstverständnis dieser Partei, wie es vorhanden sein sollte, nicht extra beschlossen zu werden.

Ferner ist die Antragskommission der Auffassung, daß all diejenigen Anträge abgelehnt werden sollten, die eine zeitliche Begrenzung der Programmarbeit vorsehen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Es wird als nicht richtig angesehen, hier eine zeitliche Limitierung vorzunehmen, die möglicherweise die Qualität eines solchen Programmes beeinträchtigen könnte.

Und ein letztes: Es ist eine ganze Reihe von Beiträgen aus Kreis- und Landesverbänden gekommen. Wir empfehlen, sie als Materialien an die Grundsatzkommission zu überweisen.

(Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Wir führen jetzt eine Generaldebatte, die einmünden soll in die Aufgabenstellung der Schaffung eines Grundsatzprogrammes. Als erster hatte sich Herr Pieroth gemeldet. - Ist Herr Pieroth nicht im Saal? - Offenbar nicht.

Dann hat in seiner Eigenschaft als Delegierter dieses Parteitages Herr Langguth das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Gerd Langguth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine umfassende Diskussion des zweiten Zwischenberichts wird leider aufgrund der zeitlichen Situation nicht möglich sein. Lassen Sie mich deshalb hier verkürzt die Punkte nennen, von denen ich meine, daß sie einer Kritik unterzogen werden müssen. Ich will nicht besonders hervorheben, daß ich in diesem Papier eine ganze Reihe von Punkten finde, die im einzelnen als sehr unterstützenswert anzusehen sind. Zum Beispiel wird im Zwischenbericht ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß weder ein Monopol des Staates in der sozialen Fürsorge dem Bild des mündigen Bürgers entspräche noch eine staatliche Bürokratie überhaupt in der Lage wäre, den individuellen und differenzierten Anforderungen der sozialen Fürsorge zu genügen. Ich will das besonders ansprechen, weil wir der Auffassung sind, daß der Bereich "soziale Dienste" in diesem zweiten Zwischenbericht eben ein besonders gelungenes Kapitel darstellt.

Ich möchte aber die Auffassung vertreten, daß eine Schwäche dieses zweiten Zwischenberichts darin liegt, daß keine durchgängige Analyse der Gesellschaft vorgenommen wurde, vielleicht auch nicht vorgenommen werden konnte. Aber ich bin der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn die einzelnen Kapitel nicht isoliert nebeneinandergestellt worden wären, sondern wenn eine übergreifende Analyse z. B. der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung in diesem Zwischenbericht vorgenommen worden wäre, wenn man damit also nicht auf das Grundsatzprogramm gewartet hätte.

Ich will auch nicht verhehlen, daß ich es nicht als gut empfunden habe, daß in dem zweiten Zwischenbericht eine ganze Reihe von Formulierungen gewählt worden sind, die keiner klaren Definition unterzogen worden sind. Das betrifft auch den Bereich der Arbeitswelt, um das hier ganz deutlich zu sagen.

Wir haben ja gerade in der politischen Auseinandersetzung an der Hochschule gelernt, daß nur mit klaren Begriffen eine offensive politische Auseinandersetzung möglich ist. Diese Forderung scheint uns deshalb besonders notwendig, weil wir immer wieder sehen, wie Gegner unserer Gesellschaftsordnung zentrale Grundbegriffe wie Demokratie oder Freiheit pervertieren und mit anderen Inhalten füllen. Ich hielte es deswegen für dringlich, daß gerade bei der Entwicklung eines Grundsatzprogramms im einzelnen eine stärker definitorische Arbeit geleistet wird. Wir müssen auch mit dem Grundsatzprogramm in der Lage sein, die Auseinandersetzung mit Marxisten, mit Radikalen von links und mit Radikalen von rechts zu führen. Lassen Sie mich noch ein weiteres sagen zum Kapitel "CDU als Volkspartei". Ich finde hier viele Punkte, die erstmalig in einem CDU-Dokument angesprochen worden sind und in denen auch einmal die Rolle der Vereinigung charakterisiert wurde. Ich halte es für eines der wesentlichen Probleme, einmal über die Rolle der Vereinigung in dieser Partei zu diskutieren.

(Vereinzelter Beifall)

Ich meine allerdings, daß dieses Papier und dieses Kapitel hinter wichtigen Forderungen und Aussagen des Parteivorsitzenden Kohl und des Generalsekretärs Biedenkopf zurückgehen. Ich will dies in dieser Deutlichkeit sagen. Die CDU muß auch in einem Grundsatzprogramm, wenn sie von der Rolle einer Volkspartei ausgeht, deutlicher sagen, daß sie keine bloße Addition von Vereinigungen sein darf, sondern daß zur Offenheit der Diskussion in entscheidenden politischen Situationen die Disziplin des gemeinsamen politischen Handelns hinzukommen muß. Das will ich hier ausdrücklich sagen.

Lassen Sie mich noch ein vorletztes zum Ausdruck bringen. Vielleicht könnte der Eindruck entstehen, daß das alles eine sehr negative Bewertung dieses Berichtes ist. Ich sagte vorhin schon, mir kommt es darauf an, die Punkte herauszugreifen, von denen ich der Auffassung bin, daß sie in einem künftigen Grundsatzprogramm präziser gefaßt werden müßten. Hier muß besondere Aufmerksamkeit auf das Kapitel "Der Staat" gelegt werden. Einerseits wird in diesem Kapitel zu Recht zum Ausdruck gebracht, daß der Staat kein geweihtes Über-Ich darstellt, auf der anderen Seite wird der nach unserer Grundüberzeugung konstitutive Zusammenhang von Staat und Demokratie in diesem Bericht nur sehr unzureichend herausgearbeitet. Wir lehnen zwar die Überhöhung des Staates wie die gefährliche Auffassung, daß Staat und Gesellschaft identisch seien, ab, aber gerade in diesem Themenkomplex hätte eine stärkere Definition vorgenommen werden müssen, um eben Schwierigkeiten in der Argumentation zu vermeiden und um Mißdeutungen entgegenzutreten.

Ein Punkt ist z.B. in diesem Kapitel angeschnitten, von dem ich der Auffassung bin, daß er eines der zentralen Diskussionsthemen der Zukunft in der CDU abgeben wird, nämlich welchen Gemeinwohlbegriff wir in der Partei haben. Wer ist in der Lage, bestimmte zentrale Werte verbindlich zu erklären? Diese Frage ist hier eigentlich nur, wenn ich das richtig gelesen habe, in einem Nebensatz angesprochen worden. Auch wichtige andere Fragen und Probleme der Zukunft wie Bürokratisierung und Spezialisierung sind ausgelassen worden.

Gerade in der aktuellen Situation hätte ich es für notwendig gehalten, daß die Wachstumsprobleme, die Probleme der Wachstumsbegrenzung und der Wachstumsumlenkung, wie sie durch den Bericht des Club of Rome zum Ausdruck gekommen sind, in ein künftiges Grundsatzprogramm eingearbeitet werden.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen. Ich halte es für sehr gut und sehr notwendig, daß sich die CDU ein Grundsatzprogramm gibt. Ich möchte aber auch auf die Gefahr hinweisen, daß die CDU nicht den Eindruck erwecken darf, daß sie frühere Programme damit einfach über den Haufen wirft und daß sie den Eindruck einer Programminflation im einzelnen erweckt.

(Zustimmung)

Wir müssen uns nämlich auch die Frage stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was ist eigentlich bisher mit den beiden Berliner Programmen in der Partei geschehen? Das Problem ist, inwieweit wir ständig irgendwelche Beschlüsse auch in Grundsatzfragen fassen und dann bereit sind, diese vor Ort im einzelnen in die

Tat umzusetzen. Wir sind alles andere als die Verfechter eines Godesberg für die CDU, aber wir können zumindest von der SPD lernen, daß diese ein Programm herausgestellt hat, das nach meinem Dafürhalten ein schlechtes Programm ist, daß sie aber mit diesem Programm gearbeitet und mit diesem Programm den Eindruck vermittelt hat, sie hätte Zukunftsperspektiven anzubieten. Hier sollten wir deutlich sagen, daß wir auf der anderen Seite präzise Grund- und Leitlinien zu schaffen haben. Ich meine, daß wir die besseren Alternativen haben, gerade auch gegenüber der SPD. In einem künftigen Grundsatzprogramm muß stärker herausgearbeitet werden, daß nicht wir die Reaktionen sind, sondern daß diejenigen Reaktionen sind, die die verstaubten Ballonmützen des vergangenen Jahrhunderts wieder hervorzerren.

(Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Langguth

Das Wort hat Herr Stephan Reimers, Hamburg.

Stephan Reimers: Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr von Weizsäcker, vielen Dank für die freundlichen Worte, die Sie für den Programmentwurf unseres Kreisverbandes gefunden haben. Ich werde sie den Mitgliedern unserer Kommission weitergeben.

Meine Damen und Herren, für uns war besonders erfreulich festzustellen, daß, obwohl wir unseren Programmentwurf völlig eigenständig und ohne jede Verbindung zur Grundsatzkommission entworfen haben, wir dennoch im wesentlichen Ansatz und in vielen einzelnen Aussagen weitgehend mit dem übereinstimmen, was die Kommission aussagt. Ich finde das vor allem deswegen bemerkenswert, weil damit deutlich wird - mehr als in jeder deklamatorischen Äußerung -, wie fest und wie sicher die gemeinsame geistige Basis ist, auf der diese unsere Partei steht.

(Beifall)

Dennoch müssen wir von der Basis unsere Programmentwurfs her einige kritische Einwendungen gegenüber dem zweiten Zwischenbericht der Grundsatzkommission machen:

Die Tatsache, daß unsere Partei den Begriff christlich für sich in Anspruch nimmt, ist unseres Erachtens nicht ausreichend begründet worden. Demgegenüber bemüht sich unser Entwurf, die Grundwerte Solidarität, Freiheit und Toleranz als Zentrum eines christlichen Menschenbildes auszuweisen. 28 Jahre lang ist unsere Partei recht unbekümmert und häufig auch recht unreflektiert mit dem Begriff christlich umgegangen. Wenn wir jetzt daran gehen, unsere geistigen Grundlagen systematisch aufzuarbeiten, muß mehr zum C gesagt werden als die eher distanzierenden kritischen Bemerkungen, die im Grundsatzprogramm bzw. im Entwurf des Zwischenberichts geäußert werden.

Meine Damen und Herren, wie notwendig gerade diese Aufarbeitung ist, hat sich für mich gestern in der Debatte über die Mitbestimmung gezeigt, als Herr von Bismarck davon sprach, daß wir auf dem Boden einer christlichen Parität stehen müßten. Im Gegensatz zu den Marxisten sei die christliche Parität vertikal strukturiert, die marxistische sei horizontal strukturiert.

Ich weiß nicht, ob jeder in diesem Saal mit diesem Satz etwas hätte anfangen können. Ich persönlich kann es nicht. Ich glaube, so können wir es in der Zukunft nicht mehr handhaben, daß wir durch die christliche Tradition hindurchsegeln wie mit einem Seeräuberschiff und dieses und jenes, was uns gerade in die politische Landschaft hineinzupassen scheint, aufgreifen und zusammenrauben und den Rest unberücksichtigt lassen.

(Beifall)

Ich bin vielmehr der Meinung, daß wir uns, wenn wir unsererseits das C beanspruchen, konsequent auch dem Anspruch zu stellen haben, den das C an uns stellt.

Zweitens. Der Zwischenbericht nimmt in Kapitel 4 die notwendige Abgrenzung zum linken Dogmatismus vor. Wir vermissen aber eine ebenso entschiedene Abgrenzung zum Dogmatismus von rechts. Diese Abgrenzung ergibt sich zwingend aus einer kritisch, rational und christlich motivierten Politik.

Drittens. Uns scheint in diesem Entwurf auch noch eine überzeugende Begründung des von unserer Partei entwickelten Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft zu fehlen und dazu auch eine Perspektive für die reformatorische Weiterentwicklung dieses Modells.

In diesen und einer Reihe von anderen Punkten bieten unser Programmwurf unseres Erachtens eine brauchbare Diskussionsgrundlage. Wir sind dankbar, daß die Antragskommission unserem Wunsch entsprochen hat, indem sie empfiehlt, unser Programm dem Bundesvorstand als Material zu überweisen.

Hingegen sind wir mit dem Vorschlag der Antragskommission, den zweiten Satz unseres formalen Antrags abzulehnen, nicht einverstanden. Der Satz lautet, daß die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms bis zum nächsten Parteitag geleistet werden sollte.

Meine Damen und Herren, wir sehen hier in Hamburg kurz vor den Bürgerschaftswahlen immer stärker und immer dringender die Notwendigkeit, in dem Dialog mit den Jungwählern und den kritischen Randwählern über ein eigenes theoretisch fundiertes Grundsatzprogramm zu verfügen. Genau aus diesem Grund haben wir uns auch bemüht, einen eigenen Entwurf fertigzustellen, um eben nicht von einer Bundespartei abhängig zu sein, die diese Aufgabe möglicherweise weiter vor sich herschiebt.

Wir sind der Meinung, daß wir inzwischen mit den beiden Berichten der Grundsatzkommission und mit den verschiedenen Anträgen aus den Kreisverbänden genügend Material vorliegen haben, um bis zum nächsten Parteitag zumindest einen ersten Entwurf für ein Grundsatzprogramm vorlegen zu können. Wir können dieses Programm dann möglicherweise fortschreiben. Nur meinen wir, daß die Partei diese Aufgabe nicht länger vor sich herschieben darf.

Was wir schnell brauchen, ist ein überzeugendes Grundsatzprogramm, das deutlich sagt, von welchen Grundlagen wir herkommen und wohin wir politisch gemeinsam gehen wollen.

(Beifall)

Dietrich Rollmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reimers.

Meine Damen und Herren, es paßt gut zu diesem Thema Grundsatzprogramm und zu dem Bericht von Herrn von Weizsäcker, daß draußen vor den Türen die Junge Union Harburg eine Sammelaktion veranstaltet, um ein Weihnachtsmärchen zugunsten von sozial behinderten Kindern vorführen zu können. Ich möchte diese Sammelaktion Ihrer freundlichen Aufmerksamkeit und Ihrem Portemonnaie empfehlen, wenn Sie den Saal verlassen.

(Beifall)

Nun bekommt Herr Leisler Kiep das Wort, und ich übergebe das Präsidium an Frau Waschbüsch.

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fahren in der Beratung des Themas "Grundsatzarbeit der Partei" fort, und ich darf Herrn Leisler Kiep bitten.

Leisler Kiep: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nachdem in der Diskussion des gestrigen Tages zu den Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik vom Fraktionsvorsitzenden und vom Parteivorsitzenden eine Reihe von Anmerkungen gemacht worden sind, möchte ich mich im Rahmen der Grundsatzprogrammdiskussion auf einige prinzipielle Fragen beschränken in der Hoffnung und Erwartung, daß die Grundsatzkommission bei ihrer Arbeit, über die wir heute beschließen sollen, auch eine Reihe von grundsätzlichen Fragen mit aufgreift, die nach meiner Meinung in einem Grundsatzprogramm der Union notwendigerweise enthalten sein müssen.

Die gesellschaftspolitischen Beschlüsse von gestern erfordern für ihre Verwirklichung notwendigerweise eine Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die den freiheitlichen Rahmen sichert, der allein die Möglichkeit für die Verwirklichung unserer Beschlüsse schafft.

An die erste Stelle möchte ich die Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland als eines Staates stellen, der keine Nation ist, die Bestimmung der Interessen Deutschlands in einem Spannungsfeld zwischen Europa und Deutschland, zwischen Sicherheit und Entspannung, zwischen atlantischem Bündnis und Ostpolitik, einer Politik, deren unverzichtbare Grundlage die Westpolitik sein muß, eine Grundlage, die durch die Politik der gegenwärtigen Regierung zumindest in Frage gestellt oder gefährdet ist.

Wie können wir, meine Freunde, deutlicher, präziser und überzeugender als bisher allen Deutschen klarmachen, daß die nationale Frage in unserem Land keine Frage des Klassenkampfes im Sinne der Sozialisten und Kommunisten, sondern die Frage der Verwirklichung von Grundrechten für alle Deutschen ist?

Solange die Bundesrepublik als der von der DDR diffamierte "Staat der Krupps und Krauses" jeder Familie Krause bei uns unvergleichlich mehr Freiheiten und sozialen Fortschritt gewährleistet, als jedem einzelnen DDR-Bürger gewährt wird, bleibt die nationale Frage nach meiner Überzeugung für uns eine Herausforderung, nicht

nur für die Einheit, sondern auch für die Freiheit im ganzen Land einzutreten.

(Beifall)

Wir müssen in diesem Zusammenhang zur Kenntnis nehmen, daß die Hoffnung Egon Bahrs, durch einer Normalisierung der internationalen Position der DDR und durch ihre internationale Aufwertung das Tor zu einer Normalisierung auch der innerdeutschen Beziehungen aufzustoßen, in unserem Sinne des Wortes getrogen hat; die Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Aber nicht nur die zukünftige Regelung des Innenverhältnisses der beiden Staaten in Deutschland sollte uns vom Grundsatz her beschäftigen und uns zu prinzipiellen Aussagen veranlassen, sondern es geht auch um die Fragen im internationalen Raum, um die zukunftsorientierte Außenpolitik der Union, z.B. um die Rolle, die wir in den Vereinten Nationen zu spielen beabsichtigen.

Wie soll und kann die UNO-Mitgliedschaft der beiden Staaten in Deutschland zum Nutzen der Bundesrepublik Deutschland im Sinne ihrer politischen Ziele gestaltet werden? Wie kann auf der anderen Seite die Union dazu beitragen, daß verhindert wird, daß die DDR einen internationalen Platzvorteil gegenüber der Bundesrepublik erzielt? Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Wir hegen den Verdacht und wir haben die Befürchtung, daß die Bundesregierung hier eine internationale Leisetreterei gegenüber der DDR praktiziert, welche sich langfristig zum Nachteil der Position der Bundesrepublik Deutschland auswirken muß.

(Beifall)

Diese Tendenz, die hier in Ansätzen sichtbar wird, darf nicht dazu führen, daß die Bundesrepublik in den Hinterzimmern der UNO gutnachbarlich handelt, hohe Beiträge zahlt, während die Öffentlichkeit wenig von der Resonanz der Arbeit erfährt, die DDR auf der anderen Seite aber mit wenigen materiellen Beiträgen, aber mit viel propagandistischem Aufwand die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit in die diplomatische und politische Defensive drängt. Dies kann nicht der Sinn einer internationalen Entspannung- und Friedenspolitik sein.

Wir müssen fünftens, meine ich, die weltpolitischen Veränderungen, die sich in dem Verhältnis der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion deutlich machen, in unsere grundsätzlichen Betrachtungen über die zukünftige deutsche Außenpolitik einbeziehen. Dieser Bilateralismus zwischen den beiden Supermächten geht trotz Krisen weiter, und die deutsche Politik muß eine energische Anstrengung unternehmen, unsere Interessen in diesen Prozeß einzugliedern und einzubetten, in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und mit dem Versuch, unsere Interessen mit denen der Vereinigten Staaten soweit als möglich gleichzuschalten und zu identifizieren.

Die Fortsetzung der amerikanischen Bemühungen um eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion zwingt uns andererseits aber auch zur Fortsetzung einer Ostpolitik auf unserer Ebene, aber auf voller Grundlage der Solidarität mit den USA und unter den Voraussetzungen, meine ich, wie sie hier vorgestern vom Fraktionsvorsitzenden Professor Carstens sehr deutlich und klar dargelegt wurden. Die Solidarität mit den Vereinigten Staaten muß auch in

Zukunft eine ganz wesentliche Grundlage sein. Die Initiative zur Beantwortung der programmatischen Herausforderung der Vereinigten Staaten muß als ein eigener Beitrag in diese Diskussion eingeführt werden und muß die Grundlage der europäischen Antwort auf diese Herausforderung sein.

(Beifall)

Die Bundesregierung scheint - ich glaube, das kann man heute mit einem gewissen Bedauern feststellen - hierzu entweder nicht imstande oder nicht willens zu sein.

(Beifall)

Ich halte es, meine Damen und Herren, auch für wichtig, daß wir bei den Bemühungen um eine enge politische Zusammenarbeit und um eine Neugestaltung der internationalen Währungs- und Wirtschaftsbeziehungen darauf achten, daß Japan in diese Bemühungen einbezogen wird.

Ich bin der Ansicht, meine Freunde, daß wir gestern bei unseren Beschlüssen auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik die Führung der Diskussion in unserem Lande auf diesen Gebieten übernommen haben.

(Beifall)

Unsere Aufgabe scheint mir zu sein, daß wir jetzt alles daran setzen, auch die Führung der Diskussion um die zukünftige Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen,

(Beifall)

eine Außenpolitik, von der letzten Endes abhängen wird, ob wir imstande sein werden, die Beschlüsse von gestern in Freiheit in unserem Lande zum Nutzen unseres Volkes zu verwirklichen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Leisler Kiep.

Ich darf jetzt, um das weitere Verfahren ein bißchen zu beschleunigen - wir haben uns ja einen Zeitpunkt gesetzt, an dem wir den Parteitag beenden wollen -, bitten, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen.

Ich erteile Herrn Dr. Rolf Olderog, Schleswig-Holstein, das Wort. Danach spricht Herr Dr. Albrecht, Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr: kommen Sie doch auf Ihre Plätze. Vielleicht können die Landesvorsitzenden ihre Delegierten noch einmal hierher bitten. Wir haben diesen Parteitag bis jetzt sehr diszipliniert und gut durchgestanden. Es ist doch wesentlich, daß wir auch noch diese Grundsatzfragen gemeinsam erarbeiten und zu einem guten Ende kommen.

(Beifall)

Herr Dr. Olderog!

Dr. Rolf Olderog: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Mitglieder der schleswig-holsteinischen Grundsatzkommission darf ich den Antrag unterstützen, ein Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Ich möchte nicht wiederholen, was dazu bereits gesagt worden ist.

Gestatten Sie mir nur einige Bemerkungen zu einem bestimmten Bereich. Für uns in der CDU ist die persönliche Freiheit der zentrale politische Wert. Das ist ganz unbestritten. Zu Recht ist aber in der Diskussion zu den Berichten der Grundsatzkommission darauf hingewiesen worden, daß wir insbesondere überzeugend begründen müssen, warum gerade die persönliche Freiheit dem Wesen des Menschen entspricht und damit Ausdruck seiner Humanität ist.

Ich glaube, daß vor allem dreierlei den Menschen auszeichnet: Erstens, daß er Vernunft besitzt; zweitens, daß er ein Gewissen hat; drittens, daß er sein natürliches Streben nach Glück in Einklang mit Vernunft und Gewissen bringen kann. Nur die persönliche Freiheit aber ermöglicht ihm, von diesen Fähigkeiten, die ihn als Mensch auszeichnen, Gebrauch zu machen. Nur in Freiheit kann er nach seiner Vernunft, nach seinem persönlichen Lebens- und Weltverständnis entscheiden. Nur in Freiheit kann er nach seinem Gewissen, nach seinen eigenen moralischen und sittlichen Bindungen handeln. Nur in Freiheit kann er sich sein Glück suchen, wie es seiner Vernunft und seinem Gewissen und seinen persönlichen Neigungen entspricht.

Diese Freiheit gilt es in allen Bereichen des Lebens zu verteidigen und auszubauen. Deshalb gilt es gegen jene zu kämpfen, die zwar auch von Freiheit reden, in Wahrheit aber die Bevormundung durch das Kollektiv, den Zwang des Gewissens oder die Willkür der Anarchie wollen. Wir können und werden diesen Kampf gewinnen, wenn wir als Gesamtpartei der von uns geforderten großen geistigen und moralischen Anstrengungen fähig sind, an denen es leider in der Vergangenheit oft gefehlt hat, die aber viele unserer Freunde auf dieser Bundespartei in Hamburg wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben.

Hier dürfen wir nicht müde werden. Diese großen geistigen und moralischen Anstrengungen müssen wir alle, gerade auch im politischen Alltag, immer wieder unternehmen; denn, meine Damen und Herren, Dr. von Weizsäcker hat recht: Es lohnt sich, für diese Freiheit zu kämpfen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Zu der Grundsatzdebatte liegen jetzt noch fünf Wortmeldungen vor. Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß wir die Rednerliste schließen. Wenn Sie einverstanden sind, die Rednerliste zu schließen, darf ich Sie bitten, die Stimmkarte zu erheben. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist die Mehrheit.

Dann bitte ich Herrn Dr. Albrecht, Niedersachsen, das Wort zu nehmen; anschließend kommt Herr Gerhardt, Hessen.

Dr. Ernst Albrecht: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ein Wort sagen zu dem Antrag des Kreisverbandes Altona, mit dem die Grundsatzkommission aufgefordert werden soll, schon bis zum nächsten Parteitag das Grundsatzprogramm

vorzulegen. Ich bitte im Namen der Grundsatzkommission herzlich, davon Abstand zu nehmen.

Wir haben von Anfang an darunter gelitten, daß wir immer von Parteitag zu Parteitag arbeiten mußten; denn das heißt in der Praxis, daß man etwa sechs Monate lang wirklich grundsätzliche Arbeit leisten kann, dann denkt man jedoch schon wieder an die Redaktion eines Berichtes. Das wird dem Ernst und der Größe der Aufgabe, die der Parteitag der Grundsatzkommission übertragen will, nicht gerecht. Es geht ja nicht darum, nur kurz zusammenzukarren, was man schon vorfindet, sondern hier soll Pionierarbeit geleistet werden. Wir alle wissen vom Skifahren, daß derjenige, der die erste Spur fährt, es am schwersten hat und am langsamsten vorankommt; später ist es dann leichter.

Ich plädiere daher sehr herzlich dafür, daß Sie uns eine solche Frist nicht setzen, sondern dem Bundesvorstand und der Grundsatzkommission das Vertrauen entgegenbringen, daß wir so zügig wie möglich die Arbeit anpacken. Wenn sich das Ergebnis sehen lassen kann, werden wir dann wieder vor den Parteitag treten.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich erteile das Wort Herrn Gerhardt, Hessen. Herr Schönbohm hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Ernst Gerhardt: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will keine lange Rede halten,

(Beifall)

sondern hier nur eine Bitte aussprechen: Die Grundsatzkommission möge den Bereich nicht vergessen, der für die Kommunalpolitik bedeutsam werden kann. Sicherlich kann man in der Grundsatzarbeit nicht jeweils haargenau trennen, ob Bund, Land oder Gemeinden für bestimmte politische Bereiche zuständig sind. Ich bin aber der Meinung, daß abgegriffen werden muß, was aus dem Grundsatzprogramm in die praktische Kommunalpolitik zu übertragen ist. Wir erleben es sehr häufig, daß die Kommunalpolitik auf großen Kongressen und auch auf Bundesparteitagen nur sehr spärlich Berücksichtigung findet. Das mag in der Natur der Sache liegen. Ich möchte hier aber mit besonderem Nachdruck sagen, daß wir diesen Bereich nunmehr stärker in den Mittelpunkt unserer Überlegungen rücken sollten. Es sollte so sein, daß aus einem Grundsatzprogramm abgelesen werden kann, woran sich unsere Kommunalpolitiker bei den sehr wichtigen Fragen der Stadtplanung, der Gestaltung des menschlichen Lebensraumes orientieren müssen, wie man in der kommunalen Konjunkturpolitik zurechtkommt und auch, wie man die Sozialpolitik gestaltet.

Herr Freiherr von Weizsäcker, erlauben Sie mir ein ergänzendes Wort zu Ihren Ausführungen über den Bereich der sozialen Dienste. Ich stimme Ihren Ausführungen in vollem Umfange zu. Es ist allerdings zu beobachten, daß die freien Träger in unserem Lande zunehmend die Kraft verlieren, die ihnen in Partnerschaft zugewiesenen oder zugeordneten Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall)

Hier stellt sich eine ganz schwierige Aufgabe. Wir müssen daran-gehen, die Kräfte neu zu mobilisieren bzw. neue Kräfte zuzuführen.

Ich habe mit besonderem Interesse vermerkt, daß der Herr General- sekretär am vergangenen Sonntag in seinem Bericht die Kommunal- politik erwähnt hat, zwar nicht sehr ausführlich, aber mit einem Akzent, den es nachzuarbeiten gilt. Ich glaube, hier ist die Kommunalpolitische Vereinigung aufgerufen, den Generalsekretär im Hinblick auf einige Passagen zur Diskussion zu bitten.

Ich meine, es ist notwendig, von dieser Stelle aus einmal den- jenigen zu danken, die die Knochenarbeit für unsere Partei leisten.

(Beifall)

Es ist schließlich sehr einfach, bundes- und landespolitisch bestimmte Themen verbal zu erörtern. Es ist sehr viel schwieriger, auf der örtlichen Ebene für die Partei auf jede Frage jeweils die richtige und gültige Antwort parat zu haben. Ich meine, es ist erforderlich, den kommunalpolitischen Bereich stärker in den Mit- telpunkt zu rücken, denn dort muß nicht nur verbal, sondern auch mit Taten bewiesen werden, wie es um unsere Partei steht; dort kann unsere Partei am allerehesten zeigen, wie glaubwürdig sie ist.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Danke schön! Jetzt hat Herr Minister Theisen, Rheinland-Pfalz, das Wort.

Otto Theisen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit kurz auf einen Aspekt lenken, der in dem Bericht von Herrn von Weizsäcker als ein bisher mehr oder weniger ausgeklammerter Aspekt herausgestellt worden ist. Ich meine die Frage, wie die Grundwerte einander zugeordnet werden, die Frage auch, in welcher Weise das Verhältnis von Einzel- und Gemeinschaftswerten in das Grundsatzprogramm unserer Partei Ein- gang findet. Ich bin mir, wenn ich diese Frage hier aufwerfe, der bereits von anderen Rednern herausgestellten Tatsache bewußt, daß wir wohl kaum in der Lage sein werden, so schwierige Fragen auf die Schnelle zu einem theoretischen Abschluß zu bringen und ein für die Verabschiedung durch den Parteitag brauchbares Modell anzubieten. Ich möchte also vor einem sehr schnellen, vor einem überstürzten Arbeiten auf diesem Sektor warnen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit jedoch darauf lenken, daß diese Arbeit an unserer Verfassung eine außerordentlich wichtige Thematik für unsere Partei ist. Die Grundwerte müssen wieder deutlich gemacht werden. Sie sind es in weiten Strecken nicht mehr. Die Orientierungslosig- keit, an der unser Volk weithin leidet, hat ihre Ursache darin, daß wir uns mehr den pragmatischen Erwägungen und weniger der theoretischen Arbeit bei der Ausfüllung und bei der erneuten Sichtbarmachung unserer Grundwerte zugewendet haben.

(Beifall)

Darauf möchte ich hier hinweisen. Ich spreche die Bitte aus, daß auch der juristische Part an den Arbeiten der Grundsatzkommission teilhaben möge.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Jetzt hat Herr Riesenhuber das Wort.

Dr. Heinz Riesenhuber: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer der zentralen Begriffe in der heutigen Auseinandersetzung mit den Linken ist der Begriff "Demokratie" bzw. "Demokratisierung". Im Bericht der Grundsatzkommission wird diese Frage angesprochen. Sie wird im Kapitel, das dem Staat gewidmet ist, angesprochen. Sie wird im Zusammenhang mit der Alternative einer partizipatorischen Demokratie gegenüber einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie angesprochen. Die dort gemachten Aussagen sind zutreffend. Sie decken aber nicht den Bereich der Auseinandersetzung ab, die wir hier gerade mit dem linken Flügel der Systemüberwinder zu führen haben, die eine totale Umformung der Gesellschaft beanspruchen.

Es ist richtig, daß das Grundsatzprogramm vom Menschen und nicht von der Gesellschaft oder vom Staat ausgeht. Wenn in der Demokratie-diskussion von der anderen Seite immer wieder der Anspruch des Staates an den Menschen ins Feld geführt wird, haben wir die Freiheit des Menschen gegenüber dem Anspruch des Staates als Alternative hinzustellen. Darum geht es in der Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung stellt sich konkret wie folgt dar. Wir stehen in einer europäischen Tradition, wenn wir uns für ein Gleichgewicht von Macht und Gegenmacht aussprechen, wissend, daß Herrschaft sein muß, aber auch wissend, daß Herrschaft nicht ohne Kontrolle sein darf. Daraus entsteht der Anspruch, daß eine Demokratie nie totalitär angelegt sein darf. Genau diese totalitäre Demokratie ist das Ergebnis des Anspruchs einer totalen Wahrheit, mit dem uns die Linken konfrontieren. Wenn wir diese Auseinandersetzung als freie Demokraten in einer freien Gesellschaft gegenüber Gruppen, die die gesamte Gesellschaft ihrer Wahrheit unterordnen wollen, von unserem Standpunkt aus führen wollen, bleibt für uns nur die Möglichkeit, aggressiv und eindeutig als einen zentralen Punkt unserer politischen Grundsätze nicht nur den Begriff "Demokratie" wieder zu übernehmen, sondern dem Anspruch der anderen, den einzelnen vom Staat her zu usurpieren - bis hinein in die Schule, bis hinein in den Betrieb, bis hinein in jeden Bereich der Gesellschaft -, die grundsätzliche Alternative unserer Demokratie in einer freien Gesellschaft, einer Gesellschaft von Freien gegenüber dem Staat gegenüberzustellen. Dies ist die grundsätzliche Differenz. Meine Bitte an die Antragskommission ist, auch diese Differenz zu sehen und ihr Rechnung zu tragen, und zwar im Hinblick auf die aktuelle Auseinandersetzung, in der wir stehen, aber auch im Hinblick darauf, daß wir den Menschen nicht nur als Individuum, sondern auch als gesellschaftliches Wesen sehen, das sich dieser unserer Gesellschaft zu stellen hat und das diese Gesellschaft formt. Nur auf diesem Wege werden wir diese Gesellschaft wieder in der Hand haben und mit unserer Mehrheit zu einer besseren, richtigen, freieren Politik für den Menschen führen.

(Beifall)

Rita Waschbüsch, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wir sind damit am Ende der Grundsatzdebatte.

Gestatten Sie mir, daß ich meine Bitte wiederhole, daß die Dele-

gierten von den Fluren auf ihre Plätze gehen und aufmerksam den weiteren Verhandlungen folgen. - Vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung über den Bereich Grundsatzarbeit. In Ihrem schmalen Büchlein ist das auf Seite 51. Die Antragskommission hat Ihnen vorhin zur Annahme den Antrag Nr. E 1 empfohlen, also die Vorlage des Bundesvorstands. Darf ich um Ihre Zustimmung mit der Stimmkarte bitten, wenn Sie diesem Wunsche nachkommen wollen. - Danke. Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Das erstere war eindeutig die Mehrheit.

Damit sind als erledigt anzusehen die Anträge Nr. E 2 (Abs.1), E 3, E 4 (S. 1,1. Halbsatz), E 5, E 6 E 7, E 8.

Die Antragskommission empfiehlt ferner Nichtbehandlung der Anträge Nr. E 2 (Abs. 2), E 4 (S. 1, 2. Halbsatz) und E 7 (Abs. 3).

Die Antragskommission empfiehlt ferner Ablehnung der Anträge Nr. E 4 (S.2), E 5 (Abs. 2) und E 7 (Abs. 2).

Die Antragskommission will also keine zeitliche Begrenzung, wie das Herr Reimers vorhin gewünscht hat.

Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission nachkommen wollen, darf ich Sie wieder um ein Handzeichen bitten. -

Vielen Dank. Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

Die Antragskommission empfiehlt, die Stellungnahme zur Grundsatzarbeit der Partei und zu den beiden Zwischenberichten der Grundsatzkommission an den Bundesvorstand der CDU als Material für die Grundsatzkommission zu überweisen. Wenn Sie auch diesem Wunsch zustimmen, bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit.

Wir haben damit Tagesordnungspunkt 17 abgeschlossen und kommen zu Tagesordnungspunkt 18: Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1972.

Wir können die folgende Entlastung offen vornehmen.

Ich darf jetzt Herrn Horten, der zusammen mit Herrn Blumenfeld als verdienstvoller Rechnungsprüfer gewirkt hat, um seinen Bericht bitten.

Alphons Horten: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Als ich Ihnen auf dem Sonderparteitag in Bonn im Juni den letzten Bericht vorlegte, lag der schriftliche Prüfungsbericht für das Jahr 1972 noch nicht vor. Das ist jetzt der Fall. Ich kann Ihnen bestätigen, daß der Prüfungsbericht den Prüfungsvermerk des vereidigten Wirtschaftsprüfers und auch die vom Gesetz vorgeschriebene Unbedenklichkeitserklärung bringt.

Der Prüfungsbericht erstreckt sich auch auf die vom Bundesschatzmeister unmittelbar verwalteten Konten und erfaßt damit alle Vorgänge und gibt uns die nötige Sicherheit für die Ordnungsmäßigkeit und richtige Abwicklung der Geschäfte.

Die im Prüfungsbericht zugrunde gelegte Bilanz trägt das Datum vom 31.12.1972, liegt also nur knappe sechs Wochen hinter dem Bundestagswahlkampf. Es ist ganz natürlich, daß die Zahlen dieses Berichts die noch nicht vollzogene Abwicklung des Bundestagswahlkampfes noch zum Teil ausdrücken. Allerdings kann ich Ihnen bestätigen - darauf wird es Ihnen vor allem ankommen -, daß die Schulden der Partei gegenüber Dritten am 31.12.1972 nicht höher waren als 1971, trotz der gesamten, bis dahin mit dem Bundestagswahlkampf zusammenhängenden Verpflichtungen, und ich kann bestätigen, daß diese Schulden inzwischen weiter um ein volles Drittel abgebaut werden konnten.

(Beifall)

Das ist ein sehr deutliches Zeichen für die fortschreitende Konsolidierung unserer Parteifinanzen.

Ich möchte deshalb - zugleich im Namen von Herrn Blumenfeld - allen danken, die in den Kreisverbänden, Landesverbänden und auch in der Bundesgeschäftsführung - vor allem dem Bundesschatzmeister - dazu beigetragen haben, daß es zu dieser günstigen Entwicklung gekommen ist.

(Beifall)

Auf der anderen Seite wissen wir alle, daß die Geldbeschaffung für die Partei nicht leichter geworden ist, vor allem, wenn wir die vielfältigen, sich gerade aus diesem so erfolgreichen Parteitag ergebenden Aufgaben mit der nötigen Intensität aufgreifen wollen. Ich möchte Sie deswegen alle bitten, daß Sie in Ihrem Bereich auch die Frage der Mittelbeschaffung sehr ernst nehmen und sich dabei, vor allem auf der Ebene der Kreisverbände, eines Mittels bedienen, das bisher vielzu wenig benutzt worden ist, nämlich der Ausnutzung der steuerlichen Bevorzugung von 600 bzw. bei Verheirateten von 1200 Mark für die Parteikosten. Das ist ein ausgezeichnetes Mittel, wie viele Beispiele beweisen, um gerade den Kreisverbänden die Abführung ihrer Beiträge an den Landesverband und an die Bundespartei zu erleichtern.

Nach diesen Feststellungen und in der Hoffnung, daß sich die Konsolidierung unserer Finanzen weiter günstig fortsetzen möge, beantrage ich hiermit die Entlastung des Bundesvorstandes und vor allem des Bundesschatzmeisters. - Danke schön.

(Beifall)

Rita Waschbüsch: Vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir können Herrn Horten und Herrn Blumenfeld für diese sehr intensive Arbeit ein herzliches Dankeschön sagen. Die Arbeit, die hier nur in kurzen Worten dargestellt wurde, ist ja gar nicht so leicht und so schnell zu erledigen. Also vielen herzlichen Dank für diese Arbeit.

(Beifall)

Sie haben den Antrag gehört, den Bundesvorstand zu entlasten. Wenn Sie diesem Antrag auf Entlastung zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen mit der Stimmkarte. - Vielen Dank. Gegenprobe, bitte! - Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Be-

troffenen ist der Bundesvorstand für das Rechnungsjahr 1972 ohne Gegenstimmen entlastet worden.

(Beifall)

Wir kommen zur Entlastung des Bundesschatzmeisters, Herrn Leisler Kiep. Darf ich Sie auch hier um ein Handzeichen bitten. - Gegenstimmen, bitte? - Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei Enthaltung des Betroffenen ist die Entlastung ohne Gegenstimmen erteilt.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben aus dem Bericht von Herrn Horten entnehmen können, daß wir dem Schatzmeister eine Menge verdanken, daß es mit der Kasse so gut vorangegangen ist. Ich glaube, wir können nur hoffen und wünschen, daß das so weitergeht. Vielen herzlichen Dank noch einmal, Herr Leisler Kiep.

(Lebhafter Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich darf jetzt Herrn Neumann das Präsidium übergeben.

(Beifall)

Bernd Neumann: Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 - Verschiedenes - auf. Hierzu liegen die Anträge F 1 bis F 80 vor. Ich darf Ihnen im Namen des Präsidiums vorschlagen, die Anträge F 77, F 79 und F 78 - zweiter Teil - aus aktuellen Gründen, weil sie die Energiekrise betreffen, vorzuziehen.

Ich höre keinen Widerspruch; es wird so verfahren.

Ich darf dann als ersten Redner zum Antrag F 77 Herrn Ministerpräsidenten Dr. Röder aufrufen.

Dr. F.J. Röder (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Antrag F 73 des Präsidiums, der bereits am vergangenen Sonntag angenommen worden ist, sind eine ganze Reihe von brennenden Fragen auf engem Raum zusammengedrängt, von denen eigentlich jeder einzelne eine ausführliche Erörterung auf diesem Parteitag verdient hätte. Ich nehme an, daß der Herr Parteivorsitzende in seiner Schlußansprache den einen oder anderen Punkt noch aufgreifen wird.

In diesem Antrag wird zu Recht auf die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen hingewiesen, die sich in den letzten Wochen noch erheblich verschärft haben. Da ist die Rede von den Folgen der anhaltenden Inflation, von den schweren Versäumnissen und Fehlern der Bundesregierung, worüber zu sprechen allein ein abendfüllendes Programm darstellen würde.

(Vereinzelter Beifall)

Es heißt dann weiter in diesem Antrag: "Diese bedenkliche Situation spitzt sich durch die Krise auf dem Energiemarkt erheblich zu". Nun wissen wir, meine lieben Parteifreunde: neben den davonlaufenden Preisen beunruhigt unsere Bevölkerung nichts mehr

als die gegenwärtige Energiekrise, deren Auswirkungen auf die Beschäftigungslage, auf die Sicherheit der Arbeitsplätze noch gar nicht zuverlässig abgeschätzt werden können. Die Bundesregierung tut alles, um diese Lage zu vermeiden und zu ver-harmlosen. Unser Freund Franz Josef Strauß hat heute morgen mit Recht auf diesen bedauerlichen Tatbestand hingewiesen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sollten daher auch dieser Frage auf unserem Parteitag erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Diesem Anliegen dient sowohl der Antrag meines Landes als auch der Antrag der Herren Kollegen Dr. Dregger, Dr. Narjes, Dr. Marx und anderer Delegierter dieses Parteitages.

Es hat sich inzwischen klar erwiesen, daß es nicht richtig war, den deutschen Steinkohlenbergbau vornehmlich unter dem Gesichtspunkt preislichen Wettbewerbs mit Erdöl und Erdgas zu sehen, statt auch dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Energieversorgung eine entsprechende Bedeutung einzuräumen.

(Beifall)

Dies mußte notwendigerweise dazu führen, daß die Kohle trotz größter Anstrengungen und durchgeführter Rationalisierungsmaßnahmen im Wettbewerb dem Öl nicht gewachsen sein konnte, was zu schweren wirtschaftlichen und sozialen Belastungen an Saar und Ruhr führen mußte. Ich habe auch großes Verständnis für unsere Bergleute, wenn sie nach jahrelangem Hin und Her endlich eine zuverlässige Garantie für die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze verlangen und nicht nur als Notstock in Krisenzeiten angesehen werden wollen, auf den man sich immer dann freundlicherweise besinnt, wenn andere Energiequellen zu versiegen drohen.

(Beifall)

Ich habe daher in der Vergangenheit immer wieder im Bundestag und im Bundesrat bei energiepolitischen Debatten oder wenn es um die Heizölsteuer ging darauf hingewiesen, daß der deutsche Steinkohlenbergbau auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung unserer Energieversorgung in Krisenzeiten beurteilt werden müsse und daß es für uns zu einer Lebensfrage werden kann, daß wir rechtzeitig alle Möglichkeiten der Nutzung unserer Kohle vor allem im chemischen Bereich durch Umwandlung in Gas oder Öl wissenschaftlich untersuchen und entsprechende Forschungseinrichtungen schaffen.

(Vereinzelter Beifall)

Das Saarland - lassen Sie mich das sagen, meine Damen und Herren würde sich als Standort für eine solche Forschungsanlage im saar-ländisch-lothringisch-luxemburgischen Montanbereich, dazu noch im Herzen der EG, in besonderer Weise eignen.

(Beifall)

Ich sehe, daß ich dafür auch die freundliche Zustimmung meines Kollegen Köppler finde.

Eine Untersuchung der UN über den Weltenergiebedarf und die Energievorräte im Jahr 2000, die man nur schätzen kann, kommt

zu dem Ergebnis, daß Erdöl und Erdgas zu diesem Zeitpunkt etwa zu 87 % bzw. zu 73 % aufgebraucht sein werden, während die Kohlevorkommen dann nur um 2 % vermindert sein werden. Auch das sollte für uns ein weiterer Grund dafür sein, alle Möglichkeiten der Verwendung der Kohle nachhaltig auszuschöpfen.

Ich darf Sie daher bitten, dem Antrag des Saarlandes zuzustimmen. Ich darf hinzufügen, daß wir selbstverständlich auch den zweiten Antrag, von dem ich soeben gesprochen habe, unterstützen werden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Dregger das Wort.

Dr. Alfred Dregger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Unser Freund Ministerpräsident Röder hat in seinem Antrag einen Schwerpunkt für die Energiepolitik gesetzt. Der Antrag, den ich zu begründen habe, nennt zehn Punkte einer nationalen und europäischen Energiepolitik, der wir uns zuwenden müssen. Im einzelnen geht es um die Überprüfung der Förderpläne des Steinkohlenbergbaus, um die Erschließung neuer Braunkohlefelder, um den Bau von Atomreaktoren, insbesondere die drastische Abkürzung des Planungs- und Genehmigungsverfahrens, um den Bau von Urananreicherungsanlagen, um die Erweiterung der deutschen Kapazitäten für den Bau von Atomreaktoren, um die Erschließung aller erreichbaren Energievorkommen in strategisch sicheren Regionen, um die Verteilung des Öl- und Gasimports auf möglichst viele Lieferländer, um die Ausweitung bestehender Forschungsprogramme, um die Straffung der Behördenorganisation und der Zuständigkeiten und schließlich um politische Anstrengungen zur Erreichung einer europäischen und atlantischen Solidarität.

Es ist jetzt sicherlich nicht meine Aufgabe, dieses Programm in allen Einzelheiten vorzutragen; wenn Sie ihm zustimmen, wird das Sache der Bundestagsfraktion sein. Aber ich möchte doch darum bitten, diese Aufgabe nicht nur als eine technische und als ökonomische, sondern als eine im höchsten Umfang politische zu begreifen.

Der Parteitag hat gestern in einer schwierigen und wichtigen gesellschaftspolitischen Frage seine Handlungsfähigkeit und, was genauso wichtig ist, seine Solidarität bewiesen. Jetzt, meine Freunde, können und jetzt müssen wir uns den Fragen zuwenden, die den Menschen draußen im Lande auf den Nägeln brennen, und den großen Fragen unserer nationalen Existenz.

(Beifall)

Eben darum handelt es sich bei der Sicherstellung der Energieversorgung. Die Ölkriegsdrohung - diese Bezeichnung ist treffend, meine ich - der arabischen Staaten hat deutlich gemacht, in welcher gefährliche Abhängigkeit wir uns begeben haben.

Und diese Abhängigkeit wird desto gefährlicher, je größer der Einfluß der Sowjetunion auf die arabischen Länder wird.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wir können dieser Gefahr nicht durch Verniedlichung des Problems begegnen und auch nicht dadurch, daß wir einige Rationierungsmaßnahmen ergreifen. Wir können ihm auch nicht dadurch begegnen, daß wir die Energieimporte aus arabischen Ländern durch solche aus der Sowjetunion ersetzen.

(Beifall)

Wir können dieser Gefahr nur begegnen durch eine gigantische Kraftanstrengung. Dazu brauchen wir Forscher, die in der Freiheit zu forschen, nicht durch Systemveränderer an den Universitäten begrenzt werden;

(Beifall)

dazu brauchen wir Unternehmer, die in der Freiheit des Unternehmens nicht erstickt werden durch politische oder syndikalistische Bürokratien;

(erneuter Beifall)

dazu brauchen wir eine politische Führung, deren Chef in kritischen Situationen nicht an die Riviera fährt und sich in erster Linie um Denkmalpflege kümmert.

(Erneuter Beifall)

Ich meine nicht die Pflege von Kulturdenkmälern, sondern die des eigenen Denkmals. Wer so weit ist, meine Freunde, sollte den Stuhl der Regierungschefs räumen und Memoiren schreiben.

(Erneuter Beifall)

Dazu brauchen wir auch nicht eine politische Führung, deren einer Teil von Moskau aus die deutsche Regierung beschimpft und die deutsche Verhandlungsposition untergräbt, sondern dazu brauchen wir eine politische Führung, die die großen nationalen Ziele formuliert, die die freie Kooperation der Wissenschaftler, der Wirtschaftler und des ganzen Volkes sicherstellt und die dafür notwendigen Finanzmittel bereitstellt.

Und wir brauchen ein zweites. Wir brauchen die europäische und die atlantische Solidarität. Wir werden diese Solidarität nicht dadurch herstellen, daß wir in kritischen Lagen einem Verbündeten in den Rücken fallen.

(Beifall)

Meine Freunde, wer der Freund aller sein will, der wird bald alle seine Freunde verlieren.

(Erneuter Beifall)

Wir werden diese Solidarität auch nicht dadurch herstellen können, daß wir von einer Position der Scheinmoralität aus unsere Freunde beurteilen und verurteilen. Wir werden diese Solidarität nur dadurch herstellen, daß wir zunächst unser eigenes deutsches und europäisches Haus in Ordnung bringen. Wir müssen gerade jetzt unter dem Schock der europäischen Hilflosigkeit und Einflußlosigkeit

keit darangehen, aus dem Europa der Konsumenten und der Händler ein politisches Europa zu machen,

(Beifall)

ein Europa, das mit allen Attributen einer Weltmacht ausgestattet ist. Auch die Schweiz, meine Freunde, ist nicht aus einer Käseunion entstanden, sonder aus einer Verteidigungsgemeinschaft.

(Heiterkeit und erneuter Beifall)

Begreifen wir die Aufgabe der Sicherstellung der Energieversorgung in der Bundesrepublik und im freien Europa als eine Frage, die unsere Existenz berührt! Unter diesem Aspekt möchte ich Sie bitten, diesem Antrag für ein Aktionsprogramm zur Energieversorgung zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Köppler das Wort.

(Teilweise Beifall)

Dr. Heinrich Köppler; Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die beiden noch eingebrachten Anträge unterstützen. Sie ergänzen, sie konkretisieren das, was wir schon am Samstag im Antrag des Präsidiums zum Parteitag beschlossen haben. Ich glaube, daß ist eine gute und notwendige Ergänzung angesichts des politischen Stellenwertes der Frage, um die es hier geht.

Ich bin auch Freund Dregger dafür dankbar, daß er eines deutlich gemacht hat: Es geht hier nicht nur um Energie im technischen Sinne; es geht auch um die politische Energie, die aufgebracht werden muß, wenn das Problem, vor dem wir stehen, gelöst werden soll.

(Zustimmung)

Dazu ist es, meine Damen und Herren - und ich wiederhole, was bereits gesagt wurde -, zunächst einmal nötig, daß diese Bundesregierung Abschied nimmt von der Politik der Gesundheitserei und der scheinweisen Unterrichtung über die Wirklichkeit, in der wir leben, daß sie den Mut aufbringt, der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, was los ist und was nötig ist. Das ist das erste, was wir brauchen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Bundestag hat gehandelt. Die Opposition hat gehandelt, und ich möchte unserer Bundestagsfraktion dafür danken, daß sie bei der Verabschiedung des Energiesicherungsgesetzes ihre nationale Verantwortung erkannt und dementsprechend gehandelt hat.

(Beifall)

Was jetzt fehlt, ist ebenso konsequentes Handeln auf seiten der Regierung. Wir als Deutsche müssen uns angesichts des publizierten

stischen Trauerspiels, im Verhältnis etwa zu den **Niederlanden** dessen schämen, was unsere Regierung in der Anwendung der ihr erteilten Vollmachten jetzt vollführt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Regierung macht sich ja auch selber ungläubwürdig. Ich will keine Kleinigkeiten hochspielen, aber auf der einen Seite hat sich Herr Friderichs (FDP) neuerdings dazu durchgerungen, der Bevölkerung den Ernst der Lage deutlicher zu machen als bisher, und gleichzeitig fliegt Herr Genscher (FDP) mit einer Boeing 707 zu Sportgesprächen nach Peking. Meine Damen und Herren, so geht das nicht, oder man macht sich ungläubwürdig.

(Beifall)

Worauf es sachlich ankommt, ist, daß jetzt entschlossen und ohne bürokratische Schwierigkeiten die mittelfristige energiepolitische Planung für die Bundesrepublik überprüft wird. Wir machen uns nichts vor; das wird nicht schnell - etwa in Tagen oder in nur wenigen Wochen - zu Ergebnissen führen können. Was wir brauchen, ist vordringlich eine verstärkte Anstrengung auf dem Gebiet der Technologie und der Forschung bei allen Energieträgern.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir in der Bundesrepublik waren, als unser Freund Gerhard Stoltenberg in der Bundesregierung für diesen Bereich die Verantwortung trug, schon einmal weiter, als wir heute nach den Tätigkeiten seiner Nachfolger sind.

(Beifall)

Sie werden verstehen, daß ich dieses Problem der mit mehr Kraft, aber auch mit mehr finanziellem Engagement verbundenen Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Technologie und der Forschung auch im Hinblick auf die Kohle anspreche. Leider sind hier in den letzten Jahren von der Bundesregierung alle Bemühungen, die von früheren Bundesregierungen eingeleitet worden waren, auf immer kleinere Flamme gesetzt worden. Heute badet unser Volk diese Versäumnisse aus. Hier muß wieder angeknüpft werden an eine Politik, wie sie in diesem Bereich von der Bundesregierung zuletzt unter Kurt Georg Kiesinger geführt worden ist.

(Beifall)

Ich halte es allerdings auch für besonders dringlich, daß die Pläne für die Verstromung sofort überdacht und verändert werden. Meine Damen und Herren, wenn wir uns beim Bau neuer Kraftwerke wie bisher so auf die Öllieferungen einstellen, wenn wir nicht zumindest vorsehen, daß neue Kraftwerke für verschiedene Energieträger, für Öl und Kohle, eingerichtet und gebaut werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir einen Engpaß, wie wir ihn jetzt erleben, vielleicht sogar als Dauerzustand behalten werden. Hier müssen wir uns selber helfen, und hier müssen wir auch - ich unterstreiche das im Hinblick auf die Anträge, die hier gestellt worden sind - die europäische und die atlantische Solidarität gegenüber der Erpressung, der wir uns zur Zeit gegenübersehen, voll ins Spiel bringen.

Das setzt politisch das voraus, was hier schon gesagt worden ist, Das setzt aber hinsichtlich der Bundesregierung voraus, daß sie jetzt den Stellenwert des Problems der Energieplanung und die daraus zu ziehenden Folgerungen höher einschätzt, als das bisher geschehen ist.

Ich bitte Sie, die beiden vorgelegten Anträge anzunehmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat jetzt Herr Dr. Narjes das Wort.

Dr. Karl-Heinz Narjes, Antragskommission: Herr Präsident, nach den drei Reden ist die Antragskommission der Ansicht, daß das Thema Energiepolitik entscheidungsreif diskutiert ist. Sie regt deshalb mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit an, jetzt zur Abstimmung zu kommen.

(Zustimmung)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich entnehme Ihrem Beifall, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

(Zustimmung)

Dr. Karl-Heinz Narjes, Antragskommission: Dann darf ich vor der Abstimmung namens der Antragskommission folgendes erklären: Im Antrag F 77 muß das zweite und dritte Wort geändert werden. Es muß heißen: "Der Beschluß des Bundestages F 73".

Zum Antrag F 79 ist noch in letzter Minute ein nicht verteilter Zusatzantrag eingegangen, der wie folgt lautet:

Die angekündigte Stilllegung von rentabel arbeitenden Schachtanlagen ist erneut zu überprüfen.

Dieser Antrag müßte als Spiegelstrich in den Antrag F 79 mit aufgenommen werden. Von seiten der Antragskommission gibt es keinen Einwand gegen diese Aufnahme.

Dann muß festgestellt werden, daß keiner dieser Anträge mit dem früheren Antrag vom vergangenen Sonntag F 73 in Widerspruch steht. Es muß ferner festgestellt werden, daß sie untereinander nicht in Widerspruch stehen und daß die Antragskommission deshalb Annahme und Verweisung an die Bundestagsfraktion empfehlen kann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge 77, 78 Abs. 2 und 79 mit der Ergänzung von F 81. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, über diese drei Anträge gemeinsam abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden? - Ich sehe, das ist der Fall.

Ich lasse abstimmen. Wer nach den erfolgten Änderungen für diese drei Anträge ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. - Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zu den weiteren Anträgen erteile ich für die Antragskommission Herrn Dr. Waffenschmidt das Wort.

Dr. Horst Waffenschmidt, Antragskommission: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Zu dem Komplex F "Weitere Anträge" liegen nach dem jetzigen Sachstand noch über 80 Anträge vor. In diesen Anträgen und in den Anregungen, die wir empfangen haben, liegt eine Fülle von Arbeit unserer Kreisverbände und der einzelnen Organisationen, die dies vorbereitet haben. Wir meinen im Einvernehmen mit dem Präsidium, daß diese intensive Vorarbeit auch eine intensive Bearbeitung verdient und nicht eine Beratung unter Zeitdruck. Wir möchten Ihnen deshalb folgendes Verfahren vorschlagen: Wir schlagen dem Parteitag vor, diese Anträge dem Bundesausschuß der Partei zu überweisen, der bereits am 10. Dezember in Berlin tagt. Ich darf hier im Einvernehmen mit dem Generalsekretär sagen, dort wird auskömmlich Gelegenheit zur Verfügung stehen, die Anträge zu bearbeiten. Ich darf Ihnen im übrigen im Einvernehmen mit dem Generalsekretär anbieten, daß dort jeder, der die Anträge oder Anregungen noch begründen will, Gelegenheit haben wird, dies vor dem Bundesausschuß zu tun.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf das, was außerdem noch auf dem Programm des heutigen Parteitags steht, bitten Präsidium und Antragskommission, diesem Verfahren zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Brok, Landesverband Westfalen.

Elmar Brok: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Im Namen des Bundesvorstandes der Jungen Union möchte ich dafür plädieren, daß in dieses Verfahren nicht der Antrag F 25 bezüglich der Jugendvertreter einbezogen wird. Es sind jetzt verschiedene aktuelle Anträge eingebracht worden, die verschiedenen Größen der Partei Gelegenheit gegeben haben, sich auf diesem Parteitag noch einmal zu Wort zu melden.

(Beifall)

Ich bin aber nicht der Auffassung, daß politisch entscheidende Fragen, die gerade auch im Bereich der Jungen Union seit längerer Zeit in der Diskussion stehen, hier einfach mit dem Argument des Zeitdrucks unter den Tisch gebügelt werden, während andere zu bestimmten Anträgen bei der Begründung nicht 5 Minuten geredet haben, was möglich gewesen wäre, sondern ihr ganzes außenpolitisches Konzept oder was auch immer dargelegt haben.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch eines dazu sagen. Die schlechte Stellung der Jugendvertreter bestimmt im Augenblick in wesentlichem Umfang auch die Diskussion in der Jugend. Es wird vielfach als Beweis herangezogen, daß diese schlechte Stellung der Jugendvertreter - -

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Brok, ich darf Sie unterbrechen. Ich möchte Sie bitten, konkret zur Geschäftsordnung zu sprechen, damit wir im Verfahren weitergehen können.

(Beifall)

Elmar Brok: O.k., wenn Sie damit nicht einverstanden sind, daß ich eine kurze Begründung zum Inhalt des Antrags bringen kann, kann ich nur die Bitte äußern, lassen Sie mich gleich, wenn Sie damit einverstanden sind, diesen Antrag inhaltlich begründen. Ich verspreche Ihnen, es werden nur 5 Minuten sein.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag der Antragskommission gehört, alle Anträge an den Bundesausschuß in dessen nächste Sitzung zu überweisen. Hier ist in bezug auf einen Antrag dagegen gesprochen worden. Ich glaube, das Verfahren ist so weit, daß wir darüber abstimmen können.

Ich erteile als letztem Herrn Jäger, Baden-Württemberg, das Wort zur Geschäftsordnung.

Klaus Jäger: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte nicht gegen den Antrag sprechen, sondern ich möchte einen Zusatzantrag stellen. Unter den Anträgen, die nicht erledigt sind, genießen nach meiner Auffassung die Anträge zum Bereich der Familienpolitik ersten Vorrang.

(Beifall)

Im Grunde, meine lieben Parteifreunde, sind wir eine Partei, die sich besonders engagiert hat. Ich möchte deswegen den Zusatzantrag stellen, daß der Bundesparteitausschuß auf seiner nächsten Sitzung diesen Komplex mit Vorrang an erster Stelle berät.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herrren, der Beifall bezeugt, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich darf dann den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Der Antrag lautet, die gesamten Anträge dem Bundesausschuß zu überweisen.

Herr Brok, wir sind bisher immer so verfahren, daß wir erst über die Anträge der Antragskommission beschlossen haben und dann die anderen Anträge. Das ist ein Beschluß des Parteitages, der zu Beginn des Parteitages gefaßt wurde. Ich finde, wir sollten uns auch zum Schluß an diese Regelung halten.

Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, alle Anträge an die nächste Bundesausschußsitzung im Dezember zu überweisen, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Das erste war die Mehrheit.

(Zischen)

Ich darf zu einem abschließenden Wort dem Präsidenten des Tagungspräsidiums und Bürgermeisterkandidaten der CDU für die kommenden Bürgerschaftswahlen, Herrn Erik Blumenfeld, das Wort erteilen.

Erik Blumenfeld, Parteitagspräsident (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Partei-

freunde! Ich glaube, es obliegt dem Präsidenten dieses Parteitags, einen Dank auszusprechen, zunächst einmal an alle Delegierten hier im Saal, die mit einer bemerkenswerten Konzentration und mit großem Engagement an den Sitzungen teilgenommen haben, einen Dank weiterhin den Mitgliedern und Mitarbeitern der Kommissionen, die die Diskussion der bedeutenden gesellschaftspolitischen Themen für die Partei und diesen Parteitag vorbereitet haben, einen Dank an die Mitglieder des Bundesvorstandes, insbesondere das Parteipräsidium, für die politische Führungskraft, die sie im Vorfeld des Parteitages und auf diesem Parteitag selbst bewiesen haben,

(Beifall)

und an unseren Generalsekretär Kurt Biedenkopf, unseren Bundesgeschäftsführer Karl Heinz Bilke, die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle für die sehr schwierige und dennoch, wenn ich so sagen darf, mit Bravour geleistete Bearbeitung der vielen Anträge, die von den Landes- und Kreisverbänden und Delegierten an diesen Parteitag gerichtet wurden.

(Beifall)

Ich möchte dann der Stadt Hamburg für ihre Gastlichkeit Dank sagen, den Mitarbeitern der Fremdenverkehrszentrale, die sich für die 3000 Teilnehmer dieses Parteitages mit Erfolg um eine gute Unterbringung bemüht haben,

(Beifall)

der Direktion und allen Mitarbeitern des Congress Centrums Hamburg, das sich mit diesem Parteitag seine erste große Bewährungsprobe gestellt und sie bewältigt hat.

(Beifall)

Stellvertretend für alle Mitglieder des CCH nenne ich den Betriebsleiter Herrn Mundt von der Abteilung Kongresse, Herrn Uwe Behrens und Fräulein Angelika Ibsen, für die Mitarbeiter im Bühnenbereich Herrn Knöpel, für die Mitarbeiter der Abteilung Hausdienste Herrn Wichern, für die Mitarbeiter der Abteilung Beleuchtung und Ton Herrn Götz, Herrn Eifa und nicht zuletzt die drei unermüdlichen und jederzeit freundlichen Damen in der Telefonzentrale, Frau Marx, Frau Theele und Fräulein Kaiser. Auch allen Mitarbeitern der gastronomischen Betriebe gilt unser herzlichster Dank ebenso wie den Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes, der Hamburger Polizei, der Bundespost, den Ordnern hier im Saal

(Beifall)

und den Mitarbeitern in der Druckerei, dem Sekretariat der Antragskommission und den anderen Dienststellen der Parteiorganisationen.

Meine Damen und Herren, einen ganz besonders herzlichen Dank möchte das Präsidium durch mich aber den sehr liebenswürdigen Hostessen sagen,

(Lebhafter Beifall)

die aus Berlin, Hessen, dem Rheinland und Westfalen-Lippe hierher gekommen sind und viele, viele Kilo Papier geschleppt und viele Kilometer Wege für uns zurückgelegt haben. Sehr herzlichen Dank, meine Damen!

(Beifall)

Natürlich gilt unser ganz besonderer Dank auch den so zahlreich erschienen Mitarbeitern von Rundfunk, Fernsehen und Presse.

(Beifall)

Gerade diesen Vertretern der Medien möchte ich sagen, wie außerordentlich dankbar wir es vermerkt haben, daß ein CDU-Parteitag wie dieser so breit und - lassen Sie es mich hinzufügen - bislang durch die Vertreter der Presse, des Fernsehens und des Rundfunks so positiv gewürdigt worden ist.

(Beifall)

Schließlich möchte ich meinen verehrten Kolleginnen und Kollegen im Parteitagspräsidium meinen Dank für ihre Arbeit sagen, die sie hier für uns alle geleistet haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein kurzes, letztes politisches Wort sagen. Die CDU Deutschlands hat sich mit diesem Parteitag endgültig von ihrer Niederlageanalyse ab- und wieder kraftvoller und verantwortungsvoller Arbeit für die Bürger dieser Republik zugewandt.

(Beifall)

Sicher war es eine herbe Enttäuschung für diejenigen, die schon mit den fertig formulierten Schlagzeilen nach Hamburg angereist waren: "CDU-Flügel hoffnungslos zerstritten" oder "Links-Überholmanöver der Union" oder "CDU kehrt Probleme unter den Tisch". Das alles hat nicht stattgefunden.

(Beifall)

Dafür gab es aber einen offenen, einen unverkrampften Parteitag, dessen Delegierte wußten: Die Nation hat ernste Sorgen. Den zahlreichen, als heiß angekündigten Jahreszeiten im Terminkalender unserer linken Revoluzzer folgt jetzt ein wirklich bitter kalter Winter: Entlassung, Kurzarbeit, Sonntagsfahrverbot, Energiemangel und unaufhaltsam weiter steigende Preise!

(Beifall - lebhafte Zurufe)

Der Verlauf dieses Parteitages hat gezeigt, daß die CDU überzeugende Alternativen zu der gescheiterten Politik der sozialliberalen Bundesregierung hat, die buchstäblich mit großen Sprüchen den kleinen Mann verschaukelt.

(Beifall)

Ich bin mit meinen Hamburger Kollegen, wenn ich das sagen darf, ein bißchen stolz darauf, daß dieser wichtige Parteitag in Ham-

burg stattgefunden hat, in der Freien und Hansestadt, deren Bürger als erste nach den Bundestagswahlen wieder zur Wahlurne gehen werden. Mit ihrer Stimmabgabe werden sie am 3. März 1974 darüber urteilen, wie sehr die sozialistische Mehrheit in dieser Stadt, aber auch im Bund den Freiheitsbegriff zugunsten anonymer, bürokratischer Vetternkollektive eingeschränkt hat.

(Beifall)

Und es wird über die hanseatische Weltoffenheit abgestimmt werden, über Hamburg in seiner Bedeutung für unsere Republik, für Berlin, für Europa und für Übersee. Wir dürfen hier nicht im rötlichen Smog ersticken.

(Beifall)

Es waren - das darf ich in unsere Erinnerung zurückrufen - die Großstädte in der Bundesrepublik Deutschland, die Ballungszentren, in denen die Sozialdemokraten nach dem Krieg die ersten und auch großen Wahlerfolge errungen haben. Meine Damen und Herren, viele sind uns damals nicht gefolgt. Aber die Sozialdemokraten hatten für die Fortentwicklung unserer Großstädte offensichtlich keine Rezepte. Nach 24 Jahren sozialdemokratischer Regierung in Hamburg hat diese Stadt heute die höchsten Mieten in der Bundesrepublik und immer noch über 30.000 Wohnungssuchende. Hier, wo eine freie und menschliche Stadt das Wahlkampfziel der CDU ist, entstanden immer wieder Fehlplanungen und Bauskandale.

Meine Freunde, Stadtplanung und Bodenrechtsexperimente sozialistischer Prägung dürfen nicht zu Lasten des humanen Wohnungsbaus gehen.

(Beifall)

Sehen denn die Sozialdemokraten und die FDP nicht die Gefahr einer fortlaufenden Machtzusammenballung in den Ämtern, oder steckt hinter diesen Kollektivierungsbemühungen nicht doch zuallererst die Hoffnung, den gesamten Grund und Boden in den Griff der Parteibüros zu bekommen? Das ist die Frage, die wir hier an die Sozialdemokraten richten.

Noch eines. Wenn Mißstände und Auswüchse vorliegen - wie es beispielsweise bezüglich der Immobilienmakler behauptet wird -, dann möge man doch auf die längst vorliegenden Gesetzesvorschläge zurückgreifen und auf diese Weise den Mißstand beseitigen. Man braucht doch nicht einen ganzen Berufsstand zu beseitigen, wie es der SPD-Parteitag beschlossen hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen. Auch wenn jetzt vom Hamburger Senat ein Verbot ausgesprochen wurde, so muß doch eines klargestellt bleiben:

Jahrelang, meine Freunde, durften sich kommunistische oder linksradikale Junglehrer unter dem Patronat einer Parteibuchbürokratie der SPD in unseren Schulen einnisten, sie durften verfassungsfeindliche Politik lehren, und zwar unter der Maske fortschrittlich-demokratischer Pädagogik.

Schwächlich, doch gleichermaßen hochmütig hat der Apparat hier in Hamburg alle vernünftigen Vorschläge zur Behebung des Lehrermangels abgelehnt. Heute wird das Fehlen von Lehrkräften als Argument und Entschuldigung für die Einstellung Radikaler benutzt. Aber es sind

wieder die Großstädte, in denen die Bürger jetzt als erste den mißglückten Versuchen mit einer Politik des Klassenkampfes, des Neides und der kollektiven Bevormundung den Rücken kehren werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die CDU-Politik persönlicher Freiheit, sozialer Sicherheit und glaubwürdiger Menschlichkeit hat seit diesem unserem Parteitag wieder klar erkennbare Konturen.

Die Frage, die ich zu Beginn unseres Parteitages stellte, nämlich warum CDU und nicht SPD, ist klar beantwortet, zumindest für alle Hamburger, die am 3. März 1974 zur Wahlurne gehen werden. Dafür danken wir unserem Bundesparteivorsitzenden und seinen Mitarbeitern, dem ich jetzt das Wort erteile.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Bei dieser letzten Möglichkeit, auf dem Parteitag von diesem Pult aus zu sprechen, darf ich zunächst auch von mir aus ein herzliches Wort des Dankes allen jenen sagen - Erik Blumenfeld hat sie im einzelnen aufgezählt -, die zum Gelingen dieser Tage beigetragen haben. Wer weiß, welcher Einsatz, welche Arbeit und vor allem welche Nervenkraft bei den Verantwortlichen in solchen Tagen investiert werden, der weiß auch, daß das eine ganz große Leistung war und wir ein herzliches Wort des Dankes zu sagen haben.

(Beifall)

Ich danke vor allem auch dem Präsidium des Parteitages und unserem Freunde Erik Blumenfeld als Leiter dieses Parteitages, daß das alles so fair und zügig ablaufen konnte. Meine Freunde, ich danke Ihnen allen, die Sie als Delegierte und Gastdelegierte aus der ganzen Bundesrepublik hierhergekommen sind, um durch Ihre Mitarbeit, durch Ihr kritisches Engagement, durch die leidenschaftlichen Beiträge in der Diskussion und durch die großen Beweise der Solidarität in dieser Partei dafür Sorge getragen haben, daß dieser Hamburger Parteitag in die Geschichte der CDU Deutschlands als einer der großen Parteitage eingehen wird.

(Beifall)

Wir haben uns viel mit zentralen Fragen der Gesellschaftspolitik beschäftigt und dabei vor allem auch mit uns und unserem Standpunkt. Wir haben klar und deutlich gesagt - das kam in Referaten und Diskussionen bis zum Thema Energiepolitik zum Ausdruck -, daß wir darüber nicht vergessen, daß wir als die große Alternative zur Regierung in Bonn zu allen Fragen der deutschen Politik in den Grundsätzen und in den Problemen des Tages unsere Antwort zu erbringen haben. Meine Freunde, auch das haben wir versucht.

(Beifall)

Wenn ich sage, wir sind die große Alternative, dann darf das nicht im Verbalen steckenbleiben; dann dürfen wir uns diesen Weg bis 1976

über die Kommunal- und Landtagswahlen 1974 und 1975 nicht leichtmachen; dann dürfen uns die großartigen demoskopischen Daten dieser Tage nicht die Sinne umnebeln.

(Beifall)

Es ist ein hartes Stück Weg, es ist viel Kraft, viel Mut und Kampfbereitschaft notwendig, um dieses gesteckte Ziel, die Wende der deutschen Politik, mit dieser Union zu erreichen.

(Beifall)

Wir haben hier sachlich, hart und mit Leidenschaft diskutiert. So können wir dieses Ziel erreichen.

Ziel dieses Parteitages war es nicht, zu vielen wenig, sondern zu wenigen zentralen Punkten der deutschen Politik Vieles und Tragfähiges zu sagen. Wir wollten auf vier Hauptthemen der deutschen Politik und der Gesellschaftspolitik Antworten geben. Meine Freunde, wir haben diese Antworten gegeben. Diese unsere Beschlüsse entspringen der Grundidee dieser Partei: die Freiheit aller Menschen in diesem Lande, wo sie nicht besteht, zu schaffen, dort, wo sie bedrängt ist, zu stärken und zu sichern, und dort, wo sie besteht, zu erweitern.

(Beifall)

Unsere Vermögenspolitik stärkt die wirtschaftliche Freiheit unserer Bürger. Sie macht aus Abhängigen Teilhaber. Unsere Mitbestimmungspolitik erweitert die Verantwortung vieler Millionen Arbeiter und Angestellter. Sie macht aus Arbeitnehmern Partner. Unsere Bodenrechtspolitik sichert humanere Lebensbedingungen in den Gemeinden.

Sie macht aus Bewohnern Bürger. Und unsere Berufsbildungspolitik endlich schafft der heranwachsenden Generation Chancen für ihr Leben. Sie macht aus Lehrlingen und Gesellen selbstbewusste, kritische Bürger dieser Bundesrepublik Deutschland.

Unter der Idee: Freiheit für alle hat diese Christlich Demokratische Union unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger vor einem Vierteljahrhundert ihre Arbeit für unser Volk und für unser Land begonnen. Mit ihr, meine Damen und Herren, liebe Freunde, haben wir zwei Jahrzehnte hindurch ins Buch der deutschen Geschichte mit kräftiger Schrift unsere Prägung geschrieben.

(Beifall)

Mit diesen unseren Ideen werden wir auch die Zukunft unseres Staates und unserer Gesellschaft verändern und gestalten.

Meine Freunde, eines machen unsere Beschlüsse auch klar: Gesellschaftspolitik ist für uns nicht einfach die Addition vieler Freiheiten von vielen Bürgern. Gesellschaftspolitik in unserem Sinne verbindet die Freiheit des einzelnen mit seiner Pflicht zur Solidarität mit den vielen anderen in diesem Lande.

(Beifall)

Solidarität ist für uns die Freiheit des Nächsten. Deshalb kann die Freiheit des einzelnen, auch aus unserer Sicht als Christdemo-

kraten, niemals ein Alibi sein, sich aus der Verantwortung für andere davonstehlen zu wollen.

Dieser unser Parteitag hat die Prinzipien in konkrete Beschlüsse gegossen. Mit dem Ende dieses Parteitags beginnt der Kampf um die parlamentarische Durchsetzung unserer Ideen. Dafür werden unsere Fraktionen im Bund, in den Ländern, Gemeinden und in den Stadtparlamenten kämpfen müssen, und die Partei muß sie tragen bei diesem ihrem Kampf. Ich erwarte von allen, die in dieser Union Verantwortung tragen, von allen, die unserer Partei als Mitglied angehören, und von allen, die uns freundschaftlich verbunden sind, daß sie wie ein Mann die Arbeit unserer Fraktionen unterstützen und unsere Beschlüsse und Vorstellungen von der Wende der deutschen Politik Tag für Tag in dieses Land hineintragen.

(Beifall)

Dieser Parteitag hat gezeigt, daß wir, wenn wir wollen, die führende Kraft der deutschen Politik in dieser Bundesrepublik sind. Wir haben zu wichtigen Fragen Entscheidungen getroffen, und wir geben diese Führung nicht mehr aus der Hand bis zum nächsten Wahltag in diesem unserem Lande.

(Beifall)

Die Aufgaben stehen vor uns.

Wir müssen unseren freiheitlich-sozialen Rechtsstaat ausbauen, den Kampf für unsere Verfassung aufnehmen und diese unsere Verfassung im Bewußtsein unseres Volkes neu und fest verankern, in der Außenpolitik klare Maßstäbe setzen, die an der Festigkeit und Glaubwürdigkeit dieser Bundesrepublik keinen Zweifel mehr zulassen.

Die Union kann die Probleme der Gegenwart und der Zukunft lösen. Sie läßt sich nicht von falschen Alternativen der Vergangenheit verleiten. Wir verrennen uns auch nicht in der Sackgasse falscher Antworten. Unsere Auffassung von Politik ist weder ideologisch verengt noch sozialistisch antiquiert. Meine Freunde, unsere Politik orientiert sich an den Zielen des sozialen Rechtsstaates. Dies ist auch der klare Rahmen der Beschlüsse des Hamburger Parteitages. Dies ist das Ziel der zukünftigen Arbeit.

(Beifall)

Die Massengesellschaft, in der wir leben, hat unsere Lebensbedingungen fundamental verändert. Diese Entwicklung bringt Chancen und Risiken, wie sie unsere Großväter für noch nicht denkbar gehalten hätten. Die Fragen werden immer dringlicher. Die Unsicherheit wächst. Sie wächst, weil der Freiheitsraum des Menschen trotz mehr Wohlstandes und staatlicher Daseinsvorsorge schwindet. Sie wächst, weil die Organisationen, auf die der einzelne angewiesen ist, immer undurchschaubarer und unheimlicher werden. Sie wächst, weil im Umbruch der Gesellschaft bislang unbestrittene Normen des Zusammenlebens in Frage gestellt sind. Was wir in diesem unserem Lande an vielen Punkten erleben, ist eine fast gespenstisch anmutende Auflösung unserer moralischen Standards, der Fundamente von Stabilität und Ordnung und der notwendigen, ein Land begründenden staatsbürgerlichen Tugenden und Überzeugungen.

(Zustimmung)

Meine Freunde, deshalb ist es heute die fundamentale Aufgabe unserer Politik, nicht nur den berechtigten Forderungen nach mehr sozialer Sicherheit nachzukommen, nicht nur die gefährdete Freiheit zu erweitern und zu sichern, sondern auch unseren Bürgern Mut und Vertrauen in sich und in diesen unseren Staat zu geben.

(Beifall)

Ich will nur wenige wichtige Fragen nennen und auf das verweisen, was Richard von Weizsäcker vorhin in seinem einführenden Bericht sagte.

Der Lebensraum der Familie ist zu sichern und auszubauen. Die Familie bleibt gerade jetzt und in unserer Zeit für uns der Ort, wo Menschen Nächstenliebe am unmittelbarsten erfahren, wo sie die grundlegendsten Normen des menschlichen Zusammenlebens erlernen, wo sie Partnerschaft, auch in neuen Formen, verwirklichen.

Die neue Rolle der Frau in unserer Gesellschaft muß - auch und gerade durch uns - selbstverständlich akzeptiert werden. Auch hierzu nur einige wenige Aspekte: Den Frauen in Haushalt und Beruf wollen wir mehr Hilfe geben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob sie sich in einem lebenslangen Streß aufreiben oder ob auch sie Zeit und Muße finden, zu sich selbst zu kommen.

(Beifall)

Den Frauen, deren Kinder das Elternhaus schon verlassen haben, haben wir eine vollwertige zweite Lebensphase zu sichern. Und im beruflichen Leben gilt der Satz: Die Frau in der Leichtlohngruppe muß endlich der Vergangenheit angehören. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, es ist auch an der Zeit, daß wir die Frage stellen, ob nicht unser Standort gegenüber der Schule in diesem unseren Staat, in dieser unserer Gesellschaft einmal grundlegend überprüft werden muß. Wir müssen uns auch selbstkritisch fragen, ob wir nicht im Überschwang progressiver schulpolitischer Ideen unser eigentliches Ziel, die Erziehung von Menschen und die Chancengerechtigkeit, zunehmend aus den Augen verlieren.

(Beifall)

Immer mehr wird bei uns das Elternhaus von der Schule zur Nacharbeit in Dienst genommen, übrigens das gleiche Elternhaus, dessen Autorität zugleich von sozialistischen Schulpolitikern gründlich ausgehöhlt wird.

(Beifall)

Aber dieses System, von dem ich sprach, ist doch ein System, von dem vor allem jene Schüler profitieren, deren Eltern bereit und imstande sind, diese Hilfe zu leisten. Meine Freunde, hier wird 25 Jahre nach dem Erlass des Grundgesetzes und der großen Proklamation der Chancengerechtigkeit doch in drastischer Weise gegen die Chancengerechtigkeit verstoßen, weil eben viele Eltern ihren Kindern diese Hilfe nicht selbst geben können.

(Beifall)

Wir müssen uns der alten Menschen im Lande annehmen. Ihre Zahl nimmt zu, während die der Gesamtbevölkerung sinkt. Ihre Leistungsfähigkeit und ihre Leistungsfreude bleiben ihnen länger als bisher erhalten - und dies in einer Gesellschaft, in der weder Familie noch Arbeitswelt Platz für sie haben. Das muß anders werden. Es darf und es kann in unserem Lande nicht Millionen von Mitbürgern geben, die sich nutzlos und in eine Ecke gestellt fühlen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen tatkräftig die sozialen Dienste ausgestalten und erweitern. Die Freiheit von wirtschaftlicher Not ist in diesem unserem Lande weitgehend verwirklicht. Aber die Freiheit von Einsamkeit, die Freiheit von Hilflosigkeit warten noch auf ihre Verwirklichung in dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wir, die CDU, müssen mehr als jede andere politische Gruppe denjenigen, die sich dem Dienst am Nächsten verschrieben haben, wieder jene Anerkennung verschaffen, die ihnen zukommt, sonst wird es in Zukunft überhaupt keine sozialen Dienste in diesem Lande mehr geben.

(Beifall)

Wir müssen endlich unsere Solidarität auch im Bereich der Arbeit, der Gastarbeiter beweisen. Wie wollen wir unseren moralischen Anspruch als sozialer Rechtsstaat glaubwürdig vertreten, wie wollen wir laut und deutlich und mit Pathos und überzeugend von der Einigung Europas sprechen, wenn es uns nicht einmal gelingt, mit jenen Nachbarn solidarisch zu sein, die in unserem Lande leben, dabei aber doch in einem Getto dahinleben?

(Beifall)

Ich finde, dies ist auch ein Thema, bei dem wir die SPD zu stellen haben. In ihrer Regierungszeit, unter der Regierung Willy Brandts, ist die kritische Zahl der Gastarbeiter in dieser Bundesrepublik erstmals überschritten worden. Die Ballungsräume, in denen nicht wenige der Gastarbeiter oft nur kläglich existieren, werden überwiegend von sozialdemokratisch geführten Rathäusern regiert.

(Beifall)

Hier, meine Freunde haben wir eine Chance, auf dem Prüfstein zu beweisen, ob wir in dieser Bundesrepublik nur von Barmherzigkeit reden oder ob die Barmherzigkeit in diesem Staate auch gelebt wird.

(Beifall)

Die regionale Strukturpolitik muß durch die Union kräftig vorangetrieben werden. Wir wollen alles daransetzen, das Leben in den Ballungsräumen, auch unter den Gesichtspunkten des Umweltschutzes, menschlicher zu gestalten. Wir wollen aber auch dafür sorgen, daß das Auseinanderklaffen, daß das Gefälle zwischen den Ballungszentren und den ländlichen Regionen nicht weiter zunimmt und noch unerträglicher wird. Auch in der Strukturpolitik gilt der Satz der Chancengleichheit. Es darf in diesem Lande auf die Dauer nicht nur das Schlagwort von den Armen und Reichen nicht geben, sondern

auch nicht das Schlagwort von den armen und den reichen Regionen der Bundesrepublik.

(Beifall)

Das alles hat viel mit unseren Städten und Gemeinden und mit der Kommunalpolitik zu tun. In unseren Städten und Gemeinden vollzieht sich am unmittelbarsten politisches und soziales Leben. Bund und Länder mögen viel planen und beschließen - die Wirklichkeit des Bürgers im Alltag ist das, was er in seinem gemeindlichen Heimatbereich erlebt.

Deswegen ist diese Kommunalpolitik nicht ein Stück Geheimwissenschaft in der Partei für einige wenige, es ist eine der ganz zentralen Aufgaben, die auch dieser Parteitag der Partei in der Bundesrepublik von heute an zu stellen hat.

(Beifall)

Meine Freunde, der Weg zur Mehrheit im Deutschen Bundestag in Bonn ist ein Weg über die Mehrheit in vielen Rathäusern dieser Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

In wenigen Monaten wird unser Grundgesetz 25 Jahre alt, die modernste und - um es in der Modesprache unserer Tage zu sagen - die progressivste Verfassung, unter der das deutsche Volk jemals gelebt hat. Wir sind stolz auf diese Verfassung, und wir sind stolz darauf, daß auch wir sie durch ein volles Vierteljahrhundert bewahrt und getragen haben.

(Beifall)

Und so meine ich, daß es uns gut ansteht, dieses Jahr 1974 auch und gerade aus der Sicht der CDU zu dem Verfassungsjahr zu machen. Es kommt uns darauf an, deutlich zu machen, daß dieses Grundgesetz selbstverständlicher und lebendiger Besitz unseres Volkes bleibt. Die Bürger dieses Landes müssen nach Jahren der Kritik um jeden Preis wieder sicher sein können, daß es sich lohnt, unter dieser Verfassung zu leben, daß es sich lohnt, für sie einzutreten, und daß es berechtigt ist, stolz auf sie zu sein.

(Beifall)

Aus diesem Geiste wollen wir auch den Kampf gegen die Feinde der Verfassung in unserem Lande führen. Die Bestimmungen des Beamtengesetzes sind klar und unmißverständlich. Es gab da Einigung zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten. Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir diese streitbare Demokratie Bundesrepublik Deutschland mit äußerster Entschlossenheit verteidigen werden. Und wir erwarten, dies von allen anderen in diesem Lande, die genauso unter dem Gesetz der Demokratie angetreten sind.

(Beifall)

Wir wollen keine Hexenjagd und schon gar keine Gesinnungsschnüffelei. Wir sagen auch, jeder muß die Chance haben, zu unserer Verfassungsordnung, wenn er will, auch wieder zurückzufinden. Das

gilt besonders für manche der Jungen in unserem Lande. Aber wir lassen uns auch nicht davon abbringen - ich sage es noch einmal -, daß sich diese streitbare Demokratie der Bundesrepublik kämpferisch zur Wehr setzt und das Bonn nicht Weimar ist, auch nicht an diesen Punkten.

(Beifall)

Meine Freunde, Partnerschaft und die Bereitschaft zum vernünftigen Kompromiß ist nicht nur die Grundlage unserer Innenpolitik; Partnerschaft und fairer Ausgleich der Interessen bestimmen auch unsere außenpolitischen Positionen. Die internationalen wie die innerdeutschen Entwicklungen der letzten Wochen haben wieder den Boden der Realitäten erkennen lassen, auf den wir die zukünftige Außen- und Deutschlandpolitik stellen müssen. Mancher gespenstige Nebel ist verfliegen. Jetzt gilt es, mit harten Realitäten zu leben. Der Krieg im Nahen Osten hat sich sehr rasch von einem regionalen zu einem internationalen Konflikt ausgeweitet. Er hat duetlich gemacht, daß das Verhältnis der beiden Supermächte zueinander trotz aller Entspannungsbemühungen noch lange von Konflikten, ja, von Auseinandersetzungen bis an den Rand direkter Konfrontationen, geprägt bleibt, solange nämlich - und dies muß auch wieder einmal gesagt werden -, wie die Sowjetunion der Verantwortung einer Weltmacht nicht gerecht wird, zu der Henry Kissinger aufgerufen hat, solange nämlich, wie sie nicht begreift, daß der regionale Konflikt nicht rücksichtslos zur Veränderung des internationalen Kräftegleichgewichts genutzt werden kann. Auch Moskau, meine Damen und Herren, muß wissen, daß es als eine der Supermächte weltweite Verantwortung für den Frieden trägt, wenn nicht diese Welt eines Tages in ein atomares Chaos hineingetrieben werden sollte. Auch das gehört in das Bild, das wir in diesen Tagen haben.

Wir sagen, die Verpflichtung zum Frieden ist unteilbar. Bemühungen zur Entspannung müssen weltweit sein. Entspannung in Europa ist ohne Bestand, solange eine der Weltmächte die Spannungen in anderen Regionen anheizt. Wir in Europa sind Teil des Westens und wir müssen und wir wollen es bleiben, meine Damen und Herren. Das war das Gesetz des Anfangs unserer Politik, und das wird es bleiben.

(Beifall)

Wie kommen wir denn dazu, bei der ersten Bewährung im Bündnis die westliche Entspannungspolitik auf uns naheliegende Probleme zu begrenzen und andere - wie die Nahostfrage - auszuklammern?!

Unser Bündnis mit den amerikanischen Freunden kann nicht bedeuten, daß wir zwar viel bekommen, aber selbst nur wenig geben wollen. Freundschaft hat sich gerade in der Stunde der Not und in der Krise zu bewähren.

(Beifall)

Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die westliche Allianz bleiben für uns unverzichtbar. Sie legen uns besondere Verpflichtungen auf, die wir auch tragen müssen, auch dort, wo es Opfer kostet. Und zum westlichen Bündnis gibt es auch nach den Verträgen von Moskau und Warschau für die CDU Deutschlands keine Alternative.

(Beifall)

Europa muß alles tun, um als Gemeinschaft politisch handlungsfähig zu werden. Wir müssen lernen, auch in einer Phase der erklärten Entspannungspolitik Spannungen zu ertragen und, wenn möglich, ihnen solidarisch zu begegnen. Das darf aber nicht heißen, meine Freunde, daß wir bereit sind, uns gemeinsam Erpressungen zu beugen. Ein Europa ohne Solidarität hat keinen eigenen Platz in dieser Welt voller Gefahren.

(Beifall)

Meine Freunde, auch das sei gesagt: Das Ringen um die Einigung Europas ist in eine neue, in eine zweite Phase getreten. Das langjährige Bemühen um Details - wichtige Details im Alltag - hat - und dies soll man offen zugeben - die Überzeugungskraft der europäischen Idee geschwächt. Ein Europa der Bürokraten und Technokraten ist nicht das Europa unserer Vision, das auch die Jungen in diesem Lande und in den Ländern Europas wiederum begeistern kann.

(Beifall)

Der Bürger muß wieder erfahren, daß er ganz persönlich durch diese Entwicklung in Europa betroffen wird. Europa muß wieder die Idee werden, die Faszination ausstrahlt, auch in unserem Lande. Wir, die Union in der Bundesrepublik, die Christlichen Demokraten und ihre Freunde in Europa, sind mehr als alle anderen aufgerufen, eine Renaissance der europäischen Idee herbeizuführen.

(Beifall)

Meine Freunde, immer mehr Menschen fragen uns: Was wird werden aus der Bundesrepublik? Die Unsicherheit wächst, auch bei unseren atlantischen und bei unseren europäischen Freunden. Wird diese Bundesregierung dem Bündnis und damit der Entscheidung unseres Volkes für den Westen treu bleiben? Oder wird sie sich auf den Kurs der Neutralität begeben? Oder wird sie sich, wie es Franz-Josef Strauß eben drastisch sagte, zwischen alle Stühle setzen?

Sicherlich, es gibt klare Erklärungen des Bundeskanzlers; aber, meine Freunde, es gibt ebenso eindeutige Entwicklungen in seiner eigenen Partei, die diese seine Erklärungen als Parteivorsitzender notwendigerweise ins Zwielicht bringen müssen. Nach wie vor ist für uns offen, welche Kräfte in der SPD sich auf Sicht durchsetzen werden. Diese Unsicherheit belastet von Tag zu Tag mehr die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik unseres Staates.

Nur die Haltung der Union in dieser Frage ist unmißverständlich. Unser Ziel war, ist und bleibt ein geeintes, freiheitlich-demokratisches und soziales Europa, verbunden mit den Vereinigten Staaten in der Atlantischen Gemeinschaft. Das war unsere Politik, das bleibt unsere Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist auch die klare Antwort auf die gesellschaftspolitische Herausforderung der kommunistischen Systeme im Bereich Osteuropas. Sicherlich hat die Entspannungspolitik dazu

geführt, daß der sogenannte kalte Krieg zum Teil abgebaut werden konnte und wir neue Formen der Verständigung und der Zusammenarbeit suchen. Ich sage mit Nachdruck: mit unserer klaren und ungeteilten Unterstützung soll das so sein. Geblieben aber - und man ist kein kalter Krieger, wenn man dies ausspricht - ist der schroffe Gegensatz zwischen den Gesellschaftssystemen. Der Osten lehnt nach wie vor Toleranz und Frieden im gesellschaftspolitischen Bereich ab. Seine Vorstellung von friedlicher Koexistenz heißt: die ideologische Auseinandersetzung wird offen geführt. Hier wird sich der Ost-West-Konflikt, auch hier in unserer Bundesrepublik, in den nächsten Jahren in unverminderter, in steigender Härte fortsetzen.

(Beifall)

Wenn wir diese Herausforderung annehmen und in ihr bestehen wollen, genügt es nicht, den Status quo zu wahren oder nur auf der Ausfüllung der Verträge zu bestehen. Wir müssen offensiv werden in der Fortentwicklung unseres Staates und unserer Gesellschaft durch den Ausbau eines überzeugenden, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates, durch eine Einigungspolitik, die Europa endlich wieder zu einem ernst zu nehmenden Faktor der Weltpolitik macht. In diesem Sinne, meine Freunde, ist all das, was wir hier getan haben und tun, in diesem Sinne ist deutsche Innenpolitik zugleich auch europäische Gesellschaftspolitik.

(Beifall)

Nur wer überzeugende Lösungen für die gemeinsamen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Europäer anzubieten hat, kann heute eine gute Außenpolitik im europäischen Rahmen machen.

Liebe Freunde, diese Einheit von Außen- und Gesellschaftspolitik bedeutet: Für uns kann und darf ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem niemals Alternative, sondern eben nur Ergänzung der europäischen Union sein. Dies bestimmt auch unsere Haltung gegenüber der europäischen Sicherheitskonferenz und gegenüber den Wiener Verhandlungen um eine Truppenreduzierung. Wir werden alle Chancen für mehr Freiheit und Frieden in ganz Europa ergreifen. Aber wir werden nichts zulassen, was die militärische Sicherung unserer politischen Freiheit gefährdet. Daraus ergibt sich klar der Rang, den die Bundeswehr in diesem unserem Lande auch in Zukunft haben muß.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Friede ist für uns unteilbar. Wer im internationalen Bereich eine Politik des Friedens fordert und trotz tiefgreifender Gegensätze nach Verständigung sucht, kann nicht gleichzeitig in der Innenpolitik vorhandene Gegensätze zur Konfrontation treiben. Friede ist unteilbar, im Innen- wie im Außenverhältnis. Klassenkampf ist ebenso ein Spiel mit Gewalt und Unterdrückung wie die Konfrontation in der internationalen Politik.

(Beifall)

Unsere Friedenspolitik beruht auf dem zukunftsweisen Konzept eines freiheitlich aufgebauten Sozialstaates, auf der vorwärtsgewandten Eingliederung in die westeuropäisch atlantische Gemeinschaft, auf der engagierten Zusammenarbeit mit allen Kräften, die zum weltweiten Fortschritt ihren Beitrag für alle Kontinente leisten wollen.

Liebe Freunde, wenn wir über die bessere Ordnung der Völker reden, dann können wir über das Schicksal der eigenen, der deutschen Nation nicht schweigen. Wir Deutsche müssen, wollen und sollen gerade jetzt und zum Ende dieses Jahrhunderts mehr denn je daran denken, daß wir die nationale Identität der Deutschen bewahren wollen.

(Beifall)

Wir wollen sie dort wieder festigen, wo sie verlorengegangen ist. Dieser Verlust bewegt nicht nur die ältere Generation in unserem Lande. Dieser Verlust ist von einer bedrängenden Aktualität. Wir leben in einer Welt, in der die Nationen wichtige Bausteine der Ordnung bilden, in der die Nationen - in dieser modernen Massengesellschaft mehr denn je - Kristallisationskerne des Selbstbewußtseins sind, in der die neue Generation auch in Deutschland mit ungebrochenem Selbstbewußtsein auch ihr nationales Selbstbewußtsein sucht. Und sie wird es von uns einfordern, heute, morgen und in den nächsten Jahren.

Deshalb sagen wir mit aller Leidenschaft: Die deutsche Geschichte ist die Geschichte des ganzen deutschen Volkes. Sie ist nicht eine Serie von Klassenkämpfen. Sie ist eine Kette großer Leistungen, aber auch furchtbarer Verirrungen. Zu beiden haben wir uns zu bekennen, mit beiden müssen wir leben. Nur dann werden wir die Solidarität mit den Deutschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs beharrlich und unbeirrbar beweisen. Nur dann werden wir eine Nation bleiben.

(Beifall)

Unser Verhältnis zu den Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht ist ein Verhältnis der nationalen Solidarität. Wir erscheinen nicht als der große Bruder, der gönnerhaft auf den kleineren herabschaut, nicht als der reiche Mann, von dessen Tisch die Brotsamen fallen, nicht als der Vormund, der für den anderen spricht und ihn an der Hand führt, sondern als der vom Schicksal Begünstigte, dem es vergönnt war, seine Fähigkeiten zu entfalten und sein Leben nach eigenen Maßstäben einzurichten, als der Begünstigte, der hilft, ohne zu fordern, der für den anderen da ist, auch wenn dies als nationale Anmaßung oder als Hilfe zur Republikflucht diffamiert wird. So grüßen wir gerade auch von diesem Parteitag und in dieser Stunde in der ungebrochenen Solidarität unserer Nation den anderen Teil Deutschlands und jene, die an uns denken.

(Starker anhaltender Beifall
und Bravo-Rufe)

Meine Freunde, dieser Parteitag, der 22. Bundesparteitag der CDU in Hamburg, war eben nicht nur ein Parteitag der Diskussion; er war ein Parteitag der Entscheidung: der Entscheidung über unseren Standort und über unsere Fähigkeit, Führung zu beanspruchen und Führung zu tragen. Dieser Parteitag hat nicht nur unseren Führungsanspruch deutlich gemacht, er hat unsere Fähigkeit bewiesen, dieses Land zu führen.

Wir spüren das Vertrauen, das sich daraus ergibt, und wir sind bereit, diese Verantwortung zu tragen. Das wollen wir gemeinsam tun, von heute an in allen Tagen, Wochen und Monaten bis hin zum Wahltag 1976. Ich fordere Sie alle hier im Saale und unsere Freunde draußen im Lande auf, daß wir dies gemeinsam tun, mit Mut, mit

Zivilcourage und mit Opferbereitschaft. Dieses Land, dieses unser Land, ist kein sozialistisches Land. Es liegt an uns, daß wir auch das zweite große Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit unserer eigenen kräftigen Handschrift schreiben.

(Anhaltender starker Beifall)

Erik Blumenfeld, Tagungspräsident: Sehr verehrter lieber Helmut Kohl! Der Bundesparteitag hat Ihnen mit einer Ovation für Ihre große, bedeutende und sehr grundsätzliche Rede gedankt. Diese Rede, diese Worte werden Markierungssteine sein auf der immer breiter werdenden Straße des Erfolges. Der Parteitag wünscht Ihnen und Ihren engsten Mitarbeitern auf diesem Wege Gottes Segen.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir beschließen den 22. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, indem wir die dritte Strophe unserer Nationalhymne singen. -

Ich danke Ihnen. Der Parteitag ist beendet.

(Beifall)

(Schluß der Sitzung: 15.54 Uhr)

















B e s c h l u ß p r o t o k o l l

Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Beschlußfassung über die Verfahrensordnung
5. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
6. Wahl der Mandatsprüfungskommission
7. Wahl der Stimmzählkommission
8. Grußworte
9. Bericht des Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Karl Carstens
11. Bericht des Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep
12. Bericht der Mandatsprüfungskommission
13. Soziales Baubodenrecht
14. Vermögenspolitische Leitsätze
15. Reform des Unternehmensrechts
16. Reform der beruflichen Bildung
17. Bericht, Diskussion und Beschlußfassung über die Grundsatzarbeit der Partei
18. Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Bundesvorstandes für das Rechnungsjahr 1972
19. Verschiedenes
20. Schlußrede des Parteivorsitzenden Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl

zu TOP 2: In das Tagungspräsidium wurden einstimmig in offener Abstimmung gewählt:

Erik Blumenfeld (als Präsident)
Ursula Benedix
Rolf Bremer
Siegfried Dübel
Wilfried Hasselmann
Peter Lorenz
Dr. Gerhard Mahler
Adolf Müller-Remscheid
Bernd Neumann
Dietrich Rollmann
Hermann Schnipkoweit
Friedrich Vogel
Dr. Walter Wallmann
Rita Waschbüsch

zu TOP 3: Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Verfahrensordnung wurde einstimmig angenommen

zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde einstimmig wie folgt bestätigt:

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (als Vorsitzender)
Karl-Heinz Bilke
Dr. Philipp von Bismarck
Frau Birgit Breuel
Prof. Dr. Fritz Burgbacher
Dr. Heinrich Geissler
Heinz Janning
Dr. Georg Gölter
Prof. Dr. Wilhelm Hahn
Hansheinz Hauser
Egon Lampersbach
Gerd Langguth
Helmut Link
Dr. Ernst Müller-Hermann
Dr. Karl-Heinz Narjes
Gerhard Orgaß
Elmar Pieroth
Frau Dr. Paula Riede
Dr. Burkhardt Ritz
Hermann-Josef Russe
Dr. Manfred Schäfer
Horst Schröder
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Dr. Bernhard Vogel
Wolfgang Vogt
Dr. Horst Waffenschmidt
Dr. Richard von Weizsäcker
Frau Dr. Dorothee Wilms
Matthias Wissmann

Prof. Dr. Gerhard Zeitel

zu TOP 6: In die Mandatsprüfungskommission wurden einstimmig gewählt:

Eduard Prosch (als Vorsitzender)
Franzheinrich Krey
Günter Meyer
Dr. Hans-Eberhard Roesch

zu TOP 7: In die Stimmzählkommission wurden einstimmig gewählt:

Andreas Nathan (als Vorsitzender)
Immanuel Becker
Franz Josef Busch
Heinz Haupt
Gerold Rummel
Martin Weißgräber

zu TOP 9: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs zustimmend zur Kenntnis.

~~zu TOP 4: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundessekretärs zustimmend zur Kenntnis.~~

zu TOP 10: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages zustimmend zur Kenntnis.

zu TOP 11: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundessekretärs zustimmend zur Kenntnis

zu TOP 12: Die Mandatsprüfungskommission erstattete folgenden Bericht:

"Nach dem Statut können die Landesverbände insgesamt 642 voll stimmberechtigte Delegierte entsenden. Hinzu kommen die beiden voll stimmberechtigten Ehrenvorsitzenden, so daß 644 voll stimmberechtigte Delegierte Mitglieder dieses Parteitages sein können. Die Exil-CDU kann 50 Delegierte mit eingeschränktem Stimmrecht entsenden. Die Landesverbände sind ihren finanziellen Verpflichtungen gemäß § 22 Abs. 2 des Statuts nachgekommen.

Nach dem Stand 17.00 Uhr waren 634 voll stimmberechtigte Delegierte anwesend und im Besitz ihrer Stimmunterlagen. Von den Delegierten der Exil-CDU sind 49 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig."

zu TOP 13 - 17, 19:

Der Bundesparteitag beschloß mit großer Mehrheit, daß jeweils zuerst über den jeweiligen Antrag der Antragskommission abgestimmt wird.

zu TOP 13: Soziales Baubodenrecht

Der Bundesparteitag nahm in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen den nachfolgenden Text zum Sozialen Baubodenrecht an:

A. Situation

1. Die gegenwärtige Bodenordnung entspricht in weiten Bereichen nicht mehr den Anforderungen der Gesellschaft. Sie weist Mängel auf, die einer sinnvollen Raumordnung ebenso im Wege stehen wie einem humanen Städtebau, die eine verhängnisvolle Einengung der Gestaltungsfreiheit für unsere Umwelt und eine gefährliche Entwicklung in der Eigentumsverteilung heraufbeschwören.

Diese Situation wurde einerseits dadurch bewirkt, daß die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen der Vergangenheit den Bedarf an Wohn-, Gewerbe-, Infrastruktur-, Freizeit- und Erholungsflächen insgesamt und je Einwohner stark ansteigen ließen.

Die Entwicklung des Bedarfs an Bauboden hat sich allerdings regional unterschiedlich vollzogen. Während die Kerngebiete der Verdichtungsräume an einer übermäßigen Flächenbeanspruchung leiden und das explosive Wachstum der Baulandnachfrage mit einer Zersiedelung der Landschaft einhergeht, scheiden in ländlichen Gebieten ohne besondere Standortgunst landwirtschaftliche Flächen aus der Bewirtschaftung aus, ohne anderweitigen Bedarf zu finden.

Der stark steigenden Nachfrage stand andererseits an vielen Orten des Bedarfs nur ein unzureichendes Baulandangebot gegenüber, da es vielen Gemeinden nicht gelang, rechtzeitig und bedarfsgerecht Bauland auszuweisen und zu erschließen. Die Ursachen dafür sind vielfältiger Natur: Kommunale Fehlplanungen machen sich hier ebenso bemerkbar wie eine unzureichend wirksame Raumordnungs- und regionale Wirtschaftspolitik, eine ungenügende Finanzausstattung der Gemeinden, unzureichende Bodennutzungs- und Bodenwertregelungen im Bundesbaugesetz (BBauG). Das Ungleichgewicht von Baulandangebot und Baulandnachfrage und die daraus resultierenden steigenden Bodenpreise wurden aber auch dadurch verursacht, daß die steuerliche Bevorzugung und inflationäre Geldentwicklung das Boden-

horten stimuliert und die Nachfrage nach Bauland angeheizt haben.

Den Eigentümern bebaubarer Grundstücke wird auf diese Weise eine monopolartige Stellung verschafft, die es ihnen ermöglicht, zum Teil extrem hohe Bodenpreise zu verlangen und Wertsteigerungen zu realisieren, die von der Öffentlichen Hand durch Planungsmaßnahmen und kostspieligen Infrastrukturaufwand verursacht und bewirkt werden.

Steigende Bodenpreise verteuern den Wohnungsbau, erhöhen die Mieten und erschweren oder verhindern eine breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden. Der wachsende Bedarf an Infrastrukturf lächen kann oft nicht rechtzeitig und in angemessenem Umfang gedeckt werden. Hohe Bodenpreise veranlassen eine übermäßige Nutzung des Bodens, verdrängen bei konkurrierenden Nutzungsinteressen die weniger rentable Wohnnutzung und die Einrichtung des Gemeinschaftsbedarfs und tragen damit zur Verödung der Innenstädte ebenso bei wie zur Unterverorgung vieler Städte und Stadtteile mit öffentlichen Einrichtungen.

Die Entwicklung der Bodenpreise verlief regional und je nach Verwendungsart unterschiedlich. Es hat sich um Laufe der Zeit ein Bodenpreisgefälle herausgebildet, das von den permanenten und extrem hohen Bodenpreissteigerungen in expandierenden Verdichtungsräumen bis zum Wertverfall des Bodens in weiten ländlichen Gebieten reicht. Notwendig sind Maßnahmen, die den Bodenpreissteigerungen ebenso entgegenwirken wie dem Wertverfall des Bodens. Durch eine Reform des Bodenrechts allein kann den von sozialer Erosion bedrohten Gebieten nicht geholfen werden.

B. Soziales Eigentum

2. Zwischen individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit besteht ein Spannungsverhältnis, das für die Gesellschaftsordnung unseres sozialen Rechtsstaates kennzeichnend ist. Dies gilt insbesondere für die Eigentumsordnung.

Das private Eigentum an Grund und Boden erweitert den Freiheitsraum für die persönliche Entfaltung. Es dient dem Schutz eines unantastbaren Kernbereichs der Lebensgestaltung und der Zukunftsvorsorge des Bürgers. Diese freiheitliche Gestaltungs- und Sicherungsfunktion läßt sich aber nur dann in befriedigendem Ausmaß verwirklichen, wenn möglichst viele Bürger in den Besitz von Grund und Boden gelangen können. Es soziales Baubodenrecht darf deswegen den Zugang nicht verengen,

sondern muß ihn erweitern.

Die CDU bekennt sich zu diesem gesellschaftlichen Ziel in ihrem Programm: "Das Privateigentum muß allen Bürgern dienen. Unsere Politik der Vermögensbildung will deshalb jedem gleiche Zugangschancen zum privaten Eigentum eröffnen. Wir wollen die Bildung von personenbezogenem und privatem Vermögen fördern, das den Freiheitsspielraum des einzelnen erweitert und die Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen erleichtert. Um die Vermögensverteilung zu verbessern, ist besonders die Vermögensbildung eigentumschwacher Schichten staatlich zu fördern." (Berliner Programm, Ziff. 73)

Die Fortentwicklung des Baubodenrechts darf nicht zu einer Aushöhlung des Eigentums durch Sozialisierung oder Kommunalisierung führen. Sie darf auch keine Trennung des Eigentumsbegriffs in ein übergeordnetes Verfügungs- und ein nachgeordnetes zeitlich und sachlich beschränktes und personen gebundenes "Nutzungseigentum" zum Inhalt haben. Eine solche Maßnahme würde zur Sozialisierung führen und die dem Eigentum immanente Chance zur Freiheit durch kollektiven Zwang ersetzen. Eine Kommunalisierung führt zu einer Machtkonzentration bei den Gemeinden, die demokratisch kaum noch zu kontrollieren ist, da demokratische Kontrolle weitgehende Machtverteilung voraussetzt. Die Absage an eine generelle Aufspaltung des Bodeneigentums beinhaltet jedoch nicht eine Absage an das bewährte Institut des Erbbaurechts, das fortzuentwickeln ist.

Für den Landwirt ist Grund und Boden die Grundlage seiner Existenz. Werden land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen für andere Zwecke in Anspruch genommen, so muß dem Betroffenen gleichwertiges Ersatzland gestellt oder ein angemessener Preis zugebilligt werden.

3. Das Privateigentum ist dem Gesamtwohl verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Diese Sozialverpflichtung gilt in besonderem Maße für den Bauboden, der unentbehrlich und der nicht unbegrenzt vermehrbar und verfügbar ist.

Daher ist dem Gesetzgeber, der (gem. Art. 14 I S. 2 Grundgesetz) die Aufgabe hat, Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen und dabei die Individualinteressen in ein ausgewogenes Verhältnis mit den Belangen der Gemeinschaft zu bringen, bei der Bestimmung von Inhalt und Schranken speziell des Bodeneigentums ein weiter

Gestaltungsraum gegeben.

Die CDU bekennt sich zu dieser besonderen Sozialbindung des Eigentums am Boden. In ihrem Programm heißt es dazu:
"Voraussetzung für eine weitschauende gemeinschaftsorientierte Raumordnungs- und Städtebaupolitik ist eine Fortentwicklung des Bodenrechts, die die besondere Sozialbindung des Eigentums am Boden berücksichtigt."

Das Grundrecht des Eigentums wird in Art. 14 III Grundgesetz dadurch eingeschränkt, daß zum Wohl der Allgemeinheit auch Enteignungen zulässig sind. Das für die Eigentumsordnung charakteristische Spannungsverhältnis zwischen Interessen des einzelnen Eigentümers und den Belangen der Allgemeinheit wird also vom Grundgesetz so geregelt, daß im Konfliktfall das Wohl der Allgemeinheit den Vorrang vor der garantierten Rechtsstellung des einzelnen hat. Die Individualfunktion des Bodeneigentums hat mithin dort ihre Grenzen, wo die Raumordnung und ein den Bedürfnissen der Menschen dienender Städtebau beeinträchtigt werden.

4. Maßnahmen zur Verbesserung der Baubodenordnung dürfen nicht dazu führen, daß die Möglichkeiten zur Schaffung von Haus- oder Wohnungseigentum für breite Schichten der Bevölkerung beeinträchtigt werden oder daß gar an die Stelle der bisherigen Grundeigentümer eine Monopolisierung des Bodens in der Hand von Gemeinden, Wohnungsbaugesellschaften oder wenigen kapitalkräftigen Personen tritt. Zur Gewährleistung der im Grundgesetz festgelegten sozialen Chancengleichheit sind daher Vorschriften erforderlich, die den Erwerb von Bodeneigentum oder eigentumsähnlichen Rechten durch breite Schichten der Bevölkerung ermöglichen und damit zur gerechteren Streuung des Vermögens führen.

Im sozialen Wohnungsbau soll der Erwerb von individuellem Wohnungseigentum insbesondere für einkommensschwache Familien Vorrang vor der Förderung von Mietwohnungen großer Baugesellschaften haben. Im Wohnungsbau muß der Grundsatz lauten: so viele Mietwohnungen wie nötig und so viele Eigentumswohnungen wie möglich. Die öffentlichen Mittel sollen anders als bisher stärker dem Wohnungssuchenden selbst gegeben werden. Der Startnachteil des fehlenden Eigenkapitals soll durch ein kombiniertes System öffentlicher Finanzierungshilfen ausgeglichen werden. Mindestens die Hälfte der öffentlichen Mittel im sozialen Wohnungsbau soll für dieses Wohnungseigentum eingesetzt werden.

Durch ein neues Förderungsverfahren wird die bisherige Objektförderung stärker durch eine perso-

nenbezogene Förderung ersetzt. Da die einkommenschwächeren Bevölkerungsschichten vielfach nicht in der Lage sind, für den Erwerb des Eigenheims und der Eigentumswohnung das hierfür erforderliche Eigenkapital im Wege des Vorsparens aufzubringen, muß die Vorfinanzierung des fehlenden Eigenkapitals dadurch erleichtert werden, daß für die in der Zwischenzeit aufzunehmenden Eigenkapitaldarlehen seitens der öffentlichen Hand die Bürgschaft übernommen und Eigenkapitalhilfen gewährt werden. Außerdem ist es notwendig, für die nachträglichen Ansparleistungen Wohnungsbauprämien zu gewähren, um die Belastung während der Ansparzeit auf ein tragbares Maß zurückzuführen. Mit diesen Maßnahmen soll zugleich ein Beitrag zur Vermögensbildung für breite Schichten der Bevölkerung mit Vorrang für einkommenschwache, kinderreiche und junge Familien, junge Ehepaare, alleinstehende berufstätige Elternteile mit Kindern, ältere Menschen und Schwerbeschädigte geleistet werden.

(Vgl. Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Vermögens- und Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau / Bundestagsdrucksache VI/3526 vom 14. Juni 1972, erneut eingebracht als Bundestags-Drucksache 7/294 vom 8.3.1973).

Neben dem sozialen Wohnungsbau sollen die Maßnahmen zur Förderung des allgemeinen Wohnungsbaus umgestellt werden. Es ist notwendig, die steuerlichen Vergünstigungen zum Erwerb von Wohnungseigentum und die Prämien für das Bausparen aller Bürger in Zukunft in einen Zuschuß umzuwandeln, der in seiner Höhe auf die familiären Verhältnisse des Wohnungssuchenden abgestellt werden soll.

Zur Reform aller Wohnungsbauförderungsmaßnahmen wird der Entwurf eines Wohnungseigentumsgesetzes vorgelegt werden. Der Rahmen der bisherigen öffentlichen Aufwendungen wird dabei nicht überschritten.

C. Ordnungsziele

5. Entsprechend ihren gesellschaftspolitischen Zielen legt die CDU ein politisches Aktionsprogramm zur Fortentwicklung des Baubodenrechts vor, das geeignet ist, eine soziale Baubodenordnung zu schaffen. Sie fußt dabei auf den Forderungen ihres Programms, das dazu grundsätzlich ausführt:
"Privates Eigentum bleibt die Grundlage der Bodenordnung. Neben der Form des parzellierten Einzeleigentums sollen vordringlich die Möglichkeiten des Anteilseigentums genutzt werden. Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen be-

freit werden. Spekulationsgewinne aus Bodengeschäften sind stärker zu erfassen; die Entschädigung bei Enteignung soll auf Wunsch des Enteigneten statt in Geld durch Beteiligung oder Ersatzland erfolgen können" (Berliner Programm, Ziffer 124).

6. Die vielgestaltigen Ursachen der Verzerrung des Baubodenmarktes erfordern ein zusammenwirkendes Geflecht verschiedener Maßnahmen, das nach folgenden Ordnungszielen ausgerichtet sein muß:
 - Sicherung der planungsgerechten Nutzung des Bodens
 - Vermehrung und Mobilisierung des Baulandangebotes und damit Senkung des Bodenpreinsniveaus
 - Beseitigung von Anreizen, die zu einer überhöhten Bodennachfrage oder zur Zurückhaltung von Boden führen.
 - Inanspruchnahme der durch öffentliche Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen hervorgerufenen Wertsteigerungen
 - Abbau der bestehenden Steuerprivilegien für Grund und Boden
 - Verbesserung der Qualität und mehr Kontinuität der gemeindlichen Planungs- und Entwicklungspolitik
 - wirtschaftliche und kulturelle Verstärkung der bisher agrarisch bestimmten Räume durch aktive Verbesserung der Infrastruktur.

D. Rahmenbedingungen

Diese Ordnungsziele können nur erreicht werden, wenn eine Anzahl von Rahmenbedingungen erfüllt werden, die ebenfalls auf die Baubodenordnung einwirken.

7.1 Soziale Marktwirtschaft

Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung lassen sich nicht trennen. Die Soziale Marktwirtschaft ist deswegen auch ein gesellschaftspolitisches Programm, die wie keine andere Ordnung geeignet ist, Eigentum für jeden zu verwirklichen und zu sichern. Sie ist privilegiensfeindlich und richtet sich gegen jeden staatswirtschaftlichen Dirigismus. Die CDU wendet sich deshalb gegen Vorschläge, die dazu führen, daß der Marktmechanismus durch ein staatlich-bürokratisches Zwangslenkungssystem abgelöst wird.

Die Bedingungen für eine soziale Baubodenordnung lassen sich nicht durch eine Überwindung der Sozialen Marktwirtschaft, sondern nur durch

eine Anpassung ihrer Rahmenbedingungen an die gesellschaftlichen Notwendigkeiten schaffen.

Dazu gehört auch die Wiederherstellung der Geldwertstabilität. Die Entwertung des Geldes trifft nicht nur die sozial Schwächeren, sie führt auch zu einer Flucht in die Sachwerte und steigert damit die Nachfrage nach Bauboden, während die Eigentümer bebaubarer Grundstücke wiederum wegen der inflationären Entwicklung gleichzeitig Grundstücke zurückhalten. Eine Inflation verhindert mithin auch die breite Vermögensbildung an Grund und Boden.

7.2 Raumordnung und Landesplanung

Raumordnung und Landesplanung haben in den vergangenen Jahren die räumliche Entwicklung nicht hinreichend beeinflussen können. Die Stadtentwicklung entsteht somit noch zu sehr aus der lokalen und regionalen Konkurrenz um Bevölkerungswachstum, Wirtschaftspotential und Infrastrukturausstattung. Raumordnung und Landesplanung müssen deswegen zu einer übergemeindlichen Entwicklungsplanung ausgebaut werden, die neben dem Faktor Raum auch die Faktoren Zeit und Finanzen berücksichtigt. Bei überörtlichen Planungen ist auf allen Ebenen eine planerische parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle anzustreben. Durch ein wirksames Bundesraumordnungsprogramm, wie das von Bund und Ländern gemeinsam zu erstellen ist, einschließlich der organisatorischen Vorkehrungen, muß der Auftrag aus dem Raumordnungsgesetz erfüllt werden.

Nur so wird es möglich sein, eine Entlastung der Verdichtungsräume durch eine Förderung von Entwicklungsschwerpunkten und zentralen Orten in den Gebieten außerhalb der überlasteten Verdichtungsräume zu erreichen, um damit das Angebot an Bauland zu vergrößern und die Nachfrage in den an übermäßigen Preissteigerungen leidenden Bereichen zu vermindern.

7.3 Finanzsystem

Zur Vergrößerung des Angebotes an Bauland durch eine rechtzeitige, bedarfsgerechte und preisregulierende Ausweisung und Erschließung von Bauland, müssen die Gemeinden über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Einnahmen aus abgaberechtlichen Maßnahmen zur Reform der Baubodenordnung sollten daher den Gemeinden zugewiesen werden. Zusätzliche Aufgaben aus der Entwicklungsplanung sind im Finanzausgleich Bund/Länder-Gemeinden zu berücksichtigen.

Die Initiative von privaten Erschließungsträgern und -planern entlastet die Gemeinden. Daher müßte im Bedarfsfall die Erschließung an solche Träger delegiert werden.

Durch vereinbarte Umschuldung älterer, öffentlicher Wohnungsbaumittel auf Kapitalmarktdarlehen, ist das tote öffentliche Kapital zu mobilisieren. Dadurch freiwerdende, öffentliche Mittel sollen sowohl zur verstärkten Eigentumsbildung und dem sozialen Wohnungsbau als auch mittels Zinszuschüssen zum Erwerb und zur Erschließung von Bauland verwendet werden, sofern Gemeinden oder Träger sich verpflichten, das erschlossene Bauland zum Selbstkostenpreis für den Wohnungsbau weiterzugeben.

7.4 Beteiligung des Bürgers

Die Bürger sind an der Planung und Entwicklung des kommunalen Raumes zu beteiligen. Sie haben ein Anrecht auf frühzeitige Information, Mitsprache und Mitwirkung an der Stadtplanung. Hierdurch soll auch eine größere Transparenz des Bodenmarktes erreicht werden, die zur Preisregulierung beiträgt. Damit wird auch verhindert, daß die notwendige Verbesserung des Planungsinstrumentariums der Gemeinden in eine Bürokratisierung der Planung abgeleitet.

E. Maßnahmen zur Fortentwicklung der Ordnung des Baubodens

8. Planungsrechtliche Maßnahmen

8.1 Das bestehende Bauplanungsrecht ermöglicht es nur unzureichend, auf die plangerechte Durchführung der Bebauung Einfluß zu nehmen und damit die Grundlagen für einen wirksamen Einsatz der Planungsvollzugsinstrumente zu schaffen. Außerdem bietet erst ein entsprechendes Planungsinstrumentarium ausreichende Grundlagen für die Bewertung von Bauland.

8.2 Notwendig ist daher eine Einbettung der Bauleitplanung in eine Gemeindeentwicklungsplanung, die die räumliche Planung, die Zeit- und Investitionsplanung zusammenführt. Nur eine derartige gesamtheitliche Gemeindeentwicklungsplanung ermöglicht es, Fehlplanungen und Fehlausnutzungen des Bodens zu verhindern. Darüber hinaus ist die Koordinierung der Verfahren von Flurbereinigung, Bauleitplanung und Umlegung erforderlich.

Die bisherige Bauleitplanung soll in stärkerem Maße den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung tragen.

- 8.3 Den Gemeinden muß die Möglichkeit gegeben werden, stärker als bisher die Nutzungsmöglichkeiten für die einzelnen Grundstücke in den Bebauungsplänen auszuweisen und zu differenzieren. Hierbei ist besonders auch an Möglichkeiten zur Mischung und Übereinanderschichtung verschiedenartiger, sich aber wechselseitig ergänzender Nutzungen zu denken.
- 8.4 Die planungsrechtlichen Maßnahmen der Gemeinden dürfen die Entfaltungs- und die künftigen Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger nur in dem Maße begrenzen, wie dies unbedingt nötig ist.
9. Verbesserung der Instrumente zur Verwirklichung der städtebaulichen Planung
- 9.1 Bauleitplanung und Gemeindeentwicklungsplanung reichen nicht aus, die städtebauliche Planung im Einzelfall auch zu verwirklichen. Hierzu bedarf es oftmals besonderer Instrumente, die es ermöglichen, die städtebaulich notwendige Nutzung von Grundstücken zu erreichen. Die sachgerechte Handhabung dieser Instrumente hat im Zusammenhang mit den anderen vorgeschlagenen Maßnahmen, ebenfalls erhebliche bodenmarktregulierende Auswirkung. So wird u.a. die Bodenhortung erschwert und eine Baulandvorratspolitik ermöglicht.
- 9.2 Um einen planungsgerechten Vollzug des Bebauungsplans zu erleichtern, sollte in Anlehnung an das Städtebauförderungsgesetz allgemein ein Baugebot eingeführt werden, unter der Voraussetzung, daß das allgemeine Wohl eine alsbaldige Bebauung erforderlich macht. Wo dieses Baugebot einen Verkaufsdruck schafft, ist seine Anwendung im Interesse einer breiten Eigentumsstreuung mit Finanzierungshilfen zu koppeln. Soweit ein Baugebot für die Errichtung eines Wohngebäudes erlassen ist, soll die Gemeinde den Eigentümer im Rahmen des Möglichen bei der Beschaffung von Finanzierungsmitteln aus einem öffentlichen Haushalt beraten und unterstützen. Diese Verpflichtung sollte insbesondere dann für die Gemeinde bestehen, wenn durch die Bebauung Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung, namentlich in Form von Wohnungseigentum begründet wird.

Bei Einführung des Baugebotes sind Möglichkeiten zur Abwendung des Gebotes vorzusehen (z.B. Veräußerung des Grundstücks an einen Bauwilligen; Einräumung eines Erbbaurechts an einen Bauwilligen; Verlangen der Übernahme des Grundstücks durch die Gemeinde).

- 9.3 Zur rechtzeitigen und bedarfsgerechten Realisierung der Planung ist ein Abbruchgebot er-

forderlich, das in Anlehnung an das Städtebauförderungsgesetz in das allgemeine Baurecht eingeführt werden sollte.

- 9.4 Ein Modernisierungsgebot wird sich in der städtebaulichen Praxis der Zukunft, besonders für die unmittelbar an die City angrenzenden Stadtviertel, von wachsender Bedeutung erweisen. Mit einem solchen Gebot wird langfristig ein Mindeststandard des Wohnens angestrebt. Dieses Ziel rechtfertigt einen temporären Eingriff in die Nutzungsfreiheit des Eigentümers. Daher soll das Modernisierungsgebot für Wohnungen aus dem Städtebauförderungsgesetz in das allgemeine Baurecht übernommen werden. Zur Vermeidung sozialer Härten sollen öffentliche Hilfen gewährt werden. Sie sollen dem Vermieter und dem Mieter zustehen. Vermieter dürfen ggf. die Mieten angemessen erhöhen, soweit für die Modernisierung keine öffentlichen Mittel gewährt werden.

Befindet sich eine Wohnung in einem Zustand, der den Vorschriften über die Ausstattung der Sozialwohnungen nicht entspricht, so kann der Mieter vom Vermieter die Zustimmung dazu verlangen, daß er mit eigenen Mitteln die Ausstattung der Wohnung entsprechend verbessert, wenn der Vermieter nicht bereit oder in der Lage ist, die Verbesserungen in angemessener Frist selbst durchzuführen. Dem Mieter ist dafür ein längerfristiges Wohnrecht einzuräumen. Die Miete darf sich durch die vom Mieter vorgenommene Ausstattung für die Dauer des längerfristigen Wohnrechts nicht erhöhen. Als Kriterium für dieses Recht ist die Abschreibungsdauer für die neugeschaffene Ausstattung zugrunde zu legen. Es sind geeignete Ablösungsmöglichkeiten zu schaffen, die den Interessen des Mieters und Vermieters gerecht werden.

- 9.5 Das stark in die Sachnutzfreiheit des Eigentümers eingreifende Erhaltungsgebot soll auf wenige, gesetzlich näher zu umschreibende Fälle begrenzt werden. Mit ihm soll erreicht werden, daß der Abbruch erhaltenswerter Gebäude oder ihre wesentliche Veränderung genehmigungspflichtig wird.

Im Falle wirtschaftlicher Unzumutbarkeit soll ein Rechtsanspruch auf Genehmigung geschaffen werden, den die Gemeinde durch Beantragung der Enteignung abwehren kann.

- 9.6 Ein besonders bedeutsames Instrument zur Verwirklichung gemeindlicher Planungen ist das Vorkaufsrecht. Es dient der Sicherung und Realisierung der Bauleitplanung und ermöglicht insoweit eine kommunale Bodenvorratspolitik. Eine gegenüber dem Vorkaufsrecht des Bundes-

baugesetzes wirksamere Ausgestaltung dieses Instrumentes erfordert eine sachliche, räumliche und zeitliche Ausweitung.

Voraussetzungen für die Geltendmachung des Vorkaufsrechts sollten sein:

s a c h l i c h: unbebaute Grundstücke oder bebaute Grundstücke, bei denen die im Bebauungsplan vorgesehene Mindestnutzung nicht besteht;

r ä u m l i c h: Einführung eines Satzungs-vorkaufsrechts, das außerhalb des Geltungsbereiches von Bebauungsplänen für Gebiete möglich sein soll, für die die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen ist oder die in ein Bodenordnungsverfahren einbezogen sind;

z e i t l i c h: Die sich aus der räumlichen Erweiterung des Vorkaufsrechts ergebende zeitliche Ausweitung sollte durch eine Verlängerung der Ausübungsfrist auf zwei Monate ergänzt werden.

Das allgemeine Vorkaufsrecht kann gegenüber Erwerbern ausgeübt werden, die nachweislich keine Gewähr für die Durchführung des Bebauungsplanes bieten.

Im Interesse einer breiten Eigentumsstreuung muß das Vorkaufsrecht mit weitgehenden Privatisierungs- und Reprivatisierungsbestimmungen gekoppelt werden. Flächen, die die Gemeinde durch Vorkaufsrecht erworben hat und nicht im öffentlichen Interesse benötigt, sind entweder an die früheren Eigentümer oder an Bauwillige zu veräußern, die bereit sind, die Festsetzungen des Bebauungsplanes zu verwirklichen. Bei Vergabe durch die Gemeinde haben Bewerber ohne bebauten oder bebaubaren Grundbesitz Vorrang.

- 9.7 Die Enteignung ist als letztes Mittel der Bau-bodenordnung zulässig, wenn das öffentliche Interesse eine bestimmte Nutzung eines Grundstückes gebietet und diese Nutzung durch eine Entziehung der Eigentumsrechte erreicht werden kann.
- 9.8 Das Enteignungsverfahren nach dem Bundesbaugesetz hat sich in der Praxis als zu schwerfällig erwiesen und soll deswegen verbessert werden. Maßnahmen dazu sind:

- Trennung des Enteignungsverfahrens zum Entschädigungsverfahren; jedoch muß sichergestellt werden, daß das Entschädigungsverfahren gleichfalls zügig abgewickelt wird,

- Beschleunigung des Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens sowohl beim Enteignungs- wie beim Entschädigungsverfahren durch Einführung kurzer Fristen,
- Zahlung des unstreitigen Entschädigungsbetrages sofort nach Erlaß des Besitzzeiweisungsbeschlusses, soweit ein solcher ergeht, oder des Enteignungsbeschlusses,
- Zahlung der Entschädigung durch Einräumung eigentumsähnlicher Rechte oder durch Zuweisung von Ersatzland auf Wunsch des Enteigneten.

9.9 Bei der Bemessung der Entschädigungsleistungen sollte vom Verkehrswert des Zeitpunktes der Einleitung des Entschädigungsverfahrens ausgegangen werden.

Bei der Entschädigung werden planungsbedingte Werterhöhungen nicht berücksichtigt.

9.10 In Neuerschließungsfällen sollte speziell dem bewährten Rechtsinstitut der Baulandumlegung die maßgebliche Bedeutung zukommen. Die Umlegung soll zu einem Instrument ausgestaltet werden, das die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Bebauungsplanes schafft und dabei wesentlichen bodenpolitischen Anforderungen gerecht wird. Hierbei sind die Grenzen der Umlegung zur Enteignung zu wahren.

10. Abgabenrecht

10.1 Grundsteuer

Dem Grund und Boden wird im geltenden Steuerrecht im Vergleich zu anderen Vermögensgütern und Einkommen eine Vorzugsstellung eingeräumt. Dies löst zusätzliche Nachfrageanreize aus, begünstigt die Angebotszurückhaltung und trägt somit wesentlich zur Funktionsstörung des Baubodenmarktes bei. Notwendig ist daher eine Reform des Abgabenrechtes, die die steuerliche Privilegierung des Baubodens abbaut, ohne das Ziel zu gefährden, breiten Schichten Zugang zum privaten Haus- bzw. Wohnungseigentum zu eröffnen.

Bei der Grund- und Vermögenssteuer sind die Bodenwerte im Rahmen der Einheitsbewertung nach dem Sachwertverfahren zu ermitteln und zeitnah festzusetzen. Dabei ist der Boden- und Gebäudewert getrennt zu ermitteln.

Die Bewertung von land- und forstwirtschaftlich ausgewiesenem und genutztem Boden soll

weiterhin nach dem Ertragswertverfahren erfolgen.

Bei der Grundsteuer ist der planungsbedingte steigende Bodenwert durch differenzierte Meßzahlen zu erfassen.

10.2 Infrastrukturkosten - Planungsvorteilsausgleich

Neue Baugebiete verursachen erhebliche Kosten für die Erschließung, die Versorgung und eine ausreichende Infrastruktur. Sie bieten Bewohnern und Grundstückseigentümern erhebliche Vorteile, verbessern aber auf längere Sicht auch die Lebensumstände und die Leistungsfähigkeit der ganzen Gemeinde.

Die anwachsenden öffentlichen Kosten können weder voll durch Steuern und Finanzausweisungen noch allein durch übersteigerte Belastung des Baubodens aufgebracht werden;

die Verteilung der Lasten soll die Eigentumsbildung für breite Schichten der Bevölkerung und die Mieten nicht untragbar belasten.

Neben erhöhten und zeitnah bemessenen Grundsteuern und neben gemeindlichem Anteil an der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen sind

- die Erschließungsbeiträge zu verbessern,
- die Erschließungstatbestände zeitgemäß zu erfassen,
- die für das Baugebiet erforderlichen Infrastrukturaufwendungen (Grundausrüstung) angemessen zu berücksichtigen.

Die gezahlten Erschließungs- und Umlegungsbeiträge im Falle einer Bodenordnungsmaßnahme sind anzurechnen.

10.3 Einkommensteuer

Die Einkommensteuer belastet grundsätzlich nur Veräußerungsgewinne aus dem Betriebsvermögen von Gewerbetreibenden, Land- und Forstwirten und freiberuflich Tätigen. Die Gewinne aus der Veräußerung von privatem Grundbesitz unterliegen dagegen der Einkommensbesteuerung nicht, mit Ausnahme der Fälle, in denen zwischen An- und Verkauf der Grundstücke ein Zeitraum von nicht mehr als zwei Jahren liegt.

Um die Diskrepanz zwischen der Besteuerung von Betriebs- und Privatvermögen abzubauen, wird vorgeschlagen, die Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre auszudehnen.

Gewinne aus der Veräußerung eines eigengenutzten Hauses oder einer eigengenutzten Wohnung sollen dieser Einkommensbesteuerung nicht unterliegen, soweit der Verkaufserlös für eine angemessene Ersatzbeschaffung verwandt wird.

10.4 Grunderwerbsteuer

Die bestehende Grunderwerbsteuer hat sich als mobilitätshemmend erwiesen und ist zu beseitigen.

F. Soziale Absicherung der städtebaulichen Zugriffsinstrumente

11. Verstärkten Zugriffsmöglichkeiten auf das Eigentum müssen verbesserte Zugangsmöglichkeiten zum Eigentum entsprechen.

Privatisierungs- und Reprivatisierungsvorschriften, wie sie etwa das Städtebauförderungsgesetz enthält, reichen dazu nicht aus. Vielmehr müssen Finanzierungs- und andere Förderungshilfen geschaffen werden, die es gerade den Beziehern von mittleren und kleineren Einkommen ermöglichen, diesen Zugang zum Grundeigentum auch zu realisieren. Dabei verdient der Gedanke des Nachsparens besondere Berücksichtigung.

12. Eine solche Fortentwicklung des Bodenrechts ist wegen der besonders in den Städten notwendigen Bebauung eng verknüpft mit der Weiterführung der Wohnungsbauförderung. Um gerade den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen den Eigentumserwerb an diesen Wohnungen zu erleichtern, sind Formen erforderlich, die den engen finanziellen Bewegungsspielraum dieser Bevölkerungskreise berücksichtigen und trotzdem die Übertragung der vollen Eigentumsrechte ermöglichen. Die Schaffung von Wohnungseigentum auf genossenschaftlicher Basis ist zu fördern.

Die Erhaltung der Steuerprivilegien gemeinnütziger Unternehmen ist im Einzelfall davon abhängig zu machen, daß in einer vom Gesetzgeber festzulegenden Verhältniszahl zum Eigentum an Mietwohnungen jährlich Eigenheime oder Eigentumswohnungen an Einzelpersonen, sei es aus dem bestehenden Anlagevermögen, sei es aus dem Neubauvolumen, veräußert werden; Mieter in Sozialwohnungen müssen dabei vor Kündigungen geschützt bleiben und Vorrang bei Veräußerungen aus dem Wohnbestand haben.

13. Das vorgeschlagene Instrumentarium zur Sicherung und Durchführung des Bebauungsplanes

und das der Wohnungsbauförderung müssen harmonisiert werden. Das gilt insbesondere für das Modernisierungs- und Erhaltungs- aber auch für das Baugebot. Ohne flankierende soziale Maßnahmen sind diese Gebote nicht durchsetzbar oder nehmen konfiskatorischen Charakter an.

14. Das vorgesehene städtebauliche Instrumentarium sollte nicht ohne Sozialplan angewandt werden. In ihm sollen Veränderungen von Wohn-, Berufs- und Erwerbsverhältnissen festgehalten und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie und in welchem Umfang der betroffenen Bevölkerung geholfen werden kann.
15. Die Entwicklung unserer Städte und Dörfer muß mit den grundlegenden Ordnungsvorstellungen unserer Gesellschaft übereinstimmen.

(Der Bundesparteitag lehnte die Einführung eines Planungswertausgleichs mit 240 Ja-Stimmen, 269 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen und 26 ungültigen Stimmen ab.)

zu TOP 14: Vermögenspolitische Leitsätze

Der Bundesparteitag nahm in der Schlußabstimmung mit sehr großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen ohne Enthaltungen den nachfolgenden Text der Vermögenspolitischen Leitsätze an:

Präambel

Für die CDU stellt die Vermögenspolitik eine konsequente Verwirklichung ihrer Grundwerte dar. Die Politik der CDU ist

für Soziale Marktwirtschaft und gegen sozialistische Planwirtschaft

für soziale Partnerschaft und gegen Klassenkampf

für persönlich verfügbares Miteigentum am Produktivvermögen und gegen Kollektiveigentum.

Unser Programm für eine persönliche Teilhabe der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital in der Wirtschaft ist eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist überzeugende Antwort und konsequente Alternative zu den kollektivistischen Vorstellungen und Plänen der Marxisten.

A Vorstellungen von der Gesellschaft

I. Die Christlich Demokratische Union bekennt sich zu einer Gesellschaft, in der persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit gleichen Rang und gleichen Anspruch auf Verwirklichung haben.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklichen heißt: für eine zugleich offene und solidarische Gesellschaft zu arbeiten, in der einerseits Zugangsbeschränkungen aufgehoben und Gleichheit der Chancen gewährleistet werden und in der andererseits soziale Institutionen die Verantwortung der Menschen füreinander fördern.

Das politische Ordnungskonzept für die Erreichung dieser Ziele ist die Soziale Marktwirtschaft. Mit ihren Grundlagen: Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, ist sie ein gesellschaftspolitisches Programm für alle. Dem einzelnen ermöglicht sie Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt und erweitert damit seinen persönlichen Freiheitsraum. Der Gesellschaft gewährt sie die Mittel zur Bewältigung der wachsenden Gemeinschaftsaufgaben.

Zur Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft gehört sowohl die freie marktwirtschaftliche Ordnungspolitik als auch die Sicherung der sozialen Fortschritts.

Als privilegienfeindliche und gegen staatlichen Dirigismus gerichtete Ordnung hat die Soziale Marktwirtschaft nachgewiesen, daß sie besser als jede andere Konzeption persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, sozialen Fortschritt, persönliches Eigentum und wachsenden Wohlstand jedes einzelnen Bürgers verwirklichen und sichern kann.

Als auf den Menschen bezogene Ordnung ist sie ein dynamisches Programm für eine humanere Gestaltung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

II. Gleichrangige Wesensmerkmale dieser freien und partnerschaftlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind

- Leistungswille der Arbeitnehmer und unternehmerische Initiative als Motoren der Wirtschaftsentwicklung und damit des Wohlstandes,
- Wettbewerb zur Sicherung und Verwirklichung der Freiheit des einzelnen gegen wirtschaftliche Marktmacht und autoritäre Vorausbestimmung seiner Bedürfnisse,
- Mitbestimmung als eine der Würde, den Rechten und der Verantwortung des arbeitenden Menschen gerecht werdende Teilhabe an den Entscheidungen in der Wirtschaft,

- privates, persönlich verfübares Eigentum auch am Produktivvermögen und Teilhabe am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft für alle Bürger zur Sicherung und Erweiterung ihres Freiheitsspielraumes.

III. Zu den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft gehört, daß

- Kapitaleigner und Arbeitnehmer nicht im Klassen Gegensatz zueinander stehen,
- jeder Bürger neben seinem Arbeitseinkommen auch über Kapitaleinkommen verfügen kann,
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer trotz bestehender Interessengegensätze partnerschaftlich zusammenwirken,
- sowohl die Kapitaleigner als auch die Arbeitnehmer an den ausschlaggebenden Entscheidungsrechten in Betrieb und Unternehmen teilhaben.
- Arbeitnehmer, Unternehmer und Kapitalgeber einen gerechten Anteil an Gewinn und Kapital in der Wirtschaft, dem Ergebnis des partnerschaftlichen Zusammenwirkens, erhalten,
- die Selbstbestimmung des Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft Schritt für Schritt verwirklicht wird.

Unser Programm für eine persönliche Teilhabe der Arbeitnehmer am Gewinn und Kapital in der Wirtschaft ist eine Kampfansage an die Gegner unserer Gesellschaftsordnung; es ist eine konsequente Alternative zu kollektivistischen Vorstellungen und Plänen, in denen die private Konzentration durch öffentliche Konzentration ersetzt und über zentrale Fonds den Bürgern wesentliche Verfügungsrechte vorenthalten werden sollen.

B Grundsätze christlich demokratischer Eigentumspolitik

Privates Eigentum ist ein Grundpfeiler und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Verstaatlichung und Ver-gesellschaftung haben in ihr keinen Platz. Das Privateigentum muß allen Bürgern dienen.

Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut wird und alle Bürger die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.

Die Bildung von personenbezogenem und privatem

Eigentum ist zu fördern. Verfügbares Eigentum

- erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für eine persönliche und eigenverantwortliche Lebensgestaltung,
- erleichtert die Anpassung an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen ohne staatliche Bevormundung und
- stärkt die Unabhängigkeit des einzelnen gegenüber dem Staat und den gesellschaftlichen Gruppen.

Vermögenspolitik darf sich also nicht auf Sparförderung und Eigentumbildung beschränken, sondern muß bewußt auf eine Änderung der Verteilung des Vermögenszuwachses und damit auf einen Abbau der Vermögenskonzentration abzielen. Dadurch wird zugleich der Gefahr der Vereinherrschung von wirtschaftlicher und politischer Macht entgegengewirkt.

Eine Umverteilung legal erworbenen Eigentums kommt als unvereinbar mit unserer rechtsstaatlichen Ordnung nicht in Betracht.

Die CDU ist für das Eigentum in der Hand der Bürger, und zwar aller Bürger dieses Staates. Sie ist gegen eine Zusammenballung des Produktivkapitals in Händen weniger, sei es weniger Privater, sei es weniger Beamter, sei es weniger Funktionäre.

Nach der Verbesserung der Verteilung von Geldvermögen und Wohnungseigentum ist vorrangiges Ziel der Beteiligung breiter Schichten der Bevölkerung am Produktivvermögen und damit am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft. Dies ist eine entscheidende Frage für den Bestand unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Verteilungsgerechtigkeit läßt sich nur verwirklichen, wenn Einkommenspolitik, staatliche Verteilungspolitik und Vermögenspolitik im Rahmen einer durch Stabilität und Vollbeschäftigung gekennzeichneten marktwirtschaftlichen Ordnung zusammenwirken.

Vermögenspolitik setzt Geldwertstabilität voraus. Inflation vernichtet Vermögen. Davon betroffen sind vor allem die Sparer und damit breite Schichten der Bevölkerung. Inflationäre Geldentwertung schafft ständig neue Konflikte und verschärft die sozialen Spannungen.

C Leitsätze für eine partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen.

1. Alle unselbständig Tätigen sollen, ebenso wie die selbständig Tätigen, persönliche Miteigentümer

am Produktivvermögen werden und über ihr Eigentumsrecht frei verfügen können.

Der Bundesparteitag beauftragt Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, ein Konzept dafür zu erarbeiten, daß auch Hausfrauen und Rentner am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt werden.

2. Für den Erwerb dieses Eigentums erhält jeder Arbeitnehmer zusätzliches Einkommen, und zwar entweder als Beteiligungslohn oder als investive betriebliche Gewinnbeteiligung.
3. Die für die Vermögensbildung von der Wirtschaft aufzubringenden Mittel müssen in Beteiligungswerten angelegt werden, damit sie der Wirtschaft voll für Investitionen, Wachstum und Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Verbesserung der Finanzierungsstruktur erhalten bleiben.
4. Die CDU hält an der Auffassung fest, daß der Gewinn wichtige Funktionen in der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt.

Für die Wirtschaft gibt es kein wirksames Instrument des Leistungsanreizes, der Lenkung und der Leistungsmessung als den Gewinn. Die Unternehmensgewinne müssen zu einem für Wachstum und Vollbeschäftigung erforderlichen Teil investiert werden und gleichzeitig das Eigenkapital der Unternehmen stärken. Unter diesen Bedingungen ist eine andere als die bisherige Zuordnung von Gewinnen und Eigentumstiteln möglich.

5. Wer Risiko übernimmt, hat Anspruch auf Beteiligung am Gewinn. Ebenso wie die Kapitaleigner sollen auch die Arbeitnehmer neben ihrem Lohn-einkommen ertragsabhängige Entgelte beziehen. Entsprechend dieser Risikoübernahme erhalten sie einen Teil der Risikoprämie und zusätzliche gesellschaftsrechtliche Entscheidungsrechte.

Die Vereinbarung von ganz oder teilweise ertragsabhängigem Arbeitsentgelt oder derartige Erhöhungen des Arbeitsentgeltes anstelle entsprechender Erhöhungen des festen Nominalentgeltes sind auf individueller, einzelbetrieblicher und tarifvertraglicher Basis zu fördern.

Dadurch erhalten alle Arbeitnehmer die Chance, nicht erst mit Verzögerung am wirtschaftlichen Aufschwung teilzunehmen. Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zu konjunkturgerechter Entwicklung von Arbeitnehmereinkommen geleistet. Darüber hinaus wird den Arbeitnehmern der Zugang zur Übernahme von Haftung im Unternehmen mit den sich daraus ergebenden Folgerechten eröffnet.

6. Der Unternehmensgewinn ist im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung das Ergebnis partnerschaftlichen Zusammenwirkens von Arbeitnehmern, Unternehmern und Kapitaleignern. In der von der CDU angestrebten Wirtschaftsverfassung hat der Unternehmer auf der Grundlage der Partnerschaft die Funktion, Arbeitsleistung und Kapitaleinsatz so zu kombinieren, daß ein optimales Ergebnis erzielt wird. An dem Erfolg ihrer Unternehmen nehmen im Rahmen der Gewinnbeteiligung die Arbeitnehmer und die Kapitaleigner teil. Der nach Abzug der Einkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer sowie der Kapitalkosten und der Risikoprämie verbleibende Gewinn, steht Arbeitnehmern und Anteilseignern im angemessenen, vereinbarten Verhältnis zu.
7. Die Verteilung von Kapital und Arbeit in unserer Gesellschaft muß sich immer mehr dahin entwickeln, daß nur noch sehr wenige ausschließlich von Kapitalgewinn oder ausschließlich von festem Arbeitslohn leben. Zwischen diesen beiden Extremen sollen freie Bürger in der partnerschaftlichen Ordnung Einkünfte aus verschiedenen Einkunftsarten kombiniert beziehen können.

Jeder im Erwerbsleben stehende Bürger soll folgende Arten von Einkünften allein oder kombiniert beziehen können:

- festes Arbeitsentgelt, risikoabhängiges Arbeitsentgelt und Gewinnanteil auf Arbeits-einsatz,
 - Zins auf Kapitaleinsatz, Risikoprämie auf Kapitaleinsatz und Gewinnanteil auf Kapital-einsatz.
8. Die Methoden und Institutionen der Vermögensbildung sind überschaubar, praktikabel und nach marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien zu gestalten.

Die Vertretungsrechte der einzelnen Aktionäre und Investmentsparer sind zu stärken.

Der marktwirtschaftliche Wettbewerb darf nicht unter dem Deckmantel, "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" zugunsten von mehr zentraler Lenkung des Wirtschaftsablaufes ausgehöhlt werden.

Ebenso ist zu vermeiden, daß die Politik einer breiteren Streuung von Beteiligungsvermögen eine Machtzusammenballung bei den Kreditinstituten oder Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft fördern. Deshalb sollten die Kreditinstitute ihre Beteiligungen verringern und sie - z.B. durch Einbringung in Investment-

fonds - an breite Bevölkerungsschichten verkaufen. In diesem Zusammenhang sollen Reformen des Universalbankensystems, des Börsenwesens sowie der Vertretungsrechte von Aktionären und Investmentparern, angestrebt werden.

D Aktionsprogramm

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die von ihr in der VI. Legislaturperiode eingebrachten Gesetzentwürfe auf der Grundlage der "Leitsätze für eine partnerschaftliche Beteiligung am Produktivvermögen" zu überprüfen und danach im Deutschen Bundestag einzubringen.

- a) Dazu gehört die breit gestreute Beteiligung am Produktivvermögen auf der Grundlage des gesetzlichen Beteiligungslohnes und die damit im Zusammenhang vorgesehene Maßnahme zur Verbreiterung des Angebots an Beteiligungswerten.

Ferner die Einführung des Vollanrechnungsverfahrens bei der Körperschaftssteuer, die Beseitigung der Doppelbesteuerung bei der Vermögenssteuer und die Freistellung des Lohns von Arbeitnehmerteilhabern bei Personengesellschaften von der Gewerbeertragssteuer, damit jeder nach seinen persönlichen Verhältnissen besteuert wird (Vgl. Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungslohngesetz - BLG)/Bundestagsdrucksache VI/616 vom 14. April 1970).

- b) Betriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligungen sind zu erleichtern und zu fördern. Soweit sie den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen, sind sie auf jeden Fall als Erfüllung allgemeiner Vermögensbildungsvorschriften anzurechnen.

Die Partnerschaft im Betrieb wird ausgebaut. Betriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer sollen ebenso gefördert werden wie traditionelle Vermögensanlagen. Die bestehenden steuerlichen Diskriminierungen sollen beseitigt werden. Rahmenvorschriften werden den Arbeitnehmer-Gesellschaftern Mobilität, Garantie der Beteiligung und fundierte Mitwirkungsrechte als Gesellschaften gewährleisten und die Unternehmen von Liquiditätsverlusten und Überfremdung schützen.

(Vgl. Antrag der CDU/CSU-Fraktion über betriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer / Bundestagsdrucksache VI/3613 vom 26. Juni 1972).

Gesellschaftsrecht, Arbeitsrecht und Steuerrecht, die heute noch weitgehend Hindernisse für die Beteiligung von Arbeitnehmern am Kapital und Gewinn von Unternehmen enthalten, sollen so umgestaltet werden, daß sie diese partnerschaftliche Beteiligung berücksichtigen und erleichtern.

Auch die Einkommensteuer ist mit dem Ziel zu ändern, einen Anreiz zur Vereinbarung ertragsabhängigen Arbeitsentgeltes zu schaffen. Die Arbeitseinkünfte gewinn- und kapitalbeteiligter Arbeitnehmer dürfen nicht als Einkünfte aus Gewerbebetrieb betrachtet werden, folglich auch nicht der Gewerbesteuer unterliegen.

- c) Durch das Vermögensbildungskonzept soll vor allem auch den Klein- und Mittelbetrieben ein wirksames Instrument (Unternehmensbeteiligungsgesellschaften) gegen sich verschärfende Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft und für mehr Chancengleichheit bei der Kapitalbeschaffung geboten werden.

Durch die Schaffung und Förderung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften wird der mittelständischen Wirtschaft die Aufnahme breit gestreuten Kapitals ermöglicht.

Damit wird die Palette von Vermögensbeteiligungen für alle erweitert und die Chance für die Mitarbeiter verbessert, zu Teilhabern an Personengesellschaften und Einzelunternehmen zu werden.

(Vgl. Entwurf der CDU/CSU-Fraktion eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG) / Bundestagsdrucksache VI/3614 vom 27. Juni 1972 und Entwurf der CDU/CSU-Fraktion eines Gesetzes zur Förderung der Unternehmensbeteiligungen durch Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (Förderungsgesetz) / Bundestagsdrucksache VI/3615 vom 26. Juni 1972).

- d) Durch die weitere Privatisierung geeigneter öffentlicher Erwerbsvermögen soll es mehr Teilhabe am wirtschaftlichen Produktivvermögen geben.

(Vgl. Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur weiteren sozialen Privatisierung von Bundesunternehmen im Rahmen der Vermögensbildung/ Bundestagsdrucksache VI/1434 vom 16. November 1970.)

Vermögenszuwächse, die durch Förderung mit öffentlichen Mitteln entstanden sind, sollen breit gestreut werden.

2. Das Vermögensbildungs-Konzept ist so zu gestalten, daß im Rahmen einer kombinierten Strategie von Barloohnerhöhungen und vermögenswirksamen Leistungen die Verteilungssituation der Arbeitnehmer real verbessert und Zielkonflikte mit der Stabilitätspolitik vermieden werden können.

Ein solches Konzept, das zwischen Staat und Sozialpartnern abzustimmen wäre, umfaßt:

- Barloohnerhöhungen zur verteilungspolitischen Status-quo-Absicherung durch die Tarifpartner,
 - einen festen Vermögensbildungs-Basisbetrag,
 - einen gewinnabhängigen Vermögensbildungs-Zusatzbetrag für den Fall einer günstigen Wirtschaftsentwicklung mit höheren Gewinnen als bei Abschluß der Tarifverträge angenommen.
3. Die bisherigen steuerlichen Hindernisse gegen die Übertragung von Betriebsvermögen auf die Arbeitnehmer in Form von Arbeitnehmerstiftungen sind zu beseitigen.
 4. Neben dem sozialen Wohnungsbau sollen die Maßnahmen zur Förderung des allgemeinen Wohnungsbaus umgestellt werden. Es ist notwendig, die steuerlichen Vergünstigungen zum Erwerb von Wohnungseigentum und die Prämie für das Bausparen aller Bürger in Zukunft in einen Zuschuß umzuwandeln, der in seiner Höhe auf die familiären Verhältnisse des Wohnungssuchenden abgestellt werden soll.

Im sozialen Wohnungsbau soll der Erwerb von individuellem Wohnungseigentum insbesondere für einkommensschwache Familien Vorrang vor der Förderung von Mietwohnungen großer Baugesellschaften haben. Im Wohnungsbau muß der Grundsatz lauten: so viele Mietwohnungen wie nötig und so viel Wohnungseigentum wie möglich. Die öffentlichen Mittel sollen anders als bisher stärker dem Wohnungssuchenden selbst gegeben werden. Der Startnachteil des fehlenden Eigenkapitals soll durch ein kombiniertes System öffentlicher Finanzierungshilfen ausgeglichen werden. Mindestens die Hälfte der öffentlichen Mittel im sozialen Wohnungsbau soll für dieses Wohnungseigentum eingesetzt werden.

Es soll darauf hingewirkt werden, daß die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in verstärktem Maße ihren vorhandenen Wohnungsbestand den Mietern zu Eigentumserwerb anbieten.

(Vgl. Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Vermögens- und Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau / Bundestagsdrucksache VI/3526)

vom 14. Juni 1972, erneut eingebracht als Bundtags-Drucksache 7/294 vom 8.3.1973.)

Die Mobilisierung im sozialen Wohnungsbau gebundener öffentlicher Mittel soll in das Gesamtkonzept einbezogen werden.

Durch ein neues Förderungsverfahren wird die bisherige Objektförderung stärker durch eine personenbezogene Förderung ersetzt. Da die einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten vielfach nicht in der Lage sind, für den Erwerb des Eigenheims und der Eigentumswohnung das hierfür erforderliche Eigenkapital im Wege des Verfahrens aufzubringen, muß die Vorfinanzierung des fehlenden Eigenkapitals dadurch erleichtert werden, daß für die in der Zwischenzeit aufzunehmenden Eigenkapitaldarlehen seitens der öffentlichen Hand die Bürgerschaft übernommen und Eigenkapitalhilfen gewährt werden. Außerdem ist es notwendig, für die nachträglichen Ansparleistungen Wohnungsbauprämien zu gewähren, um die Belastung während der Ansparzeit auf ein tragbares Maß zurückzuführen. Mit diesen Maßnahmen soll zugleich ein Beitrag zur Vermögensbildung für breite Schichten der Bevölkerung mit Vorrang für einkommensschwache, kinderreiche und junge Familien, junge Ehepaare, alleinstehende berufstätige Elternteile mit Kindern, ältere Menschen und Schwerbeschädigte geleistet werden.

Zur Reform aller Wohnungsbauförderungsmaßnahmen wird der Entwurf eines Wohneigentumsgesetzes vorgelegt werden. Der Rahmen der bisherigen öffentlichen Aufwendungen wird dabei nicht überschritten.

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. C 1 (mit Einfügung von "oder Arbeitnehmer-Stiftungen" an I.1.) an die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und an die Kommission "Vermögensbildung".

Antrag Nr. C 13 wurde vom Bundesparteitag als EntschlieÙung verabschiedet. Sie lautet:

" Der Bundesvorstand der CDU wird aufgefordert, die von der Partei entworfene Konzeption der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen weiterzuentwickeln."

An die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden überwiesen:

Antrag Nr. C 4 (Ziffer 2)
Antrag Nr. C 11

zu TOP 15: Reform des Unternehmensrechts

Die Schlussabstimmung des Bundesparteitages über den nachfolgenden Text zur Reform des Unternehmensrechts (D 222) hatte folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen:	677
ungültige Stimmen:	10
Enthaltungen:	11
Ja-Stimmen:	559
Nein-Stimmen:	97

Die Einzelabstimmungen über die verschiedenen Kapitel hatten folgende Ergebnisse:

Kap. I	einstimmig angenommen
Kap. II	mit überwiegender Mehrheit angenommen
Kap. III	bei 1 Gegenstimme ohne Enthaltungen angenommen
Kap. IV	mit großer Mehrheit angenommen

Vor den Abstimmungen zu Kap. II und IV wurde über den Antrag D 226 abgestimmt. Die Abstimmung dazu hatte folgende Ergebnisse:

Abs. 1 (Abänderungsvorschlag zu II von D 222):

abgegebene Stimmen:	681
ungültige Stimmen:	5
Enthaltungen:	4
Ja-Stimmen:	200
Nein-Stimmen:	472

Abs. 2 (Abänderungsvorschlag zu IV von D 222):

abgegebene Stimmen:	674
ungültige Stimmen:	6
Enthaltungen:	2
Ja-Stimmen:	218
Nein-Stimmen:	448

I

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankengutes und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unter-

nehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Die Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen ist eines der wichtigsten Ziele der Mitbestimmung.

II

Die heutige rechtliche Grundlage für die Stellung des Arbeitnehmers im Unternehmen entspricht nicht den Zielvorstellungen der CDU von der partnerschaftlichen Unternehmensordnung. Sie muß deshalb durch ein neues Unternehmensrecht fortentwickelt werden.

Das neue Unternehmensrecht soll

- den im Unternehmen arbeitenden Menschen als Mitglied des Sozialverbandes Unternehmen behandeln und nicht wie bisher nur als Außenstehenden, der unter Vertrag genommen ist.
- ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung auf der Grundlage der Parität gewährleisten.
- den ordnungspolitischen Zusammenhang von Koalitionsfreiheit, Privateigentum und Unternehmensautonomie im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft sichern.
- den Übergang von der institutionellen zur gleichberechtigten gesellschaftsrechtlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer ermöglichen.

Es wird Bezug genommen auf den Beschluß des Bundesparteitages zur Vermögensbildung.

- Unternehmensrecht und Betriebsverfassung miteinander verbinden und das Unternehmensrecht der organisatorischen Entwicklung der Großunternehmen anpassen.

III

Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, eine Kommission zu berufen, die die rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung der in Ziffer II genannten Zielvorstellungen der CDU erarbeitet.

IV

Bis zur Neugestaltung des Unternehmensrechts wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen durch Stärkung ihrer Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte im Aufsichtsrat ausgebaut.

Hierfür sollen folgende Grundsätze gelten:

Zusammensetzung des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat besteht aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer.

2. Unter den Vertretern der Arbeitnehmer muß sich mindestens ein Arbeiter, ein Angestellter und ein leitender Angestellter aus dem Unternehmen befinden. Stellvertretende Vorstandsmitglieder und solche leitenden Angestellten, die in besonderer Nähe zum Vorstand stehen, sind vom aktiven und passiven Wahlrecht zum Aufsichtsrat ausgeschlossen.

Das Wahlverfahren für die Wahl der Arbeitnehmervertreter muß den Gesichtspunkten des Minderheitenschutzes Rechnung tragen.

3. Die überwiegende Zahl der Arbeitnehmervertreter soll im Unternehmen beschäftigt sein. Für zwei außerbetriebliche Vertreter haben Gewerkschaft und Betriebsrat Vorschlagsrecht. Alle Arbeitnehmervertreter werden von der Belegschaft gewählt.

Beschlußfassung im Aufsichtsrat

4. Kommt bei zustimmungspflichtigen Geschäften ein Beschluß im Aufsichtsrat wegen Stimmgleichheit nicht zustande, so kann der Vorstand ohne Zustimmung handeln. Er muß darüber im Geschäftsbericht berichten.
5. Kommt im Aufsichtsrat bei der Bestellung des Vorstandes ein Beschluß wegen Stimmgleichheit nicht zustande, gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag.
6. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird vom Aufsichtsrat aus dem Kreis seiner Mitglieder mit 2/3-Mehrheit gewählt. Kommt nach wiederholten Wahlgängen ein Beschluß nicht zustande, so entscheidet entsprechend § 8 Montan-Mitbestimmungsgesetz die Hauptversammlung.

An die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die Mitbestimmungs-Kommission (Kap. III des Beschlusses zur Reform des Unternehmensrechts) wurden folgende Anträge überwiesen:

D 6, D 31, D 32, D 40, D 42, D 45, D 48, D 49, D 60, D 63,
D 64, D 65, D 87, D 111, D 158 - D 161, D 165, D 166, D 167,
D 187, D 202, D 209 - D 215, D 224, D 225, D 227

Antrag Nr. D 164 ist erledigt durch Ziffer 72 (letzter Abs.) Berliner Programm.

zu TOP 16: Reform der beruflichen Bildung

Der Bundesparteitag nahm in der Schlußabstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen den nachfolgenden Text zur Reform der beruflichen Bildung an.

I. Grundsatzthesen zur beruflichen Bildung

Vorwort

Bildungspolitik muß die Voraussetzungen schaffen für die Selbstverwirklichung des einzelnen in der Gesellschaft. Bildung und Ausbildung bestimmen die Leistungen des Menschen in der Gesellschaft und sein Verhältnis zu ihr; sie helfen ihm, sich in die humane Wertordnung einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft

einzufragen und diese mitzugestalten. Die CDU bekennt sich zum Leistungsprinzip und zu der im Grundgesetz festgelegten Pflicht des Staates, allen jungen Menschen gleiche Chancen im Bildungswesen zu sichern. Eine verantwortungsbewußte und realistische Bildungspolitik hat dabei auch den Bedarf und die finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Die Reform der beruflichen Bildung muß sich an diesen Grundsätzen orientieren.

1. Die CDU wird die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit anderen Bildungswegen in ihrem politischen Handeln durchsetzen. Berufliche Bildung ist Teil eines umfassenden Gesamtbildungskonzepts.

Berufliche Bildung soll den jungen Menschen zu beruflicher und sozialer Mündigkeit befähigen. Die berufliche Bildung muß ihm eine hohe fachliche Qualifikation für seinen Beruf vermitteln, um ihm die Mobilität und die Aufstiegschancen zu geben, die er in einer vom Strukturwandel geprägten Wirtschaft zur eigenen Sicherung und zur Entwicklung seiner Persönlichkeit braucht.

Die berufliche Bildung muß den jungen Menschen in die Lage versetzen, die Lebenschancen in unserer Gesellschaft seinen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Neigungen entsprechend zu nutzen. Der junge Mensch soll lernen, sich mit den bestehenden Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen und in Selbständigkeit, Verantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft zur Gestaltung unserer Gesellschaft beizutragen.

2. Die Verwirklichung dieses Zieles erfordert einen stärkeren Lebensbezug unseres gesamten Bildungswesens. Er muß im allgemeinbildenden Schulwesen stärker als bisher zur Geltung kommen. Berufliche Bildung muß diesen Lebensbezug auch in Zukunft sichern, ohne wie heute vielfach zu eng auf betriebliche Arbeitsabläufe ausgerichtet zu sein. Sie muß nach einem bildungspolitischen und pädagogischen Konzept gestaltet werden, das die Möglichkeit der Schule wie des Betriebes im Sinne der Vorbereitung auf die Arbeitswelt gleichermaßen nutzt.
3. Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig. Sie müssen stärker aufeinander abgestimmt werden. Für den berufsbezogenen Weg muß die Durchlässigkeit zur Hochschule hin eröffnet werden. Für Abiturienten müssen als Alternative zum Studium qualifizierte berufsbezogene Bildungswege im dualen System eine dem Hochschulabschluß gleichwertige Berufsqualifikation ermöglichen.
4. Theorie und Praxis stehen in der beruflichen Bildung in engem Zusammenhang. Sie müssen durch die Weiterentwicklung des dualen Systems besser als bisher verbunden werden. Der Anteil der Theorie muß in allen Berufsfeldern so bemessen sein, daß qualifizierte Ausbildung gesichert ist.
5. Berufliche Bildung hat theoretische und praktische Seiten. Dementsprechend muß eine pädagogisch sinnvolle funktionale Aufteilung der beruflichen Bildung auf die Lernorte Schule

und Betrieb einschließlich überbetrieblicher Ausbildungsstätten erfolgen. In vielen Berufsfeldern ist der Lernort Betrieb unverzichtbarer Teil der Berufsbildung. Wegen der notwendigen Verklammerung von Fachtheorie und breit angelegtem berufspraktischen Lernen bedürfen betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsstätten einer engen Verzahnung mit den Berufsschulen.

6. Zur Verwirklichung der Freizügigkeit aller Arbeitnehmer ist eine gemeinsame gleichwertige europäische Berufsbildungspolitik unerlässlich. Vordringlich ist die gegenseitige Anerkennung der Berufsabschlüsse, der Zeugnisse und Diplome.
7. Die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft ist auf den gesamten berufsbildenden Bereich auszudehnen und zu verbessern. Staatliche Anerkennung der Abschlüsse ist Voraussetzung.

II. Berufsberatung und Berufswahl

1. Die Vielgestaltigkeit unseres Bildungssystems und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens erfordern eine fortlaufende individuelle Beratung aller Bildungswilligen. Die Beratung muß insbesondere auf die Anforderungen des Bildungsweges, Aufstiegsmöglichkeiten, die Durchlässigkeit zu anderen Bildungswegen, Neigung und Eignung und die beruflichen Zukunftschancen abgestellt sein. Die hierfür zuständigen Beratungsdienste, insbesondere die Schullaufbahnberatung, unterstützt durch den schulpsychologischen und schulärztlichen Dienst und die Berufsberatung, Arbeits- und Förderungsberatung, unterstützt durch den arbeitspsychologischen und arbeitsärztlichen Dienst, sind quantitativ und qualitativ auszubauen. Eine Koordinierung und Abstimmung der Beratungsdienste ist sicherzustellen. Der Aufbau eines alle Stufen des Bildungswesens umfassenden Dokumentations- und Informationswesens ist die Grundlage für eine wirksame Beratung in allen Bereichen.
2. Da Schule den Schüler nicht einseitig fördern, sondern differenzierte Wege erschließen soll, muß sie möglichst früh allen Schülern auch die Möglichkeit geben, manuelle Fähigkeiten zu entwickeln und zu erproben. Aufbauend auf diesen Erfahrungen sind kontinuierliche Informationen und Entscheidungshilfen bereits in den Klassenstufen 7. bis 9. notwendig, um den Schüler zu einer Berufswahl anzuregen, die seiner Eignung und Neigung entspricht. Diese Aufgabe wird an allen Schulen von Schullaufbahnberatern übernommen, die mit den Beratungsdiensten der Arbeitsverwaltung (Berufs- und Studienberatung) und dem schulpsychologischen Dienst zusammenarbeiten; freiwillige Eignungsuntersuchungen in Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung erleichtern die Berufsfindung und objektivieren die Auswahlmethoden der Betriebe.
3. Die richtige Berufswahl für den jungen Menschen setzt die verantwortliche Mitarbeit der Eltern voraus. Berufsberatung muß so gestaltet werden, daß möglichst viele Eltern die Chancen dieser Berufsberatung erkennen und von ihr Gebrauch machen.
4. Die Probleme behinderter Jugendlicher sowie ausländischer Jugendlicher aus den EG-Staaten und den Staaten, mit denen

Anwerbevereinbarungen getroffen wurden, sind bei der Entwicklung der Beratungs- und Bildungspläne besonders zu berücksichtigen.

III. Berufliche Bildung in Schule und Betrieb

1. Berufliche Bildung vollzieht sich an den Lernorten Betrieb und Schule in öffentlicher Verantwortung. Kernpunkt der Reform ist die Verbesserung der Ausbildung in beiden Bereichen und die wirksame Verzahnung von Praxis und Theorie. Berufliche Bildung erfolgt vorwiegend im Bereich der Sekundarstufe II. Sie muß mit dem allgemeinbildenden Schulwesen durch abgestufte und differenzierte Ausbildungswege in Pflicht- und Wahlschulen mehr verbunden werden und ein berufsübergreifendes Unterrichtsangebot einschließen, zu dem auch das Fach Sport gehört. Berufliche Bildung vermittelt gestufte berufsqualifizierende und allgemeinbildende Abschlüsse. Sie vollzieht sich in den Betrieben der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung und in den freien Berufen.

Berufliche Grundbildung

2. Voraussetzung für eine moderne, leistungsfähige Ausbildung ist die Gliederung in berufsfeldbezogene Grundbildung und darauf aufbauende, berufsqualifizierende Fachbildung. Die Schule braucht dabei einen angemessenen, gegenüber früher erweiterten Anteil und eine wirksamere Stellung im System der beruflichen Bildung. Berufliche Grundbildung darf nicht eng spezialisieren, sondern muß eine ausreichende Breite von Berufsfeldern und allgemeine Bildungsinhalte anbieten.

Berufliche Grundbildung vollzieht sich ohne Beeinflussung durch Produktion, auch wenn sie die Lernorte Schule und Betrieb umfaßt. Dabei ist der Hinführung zu sozialpflegerischen und sozialpädagogischen Berufen in Pflegeschulen bei der beruflichen Grundbildung eine besondere Stellung einzuräumen.

Berufliche Grundbildung vollzieht sich als Berufsgrundbildungsjahr

- in rein schulischer Form
- in Betrieb und Schule in kooperativer Form.

Um die Anrechenbarkeit der beruflichen Grundbildung auf eine anschließende Fachbildung sicherzustellen, müssen Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen aufeinander abgestimmt sein.

Für Jugendliche, die im Anschluß an die berufliche Grundbildung nicht in eine weitere Fachbildung eintreten, müssen besondere Formen der Förderung eingerichtet werden.

3. Berufliche Fachbildung

Berufliche Fachbildung muß sich differenzieren nach

- den Ausbildungszielen und der Ausbildungsdauer

- der Intensität der Anforderungen in Fachtheorie und betrieblicher Praxis
- den individuellen Interessen und Schwerpunkten der Auszubildenden.

Diesen Forderungen muß durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenrichtlinien und Ausbildungsordnungen Rechnung getragen werden.

Die Schule antwortet auf diese Forderungen durch

- Einführung einer Leistungsdifferenzierung in den Berufsschulen und Entwicklung eines Systems gestufter Abschlüsse
- Einführung von Wahlpflicht- und Wahlfächern neben den Pflichtfächern, so daß entsprechende Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Schüler berufsqualifizierende und allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden können.
- Ausbau der beruflichen Wahlschulen.

Der Betrieb antwortet auf diese Forderungen durch

- Stufung der Ausbildung
- Einführung von Zwischenabschlüssen
- systematische Ergänzung durch überbetriebliche Unterweisungen.

Schulische, betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsinhalte sind in einem flexiblen System als aufeinander abgestimmte Lerneinheiten zusammenzufassen. Geeignete Kooperationsformen sind zu schaffen.

Für eine Verbesserung der beruflichen Fachbildung kommt der Bildung von Fachklassen besondere Bedeutung zu. Sie muß auch in ländlichen Gebieten erreicht werden. Entsprechende Organisationsformen sind dafür vorzusehen. Der Blockunterricht mit seinen wechselnden Phasen betrieblicher Ausbildung und geschlossenen Unterrichtsblöcken übernimmt dabei eine zentrale Aufgabe. Er führt zu höherer Wirksamkeit der schulischen wie der betrieblichen Ausbildung und zwingt zu sorgfältiger Abstimmung und Ergänzung schulischer und betrieblicher Ausbildungsphasen.

4. Prüfungen

Beim Abschluß der beruflichen Bildung durch Prüfungen sind die einzelnen Träger beruflicher Bildung gleichberechtigt zu beteiligen. Insbesondere ist die Verantwortung und Zuständigkeit der Schule für die Prüfung der in ihr vermittelten Bildungsinhalte zu sichern.

5. Berufliche Wahlschulen

Berufliche Wahlschulen, insbesondere in Vollzeitform, führen zu schulischen und beruflichen Abschlüssen. Sie sichern die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung,

ermöglichen sowohl den Erwerb von doppelt profilierten Bildungsabschlüssen wie den von nachträglichen Qualifikationen. Die Entwicklung der berufsbildenden Wahlschulen erfordert die Erarbeitung geeigneter Schullaufbahnen (Curricula), damit dieser Bereich überschaubar und mit dem Bereich der beruflichen Erstausbildung besser verbunden wird. Berufsfachschulen und Berufsaufbauschulen sind dementsprechend weiterzuentwickeln. Fachoberschulen und berufliche Gymnasien dürfen nicht nur zu einer Studienberechtigung führen, sie müssen in Zukunft auch den gleichzeitigen Erwerb einer Berufsqualifikation ermöglichen. Fachschulen bedürfen eines Ausbaus, vor allem weil sie außerhalb der Hochschule Aufstieg durch berufliche Weiterqualifikation ermöglichen. Dabei sind die Fachseminare für sozialpflegerische Berufe, z.B. für Familienpflege und Altenpflege Bildungsstätten eigener Art.

Für Abiturienten sind außerhalb der Hochschule attraktive Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die sich durch die enge Verzahnung von Theorie und Praxis auszeichnen und zu einem dem Hochschulabschluß gleichwertigen Bildungsabschluß führen (z.B. Berufsakademien). Diese Abschlüsse sind in die Laufbahnverordnungen aufzunehmen.

6. Lehrer und Ausbilder

Berufliche Bildung in der Schule bedarf einer entschiedenen Verbesserung durch

- Vermehrung der Zahl der Lehrer, gegebenenfalls durch besondere Werbemaßnahmen
- qualitative Verbesserung der Ausbildung der Lehrer
- Entwicklung spezieller qualifizierter Ausbildungsgänge für das Lehramt an berufsbildenden Schulen
- Durchlässigkeit der Lehrerlaufbahnen in der Sekundarstufe II
- Intensivierung der allgemeinen und fachlichen Fortbildung für die Lehrer

Berufliche Bildung im Betrieb bedarf einer Verbesserung durch

- grundsätzliche fachliche Mindestqualifikation der Ausbilder
- qualitative Verbesserung von berufs- und arbeitspädagogischen Kenntnissen
- Intensivierung der allgemeinen und fachlichen Fortbildung
- Erweiterung des Angebots an besonderen Bildungsmaßnahmen für Ausbilder

Die Kooperationsmöglichkeit und Kooperationsbereitschaft zwischen Lehrern und Ausbildern muß verbessert werden. Dabei kommt Fortbildungsmaßnahmen, die zur Begegnung beider Gruppen führen, besondere Bedeutung zu.

7. Besondere Aufgaben im Bereich der beruflichen Bildung

a) Jugendliche ohne Hauptschulabschluß

25% aller Jugendlichen verlassen die Hauptschule ohne Abschluß - nur mit einem Abgangszeugnis. Durch ein Angebot zusätzlicher Förderkurse soll ihnen die Möglichkeit geboten werden, den Hauptschulabschluß nachzuholen. Die Förderkurse der Bundesanstalt für Arbeit sind auf der Basis ärztlich-psychologischer Eignungsuntersuchungen umfassend auszubauen. Ziel ist es, diese Jugendlichen in ein normales Ausbildungsverhältnis zu vermitteln.

Jugendliche, die einer solchen Ausbildung nicht gewachsen sind, sollen die Möglichkeit zu einer weniger anspruchsvolleren Ausbildung erhalten. Sie sollen zumindest eine einjährige abgeschlossene Grundbildung erhalten, an die sich eine verkürzte oder normale Ausbildung anschließt.

Neue Formen des Berufsgrundschuljahres sind für diese Jugendlichen nach ärztlichen, pädagogischen und psychologischen Erkenntnissen zu entwickeln.

b) Spätausgesiedelte Jugendliche

Eine besondere Gruppe unter den bei der Berufsausbildung Benachteiligten sind spätausgesiedelte Jugendliche. Für sie muß der Besuch von Förderschulen oder Förderschulheimen gesichert werden, ohne daß ihre Eltern (wie bisher) zu den Kosten herangezogen werden.

c) Berufsbildung ausländischer Jugendlicher

Unterschiedliche Aufenthaltsdauer, sprachliche Schwierigkeiten, andersartige Ausbildungsvoraussetzungen dürfen nicht dazu führen, diese Jugendlichen von Ausbildungsverhältnissen fernzuhalten. Für sie müssen besondere Maßnahmen, insbesondere der sprachlichen Förderung, eingesetzt werden. Da nur ausländische Jugendliche aus EG-Ländern Berufsausbildungsbeihilfe aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit erhalten, fordert die CDU Maßnahmen zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

d) Behinderte Jugendliche

Lernbehinderte, körperbehinderte und geistigbehinderte Jugendliche sollen in anerkannten Ausbildungsberufen oder entsprechenden stufenbezogenen Ausbildungsgängen zu den für sie erreichbaren Abschlüssen/Qualifikationen geführt werden. Für Schwerstbehinderte, die nicht in die Berufs- und Arbeitswelt eingegliedert werden können, muß ein eigener Behindertenplan entwickelt werden. Den Abgängern von Sonderschulen darf die Aufnahme eines Be-

rufsbildungsverhältnisses nicht erschwert werden. Betriebe, die behinderte Jugendliche ausbilden und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, sollen steuerliche Vergünstigungen erhalten.

e) Jugendliche in Heimen der öffentlichen Erziehung

Jugendliche in Heimen der öffentlichen Erziehung müssen die Möglichkeit erhalten, Schulabschlüsse nachzuholen und eine berufliche Grundbildung bzw. Ausbildung zu erfahren. Die Berufsausbildung ist hier Teil eines individuell abzustimmenden Sozialisationsplanes.

f) Jugendliche im Strafvollzug

Jugendliche im Strafvollzug weisen überproportional eine unzureichende Schulbildung auf. Eine Verbesserung ihres Bildungsstandes muß daher im allgemeinen einer wirksamen Berufsförderung vorausgehen. Je nach der individuellen Eignung ist eine Ausbildung in anerkannten Berufen mit Zukunftsaussichten fortzusetzen oder neu zu beginnen. Zusätzlich sind arbeitstherapeutische Maßnahmen erforderlich.

IV. Zuständigkeit und Kontrolle

A. Bundesebene

Um die Abstimmung zwischen Betrieb und Schule zu ermöglichen, fordert die CDU eine Umstrukturierung des Bundesausschusses für Berufsbildung. Im Bundesausschuß sollen Vertreter von Bund, Ländern, Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern an berufsbildenden Schulen gleichberechtigt vertreten sein. Die Bundesanstalt für Arbeit entsendet einen Vertreter.

Durch Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist anzustreben, daß die von dem Bundesausschuß erarbeiteten Grundlagen für die berufliche Bildung (vor allem Rahmenrichtlinien, Ausbildungsverordnungen, Prüfungsordnungen) von Bund und Ländern realisiert werden. Er wird bei dieser Arbeit vom Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung unterstützt.

Der Bundesausschuß beschließt Richtlinien für die Eignung der Ausbildungsbetriebe und einen bundeseinheitlichen Daten- und Statistikcatalog, um eine stärkere Kontrolle und bessere Durchschaubarkeit zu gewährleisten.

B. Landesebene

Der Landesausschuß für berufliche Bildung berät die Landesregierung bei der Durchführung der beruflichen Bildung auf Landesebene; die Landesregierung ist verpflichtet, in wichtigen Fragen der beruflichen Bildung die Meinung des Landesausschusses einzuholen. Die Rahmenlehrpläne für das berufsbildende Schulwesen werden vom Kultusminister im Benehmen mit dem Landesausschuß für Berufsbildung erlassen. Der Landesausschuß hat insbesondere ein Interesse einer einheitlichen beruflichen Bildung auf eine Zusammenarbeit zwischen der schulischen und

außerschulischen Berufsbildung sowie auf eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung bei der Neuordnung und Weiterentwicklung des Schulwesens hinzuwirken.

Der Landesausschuß für Berufsbildung setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Lehrer an berufsbildenden Schulen zusammen. Die Mitglieder werden von der Landesregierung auf Vorschlag der Arbeitgeberorganisationen, der Arbeitnehmerorganisationen und der Verbände der Lehrer an berufsbildenden Schulen berufen.

C. Regionale Ebene

Auf der regionalen Ebene wirken staatliche Aufsichtsbehörde Bezirksausschuß für berufliche Bildung und Kammern bei der Durchführung der beruflichen Bildung zusammen.

1. Die Kammern sind im Rahmen der folgenden Regelungen zuständige Stelle für die Durchführung der außerschulischen beruflichen Bildung.
2. Der Bezirksausschuß für berufliche Bildung setzt sich zu gleichen Teilen gleichberechtigt aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Lehrer an berufsbildenden Schulen zusammen. Seine Mitglieder werden von der Landesregierung auf Vorschlag der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie der Verbände der Lehrer an berufsbildenden Schulen berufen. Eine angemessene Vertretung der Auszubildenden muß gewährleistet werden. Der Bezirksausschuß ist für die Koordinierung der Ausbildung in Betrieb und Schule zuständig.
3. Die Kontrolle der außerschulischen beruflichen Bildung, insbesondere der Eignung der Ausbildungsbetriebe und der Einhaltung der Qualitätsanforderungen, erfolgt durch staatliche Aufsicht. Die zuständige Behörde ist dem Ausschuss berichts- und auskunftspflichtig.
4. Die Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe wird von den Kammern nach bundeseinheitlichen Richtlinien vorgenommen.
5. Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse werden von der zuständigen staatlichen Behörde - im betrieblichen Bereich auf Vorschlag der Kammern - berufen. Die Durchführung der Prüfungen nach bundeseinheitlichen Richtlinien wird den Kammern übertragen.
6. In Bundesländern, die nicht in Regierungsbezirke gliedert sind, gelten die entsprechenden Bestimmungen unter Fortfall der Bezirksausschüsse sinngemäß.

V. Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung

Die jetzige Form der Finanzierung der außerschulischen Berufsbildung durch die ausbildenden Betriebe führt zu Ungerechtigkeiten und Strukturverzerrungen. Sie ist durch ein Finanzierungsverfahren zu ersetzen, das die Verbesserung der Ausbil-

dung durch eine gerechte Verteilung der Ausbildungslasten unter Berücksichtigung des Prinzips der Selbstverwaltung gewährleistet. Es soll branchengegliedert und geeignet sein, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen. Es soll der zunehmenden Konzentration der Ausbildungsmöglichkeiten in den Ballungsräumen zugunsten der ländlichen Gebiete entgegenwirken.

Der Bundesparteitag faßte mit großer Mehrheit folgenden Beschluß:

Entschliebung zur Reform der beruflichen Bildung

1. Der Bundesvorstand wird beauftragt, in absehbarer Zeit für die Erarbeitung eines umfassenden Konzepts der CDU zur Weiterbildung Sorge zu tragen.
2. Eine Redaktionskommission ist mit der Erarbeitung einer Kurzfassung zu beauftragen.

zu TOP 17: Grundsatzarbeit der Partei

Der Bundesparteitag nahm mit Mehrheit Antrag Nr. E 1 an.

Text des Antrages E 1:

"Der Bundesparteitag beschließt die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms der CDU." Der Bundesvorstand wird mit der Durchführung dieses Beschlusses beauftragt."

Auch hinsichtlich der Anträge Nr. E 2 - E 10 folgte der Bundesparteitag mit Mehrheit den Empfehlungen der Antragskommission.

Ferner faßte der Bundesparteitag mit Mehrheit den Beschluß, die Stellungnahmen und Beiträge zur Grundsatzarbeit der Partei und zu den beiden Zwischenberichten der Grundsatzkommission an den Bundesvorstand der CDU als Material für die Grundsatzkommission zu überweisen.

zu TOP 18: Der Bundesparteitag erteilte in offener Abstimmung dem Bundesvorstand für das Rechnungsjahr 1972 einstimmig Entlastung.

Außerdem erteilte er zusätzlich in einer Sonderabstimmung einstimmig dem Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep Entlastung für das Rechnungsjahr 1972.

zu TOP 19: Verschiedenes (F. Weitere Anträge)

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. F 73 einstimmig bei einigen Enthaltungen und Antrag Nr. F 74 einstimmig ohne Enthaltungen an.

Text des Antrages F 73:

"Die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen haben sich in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Wochen beträchtlich verschärft. Die Folgen der anhaltenden Inflation und der verspätet eingeleiteten Restriktionsmaßnahmen werden aufgrund der schweren Versäumnisse und Fehler der Bundesregierung für breite Schichten der Bevölkerung immer drückender.

In großen Teilen unseres Landes zeichnet sich bereits im Herbst Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in beträchtlichem Umfang ab. Viele Betriebe, vor allem des Mittelstandes, sind in ihrer Existenz bedroht. Diese bedenkliche Situation spitzt sich durch die Krise auf dem Energiesektor erheblich zu. Vordringlich ist ein umfassendes konjunkturpolitisches Programm, das diesen grundlegenden Veränderungen Rechnung trägt.

Die Bekämpfung der Inflation bleibt weiter notwendig

Zugleich müssen dort, wo starke Einbrüche in der Beschäftigung eintreten, wirksame regionale und sektorale Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Die vom Bundesrat bereits Anfang 1973 mit großer Mehrheit geforderten Ergänzungen zum Stabilitätsgesetz sind unverzüglich im Bundestag zu behandeln.

Der Staat hat vor allem durch die eigene Preispolitik den Preisauftrieb zu bremsen, anstelle ihn weiterhin durch massive Gebühren- und Steuererhöhungen zu beschleunigen. Es ist zu prüfen, inwieweit in Bereichen besonders starker Preisbewegungen Verbrauchssteuersenkungen geboten sind. Der Beschluß des Bundeskabinetts für erneute massive Gebührenerhöhungen bei der Post ist unverzüglich rückgängig zu machen.

Das Energieprogramm der Bundesregierung muß grundlegend überarbeitet werden. Vor allem ist eine Beschleunigung moderner technologischer Entwicklungen u.a. auf dem Gebiet der Kernkraftwerke und eine stärkere Berücksichtigung der Kohle als Energieträger geboten.

Der Bundesparteitag der CDU ersucht den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion, unverzüglich ein detailliertes Konzept auszuarbeiten, das diesen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Der Bundesparteitag der CDU fordert die Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP auf, in den Lebensfragen der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes, der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Bekämpfung der Inflation endlich zu einer vorurteilsfreien und sachgerechten Zusammenarbeit mit der Opposition im Bundestag und der Mehrheit im Bundesrat zu kommen. Der Versuch der Ausschaltung der Union aus den wesentlichen Entscheidungen der deutschen Politik würde angesichts der sich abzeichnenden ernststen Krise zu schwerem Schaden für unser Land führen."

Text des Antrages F 74:

"Der 22. Bundesparteitag möge beschließen:

1. Der Bundesparteitag verurteilt auf das Schärfste, daß die DDR-Regierung nicht nur die verbindlichen Zusagen auf Erleichterung und Erweiterung der menschlichen und sachlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht einhält, sondern daß sie sogar die bestehenden Bindungen nunmehr abbaut. Die Verhandlungen über die im Grundvertrag zugesagten Folgevereinbarungen werden von der DDR blockiert und die Möglichkeiten, in die DDR zu reisen, werden durch einen im höchsten Maße unsozialen Einreisezoll behindert. Dies trifft besonders die älteren und sozialen schwachen Mitbürger.

2. Der Bundesparteitag stellt fest, daß die von der DDR-Regierung verbindlich abgegebenen Erklärungen beim Eintritt in die Vereinten Nationen, die Menschenrechte einschließlich der Freizügigkeit zu wahren, nicht eingehalten werden. Die DDR stellt damit ihre eigene Glaubwürdigkeit in Frage. Von der Bundesregierung, die der DDR den Weg in die UN geebnet hat, muß verlangt werden, daß sie auf innerdeutscher und internationaler Ebene alles tut, um Ost-Berlin zu einer Verwirklichung der Menschenrechte gemäß der UN-Charta anzuhalten.
3. Der Bundesparteitag verurteilt, daß entgegen allen Beteuerungen des Ostblocks über seinen Willen zu Entspannung und Normalisierung, tatsächlich bereits wieder eine Politik wachsender Spannung in bezug auf Berlin betrieben wird. Er weist die anmaßende Forderung der DDR zurück, die ohnehin im Viermächte-Abkommen gekürzte Bundespräsenz und die Bindungen des freien Berlin an den Bund einzuschränken und abzubauen. Von der Bundesregierung muß erwartet werden, daß sie diesem entspannungsfeindlichen Verhalten der DDR klar und entschieden entgegentritt.

Der Bundesparteitag erklärt:

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird jede Politik unterstützen, die dazu beiträgt, die unserem Volk gegen seinen Willen aufgezwungene Spaltung zu überwinden. Unser Land ist zwar durch Grenzen getrennt, aber wir sind und bleiben ein Volk und eine Nation."

Der Bundesparteitag nahm einstimmig in der Fassung der Vorschläge der Antragskommission die Anträge F 77, F 78 (Abs. 2) F 79 und F 81 an und überwies sie an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Text des Antrages F 77:

"Der 22. Bundesparteitag möge beschließen:

Der Beschluß des Bundesparteitages Nr.F 73, in dem verschiedene wirtschaftliche Fragen behandelt werden, enthält auch eine Aufforderung an die Bundesregierung, ihr Energieprogramm zu überarbeiten, vornehmlich im Hinblick auf eine stärkere Berücksichtigung der Kohle als Energieträger.

Angesichts der Bedeutung, die dieser Frage in der gegenwärtigen Situation zukommt, hält der Landesverband Saar es für erforderlich, dieses Anliegen durch einen gesonderten Antrag zu unterstreichen:

Die Bundesrepublik befindet sich, ebenso wie die

übrigen Länder der EWG, hinsichtlich ihrer Energieversorgung in einer fast totalen Abhängigkeit von Öleinfuhren aus den arabischen Ländern. Das bedeutet eine andauernde Bedrohung unserer gesamten Wirtschaft mit unabsehbaren Folgen. Es kommt hinzu, daß nach jüngsten internationalen Vorausschätzungen die Vorräte an Erdöl und Erdgas bis zum Jahre 2000 zu 87 % bzw. 73 % aufgebraucht, die Kohlevorkommen jedoch lediglich um 2 % vermindert sein werden.

Der Parteitag möge deshalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfehlen, im Deutschen Bundestag durch einen Beschlußantrag die Bundesregierung aufzufordern,

unverzüglich durch Forschungsaufträge die Möglichkeiten der Kohleverflüssigung zu untersuchen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen."

Text des Antrages F 78; Abs. 2:

" 2. Der Bundesparteitag fordert, daß die Bundesregierung die drohende Energiekrise nicht im nationalen Alleingang zu meistern versucht, sondern in engster Bündnistreue mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern besteht und überwindet, notfalls auch gemeinsame, energische Gegenmaßnahmen gegen alle Boykottdrohungen gegen die Gemeinschaft oder eines ihrer Mitglieder vorsieht und durchführt."

Text des Antrages F 79/ F 81:

"Der 22. Bundesparteitag möge beschließen:

Dem Ölboykott der arabischen Staaten muß durch eine große deutsche und europäische Gemeinschaftsleistung begegnet werden. Sie muß deutlich machen, daß die Bundesrepublik und Europa gewillt sind, Erpressungsmanövern aktiv zu begegnen und die Energieversorgung auf gesicherte Grundlage zu stellen.

Die gegenwärtige Versorgungskrise ist mit früheren Mangellagen nicht vergleichbar. Das Öl ist gegen uns erstmals mit Erfolg als politische Waffe eingesetzt worden. Unabhängig vom Ausgang dieser Krise können sich politische Erpressungsversuche dieser Art jederzeit wiederholen, auch von anderer Seite oder unter deren Mitwirkung.

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, statt die Lage weiter zu verharmlosen, das Ausmaß der uns drohenden Gefahr aufzudecken und in einer langfristig konzipierten Energiepolitik folgendes sicherzustellen:

1. Umfassende Nutzung aller heimischen Energie-

quellen. Die Förderpläne des Steinkohlenbergbaus sind zu überprüfen mit dem Ziel, jede technisch und wirtschaftlich sinnvolle Verwendung von Kohle aus eigener Produktion abdecken zu können. Die angekündigte Stilllegung von rentabel arbeitenden Schachtanlagen ist erneut zu überprüfen.

2. Sofortige Erschließung neuer Braunkohlefelder.
3. Verstärkter Bau von Atomreaktoren - drastische Abkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für Atomreaktoren und andere Energieanlagen, ohne das dadurch ein vernünftiger Umweltschutz unangemessen vernachlässigt wird.
4. Bau von Urananreicherungsanlagen auf deutschem Boden.
5. Erweiterung der deutschen Kapazitäten für den Bau von Atomreaktoren.
6. Umfassende Beteiligung an der Erschließung aller erreichbaren Energievorkommen in strategisch sicheren Regionen. (Nordsee und nördl. Atlantik) Dazu gehören auch bisher nicht abbauwürdige Energieträger (schwere Öle, Ölschiefer und Pechsände).
7. Der Öl- und Gasimport ist auf verschiedene Lieferländer so aufzuteilen, daß die Gefahr des Mißbrauchs unserer Importabhängigkeit soweit wie möglich vermindert wird.
8. Die bestehenden Forschungsprogramme sind nachhaltig auszuweiten. Dabei geht es vor allem um die bessere Förderung und Verwendung von Kohle und Braunkohle, einschl. Kohlevergasung und Kohlehydrierung. Bedeutsam ist ferner die bessere Ausnutzung und Verwendung verfügbarer Energieträger (vom Elektroauto bis zur Verbesserung der Isolierungsvorschriften für den Hochbau).
9. Zuständigkeiten und Behördenorganisation sind so zu straffen, daß ein mit hinreichenden Befugnissen und Finanzmitteln ausgestattetes Management in der Lage ist, die vorgenannten Ziele in wenigen Jahren zu erreichen.
10. Es sind politische Anstrengungen zu unternehmen mit dem Ziele, innerhalb der EWG und OECD, das höchstmögliche Maß von Solidarität herzustellen, damit die Auswirkungen der Energiekrise auf Vollbeschäftigung, Wachstum und Verbraucherpreise begrenzt werden können."

Der Bundesparteitag überwies die Anträge Nr. F 1 - F 72, F 75, F 76, F 78 (Abs. 1) und F 80 an den Bundesausschuß zur Beratung am 10.12.1973. Dabei ist dem Abschnitt Familienpolitik besonderer Vorrang einzuräumen.

Grußwort des Vorsitzenden der Christlich Historischen Union der Niederlande, Herrn Dr. R.J.H. KRUISINGA, an den Parteitag in Hamburg

In einer Zeit, in der Europa von Krisen bedroht ist, gehen unsere Gedanken zurück zu den großen europäischen Christdemokraten wie de Gasperi, wie Schuman, wie Adenauer. Heute geht es mehr denn je um die Einheit, um die Verbundenheit der europäischen Nationen.

Das bedeutet auch, daß wir uns in unseren nationalen christlich demokratischen Kongressen nicht nur mit nationalen Problemen beschäftigen können. Gerade jetzt braucht Europa eine Wiedererweckung, eine Belebung der europäischen christdemokratischen Gedanken. Dafür tragen die europäischen christdemokratischen Parteien insgesamt, aber auch im Europa Parlament eine sehr große Verantwortung. Wir Christdemokraten haben den Auftrag, vom Ideal der europäischen Einheit Zeugnis abzulegen.

In dem Gedankengut der christlichen Demokratie geht es um viel mehr als nur um materielle Fragen; wir müssen uns immer wieder auf die Grundlagen der christlichen Demokratie besinnen. Sie sind für alle christlich demokratischen Parteien das feste Fundament.

Wir brauchen eine Europäische Christlich Demokratische Partei, und zwar in nächster Zukunft. Nur so können wir den Beitrag leisten, der von uns erwartet wird. An dieser Europäischen Christlich Demokratischen Partei müssen wir mit allen unseren Kräften arbeiten, an ihrer Ideologie, ihrem Programm und an einem gemeinsamen Manifest.

Der große Europäer Konrad Adenauer hat unter viel schwereren Umständen als wir sie heute vorfinden gearbeitet und eine Wende in seinem Lande, auch für Europa, gebracht.

Wir müssen damit rechnen, daß die Zeiten für Europa schwieriger werden. Wir hoffen, daß die Not uns enger zusammenführt. Besonders von uns Christdemokraten wird erwartet, daß sie Solidarität üben, und zwar eine europäische Solidarität, in den großen Fragen, die die Zeit an uns stellt.

So können wir den Weg fortsetzen, den uns de Gasperi, Schuman und Adenauer gezeigt haben.

Die christlichen Demokraten aus den Niederlanden wünschen der CDU einen gesegneten Parteitag, gekennzeichnet durch christlich demokratische Inspiration und Verbundenheit.

Übersetzung

Persönliche Grußbotschaft des Venezolanischen Staatspräsidenten Rafael CALDERA an den Vorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Helmut Kohl.

In der Überzeugung, daß die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich zur Durchsetzung der Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Welt von heute beigetragen hat und im Bewußtsein, daß die CDU/CSU sich dafür große Verdienste erworben hat - zunächst in der Regierungsverantwortung unter der klugen Führung des großen Staatsmannes Konrad Adenauer und anderer hervorragender Politiker, und jetzt als kämpferische und konstruktive Opposition - bin ich sicher, daß der 22. Parteitag der CDU in Hamburg ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Demokratie, einer besseren Zukunft für Deutschland und Europa und für die internationale Verständigung und den Frieden ist.

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, an Ihrem Parteitag teilzunehmen. Da mir dies leider nicht möglich ist, habe ich Dr. Guido Diaz Pena, den Leiter des Präsidialamtes, gebeten, mich zu vertreten, um somit mein persönliches Interesse an der Christlich Demokratischen Union zu bekunden und Ihnen meine besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf des Parteitages zu übermitteln.

Grußadresse des Vorsitzenden der britischen Konservativen Partei,
Lord CARRINGTON, an den CDU-Parteitag in Hamburg am 20. November
1974

Herr Vorsitzender,

Sie haben wieder einmal die Freundlichkeit gehabt, einen Vertreter der Konservativen Partei zu einem CDU-Parteitag einzuladen. Unsere Partei wird durch Mr. Tom Normanton vertreten, der vielen Ihrer Delegierten als Mitglied des Europa Parlaments bekannt sein wird. Durch ihn möchte ich Ihnen und allen Delegierten meine besten Wünsche für einen Erfolg Ihrer Konferenz in dieser Woche übermitteln.

Fraglos werden Sie Ihre Aufmerksamkeit auch auf die internationale Lage Europas im Lichte der kürzlichen Ereignisse in Nahost richten. Ich würde mich sehr wundern, wenn Sie nicht auch zu der Auffassung gelangten, wie ich es tue, daß die Krise in Nahost wieder einmal die dringende Notwendigkeit für alle Staaten der Gemeinschaft unterstreicht, in größerem Maße die Einigkeit zu schmieden und in allen großen internationalen Fragen eng zusammenzuarbeiten. Wir müssen unsere Anstrengungen in dieser Hinsicht verdoppeln.

Seit langem steht es fest, daß die deutschen Christdemokraten und die britischen Konservativen vieles gemeinsam haben. Das bezieht sich auf die Stellung, die wir in unseren beiderseitigen Parteiensystemen einnehmen und auch auf die Art, wie wir politische Fragen angehen. Ich freue mich feststellen zu können, daß seit Ihrem letzten Parteitag sich unsere Verbindungen verstärkt haben. Ich hoffe aufrichtig, daß wir in den kommenden Monaten in der Lage sein werden, die Grundlage unserer Zusammenarbeit zu verbessern, die bereits besteht. Ich beziehe mich insbesondere auf die Bedeutung, die eine wirkungsvolle Arbeit der Konservativen und Christdemokraten im Europäischen Parlament hat.

gez. Carrington

N a m e n v e r z e i c h n i s

Ade 333

Albrecht 318, 444

Altewischer 348, 388, 393, 395, 396

Alwin 31

Baeyer, von 332

Bahner 226

Barzel 319

Becker, Curt 100, 108, 138, 142, 194, 233

Becker, Franz 107

Behnke 149

Benedix (Tagungspräsidium) 328-344; 387

Bethmann, von 253

Biedenkopf 53, 247, 266, 321

Bismarck, von 297

Blüm 204, 287, 416

Blumenfeld (Tagungspräsidium) 22-39, 71-85, 289-312, 369-385, 458,
472

Bremer (Tagungspräsidium) 98-143

Breuel 196, 231

Brickwedde 213

Brinkert 409, 426

Brok 197, 222, 240, 457, 458

Buchkremer 147

Burgbacher 221, 248

Burggraf 127, 141, 167

Burghardt 173, 335, 342, 345, 357, 392, 410, 412, 425

Burghaus 219

Carstens 40

Cornelius 341

Czaja 131, 162, 175

Daniels 95, 98, 117, 144, 174

Dollinger 36

Doppmeier 203, 220, 241

Dregger 452

Dreyer 236

Dübel (Tagungspräsidium) 397-428

Eberle 418, 428

Ecker 343, 391

Erhard 83, 121, 175

Erpenbeck 105, 119, 156, 160, 168

Filbinger 300
Franke 337
Freiwald 404
Friedensburg 238
Fuchs 170, 319

Gaddum 103, 106, 123, 139, 140, 177
Geil 345, 413
Geissler 251, 261, 289
Gerhardt 445
Gerisch 113, 153, 260
Glaser 117
Gölter 354, 397, 410, 417, 422, 423
Grass 354
Grundmann 295
Gündisch 408

Häfele 312, 313
Häussler 192
Hahn 344, 390, 406
Hasinger 99, 269
Hasselmann (Tagungspräsidium) 227-256
Hauser, Alo 353, 400
Hauser, Hansheinz 424
Herzig 212
Hooven, van 252
Hopp 216
Horten 448
Hüniken 349

Jäger 236, 458
Jahn 76
Janning 88, 90, 94, 128, 178
Joggerst 228
Josten 78
Jung 90

Katzer 279
Kesseler 97, 169
Kiep 64, 74, 441
Klein 223, 237, 243, 351, 405, 426
Kloetsch 91, 110, 130, 136
Köppler 155, 276, 454
Kohl 7, 15, 100, 253, 309, 326, 332, 337, 462
Kolb 116, 225, 254
Kroll-Schlüter 81
Kühnle 79
Kulenkampff 104, 125, 137, 161, 165, 169

Lampersbach 233, 306
 Landowsky 154, 224
 Langes 112
 Langguth 391, 394, 395, 397, 436, 437
 Laurien 402
 Lechner 141, 145
 Lenz 127
 Limbach 153, 423
 Lindner 93, 151, 165
 Link 316, 414, 427
 Loewis, von 237, 412
 Löwisch 217
 Lohmann 352
 Lorenz 69, (Tagungspräsidium) 197-213, 216-227
 Luda 206, 262

 Mahler (Tagungspräsidium) 312-322
 Malfatti 33
 Meier 215, 227
 Meyer 199, 218, 239, 259
 Michel 111, 167
 Müller, Adolf 299, (Tagungspräsidium) 143-151, 322-327
 Müller, Alfons 190
 Müller, Johannes 336, 349
 Müller, Thomas 409
 Müller-Hermann 212, 255

 Narjes 265, 325, 456
 Neubüser 341, 392, 420
 Neumann (Tagungspräsidium) 85-98, 175-178, 450-458
 Nickels 304

 Olderog 444
 Orgaß 85, 132, 155

 Pieroth 191, 192, 211, 244, 245, 260
 Pinger 234
 Prassler 101, 103, 123, 135, 147, 148, 159, 164, 172
 Prosch 85

 Rebstock 346, 347
 Reimers 439
 Riede 95
 Riesenhuber 447
 Ritz 92, 145, 150, 176, 177
 Röder 450
 Rollmann 29, (Tagungspräsidium) 40-71, 428-441

Schauerte 166
 Schemken 156, 394
 Schmandt 229, 230
 Schmöle 89, 96, 109, 115, 133, 157, 216, 232
 Schnipkoweit (Tagungspräsidium) 344-358, 386-397
 Schröder 81, 314
 Schwarz-Schilling 192, 195, 250, 284

 Soenius 162
 Späth 242

 Stanitzek 257, 258
 Stavenhagen 80, 230
 Stehle 259
 Stoltenberg 65, 84, 154, 209, 291
 Strauß 369
 Sturke 101, 146, 336

 Teufel 117, 119
 Theisen 446
 Thielicke 8
 Trageser 415

 Vogel, Bernhard 329, 344, 346, 348, 350, 357, 386, 388, 427
 Vogel, Friedrich (Tagungspräsidium) 151-175, 264-289

 Waffenschmidt 88, 122, 152, 158, 163, 171, 172, 174, 457
 Wagner 235
 Wallmann (Tagungspräsidium) 189-196, 213-215, 256-263
 Waschbüsch (Tagungspräsidium) 441-450
 Weiß 27
 Weizsäcker, von 264, 325, 429, 430
 Westphal 407
 Wex 201, 215, 338
 Willoch 35
 Wilms 328, 336, 338, 339, 340, 342, 343
 Wissmann 72, 208, 273, 319
 Wörner 71, 337, 355
 Wolfram 356

 Zeitel 96, 98, 100, 102, 103, 134, 135, 139, 140, 142

